This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Ger 2172.4

HARVARD
COLLEGE
LIBRARY

Das

erſte deutſche Parlament.

Dritter Band.

Das

erſte deutſche Parlament.

Von

Heinrich Laube.

Dritter Band.

Leipzig,
Weidmann'ſche Buchhandlung.
1849.

~~14542.32~~
Ge 2172.4

1863, Aug. 28.

Gray Fund.

44-83
2055
26

III.

Die Reichsverſammlung.

1.

Nachdem die ersten Abschnitte der Verfassung, „Das Reich“ und „Die Reichsgewalt“, angenommen waren in der Paulskirche, veränderte man den bisherigen officiellen Namen des deutschen Parlamentes. Die „deutsche konstituirende Nationalversammlung“ hieß nun: „verfassunggebende deutsche Reichsversammlung“.

Diese ersten Abschnitte der Verfassung erschienen am 19. Oktober 1848 in der Paulskirche; also ungefähr ein halbes Jahr nach Eröffnung der Nationalversammlung. Die Debatte darüber begann ominös genug mit dem Streite über Schleswig. Die Mehrheit im Verfassungsausschusse und ebenso die meisten und wichtigsten Abgeordneten aus Schleswig-Holstein selbst wollten, „daß die Verhältnisse Schleswigs definitiver Anordnung vorbehalten blieben“. Die Linken aber wollten, daß Schleswig ohne Weiteres zum deutschen Reiche gerechnet, und nur die Grenzbestimmung wie bei Posen vorbehalten werde.

Gleich bei dieſem erſten Paragraphen erhielt die Mehrheit des Verfaſſungsausſchuſſes auch die Mehrheit in der Paulskirche, und dies iſt faſt durchgehends eingetreten bei allen wichtigen Voten über die Verfaſſung. Der erſte Paragraph wurde noch am 19. Oktober angenommen wie er vorgeſchlagen war, dahin lautend:

„Das deutſche Reich beſteht aus dem Gebiete des bisherigen deutſchen Bundes. — Die Verhältniſſe des Herzogthums Schleswig und die Grenzbeſtimmungen im Großherzogthume Poſen bleiben der definitiven Anordnung vorbehalten.“

Der nächſte Paragraph aber ſchon brauchte eine Woche, nachdem er mehrere Wochen lang in Vorverſammlungen und Klubbs debattirt worden war. Er enthielt den Schlüſſel zur ganzen Stellung eines deutſchen Reiches: das Verhältniß zu Oeſterreich. Paragraph Zwei und ſein Nachbar Paragraph Drei ſind berufen und beſchrieen worden vom Aufgange bis zum Niedergange. Mit Recht, wenn man keinen Bundesſtaat mit Volksvertretung wollte; mit Unrecht, wenn man dieſe Form wollte. Alle Welt aber wollte ſie, ja wollte ſie wenigſtens!

Ehe wir eintreten in dieſe Frage, an welche ſich die Löſung der ganzen deutſchen Verfaſſung knüpfte, muß dargeſtellt werden: wie ſich auf der Wetterſcheide vom September zum Oktober die Gruppirung der Parteien geändert, und wie ſich alte und neue Führer entwickelt hatten.

Zeit und Veranlassung war dazu dagewesen. Das Benehmen der linken Seite nach den blutigen Scenen des 18. Septembers war ein Beschönigen, ja fast ein Gutheißen des blutigen Aufstandes gewesen; die Haltung der Centren hatte sich von einer so herzschwachen Mattigkeit gezeigt, daß selbst eine Ansprache an die Nation in Betreff des eben erfolgten grimmigen Attentates keine hinreichende Unterstützung gefunden hatte. So ging es nicht weiter, und es war nun doch endlich im weiten Centrum das Bedürfniß aufgewacht: man müsse sich schärfer sondern, man müsse sich gleichartiger und geschlossener zusammenschaaren. Dies Bedürfniß äußerte sich am Lebhaftesten im linken Centrum. Der Würtemberger Hof, welcher es fast allein bildete, war sich seiner gar so verschiedenartigen, durchaus nicht zusammen verträglichen Bestandtheile bewußt geworden. Die Ausscheidung nach links, welche er schon im Spätsommer erfahren, hatte durchaus nicht genügt, ihn auf gleichartige Theile zurückzuführen. Was sich damals als Uebergang zur Linken, als Fraktion in der „Westendhalle" abgesondert hatte unter Führung von Schoder, Heinrich Simon, Raveaux und Reh, das hatte noch zahlreiche nahe verwandte Elemente im Würtemberger Hofe zurückgelassen, wie Giskra, von Hermann, Mittermaier, mit welchen die rechte Seite dieses Klubbs, Wernher von Nierstein, Widenmann, Rümelin, Stedmann, Hans von Raumer, von Breuning und Genossen, durchaus nicht mehr gehen konnten.

Blieb so Verschiedenartiges zusammengewürfelt, so wurde

der Gang der Nationalverſammlung unſicher und ſchwankend. Denn ſchon ſeit längerer Zeit wurden dadurch die Abſtimmungen verwirrt. Namentlich die unvorbereitet eintretenden. Und daß es an denen nicht fehlte, dafür ſorgten die immer ärger werdenden Interpellationen und „dringlichen Anträge". Beiſpielsweiſe ſei aus der wüſten Zwiſchenzeit von Mitte September bis Mitte Oktober ein Tag hervorgehoben, um dem Leſer einen vielleicht vergeſſenen Eindruck wieder zu erwecken. Es war der 16. Oktober, an welchem zuerſt Herr Förſter aus Hünfeld mit provinziellem Pathos langen Athems „anrief" über Ungarn, die Moldau und Walachei zur Beunruhigung des kleinen Mannes auf abgeſondertem Polſterſeſſel unter der Damengalerie links. Dort ſaß geſcheitelten Hauptes und im Attilarocke magyariſcher Phantaſie Herr Eiſenmann, welcher Ungarn als Interpellations-Domaine behandelte, und jeden vorſprengenden Anrufer zu unterbrechen pflegte, damit ſeine Zeitungslektüre zur Kenntniß und damit noch mehr Zeit in Verluſt käme. Umſonſt murmelte ſein Nachbar, der nichts als die bairiſche Heimath mit ihm gemein und dort neben ihm wie in partibus infidelium ſeinen Platz hatte, umſonſt murmelte Herr von Beisler abmahnend; das heiße Blut ließ den zappelnden Eiſenmann nicht ſitzen, und wohl nur dieſer äußerlichen Nachbarſchaft und der Namensklänge halber nannte man dieſe Gruppe „Eiſele und Beiſele", denn Herr von Beisler iſt ein geſetzter, feſter Mann, welcher ſich in dieſe Interpellationen „fliegender Blätter" niemals miſchte. Kaum aber ſaß der

unterbrechende Eisenmann wieder, so kam ausnahmsweise an jenem Tage auch einmal einer von der Rechten, um „anzurufen“. Er ist nur dies einzige Mal auf der Rednerbühne gesehn worden, oder vielmehr nicht gesehn worden. Denn die Kürze seines Leibes reichte nicht über das Pult hervor; man sah nur sein großes Blatt Papier. Es enthielt einen malitiösen Trumpf gegen die laufenden Interpellationen, nämlich eine Anfrage: ob das Reichsministerium noch nichts angeordnet habe gegen die Mörder Latour's?! Der kleine Anrufer war natürlich Detmold, welcher diese störende Bemerkung in die täglichen Aufforderungen der Linken, „die glorreiche Revolution in Wien zu unterstützen“, werfen wollte. Er war kaum verschwunden, so stand schon der glorreiche Schmidt von Löwenberg da und wollte die Namen derjenigen Beamten wissen, welche die „Flugblätter“ von Jürgens, eine Zeitschrift der Rechten welche damals erschien, unter Reichssiegel verschickt haben sollten. Ehe ihm Schmerling noch mit der Abfertigung dienen konnte, daß er, gerade so wie eine unanständige Interpellation Vogt's, solche Frage nicht beantworten werde, weil sie einem Polizeidirector unter Metternich zukomme — stand schon hoch wie ein weißlicher Espenstamm Freiherr von Reden oben und verlangte ausführliche Auskunft über Umgestaltung des Zollverein-Tarifs. Dann antwortete eine Viertelstunde lang Schmerling auf ältere müßige Interpellationen. Dann stürmte der dicke Vogt hinauf in moralischer Entrüstung über „solche Streiche“ und solche Censur,

welche ſich der Reichsminiſter anmaaße, und entwickelte dann, hiermit nicht begnügt, einen „dringlichen Antrag“ wegen der Oberpoſtamtszeitung. Dieſe hatte eine Note an die Schweiz mitgetheilt. Wie ſie ſich das unterſtehen könne?! Und einen dringlichen Antrag gegen die badiſche Regierung, welche ernſtlich vermahnt werden ſolle, künftig nicht wieder unrichtige Berichte über die Flüchtlinge in der Schweiz zu geben. Und einen dringlichen Antrag in Betreff der Schweiz, gegen deren „heiliges Aſylrecht“ das Reichsminiſterium ſich ſchicklicher benehmen ſolle. Wahrſcheinlich ungefähr wie Raveaux, welcher ſich vom Miniſterium als Beamter nach Bern hatte ſchicken laſſen und dabei that oder ließ, blieb oder ging, wie es ihm als Oppoſitionsmann des Miniſteriums gut dünkte. — Auf Vogt wartete ſchon Venedey mit einem ähnlichen „dringlichen Antrage“. „Nur zwei Worte! Sie ſehen darin, daß ich —“ (Von der Rechten: Keine Motivirung!) Kaum war aber auch dieſe Dringlichkeit abgelehnt, ſo erſchien „aus derſelben Veranlaſſung“, das heißt wegen angemeſſener Beantwortung von Interpellationen, Herr Weſendonck mit einem neuen dringlichen Antrage. Dann noch einmal Herr Schmidt von Löwenberg, dann auch noch Herr Schaffrath mit einem unerläßlichen, äußerſt dringlichen Antrage. — Herr Schneer aus Breslau konnte das nicht länger mit anſehn. Es war Mittag geworden, und er hatte ſich's zur amtlichen Aufgabe gemacht im Parlamente, die Abkürzung in ein Syſtem zu bringen. Wohlgenährt und auf jede Beleidigung gefaßt trat er ſolchen Aus-

ſchweifungen entgegen, und wie er bei den Grundrechten ſich verewigt hatte durch eine ſyſtematiſche Abbreviatur, „Schneerſcher Antrag“ geheißen, ſo beharrte er in dieſem Berufe und ſuchte nur ſich ſelbſt zu übertreffen, nichts weiter.

Dieſer eine Vormittag, wie oft hat er ſich wiederholt zur Verzweiflung aller ſoliden Mitglieder, ja der Zuhörer und Zuſchauer im Vaterlande! Mitunter gelang es denn doch, ſolch einen dringlichen Antrag bis zu ſofortiger Debatte durchzuſprengen und eine unerwartete Abſtimmung zu erzwingen. Dabei war denn der Würtemberger Hof als entſcheidendes linkes Centrum unberechenbar. Er hatte keinen Halt und ſegelte keinen Strich. Er unterſtützte das Voreilige und ſtimmte verworren wie Kraut und Rüben durcheinander. Einer veranlaßte den Andern bei überraſchenden Fragen, weil ja doch alle Anderen ſich dafür erhoben hätten, und ſo entſtanden öfters Mehrheiten, von denen auch diejenigen nichts wiſſen wollten, deren Fraktion dafür geſtimmt.

Die rechte Seite des Würtemberger Hofes empfand, daß dies nicht ſo fortgehen könne, namentlich nicht bei der bevorſtehenden Debatte über die Verfaſſung ſelbſt, und daß ſie ſich ſelbſtändig abſondern müſſe.

Dies geſchah jetzt und dadurch entſtand der „Augsburger Hof“, recht eigentlich ein Centrum der Verſammlung. Denn er behielt doch einige Verbindung mit dem Würtemberger Hofe und trat in feſte Verbindung mit dem Caſino, der Hauptfraktion des rechten Centrums, und mit dem „Lands-

berge", einer Abzweigung des Caſino's. Dieſe drei Klubbs — Caſino, Landsberg, Augsburger Hof — bildeten von nun an die vereinigte Partei des Centrums, und ſie feſſelten die Majorität an ſich, theils durch ihre eigene Anzahl — über zweihundert — theils durch Heranziehung der Rechten im Café Milani, theils durch Feſthaltung einer Anzahl von Stimmen im Würtemberger Hofe.

Um ſo geſchloſſen wie möglich einherzugehn, organiſirten dieſe drei Klubbs des Centrums einen ſtehenden Ausſchuß unter ſich, einen Ausſchuß der Centren, welcher alle wichtigen Fragen zuerſt unter ſich erörterte. Von ihm aus brachten dann die Ausſchußmitglieder je einzeln die Frage in ihren beſonderen Klubb, indem ſie die Geſichtspunkte mittheilten, unter welchen ſie von den Deputirten der andern beiden Klubbs aufgefaßt worden wäre, und in dieſem Zuſammenhange eröffnete ſich in jedem beſonderen Klubb die Debatte. Vor der Abſtimmung innerhalb der einzelnen Verſammlungen pflegte man ſich dann durch Abgeſandte zu beſchicken, welche Stimmung und Motive ihres Klubbs vor dem verſammelten andern Klubb entwickelten und eine Vereinigung vorzubereiten ſuchten, wenn ſich dieſe nicht von ſelbſt ergab. Gewöhnlich einigte man ſich in der Hauptſache und ſtellte dann das Reſultat feſt durch Abſtimmung in den einzelnen Fraktionen. Solcherweiſe erſchien man denn von nun an als eine feſt geſchloſſene Phalanx in der Paulskirche.

Es war von großer Wichtigkeit, daß dieſes Bündniß zu

Stande gekommen war vor dem Eintritte in die ſo ſchwierige Verfaſſungsdebatte.

Wer dem Labyrinthe von Motiven genau nachforſchen wollte, welche der erſten Reichsverfaſſung zum Grunde liegen, der mußte Abends in der zehnten Stunde am Liebfrauenberge in Frankfurt ſich aufſtellen. Dort kreuzten ſich bei naſſem Herbſt- und Winterwetter oft jeden Abend die Abgeſandten der drei Klubbs. Wenn er ihnen nachging, ſo erfuhr er im Voraus die wichtigſten Beſchlüſſe der Paulskirche. Beſonders den Abgeſandten vom Augsburger Hofe mußte er nachgehn in's Caſino. Der Augsburger Hof, zumeiſt raſch entſchloſſen und bündig, hatte faſt immer zuerſt ſeine Meinung feſtgeſtellt, und ſchickte zuerſt zwei ſeiner Mitglieder in's Caſino, um dieſe Meinung zu empfehlen, zu vertreten, zu verfechten. Der Caſinoklubb, an ſich faſt ein kleines Parlament, denn ſeine Zahl ſchwankte zwiſchen hundert und anderthalb hundert Mitgliedern, gab natürlich ſchon wegen ſeiner numeriſchen Stärke das ſchwerſte Gewicht ab. Er war aber auch zuſammengeſetzt aus einer überwiegend großen Anzahl kenntnißreicher, durchgebildeter, beredter Männer. Ihn vorzugsweiſe nannte man die Profeſſorenpartei, und wenn die „Augsburger" dort am Roßmarkte in einem Saale des Caſino's ihre zuerſt gefaßte Meinung vortrugen, ſo entſpann ſich oft ſogleich die intereſſanteſte Diskuſſion. Die Meinung der „Augsburger" galt durchſchnittlich für die energiſche, die Haltung des Caſino's aber zeichnete ſich aus durch Maaß und Umſicht. Der „Lands-

berg", vom Casino abstammend, wäre eigentlich zur Vermittelung berufen gewesen, leistete diesen Dienst aber selten und mußte sich vielfältig Eigensinn nachsagen lassen. Das entsprang aus seiner Zusammensetzung. Er wurde größtentheils aus Norddeutschen gebildet; zahlreich waren darunter die Hannoveraner. Braunschweiger und Oldenburger fehlten nicht. In Freiheitsprincipien hatten diese niederdeutschen, meist Ackerbau und Seehandel treibenden Provinzen wenig oder gar keine Rücksicht zu nehmen auf ein zahlreiches Proletariat. Ihre Vertreter waren also z. B. beim Wahlgesetze keiner einschränkenden Vorsicht bedürftig, sie kamen zu Stande mit dem allgemeinen Wahlrechte und hielten sich nicht für berufen, auf das übrige Deutschland eine Rücksicht zu nehmen, welche ihnen selbst nicht behagte und bei ihnen daheim nicht erwartet wurde. An Ostfriesen und Hannoveranern dieses Klubbs scheiterte später wirklich die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechtes. Sie gaben den dringenden Zureden des Casino's und Augsburger Hofes nicht nach. Dadurch wurde hierbei das Centrum zersplittert und ein so wichtiges Grundgesetz den Linken überliefert. Daß dies unabsehbare Folgen haben müsse für das Ganze, auch für die Annahme der Verfassung, wurde umsonst von den Abgesandten des Augsburger Hofes und des Casino's an jenen Winterabenden entwickelt in dem Parterrezimmer, welches dieser Klubb in dem Gasthofe zum „Landsberge" inne hatte.

Im Allgemeinen warf man diesem Klubb vor, daß er

kleinem Stile anheimfalle, und daß es ihn mehr interessire, etwas Besonderes zu sein und Recht zu behalten, als sich dem Ganzen förderlich zu erweisen.

Es bestätigte sich hier die merkwürdige Erfahrung, daß der Charakter eines Vereins etwas ganz anderes sein könne als der Charakter der einzelnen Personen, welche den Verein bilden. Tüchtige und werthvolle Männer fand man in diesem Klubb. Dahin gehörten von den wenigen Süddeutschen, welche hier zu finden waren, drei Baiern: Bauer aus Bamberg, Krafft aus Nürnberg, Graf Hegnenberg-Dux aus Altbaiern, welcher leider frühzeitig aus dem Parlamente schied. Aus dem Hannöverschen: Wachsmuth, Merkel, Lang, Lüntzel, Groß; ferner der an seinen Krücken und mit dem weißen Haupte immer heitre Quintus Icilius, dessen französischen Vorfahren der alte Fritz lateinisch eingebürgert in Deutschland; ferner der liebenswürdige und fein verständige Dammers und sein Nachfolger Behncke, ein fein gebildeter, fester, ruhiger Mann. Aus demselben Lande endlich ein alter Freund Stüve's, der herzhafte Breusing, und der rauhe, junge Ostfriese Röben. Aus Braunschweig Hollandt, aus Oldenburg von Buttel. Aus den preußischen Provinzen mehrere Posener, Sellmer aus Landsberg an der Warthe, aus Magdeburg Löw, aus Pommern der aller Welt wohlwollende, brave Graf Wartensleben, aus Stendal Wichmann, aus Küstrin von Maltzahn, aus Breslau Fuchs, aus Sorau Sturm, aus Neiße Scholz und alle drei Jordan der Versammlung, drei

zuverläſſige Stimmen des Centrums beim Namensaufrufe; der erſte aus Gollnow in Pommern, der zweite unſer Redner, der dritte unſer alter Sylveſter, der gepeinigte Märtyrer, ſchwer huſtend, tief gekränkt von dem linken Ultrathume, welches Anfangs zu glauben gewagt, daß er zu ihm gehören könne.

Einige vierzig Stimmen brachte dieſer Klubb. Ungefähr ebenſo viel der Augsburger Hof. Höchſtens zehn bis fünfzehn wurden bei feierlicher Gelegenheit aus dem zerklüfteten Würtemberger Hofe erobert. Alle dieſe Stimmen vereinigt, wogen alſo die Stimmenwucht des Caſino's noch nicht auf. Auch dann noch nicht, als ſich ſpäter in der Oberhauptsfrage dreißig bis vierzig Oeſterreich zugeneigte Stimmen vom Caſino trennten unter Welcker, Reichensperger, Edel, Jürgens und Genoſſen.

Dies Caſino war in ſeiner Centrum-Macht durch alle Abfälle nicht zu erſchüttern. Es hatte in ſeinen großen Fähigkeiten und ausgebildeten Charakteren eine nachhaltige Kraft des Zuſammenhalts. Hierher gehörten, außer den drei Mitgliedern des Miniſteriums aus dem Augsburger Hofe — Robert Mohl, Widenmann, Fallati, — alle Miniſter und erſte Präſidenten. Heinrich von Gagern nur gehörte ſeiner Stellung wegen nie unmittelbar zu einem Klubb, hatte aber auch faſt all ſeine perſönlichen Anknüpfungen im Caſino, und erſt in zweiter Linie im Augsburger Hofe. Beckerath, Baſſermann, Mathy, Max von Gagern, Mevissen, Schmerling, Eduard

Simſon waren Mitglieder des Caſino's und erſchienen bei wichtigen Fragen. Beſeler, Waitz, Droyſen waren hier zu Hauſe. Auch Dahlmann, der indeſſen am Klubbleben wenig Antheil nahm. Sehr thätig waren dort: Duncker, Profeſſor aus Halle, ein unermüdlicher, grundtüchtiger Arbeiter für die allgemeine Sache, deſſen milder und doch feſter Charakter immer günſtig wirkte für Vereinigung und Durchſetzung, ein noch junger Mann mit ergrautem Haupt- und Barthaar, mit durchgearbeitetem, ſtreng geprägtem Antlitze. Ferner: Langerfeldt aus Wolfenbüttel, ein blonder, liebenswürdiger Niederſachſe, mit unwandelbarer, innerlich heitrer Ausdauer, von ſtattlicher Erſcheinung, deſſen Hingebung für den großen Zweck jede Probe des Willens und der Fähigkeit beſtanden hat. Desgleichen Rüder aus Oldenburg, Bernhardi aus Caſſel, Briegleb aus Coburg, deſſen maaßvolle, geſunde Bildung nirgends verſagte. Ebenſo Hergenhahn aus Wiesbaden, von Saucken, Schubert aus Königsberg. Immer bereit zu jeder förderſamen Thätigkeit waren Haym aus Halle, Schrader aus Brandenburg, Veit aus Berlin, welche von dieſem Klubb die Verfaſſer zur ſtenographiſchen Korreſpondenz der Centren ſtellten. Dieſe ſogenannte Parlamentskorreſpondenz, erſt im Winter errichtet, wurde ſchnell eine große Waffe.

Uebrigens fanden ſich im Caſino, eben weil die Fraktion ſo ungemein zahlreich war, Perſönlichkeiten und Richtungen zuſammen, welche nur gegenüber einer revolutionären Linken zuſammenzuhalten waren. Da gab es katholiſche Männer,

welche den Ultramontanen nahe stehen sollten, da gab es Oesterreicher, welche bei der Verfassungsfrage am letzten Ende schwerlich mit den an Zahl überwiegenden Preußen gehen mochten. Gar streng also konnte dieser Klubb nicht immer und überall seine Parteiforderung anspannen, und je näher die Hauptentwickelung kam, desto mehr mußte er durch Abtrennungen geschwächt werden. Die Gruppen in seinem Kreise waren gar zu mannigfaltig. Unbefangene protestantische Vertreter aus kleinen Staaten, wie Becker aus Gotha, Fischer aus Jena, Zittel, der wahrhaft milde und humane Prediger aus Baden, zeigten ein ganz anderes Kolorit als Reichensperger, Knoodt, Osterrath, oder der gemachte Herr Müller, ein „würzburgisch" gemachter Norddeutscher, oder gar der kleine, römisch faselhafte Herr Sepp, dessen unerwachsener, mit katholisch-poetischen Reichsgedanken überfütterter Fanatismus frühzeitig ausgelacht wurde. — Zwischen solchen zwei Gruppen standen denn Baiern, wie Neumayr und Haubenschmied, die weder mit der Signatur der Katholischen behaftet sein wollten, noch mit den nördlichen Protestanten gehen konnten in den Reichsoberhauptsgedanken. Es war für solche Leute, die doch so gern ein Ganzes herbeigeführt hätten, gar schwer! Haubenschmied brachte sich über manche Sorge hinweg durch den Humor seiner Zeichenfeder. Er zeichnete in der Paulskirche die reizendsten Karrikaturscenen, von denen leider außerhalb der Kirche nichts erschienen ist. Er war ein Partikularist für die Freunde des Centrums und für seine Mappe. — Solche Baiern im

Casino hatten wiederum nur wenig Gemeinschaft mit neben ihnen sitzenden Oesterreichern gleich Sommaruga, Mayern, Würth, Graf Deym. An landsmannschaftlichem Sinn und Wunsche standen sie ihnen wohl näher als den zahlreichen preußischen Führern des Casino's, aber ihr politischer Verstand zwang ihnen doch die Ueberzeugung auf, daß ein deutscher Bundesstaat nicht zu erwarten stehe von der untern Donau, wohl aber eher von dem untern Laufe aller übrigen deutschen Ströme.

Von den Preußen selbst waren außer den schon angeführten noch viel rüstige Leute in diesem Klubb: Plathner mit der Trompetenstimme, welcher seine juristische Logik in jedem Getümmel unerschrocken durch den Lärm hindurch schmetterte, Bürgers aus Köln, Hagenow aus Vorpommern, Martens aus Danzig, von Salzwedell aus Gumbinnen, Pagenstecher aus Elberfeld (jetzt schon ausgetreten), Lette aus Berlin, Graf Keller aus Erfurt, Schulze aus Liebau, Schwarz aus Halle, von Stavenhagen und Teichert aus Berlin, Ebmaier aus Paderborn, Bock aus Minden, welcher später im traurigen Badischen Kampfe durch kundige Tapferkeit sich hervorgethan. Wie denn überhaupt die verschiedenartigsten Fähigkeiten hier vereinigt wurden auf politischem Plane. Der Eine war über öffentliches Recht zu beachten wie Bürgers, der Andere über den Ostseehandel wie der wohlwollende Martens; von Salzwedell lieferte einen scharf erwogenen, gründlichen Bericht; Graf Keller, der längste Mann im Parlamente, war als

erfahrener Mann der Verwaltung überall hinzustellen, wo Ruhe, Billigkeit und abgemessene Handlung erfordert wurde. Er erschien denn auch als Reichskommissar beim zweiten Struveschen Einfalle in Baden während des Septembers, dem zweiten Aufstande, welchem der Waffenstillstand ein erwünschter Vorwand wurde. Schwarz war in formeller höherer Wissenschaftlichkeit ein Rathgeber ohne Pedanterie, Schulze in Erfahrungswissenschaften ein kundiger Arbeiter, von Stavenhagen und Teichert in den wissenschaftlichen Fragen des Krieges.

Kurz, es war eine stattliche, an Kräften ungemein reiche Gesellschaft, dieses Casino. Für die politische Handlung aber eben seines Umfangs und seiner Mannigfaltigkeit wegen eine schwer zu handhabende und nur schwerfällig in Bewegung zu setzende Gesellschaft.

In diesem Betracht war und blieb der Augsburger Hof der wirksamste Mittelpunkt im Centrum. Er war auch geschichtlich ein Sammelpunkt derer aus dem Centrum geworden, welche mehr Maaß als links und mehr Entschlossenheit als rechts durchsetzen wollten. Denn auch von rechts traten solche zu ihm, welche dem Casino selbst angehört hatten, wie Francke aus Schleswig und Dröge aus Bremen, oder welche ihre nächsten Freunde sämmtlich im Casino hatten, wie Wilhelm Beseler, der ältere Bruder, der Statthalter Schleswig-Holsteins.

Es gab kaum einen Klubb, welcher dergestalt alle Stämme des deutschen Vaterlandes so gleichmäßig in sich vertreten gesehen hätte als der Augsburger Hof, ein vereinigtes Deutsch-

land im Auszuge. So daß man ſagen konnte: auf den Anſichten und Abgrenzungen dieſes Vereins iſt der Durchſchnitt gefunden. Die Oeſterreicher, die Preußen, die Baiern, die Schwaben, die Sachſen, die Niederſachſen, wie ſie hier waren, vereinigten ſich in allen wichtigen Fragen bis zur Einſtimmigkeit. Nicht ohne Opfer, aber ſie brachten alle dies Opfer, wenn ſich herausſtellte, daß nur vermittelſt eines Opfers die Vereinigung möglich ſei. Erſt als es zur Oberhauptsfrage kam, konnten auch hier die Oeſterreicher nicht mehr alle beim Vereine erhalten werden, und auch einer der liebenswürdigſten von ihnen, der ſchlanke und wahrhaft „gentile" Arneth aus Wien, ein geſunder Kopf und geſundes Herz, mußte ausſcheiden. Von der ganz kleinen Zahl aber unter den Oeſterreichern, welche Alles, auch die wahrſcheinliche Rückkehr in die Heimath, opferten für den vollen Begriff eines deutſchen Staates, gehörte Rößler dem Augsburger Hofe an. Er und Makowiczka, welcher dem Würtemberger Hofe verblieb, zum Theil auch Groß von Prag — ſämmtlich aus dem nördlichen Böhmen abſtammend — führten ihre ideale Aufgabe mit voller Konſequenz durch, ohne deshalb den Uebertreibungen der Linken zuzuſtimmen.

Im Augsburger Hofe waren auch diejenigen Baiern, welche bei übrigens gemäßigten Geſinnungen dem ſtarken deutſchen Bundesſtaate ſelbſt in letzter Forderung ihre Stimme, ja ihre eifrige Thätigkeit nicht verſagten, welche die ſüddeutſche Empfindlichkeit und jegliche Neigung des Partikularismus

völlig überwanden. Dies waren Hans von Raumer aus Dinkelsbühl, Stahl aus Erlangen, Barth aus Kaufbeuern, von Zerzog aus Regensburg. Sie und die drei fränkischen Baiern im Landsberge, Bauer, Krafft und Lammers, hielten zum Credo des Centrum's bis zum letzten Worte. Sie waren Kernmänner im Augsburger Hofe. Zerzog, eine bärtige große Gestalt, war ein rechtes Urbild des süddeutschen Bergbewohners, in dessen steyerischem Rocke er einherging. Voll Fröhlichkeit und Mutterwitz haben sich dort im Oberlande auch die gründlich Gebildeten den einfachen natürlichen Ausdruck, den deutschen Ausdruck bewahrt. Unscheinbar, aber schlagend ist ihre Rede, ungesucht und doch so wohl erwogen offenbart sich ihr Gedankengang. Anspruchslos, aber fest. Oft beschämend für unsern Flitterkram der Schule und der Mode, für den Flitterkram der französischen Phrase im Westen, der gelehrten Phrase im Norden. Was diese Leute in ihre heimathlichen Blätter schrieben von Frankfurt aus, das war immer von eigenthümlicher Einfachheit und Kraft, und die Aufsätze Zerzog's namentlich hatten immer das Gepräge einer vortrefflichen, in unsrer Schriftstellerei nur zu selten gewordnen Volksthümlichkeit, hatten immer die Laune der Gesundheit, den Treffer eines gebildeten, unverbildeten Sinns. „Die ganze Welt ist toll geworden", schrieb er 1848 an seinen Sohn, „und daß die Jugend allein gescheidt bleibt, ist nicht wohl zu verlangen — aber Jugend soll sie doch bleiben und nicht aussehn wie eine ekelhaft abgelebte Affen-Frühgeburt,

die nach der Pfeife eines schmutzigen Schurken tanzt, der behauptet: „„es wäre der Zeitgeist.““ Man sollte glauben, es gehörte blutwenig Grütze dazu, um einzusehn, daß einer, der etwas gelernt hat, es besser wissen muß als der, der's erst lernen will. Man sollte meinen, das wäre ein ausgezeichneter Hohlkopf, der behauptet: „„was man nicht erfahren und probirt, verstehe man besser, als was man erfahren und probirt.““ Ich glaube auch steif und fest, daß dies große Esel sind — aber sie glauben's selber nicht, und Du kannst alle Tage sehn und hören, wie ein so unbärtiger Fuchs, der Dir gern zugeben wird, daß er den Geschäften eines Oberschreibers bei weitem nicht gewachsen ist — das deutsche Reich einrichten, regieren und retten will, daß es eine Art hat!" — „Die Alten sollen tagen und die Jungen sich schlagen, aber nicht umgekehrt!" — „Um's Wohl und Weh des Vaterlands soll sich der Junge kümmern, das muß sein und soll recht sein; aber nicht wie ein naseweiser Gelbschnabel, sondern herzlich und natürlich". — „Dem Vaterlande gehört Ihr Jungen, aber nicht das Vaterland Euch! Wenn man Euch braucht, wird man es Euch sagen" — „es giebt kein Blut, was dann zu kostbar ist."

Und 1849, als man zu einem Nachparlamente heruntergekommen war, welchem nichts übrig blieb als ein trauriger guter Rath, da schrieb Zerzog nach Gotha:

„Was die Stimmung (in Baiern) noch schlechter gemacht hat, ist die absurde, heuchlerische und verrätherische Erhebung

digte Deutſchland kann dieſer Hydra, die ihre blutigen Ringe von Paris bis Peſth um uns legt, widerſtehn."

So ſchrieb er und ſo ſprach er. Aber er ſprach nur in kleinem Kreiſe. Nicht einmal bei voller Verſammlung des Augsburger Hofes. Da fuhr er höchſtens mit einer humoriſtiſchen Bemerkung, mit einem körnigen Spruche unter eine ganze Diskuſſion, gleichſam wie der Wirth, welcher den Kreideſtrich zieht unter alle die angeführten Poſten. Er und die Baiern waren auch eigentlich die Wirthe im Augsburger Hofe. Sie hatten dieſes kleine Gaſthaus ausgeſucht mitten in den verſteckteſten Gaſſenwinkeln des innerſten Frankfurt. Gute Beköſtigung geht ihnen über den geſtochenen Speiſezettel; der Inhalt der Schüſſel und des Glaſes iſt ihnen wichtiger als die Form des Seſſels und des Spiegels. Der gerade Gegenſatz zu den Sachſen. So hatte dieſer Klubb das anſpruchloſeſte und beſcheidenſte Anſehn erhalten, ganz wie es dem Süddeutſchen erwünſcht iſt. Nicht ganz ſo erwünſcht wie in der „Himmelsleiter" zu Nürnberg, aber nicht viel üppiger in der Lokalität. Ein moderner Luxus war indeſſen auch hier vorhanden: die Gasflamme.

Zerzog's nächſter Gefährte war Hans von Raumer, der Liebling des ganzen Klubbs und der halben Paulskirche. Der junge, grundehrliche, wohlgebildete Sohn eines edlen, natürlichen Vaterlandes, wie wir's in unſerm Herzen tragen ſeit den Weihejahren der Burſchenſchaft. Der blonde Knebelbart, der umgeſchlagene Halskragen, die einfache Anrede, Alles iſt

noch ſo, wie wir's vor zwanzig Jahren verlaſſen auf der Univerſität, und doch iſt die Erfahrung und Bildung dieſer zwanzig langen Jahre erlebt und verarbeitet. Unter den einfachſten Formen gründliche Kenntniß, reifes Urtheil, feine Unterſcheidung. Kein Zug von Uebertreibung und Prahlerei, und doch tiefer Muth zum Ganzen und Großen. Die Sanftmuth welche ſanft ſpricht und muthig handelt.

Kaum hat Jemand inniger und herzlicher gelitten unter den traurigen Wendungen unſers Vaterlandes abwärts von einem deutſchen Reiche, als Hans von Raumer. Tag und Nacht! Und als der Frühling 49 einen ſo kümmerlichen Verlauf nahm, da gab er Amt und Heimath hin und ging nach Schleswig, um wenigſtens die Büchſe des Jägers in die Hand zu nehmen für die Sache des Vaterlandes, um Blut und Leben einzuſetzen für die Hoffnung des Herzens! Nicht vom Aufſtande im Süden erwartete er Heil, nicht vom Bürgerkriege. Ach, und auch dort, gegen den auswärtigen Feind, fand er nicht die herzhafte Führung, nach welcher er ſich geſehnt hatte, auch dort fand er die Mittelmäßigkeit und Schwachherzigkeit, an welcher die Reichsverfaſſung hingefiecht war, auch dort fand er ein Friedericia, wo die edelſten Kräfte, das reinſte Blut an einen Rückzug verſchwendet werden mußten wie anderswo — ohne Noth, ohne Zweck, ohne Sinn und ganz gewiß ohne deutſchen Geiſt. Armer Hans! An Dir ſpiegelt ſich unſer Aller trauriges Schickſal. Ein Mann! Ein

Mann! Das Reich iſt zu haben noch immerfort, nur der Mann fehlt, welcher es ergreifen könnte.

Die beiden andern Baiern von dieſem vierblättrigen Kleeblatte, Stahl und Barth, waren nicht minder tüchtige Leute. Barth, tief aus dem ſüdlichen Baiern, geſtand mit überlegner Ruhe, daß ſeine Heimathgenoſſen ihn leicht verleugnen könnten. Denn es gäbe der verwirrenden Blendungen für die Kurzſichtigen gar zu viele, und derer gäbe es gar zu Wenige noch, welche den nächſten Vortheil gering zu achten wüßten neben dem großen Segen der Zukunft. Aber die Verblendung ſei äußerlich, das Volk ſei geſund, und wo es nur an der Erkenntniß des richtigen Weges fehle, da bleibe man zu aller Hoffnung berechtigt, da bleibe man verpflichtet, allenfalls auch allein, immer ſtracks vorauszuwandeln mäßigen Schrittes, aber feſt. — Stahl daneben, ein friſches, zum Handeln drängendes Naturel, war ein ſpitzer Stachel für die bairiſchen Landsleute. Als kundiger Nationalökonom zergliederte er ſcharf die ſüddeutſchen Vorurtheile und Uebertreibungen, und da er Alles in großem, pragmatiſchem Zuſammenhange lebhaft, eindringlich, praktiſch darzuſtellen wußte auch auf der Rednerbühne, ſo war dieſer kleine ſchwarzhaarige Mann den Partikulariſten eine gefürchtete Erſcheinung. Er riß alle die kleinen Schlingen beſorgter oder ſtörriger Landsleute entzwei, und that dies nicht zornig, nicht heftig, ſondern lächelnd und mit ſchneidendem Verſtande. Erſt wenn er für Jedermann einleuchtend dargethan hatte, daß der Knoten der Schlinge

ein künſtlich gemachter, ein durchaus nicht nothwendiger ſei, erſt nachdem er ihn, wie verworren er ausſehen mochte, mit leichten Fingern geöffnet hatte, erſt nachdem er gefragt hatte: wollen Sie ihn gelöſt ſehn? erſt dann ſchnellte er ihn auseinander. Dieſe Vorträge Stahl's, raſch und ohne Deklamation einherſchreitend, waren ſtets eindrucksvoll. Wie ſehr er auf ganze Maaßregeln drang, ſo ſehr beharrte er darauf, daß für gewiſſe Punkte der materiellen Einigung Uebergangsſtufen betreten werden müßten, und gerade dadurch entwaffnete er die Partikulariſten.

Die zweite Linie von Baiern bildeten die lang gewachſenen Männer: Paur von Augsburg, Pötzl von München, Reitmayer von Regensburg, Schlör aus der Oberpfalz, Burckart aus Bamberg, ſämmtlich Juriſten. Sie gingen mit zu einem einheitlichen Bundesſtaate, ſo weit es ſich nur irgend vereinigen ließ mit den Antipathieen der Heimath. Offenbar nur die Furcht vor ſolchen Antipathieen, nicht aber ein politiſcher Grundſatz ließ ſie zögern vor der letzten Konſequenz, vor dem erblichen Kaiſerthume der Hohenzollern. Es ging bei ihnen daheim gar zu ſehr wider den Strich, das Reich für immer dem unbeliebten Preußenthume zu überantworten. Wenn nur ein kleiner, allenfalls nur ein ſcheinbarer Aufſchub möglich geweſen wäre! In der Sache ſelbſt wollten ſie ja, wie geſagt, nichts dagegen einwenden, nur nicht ſo jäh, nur nicht ſo mit einem Male ſollte es geſchehn! Und einige Bürgſchaft von preußiſcher Seite wäre doch ſehr zu wünſchen, aber wie?

Dieſe zweite bairiſche Linie im Augsburger Hofe wurde erſt ſpät, erſt bei der Oberhauptsfrage eine zweite Linie. Bis dahin ſchritten auch dieſe Baiern gleichen Schrittes mit der großen Majorität des Klubbs. Ja, zwei von ihnen, Paur und Pötzl, waren vielleicht mit gutem Bedacht vom Miniſterium auserwählt worden zu Reichskommiſſarien für Oeſterreich nach der Erſchießung Blum's. Die Neigung Baierns zu Oeſterreich ſollte durch bairiſche Männer, durch gewiſſenhafte Männer belehrt werden über den Thatbeſtand Paur wie Pötzl kamen gleichmäßig aufgeklärt von Kremſier zurück nach Frankfurt. Es war ihnen ſonnenklar, daß ein deutſcher Bundesſtaat mit einem Volkshauſe in Oeſterreich keinen Genoſſen, keinen auch nur halben Genoſſen finden könne. Sie hatten darüber nicht nur Stadion und Bach hinreichend vernommen, ſie hatten in allen maaßgebenden Kreiſen des Kaiſerthums Erfahrungen geſammelt, welche gar keinen Zweifel übrig ließen. Es war alſo auch nicht die Hoffnung auf Oeſterreich, welche ſie ſpäter vor dem letzten Worte zurücktreten ließ, es war die Sorge für Baiern.

Die andern ſüddeutſchen Gruppen im Augsburger Hofe, die Schwaben und die Rheinheſſen, gingen ſtandhaft hindurch bis an das vorgeſteckte Ziel. Es iſt das einzig Mögliche, es iſt alſo das Nothwendige, ſagten ſie, zur Herſtellung eines deutſchen Staates, was hilft nun das Seufzen, was hilft nun das Zögern! An der Halbheit haben wir immerdar gefiecht, ſie nehme jetzt ein Ende! Mag man daheim in „Stuckert"

und in „Nürtingen“ und gar droben im katholiſchen Oberſchwaben Schwefel und Pech und Kreuzigung gegen uns brüllen, wir ſtimmen für das Nothwendige, und ganz und gar.

Neben Robert Mohl und Fallati ſtand ſolcherweiſe nur Rümelin von Nürtingen, ein Kernſchwabe von der edelſten Sorte. Ruhig und mild, geläutert durch jegliche Bildung, feſt im Wiſſen nnd Wollen war er eine der feſteſten Stützen des Augsburger Hofes und des abwägenden Centrums. Da war nie der leiſeſte Zug von perſönlicher Abſicht, von irgend einer Nebenabſicht, da war Alles lauteres Metall eines deutſchen Abgeordneten. Er ſuchte die Wahrheit aufmerkſam und kundig wenn er ſprach, er ſtimmte für ſie wenn er ſie erkannt zu haben glaubte, ſie mochte noch ſo ungünſtig für ihn erſcheinen in der aufgewühlten Heimath am Neckar. So ſind die Genoſſen Paul Pfizers, zu deſſen näheren Freunden Rümelin gehörte, ſie ſind die ſchwäbiſchen Triarier für die Erkämpfung eines deutſchen Staates. Vielleicht nirgends ſo wie im Augsburger Hofe iſt auch David Strauß damals mit Zuruf begrüßt und gefeiert worden, als er im demokratiſchen Toben der Würtemberger Kammer ſeine Stimme erhob gegen das wüſte gedankenloſe Weſen des Tagesgeiſtes, der Geiſt gegen den Aftergeiſt, der Menſch gegen den Homunkulus. Rümelin verſagte uns nie die Vorleſung aus dem „ſchwäbiſchen Merkur“ wenn Strauß geſprochen hatte, und jene einſame Stimme in der ſchwäbiſchen Wüſte war uns immer eine Herzſtärkung für die Aufgabe in der Paulskirche.

Leichter hatten es die ſüdlichen Heſſen, vertreten im Augsburger Hofe durch Oreſt und Pylades, durch Wernher von Nierſtein und Emmerling. In der Regierung ihres Landes blieb unter einem aufmerkſamen Fürſten, unter einem wirklichen Reform-Miniſterium Jaup und mit einer, der Mehrzahl nach, nicht bethörten Bevölkerung das Maaß immer aufrecht erhalten. Jaups weiſe Maaßregeln ließen wenigſtens den Taumel nie ſchrankenlos werden. An Leuten wie Wernher hatte er eine feſte Stütze. Dieſer an das Nibelungenlied, an Volker den Spielmann erinnernde ſtattliche Recke mit dem ſchönen blauen Auge, mit dem hoch getragenen ſchönen Kopfe, mit dem geradeaus weiſenden Geſtus war immer auch zu Darmſtadt auf der Breſche in der Kammer um ſich tapfer den Mainzer Wühlern entgegen zu werfen, wenn er Abends von wichtiger Tagesordnung drüben geleſen hatte, und zum andern Abende war er wieder im Augsburger Hofe und ſprach gedankenvoll und ſinnig, ſtets eigenthümlich, über das zunächſt vorliegende Thema der Paulskirche, und war am folgenden Tage in der Paulskirche treu auf ſeinem Poſten wie ein Soldat der alten Garde. Welch ein wohlthuendes Bild eines ächten Deutſchen iſt unſerm Gedächtniß für immer eingeprägt worden durch Wernher von Nierſtein! So ſanft und ſinnig und die Poeſie ſuchend, das Aechte und Bleibende ſuchend im Wechſel war er außerhalb der Kampfesreihen, und ſo zornig und kühn angreifend, ſo hartnäckig ſeinen Stand behauptend war er im Gefechte! Ein Bauer bin ich! pflegte

er mit Stolz zu ſagen, wenn er auf ſein Gütchen jenſeits des Rheines hinwies. In dortiger Gegend hat auch Heinrich von Gagern, ſein geprüfter Freund, das ſeinige, Monsheim geheißen, der Siegfried neben dem Volker. Es iſt als ob der alte Schauplatz der Nibelungenrecken, als ob das Wormſer Land immer noch ſeiner ſtarken Ahnherrn eingedenk bleiben ſollte.

Die Preußengruppe war gar nicht beſonders zahlreich im Augsburger Hofe, obwohl man hier einhelliger als in irgend einem andern Klubb das neue Reich auf Preußen ſtützte. Neben Widenmann war von Breuning ein thätiges Mitglied aus Rheinpreußen. Compes war fort, Stedmann war lange abweſend als Reichskommiſſar in Schleswig-Holſtein. Und aus den alten Provinzen gehörten hierher nur Göden, Stenzel und Falk. Letzterer, ein ächter Schleſier in lebhafter Ergreifung des Augenblicks, war Anfangs nach links hinüber in die Weſtendhalle verſchlagen worden, und kam ſo geheilt von den Illuſionen in den Augsburger Hof, daß er hier zur Rechten hielt.

Die Gruppe der Schleswig-Holſteiner bildeten Esmarch, Francke, Wilhelm Beſeler, welcher erſt zu Anfange des Winters auf einige Monate in die Verſammlung trat, und vor Ablauf des Winters ſchon wieder hinab berufen wurde nach Schleswig. Er iſt eine große nordiſche Figur mit rundem, kurzhaarigem Haupte; weniger fein als ſein jüngerer Bruder, auch mit etwas ſchwererer Zunge. Ziemlich zugeknöpft hört

er aufmerksam und spricht nur wo es sich um Wichtiges handelt. Alsdann pragmatisch, in ebner Linie, ausführlich, alle Seiten beleuchtend, abschließend, wie Einer der im Handeln geübt worden ist. Er nahm als erfahrener, auf energisches Handeln bedachter Mann bald eine einflußreiche Stellung ein im Augsburger Hofe, und wurde zum ersten Vicepräsidenten in der Reichsversammlung vorgeschlagen und erwählt, ehe er noch ein Wort in der Paulskirche gesprochen hatte, und ehe er näher bekannt geworden war. Im Ganzen hat er dies Vertrauen gerechtfertigt durch einfache, feste Leitung. Die Strenge seines Charakters hielt bei tumultuarischen Auftritten auch diejenigen in Schranken, welche ihm nicht absonderlich zugethan waren, welche aber seinen Zorn respektirten. Im Spätwinter erschien er in erster Linie, als hinter den Kulissen der Kampf entbrannte gegen die persönliche österreichische Betheiligung am Reichsregimente, als Schmerling aus dem Ministerium scheiden sollte. Da führte Wilhelm Beseler im Augsburger Hofe, wo einige diesen Schritt für unpolitisch hielten, die Sturmfahne.

Neben den Schleswig-Holsteinern im Augsburger Hofe standen die Meklenburger, Sprengel, Thöl, Böcler, Mann, zuverlässige, kräftige Leute, von denen der lange Sprengel aus dem Parteikriege im Würtemberger Hofe erprobt, Thöl aber als feiner Rechtskundiger in den Klubbdebatten so förderlich wie willkommen war durch bescheidene, gründliche Bemerkungen.

Endlich die Hanſeaten Wurm, Godefroy, Dröge, Rieſſer. Wurm aus Hamburg vertrat einen ſchwäbiſchen Bezirk und nahm wohl Rückſicht darauf. Vielleicht zum Theil aus dieſem Grunde hatte er eine ganz vereinzelte Stellung im Augsburger Hofe, und gab oft zu der Frage Veranlaſſung: ob er nicht im Würtemberger Hofe richtiger an ſeinem Platze wäre? Indeß iſt jede gut raiſonnirende Oppoſition von Vortheil, wenn man genau weiß was man will. Das wußte man in dieſem Klubb, und die von Wurm vertretene linke Seite ward angehört, ohne für irgend einen wichtigen Punkt Proſelyten zu finden. Bei den Reden für die linke Richtung war zunächſt immer Rieſſer geneigt, halb und halb Ja zu ſagen. Es war der Ton jenes Alpenhorns, welchem er von Jugend auf gefolgt war. Nur die täglich wachſende Erfahrung, nur die täglich wachſende Bildung des politiſchen Geiſtes warnte ihn und die beiden Sachſen des Klubbs, Biedermann und Koch, ja hielt ſie allmählig völlig ab, dieſem Tone nachzugehn.

Alle drei gehörten urſprünglich tief in's linke Centrum hinein. Biedermann, durch Vorparlament und Fünfziger Ausſchuß eingeführt, war ein Führer geweſen im linken Centrum, und man hatte faſt nicht erwartet, daß er bei der Trennung vom Würtemberger Hofe mit ausſcheiden könne. Aber ſo wie ihn das nüchterne Sachſenthum dorthin gebracht, ſo befreiten ihn von dort andre gute Eigenſchaften des Sachſenthums. Die ſächſiſche Sauberkeit und Reinlichkeit und

er aufmerksam und spricht nur wo es sich um Wichtiges handelt. Alsdann pragmatisch, in ebner Linie, ausführlich, alle Seiten beleuchtend, abschließend, wie Einer der im Handeln geübt worden ist. Er nahm als erfahrener, auf energisches Handeln bedachter Mann bald eine einflußreiche Stellung ein im Augsburger Hofe, und wurde zum ersten Vicepräsidenten in der Reichsversammlung vorgeschlagen und erwählt, ehe er noch ein Wort in der Paulskirche gesprochen hatte, und ehe er näher bekannt geworden war. Im Ganzen hat er dies Vertrauen gerechtfertigt durch einfache, feste Leitung. Die Strenge seines Charakters hielt bei tumultuarischen Auftritten auch diejenigen in Schranken, welche ihm nicht absonderlich zugethan waren, welche aber seinen Zorn respektirten. Im Spätwinter erschien er in erster Linie, als hinter den Kulissen der Kampf entbrannte gegen die persönliche österreichische Betheiligung am Reichsregimente, als Schmerling aus dem Ministerium scheiden sollte. Da führte Wilhelm Beseler im Augsburger Hofe, wo einige diesen Schritt für unpolitisch hielten, die Sturmfahne.

Neben den Schleswig-Holsteinern im Augsburger Hofe standen die Meklenburger, Sprengel, Thöl, Böcler, Mann, zuverlässige, kräftige Leute, von denen der lange Sprengel aus dem Parteikriege im Würtemberger Hofe erprobt, Thöl aber als feiner Rechtskundiger in den Klubbdebatten so förderlich wie willkommen war durch bescheidene, gründliche Bemerkungen.

Endlich die Hanſeaten Wurm, Godefroy, Dröge, Rieſſer. Wurm aus Hamburg vertrat einen ſchwäbiſchen Bezirk und nahm wohl Rückſicht darauf. Vielleicht zum Theil aus dieſem Grunde hatte er eine ganz vereinzelte Stellung im Augsburger Hofe, und gab oft zu der Frage Veranlaſſung: ob er nicht im Würtemberger Hofe richtiger an ſeinem Platze wäre? Indeß iſt jede gut raiſonnirende Oppoſition von Vortheil, wenn man genau weiß was man will. Das wußte man in dieſem Klubb, und die von Wurm vertretene linke Seite ward angehört, ohne für irgend einen wichtigen Punkt Proſelyten zu finden. Bei den Reden für die linke Richtung war zunächſt immer Rieſſer geneigt, halb und halb Ja zu ſagen. Es war der Ton jenes Alpenhorns, welchem er von Jugend auf gefolgt war. Nur die täglich wachſende Erfahrung, nur die täglich wachſende Bildung des politiſchen Geiſtes warnte ihn und die beiden Sachſen des Klubbs, Biedermann und Koch, ja hielt ſie allmählig völlig ab, dieſem Tone nachzugehn.

Alle drei gehörten urſprünglich tief in's linke Centrum hinein. Biedermann, durch Vorparlament und Fünfziger Ausſchuß eingeführt, war ein Führer geweſen im linken Centrum, und man hatte faſt nicht erwartet, daß er bei der Trennung vom Würtemberger Hofe mit ausſcheiden könne Aber ſo wie ihn das nüchterne Sachſenthum dorthin gebracht, ſo befreiten ihn von dort andre gute Eigenſchaften des Sachſenthums. Die ſächſiſche Sauberkeit und Reinlichkeit und

Ordnungsliebe verleideten ihm jene konfuse Wirthschaft im Würtemberger Hofe. Aeußerlich fein und zierlich und vornehm scheint er zum Diplomaten geschaffen zu sein. Innerlich hat er eigentlich gar keinen Zug davon. Er ist gewissenhaft ehrlich und brav. So hing er an jenem Würtemberger Hofe so lange, bis er es vor seinem Gewissen nicht mehr verantworten konnte. Das Gelingen des Ganzen lag ihm am Herzen, und sein klarer Verstand konnte sich nicht länger verhehlen, daß das Ganze gefährdet sei durch die unberechenbare Schwankung im Centrum, ja daß sein demokratisches Staatsideal tiefe Brüche erlitten habe durch gemeine Deutung und Auffassung von Seiten der Linken. Er wußte zu lernen und zu vergessen, weil er schaffen helfen wollte. Nicht die hämische Polemik der Linken, welche ihn schon im linken Centrum unablässig verfolgt hatte, wohl aber die Konfusion und Ausschweifung auf der Linken trieb ihn in's eigentliche Centrum. Das reinste Motiv also leitete ihn und das schwerste Opfer, welches ein solcher theoretisch aufgewachsener Mann bringen kann, eine Umbildung seiner Theorie brachte er, als er zu dem verhältnißmäßig konservativen Augsburger Hofe trat. Im Grunde blieb er auch hier noch lange Zeit weiter links als der Kern des Klubbs, und die sächsische Heimaths-Quelle mußte dies nähren. Mit Ausnahme von zwei physiognomielos verbliebenen Abgeordneten war er und sein Schwager Koch allein aus dem ganzen Königreiche Sachsen so weit entfernt von der linken Seite. Koch, welcher seines

Leipziger Bürgermeisteramtes halber ab- und zuging zwischen Leipzig und Frankfurt, konnte ihm nicht verhehlen und andre Besucher bestätigten es fortwährend: daß man überall in Sachsen dem Parlamente vorwerfe, es neige zu weit rechts, daß sie beide also eine vereinsamte, heftig beschossene Stellung einnähmen. Biedermann hat einen stolzen, fast stoischen Unabhängigkeitssinn; die heimathlichen Nachtheile der Stellung bestimmten ihn also nicht im Mindesten. Aber das Opfer, zu welchem er sich einmal entschlossen hatte, wurde dadurch allerdings nur noch erschwert. Er hielt standhaft die Linie ein, welche ihm seine Theorie vorzeichnete, und so blieb er besonders im „Centralisiren" des deutschen Staates oft allein im Augsburger Hofe, wo man nur „concentriren", wo man streng nur den Bundesstaat wollte.

Dennoch waren seine Vorzüge einer scharfen Auffassung, eines klaren logischen Vortrags, einer prompten Geschäftstüchtigkeit, einer uneigennützigen Hingebung an den großen Zweck so anerkannt und geachtet, daß er auch im Augsburger Hofe stets vorsitzender Leiter der Debatte blieb. Dies Amt hat er nach innen und außen — nach außen in den Komité-Verhandlungen mit den andern Fraktionen des Centrums — vortrefflich geführt.

Das lebensvolle Element des Klubbs ergriff dann auch diese beiden vereinsamten Sachsen allmählig so ganz und gar, daß sie bald zu den eifrigsten und standhaftesten Vertretern des Augsburger Hofes gehörten. Für Koch wurde kein

Opfer zu groß, um für jede wichtige Abstimmung von Leipzig herbeizueilen, und sein unbefangenes offenes Wesen, sein im Geschäftsleben erprobtes Geschick eines praktisch juristischen Verstandes, sein warmer patriotischer Eifer hat dem Kreise des Centrums manchen Schwankenden zugeführt, hat dem Centrum manchen Schwankenden erhalten. Im entfremdeten abgewandten Lande war der Bürgermeister von Leipzig ein getreuer Anhaltspunkt für's erste deutsche Parlament.

Das Verhältniß und die Entwickelung Rieſſer's war ähnlich; es war in hohem Grade intereſſant, weil ſich in ſeiner Parteiſtellung gleichzeitig ein großes Talent entwickelte, vielleicht das größte Rednertalent der Paulskirche.

Dies hätte ſich nicht entwickelt, wenn Rieſſer nicht in's Centrum gezogen worden wäre, denn die Seele dieſes Talentes iſt der Drang nach Vermittelung, nach ſchöpferiſcher Vermittelung. Was die Rede eines Anderen abſchwächt, das hob die Rede Rieſſer's, Von Humanität quillt ſein Inneres über, und von da quillt ſeine Begeiſterung. Nicht alſo Kampf, nicht irgend eine Reizung, nicht ein Aufruf an die Leidenſchaften entwickelt in ſeinen Worten die Beredſamkeit, nein, aus einem gleichſam religiöſen Grunde arbeitet ſich die Kraft und Macht ſeiner Rede hervor. Vermitteln, verſöhnen, in Liebe und Frieden ſchaffen will er. Liberale Grundſätze in einem zur Macht geſammelten einigen Deutſchland erſchienen in ihm wie eine Religion. Er iſt Iſraelit, und das unzerſtörbar Prieſterliche dieſes ſeines Volkes, jene altbibliſche Rei-

gung Alles und Jedes nach Jehova und ſeinem Tempel hinzuleiten, dies durch Unglück verewigte lyriſche Duo zwiſchen Gott und dem Juden — es war der Grundton Rieſſer'ſcher Beredſamkeit.

Und nicht der alte Jehova zürnte aus ſeinen Worten. „Auge um Auge, Zahn um Zahn!" war niemals von ihm zu hören. Der Jehova einer neuen, milderen Zeit ſprach aus ihm. Daher die wunderbare Erſcheinung, daß Rieſſer Alles, daß er die härteſten Vorwürfe ſagen konnte ohne zu verletzen, ohne herauszufordern. Er ſagte ſie in einem großen religiöſen Zuſammenhange, in einem liberal- oder vaterländiſch-religiöſen Zuſammenhange, und ſo erzürnte er die Getroffenen nicht, er beſchämte ſie. Er erhob die nicht geradezu Verſtockten zu edlen Vorſätzen. Er durchdrang immer die ganze Kirche mit einer höheren Weihe, er wurde der geliebte Prieſter des Parlamentes.

Die Starrſten auf der Linken knirſchten unter dieſem Zügel, aber ſie konnten ſich ihm nicht entziehen. Rieſſer unter ſie hineinſprechend hat mich, wie oft! erinnert an Daniel in der Löwengrube: die gierigſten Raubthiere vergaßen ihres Hungers und duckten ſich verlegen in die Winkel der Grube.

Rieſſer war auch für die Linke ein zerſchmetternder Vorwurf. In Wahrheit gehörte er von Hauſe aus zu ihr. Jeder Tag aber hatte ihn weiter entfernt von ihr. Von dem gemeinſchaftlichen Glaubensartikel eines einigen Gottes waren ſie zuſammen ausgegangen, und Rieſſer war zum chriſt-

lichen Gotte der Liebe gelangt, jene aber waren die fanatiſchen Krieger Allah's geworden, welche mit Feuer und Schwert die Einzelnſätze ihres Propheten verbreiten wollten. Wenn Rieſſer nun die gemeinſchaftliche Idee ihres Urſprungs berührte und entwickelte, ſo ſtellte ſich von ſelbſt dar, wie roh ſie dieſelbe ausgebildet hätten. Er ſchalt ſie nun deshalb nicht, aber er enthüllte die Rohheit ſolcher Entwickelung, und traf deshalb um ſo tiefer.

Rieſſer iſt von dicker, ſchwerer Leibesbeſchaffenheit, und die hängenden Arme ſcheinen zu kurz und zu ſchwach als Ruder für die ſchwimmende Maſſe. Er fährt auch oft damit in eigenthümlicher Bewegung über das Haupt hinweg als ob er Hilfe brauche. Desgleichen ſcheint ſein Athem kurz zu ſein. Er iſt es aber nicht, und liefert der weichen, angenehmen Tenorſtimme unerſchöpflich ſcheinende Hilfe, wenn die Gedankenfülle des großen, runden Kopfes in volle Bewegung geräth und ſteigt und ſich ausdehnt nach allen Seiten. Dies tritt gewöhnlich langſam ein. Einfach, mit Bemerkungen beginnt er ſeine Reden, und der kleine, ſchöne Mund lächelt wohlwollend wie das gute blaue Auge. Die Stirn iſt noch trocken unter dem krauſen; unglaublich dichten Buſche des dunkelblonden Haares, welches einem gemachten Toupet gleicht aus dem vorigen Jahrhunderte. Es iſt aber ſo ächt bis an den kurzen, breiten Nacken hinab wie die Locke Simſon's es war, und ſcheint wie jene die zähe Kraft des Redners zu bergen. Gedanke entwickelt ſich aus dem Gedanken

und der immerdar edle Stil derſelben ſteigert ſich zur Höhe, und breitet ſeine Schwingen wie der Vogel wenn er in höhere Regionen kommt.

Rieſſer iſt dabei ſo unbefangen und frei und iſt ſo reich an Gedanken, ſo ſicher in Ergreifung der edlen Ausdrücke, die überreich zu Gebote ſtehn, daß er ſtundenlang ſprechen kann ohne ſich zu erſchöpfen, ohne die Zuhörer zu ermüden. Er gleicht dem begabteſten Pianoſpieler, welcher phantaſirt und Zeit und Raum vergeſſen läßt über dem quellenden Reichthume ſeiner Motive. Es geht nicht auf Schlußeffekt, es geht überhaupt nicht auf plötzliche Wirkungen — ein weiter, geſegneter Raum der menſchlichen Seele ſoll durchzogen und geſchildert werden für den Fliegenden ſelbſt und für den ſinnigen Zuhörer. Gedankenvoll trocknet er ſich die perlende Stirn, wenn er einen Ruhepunkt erreicht hat und für diesmal ſchließen will.

Ein Politiker im gewöhnlichen Sinne des Worts iſt er gar nicht. Er iſt arglos und naiv wie ein Kind. Nach ſich ſcheint er auch die Menſchen zu berechnen, welche die Handlungen im Staate veranlaſſen und leiten. Da weiß er denn weder Eigennutz noch Nebenzwecke, noch ſonſtige Hintergedanken oder Verſtellung einzurechnen. Ah! pflegt er zu ſagen, als ob von etwas Erſtaunlichem die Rede ſei, wenn man ihm davon ſpricht, und Vorſicht wie Folgerung davon abhängig macht. Zum Führer einer politiſchen Partei taugt er alſo nicht im Mindeſten. Er taugte auch nicht zum Vice-

präsidenten, wozu er einmal gemacht wurde. Die formellen Geisteseigenschaften hat er alle dafür, aber die Beurtheilung und Behandlung der Menschen und ihrer Leidenschaften versagt ihm gänzlich. Er ist ein Denker. Durch Philosophie und Rechtswissenschaft vorgebildet wurde er also erst mächtig als er gegen den Winter in den Verfassungsausschuß kam und hier das reiche Material verarbeiten konnte. Darin wurde er denn bald von außerordentlicher Ausgiebigkeit, besonders für seinen Klubb, den Augsburger Hof. Die feinsten und weitesten Beziehungen jedes einzelnen Punktes in der Verfassung entwickelte er hier mit wahrer Meisterschaft. Wenn er um Auskunft befragt wurde, so begann er immer mit einem leichten Ja! und setzte noch ein Ja! hinzu, als ob er nur eine dürftige Notiz mittheilen werde; aus diesen leichten Ja's entspann sich aber immer ein weiter Kreis von den wichtigsten Fäden des Verfassungsnetzes.

Er war geliebt von Jedermann, und in der That auch liebenswerth in hohem Grade. Ich habe nie einen Mann gesehn, der alle guten Eigenschaften des Juden und nur die guten Eigenschaften so besessen wie Riesser. Er allein wäre eine schlagend beredte Entgegnung gewesen für die besseren Gegner der Emancipation. Deshalb war er auch unwiderstehlich als er das erste Mal hervortrat auf der Rednerbühne gegen Moritz Mohl, welcher auf eine beschränkte Emancipation der Juden angetragen hatte, ganz so unglücklich, ungeschickt, halbwahr, und ganz so mit der Tapferkeit der Selbst-

verblendung darauf angetragen hatte wie es dem „Er mengt ſich in Alles“ Moritz Plumper entſprach.

Dies waren die drei Klubbs, dies waren die wichtigeren Perſonen derſelben, welche beim Eintritte in die Verfaſſungsdebatte das Centrum bildeten. Die Anzahl ihrer Stimmen — über zweihundert — hätte bei gewöhnlicher Ebbe in der Verſammlung hingereicht, die Mehrheit zu bilden. Denn die Verſammlung, obwohl auf ſechshundert angelegt, ſtieg nicht hoch über vierhundert ſo lange nicht eine ungewöhnlich wichtige Entſcheidung zu treffen war. Aus Oeſterreich fehlten ja auch ſtandhaft ein halbes hundert Abgeordnete, weil die ſlaviſchen Bezirke, namentlich in Böhmen, das deutſche Reich perhorrescirten und nicht gewählt hatten. Eine gewiſſe Anzahl ſogenannter „Strandläufer“ oder „Wilder“ ferner, die zu keiner beſtimmten Partei gehörten, war trotz all den Fraktionen übrig geblieben. Frei geblieben, wie ſie ſelbſt poetiſch zu ſagen pflegten, damit im Farbenfächer der Freiheit auch das Weiß, die Nichtfarbe, vorhanden ſei. Dieſe Ekleftiker ſtimmten durchſchnittlich mit dem Centrum. Endlich muß man ja doch für jede Abſtimmung eine Anzahl Stimmen von weiter rechts oder von weiter links als unvermeidlich hinzurechnen. Denn entweder nach rechts oder nach links neigte ja doch der Entſchluß des Centrums, und ſo entſtand von ſelbſt mit einem ſo kompakten Centrum eine ſtarke Majorität.

Sie wurde bald dadurch noch sicherer, daß die eigentliche Rechte unter Führung Vincke's den Fraktionen des Centrums, wenn auch nicht die Hand, doch einige Finger bot. Während des Winters selbst näherte sie sich oder näherte man sich ihr dergestalt, daß auch sie bis auf einen gewissen Grad Theil nahm an den Vorbesprechungen der vereinigten Centren. Das heißt die Abgesandten der Klubbs erschienen am Spätabend auch im Klubb der Rechten um Mittheilung zu machen und Ausgleichung zu versuchen, oder Abgesandte vom Klubb der Rechten erschienen im Casino und Augsburger Hofe. Mit Ausnahme des Vereinbarungs-Princips hatte man ja doch sehr Vieles gemeinschaftlich, namentlich den weiten konstitutionellen Boden, und es hatten sich auf der Rechten allmählig mehrere Männer hervorgethan, denen ein Zusammengehn mit den Centren so weit als möglich wünschenswerth schien. Zu diesen gehörte Naumann aus dem Oder-Frankfurt, von Selchow, von Wegnern, von Rotenhan und Vincke selbst.

Letzterer war eine Zeitlang Willens gewesen, ganz und gar von dannen zu gehn. Er hatte die Parteibildung auf der Rechten nicht so gefunden wie er sie wünschte. In dem „steinernen Hause" waren die katholisirenden Elemente seiner Natur zuwider, wie er denn auch zu Herrn von Radowitz gar nicht paßt und zu dessen diplomatischer leiser Gangart keineswegs Vertrauen hegt. Er ist zu derb, zu unvorsichtig, zu offen neben den Staatsmännern des ewigen Geheimnisses, so

offen und redselig, daß er nur in einem frei ausgebildeten Konstitutionalismus ein Ministerium führen könnte.

Das „steinerne Haus" war nun übrigens ohnedies zerfallen, und es war ein Bedürfniß, die Rechte neu zu organisiren bei dem Eintritte in die Reichsversammlungs-Epoche. Man forderte ihn also dringend auf zu bleiben und gruppirte sich um ihn. So entstand die rechte Fraktion „Café Milani", also benannt von einem Kaffeehause am Roßmarkte, wo sie zuerst einige Wochen lang zusammenkam. Sie siedelte bald über in den englischen Hof, und war während des Winters dort in einem Hinterzimmer des Erdgeschosses zu finden, in demselben Zimmer wo die Konstituirung des Augsburger Hofes im Herbste stattgefunden hatte.

Die Existenz dort war trotz der aristokratischen Insassen und alten Schneefieber, welche hier berathschlagten, nicht eben komfortable. Wie dies überhaupt nicht erreicht wurde in dem drangvollen Parlamentstreiben zu Frankfurt. Die alten Räthe und Edelleute, die magern österreichischen Herren von höheren Aemtern, die Großkaufleute aus Hamburg, die kantigen Baiern saßen hier eng geschichtet bei einander. Der kleine Detmold, welcher auch hier nur auf Papierschnitzeln sprach, mußte mit der Lupe herausgesucht werden, der feiste Graf Schwerin pflegte aufzustehn so weit dies anging, um seine ordnungsmäßige Rede zu halten, Grävell in einer Sofaecke schlief leider nicht immer, von Bothmer stotterte öfters, von Wedemeyer äußerte sich über Abzugsgräben nach Ungarn, es

war eine dicke ſchwere Atmoſſphäre und Vincke mit dem Scepter in der Hand litt nicht bloß dadurch, daß er hören mußte. An Geiſt und ſchöpferiſchem Leben war Mangel wie an friſcher Luft. Indeſſen fehlte es nicht an klar geprägten Charakteren, die unbeirrt blieben vom Wirbelwinde der Zeit.

Unter ſolcher Gruppirung begann die Verfaſſungsdebatte. Die Gruppen waren noch keineswegs ächt und homogen in ihrem Verhältniſſe zu den Waſſerſcheiden in der Verfaſſung ſelbſt. Man kannte dieſe noch nicht, man überſah ſie wenigſtens noch nicht. Man behandelte die erſte Leſung wie eine große Rekognoscirung. Die partikulariſtiſchen Heerhaufen ſollten ſich erſt auf dem Schlachtfelde ſelbſt, dem Feinde gegenüber ſondern. Wer weiter ſah wußte jetzt ſchon, daß dieſe Rechte nicht beiſammen bleiben würde, und daß im Caſino eine itio in partes, eine Abſonderung in Theile eintreten werde, ſobald die Verfaſſung auf dem Bergrücken anlange, von wo ſeit alter Zeit die Waſſer nach Norden und die Waſſer nach Süden abfließen.

2.

Die Vorſtellungen über die Form einer deutſchen Einheit waren auch im Oktober 48 noch unklar und ſchwankend. Kaum die, welche es am Leichteſten und Seichteſten nahmen, kaum die republikaniſch Geſinnten waren im Stande, eine

runde fertige Gestalt vorzuzeichnen. Denn es herrschte ein großer Unterschied zwischen republikanisch Gesinnten und Republikanern, und es herrschte unter den Republikanern selbst wieder die verschiedenartigste Vorstellung von der nächsten Form einer deutschen Republik. Die Einen wollten die Republik nur im Ganzen, die Andern wollten eine Unionsrepublik nach nordamerikanischem Vorbilde, die Dritten wollten eine Einheitsrepublik, la république une et indivisible.

Die Nichtrepublikanischen, also die Mehrzahl unter den vierzig Millionen, die Mehrzahl in der Paulskirche hatte nur zwei bestimmte Verlangnisse, welche in der neuen Form gegründet sein müßten: ein deutsches Volkshaus, ein deutscher Bundesstaat.

Nur in Oesterreich waren diese beiden Verlangnisse nicht so scharf ausgeprägt. Der Leser möge sich aus dem ersten Bande erinnern, daß man in Wien schon im April 48 den Bundesstaat für Oesterreich nicht rathen zu dürfen meinte, daß man im Gegentheile damals schon in der Wiener Presse Beibehaltung des Staatenbundes forderte.

Aber auch die Mehrzahl, welche Bundesstaat und Volkshaus als Grundbedingung forderte, hatte weder über die innere Struktur des Bundesstaates, noch über die Spitze desselben eine ausgeführte Vorstellung.

In den kleineren Staaten erwartete man eine weit gehende Centralisation. Die Phantasie des Hungrigen richtet sich auf starke Speisen. In den größeren Staaten be-

ſchäftigte man ſich mit Vorſtellungen über die Spitze des Bundesſtaates. Ein Direktorium oder auch ein Turnus, ein unter den großen Staaten wechſelndes Oberhaupt, war die bequemſte vorläufige Idee. Ob die aufgeſtellten Grundbedingungen dazu paßten, das erörterte man noch nicht gründlich. Man erwartete die Vorlage des Verfaſſungsausſchuſſes.

Als dieſe nun im Oktober erſchien, und wenigſtens einen Theil des neuen Organismus überſehen ließ, da zeigte ſich im eigentlichen Deutſchland nirgends ein abſonderliches Bedenken. Scharfe Vorlinien zu einem Bundesſtaate hatte man erwartet, alſo befremdeten auch die Paragraphen Zwei und Drei nicht. Sie betrafen mit ihrer Forderung einer Perſonalunion außer Schleswig, Holſtein und Limburg mit ganzer Schwere nur Oeſterreich. Dies war tiefer denn je in der Kriſis. In Wien tagte ein Reichstag, zu welchem auch galiziſche Bauern gehörten, und von dem man nicht recht abſehn konnte, wohin er wolle. Es duftete dort Alles nach proviſoriſchen Zuſtänden und die Studentenaula herrſchte. Gerade in dieſem Monate noch kam es zu blutigem Aufſtande, zur Ermordung Latour's, zu dauernder Inſurrektion. Während man Paragraph Zwei und Drei in Frankfurt berieth, zog Windiſchgrätz ein Heer zuſammen, zogen einige Abgeordnete der Linken, Blum an der Spitze, nach Wien hinab, um dort eine Revolution führen zu helfen, deren Ziel unentdeckbar war in einer Allianz mit den heranziehenden Ungarn, in einer Allianz mit ſchwarzrothgoldnen Ultra's, mit Polen und Ita-

lienern. Zersprengung Oesterreichs in national abgesonderte Theile schien das Ziel zu sein, und doch widersprach auch Dem wieder Mancherlei, namentlich der österreichische Reichstag selbst. Gewiß war nur, daß die Mehrheit der Paulskirche kein Heil erwartete für die deutsche Sache von dem wüsten Gebahren in Wien. Gewiß war ferner, daß die Aeußerungen aus Oesterreich über Paragraph Zwei und Drei unter solchen Umständen spärlich und unsicher erscheinen mußten.

Einige Zeit vor Beginn der öffentlichen Debatte versammelte Gagern in seiner Wohnung an drei Abenden hintereinander etwa dreißig Abgeordnete. Er lud diejenigen ein, welche er für die wichtigsten hielt, und diejenigen von denen theils unbefangene, genaue Auskunft über die thatsächlichen Verhältnisse theils ein reifes politisches Urtheil zu erwarten stand. Solch ein freier Ausschuß ist von jetzt an immer vor öffentlicher Verhandlung wichtiger Fragen bei ihm zusammengetreten. Er zog dazu von der Rechten nur die freier Gesinnten und ging auf der linken Seite nur bis an den Würtemberger Hof hinan, von diesem gewöhnlich nur Zell einladend. Was darüber hinaus lag nach links, das galt für völlig unvereinbar mit den Anschauungen und Absichten der Parlaments-Mehrheit.

Gagern wohnte damals an der Promenade zwischen dem Bockenheimer Thore und der Mainzer Chaussée in einem schön eingerichteten Landhause, welches einen kleinen Saal darbot

zu ſolchen Verſammlungen. Dort iſt das Entſcheidende vorbereitet worden. Ringsum an den Wänden ſaßen auf rothen Sammetſeſſeln dieſe Ausſchußmänner aus allen Theilen des Vaterlandes, und die nicht ſprechenden blickten ſinnend auf einen ſpiegelblanken getäfelten Fußboden. So eben und glatt wie dieſer Fußboden ſchien noch Alles zu ſein auf dem deutſchen Verfaſſungsboden, und Jeder von dieſen Dreißig mußte ſich doch eingeſtehn, daß dies nur ein täuſchender Schein ſei.

Dennoch ging man auch hier, wo in kleinem Kreiſe die offenbar maaßgebende Vorentſcheidung geſucht wurde, dennoch ging man auch hier nicht vollkommen offenherzig mit der Sprache heraus in Betreff Oeſterreichs. Dennoch wagte Niemand, ſeinen eigentlichen Gedanken oder wenigſtens ſeine Vermuthung naiv zu äußern. Gagern ſelbſt mußte am zweiten Abende damit den Anfang machen, daß er plötzlich mit ganzer Schwere auf das Eis der konventionell gewordnen Vorſtellungen trat, indem er ausrief: Sie werden ſehn, daß es bricht!

Allerdings waren Schmerling, Würth, Schrott, Somaruga und noch andre Oeſterreicher zugegen, vor denen man nicht geradezu ausſprechen wollte, was man fürchtete, wenn ſie nicht ſelbſt den Anfang machten. Und das thaten ſie nicht. Allerdings war man aber auch durchaus nicht ſo abſichtlich, ſo voraus bedacht in Bezug auf Oeſterreich, wie man's geweſen ſein ſoll nach den Anklagen der ſogenannten Großdeutſchen. Man war es nicht. Soll durchaus auf dem Grunde

des Verfassungsentwurfs die klare Absicht gesucht werden, daß Oesterreich ausgeschlossen sein müsse aus dem deutschen Bundesstaate, so wird man sehr tief hinabsteigen müssen in die Arbeitsgemächer, in die Laboratorien einzelner Männer. Und auch da wird man sich zurückgeführt sehn auf zwei oder drei Männer, und selbst bei diesen wird man nicht eine Animosität gegen Oesterreich, wird man nicht den Wunsch nach Ausschließung Oesterreichs finden, man wird höchstens den schwer gefaßten Entschluß finden: ein deutscher Staat soll entstehn, ein Staat mit deutscher Politik, und wenn Oesterreich nicht dahinein zu bringen ist, so soll sich dieser deutsche Staat auf Kosten des österreichischen Ganzen oder neben und ohne Oesterreich errichten.

Das wird der Kern des Pudels sein, welchen man später zu einer Kreatur Mephisto's, zu einem Pudel preußischer Race hat machen wollen.

Nicht im Ausdrucke, wohl aber dem Eindrucke nach war jene Vorversammlung bei Gagern naiv. Sie suchte. Sie suchte die Lösung des Räthsels. Niemand hatte sie. Und wer sie in der Theorie etwa am festesten haben mochte, wie Dahlmann, wer wie dieser, auch damals bei Gagern schon steinern, gleich einem steinernen Manne sprach für die unerschütterliche Nothwendigkeit dieser Paragraphen, selbst der enthüllte nicht einen Zug von Animosität gegen Oesterreich. Auch Waitz nicht, welcher an seine Doktrin glaubte wie an sein Evangelium und vermöge dieser Doktrin felsenfest überzeugt war,

Oesterreich müsse von nun an unter konstitutionellem Regimente so weit auseinandergehn in seinen Fugen, daß die beiden Paragraphen durchgesetzt werden könnten. Auch Georg Beseler nicht, Droysen nicht, obwohl diese am völligsten nordisch waren und für den ganzen neuen Organismus keinen anderen Mittelpunkt und Entwickelungspunkt für möglich hielten als einen nordischen. Von Luther an, über den alten Fritz hinweg, durch die deutsche Literatur, durch die Freiheitskriege hindurch ging ihr Meridian unverrückt nordwärts in Deutschland. Sie erwarteten nicht so große Wirkung von den Revolutionen und dem Konstitutionalismus in Oesterreich wie Waitz, sie waren also wohl am meisten darauf gefaßt: daß Oesterreich nicht unmittelbar in den deutschen Bundesstaat kommen werde.

Aber selbst Männer wie Mathy und Bassermann, später so eifrige Vertreter des also definirten Bundesstaates, sie waren damals noch ganz fern von der Konsequenz des Gedankens, von der Ausscheidung Oesterreichs aus dem eigentlichen Bundesstaate. Namentlich Bassermann. Er war ungemein gedrückt und gepeinigt an jenen Abenden bei Gagern. Sein guter Verstand sah zu deutlich, wohin diese Paragraphen, wohin eine Absonderung Oesterreichs führen müsse, und doch wußte er keinen positiven Ersatz für solche Grundpfeiler des Bundesstaates.

Wir werden mit Staunen sehn, daß eigentlich Niemand die Grundzüge der also angelegten Verfassung angriff in der

öffentlichen Debatte, was doch hätte geſchehen müſſen, wenn die ſpätere Oppoſition der „Großdeutſchen" einen organiſchen Sinn haben ſollte. Nur Reichensperger, ein recht feiner, aber ultramontan angekränkelter und eigentlich unfruchtbarer Kopf, tippte in der Paulskirche mit einem Amendement und mit ſeiner Rede darauf hin. Aber er tippte auch nur. Er verrieth, daß er hier ein Bedürfniß errathe, aber daß er poſitiv nichts dafür wiſſe. — Wenn Einer mit dem Gedanken umging, es müſſe eine breitere Grundlage für den ganzen Bundesſtaat geſucht werden, ſo war es Baſſermann. Aber er fand ſie nicht, oder er fand immer, daß ſie noch gefährlicher werden könne für das Ganze; als die Herausforderung und wahrſcheinlich erfolgende Abſonderung Oeſterreichs. In dieſer Pein verbrachte er jene Abende, viel mehr hörend als ſprechend.

Es lohnte zu hören. Ungläubig, von der Seite hinüberſchauend, hörte er und hörte die Mehrzahl Schmerling's gewundener Auseinanderſetzung zu: daß Oeſterreich doch auch in einen eng gefaßten Bundesſtaat paſſe, wenn man nicht rigoros ſein, wenn man bei der diplomatiſchen Vertretung und beim Heerweſen „Modifikationen" geſtatten wolle. Modifikationen! Dies unvermeidliche Wort, wenn man Flöhe vertreiben will und ſie nicht fangen kann. Man ſchüttelte dazu den Kopf, und ſchüttelte ihn nicht minder zu den ſchwülſtigen Verſicherungen Würth's und Somaruga's. Der Schwulſt lag nicht im Talent dieſer Männer, er lag in den Schwierigkeiten der Sache. Sie wollten beweiſen, das Waſſer mache nicht

naß und das Feuer brenne nicht. Oesterreich könne freilich nicht gesetzlich in alle Forderungen eines Bundesstaates willigen, aber praktisch könne es sie alle erfüllen.

Jedermann fühlte, der gute Wille diktire diese Worte, aber auf diesen guten Willen hin könne man kein Reich errichten.

Durchweg hatten die Oesterreicher nicht mehr beizubringen, als daß sie in den einzelnen Punkten Modifikationen für Oesterreich wollten. Sie gingen zunächst nicht einmal über diese beiden Paragraphen hinaus, und es mußte ihnen zugebracht werden, daß sie dann doch lieber gleich für Alles eine Ausnahmsstellung und in Folge derselben eine spätere definitive Anordnung verlangen sollten. Denn fast bei jedem einzelnen Paragraphen würde sich ja ihr jetziges Bedürfniß wiederholen, da sie mit ihrem mannigfach zusammengesetzten und bedingten Staate nicht in die Folgerung des strengen Bundesstaats-Princips eintreten könnten. Besonders Vincke nahm sich eines solchen vorgeschlagenen Zusatzes an, daß für diese „und die folgenden Paragraphen eine definitive Anordnung in Betreff Oesterreichs vorbehalten bleibe." Zu etwas Weiterem, zu irgend einem positiven Vorschlage erhoben sie sich nicht — es begann also hiermit die traurige Negative und Verschiebung, zu welcher sie durch die Lage ihres Heimathsstaates gezwungen sein mochten.

Diese Negative hat es denn auch im Laufe des nächsten Halbjahres zu keiner andern positiven Satzung gebracht als

zu dem chimäriſchen, lebensunfähigen Vorſchlage eines „europäiſchen Mittelreiches“ mit 70 Millionen, Deutſchland und den ganzen öſterreichiſchen Staatenkomplex umſchließend.

Wir bringen es in einem kleinen Hausſtande nicht zu einer Ordnung und zu einem familienhaften Charakter, wie wir Beides wünſchen, vergrößern wir alſo dieſen Hausſtand um das Doppelte und ziehen wir eben ſo viel Fremde herein als wir jetzt Familienglieder ſind, dann werden wir unſern Wunſch erfüllt ſehn!

Dies war der Sinn jenes Vorſchlags, ein unbedachter Hohn auf das deutſche Verlangen nach einem nationalen Staate.

Damals im Oktober bei Gagern unternahm indeſſen die Phantaſie noch nicht dieſen Ikarus-Flug, und man ſprach, wie geſagt, von nichts als Modifikationen und Modifikationen und von Aufſchub und Ausnahmen. Da nahm Gagern das Wort und erklärte ſich gegen alles das. Er entwickelte die erſten Züge ſeines ſpäteren Programmes. Das geſchah nicht in großer vorbedachter Rede; es geſchah faſt unſcheinbar. Man ſah, der Gedanke war nicht alt, wenigſtens war er nicht gepflegt, nicht ausgebildet. Er meldete ſich auch vorzugsweiſe als Entgegnung auf alle die halben Vorſchläge. „Es iſt unſrer großen Aufgabe nicht angemeſſen“, ſagte Gagern, „der Hauptſchwierigkeit einer deutſchen Verfaſſung unſchlüſſig aus dem Wege zu gehn. Wir wollen und ſollen nicht eine verſchiebende und ausweichende Diplomaten-Verſammlung ſein,

wir wollen und ſollen eine konſtituirende Verſammlung ſein. Konſtituiren wir alſo!“ — Und nun zeichnete er mit wenig Strichen die zwei Nothwendigkeiten für Deutſchland, welche vorlägen. Der Bundesſtaat ſei für Deutſchland eine Nothwendigkeit, und — die Erhaltung Oeſterreichs ſei ebenfalls eine Nothwendigkeit für Deutſchland. Es ſei falſch, falſch unter allen Geſichtspunkten: auf die Zertrümmerung Oeſterreichs zu ſpekuliren. Aus alle dem folge denn: Oeſterreich könne nicht in den deutſchen Bundesſtaat gezogen werden, und es müſſe ein weiterer Bund mit Oeſterreich gegründet werden.

So war das Ei des Kolumbus hingeſtellt, und es war eben beſchädigt, wie ein Ei beſchädigt werden muß, wenn es ſtehen ſoll.

Der Eindruck jener Gagernſchen Worte ſchien nicht gar groß zu ſein. Ein Theil der Verſammelten, und zwar der doktrinäre Theil, meinte doch immer, Oeſterreich könne nicht zuſammenhalten. Wozu ſich ſträuben gegen ſolchen Naturprozeß? Wozu jetzt ein weiteres Band ſchürzen, während das engere Band wahrſcheinlich binnen Kurzem gar keine Schwierigkeit haben werde? — Ein anderer Theil fand die Gedankenfolge Gagerns ganz richtig, denn es war ihre eigne Gedankenfolge; aber ſie hielten es nicht für politiſch, dies jetzt ſchon poſitiv auszuſprechen, dies poſitiv zu machen durch die erſten Paragraphen der Verfaſſung, durch die erſte Leſung der Verfaſſung. Sie wollten dasjenige werden laſſen, entſtehn

laſſen, was doch werden und entſtehn müſſe, ſie wollten es nicht machen. Wenn wir es machen, ſagten ſie, ſo gewinnt es als Vorwurf Süddeutſchlands eine gefährliche Kraft gegen uns. Wenn es von ſelbſt entſteht, wie ja doch nicht ausbleiben kann, ſo wird es wie ein Schickſal hingenommen. — Ein dritter Theil hatte ſich die Folgerungen der Dinge nie in ſolcher Schärfe vor Augen gehalten; er erſchrak vor dieſer Abſonderung in zwei große Theile; er hielt es auch jetzt nicht für nöthig, ſo weit vorzugreifen, und ſcheuchte ſich dieſen Gedanken vor den Augen hinweg, wie man eine Fliege wegſcheucht. Er konnte glauben, daß es nur eine Fliege ſei, denn Niemand ging näher ein auf ſolch eine entſcheidende Wendung. — Die Oeſterreicher endlich waren tief davon betroffen. Sie empfanden am beſten die Stärke der Folgerung, weil ſie ſelbſt am beſten wußten, in welcher haltloſen Halbheit ſie ſich befänden gegenüber ſolchen tief greifenden bundesſtaatlichen Grundſätzen einer deutſchen Verfaſſung. Sie ſchwiegen und horchten ängſtlich, ob dies unterirdiſche Feuer fangen und den Boden aufſprengen werde. Dies ſchien nicht zu geſchehn und ſie athmeten tief auf, beim Nachhauſegehn dieſe Gagernſche Idee als eine radikale Chimäre bezeichnend.

Aber ein wahrer Gedanke lebt, wie eifrig wir ſeine Lebenskraft leugnen, weil er uns nicht gefällt; er lebt und wächſt auch in uns, die wir ihn todt nennen. Und ſo war denn zum erſten Male, wenn auch ohne Nachdruck, die tragiſche Situation der Oeſterreicher im deutſchen Parlamente bezeichnet.

Tragiſch in allen Beziehungen. Tragiſch für die ächt deutſchen Oeſterreicher ſelbſt, welche die volle Betheiligung an deutſcher Nation, an deutſchem Staate wollten und doch die Macht ihres Heimathsſtaates nicht verleugnen mochten, nicht verleugnen durften oder nicht verleugnen konnten. Tragiſch für jeden Deutſchen, welcher die edlen ſchönen Brüderſtämme an der Donau und an den Alpen von Herzen liebt, welcher im deutſchen Staate eng beieinander haben wollte Alles was mit deutſcher Zunge redet, und welcher ſich doch nun eingeſtehn mußte, daß die bittre Wahl wirklich ſo vorliege, wie Gagern geſagt hatte: Entweder das endliche Erringen eines Bundesſtaates, nach welchem das innerſte Bedürfniß deutſcher Nation hindrängt, in welchen die ganze nationale Bewegung von 48 mündet, und dann Abſonderung Oeſterreichs — oder Einſchließung Oeſterreichs in derſelben Weiſe wie aller übrigen deutſchen Staaten, und dann kein Bundesſtaat, kein deutſcher Staat.

Wenn man nun von Gagern erwartet hatte, die laue Aufnahme ſeines Gedankenganges werde ihn veranlaſſen, demſelben keine weitere Folge zu geben, ſo hatte man ſich ſehr in ihm geirrt. Was er für recht und nothwendig erkennt, das betreibt er, mag es gefallen oder mißfallen, mag es Ausſicht auf Erfolg haben oder nicht. Gerade er ſägt und bohrt das Holz da, wo es am härteſten und dickſten iſt; dies iſt ſein Charakter eines Anführers, welcher einen ganzen Erfolg erſtrebt, mag auch er und ſeine ganze Genoſſenſchaft darüber

zu Grunde gehn. Er verhielt sich am zweiten Abende der Vorversammlung ziemlich passiv, und ließ nur durchblicken, daß er all diese halben Dinge, all diese Palliative und Aufschubsmaaßregeln bei so großer, entscheidender Gelegenheit für unpassend, ja den großen moralischen Anforderungen einer Nation gegenüber für fehlerhaft halte. Am dritten Abende brachte er zu großer Beunruhigung der Versammlung ein förmliches Amendement im Sinne seines engern und weitern Bundes und erklärte, daß er es vor der Reichsversammlung führen werde.

Fast all seine Freunde riethen ihm ab. Sein Bruder Max in erster Linie. Später auch sein alter Vater, welchem er eine Skizze nach Hornau hinaus geschickt hatte. Dieser achtzigjährige Staatsmann kam zuweilen herein, und ich erinnere mich, daß er in dem gastfreien, allen Notabilitäten der Centren jeden Abend offnen Salon des Konsul Koch ausführlich über diese Idee seines Sohnes Heinrich sprach. Auch er theilte sie nicht und behandelte sie ganz unbefangen tadelnd wie die eines Fremden. Sie war natürlich damals noch unvollständig entwickelt. Dieser Sohn Heinrich aber, das energische Element in der Familie, hörte Dies und Andres ruhig an und — blieb bei seiner Meinung. Am wenigsten Eindruck machte es auf ihn, daß er seine ganze Popularität auf's Spiel setze mit diesem Vorschlage, Oesterreich von Deutschland zu sondern. — „Wofür hab' ich denn diese Popularität, wenn ich sie habe", rief er stolz, „als um sie hinzu-

geben für unſer Volk. Gerade darum iſt es meine Pflicht, das Undankbare auf mich zu nehmen. Ich halte das, was ich vorſchlage, für nöthig, und alſo iſt es gar nicht meine Wahl, es iſt meine Pflicht, den Undank herauszufordern und auf mich zu nehmen."

Es war die Lage eines Arztes, der ein dauerndes Siechthum mit einem bittern, entſcheidenden Mittel heben will. Der Kranke ſchreit und die Angehörigen ſchreien, und es iſt auch Gefahr dabei, das Siechthum in tödtliche Kriſis zu verwandeln. Der Arzt ſieht und hört und weiß das Alles; er folgt aber ſchweigend ſeinem Gewiſſen und handelt. Solcher Aerzte bedarf eine Nation, welche ſich konſtituiren will. Die Mittelmäßigkeiten erregen zwar kein beſorgliches Geſchrei, aber ſie helfen niemals und ſchaden oft. In den Zeiten der Kriſis verderben ſie aber die Heilung immer.

Der Klubb des Café Milani hatte die ſchwerſte Stellung zu dieſen Paragraphen und verhandelte am ſpäteſten, kurz vor der Entſcheidung in der Paulskirche, noch darüber. Er hoffte auf einen Ausweg durch Herrn von Radowitz, welcher über dieſe Frage noch ſprechen wollte. Er ſprach und zwar zu wiederholten Malen an einem Abende. Es war ein äußerſt künſtlicher Organismus, welcher Oeſterreich mit dem ſogenannten deutſchen Bundesſtaate verbinden ſollte, eine Kette mit zwei bis drei Scharnieren. Der eigentliche deutſche Bundesſtaat, eine Gruppe von Ringen, die erſte Gruppe. Deutſch-Oeſterreich die zweite Gruppe, durch ein Scharnier mit der

erſten Gruppe verbunden. Das nichtdeutſche Oeſterreich die dritte Gruppe, durch ein Scharnier mit der zweiten Gruppe verbunden. Das ganze Oeſterreich die vierte Gruppe, auch nicht ohne ein kleines Scharnier zur Verbindung mit der erſten Gruppe. Es wirbelte dem Zuhörer vor dieſem vielfach verſchlungenen Gliederwerke, welches der Meiſter behende um die Finger ſchlang, und man hatte einen zwiefachen Eindruck. Erſtens, ob man nicht nach Regensburg und in's vorige Jahrhundert verſetzt ſei, wo über das heilig-römiſch-deutſche Reich, das ſchwerſte Staatsrechts-Gehäuſe, ein geſchickter Vortrag gehalten werde. Zweitens, ob nicht wirklich der Begriff des Einfachen untrennbar ſei von dem Begriffe der Dauer und Größe.

Dieſe Eindrücke ſchienen auch bei den Wortführern des rechten Klubbs vorhanden zu ſein. Vincke raſſelte unter dieſen verketteten Gruppen umher wie ein ungeduldiger Gefangner und packte hier ein Scharnier und dort eins und drückte es auf und ſprang heraus und ſchob die Ketten hinter ſich. Und auch Schwerin, ſonſt rückſichtsvoll und milde gegen den General, erklärte unumwunden, daß er einen ſo künſtlich vernieteten Staatenzuſammenhang nicht für brauchbar und nicht für haltbar erachtete. Radowitz hätte es ſeinen Freunden wohl leichter machen können, wenn er nicht hundert Rückſichten zu decken gehabt hätte. Mit all dieſen Rückſichten war größere Einfachheit nicht möglich, und für die harrenden konſervativen Baiern und Oeſterreicher war denn unter ſolchen

Umſtänden auch von dieſer erfinderiſchen Seite kein repräſentables Amendement herzuſtellen. Man mußte auch nicht das Unmögliche verlangen! In Berlin ſollte es ſich ſehen laſſen können, was er vorſchlug, und vor den katholiſchen Mächten auch! Ueberhaupt mußte ja doch mit dieſem ſtrengen Bundesſtaate und einer Volksvertretung erſt abgewartet werden, wie ſich das ausnehmen wird auf dem Spiegel alt beſtehender Mächte. Dieſer Spiegel iſt jetzt getrübt; er wird wieder rein werden. Dann wird man ernſthaft an dieſe Aufgabe gehn und wird ſie auf dem Wege löſen, welcher allein dafür geeignet iſt, auf einem diplomatiſchen Wege oder Kongreſſe. Wer wird ſich vor den Fünfhundert der Paulskirche unnöthig dafür in Unkoſten ſetzen! Wer wird hier eine abſolute Löſung verſuchen! Eine Beſchäftigung mag man hinwerfen, eine Einſchachtelung ihnen zur Probe vorlegen, damit was gethan ſcheine

So mochte er denken und ging hinweg. Herr von Radowitz war „mit Entſchuldigung“ abweſend, als die Debatte und Abſtimmung über dieſe Paragraphen erfolgte.

Iſt dieſe verſchiedne Haltung Gagern's und des Herrn von Radowitz nicht überaus bezeichnend bei dieſer Lebensfrage deutſcher Verfaſſung? Denn die öſterreichiſche Betheiligung am deutſchen Reiche war die Lebensfrage geworden und iſt die Frage um Leben oder Tod geblieben. Vergeſſen wir nicht, daß ſie nicht im Plane der Patrioten gelegen war, welche einer deutſchen Staatswendung bis zum Februar und

März 1848 entgegen harrten. Noch in den vorbereitenden Schritten zu Eppenheim, Heidelberg, Darmstadt spielte sie keine Rolle. Die Hoffnungsrede Gagern's, welche er als hessischer Minister in Darmstadt hielt vor Ausbruch der allgemeinen Bewegung im März, sie richtete sich auf die Großmacht im Norden Deutschlands, sie sagte nichts von Oesterreich. Daß Oesterreich so weit mit hineingezogen wurde, daß es Abgeordnete nach Frankfurt sandte, daß man also mit den beiden Großmächten des deutschen Bundes zu thun bekam bei Errichtung des herbeigesehnten Bundesstaates, das war unerwartet gekommen, und daran drohte für den Kundigen die Errichtung des Bundesstaates um so mehr zu scheitern, je enthusiastischer, je anspruchsvoller, je unklarer dieser außerordentliche Zusatz von der öffentlichen Stimme aufgenommen wurde. Wäre es nicht natürlich gewesen, daß die Männer des Vormärzen jetzt im entscheidenden Momente auf ihren ausgebildeten Plan zurückgegangen wären, um sicher zu gehn, um das Werk ihrer Vorbereitung durchzuführen? Das thaten sie nicht. Sie nahmen sie an diese große gefährliche Zugabe, und Gagern selbst, der hierbei am vorsichtigsten erschien, war unvergleichlich viel sorgsamer für Oesterreich, wollte viel mehr eine organische Betheiligung Oesterreichs am deutschen Reiche als die Mehrzahl derer, welche jetzt unbesehn Oesterreich einordneten in das Ganze und welche später Oesterreich völlig absonderten. Gagern trat eben deshalb jetzt schon mit Vorschlägen zu einer organischen Sonderung hervor, weil er die

Verbindung erhalten wollte, und weil er vorausſah, daß das bloße Dekretiren ſolcher Paragraphen die Verbindung zerſchneiden werde. Kurz, er wollte binden und ſchaffen, indem er für den oberflächlichen Zuſchauer zu löſen und zu ſcheiden ſchien.

Von Radowitz aber hatte im Vormärzen durch jene Broſchüre den vollen Anſchein genommen, als wolle er und wolle man auf dem organiſchen Wege der Reform die deutſchen Mächte zu einer engeren Staatsform führen. Gerade Oeſterreich hatte er als bedrohlichen Eckſtein bezeichnet. Wäre es nicht natürlich geweſen, daß gerade er nun im entſcheidenden Momente mit Rath und That eingetreten wäre? Er aber ging hinweg, und Gagern ſetzte ſeinen ganzen Einfluß ein und auf's Spiel.

An ſolchen Früchten mag man erkennen und unterſcheiden lernen. Der Eine, obwohl ein Gläubiger, glaubt doch nicht recht an den höhren Drang im Volksleben und verſucht es immer wieder mit der Handarbeit des alten Flick- und Stückwerkes. Der Andere, obwohl kein Gläubiger, glaubt doch an den Genius ſeiner Nation und arbeitet mit Lebensgefahr für ſich ſelbſt aus dem Ganzen.

Jener Eine wird vielleicht, wie man hochdeutſch zu ſagen pflegt, „reuſſiren" für heut und morgen. Jener Andere aber wird unterliegen für heut und morgen, und der ſüße Pöbel oben und unten wird ſeiner ſpotten. Und doch hat der Eine nur geflickt und der Andre hat geſchaffen. Er hat geſchaffen! Das Nothwendige, einmal gewollt und ausgeſprochen, wird

von selbst zur That, und der es zuerst gewollt und ausgesprochen bleibt in der Geschichte einer Nation.

In der Paulskirche blieben die weiteren Gesichtspunkte in dieser Frage zunächst ohne Einfluß. Den Paragraphen war die Mehrheit sicher, da für dieselben die ganze Linke mitstimmte. Diese Paragraphen centralisirten, und waren ihr deshalb willkommen. Den Centren galten sie für einen unerläßlichen Grundsatz des Bundesstaates, und übrigens hatte jede Fraktion ihre eigenthümlichen Hintergedanken dabei. Sie würden Oesterreich, meinten Viele, endlich zu einer runden Erklärung nöthigen, wie es sich in Wahrheit zum neuen Reiche verhalten wolle. Denn der That nach war Oesterreich bis jetzt stumm und taub verblieben bei allen Anfragen und Verlangnissen von Frankfurt. So viel es äußern konnte in seiner gestörten Beschaffenheit hatte es ablehnend geäußert. Nur die phantastische Linke konnte es zur Botmäßigkeit der Centralgewalt rechnen; jeder Unbefangene sah voraus, daß es zu allen wesentlichen Dingen des neuen Reiches Nein sagen würde, sobald es zum Sprechen ermächtigt sei. So sage es denn Nein! dachten eben Viele, und wollten auch deshalb diese entscheidenden Paragraphen votiren. Erhält es aber die Kraft hierzu nicht mehr vor der fortschreitenden Auflösung in seinem Innern, setzten Andere hinzu, nun dann sind diese Paragraphen erst recht am Orte. Sie bringen dann Deutsch-Oesterreich grundsätzlich zum deutschen Reiche.

Unter ſolchen Umſtänden begann am 20. Oktober die Debatte. Die Oeſterreicher waren rathlos, und im Hôtel Schröder an der Bockenheimer Straße wo ſie ſich verſammelten jagte immer ein Amendement das andere. Jedes ging auf Ausnahme oder Aufſchub. Ihre Lage war auch unbeſchreiblich ſchwer. Sie wußten nicht wie das Staatsweſen ihrer Heimath ſich geſtalten werde, und wenn ſie ſelbſt ein ſchöpferiſches Staatsmanns-Talent unter ſich gehabt hätten im Sinne des Centrums oder der Rechten, ſie hätten nicht die Energie gehabt ſich ihm anzuvertrauen. Das ſah man aus ihrem Verhältniſſe zu Gagern. Die weitere Ausführung der Gagernſchen Idee verhieß eine ſchöpferiſche Stellung für Oeſterreich im weiteren Bunde. Mit ihm hätten die liberal konſervativen Oeſterreicher ſich in Verbindung ſetzen müſſen, wenn ihnen um eine mögliche Geſtaltung zu thun war. Ihn ſcheuten ſie aber völlig. Sie wollten nur aufſchieben. Die zahlreiche Partei der Linken endlich unter den Oeſterreichern war kurzweg darüber einig, daß die Scheidung der kaiſerlichen Monarchie durch Perſonalunion nicht nur wünſchenswerth, ſondern auch leicht ausführbar ſei. Sie widerſprachen zuverſichtlich, wenn man ihnen entgegnete, daß die Mehrzahl der Deutſch-Oeſterreicher nicht um dieſen Preis in ein deutſches Reich eintreten wollte. Im Gegentheile, riefen ſie, dieſer Preis ſcheint den Deutſch-Oeſterreichern gering!

Am erſten Tage der Debatte ſprachen zahlreiche Oeſterreicher; unter ihnen ein Schooßkind der Paulskirche, Arneth

von Wien. Ihm persönlich hätte man gern die verlangten Modifikationen gewährt. Ferner von Würth aus Wien. Ausführlicher, leidenschaftlicher, drohender, da man ja nur ein Paar Modifikationen in Betreff des Heeres und der Vertretung nach außen gestatten solle. Die weiter Sehenden wußten nur zu gut, daß die Vertretung nach außen verzweifelt viel bedeute, und daß es mit ihr und mit der Modifikation im Heerwesen nicht abgethan sei. Endlich Giskra der Mähre, mit dem ganzen Aufgebot seiner Suada und seiner Scheingründe diese Vorgänger stürmisch bekämpfend, die pragmatische Sanktion, das morsche, „vergilbte Pergament", welches längst zerfallen sei, in die Lüfte streuend. Umsonst versicherten nun selbst seine Landsleute, daß er nicht nur ein übertreibender Parteimann, sondern auch als Parteimann bedenklich wandelbar und unzuverlässig sei, in dieser Frage hatte er alle Wünsche eines großen Germanien, hatte er das ganze Farbenspiel verführerischer Hoffnungen für sich, und rauschender Beifall begleitete ihn.

Als dieselben Paragraphen, an deren Annahme das Glück Oesterreichs hängen sollte, ein halbes Jahr später zur Abstimmung kamen, da hatte sich die Parteistellung so geändert, daß auch das Glück Oesterreichs wo anders hing, und daß der fanatische Fürsprecher nun eigentlich dagegen stimmen mußte gemäß seiner neuen Parteistellung. Giebt es eine empfindlichere Satyre auf die Parteiung und auf die „echauffirte" politische Weisheit. Er ging hinweg vom Kohlenfeuer,

um nicht wie Petrus ausdrücklich Nein sagen und seine Rede vom 20. Oktober in's Angesicht verleugnen zu müssen. Er stimmte nicht, und weinte auch nicht. Der leichte Sinn hilft über Alles hinweg, und unsre rührigsten Apostel von diesem Jahre waren leichtsinnig. Leichtsinniger als ihre Jünger, welche für sie zahlten, litten und bluteten.

Dies war der erste Tag. Der nächste Sitzungstag schon mußte der österreichischen Wirklichkeit geopfert werden. Was Zukunft! schrie man, was Verfassungsparagraphen! Der Windischgrätz ist mit Kroaten vor Wien! Wollt Ihr ein deutsches Parlament sein, so helft vor allen Dingen gegen diesen Dränger, welcher mit ausländischen Horden die Freiheit der Aula erwürgen will! (Hier waren die nicht revolutionären Ausländer plötzlich einmal Horden). Laßt ein Reichsheer marschiren, ruft das Volk zu den Waffen, sprecht die Acht und Aberacht aus, wenn der Kaiser nicht sofort nach Wien geht unter die Demokraten, wenn er nicht sofort seine Truppen zurückzieht!

Wieder und wieder war es dieselbe Lage unvereinbarer Elemente in der Paulskirche. Der eine Theil bestand darauf, es herrsche eine allgemeine Revolution, oder es solle wenigstens von Rechts wegen eine herrschen. Höchstens die Centralgewalt, soweit man sie beeinflussen könne, sei eine Behörde. Sie habe zu gebieten überall, diktatorisch, einheitsstaatlich, über das Kleinste also wie über das Größte.

Der andre Theil sagte: so ist es nicht. Durch eine Ver-

faſſung haben wir revolutionäre Zuſtände zu endigen, wir ſind nicht berufen um ſie zu nähren. Die Einzelngewalten des deutſchen Bundes ſind erſchüttert, ſind in ihren Formen geändert worden, aber ſie ſind nicht geſtürzt. Unſer eignes Geſetz über proviſoriſche Centralgewalt giebt ja darüber Auskunft und bildet ja auch für uns eine Grenze. Es mag ſein, daß unſre Aufgabe leichter zu löſen iſt, wenn die Einzelngewalten geſtürzt wären. Aber ſie ſind es nicht, und Eure Aufforderung iſt nur eine Aufforderung zu nachträglicher Revolution. Abgeſehen davon, ob nicht dadurch der ganze erworbene Boden für einen deutſchen Bundesſtaat auf's Spiel geſetzt würde, abgeſehen davon, daß Revolutionen nicht dekretirt werden nachträglich, ſondern daß ſie entſtehn müſſen aus hundert zuſammentreffenden inneren Nothwendigkeiten, wenn ſie wahr und fruchtbar ſein ſollen, abgeſehn von Berechtigung oder Nichtberechtigung, Eure Stimme dafür iſt für uns am wenigſten verführeriſch. Ihr, gerade Ihr habt ſo viel Oberflächlichkeit und Irrthümer über Staatsleben verbreitet, ſo ſchlimme Leidenſchaften erregt, ſo verderbliche Zielpunkte einer Staatszukunft enthüllt, daß wir doppelt vorſichtig ſein müſſen, die noch beſtehenden, wenn auch wankenden Autoritäten antaſten zu helfen. Und nun gar nach Wien hin können wir nimmermehr zu Euren Dekreten und Aufgeboten Ja ſagen. An und für ſich iſt unſre Centralgewalt dort am ſchwächſten, ſie hat nur eine künſtliche, nur eine in Eurer Aufgeblaſenheit wirkſame Geltung. Wir ſetzen

sie aus durch Dekrete, kompromittiren sie, schwächen sie also auch für das übrige Deutschland im Ansehn. Greifen wir aber, wie Ihr mit Forderung eines Reichsheers wollt, thatsächlich zu Aufgeboten, so versagt uns wahrscheinlich in erster Linie schon dies Reichsheer. Wird es uns aber auch gestellt, was erregen wir damit in zweiter Linie? Wir erregen volle Revolution in einem Staate, dessen revolutionäres Schicksal unberechenbar ist für Deutschland, ja äußerst gefährlich sein kann für Deutschlands Integrität und Macht. Denn gerade dadurch können wir den deutschen Staat in Oesterreich den undeutschen Bestandtheilen Oesterreichs überliefern, können slavische und magyarische Staaten hervorrufen, welche Deutschlands Macht beschädigen und welche doch nur den Herrn wechseln, den russischen Herrn für den deutschen Herrn eintauschen würden. —

Ach was da! rief ein magrer junger Oesterreicher, ein cynischer trockner Logiker, ein logischer Fanatiker nach der Art von St. Just, was da! rief Berger von Wien, „wenn ich die Gewißheit hätte, daß die Slawa mir als Inhalt die Demokratie bietet, so würde ich mich für den slavischen Gesammtstaat erklären, wenn Deutschland mir keinen demokratischen Inhalt bietet. (Auf der Linken: hört! Beifall.)“

Brauchte man mehr zu wissen? War diese Offenherzigkeit, war dieser Beifall nicht völlige Aufklärung für eine deutsche National- und Reichsversammlung? War es da verwunderlich, daß die Centren wie ein Mann gegen jedes Ansinnen

wirklicher Einschreitung für die revolutionäre Partei in Wien stimmten, 250 Stimmen hoch? Gewiß nicht.

Aus dieser Zahl 250 sieht man aber auch, wie nöthig die endlich gefestigte Organisation der Centren war. Die Mehrheit war gering unter 416 Stimmenden für eine so wichtige Sache. In welchen verworrenen Zustand von Intervention, die doch keine Wirksamkeit entwickelt hätte, wäre man gerathen, wenn die unklare Wirthschaft des Würtemberger Hofes auch hierbei noch zwanzig bis dreißig Stimmen abgewendet hätte!

Am 24. erst wurde die Debatte über Paragraph Zwei und Drei wieder aufgenommen, und an diesem Tage sprach der einzige Oesterreicher, welcher eine klare, feste Stellung einnahm zu diesen Paragraphen, Mühlfeldt von Wien. Er hatte mit Detmold, Rotenhan und Lassaulx folgenden Zusatz-Antrag zu Paragraph Zwei unterschrieben:

„Insofern die eigenthümlichen Verhältnisse Oesterreichs die Ausführung dieses §. 2. und der daraus abgeleiteten Paragraphen hinsichtlich desselben nicht zulassen, soll die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichen Maaße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland im Wege des völkerrechtlichen Bündnisses zwischen der Reichsgewalt und der österreichischen Regierung erzielt werden."

Im Wege des „völkerrechtlichen" Bündnisses! Welch ein Verrath an der deutschen Einheit und Oesterreich! rief man diesen vier Männern entgegen, unter denen beiläufig auch

Herr von Lassaulx war, welcher späterhin Oesterreich als Ein und Alles, als Mittel- und Ausgangspunkt deutschen Reiches hingestellt sehen wollte. Hingestellt!

Mühlfeldt ließ sich durch kein Geschrei erschüttern. Er antwortete kühl: das Wort „völkerrechtlich" ist das einzig richtige, wenn Oesterreich nicht in den Bundesstaat eingereiht werden kann. Ein Verhältniß im Staatenbunde ist ein völkerrechtliches. So lautet die Technik, und wenn man etwas präcis ausdrücken will, muß man sich an diese Technik halten. Es nützen die schmeichelnden Worte nichts. „Ein völkerrechtliches Bündniß kann eine Fülle haben, die das Verhältniß des Staatenbundes dem des Bundesstaates sehr nahe bringt. Wir sind sehr weit entfernt davon zu glauben, daß nur ein Schutz- und Trutzbündniß, nur militärische und politische Zwecke, nicht vielmehr auch ökonomische, commercielle und nationale Zwecke erreicht werden sollen. Wir würden nicht bloß Sicherheit und Unabhängigkeit, nicht bloß innere Sicherheit des Staates, sondern auch die allgemeine Wohlfahrt durch Freizügigkeit, Gleichheit in Zoll- und Handelsverhältnissen, Einheit in den Verkehrsmitteln und Anstalten durch ein solches Bündniß erreicht wünschen." Er wies ruhig ab, daß man ihn undeutsch nenne, weil er das allein Mögliche nüchtern hervorhebe. Er, Schilling und Endlicher seien die ersten gewesen, welche in Wien eine Beschickung deutschen Parlamentes bei der Wiener Universität in Anregung gebracht und erst diesem Beispiele seien der Wiener Bürger-Ausschuß und die Stände Nieder-Oester-

reichs gefolgt. Das Minoritätserachten sei ja auch durchaus mit Rücksicht auf Deutschland und dessen Interessen, oder wenigstens mit gleicher Rücksicht auf diese wie auf die Oesterreichs entstanden. Denn „vor Allem erkläre ich, daß ich mit den übrigen Herren Antragstellern das Minoritätserachten zu den §§. 2 und 3 diese für eine so nothwendige Folgerung aus der Form des Bundesstaates ansehe, daß eine Ausnahme davon nicht gemacht werden dürfe. Ich erkläre weiter, daß wir die §§. 2 und 3 dergestalt im Interesse Deutschlands gelegen, und so wesentlich für die Erreichung der Einheit desselben erachten, daß nie und niemals abgewichen werden dürfe. Wenn aber auf der andern Seite ich die mir bekannte Lage, die mir bekannten Verhältnisse Oesterreichs betrachte, konnten ich und jene Herren, die in meine Ansicht eingegangen sind, nicht verkennen, daß die §§. 2 u. 3 für Oesterreich Schwierigkeiten nach sich ziehen können. Wir wollen nicht darüber entscheiden, ob es möglich sei sie in Oesterreich auszuführen oder nicht, mußten uns aber den Fall denken, es sei nicht möglich, und dafür Vorsorge treffen, daß auch unter dieser Voraussetzung die Zwecke die wir hier anstreben so weit als möglich erreicht würden. Als Zweck erkannten wir die Einheit und Macht Deutschlands; sie können verfolgt werden in Form eines Bundesstaates, und wir glaubten, Oesterreich könne nicht verlangen, daß die nothwendigen Bestimmungen dieser Form in seinem Interesse aufgegeben werden, denn auch Oesterreich ist nur ein Theil und der Theil kann nicht

verlangen, daß das Ganze leide. Wenn aber die Formen des Bundesstaates mit einer solchen Bestimmung wie sie die §§. 2 u. 3 enthalten in Beziehung auf Oesterreich nicht möglich sind, wenn darum die Zwecke nicht zu verfolgen möglich sind in der Form des Bundesstaates, so muß man die Form suchen, in der es möglich ist." — „Und diese Form finden wir in der des Staatenbundes, bei dem die Verfolgung der Zwecke die erreicht werden sollen allerdings möglich ist. Denn wenn Sie die trocknen Worte „im Wege völkerrechtlichen Bündnisses" in dem Minoritätserachten lesen, so bitte ich Sie der früheren Worte nicht zu vergessen: „die angestrebte Einheit und Macht Deutschlands im größtmöglichen Maaße durch den innigsten Anschluß Oesterreichs an Deutschland."

Das war eine so offenherzige, folgerichtige Darstellung von Seiten eines Oesterreichers bei den ersten Paragraphen deutscher Verfassung, daß sie immerdar von großer Wichtigkeit bleiben wird in der Geschichte deutschen Parlamentes. Weder von österreichischen noch von deutschen Lieblingsgedanken ließ sich damals Mühlfeldt bestechen. Auch nicht von Hintergedanken einer politischen Hegemonie. Ehrlich und unbefangen hatte er das Ganze vor Augen und die Möglichkeit eines verhältnißmäßigen Ganzen. Damals wurde auch seine Rede in Oesterreich von allen Konservativen gelobt, denn im zweiten Theile derselben führte er aus, daß die Personal-Union von größter Gefahr sei für Oesterreich, und nicht bloß

für Oeſterreich, auch für Deutſchland. Die ſüdlichen Alpenabhänge und die Küſten mit Trieſt zum Beiſpiele würden nicht nur für Oeſterreich, auch für Deutſchland verloren gehn im Wege des Ablöſungs-Prozeſſes, welcher unzertrennbar ſei von Einführung der Perſonal-Union. Damals! Man war noch tief in den Gefahren der Zerklüftung. Man dachte zunächſt nur an Sicherſtellung der Integrität; man hatte noch nicht die Freiheit, weiter zu ſpekuliren. Als man dieſe Freiheit wieder gewann, da genügte es nicht mehr ſicher geſtellt zu werden vor den Einheits-Anſprüchen Deutſchlands, da kam in Rede: wie man den überwiegenden politiſchen Einfluß auf Deutſchland wieder gewinnen könne, und da wurde dieſe ehrliche Rede Mühlfeldt's unpolitiſch. Jetzt mißfiel ſie den öſterreichiſchen Linken, ſpäter mißfiel ſie den öſterreichiſchen Rechten, und Mühlfeldt ſelbſt ging ein halbes Jahr ſpäter nicht mehr dieſen ſeinen eigenen Weg. Er verließ ihn nicht geradezu, er ging im März 49 nur dann mit hinein in die Hohlwege ſeiner Landsleute, wenn er's durch einen juriſtiſchen Schluß leidlich oder wenigſtens ſcheinbar rechtfertigen konnte; aber der offene Mühlfeldt vom 24. Oktober erſchien doch nicht wieder. Nachdem er einen Theil des Winters in Wien zugebracht, kam er ſtill und ſchweigſam zurück und ſtimmte nicht mehr ſo klar und charaktervoll wie früher. Andrian allein hat ſich dieſen Ruhm der offenſten Unbefangenheit bewahrt. Auch zur Zeit der leidenſchaftlichſten Parteiung ſagte er offen was er früher geſagt: In den Bundes-

ſtaat mit Volksvertretung kann Oeſterreich nicht eintreten. Hindern aber ſoll es ihn nicht, ſondern die nächſtmögliche Verbindung mit ihm zu ſeinem und Deutſchlands Vortheile fördern.

Auch am dritten Tage der Debatte, am 26. Oktober ſprachen vorzugsweiſe Oeſterreicher. Keiner ſchloß ſich an Mühlfeldt, wenn auch einige eventuell für das von ihm geführte Minoritätserachten ſtimmen wollten. Die Ausnahmsſtellung für Oeſterreich wollten ſie wohl, nicht aber einen ſo geſchloſſenen deutſchen Bundesſtaat. Beda Weber aus Meran, ein ſtark gebauter gelber Geiſtlicher, ganz mit der ſüdlichen Phyſiognomie eines katholiſchen Weltgeiſtlichen, ſprach im Stile von Abraham a Santa Clara gegen die revolutionären Widerſacher Oeſterreichs, und erregte ſchallendes Gelächter namentlich durch folgende Worte: „Was Herr Eiſenmann in Bezug auf Ungarn geſagt hat iſt eine rührende und romantiſche Liebe. Sie iſt mir höchſt ehrwürdig, denn wie jede uneigennützige Liebe, ſo iſt auch dieſe nur um ſo inniger und beſſer, je weniger Urſachen hierzu vorhanden ſind.“ — Ueber die Hauptfrage brachte er zweierlei zum erſten Male auf die Tribune. Erſtens daß Oeſterreich keine föderative, ſondern auch jetzt eine einheitliche Verfaſſung erhalten ſolle und werde, und zweitens daß das ganze Oeſterreich „dem Reiche deutſcher Nation beitreten könne.“

Man nahm keine Notiz von dieſen Aeußerungen. Der Redner ſelbſt aber hat ſeine ſtreng öſterreichiſchen Anſprüche

konſequent, hartnäckig, oft giftig geführt und verfochten bis zum Letzten als einer der entſchloſſenſten Parteimänner. Er hat Gedichte herausgegeben, und da er das „Deutſche“ mit großem und oft willkommenem Nachdruck zu betonen pflegte, ſo nahm ſich Uhland, der an dieſem Tage gerade unmittelbar vor ihm geſprochen hatte, gar eigenthümlich aus. Der Dichter neben dem Dichter, der Deutſche neben dem Deutſchen, der Süddeutſche neben dem Süddeutſchen, der Eine rechts, der andre links. Beide auf Oeſterreich pochend; der Eine dergeſtalt, daß Deutſchland ſich nach Oeſterreich richten müſſe, der Andere dergeſtalt, daß Deutſchland über Oeſterreich zu verfügen habe.

In der Paulskirche hörte man oft die Klage, daß Uhland durch ſeine öffentliche Erſcheinung beim Parlamente die ſchöne Illuſion zerſtört habe, welche man vom Dichter Uhland gehegt. Für mich hat er ſie eher erhöht. Daß er ein röthliches, unbehagliches Antlitz hat was thut denn das einer Illuſion, die den Poeten doch nicht zum Frauenzimmer machen will. Daß er ſtandhaft links geſtimmt, das iſt ja einem Lyriker angemeſſen. Der Lyriker hat ſeine Kraft darin, daß er die Stärke der Dinge empfindet und den Umkreis derſelben dahingeſtellt ſein läßt. Unbeirrt von den Einwendungen und Beſchränkungen der Proſa geht er ſeinen Fußpfad und ſieht und hört nur was in den ſchmalen Rahmen eines lyriſchen Gedichtes paßt. Ein guter Politiker wird er freilich nicht ſein, aber in einer Nationalverſammlung mag es auch

ſchlechte Politiker geben, wenn ihre lyriſche Bahn von patriotiſchem Drange vorgezeichnet und ſo ſtreng wie einfach inne gehalten wird. Das war bei Uhland der Fall. Er ſtimmte konſequent mit der Linken, ſoweit ſie nicht unpatriotiſch war und nicht parteiiſche Exceſſe beging. Er ging eines feſten, einfachen Schrittes. Erwäge man doch, daß ein Dichter ſeiner Art aus einem kleinen ſüddeutſchen Staate ein Deutſchland vor ſich hat, welches von den faktiſchen Verhältniſſen deutſcher Mächte nichts weiß, nichts wiſſen mag, nichts wiſſen kann. Wenn er ſich die Wiſſenſchaft von einem großen Oeſterreich und Preußen und einem kleinen Deutſchland einprägen ſollte, ſo müßte er ſich ſeinen poetiſchen Inhalt zerſetzen und zerſtören. Das Gefühl ſeiner Kraft beruht eben darin, daß er ſich nicht irre machen läßt in ſeiner Vorſtellung von einem einſtigen Deutſchland, einſtig in Bezug auf die Vergangenheit und in Bezug auf die Zukunft. Man erzählte von ſeiner Frau, einer ſtattlichen, ſchön geweſenen Schwäbin, daß ſie bekümmert geäußert habe: ſie habe ſich's wohl gedacht, daß ihr Mann ſo ſein würde! — Dies will eben ſagen: Uhland's lyriſche Kraft der Abſonderung iſt immer ſtark und ſtreng geweſen; ſeine nächſte Umgebung ſogar hat nichts vermocht über ihn und ſeinen Beruf, ſeine nächſte Umgebung hat ſich eingeſtehen müſſen, er werde unter allen Umſtänden den einen Ton ſeines Weſens, und dies iſt der lyriſche Ton, feſthalten. Ja wohl! Der harte ſchwäbiſche Schädel iſt lehrreich an Uhland zu ſtudiren. Einſam und ſchweig-

ſam wie auf ſeinem Tübinger Garten war er auch in Frankfurt, ſaß er hier wie ein unnahbares Weſen unter den Linken, mit deren Parteiverſammlungen er nichts gemein hatte. „Wohl präparirt, Paragraphos wohl einſtudirt", ein gewiſſenhafter Abgeordneter erſchien er täglich an ſeinem Platze und auch einige Male auf der Rednerbühne. Das ganz lichte Auge unter lichter Braue ſieht über die Menge hinweg in's Leere, es haftet an keines Menſchen Blicke, es erwidert keinen, und wie ein Einſiedler ſpricht der Mann mit herber, ſchwäbiſch accentuirter Stimme da oben als ob ihn Niemand hörte. Keine Spur von Dramatik! Langſam, in kleinen Pauſen, aber ſicher klimmt ein Satz nach dem andern hervor, und die Paulskirche gewöhnt ſich bald daran, die politiſche Anſicht ſeiner Rede zu überſehen, einige ſchöne Bilder aber und Vergleiche, die nie in ſeiner Rede fehlen, mit Beifall auszuzeichnen. „Man ſagt, die alten Mauerwerke ſeien darum ſo unzerſtörbar" — ſprach er heute — „weil der Kalk mit Blut gelöſcht ſei. Oeſterreich hat ſein Herzblut gemiſcht in den Mörtel zum Neubau der deutſchen Freiheit." Aber ganz im Gegenſatze zu Beda Weber will er nichts von Ausnahme, nichts von Aufſchub, nichts von Abwarten der Gährung in Oeſterreich; „diejenigen Beſchlüſſe," ſagt er, „ſind immer die beſten, die an der brennenden Sachlage angezündet ſind. — Eben weil es gährt müſſen wir die Form bereit halten, in die das ſiedende Metall ſich ergießen kann, damit die blanke, unverſtümmelte hochwüchſige Germania aus der Grube ſteige."

Dieſer ſüddeutſche Dichter ſchnurſtraks gegen den tiroler Dichter will nichts nach einer Dynaſtie fragen in Oeſterreich, er will nichts Geringeres als ſofortige Einführung der beiden Paragraphen. Im grellſten Gegenſatze zum konſervativen Oeſterreicher bringt er einen Antrag ein, welcher lautet: „Die Nationalverſammlung möge die §§. 2 u. 3 des Entwurfs von der zweiten Berathung ausnehmen und dieſelben, unbeſchadet der Aufnahme in die Reichsverfaſſung, ſogleich zum definitiven Beſchluß erheben.“

Der böhmiſche Graf, welcher dieſen ſo verſchiedenartigen Poeten auf der Rednerbühne folgte, hätte ſich die Ohren zuhalten müſſen, um in ſeinen Planen für's deutſche Rieſenreich nicht geſtört zu werden durch eine wichtige Bemerkung Uhlands. Aber auch mit offnen Ohren hörte er nicht. So wie der Poet auf dem Fußpfade unbeirrt von irgend Jemand, ſo ſauſte dieſer Graf auf ungarſcher Heerſtraße, die bekanntlich meilenbreit, alſo nur ſo genannt iſt, er ſauſ'te auf einem zottigen, in der Bukowina eben erſt eingefangenen Rößlein von Bremen bis Varna, von Krakau bis Salonichi. „Bundesſtaat?! Dummes Zeug!“ hätte er gemurmelt, wenn er's gehört hätte, und weiter wäre es gegangen.

Uhland hatte nämlich daran erinnert, daß der „Bundesſtaat“ gar nicht ſo in Zweifel zu ziehen ſei wie in dieſer öſterreichiſchen Frage geſchehen wolle. Er ſei bereits geſetzlich, er ſei bereits anerkannt, auch von Oeſterreich. Das Geſetz vom 28. Juni über Einführung einer proviſoriſchen Centralge-

walt für Deutschland sage im zweiten Artikel wörtlich: die neue Centralbehörde habe die Vollziehungsgewalt zu üben „in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen.“ Im Gegensatz dazu sage der 13. Artikel „Mit dem Eintritte der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf.“ Der Staatenbund sei also hinabgesunken mit seinem Organe, dem Bundestage, und der Bundesstaat sei heraufgestiegen. Dieses Gesetz sei von allen deutschen Regierungen anerkannt und verkündigt, und in Folge dessen ein Mitglied des österreichischen Kaiserhauses zum Reichsverweser gewählt — „hiernach besteht“, hatte Uhland geschlossen, „der Bundesstaat anerkannt und gesetzlich. Der Verfassungsentwurf ist bestimmt, diesen politischen Grundsatz des Bundesstaates in's Leben zu führen, ihn durchzuführen in der Gliederung und Ordnung des neuen Staates. Mag die durch das Gesetz vom 28. Juni geschaffene Centralgewalt auch nur eine provisorische sein, der Grundsatz auf welchem sie beruht ist ein definitiver, er ist eben so endgültig als die Bestimmung jenes Gesetzes, daß der Bundestag aufgehoben sei, denn dieser ist definitiv, nicht provisorisch aufgehoben.“

Graf Deym ist ein alter politischer Praktikus, oder richtiger Spekulant. Er ist unerschöpflich in Projekten, und diese Projekte sind niemals äußerlich oder oberflächlich. Sie sind organisch durchdacht, und bis auf einen gewissen Grad

auch geordnet. Sie erscheinen verworren weil sie ganz eigenthümlich sind und von den laufenden Vorstellungen wenig oder gar keine Notiz nehmen. In Wahrheit sind sie's nicht. Sie sind nur zur Hälfte in Phantastik empfangen, wie dies bei vielen Oesterreichern der Fall ist. Die lange Stockung in ihrem Staatsleben hat sie über die nächsten Stufen hinweggetrieben und in's Luftige hinausgenöthigt. Die bunte, an's Fabelhafte streifende Völkermischung ihres Staates hat das Ihrige beigetragen, sie an phantastische Vorstellung zu gewöhnen. Es war daher eigentlich kein Wunder, daß ihnen die sofortige Herstellung eines europäischen Mittel- und Riesenreiches so natürlich vorkam und so behende von den Lippen ging, es war kein Wunder daß sie uns für kleinlich hielten, die wir gegen solche Zukunft nichts einzuwenden hatten, die sofortige Geburt aber für einen monströsen Versuch, im Falle des Gelingens für eine Mißgeburt hielten.

Deym hatte auch den Kopf voll davon. Die eigentlichen Gedanken über sein „Riesenreich" wurden indessen nicht bemerkt, weil er seine Rede geradeso anfing wie er sie schon im Casino und bei Gagern gehalten, und weil man diesem zerhackten, nach zehn verschiedenen Seiten sich ausbreitenden Vortrage nicht noch einmal folgen wollte. In der That hatte Form, Kolorit und Inhalt solcher österreichischen Reden etwas Fremdartiges in der Paulskirche, auch wenn sie von den bedeutenderen Mitgliedern — und zu diesen gehörte Deym — vorgetragen wurden. Was die Linken brachten

hielt man für Phraſe, und vielen Rechten hörte man an, daß eine wirklich deutſche Bundesſtaatswelt ihnen gar nicht natürlich ſei. Die Grundanſchauungen, die Grundbedingungen ſind ſeit zu langer Zeit gar zu verſchieden geworden bei ihnen und bei uns, als daß eine völlige Vereinigung ſo raſch möglich wäre. Ohne alles Weitere, aus dieſen Reden allein mußte man zu dem Schluſſe kommen: hier ſind Uebergänge und Abgliederungen nöthig, ehe von einem vollſtändigen Zuſammengehn die Rede ſein kann. Gelingen dieſe Uebergänge, dann giebt es von dieſem Süden und Südoſten her eine große Bereicherung deutſchen Weſens; werden ſie aber überſprungen, ſo entſteht ein ungegliedertes, konfuſes Weſen, nimmermehr ein Reich. Deym begann mit der Verſicherung, ſein Standpunkt ſei ein reindeutſcher, und doch ſetzte er ſogleich hinzu, die Miſſion des zu gründenden neuen Deutſchlands ſei die Gründung eines „mitteleuropäiſchen Rieſenſtaates“ „eines Rieſenreichs von 70 und wo möglich von 80 oder 100 Millionen.“ Man ſchüttelte den Kopf, und ſagte leiſe: damit wollen wir nicht anfangen. Ein Mann wollen wir ſein, denn wir waren bisher ein Kind; aber ein Rieſe wollen wir nicht gleich werden. — Und in dieſem Verhältniſſe zwiſchen dem Redner und dem Zuhörer ging es fort. Dieſer knochige Mann mit ſtachelbuſchigen Augenbrauen und darunter hervorſchießendem ſchiefen böhmiſchen Blicke hatte offenbar etwas ganz Anderes im Sinne als die eigentliche deutſche Nation. Man fand es ganz begreiflich, daß er gegen die Pa-

ragraphen ſprach, man fand es einleuchtend, daß durch die ganze öſterreichiſche Monarchie mit Ausnahme Italiens jeder Gebildete deutſch ſpreche, daß alſo dort durchaus deutſche Zukunft ſei, ſo gewiß als die Bildung in ihrem Schooße die Zukunft trägt, aber wenn er hinzuſetzte, daß er lieber gar keine deutſche Verfaſſung zu Stande gebracht ſehn wollte als eine, die nicht all dieſe Beſtandtheile deutſcher Zukunft in ſich ſchließe, da rief man unwillig: warum nicht gar! Man erkannte, daß dieſer ſpekulative böhmiſche Graf von ganz wo anders her, nur nicht von deutſcher Stätte in die Abſichten deutſcher Nation eintrete. Das waren Spekulationen auf ein Völkerreich geiſtvoll gedacht und recht ſehr der Rede werth als Perſpektive, aber ohne Zuſammenhang mit allen Vorbedingungen, aus denen die Paulskirche entſtanden war.

Dadurch wurde man zerſtreut und beachtete nicht mehr was er wirklich Bedeutendes ſagte. Denn er ſagte Deſſen, weil er wirklich ein im großen Stile organiſirender Kopf iſt. Wäre er nicht gründlich ein Fremder geweſen innerhalb der deutſchen Pläne, ſo hätte ſich eine nahe Beziehung zwiſchen ihm und Gagern errichten müſſen. Folgende Sätze werden dies dem Leſer klar machen wenn er ſie vergleicht mit dem was Gagern noch eine Stunde ſpäter andeutete. Deym ſagte:

„Wir können es unmöglich wünſchen und es iſt nicht ausführbar, daß alle dieſe 70 Millionen Abgeordnete hierher ſchicken; wir bekämen eine Verſammlung von mehr als tauſend Gliedern, Abgeordnete mit den verſchiedenſten Sprachen,

eine babyloniſche Verwirrung — der Körper iſt zu groß, darum ſind zwei Parlamente erforderlich und ein Generalparlament, um beide zu verbinden."

„Es iſt auch mein Wunſch", ſagte er ferner, „daß wir hier zu einem definitiven Beſchluß kommen". „Nun", ſetzte er hinzu, „es iſt ein definitiver Beſchluß, daß Oeſterreich nicht als Bundesſtaat, ſondern als Staatenbund im Verhältniſſe zu uns ſtehn ſoll. Dadurch iſt die Sache ſicher auf einmal entſchieden". — „Sollte irgend ein Amendement vorkommen, welches die Frage definitiv entſcheidet und Oeſterreich aus dem engern Staatenbunde ausſchließt, ſo werde ich mich dem unbedingt anſchließen."

Das vereinigte ſich ja alſo mit Mühlfeldt und ganz gewiß mit Gagern's „engerem und weiterm Bunde", welcher bald darauf in Rede kam. Hier iſt alſo wieder ein kundiger Oeſterreicher, mit welchem ſich aus der Negative herauskommen und auf ein poſitives Verhältniß hin anknüpfen läßt. Wirklich? Die Wolke kommt, die Wolke geht! Als es einige Monate ſpäter zur Abſtimmung kam über denſelben Gedankengang, welchen Deym ſo eben für den ſeinigen erklärte, da ſtimmte Graf Deym tapfer dagegen. Man feſſelt die Wolke nicht.

In ſolcher Vorausſicht waren denn auch ſo viele Führer des Centrums gegen Gagern's poſitive Vorſchläge in Bezug auf Oeſterreich. Sie beharrten dabei: es nütze in Oeſterreich gewiß nichts, und ſchade gewiß in Deutſchland. „Entweder",

ſagten ſie, „es entſchuldigen ſich die Oeſterreicher nach wie vor mit der Unſicherheit ihrer Zuſtände, welche ihnen jede poſitive Zuſage unmöglich machten, oder ſie ſagen vorläufig Ja wie hier auf der Tribüne, und thun am Ende doch was die Zeit und wiederkehrende Macht ihnen erlaubt. Sie ſind ein europäiſcher Großſtaat, der von Deutſchland ausgegangen und allerdings auf Deutſchland geſtützt iſt, der aber nun und nimmer officiell zugiebt, daß er von Deutſchland irgendwie abhängig ſei. Um letzteres nicht einmal zu ſcheinen, geht er auf keine definitive Anordnung ein, welche einen geſchloſſenen deutſchen Bundesſtaat feſtſtellt. Natürlich unter Preußen feſtſtellt. Aus der banalen Vorſtellung: daß dadurch ſein Anſehn und ſeine Macht geſchwächt ſei, iſt er nicht herauszubringen. Er verbündet ſich eher mit Rußland als mit einem von Preußen geführten Deutſchland. Das iſt ſo wie unter Verwandten, die ſich lieber Fremden in die Arme werfen, als ſich gegenſeitig zeitweilige Schwäche eingeſtehn. Gagern's ehrliche Vorſchläge zu einem engern und weitern Bunde beruhen alſo in Betreff Oeſterreich's auf politiſcher Illuſion. Dergleichen macht ſich nicht auf dem Wege der Geſetzgebung, ſondern nur auf dem Wege der Eroberung, wenigſtens der Quaſi-Eroberung. Gehen wir voran mit Feſtſtellung unſers Bundesſtaates. Wenn es zum Abſchluſſe kommt, wird ſich's zeigen, was Oeſterreich kann. Nur das, was es kann, oder was es nicht kann, wird entſcheiden. Was es will, iſt keinem Politiker verborgen, und kein Politiker wird ſich deshalb an ſei-

nen Willen wenden, von ſeinem Willen etwas für einen deutſchen Bundesſtaat erwarten."

So ſprachen unter ſich nicht gerade Viele, und es waren nicht Viele aus ſo beſtimmten Gründen gegen Gagern's Vorhaben. Aber ſehr Viele waren inſtinktmäßig gegen Gagern's Auftreten mit neuen Vorſchlägen in Betreff Oeſterreichs. Man hoffte immer noch, er werde nicht ſprechen, er werde wenigſtens kein Amendement einbringen. Beſorgt ſah man hinauf, als er ſchon vor Uhland's Auftreten das Präſidium Simſon überlaſſen und ſich auf deſſen Platz geſetzt hatte.

Die Gruppirung in Betreff Oeſterreichs bildete ſich damals unter der Oberfläche. Sie iſt aber auch dann nicht richtig gewürdigt worden, als ſie an der Oberfläche erſchienen war und als ſo gern von einer Dahlmann-Gagernſchen Partei geredet wurde. Gagern und Dahlmann gingen in der Frage um Oeſterreich nicht zuſammen. Die Gruppirung iſt immer falſch geſchildert worden, inſofern das Parteigeſchrei Gagern die Abſchiedsfahne für Oeſterreich in die Hand drückte. Die einzig mögliche Verbindungsfahne hat Gagern aufgepflanzt. Denn das volle Eingehn Oeſterreichs in einen deutſchen Bundesſtaat mit Volksvertretung war und iſt eine Unmöglichkeit, ſo lange der öſterreichiſche Kaiſerſtaat beſtand und beſteht. Um dieſes völlige Eingehn durchzuſetzen, mußte man ſich den Linken anſchließen, welche denn auch ganz konſequent die Zerſchlagung des Kaiſerſtaates erſtrebten.

Jene, welche mit beſtimmten Gründen das erwartete Auf-

treten Gagern's nicht wollten, sie waren antiösterreichisch. Sie fürchteten einen Gagernschen weiteren Bund mit Oesterreich als einen organischen Bund, welcher den Einfluß, respektive Druck österreichischer Politik auf Deutschland erneuern und verewigen würde. Zwischen ihnen und den Oesterreichern in der Mitte stand Gagern, ein wirklicher Centralpunkt, ein wahrhafter Einheitsmann. Denn die Einheit aller deutschen Stämme und der verlangte Bundesstaat war nur möglich unter der Form, welche er vorschlug, oder wenigstens innerhalb der Grundlinien, welche er vorzeichnete. Was sich von ihm trennte unter dem prahlenden Namen Großdeutschland und dabei doch den Bundesstaat mit Volksvertretung versprach, das täuschte und log, oder täuschte wenigstens sich selbst.

In jenen Tagen freilich waren die Konsequenzen dieser Kapitalfrage erst Wenigen klar. Von den Oesterreichern wußten nur die Linken, was sie wollten; die andern wußten nur, was sie nicht wollten. Wer von ihnen mehr wußte, der sagte es nicht, weil es zu grell gegen die herrschenden Ansichten verstieß, oder er sagte es halb, um sich den Rückweg offen zu halten. Die österreichischen Abgeordneten steckten in einer unlösbaren Aufgabe. Sie konnten nicht wissen, über was sie zu verfügen hätten, und doch sollten sie täglich verfügen.

Das konnte Gagern's wahrhafte und ehrliche Natur nicht länger mit ansehn. Er hielt es für religiöse Schuldigkeit, dem

Vaterlande offen darzulegen, was möglich ſei und was nicht. „Sie mögen ſchreien, ſie mögen mich verketzern", ſagte er zu allen Abmahnenden, „ich muß das Meinige beitragen, die herrſchend gewordne Täuſchung zu zerſtreun. Die Wirkung wollen wir abwarten."

Und ſo ſtand er plötzlich auf der Rednerbühne, und Jeder ſtürzte nach ſeinem Platze, das ganze Haus empfand: jetzt beginnt eine große Entſcheidung!

„Das deutſche Volk war in Erniedrigung geſunken, und wir ſuchen nach den Mitteln, es wieder zu erheben. Um es vor abermaligem Falle zu ſichern, wollen wir dieſe Mittel zu Grundſätzen der künftigen Verfaſſung formuliren. Es war natürlich, daß man zuerſt ſich fragte: welches waren denn in den bisherigen Zuſtänden hauptſächlich die Gründe jener Erniedrigung? Welches waren die Hinderniſſe, die es verſchuldeten, daß unſer Volk nicht zu der Macht aufſteigen konnte, die ihm gebührt? Unter dieſen Gründen obenan ſtand das Verhältniß der gemiſchten Staaten." —

Alſo begann er mit jenen tiefen Tönen, welche aus der Seele die Wahrheit ſelbſt heraufzutragen ſcheinen, und welche auch diesmal die Stimmung der Weihe über die Paulskirche verbreiteten.

Unter den gemiſchten Staaten, fuhr er fort, müſſe man zunächſt die in's Auge faſſen, deren Hauptland nichtdeutſch. „Dieſes Verhältniß, das von Luxemburg und Limburg zu Holland, von Holſtein zu Dänemark, hindre eine nationale

Politik und ſetze uns Dem aus, ſelbſt von minder-mächtigen Nationen mißachtet und in unſern Intereſſen gekränkt zu werden. Mit ſolchen Miſchverhältniſſen könne kein nationales Leben beſtehn; ſie müßten gelöſt werden. Die Paragraphen Zwei und Drei würden allerdings auch hier nicht ſofortige Löſung bringen, da internationale Rechtsverhältniſſe erſt geordnet werden müßten.

Preußen habe das Seinige gethan zu ſolcher nationalen Löſung, Oſt- und Weſtpreußen und Poſen betreffend, und hier könne man ſagen: wir ſind ineinander aufgegangen. (Lebhaftes Bravo auf der Rechten und in den Centren.)

Ein Andres ſei es mit Oeſterreich. Hier könne es zweifelhaft ſcheinen, was der nationale Hauptbeſtandtheil ſei. Aber wenn auch das deutſche Element der Zahl nach in der Minorität, ſo ſei doch nicht zweifelhaft, daß es das einflußreichſte in dieſer Monarchie ſei und mehr noch werden müſſe. Darum dürfe eine ſolche Abtrennung Deutſch-Oeſterreichs nicht verlangt werden. Sie würde eine Auflöſung der Monarchie nach ſich ziehn, wie man dies auch bemänteln möge. (Bewegung.)

Dies führte er aus und ſetzte dann die wichtigen Worte hinzu: „Wir haben zwar den Beruf, der Nation eine Verfaſſung zu geben, dem geſammten deutſchen Volke; aber wir haben auch die Verpflichtung mit dieſem Berufe übernommen, den Verhältniſſen, den Thatſachen diejenige Rechnung zu tragen, welche getragen werden muß, wenn wir die Verfaſſung lebensfähig ſchaffen wollen.“

Im deutſchen Bundesſinne ſei die öſterreichiſche Geſammtmonarchie nicht zu zerſtören, ſondern ſo zu ſichern, daß ſie „ein mächtiges Reich bleibe, eng verbunden mit Deutſchland zu der großen nationalen Aufgabe“. „Andre Nationen würden für ihre erſte Pflicht halten, durch das Verfaſſungswerk den Beſitz nicht eines Dorfes in Frage zu ſtellen, und wir ſollten leichtſinnig eine ganze Saat der Zukunft, eine reiche Anwartſchaft künftiger nationaler Entwickelung dem bisherigen Zuſammenhange entfremden, dem Zufalle preisgeben wollen?“

„Ich habe den Beruf des deutſchen Volkes als einen großen, weltgebietenden aufgefaßt. Man mag darüber ſpötteln, mit Cynismus wegwerfend einen ſolchen Völkerberuf leugnen. Ich glaube daran und würde den Stolz verlieren, meinem Volke anzugehören, wenn ich den Glauben an ſolche höhere Beſtimmung aufgeben müßte. Das enthält nicht den Umfang unſrer Aufgabe, daß wir eine Verfaſſung ſchaffen, die nur auf die engen Schranken unſrer jetzigen Staatsverhältniſſe beſchränkt iſt; daß wir ein Einheitsprinzip in die Verfaſſung aufnehmen, welches uns von Demjenigen, was die einheitliche Macht bedingt, losſcheidet, das uns, während andre Nationen an Macht und Einfluß ſich ausdehnen, verurtheilt, ſo lange unſre Nachbarn uns dazu Ruhe und Freiheit laſſen, in ſtiller Zurückgezogenheit uns am Ofen zu wärmen. (Bravo.) Welche Einheit haben wir zu erſtreben? Daß wir der Beſtimmung nachleben können, die uns nach dem Oriente zu geſteckt

ist! Daß wir diejenigen Völker, die längs der Donau zur Selbständigkeit weder Beruf noch Anspruch haben, wie Trabanten in unser Planetensystem einfassen."

„Ich glaube also, daß wir ein Verhältniß suchen müssen, wobei Oesterreich nicht genöthigt wird, seine deutschen von seinen nichtdeutschen Provinzen abzulösen, dennoch aber im innigsten Verbande mit Deutschland erhalten wird. Die Frage steht also so: Ist es mehr im Interesse Deutschlands, daß das gesammte Deutschland sich nur so gestalte, eine so laxe Einheit eingehe, daß Oesterreich, ohne zur Trennung der Staatseinheit seiner deutschen und nichtdeutschen Provinzen genöthigt zu werden, unter gleichen Verhältnissen wie die übrigen deutschen Staaten dem Reiche angehören kann. Oder ist es nicht im Gesammtinteresse der Nation, sowohl Oesterreichs als des übrigen Deutschlands, daß wenigstens das übrige Deutschland sich fester aneinander anschließe, auch wenn Oesterreich wegen seiner außerdeutschen Provinzen unter gleichen Bedingungen in diesen engsten Bund nicht eintreten kann; dabei aber nichtsdestoweniger ein enges Bundesverhältniß zwischen Oesterreich und dem übrigen Deutschland aufrecht erhalten werde? Die Begriffe von Bundesstaat für das eine, Staatenbund für das andre" (Verhältniß) „sind unbestimmte; es können auch Bundesverhältnisse gedacht werden, die zwischen beiden in der Mitte liegen und die Uebergänge bilden."

Hiermit trat er unmittelbar an die Andeutungen dessen,

was er unter seinem „weitern Bunde“ verstanden wissen wollte. Er sprach von den gemeinschaftlichen Interessen, von materieller Einigung nach dem Vorbilde des Zollvereins. Alles das lag damals noch neu und roh in seiner Seele. Von jetzt an erst beschäftigte er sich mit Ausarbeitung einer Akte des „weitern Bundes“, und er that dies mit der ihm eignen Standhaftigkeit immerdar, auch als Ministerpräsident mitten unter den aufgethürmten Anforderungen des Tages, sobald nur eine freie Stunde zu gewinnen war, sobald das Gespräch mit Freunden nur einen Augenblick von den Erfordernissen der Tagesordnung abgehen konnte.

Jetzt schloß er zum Schrecken seiner Freunde dennoch mit einem förmlichen Antrage und mit einigen Umrissen der Architektur seines „weitern Bundes“, Umrisse, welche die Antiösterreicher in Bestürzung setzten, weil die organische Verbindung eines großen Oesterreich mit dem deutschen Bundesstaate darin vorgezeichnet war. „Ein neues römisches deutsches Reich! Verewigung österreichischer Politik in Deutschland!“ murmelten sie unwillig Einer zum Andern.

Der Antrag lautete: „Oesterreich bleibt in Berücksichtigung seiner staatsrechtlichen Verbindung mit nichtdeutschen Ländern und Provinzen mit dem übrigen Deutschland in dem beständigen und unauflöslichen Bunde.“

„Die organischen Bestimmungen für dieses Bundesverhältniß, welche die veränderten Umstände nöthig machen, werden Inhalt einer besondern Bundesacte.“

Dieſen Satz wollte er eingeſchoben ſehn zwiſchen dem erſten und zweiten Paragraphen des Abſchnitts „vom Reiche".

Ueber die Umriſſe ſagte er Folgendes, indem er gegen alle politiſche Klugheit, aber ganz im Weſen ſeiner treuherzigen Ehrlichkeit, die empfindliche Oberhauptsfrage unmittelbar berührte:

„Man hat die Frage von der künftigen Stellung Oeſterreichs in und zu Deutſchland in Verbindung geſetzt mit derjenigen von dem zukünftigen Oberhaupte, von dem Inhaber der künftigen Reichsgewalt. Wie ich über dieſe Frage denke, das habe ich öffentlich vor Monaten ausgeſprochen." (Als Miniſter in der Darmſtädter Kammer hatte er Preußen als den Stützpunkt des Bundesſtaates bezeichnet.) „Ich würde es aber für vorgreifend und nicht paſſend halten, wenn ich vorleſen wollte, was ich im Beginn unſrer Revolution darüber geäußert habe. Ich habe der Entſcheidung dieſer Frage durch mein Amendement keineswegs präjudiciren wollen. Ich bin allerdings der Meinung, daß an die Spitze des Bundesſtaats ein einheitliches Oberhaupt gehört, was ſchon den Begriff einer Hegemonie Preußens ausſchließt. Für die Geſammtleitung Deutſchlands aber, Oeſterreich einbegriffen, wird eine weitere Einrichtung geſchaffen werden müſſen, und es würde dies allerdings eine ſehr wichtige und ſchwierige Frage ſein, die ihre Löſung von der Zukunft erwartet. Wir würden einen Organismus ſchaffen müſſen, wornach eine centrale Leitung der gemeinſamen Intereſſen des ganzen

Deutschlands unter Mitwirkung seiner vereinigten Vertreter statt hätte. — Ich habe mich in meinem Antrage auch nicht darüber ausgesprochen, ob die organischen Bestimmungen für das weitere Bundesverhältniß, welche neu zu treffen sein werden, in die Verfassung aufzunehmen seien. Ich wünsche, daß sie Bestandtheile der Verfassung würden. Da aber ein solches Verhältniß bisher außer dem Gesichtskreise des Ausschusses lag, so wollte ich durch meinen Antrag, für den Fall auch, daß er Anklang fände, der Ansicht des Ausschusses in dieser Hinsicht nicht vorgreifen." — „Hüten wir uns, daß wir zu enge Formeln wählen, die nationalen Interessen in eine Zwangsjacke drängen gegen ihre Natur; thun wir vielmehr das Thor weit auf, daß der Eintritt nicht erschwert sei in die deutsche Familie und in ihr großes gastliches Haus "

Wie überraschend auch für Viele, wie bestürzend für Manche diese Rede Gagern's geworden, der herabsteigende Redner wurde doch von anhaltendem Beifalle begleitet. Jedermann fühlte, daß große Auffassung und Wahrhaftigkeit zum Grunde lag, und Hunderte riefen nach dem Schlusse der Sitzung, um diesen Eindruck verarbeiten zu können. Die Sitzung, es war die 103 104te, wurde geschlossen.

Brausend in lebhaftem Gespräche ging die Versammlung auseinander. Es sei unpolitisch! hieß es hier; es sei unzeitig! hieß es dort; es gehe nicht! hieß es da; es sei staatsmännisch! sagten Wenige; es sei ehrlich und allein möglich! sag-

ten Andere, wenn von ſtaatlicher Einheit die Rede ſein ſolle; es ſei Verrath an der Einheit! ſagten zahlreiche Südländer.

Den Süddeutſchen und Oeſterreichern hatte Gagern in Vorausſicht des Vorwurfes zugerufen: „Man hat geſagt, es ſei gegen unſer Mandat, ein doppeltes Bundesverhältniß zu begründen und zuzulaſſen. Wir ſind berufen, die Einheit zu ſchaffen, ſo weit ſie unter den gegebenen Verhältniſſen nützlich iſt; weiter kann unſer Beruf nicht gehn. Wenn wir aber Paragraphen annehmen, von denen wir vorausſehn, daß ſie Oeſterreich nicht befriedigen, daß Oeſterreich dadurch gezwungen würde, ſich von Deutſchland zu trennen, gar nicht mehr zum deutſchen Reiche zu gehören — dann, meine Herren, haben wir nicht die Einheit geſchaffen, ſondern zerriſſen, und dieſem Zerreißen der Einheit tret' ich entgegen!"

Die Süddeutſchen und Oeſterreicher mußten ihre Augen nicht verſchließen vor der Wahrheit, daß Oeſterreich wirklich nicht in einen Bundesſtaat mit Volkshaus eingeordnet werden könne. Statt jetzt bloß Nein! zu rufen und von Verrath an der Einheit zu ſprechen mußten ſie an der Schwelle der Verfaſſung eintreten in eine praktiſch mögliche Definition des Begriffes Einheit. Sie mußten poſitiv werden. Gagern bot ihnen dazu die Hand. Statt deſſen verhielten ſie ſich immer bloß abwehrend. Wie mochten ſie ſich am Ende wundern, daß die Natur der Dinge nicht verändert werde durch bloße Abwehr, daß die Natur der Dinge am Ende nichts übrig ließ

als den Bundesstaat ohne Oesterreich oder ein Verlorengeben der ganzen Aufgabe. Dem Einsichtigen war es damals schon klar, daß solches Verhalten auf die Fabel hinaus kommen werde, in welcher der Hund mit dem Stück Fleisch im Rachen über den Wassersteg läuft. Dies eine Stück kann er festhalten, wenn er sich nicht einer Täuschung anvertrauen will. Er sieht aber den Schatten des Stückes im Wasserspiegel, er giebt sich der Täuschung hin, er schnappt auch nach dem Schatten, und verliert dadurch auch das was er schon hatte.

Die Einheit im Doppel-Bunde war zu erringen, wenn man sich darauf hin zusammenhielt. Man war damit nicht zufrieden, und nöthigte denn auch Gagern, sich zunächst auf das Sichere, auf den Bundesstaat ohne Oesterreich zu beschränken.

Am folgenden Tage am 27. Oktober kam es zur Abstimmung. Mit Gagern's Amendement mußte begonnen werden. Umsonst eilte Freund auf Freund hinauf zu ihm, um ihn zur Rücknahme desselben zu veranlassen. Man übersah die Stimmung und wußte, daß nur seine entschlossensten Freunde und nur seinetwegen dafür stimmen würden, daß es also in greller Minorität bleiben müsse. Die Ansichten und der Entschluß waren nicht hinlänglich gereift. Wozu einen so wichtigen Mann eine äußerliche Niederlage erleiden lassen?! Er verweigerte hartnäckig die Zurücknahme. „Und wenn nur Zehn mit mir gehn", sagte er ärgerlich, „es soll heraus."

Da beantragte ein Linker namentliche Abstimmung über

alle Punkte. Es lagen wohl ein Dutzend Amendements vor. Und nun stieg Gagern zu allgemeiner Erleichterung herab von der Estrade und ging auf die Rednerbühne, unter dem tiefsten Schweigen der Versammlung Folgendes sagend:

„Ich weiß, daß mein Antrag die Mehrheit des Hauses nicht erhalten wird. Die Lösung der Frage wie ich sie von der Zukunft erwarte, habe ich nach meiner Ueberzeugung darstellen zu müssen geglaubt. Bis zur zweiten Abstimmung über die Verfassung wird die Nationalversammlung Gelegenheit haben, aus den Ereignissen und den entwickelten Ansichten ein Resultat zu ziehen. Die Zeit dieser Versammlung will ich mit einer namentlichen Abstimmung über meinen Antrag nicht verschwenden lassen, und ziehe ihn deshalb bis zur zweiten Abstimmung (über die Verfassung) zurück. (Vielstimmiges Bravo.)“

Binnen wenig Monaten wird man ihn über dieselbe Frage wieder auftreten und an die Mehrheit des Hauses appelliren sehn. Dann wird die Frage schärfer und unmittelbar praktisch auftreten, und die Mehrheit des Hauses wird sich dafür erklären müssen.

Jetzt wurde der Paragraph Zwei mit 340 gegen 76, der Paragraph Drei mit 316 gegen 90 Stimmen ohne irgend einen beschränkenden Zusatz angenommen. Das Mühlfeldt'sche Amendement fand nur 38 Stimmen. Oesterreich, wenn es nicht auseinanderfiel, war für jeden Kundigen hiermit abgesondert, der scharf geschlossene Bundesstaat war theoretisch

vorgezeichnet in Schloß und Riegel. — Die Paragraphen lauteten damals:

§. 2. „Kein Theil des deutschen Reiches darf mit nichtdeutschen Ländern zu einem Staate vereinigt sein."

§. 3. Hat ein deutsches Land mit einem nichtdeutschen Lande dasselbe Staatsoberhaupt, so ist das Verhältniß zwischen beiden Ländern nach den Grundsätzen der reinen Personalunion zu ordnen."

3.

„Die Freiheit, nach deren goldenen Früchten tausend lüsterne Hände greifen, so oft nur ein neckender Wind einige Zweige niederbeugt, ist kein Zustand des Genusses. Sie ist ein Werk der Arbeit, die, mit der Sonne jedes Tages neu geweckt, sich in der Richtung klar erkannter Zwecke bewegt. Von dem guten oder edlen Inhalt dieser Zwecke hängt dann ihr Werth und größtentheils auch ihre Dauer ab."

Diese Worte Dahlmanns hatten sich uns im ersten Halbjahre des Parlamentes bitter genug bewährt. Daß der Dienst für die Freiheit ein saurer Dienst sei, daß er mit der Sonne jedes neuen Tages neue Anstrengung, neue Entsagung, neue Selbstverleugnung fordere, wie peinlich hatten wir's erfahren! Glaubt man denn, es sei den Männern des Centrums leicht geworden, fortwährend gegen die Mißdeutung ihrer

eignen Grundsätze auf die Schanzen zu eilen? Wahrlich nein. Mit Schmerzen waren sie inne geworden, daß es ein herbes, das Herz austrocknendes Geschäft sei: den eignen Kindern gegenüber immer und immer nur abwehrend erziehen zu müssen. Sie waren der Schanzarbeit, sie waren der Schulmeisterrolle herzlich müde, und hatten sich lange damit getröstet: mit der eigentlichen Verfassung, mit den Paragraphen für die Einheit wird uns Erholung kommen!

Und nun zeigte sich's gleich bei den ersten Paragraphen fürchterlich, daß die Arbeit nicht leichter, ja daß sie noch schwerer werden sollte. Es zeigte sich, daß die Schöpfung der Einheit tief abhängig davon sei wie man die Freiheit verstehe, daß die Verwirrung der Begriffe nur noch größer, die Aussicht auf Erfolg nur noch geringer werde, wenn die Sympathieen und Antipathieen der Volksstämme, die Ansprüche der dynastischen und Territorialrechte noch hinzu träten. Es zeigte sich, daß nun erst recht organische Vorstellungen vom Staatsleben unerläßlich seien, und daß die Gleichmacherei nun erst recht in's Nichts hinabführen werde.

Welch eine Reife politischer Erkenntniß forderte die österreichische Frage bei ihrem ersten Auftreten heraus! Hatten die abgelegten Proben Aussicht auf diese Reife enthüllt? Schien nicht die oberflächliche Gleichmacherei auch hier das herrschende Princip abgeben zu sollen!

Wien war unterdeß genommen worden von Windischgrätz, und nun stürzte man auf unsere armen, machtlosen

Reichskommissarien los, als ob sie im Stande gewesen wären irgend etwas zu ändern. Welcker und Oberst Mosle aus Oldenburg waren hingeschickt worden, und Welcker mußte nun auf der Rednerbühne vertheidigen, warum er nicht siegreicher Prokonsul oder Proprätor gewesen sei gegen die Sereschaner und Grenzer. Welcker schalt die Unvernunft der Anforderung, die Linke schmähte die Unmacht der Centralgewalt. Da war keine Begegnung möglich zu einem irgendwie ergiebigen Verhältnisse Nur Eins sah man deutlich: daß jene Anforderungen, die an Oesterreich ebenso gestellt würden wie an Nassau, zur grimmigsten Enttäuschung führen müßten.

Andere Staaten regten sich nun auch gegen die Oberherrlichkeit der parlamentarischen Centralgewalt. Während die Abschnitte von „Reich und Reichsgewalt" in der Paulskirche diskutirt und durchgehends nach den Vorschlägen des Verfassungsausschusses beschlossen wurden, erhob in Dresden vorsichtig, in Berlin ungestüm der Partikularstaat sein Haupt. In Dresden unter Zustimmung, in Berlin unter Anführung der Linken. Die Linke ordnete sich solidarisch in ganz Deutschland gegen die Centren in Frankfurt. „Wir kommen gegen diese Mehrheit der Centren nicht auf", hatte die Linke der Paulskirche ihren Genossen in Dresden und Berlin zugerufen, „ergreift Ihr also in den Kammern der Einzelnstaaten das Schwert des Partikularismus gegen die Paulskirche, um die Paulskirche zu stürzen." Des Partikularismus? Gegen die Paulskirche? Ja wohl. An diesem Punkte im Herbste

1848 ſetzte ſich der vollſtändige Verrath deutſcher Einheit in's Werk von Seiten derſelben Linken in der Paulskirche, welche bis daher die Souveränetät der Einheit nicht groß genug haben konnte, ja, welche noch in demſelben Augenblicke gegen Oeſterreich eine diktatoriſche Souveränetät derſelben Paulskirche in Anſpruch nahm. Man ſchämt ſich faſt, dieſe Data eines Verrathes gegen das Unterpfand deutſcher Zukunft niederzuſchreiben. Sind ſie niedergeſchrieben, dann wird man ſich nicht mehr wundern, daß die alſo verrathene Paulskirche von den partikulariſtiſchen Gegnern der rechten Seite erſtickt werden konnte.

Die Linke ſpekulirte folgendermaaßen: Es wird uns von der Paulskirche die Freiheit nicht in dem Maaße gewährt, in welchem wir ſie wollen. Die weiſen Centren nennen dies ein Unmaaß. In den Kammern zu Dresden aber und zu Berlin haben unſre Leute die Mehrheit oder ſind nahe daran ſie zu erlangen. Von dort iſt alſo mehr Freiheit zu erhalten als von Frankfurt. Damit die dort errungene Freiheit nun volle Gültigkeit erlangt, müſſen wir Frankfurt ſtürzen. Die „volle Gültigkeit“ und der Sturz Frankfurts wird erreicht, wenn der oberherrliche Grundſatz Frankfurts, der Raveaux-Wernerſche Antragsbeſchluß, in Sachſen und in Preußen gründlich beſchädigt, ja wenn er beſeitigt wird. Darum ſei von nun an die Partikularſouveränetät unſre Looſung.

Und ſo geſchah es. In Dresden wurde der Anfang gemacht. Ein Dekret, wornach das deutſche Verfaſſungswerk

der Begutachtung und Genehmhaltung der ſächſiſchen verfaſſungsmäßigen Gewalten unterſtellt werden müſſe — erhielt die Zuſtimmung der ſächſiſchen Kammer. Derſelben Kammer, welche um ihrer bodenloſen linken Tendenz willen den Taufnamen „ſouveräner Unverſtand“ erhalten hat. Herr Schaffrath und Genoſſen leiteten dieſe Kammer, und als Biedermann dieſe Angelegenheit im deutſchen Parlamente nachdrücklich zur Sprache brachte, hatte Herr Schaffrath die Stirn, dies zu beſtätigen und ganz in der Ordnung zu finden. Derſelbe Herr Schaffrath, welcher gleichzeitig, ja in der nämlichen Sitzung in welcher Biedermann dagegen auftrat dergeſtalt für diktatoriſche Gewalt des Parlamentes ſich geberdete, daß er zur Ordnung gerufen werden mußte.

Als Zeichen bis zu welchem Grade des Cynismus ſolche Oppoſition gediehen war ſei beiläufig dieſe Scene des Ordnungsrufes aus der Sitzung vom 6. November erwähnt:

Um Beleuchtung und Heizung herzurichten in der Paulskirche war das Parlament ſo eben auf einige Zeit in die reformirte Kirche verlegt worden. Dieſe iſt viel kleiner als die Paulskirche, man ſaß ſich alſo ſehr nahe und jeder Tumult erhielt viel mehr den Charakter einer perſönlichen Zänkerei. Die ſächſiſche Frage war zuerſt angeregt und durch Beſchluß der Verſammlung war dem Biedermannſchen Antrage die Dringlichkeit zuerkannt worden. Es folgte nun den hundertfach dageweſenen öſterreichiſchen Anträgen ein neuer öſterreichiſcher Antrag, und Gagern verkündigte das Reſultat

der Abſtimmung dahin, daß dieſem Antrage die Dringlichkeit nicht zuerkannt ſei.

Schaffrath (vom Platze). Alſo die ſächſiſche Frage war dringlich, aber die öſterreichiſche iſt nicht dringlich?! (Bewegung; Stimmen von der Rechten: Ruhe! Einige Stimmen von der Linken: Pfui!!)

Präſident. Meine Herren! Ich muß dieſen Zuruf, dieſen unſchicklichen Tadel eines Beſchluſſes der Nationalverſammlung zurückweiſen und Denjenigen, der das Pfui gerufen, rufe ich zur Ordnung.

Schaffrath (vom Platze): Ich bin es geweſen!

Präſident. Sie alſo (zu Schaffrath gewendet) rufe ich zur Ordnung!

Eine Stimme (von der Linken): Ich bitte auch darum! (Viele Stimmen daſelbſt: Ich auch! Ich auch! Große Unruhe.)

Präſident. Alle die rufe ich zur Ordnung die dieſem Rufe zuſtimmen.

Schaffrath (vom Platze). Nochmals ſage ich: Pfui! (Lärm. Stimmen von der Linken: Wir Alle!)

Präſident. Meine Herren! die Nationalverſammlung wird darüber entſcheiden müſſen in der nächſten Zeit, wie es zu halten iſt, wenn der Ordnungsruf, das letzte Mittel des Vorſitzenden, auf dieſe Weiſe verhöhnt wird von einer ganzen Partei. (Stimmen von der Rechten: Ja wohl! Disciplinargeſetz!)"

Wenn man ſolch Betragen ſieht und ſolchen Ton hört, ſo drängt ſich die Frage auf: Fühlte ſich denn die Ultrapartei auch nach der Niederlage in Frankfurt noch immer zuverſichtlich und mächtig? Ja, ſo fühlte ſie ſich. Was ſie am Centralpunkte verloren, das hoffte ſie reichlich in den Einzelnſtaaten zu erſetzen. Nicht der deutſchen Frage wegen, ſondern der ultra-demokratiſchen Freiheit wegen tobte ſie ſo gegen die Bezwingung Wiens. Aber Sachſen gehörte ihr noch ganz und zwar auf unabſehbare Zeit hinaus. Preußen, das große Preußen, ſchien ihr ganz zu gehören. Berlin war ein Spielball der Demokratie. Die dortige Kammer, ominös genug auch Nationalverſammlung geheißen, war ihr wichtigſter Stützpunkt. Wenn dort in einem großen Reiche die Partikularſouveränetät durch die Linke durchgeſetzt werden konnte gegen das deutſche Parlament, ſo war ein furchtbares Gegenparlament fertig, ein Gegenparlament, welches mit viel größerer realer Macht ausgerüſtet war an der Spitze eines realen Staates als das deutſche Parlament mit ſeiner nur idealen Macht aufbringen konnte. Kürzlich noch hatte ſich ein Demokraten-Kongreß im „engliſchen Hauſe“ zu Berlin verſammelt, in welchem die Linke der Paulskirche noch bei Weitem überboten worden war, und obwohl er ſich unmächtig gezeigt hatte, ſo war doch durch ihn der Durchſchnitt demokratiſcher Begriffe immerhin geſteigert worden, und Ultra's in der Berliner Kammer gewannen immer mehr Boden, je deutlicher ſich durch das Gebahren des Demokraten-Kongreſ-

ſes herausgeſtellt hatte, daß ſie ja gar noch nicht Ultra's genannt werden könnten neben den Demokraten, welche im engliſchen Hauſe getagt hatten. Man kletterte dort immer weiter hinauf in die dünnſte Luft wie Münchhauſen an der Bohnenranke, die über Nacht bis an den Mond hinauf aufgeſchoſſen war. Bald hoffte man den Mond und die unirdiſche Mondesmacht erreicht zu haben. Der tödtliche Angriff gegen die Paulskirche war denn auch in der Berliner Kammer bereits verſucht worden. Und zwar in Wiederaufnahme der Poſener Frage. Mit einer zweifelhaften Stimme hatte man bereits die Mehrheit dahin erlangt, daß den „Bewohnern des Großherzogthums Poſen die ihnen bei der Verbindung des Großherzogthums mit dem preußiſchen Staate eingeräumten beſonderen Rechte gewährleiſtet würden, und daß ein gleichzeitig mit dieſer Verfaſſungsurkunde zu erlaſſendes Geſetz dieſe Rechte näher feſtſetzen werde" —

Hiernach war, ganz abweichend von dem Beſchluſſe der Paulskirche über Einverleibung Deutſch-Poſens in's deutſche Reich, Poſen im Ganzen als eine ſelbſtändige Provinz bezeichnet, und ihr als einem ungeſonderten Ganzen eine ſelbſtändige eigne Verfaſſung und Verwaltung in Ausſicht geſtellt worden. Die Konſequenz hiervon mußte ſein, daß entweder ganz Poſen, der deutſche und der polniſche Theil, zu Deutſchland käme, oder, daß weder der deutſche noch der polniſche Theil an Deutſchland fiele. Auf dieſem verdeckten Wege, angeführt von den Polen, hatte ſich die Berliner

Kammer gegen einen Hauptbeschluß des deutschen Parlamentes erklärt. Die Kompetenz gegenüber der Paulskirche ward gar nicht erwähnt und verstand sich also im Sinne der Berliner Kammer von selbst. Hiermit war denn die Oberherrlichkeit der Paulskirche ganz fein beseitigt, und es war gleichgültig, daß in dieser Frage die preußische Regierung selbst auf Seiten der Paulskirche stand.

An diesen Punkt knüpften sich die preußischen Debatten im deutschen Parlamente, welche am 7. November mit einem dringlichen Antrage Wilhelm Jordan's begannen, und welche sich so ereignißreich über den Schluß des Jahres 48 ausbreiten sollten, der Wendepunkt für die ultrademokratische Herrschaft in Norddeutschland. Wie hier am Anfangspunkte, so war die Mehrheit des Parlamentes im Ganzen und Großen fortwährend auf Seiten der preußischen Regierung, da diese in der deutschen Einheitsfrage dem deutschen Parlamente willfährig war.

Jordan faßte seinem Naturel gemäß diesen demokratisch-partikularistischen Stier von Berlin bei den Hörnern. Gerade weil er es that, einst selbst ein Linker, und weil er es an ihrem jetzt hoffnungsvollsten Verbündeten that, tobte und schäumte die Linke ingrimmig während dieser Rede. Er hätte sie nicht zu Ende bringen können in diesem engen Raume, wo das Unterbrechen so grell tönte, wo jede Auflehnung betäubender Aufstand wurde, wenn ihn nicht Gagern nach-

drücklich geschützt hätte. Dieser deckte ihn gleichsam vorgelegten Leibes mit Schild und Schwert des Präsidiums.

„Wir haben uns diesmal nicht zu wenden!“ rief Jordan, „gegen Unten oder Oben, sondern gegen die Mitte, gegen einen Theil der gesetzlichen Vertretung des Volkes selbst, welche ihren Beruf überschätzt und die Grenzen desselben verkennt — (Von der Linken: Es ist unparlamentarisch, ein solches Urtheil gegen eine andre Versammlung auszusprechen!)“

Gagern wies die Erinnerung zurück. Jordan fuhr fort: „Nachdem es mißlungen ist, diese Versammlung mit Gewalt zu sprengen, oder ihrem Willen Gewalt anzuthun, versucht man jetzt, dasselbe Ziel auf anderem Wege zu erreichen. Man versucht sie ohnmächtig zu machen durch Vernachlässigung und Umstoßung ihrer Beschlüsse“ — und welche Partei thue das? Dieselbe, welche für die aus ihrem Schooße hervorgegangene Centralgewalt die allerweiteste Machtvollkommenheit verlangt habe! Dieselbe, welche dem Partikularismus bei jeder Gelegenheit das fulminanteste quos ego! zugeherrscht. Dieselbe, welche dem deutschen Parlamente gerade deswegen am Meisten gegrollt, weil das Parlament nicht immer gleich ihrem Begehren genügt: Alles was sich nicht gleich fügen wollte zu zermalmen. Dieselbe Partei, welche mit der ausschließlichsten Eifersucht nur sich die demokratische nenne, und diesen Namen Niemand außer sich zugestehen wolle. „Das Blatt hat sich mit einem Male seltsam gewendet. Wenn wir nicht

ſchon vielfach Gelegenheit gehabt hätten, uns alle Verwunderung abzugewöhnen, ſo hätten wir alle Urſache zu glauben — (Von der Linken: bravo, da capo!) in die Zeit der Wunder zurückverſetzt zu ſein. Aber wir wiſſen es ſchon, daß dieſe Partei" — (Unterbrechung von der Linken) „Ich ſpreche ja nicht von Ihnen!" Und nachdem er ſich hierdurch das Weiterſprechen ermöglicht, zeigte er, wie dieſe Partei mit jedem Winde ſegle, jetzt auch mit dem partikulariſtiſchen, weil ſie nicht wiſſe wohin. „Ja, eine ſchlimmere Vermuthung muß jetzt gerechtfertigt erſcheinen. Sie haben vielleicht nur deshalb beigedreht, weil es ihnen nicht gelungen iſt, durch Meuterei die Herrſchaft über das Schiff in ihre Gewalt zu bringen." —

Unterbrechung und Zuruf: das iſt freche Verläumdung! Der Präſident muß wieder einſchreiten — Jordan aber wiederholt ſein Bild und führt es aus dahin, daß ſie nun das Schiff auf den Strand zutreiben wollten, um beim Schiffbruche an ſich zu reißen, wornach ſie bisher vergebens getrachtet. „Hat es nicht das ganze deutſche Volk vernommen aus dem Munde eines vielgenannten deutſchen Volksmannes, die Anarchie ſei das einzige Rettungsmittel, die einzige Hoffnung, auf die ſich das deutſche Volk noch ſtützen könne? Das ſind Thatſachen. Meine Herren! Als ſich Preußen am 6. Auguſt nicht in unbedingter Proskyneſis niederwerfen wollte vor der Centralgewalt, da verdammte man es in den Abgrund, da wollte man es in den Staub treten. Jetzt thut man das Gegentheil. Damals predigten die Berliner Volksmänner

(Von der Linken: Zur Sache!) auf die ich hier nothwendig kommen muß, weil der in Rede ſtehende Beſchluß mit ihrem Treiben zuſammenhängt, die deutſche Geſinnung mit ſolchem Erfolge in Berlin, daß das Volk ſich ſchnell begeiſterte und der Viktoria auf dem Brandenburger Thor, ſowie den Marmorbildern der Generale Seydlitz, Ziethen und Schwerin die ſchwarzweiße Fahne entriß, um ihnen die deutſche in die Hand zu geben, und Jeden der ſich mit einer preußiſchen Kokarde ſehen ließ auf das Wüthendſte verfolgte. Das arme ſouveraine Volk! Es weiß kaum mehr, wohin es ſich wenden ſoll. Jetzt muß es ſeine Souverainetät wieder nach einer andern Seite hin gebrauchen laſſen." Jetzt ſei Frankfurt in tiefſte Verachtung geſunken, weil die „ſouverainen Ideen jener Demokraten par excellence" hier nicht durchgedrungen, jetzt ſei es ein elendes Dorf und Berlin wieder die Kapitale. „Auch hat es allen Anſchein, daß die Berliner Verſammlung mehr geneigt und befähigt ſei, der beliebten Frakturſchrift in ihre Herzen Eingang zu gewähren als wir". — Stürmiſche Unterbrechung! Herr Venedey muß bitten zur Ordnung — Herr Rösler von Oels muß proteſtiren als Preuße — Herr Ziegert muß beſtätigen — Gagern ſchützt den Redner ſtandhaft und dieſer fährt fort: „Ich bin nämlich der Meinung, daß in Berlin an der einſamen Pappel, unter den Zelten und an der Lindenecke der zweite Akt der Pfingſtweiden-Tragödie zu ſpielen beginnt, und ich bin der Meinung, daß die Berliner Verſammlung — und das nur habe ich mit jenen Worten

ſagen wollen — dieſem Treiben nicht mit derſelben Energie entgegen treten will oder kann, mit der es hier von unſrer Seite geſchehen iſt. Wir haben, nach dem Urtheil Einiger die Schwäche gehabt, uns nicht zu begnügen mit dem Schutze des Volkes, ſondern wir haben berathen, ja wir haben ſogar abgeſtimmt unter dem Schutze der Bajonette, als das Volk, oder doch ein Theil deſſelben, etwas ungeſtüm an unſre Pforte um Einlaß pochte, vermuthlich in der Abſicht unſre Abſtimmung zu ſichern. (Heiterkeit.) Die Berliner Verſammlung hat es bis jetzt auf das Entſchiedenſte verſchmäht, unſerm Beiſpiele nachzuahmen. Es ſind Abgeordnete der Berliner Verſammlung auf das Gröblichſte mißhandelt worden. (Von der Linken: Gehört das zur Sache?!) Es wird ſich ſogleich zeigen, wie ſehr es zur Sache gehört. Wenn ich den Beſchluß einer Verſammlung beſprechen will, ſo habe ich auch die Quellen anzudeuten, aus welchen derſelbe meiner Meinung nach zuſammengefloſſen iſt. Jene mißhandelten Abgeordneten „haben Sicherheit ihrer Perſon verlangt; aber man hat ihnen geantwortet: wir ſtehen unter dem Schutze des Volkes. Beinahe täglich läßt man die mißliebigen Mitglieder der Verſammlung, um mich eines Berliner Ausdrucks zu bedienen, Spießruthen laufen, und überſchüttet ſie mit Hohn und ſchmählichen Drohungen, und wenden ſie ſich deswegen an die Verſammlung, ſo werden ſie an den Schutz des Volkes verwieſen. (Aus dem Centrum: Sehr wahr!) Man hat einen Seilerladen ausgeleert, Schlingen in die Stricke geknüpft,

und ſie den heraustretenden Abgeordneten in's Geſicht gehalten. (Auf der Linken wird gelacht.) Sie lachen? Ich gratulire Ihnen dazu, hierüber lachen zu können. Man hat dieſe Schlingen mit gräßlichem Witze bezeichnet als Wiener Würſtel und Hanfkravatten. Aber auch dieſe Vorkommniſſe haben noch keinen Beſchluß zur Folge gehabt, um die perſönliche Sicherheit der Verſammlung herzuſtellen." (Tumultuariſche Unterbrechung von der Linken: das gehöre nicht zur Sache.) Der Präſident erklärt, es gehöre zur Motivirung des Redners.

Jordan fährt fort: „Mit beiſpielloſer Nichtachtung der ſelbſtgewählten Vertretung, mit einer Nichtachtung, welche denjenigen nur zu viel Vorſchub leiſten wird, die nur zu bald in reaktionairem Sinne das verbrauchte Stichwort des Abſolutismus wiederholen werden: das Volk ſei noch nicht reif zur vollen Freiheit; mit frecher Schamloſigkeit hat das Berliner Volk, oder vielmehr eine Fraction deſſelben, denn ich ſcheue mich, dieſes ehrenvolle Wort zu gebrauchen, von Leuten die ſolches thun — hat ein Theil des Berliner Geſindels es gewagt, der Verſammlung die Thüren zu vernageln und ſie gezwungen, bei vernagelten Thüren ſtundenlang zu berathen, damit die Verſammlung wo möglich einen Beſchluß faſſe, der im Sinne der draußen Wachehaltenden ausfiele. Ich aber ſage, wenn die Verſammlung noch unter dem Schutze des Volkes ſtehen bleibt, dann — denken Sie an mein Wort — dann werden unſre beiden gemordeten Collegen vielleicht bald wo anders Nachfolger finden. Ich halte dieſen

ſcheinbar heroiſchen Muth, der einem Theile der Berliner Verſammlung ſehr leicht wird, bei einem ſehr großen Theil derſelben für nichts anderes, als für die aufgequälte Maske der inneren Verzagniß an den dortigen Zuſtänden, und behaupte geradezu, dieſe Verſammlung, deren Majorität ſchon ſeit Wochen umherſchwankt wie ein Rohr im Winde, abhängig von irgend einer einzelnen Stimme, die im Laufe einer Viertelſtunde dreimal ihre Meinung ändert, dieſe Verſammlung iſt nicht mehr frei in ihren Berathungen. (Beifall auf der Rechten.) Sonſt würde ein ſolcher Beſchluß, wie der über Poſen, der dem unſrigen geradezu entgegentritt, von ihr nicht gefaßt worden ſein," ſonſt würde ein Antrag wie der von Waldeck und d'Eſter, der etwa den Sinn habe: „Jetzt müſſen wir preußiſch bleiben, und uns die Beſchlüſſe von Frankfurt erſt anſehn, ob ſie uns gefallen, ob wir ſie einführen oder nicht" — mit Entrüſtung und impoſanter Majorität zurückgewieſen worden ſein, als ein Verrath an der deutſchen Einheit. (Beifall auf der Rechten.) „Sollen wir ruhig dieſem Treiben zuſehn? Sollen wir ruhig zuſehn dieſen Krämpfen, die jeden Augenblick ausarten können in Todeszuckungen, unter denen der preußiſche Staat zu Grunde geht? und nicht nur Preußen, denn ſiegt in Berlin jene Partei, dann — davon bin ich überzeugt — dann lodert der Brand in wenig Wochen weithin über unſer ganzes deutſches Vaterland. Eine Regierung iſt in Berlin bei den jetzigen Zuſtänden ſchlechterdings nicht mehr möglich, wenigſtens keine kon-

ſtitutionelle" — „die Anarchie ſteht dort nicht mehr vor der Thür, nein, ſie iſt bereits über die Schwelle getreten, ſie ſchüttelt ihr blutiges Meduſenhaupt mit furchtbarem Dräuen." (Vielfache Zuſtimmung.)

Bei ſolchem Abgrunde waren in der That die Zuſtände Berlins und dadurch die Zuſtände Preußens angekommen. Eine Kataſtrophe ſtand ſichtlich bevor. Man war gewärtig, daß ſie zu Gunſten der Ultrademokraten eintreten, und daß dadurch eine weitere Revolution über Deutſchland hereinbrechen werde, eine Revolution, ebenſo gegen Centralgewalt und Nationalverſammlung, wie gegen die Monarchie gerichtet. Der Partikularismus in Preußen war alſo bis zum entgegengeſetzten Pole vorgedrungen. Nicht Abſperrung des Einzelnſtaates war ſein Zweck, ſondern nur ſein Mittel. Die Einzelnſtaaten und die bisher gewonnene Form des Geſammtſtaates wollte er dann überſchwemmen mit den Freiheiten und Gewaltſamkeiten der Demokratie.

Dies war gewiß nicht klare Abſicht der entſtehenden Mehrheit in der Berliner Verſammlung, ja wahrſcheinlich auch nicht klarer Zweck der großen Minderheit in jener Verſammlung, ſondern nur Zielpunkt einer kleinen Minorität im Concertſaale des Berliner Schauſpielhauſes, wo die dortige Nationalverſammlung ihre Sitzungen hielt. Aber es war vorauszuſehn, daß nach eingetretener Kataſtrophe die jetzige Verſammlung im Concertſaale das Heft nicht in der Hand behalten, daß vielmehr dies Heft unmittelbar an die Ultra's

jener Verſammlung übergehn werde. Es war vorauszuſehn, daß Berlin alsdann ein nordiſches Paris werden könne mit all den Fehlern und all den centraliſirenden Nachtheilen, welche dem franzöſiſchen Paris eigen ſind. Ein Paris ohne irgend einen weiteren Vorzug als den des gewaltſamen Tonangebens. Das wäre vielleicht trotz all der ihm inwohnenden Uebelſtände Manchem willkommen geweſen vor einem halben Jahre, damit die deutſche Bewegung einen nachhaltigen, weil auf einen großen Staat geſtützten Mittelpunkt gehabt hätte. Das wäre wohl auch in dieſem Augenblicke noch für Manchen annehmbar geweſen, weil die deutſche Märzbewegung zu oberflächlich verfahren ſei und zu viel Hinderniſſe eines gemeinſamen deutſchen Staates ſtehen gelaſſen habe. Solch ein Nachholen verſäumter Beſeitigung hätte wohl auch jetzt noch für Manchen etwas Verführeriſches gehabt — wenn es nicht von einer gewiſſenloſen, innerlich haltloſen Partei hätte ausgehn müſſen.

Dies halbe Wollen und halbe Wünſchen aber führt ſtets zum Verderben. Nur ein unwiderſtehlicher Zwang von der einen, ein unwiderſtehlicher Drang von der andern Seite. bringt es zu Revolutionen, die ſich durch Unerläßlichkeit rechtfertigen und die eben deshalb auch die nothwendige neue Form ſchon in ihrem Schooße tragen. Das Raffiniren auf Revolution, das nachbeſſernde Wiederholen von Revolutionen iſt ein krankhafter Zuſtand, welcher immer mit irgend einem Despotismus endigt. Ein Volk will leben oder ſterben, nicht aber ſiechen.

In der deutſchen Nationalverſammlung war auch manches Mitglied des Centrums, welches den ganzen Zuſchnitt von der Märzbewegung her anders gewünſcht, welches die Territorialgewalt der Einzelnſtaaten lieber ganz anders begründet geſehen hätte gegenüber einer Reichsgewalt; aber dennoch war jetzt im eigentlichen Centrum kein Mitglied, welches bei dieſen Berliner Anſichten und Revolutionserneuerungen geſchwankt hätte. Nichts, abſolut nichts hoffte man von da; alles Mögliche aber glaubte man befürchten zu müſſen für die Entwickelung des Vaterlandes, wenn von dort aus und von den Ultra's eine erneuerte und ſogenannte verbeſſerte Umwälzung ausgehen ſollte. Nur Anarchie und Despotismus ſah man in ihrem Gefolge.

Das Miniſterium ſandte ſogleich Baſſermann nach Berlin. Die Regierung ſollte — dies war der Grundgedanke — ermuthigt werden, ſolcher anarchiſchen Entwickelung kräftig entgegen zu treten.

Während man dies in Frankfurt beſchloß, hatte man in Berlin von Regierungs wegen ebenfalls beſchloſſen und zwar eine ganze Maaßregel. Es ſei dahingeſtellt, ob die Einnahme Wiens durch Windiſchgrätz die Ganzheit der Maaßregel beſtimmt hatte. Ohne Einfluß darauf iſt ſie natürlich nicht geblieben.

Am ſiebenten November hielt Jordan obige Rede, und beſchloß die Reichsverſammlung: die Berliner Aenderung der Poſenſchen Frage als nichtig zu betrachten und in Bezug auf

die Beſchlüſſe der Paulskirche vom 27. Mai (Raveaux-Wernerſcher Antrag) ſowie vom 27. Juli (Einverleibung des deutſchen Poſens) zur Tagesordnung überzugehn. Am achten November beauftragte das Reichsminiſterium Baſſermann mit der Miſſion nach Berlin, und in Berlin ward an dieſem Tage im Kabinet des Königs eine königliche Botſchaft beſchloſſen, welche — die Einſetzung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel und die Verlegung der Kammer nach Brandenburg ankündigen ſollte.

Am neunten verkündigte Graf Brandenburg dieſe Botſchaft im Concertſaale. Einige Stunden vorher an demſelben Tage wurde Robert Blum in der Brigittenau bei Wien ſtandrechtlich erſchoſſen.

Dieſe Nachrichten folgten einander in Frankfurt auf dem Fuße. Eben trat man am 14. November in Berathung über den ſogenannten Staatsſtreich von Berlin, ſo wurde die Erſchießung Blum's gemeldet in der reformirten Kirche.

Unter ſolchem Eindrucke ging es an die Erörterung deſſen, was „Reaktion" heißen mußte, während man eben noch auf Maaßregeln gegen die neu drohende Revolution bedacht geweſen war. Der April kann die Atmoſſphäre nicht haſtiger verändern.

Binnen 24 Stunden hatte der Ausſchuß über die preußiſche Angelegenheit berichten und vorſchlagen müſſen. Die Lage der Reichsverſammlung war von unerhörter Schwierigkeit. Zwiſchen zwei Feinde war ſie geſtellt, zwiſchen Reaktion und

Revolution, und ihre Kompetenz selbst: ob und bis auf welchen Grad sie einzuschreiten habe, war fraglich. „Es ist lediglich eine innere Angelegenheit Preußens!“ rief man rechts, „und was Ihr jetzt gegen die neue Regierung thut“, setzte man hinzu, „das thut Ihr für eine neue Revolution!“ — Links aber rief man: „Brandenburg-Manteuffel vertritt den vormärzlichen Standpunkt, der noch lange nicht einmal konstitutionell ist. Manteuffel saß auf der Rechten des vereinigten Landtages, wo Vincke, der Führer unsrer Rechten, auf der Linken saß. Darnach ist Manteuffel's Glaubensbekenntniß zu bemessen. Es ist die Reaktion weit über den März zurück, welche also auch die ganze Reichsversammlung beseitigen wird. Die Verlegung der Berliner Nationalversammlung ferner, einer konstituirenden Versammlung, ist die Beseitigung aller Errungenschaften in Preußen, ist die Revolution von oben. Wozu sind wir da? Wenn wir hier nicht handelnd auftreten, so verrathen wir die ganze, mühsam errungene Freiheit des deutschen Volkes. Das ist Euer verheißener Konstitutionalismus: die Berliner Nationalversammlung empfängt das Ministerium Brandenburg-Manteuffel mit einem Mißtrauensvotum, und das Ministerium steckt dies in die Tasche, wie einen Wisch Papier! Jetzt endlich zeigt, daß Euer ewiger Trumpf „keine Revolution, aber auch keine Reaktion!“ Stich hält!

Es hatte wieder eine Vorversammlung bei Gagern statt gefunden. Die Mehrzahl dort war darüber außer Zweifel

geweſen, daß das Einſchreiten der preußiſchen Regierung gegen den anarchiſchen Zuſtand nicht geſchwächt werden dürfe. Dieſer ſichre Feind, die Ultrademokratie, dürfe in Nichts unterſtützt werden. Der wahrſcheinliche Feind, die über den März zurückgehende Drohung einer Reaktion, zunächſt doch nur angedeutet in dem politiſch-geſchichtlichen Namen Manteuffel's, ſei erſt in zweiter Linie in's Auge zu faſſen, Daß dieſer Feind vormärzlich werden könne, glaubte man nicht. Wie er ſich in der deutſchen Frage verhalten werde, wußte man nicht. Man hatte aber auch keinen Grund, ihm darin geradezu Mißtrauen entgegen zu bringen. Dieſe Mehrzahl bei Gagern glaubte ja in Preußen den Hauptſtützpunkt ſuchen zu müſſen für den deutſchen Bundesſtaat, ſollte und konnte ſie gegen ein preußiſches Miniſterium, welches ſich dem gefährlichſten Kampfe ausſetzte, welches in dieſem Kampfe zunächſt auch für die Mehrheit der Reichsverſammlung focht, die Fauſt zeigen?

Indeſſen waren doch auch welche zugegen, welche der aufwogenden öffentlichen Stimme gegen Reaktion und der wahrlich nicht unbegründeten Beſorgniß vor derſelben ein feſtes Wort des Zugeſtändniſſes gewährt ſehn wollten.

Das ließ ſich nicht abweiſen, obwohl man ſich unumwunden eingeſtand, daß man ſich in ſolcher Poſition gegen die Zukunft des Miniſteriums einerſeits und gegen die gefährliche Verſammlung im Concertſaale andrerſeits zwiſchen zwei Stühle ſetze.

Das war nicht zu ändern. Es war dies in der unglück-

ſeligen Lage der Dinge begründet. Ein Reichsminiſterium ohne reale Macht konnte dem größten reindeutſchen Einzelnſtaate gegenüber nur vermittelnd auftreten, wenn es ſich nicht auf die Revolution ſtützen wollte. Die Vermittlerrolle erntet ſtets von beiden Seiten Undank.

Dieſer Gedankengang ungefähr war auch maaßgebend für den Ausſchuß. Auch er war in ſeiner Majorität für Unterſtützung der preußiſchen Regierung und wollte dies nur vorſichtig und unter ſicherſtellenden Ausdrücken beantragen. Die Nachrichten aus Preußen klangen zwar einſtimmig dahin: daß ſich das ganze Land erhebe gegen dieſen Staatsſtreich, daß ſich alſo die Reichsverſammlung völlig vereinſamen werde, wenn ſie nicht uneingeſchränkt dagegen auftrete. Aber das beirrte und beſtimmte die Centren und ihren Ausſchuß nicht. Sie waren darüber im Klaren, daß die erneuerte, unabſehbare Revolution beginne, wenn die preußiſche Krone in dieſem Kampfe unterliege. Sie beklagten es ſchmerzlich, daß ein Name in dieſem Miniſterium ſei, welcher poſitiv auf reaktionäre Tendenzen deute und unwiderleglich den Argwohn unterſtütze, aber ſie konnten ſich dadurch doch nicht zu dem politiſchen Fehler beſtimmen laſſen: eines Namens wegen alle weitren Geſichtspunkte zu verleugnen. Der Name in ſolchem Zuſammenhange und in ſeiner Bedeutung ſollte gerügt werden, aber die Maaßregel nicht.

Zachariä aus Göttingen war Berichterſtatter. Er war nicht der Mann, ſich von anſtürmenden Anforderungen auf

ein Extrem werfen zu laſſen. Mit einer objektiven Ruhe, welche die extremen Parteien in Verzweiflung ſetzte, berichtete er auch über dieſen Fall, als ob es ſich um einen feinen Streitpunkt im Detail der Verfaſſung handle.

Nachdem er die Thatſachen nochmals vorgelegt und hinzugeſetzt hatte, daß die Berliner Verſammlung gegen die königliche Botſchaft Proteſt eingelegt und nur der Gewalt weichen zu wollen erklärt habe, trat er mit ſeinem Berichte in die zwei Fragen ein: iſt die Vertagung und Verlegung der Berliner Verſammlung im Rechte der Krone begriffen? und iſt die Bildung und Behauptung des Miniſteriums im formellen Rechte?

Die Vertagung und Verlegung betreffend ſei zu erwägen, daß die Berliner Verſammluug allerdings zur Vereinbarung einer Verfaſſung mit dem Könige berufen und in's Leben getreten ſei, daß ſie daneben aber auch die Eigenſchaft eines das Volk vertretenden Organs angenommen habe bei der Ausübung der Staatsgewalt.

Solch einer Verſammlung gegenüber habe die Krone nicht das abſolute Recht einer Verlegung von einem Orte zum andern. Gewiß aber ſei nicht in Abrede zu ſtellen, daß die Krone, kraft ihres Berufs, die Verſammlung gegen Angriffe und Einſchüchterung zu ſchützen, unter außerordentlichen Umſtänden berechtigt, ja verpflichtet erſcheinen könne, eine ſolche Verlegung zu beſchließen.

Dieſe außerordentlichen Umſtände ſeien zweifelsohne in

Berlin eingetreten. Die Verſammlung müſſe für unfrei gelten und deshalb könne auch ihr jetziger Proteſt, eben weil er in dieſem vorausgeſetzten Zuſtande der Unfreiheit erfolge, nicht die rechtliche Kraft eines Proteſtes haben.

Die Verſammlung werde es in Händen haben, durch Votirung von Schutzmaaßregeln für fernere Freiheit ihrer Berathungen die Beweggründe der Verlegung aufzuheben.

Die Bildung des Miniſteriums betreffend, ſei die Krone formell im Rechte. Ein alſo vorauseilendes Mißtrauensvotum der Verſammlung widerſpräche der unzweifelhaften konſtitutionellen Befugniß der Krone: ein Miniſterium zu bilden.

Thatſächlich ſtehe freilich feſt, daß das öffentliche Vertrauen dieſem Miniſterium gänzlich fehle und daß eine friedliche Löſung des Konfliktes nicht zu erwarten ſtehe, wenn ſich die Krone nicht mit Räthen umgebe, welche in der frei berathenden und beſchließenden Verſammlung eine Majorität fänden.

Dies müſſe die Reichsverſammlung ebenfalls ausdrücken, um dem öffentlichen Frieden zu dienen und ein beſtimmtes Zeugniß abzulegen, daß ſie ebenſo der Reaktion wie der Anarchie in Deutſchland entgegentreten werde. Aus ſolchen Erwägungen ſolle die Reichsverſammlung, in Uebereinſtimmung mit den beſchloßnen Maaßregeln des Reichsminiſteriums, beſchließen, daß ſie es für nöthig erachte:

1) Die königlich preußiſche Regierung dahin zu beſtimmen, daß ſie die angeordnete Verlegung der Nationalverſamm-

lung nach Brandenburg zurücknehme — ſobald ſolche Maaßregeln getroffen ſind, welche ausreichend ſcheinen, um die Würde und Freiheit ihrer Berathungen in Berlin ſicher zu ſtellen;

2) Daß die preußiſche Krone ſich alsbald mit einem Miniſterium umgebe, welches das Vertrauen des Landes beſitzt und die Beſorgniſſe vor reaktionären Beſtrebungen und Beeinträchtigung der Volksfreiheiten zu beſeitigen geeignet iſt.

In dieſer ganzen Angelegenheit vereinigten ſich ſo viele Streitfragen der feinſten Art, daß ſie immerdar eine der merkwürdigſten bleiben wird in der politiſchen Geſchichte unſers Vaterlandes. Sie werden ſich am deutlichſten anreihn an die Rede Vincke's, welcher ganz konſequent auf Uebergang zur Tagesordnung antrug, weil die Reichsverſammlung das Königreich Preußen nicht zu regieren habe. Dies klingt vielleicht jetzt ganz einfach und richtig, jetzt, wo man den aufbäumenden Erdboden von damals nicht mehr unter ſeinen Füßen fühlt. Und doch war es nicht einmal formell richtig ſeit Einführung der Centralgewalt, welche in dieſer Frage direkt an die Reichsverſammlung appellirte; politiſch aber war es grundfalſch, auch im Intereſſe der preußiſchen Krone falſch. Man hilft ſeinen Verbündeten nicht immer am beſten, wenn man einfach billigt, was ſie gethan.

Heinrich Simon, gegen den Ausſchuß-Antrag und für die Linke ſprechend, begann die Debatte. Soweit ſein innerlich trocknes und durchweg angelerntes Weſen wirken konnte,

ſoweit wirkte er heute. Das heißt mehr denn irgendwann. Es war nur zu richtig, was von einer ſiegenden Reaktion zu beſorgen ſtünde, und wenn er einen Artikel der „Neuen Preußiſchen Zeitung", des muthvollſten Reaktionsorganes, vorlas, in welchem damals, damals ſchon! ſchlankweg die Wiedereinführung des abſoluten Königthums verheißen wurde mit Einführung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel — ſo mußte dies Eindruck machen. Simon ſelbſt nur konnte den Eindruck dadurch wieder knicken, daß er die Vertheidigung der Berliner Verſammlung hiermit verband, ja Lob und Preis derſelben verſuchte.

Ihm folgte Welcker, und er ſprach ſchnurſtracks gegen dieſe Beweisführung. Er ſei neulich durch Berlin gekommen, und was habe er geſehn und gehört? Berlin gleiche einem Dorfe. Alles Vertrauen, alles Leben ſei zerſtört. „Ich ſah wohl auch Leben und Bewegung!" rief er, „aber es waren Jungen, welche die Freiheitshelden machten, von Volksbeglückern aufgeregt, welche die Unruhe vor Allem einzuführen ſuchten, und es fiel mir da ein, was ein Landsmann von mir in Baden ſagte, ein achtbarer Bürger, der neulich zu ſeinen Mitbürgern ſprach. Er ſagte: Woher iſt all das Unglück gekommen über unſer ſchönes Land, woher iſt es gekommen, daß wir nicht wiſſen, ob die Freiheit gut für uns iſt? Daher iſt es gekommen, weil die Männer bisher die Hände in den Taſchen hatten, und deshalb regieren die Buben!"

Welcker ſetzte richtig hinzu, daß es vielleicht beſſer wäre,

den zweiten Satz des Ausschußantrags dahin zu fassen, „daß die konstitutionelle preußische Regierung nicht Minister in ihrer Wirksamkeit lassen werde, welche in den Verhandlungen mit den Ständen das Vertrauen nicht erhalten könnten.“ Denn die einzige Handlung, welche von jenem Ministerium vorliege, die Verlegung nach Brandenburg, billige man ja. Indeß wolle er der Einstimmigkeit all seiner preußischen Freunde nachgeben. Alle sagten ihm, daß der eine Name jegliches Mißtrauen aufrege, und daß es zur Aufklärung des Königs von Wichtigkeit sein möge, dies so positiv als möglich auszusprechen. „Es ist keine Frage“, sagte Welcker, „wir befinden uns auf einem andern Standpunkte, als die Vertretung in Berlin. Wir stehn nicht hier als Repräsentanten desselben Volkes dem Könige von Preußen gegenüber; wir stehn als höhre Autorität, als Autorität von ganz Deutschland vermittelnd und schiedsrichterlich da. Wir sagen, was dem Frieden in Preußen nothwendig ist; wir sagen, weil wir die Besorgnisse vor der unseligen Reaktion verbannen wollen, daß wir der Reaktion wirklich entgegentreten wollen.“

Welcker war, wie wir wissen, immer am hartnäckigsten dagegen gewesen, wenn es sich um Einmischung des Parlaments in die Regierungshandlungen des Einzelnstaats gefragt hatte. Hier war er gar nicht in Zweifel, daß das Parlament auftreten müsse; hier handelte sich's um Wohl und Wehe des Ganzen. Er fand es auch gar nicht für nöthig, an das anerkannte Gesetz für die Centralgewalt und an den Passus zu

erinnern, welcher ihr die Befugniß zum Handeln überträgt „in allen Angelegenheiten, welche die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaats betreffen.“ —

Dieser Vorgänger und jene Gesetzesstelle mochten Vincke die Beweisführung etwas erschweren. Es war nicht abzuleugnen, daß die Reichsminister geradezu die Reichsversammlung aufgefordert hatten, in dieser preußischen Angelegenheit eine Willensmeinung auszusprechen zur Richtschnur für die vollziehende Centralgewalt. Deshalb schlug Vincke heftiger als je auf ein Ministerium hinein, welches im voraus eine Richtschnur verlangt habe, statt die Kritik abzuwarten. „Das sei in der Geschichte der konstitutionellen Monarchie ganz unerhört und nicht mit der Stellung eines konstitutionellen Ministeriums zu vereinigen“. — Es war nicht nur erhört, sondern es ist auch ganz wohl mit dem konstitutionellen Begriffe zu vereinigen, daß das Ministerium im einzelnen Falle eine Initiative des Parlaments selbst in Anregung bringt, welche das Parlament ohnedies besitzt und ohne Anregung geltend machen kann. Was in die Kategorie des konstitutionellen Stolzes gehört, das brachte der ergrimmte Redner unter dem mißlichen Beifalle der Linken in die Kategorie des konstitutionellen Rechts.

Er sprach an jenem Tage mit der ganzen sprudelnden Kraft seines Talents und mit der ganzen bedenklichen Kraft eines Parteimannes, welcher zu Viel beweist, um Viel zu beweisen.

Er ſprach zuerſt darüber, daß auch eine konſtituirende Verſammlung kein eignes Recht in Anſpruch nehmen könne, das heißt kein andres, als einer Volksvertretung überhaupt in einer konſtitutionellen Monarchie zuſtehe. Die Berliner Verſammlung ſei aber nicht eine konſtituirende, ſie ſei nur eine vereinbarende.

Der Redner fuhr alſo ſehr kurz ab mit einer ſehr langen Frage Das Recht konſtituirender Verſammlungen iſt ſo wenig zu ſchematiſiren als das Recht und der Gang der Geſchichte. Durchſchnittlich erſcheinen konſtituirende Verſammlungen als Machthaber ganz neuer Rechtsverhältniſſe und ſie leugnen die alten ſo weit ſie eben die Macht haben zu ſolcher Leugnung. Sie führen alſo gerade ein eignes Recht mit ſich wie die Gewitter ihren eigenen Wind mit ſich führen.

Was nun aber den Begriff der Vereinbarung betrifft, ſo müßte ihm ein Mann wie Bincke recht gefliſſentlich aus dem Wege gehn. Es iſt der allerzweifelhafteſte Rechtsbegriff, es iſt ein gezwungenes Diskretionsverhältniß. Zwei Streitende ſollen ſich über einen Punkt vereinigen, ohne daß über dieſen Punkt ein objektives Rechtsverhältniß für beide Theile feſtſtünde, und ohne daß ein Obmann, ein Schiedsrichter zugelaſſen würde. Es iſt dies ſo wenig ein Rechtsgang, als ein Meſſer ein Meſſer iſt, welches keine Klinge hat und welchem der Stiel fehlt. Es iſt der maskirte Krieg, und der Stärkere diktirt die Verfaſſung, wenn man ſich über eine Verfaſſung vereinbart. — Kein Menſch beſtritt es, daß die Berli-

ner Verſammlung nur eine vereinbarende ſei, aber man empfand daß mit all dieſen juriſtiſchen Deduktionen dem Kern der Dinge nicht beizukommen ſei innerhalb neuer politiſcher Konſtituirung. Herr von Vincke hat drei Viertel Jahre ſpäter eine Erfahrung machen müſſen gegenüber demſelben preußiſchen Miniſterium, welches er damals als ein rettendes mit gutem Fuge unterſtützte, eine Erfahrung die ganz geeignet iſt ſein Nachdenken zu wecken über den abſoluten Werth ſolcher ſtaatsjuriſtiſchen Folgerungen. Gegen die preußiſche Verfaſſung wird ein Wahlgeſetz oktroyirt und er kann die auf ihn fallende Wahl deshalb nicht annehmen, weil er die in Folge ſolchen verfaſſungswidrigen Wahlgeſetzes zuſammentretende Kammer nicht für ein geſetzliches Ergebniß anſehen kann. Dieſe alſo entſtandene Kammer wird aber ihren Einfluß ausüben auf die preußiſche Verfaſſung, einen nach ſeiner Beweisführung verfälſchten Einfluß, welcher denn auch die Verfaſſung verfälſchen muß. Jegliches Verfaſſungs- und daraus fließende Rechtsverhältniß iſt ſomit in die ganze Zukunft hinaus für ſeinen ſtaatsjuriſtiſchen Standpunkt verfälſcht, ſo lange das jetzige Preußen ſich regelmäßig in dieſem jetzt begonnenen Gange entwickelt. Eigentlich müßte er auswandern. Wir wollen aber hoffen, daß er ſeine ſtattliche Kraft nicht einmal einer ſpäteren Kammer entzieht, und wir wünſchen ſelbſt, daß ihm eine Rechtsfiktion zu Hilfe komme. Es ſei dies nur angeführt, um ein Beiſpiel mehr anzuführen, daß er auch im beſten Rechtsſinne, auch da, wo er für das rechtliche Mo-

tiv ſeiner Handlung die allgemeine Zuſtimmung erzwingt — die unfruchtbare Seite des Rechtes zu erwählen liebt, die bloß rechthaberiſche.

Leider hängt dieſes Spitzen und Schneiden eng zuſammen mit ſeinem Naturel. Er hat ſich eine Neigung zum immerwährenden und deshalb kleinen Witze angewöhnt als ob er nur unter den leerſten Berlinern aufgewachſen wäre. Dieſe Neigung zeigte ſich im geſelligen Verkehre Anfangs ſo ſtark, daß man erſchrocken davor zurücktrat. Sie verminderte ſich, je länger Vincke in Frankfurt war. Aber bei delikaten Fragen rumort ſie ſtets in ihm und treibt ihn zu Spitzfindigkeiten und Sophismen. Denn dieſe ſind eben auch nichts weiter als kleiner Witz. Wiſſenſchaft und Talent werden alsdann dazu verwendet, über den Inhalt der Dinge zu täuſchen dadurch, daß täuſchende Aehnlichkeiten aufgeſucht und mit Hilfe derſelben überraſchende Folgerungen gefunden werden. Dergeſtalt überraſchende Folgerungen, daß die Lächerlichkeit entſteht. Mit der errungenen Lächerlichkeit iſt man über den Inhalt der Dinge hinweg und der ſcheinbare Sieger ergeht ſich in beliebigen Nebenwegen.

Vincke iſt glücklicherweiſe erſt ein Mann von 36 Jahren, und es ſteht zu hoffen, daß er mit den ſteigenden Mannesjahren ſich ſelbſt befreit von den üblen Conſequenzen ſolcher Neigung. Sie hätten ihn längſt zum Formaliſten gemacht, wenn nicht ſeine robuſte weſtphäliſche Natur mit ihren zahlreichen inhaltsvollen Eigenſchaften ſtandhaft reagirt hätte ge-

gen die angewöhnte Neigung. Er ſollte nur zuweilen die ſehr empfehlenswerthe Rechnungsprobe anſtellen: wohin das Vaterland gekommen wäre, wenn ſich immer die Majorität um ſeine formaliſtiſchen Wendungen geſchaart hätte? In haltloſe feinſte Verwirrung, in eine ſolche Inhaltsloſigkeit durch Proteſte auf Proteſte, daß man den Ausweg ſeiner Gegner, die vollſtändige Revolution, als das einzig übrig bleibende Rettungsmittel hätte annehmen müſſen. Darum, weil er ſophiſtiſch motivirt und weil er egoiſtiſch rechthaberiſch ſich verhält auch gegenüber den großen Nothwendigkeiten im Vaterlande die er ſelbſt nicht leugnet. Er bringt nicht das geringſte Opfer ſeines Kredo's — das ſoll nicht angegriffen werden! — aber auch nicht ſeiner Formel; er bringt nicht das Opfer eines augenblicklichen Schweigens, einer unterlaſſenen Abſtimmung wenn er ſelbſt zugeſtehn muß, daß unabſehbare Zerſtörung entſtehen könne, ſobald ſeine Abſtimmung die Mehrheit bildete. Fiat justitia, pereat mundus! — Dies mag der Wahlſpruch eines Richters ſein, der eines Staatsmannes iſt es nimmermehr. Die Staatswelt zu erhalten *mit* der Juſtiz, ja im Nothfalle *trotz* der Juſtiz iſt des Staatsmannes Aufgabe, und ſo eben vertheidigte er ſelbſt nichts anderes als dies, indem er das Miniſterium Brandenburg-Manteuffel vertheidigte. Die politiſchen Fragen immer nur auf die Spitze der Formel, auf die Schneide des Rechtsſatzes treiben, das iſt ein zweifelhaftes Verdienſt des gewandten Kopfes und iſt ein unzweifelhafter Fehler des politiſchen Kopfes. In Zei-

ten geordneten Staatswesens mag man günstiger hierüber urtheilen, im Jahre 48 und 49 aber, wo vor allen Dingen schöpferische Theilnahme erforderlich war, mußte man es nachdrücklich rügen.

Verhängnißvoll gegen sein eigenes Wünschen berief sich denn Vincke in dieser Rede auch wie so oft mit Recht auf England, und zwar auch auf den jüngeren Pitt, der gegen die Majorität des Unterhauses mit seinem Ministerium eingetreten sei und sich behauptet habe trotz der vier bis fünf Majoritätsadressen des Unterhauses gegen sein Ministerium. Dies sollte am Anfange dieses Jahrhunderts kurz vor dem Frieden von Amiens geschehen und sollte ein Beweis sein, daß ein Ministerium, welches gegen die Majorität eingesetzt werde und gegen eine dauernde Majorität Stand halte, ein ganz konstitutionelles Verhältniß genannt werden müsse.

Die geschichtlichen Data waren wohl irrig. Kurz vor dem Frieden von Amiens trat Pitt ab. Aber es war klar was Vincke meinte. Er meinte Pitt's Eintritt in Folge der India-Bill gegen Ende des Jahres 1783. Damals ignorirte der 24jährige Minister standhaft die Majorität des Hauses, er regierte standhaft mit der Minorität, und löſ'te das Parlament erst auf, nachdem er über einen Monat lang gezeigt hatte, das Ministerium brauche nicht absolut die Majorität des Unterhauses, so lange es nicht die Bewilligung der Gelder brauche.

Dieser Fall gilt für eine merkwürdige Ausnahmserschei-

nung in der konstitutionellen Geschichte, und es ist noch Niemand eingefallen, ihn als einen Beweis für reinen Konstitutionalismus anzuführen. Dies war Vincke vorbehalten, welcher wirklich und ehrlich einen streng konstitutionellen Staat will. Der sophistische Trieb jagte ihn zu einer Beweisführung gegen seine eigenen Wünsche, gegen seine eigne Ueberzeugung: daß unmöglich in einem werdenden Konstitutionalismus die verfänglichsten Ausnahmen als maaßgebend angeführt werden dürften. — Daß ein Oberhaus neben Pitt gestanden, konnte nicht erwähnt werden um Pitt und Temple mit Mantenffel und Brandenburg zu vergleichen.

Viel richtiger nach außen aber auch wieder nur nach außen, war die Erinnerung Vincke's, warum man denn gegen Oesterreich nicht so positiv aufgetreten wäre, wo doch viel mehr vorgelegen, wo ja der Zusammenstoß blutig erfolgt, der Reichstag verlegt wäre?! Man sei ja zur Tagesordnung übergegangen über einen Antrag, welcher die Verlegung des Wiener Reichstags hindern gewollt. „Wenn Sie nicht eingeschritten sind in Oesterreich, wie kommen Sie denn dazu, Preußen schlechter zu behandeln als Oesterreich?“

Er wußte innerlich sehr gut, daß diese sogenannte „schlechtere“ Behandlung eben nur die nähere Verbindung an den Tag legte, in welcher sich das Parlament mit Preußen fühlte oder wußte. Fühlte oder wußte! Er selbst war in dieser Lage, und er hätte lachen können zu seiner zornigen Frage, wenn er nicht die Frage gerade zornig gebraucht hätte. Er

konnte ſich auch nur an ſeinen Vorgänger Welcker wenden. Dieſer war ſo eben aus Oeſterreich gekommen, dieſer hatte ſich ſo eben als angegriffener Reichskommiſſär heftig dahin vertheidigt, daß man in die öſterreichiſchen Angelegenheiten nicht ſo eingreifen könne wie — ja, das hatte er freilich nicht ausgeführt. Aber er hatte ſo eben thatſächlich darüber aufgeklärt, indem er für ein viel weiteres Einſchreiten in die preußiſchen Verhältniſſe geſprochen.

In dieſem Betrachte war die preußiſche Debatte äußerſt lehrreich. Sie enthüllte ein Verhältniß, welches man immer wieder verhüllen zu müſſen glaubte, vor ſich ſelbſt verhüllen zu müſſen glaubte. Welcker ging auch nach ſolcher Erfahrung in Oeſterreich, nach ſolchem eignen Vorſchlage eines verſchiedenen Maaßes für Oeſterreich und Preußen, er ging plötzlich ein ganzes Vierteljahr lang dafür in den Kampf, daß Oeſterreich und Preußen ganz gleich betheiligt ſein müßten im deutſchen Bundesſtaate, und er ſprach in dieſem Kampfe für eine ganze Schaar, welche doch jetzt ausdrücklich Preußen mit ganz anderem Maaße richtete als Oeſterreich.

In ſolchen feinen Zügen befreit ſich am Deutlichſten, weil ganz objektiv, die Wahrheit von den Parteiungen.

Wie dem aber auch ſein mochte, die überwiegend und unzweifelhaft guten Eigenſchaften Vincke's blieben im Vordergrunde und die wie immer raſch und unwiderſtehlich heran brauſende Rede ließ keine Zeit und keine Ueberlegung frei für die täuſchſamen Vorderſätze. Er trat ab unter großem Bei-

falle nicht nur der Rechten, ſondern auch des Centrums. Es ſchien fraglich zu werden nach dieſem Eindrucke, ob es diesmal ein Centrum der Majorität geben werde für den Ausſchußantrag, wenn die ganze Rechte mit Vincke für Uebergehn zur Tagesordnung ſtimmte. Die Anſicht der Linken umgriff diesmal den ganzen Würtemberger Hof. Ein Redner deſſelben, Herr von Wydenbrugk, trat auf und ſprach gegen den Ausſchußantrag, ſprach für ſtärkeres Einſchreiten gegen das preußiſche Miniſterium zu Gunſten der Berliner Nationalverſammlung. Hielt alſo der Augsburger Hof nicht feſt, und gingen einige Stimmen des Caſino an den Vinckeſchen Einfluß über, ſo wurde in ſo unmittelbar eingreifender Frage die bisherige Mehrheit des Hauſes geſprengt. „Um bloß zu vermitteln ſind wir nicht da!“ rief die durchdringende hohe Stimme des kleinen, immer klug räſonnirenden Weimarſchen Staatsmannes hinter dem Taſchentuche und Pulte hervor, und es that noth, daß Beckerath nach ihm und Vincke die Rednerbühne beſtieg. Als gemäßigter Mann des rechten Centrums mußte Beckerath entſcheidend wirken können auf diejenigen, welche durch Vincke unſicher geworden waren. Und Beckerath ſagte: „Es iſt in Zweifel gezogen worden, ob von hier aus eine ſolche Einwirkung ausgeübt werden könne. Meine Herren. Wenn wir nur irgend ein Verhältniß vorausſetzen wollen zwiſchen der Centralgewalt und der Nationalverſammlung einerſeits, und den Staaten mit ihren Regierungen andrerſeits, ſo müſſen wir anerkennen, daß hier

allerdings die Berechtigung zu einem ſolchen Schritte vorhanden iſt. Sollte diejenige Autorität, der die ganze deutſche Heeresmacht zur Verfügung geſtellt iſt, die über Krieg und Frieden zu entſcheiden und die Wohlfahrt des ganzen Vaterlandes zu überwachen hat, nicht das Recht haben, da wo die größte Gefahr beſteht für die theuerſten Güter der Nation einzuſchreiten?“ —

Auf ihn folgte ein Mitglied des Augsburger Hofes, in welchem die Entſcheidung der Mehrheit lag, Biedermann. Er wies die bloß juriſtiſchen Definitionen Vinckes ebenſo zurück wie die revolutionairen Folgerungen der Linken. Politiſche Verhältniſſe müßten politiſch bemeſſen werden und könnten ſelten auf unbedingte Sätze Anſpruch machen zur Zeit neuer Konſtituirung. Er könne der preußiſchen Regierung kein unbedingtes Recht zuſprechen, aber ſo wie die Lage ſei, müſſe er ihr ein Nothrecht einräumen zur Rettung des Ganzen. Zu großem Aerger der Linken machte er noch darauf aufmerkſam, daß das Reichsminiſterium im Sinne des Ausſchußantrages auftrete, daß alſo auch für den Beſtand deſſelben die Abſtimmung maaßgebend ſei.

Dieſe erfolgte ſogleich. Nur 45 Stimmen gingen mit Vincke und ſtimmten für motivirte Tagesordnung. Die linken Anträge von Heinrich Simon wurden mit einem Mehr von Hundert abgelehnt. Der Minoritätsantrag des Ausſchuſſes dagegen, vom Würtemberger Hofe unterſtützt, nur mit 43 Stimmen. Eine Anzahl Mitglieder des Landsbergs

waren hierbei dem Centrum untreu geworden. Der eigentliche Ausschuß-Antrag kam nun an die Reihe. Wenn die Rechte nach Vincke's Vorgange mit der Linken dagegen stimmte, so war das Resultat sehr zweifelhaft. Vincke stimmte denn auch dagegen. Ein Theil der Rechten aber würdigte die Gefahr, daß kein Beschluß zu Stande kommen, alsdann aber wahrscheinlich eine Fusion der Parteien zu Gunsten der linken Verlangnisse eintreten werde — und ging hinaus, um nicht stimmen zu müssen. So erhielt der Ausschußantrag eine Mehrheit von 40 Stimmen.

Dies war indessen nur die erste Instanz in dieser brennenden Frage, welche täglich höher aufloderte. Die Berliner Nationalversammlung leistete einen Widerstand, welcher zum Aeußersten entschlossen schien, und das ganze Land schien ihr beizutreten. Wie sehr sie durch wüstes Wesen die Theilnahme des Landes verwirkt hatte, in dieser entscheidenden Krisis traten auch ihre zahlreichen Gegner zu ihr, weil ihre Angreifer für Reaktionaire über den März zurück gehalten wurden.

Schon vier Tage später war Bassermann von Berlin heimgekehrt, und die Debatte erneuerte sich. Die Linke schrie ihm entgegen, er sei einseitig in Berlin verfahren, er habe nicht vermittelt, er sei lediglich zur Regierung übergetreten. Mit schwacher Stimme, denn er war ungewöhnlich angegriffen, aber mit starkem Willen antwortete Bassermann von der

Tribune und gab unter zuckender Unruhe der Linken jene Darstellung der Berliner Zustände, welche von da an sprichwörtlich geworden ist, die Schilderung jener „Gestalten", jenes „Traum's eines Republikaners", welcher auf rothem Papier an den Straßenecken Berlins geklebt gewesen und dem schlafenden Republikaner die „Laternenpfähle voller Leichen" gezeigt habe. Er gab ferner Data und seine Meinung dahin ab: daß an eine konstitutionelle Ausgleichung mit der Berliner Versammlung nicht zu denken sei, sondern daß diese nach den Eigenschaften eines Konventes trachte, und daß mit ihrem Siege das freie Walten einer Schreckensherrschaft unfehlbar eintreten werde. Weder im Interesse der Freiheit, noch im Interesse der Einheit sei von ihr das Mindeste zu hoffen.

Dieser Vortrag, ohne irgend welche Leidenschaftlichkeit gehalten, machte den tiefsten Eindruck. Die Linke gerieth in den heftigsten Zorn, denselben gefürchteten Staatssekretair, welcher auch gegen das Einschreiten in Wien und für Entwerthung der dortigen Revolution am Wirksamsten gesprochen, wieder am Wege zu finden, am Wege der jetzt so kurz und sicher zu voller Revolution in Berlin führen konnte. Gerade im entscheidenden Augenblicke war er wieder da, und die verhaßte dürftige Stimme erhob sich wieder so weit tragend und tief treffend gegen sie. Ja, dieser Unterstaatssekretair, welcher immer und immer gegen jedes halbe Vergleichen mit revolutionairen Forderungen sprach, er handelte auch in diesem Augenblicke ebenso gefährlich gegen sie als er sprach:

er bot dem Reichsverweſer ſeine Entlaſſung, wenn auch nur in dem Sinne des obigen mit 40 Stimmen Mehrheit gefaßten Beſchluſſes eine Vermittelung erſtrebt werden ſolle, welche der preußiſchen Verſammlung noch zu Viel, der preußiſchen Regierung zu Wenig einräume.

Die Verhandlung ſteigerte ſich alſo zu noch größerer Leidenſchaftlichkeit. Nichts mehr von einem Ausſchuſſe wollte man wiſſen, nichts mehr von einem auch nur 24 Stunden andauernden Verzuge! Raveaux, der aus der Schweiz heimgekehrt, eilte auf die Rednerbühne und verlangte unter donnerndem Beifalle ſofortigen Beſchluß: „Berlin ſteht auf einem Vulkane! Der Funfzigerausſchuß befahl, befahl einem Fürſten, befahl einem Miniſterium! Und jetzt ſchleppen wir uns mit halben Maaßregeln! Oeſterreich haben wir ſchon verloren; wenn wir heute abermals die Sache an einen Ausſchuß verweiſen, geht vielleicht auch Preußen verloren!“ Es flogen Anträge wie Schloßen zum Präſidenten hin, einer immer ſtärker als der andere gegen die preußiſche Regierung. Die ſogenannte „Gründlichkeit“ der Ausſchüſſe ward verhöhnt. Venedey ſprach wieder von ſeinen „18 Jahren im Auslande“, während welcher er mit Stolz auf Deutſchland geſehn, und ſeit er zurück ſei weiche dieſer Stolz alle Tage mehr, und es ſei ein Mangel an Courage, wenn man bis Montag warte — es war Sonnabend — ſo daß ſelbſt der ſanftmüthige Rieſſer entrüſtet hinter ihm auf die Tribune hinauf ſtürzte und rief: Es darf ſich Niemand, wer es auch ſei, erdreiſten, in den

Abſtimmungen ſeiner Gegner einen Mangel an Muth zu ſuchen" — „die Gegenwart zeigt ſchon und die Zukunft wird es noch deutlicher lehren, auf welcher Seite der politiſchen Ueberzeugungen die größere Gefahr vorhanden, der größere Muth erforderlich iſt."

Trotzdem rief Rauwerk: Sie morden ſich ſelbſt, wenn Sie nicht ſogleich beſchließen, und trotzdem wurde beſchloſſen: der Ausſchuß ſolle alle vorhandenen Zeugen über die Berliner Zuſtände vernehmen, und ſolle Montag Bericht erſtatten.

Es waren auch Mitglieder der Berliner Verſammlung angekommen, und deren Auskunft beſtätigte in den neuen Vorverſammlungen Sonnabends und Sonntags bei Gagern die Baſſermannſche Anſicht. Das Centrum war entſchloſſen, ſo weit es die zum Mißtrauen berechtigte öffentliche Stimme nur irgend geſtattete, der preußiſchen Regierung beizuſtehn.

Da kam das Aeußerſte hinzu: die Steuerverweigerung der Berliner Abgeordneten! Ein Akt, zu welchem ſie gar nicht berechtigt waren. Die direkte Erklärung einer allgemeinen Revolution in Preußen.

Hiermit war der Würfel geworfen auch für manchen Zweifelvollen. Die entſcheidende Sitzung am 20. November mußte nun, wie drohend auch der Widerſtand auftreten mochte, rund und ganz gegen die Berliner Nationalverſammlung ausfallen, oder das Parlament verlor ſeinen bisherigen Charakter, gab ſich und das Vaterland hin an eine vollſtändige Revolution.

Die Dinge ſtanden auf der äußerſten Spitze. Die leiſeſte Bewegung nach links von Seiten des Parlaments, und der ganze preußiſche Staat ſtürzte in dieſer Richtung. Nachricht auf Nachricht kam aus allen preußiſchen Provinzen, aus allen preußiſchen Städten, daß Alles, Alles zu der verzweifelten, von Rathhaus zu Wirthshaus, von Saal zu Saal ziehenden Berliner Verſammlung träte — ein leiſer Hauch der Legaliſirung von dem konſervativ geſcholtenen deutſchen Parlamente und — krachend ging der Umſturz des Ganzen in's Werk.

Jetzt, weit davon entfernt, wird man gern leugnen wollen, daß es ſo gefährlich geweſen ſei. Es war aber ſo. Man täuſchte ſich im Centrum darüber nicht. Man täuſchte ſich auch darüber nicht, daß man auf immer breche mit den Bewegungsmännern, wenn man ſie in ſolchem Momente verleugne; — daß man andererſeits auch nur Undank zu erwarten habe von einer erretteten Regierung. Die Gefahr wird ſchnell vergeſſen, und der tägliche Vortheil verlangt täglich ſeine Speiſe. Man wußte, daß in der Politik die ſentimentalen Anſprüche Albernheiten ſind.

Was hoffte, was wollte man denn alſo? Man hoffte Wenig; aber man vertraute auf die Macht der Wahrheit, welche ihre Entwickelung im Vaterlande finden werde. Man wollte ſich von ihr nicht trennen durch Verleugnung des Charakters. Und man hätte ſeinen Charakter verleugnet, wenn man den Helden oder Schreiern hohler Grundſätze das Vaterland überliefert hätte in der Hoffnung, daß aus ihrem Siege,

daß aus dem Sturze Preußens Gewinn entstehen könne für deutsche Freiheit und Einheit.

Letzteres wäre so wenig geschehn, als in Frankreich eine demokratische Republik entstehen wird, weil hohle Politiker immer geschickt und mechanisch den Moment ausbeuten zu einer Staatsumwälzung und Umwandelung. Ein Staat wird nur was er werden *kann*. Eben so hohl war der Gedanke, die deutschen Großstaaten zu beseitigen durch die klug benützten Augenblicke von Revolutionen. Wenn sie beseitigt wären, solcherweise zu Gunsten eines deutschen Reiches, so meinte man oberflächlich ein deutsches Reich gewonnen zu haben! — Man hätte ein solches nicht gewonnen, auch wenn man die Linke patriotisch hätte machen können, auch wenn man die monarchischen und republikanischen und ultra-republikanischen oder kurios-republikanischen Parteien unter einen Hut hätte bringen können. Man hätte für die Zersetzung, man hätte für das Verstorbene in Deutschland gekämpft trotz alles Geschrei's, daß man für das Lebensvolle und Neue kämpfe. Die kleinen Staaten sind die Zersetzungen, sind das Verstorbene in Deutschland. Indem man die großen zerbricht und ihnen gleich macht, um ein altes deutsches Reich in neuer Form zu errichten, bringt man Zersetzung und Tod in das mechanisch errichtete Ganze. Neu und lebensvoll sind nur die deutschen Großstaaten, die Ergebnisse der neuen deutschen Geschichte. Wer das leugnet, der ist der ärgste und sinnloseste Reaktionair, denn er will reagiren auf zwei Jahrhunderte zurück.

Die kleinen Staaten und abstrakten Revolutionsideen überschätzten sich schreiend, und täuschten sich und Andere, und werden die friedliche deutsche Einigung noch lange hin unmöglich machen, wenn sie nicht zu der Einsicht kommen, daß zwei europäische Großstaaten nicht zufällig und nicht über Nacht wie Pilze aus dem früheren deutschen Reiche hervor gewachsen sein können; wenn sie nicht zu der Einsicht kommen, daß solche Großstaaten ein stärkeres Wurzelgeflecht errungen haben müssen als kleine Staaten, die in neuer und neuester Theilung und Entstehung aus alten Resten zusammengesetzt sind.

Begreiflich war der Glaube, daß der so verschiedenartig zusammengesetzte Staat Oesterreich nicht halten werde. Und doch sah man jetzt schon, daß er unerwartete Lebenskraft entwickelte. Ungehindert, ungestört hatte sich ein halbes Jahr lang die Revolution in ihm zu gestalten versucht, und so eben war sie doch durch den Feldherrn erschlagen worden. Das Wort Grillparzers an Radetzky: „In Deinem Lager ist Oesterreich", hatte sich bewährt. Was half der Spott, daß ein Heer nicht ein Staat sein, daß ein Heer den Staat vielleicht retten aber nicht erhalten könne! Zunächst erwies sich das Heer doch mächtiger als die Revolution, es war doch ein so starkes Mittel des Großstaats, wie die zertheilende Revolution keins hatte entwickeln können. Zunächst hatte sich doch schon gezeigt, daß Oesterreich nicht so verschwinden werde, wie man sich vorgespiegelt.

Ganz unbegreiflich war der Glaube, daß Preußen durch eine bloße Revolution zu raſiren ſei. Sein immer aufſteigendes Wachsthum ſeit zwei Jahrhunderten liegt ſo vor Jedermanns Augen! Man hat geſehn, daß ſein Kern von robuſter Geſundheit iſt und ſich Alles anzueignen weiß zum wirklichen Eigenthume, nicht bloß zur Zugabe, die morgen wieder abfallen kann. Der Kurzſichtigſte muß eingeſtehn, daß ein ſolcher Bandwurm von auseinandergezogenen Landestheilen die zäheſte Haltkraft beſitzen müſſe, da er dieſe äußerlichen Hinderniſſe und die noch größeren innerlichen, das Aneignen widerwilliger Stämme, fortwährend und zweifellos überwunden hatte. Preußen hatte in keiner Kriſis dauernd eingebüßt, es hatte in jeder Kriſis dauernd gewonnen, es hatte auch das Widerwillige, das urſprünglich Unpreußiſche zu einer unverkennbaren preußiſchen Nationalität erſtarkt — und das Alles, was unverkennbar immer noch im Aufſteigen begriffen war, das Alles ſollte durch eine konfuſe Revolution beſeitigt werden können? Konfus, weil Ziel und Inhalt des neu zu Erſtrebenden zehnfach verſchieden angegeben wurde. Das hätte man glauben und in dieſem Glauben Ja ſagen ſollen zu einer Revolution die Preußen raſiren würde zu Gunſten eines deutſchen Reiches?

Wer nicht im Glauben der Tagesmeinung verdummt war, der ſah jetzt ſchon ziemlich deutlich, daß Oeſterreich ſeinen deutſchen Großſtaatsberuf auch ferner, und ferner nachdrücklich dahin erhalten würde: das deutſche Leben über die an-

grenzenden gemischten Nationalitäten auszubreiten. Er sah deutlich, daß Preußen Wurzel und Stamm werden müsse für den engeren deutschen Staat. Er sah, daß die neue preußische Revolution nichts, nichts bringen könne, als gesteigerte Verwirrung, gesteigerte Verluste an Deutschlands Kräften, gesteigerte Täuschung, als ob ein deutsches Reich herzustellen sei im Sinne der kleinstaatlichen Ueberschätzung. Stürzt jetzt das Königthum in Preußen, sagten die meisten Mitglieder des Centrums, und Ihr habt mehr verloren als gewonnen für Eure eigne deutsche Sache. Das gesund aufgewachsene und noch in vollem Wachsthum begriffene Preußen ist monarchisch. Es will eine wahrhaftige Konstitution, aber einen preußischen König an der Spitze derselben. Heute könnt Ihr das Königthum dort stürzen, und morgen ballt es sich in den alten Kernprovinzen unter einem Walde von Waffen zusammen und kehrt zurück als soldatische Diktatur — was dann für Euch, für ein deutsches Parlament? Eroberung gegen Euch; Theilung Deutschlands zwischen Preußen und Oesterreich! Nichts anderes bringt Eure phantastische Politik, wenn sie siegen sollte, am letzten Ende zu Wege. Sie mag sich reindeutsch, sie mag sich großdeutsch, sie mag sich radikal oder sonstwie nennen, sie ist haltlos, weil sie das geschichtlich Gewordene, die zu Großstaaten angewachsene Kraft leugnen, überspringen zu können meint.

Die Stimmführer im Zirkel bei Gagern waren entschlossen, jetzt das unwillkommene und mit Recht verdächtige Mi-

niſterium in Berlin ganz zu ſchützen gegen die erklärte Revolution. Sie wollten den Satz in Betreff des Miniſteriums nicht wiederholen. Er ſei im erſten Beſchluſſe ausgedrückt, das genüge. Jetzt ſei vor allen Dingen die Steuerverweigerung für null und nichtig zu erklären

Nur Biedermann und noch mehr Rieſſer und Wurm beſtanden auf Wiederholung des Satzes. Andere Sprecher, auch des Augsburger Hofes, beſtanden nicht darauf.

Am 20. November kam dieſe lodernde Frage zum letzten Male und zur entſcheidenden Verhandlung und Abſtimmung. Der frühere Ausſchuß brachte diesmal, von Wilhelm Jordan vorgetragen, einen ſo unumwundenen Bericht gegen die Berliner Verſammlung, daß ihn Baſſermann abgefaßt haben konnte.

Vincke begann wieder. Solch einer Steuerverweigerung und ſolch einer Gefahr gegenüber fand er nicht mehr, daß die Reichsverſammlung in die preußiſchen Regierungsangelegenheiten nichts einzureden habe! Nun hatte auf einmal eine Nullundnichtigkeits-Erklärung von Seiten des Reichsparlamentes große Bedeutung für Preußen.

Ihm antwortete der radikalſte Gegner, Ludwig Simon von Trier. Mit außerordentlichem Talente, meiſterhaft. Staatsjuriſtik gegen Staatsjuriſtik, ſo daß man an die zwei Löwen erinnert wurde, die einander auffraßen bis auf die Schwänze. Satz für Satz in dieſer bloß juriſtiſchen Führung der Staatsfragen folgte er vom entgegengeſetzten Standpunkte

dem Vinckeſchen Nachweiſe, welcher die ganze preußiſche Staatsfrage auf die Beſchlüſſe des vereinigten Landtages zurückzuführen ſuchte, und ſchlug dieſe Nachweiſe Satz für Satz durch den Beweis, daß wirklich ein faktiſcher Bruch ſtattgefunden. Er überſpitzte nach links, wie jener nach rechts überſpitzt hatte, und nie hatte man ſo deutlich erſehn können als hier an zwei großen Talenten: daß ſolche Juriſtik bei großen Staatskriſen nur einen Beitrag, nimmermehr aber eine Erledigung bringt.

Es wäre beklagenswerth, wenn uns ein ſo begabter junger Mann wie Ludwig Simon verloren gehn ſollte in dem Getümmel einer verworrnen Neugeſtaltung. Diejenigen ſind nicht Patrioten, welche in ſolchen Zeiten auch nach hergeſtellter Ordnung einer ſogenannten Rache-Verfolgung das Wort reden und die Fähigkeiten des Landes decimiren. Im politiſchen Streite kämpfe man bis zur Niederlage des Gegners, aber man laſſe ſich nirgends zur Rache hinreißen. Sie allein ſchon iſt ein Zeichen mangelhafter Berechtigung. Herzhaftigkeit im Kampfe, Herzhaftigkeit in Benutzung des Sieges, das iſt nöthig, um nicht im Schlamme ſentimentaler Schwäche die nothwendigen Entſcheidungen ſtecken zu laſſen. Aber in der Herzhaftigkeit ſteckt ein Herz, und zwar ein Herz für's Vaterland. Dies unterſcheidet den geſunden und tüchtigen Gegner vom Wichte. Ein geſunder, tüchtiger Gegner iſt dem Vaterlande eben ſo viel werth als der Sieger. Und ein ſolcher Gegner war Ludwig Simon mit ſeinen großen Gaben.

Wer ſo jung wie er, ungeſtüm und doch logiſch, ohne Phraſe und doch mit Fülle des Worts, revolutionair und doch voll ſcharfen Rechtsgefühls, ein Parlament wie das deutſche zur Bewunderung hingeriſſen hat, der muß dem Vaterlande erhalten werden unter allen Umſtänden.

Ihm folgte damals wie der ſegnende, ſchließende Prieſter in dieſer preußiſchen Frage Gabriel Rieſſer. Ach, wenn man jetzt ſeine Reden eines edlen Herzens nachlieſt, ſo empfindet man noch ſtärker als man es damals beim erſten Hören empfand, daß Rieſſer von der Ahnung erfüllt war: es ſei nur der Entwurf einer Verfaſſung, welcher dem erſten deutſchen Parlamente beſchieden werde. Die Verheerung werde hinwegſchreiten über dieſen Entwurf, und er werde wie ein Saatfeld nur dann nicht ganz zu Grunde gehn, wenn er tief und feſt wurzle in edlen Abſichten.

Er ſprach für Unparteilichkeit auch hier, und er hatte wohl im vorliegenden Falle die falſche Vorſtellung: Unparteilichkeit beſtehe darin, daß man jedem Theile der Streitenden gleich viel Recht zuſpreche. Er war kein entſchloſſener Politiker, aus Milde der Seele unterhandelte er nachſichtig auch mit dem Todfeinde. Aber wie er es that, ſo war es doch immer eine Läuterung auch für diejenigen, die nicht mit ihm ſtimmen konnten.

Das poſitive Recht, ſagte er, reiche in dieſer gewaltigen Frage nicht aus. „Da wo ein neues Recht unter Schmerzen geboren wird, wo eine neue Staatsordnung ſich erſt ent-

wickeln soll, da wird es nicht möglich sein, nach alten bestehenden Rechtsnormen jede Frage zu entscheiden." — Er sei beklommen über die Schritte der neuen preußischen Regierung, er sei aber auch im Klaren, daß es in Berlin nicht so bleiben konnte wie es war, und daß die dortige Nationalversammlung nicht gehandelt habe wie sie hätte handeln sollen.

Seine Erwägungen führten ihn auf die Frage der Macht, welche dem ersten deutschen Parlamente beiwohne. „Ich halte diese Macht", sagte er, „für eine große und gewaltige in Bezug auf die künftige Verfassung Deutschlands. Gelingt es uns, eine Form derselben zu finden, welche der alten heißen Sehnsucht des Volks nach Einheit und Größe entspricht, so wird unsre Kraft in dieser Richtung unwiderstehlich sein, sie wird den Widerstand jeder Einzelgewalt zu brechen im Stande sein. Auch im Fall einer von Außen drohenden Gefahr würde sich, dessen bin ich gewiß, das gesammte deutsche Volk einig um uns schaaren. Die Macht der Versammlung aber, meine Herren, bei innern Konflikten — ich spreche es offen aus auf die Gefahr hin, Vielen zu mißfallen — diese Macht halte ich nur für eine moralische, nicht für eine materielle. Ich glaube, es liegt dies in der Natur der Sache. Wir wollen einen Bundesstaat bilden, das heißt, wir wollen die Kräfte der einzelnen Staaten in einen gemeinsamen Mittelpunkt nach freier Uebereinkunft, nach dem freien Willen des deutschen Volkes zusammenfassen. Wenn aber jene Kräfte, die erst nach beendigter Verfassung und auch dann nur allmälig der Gesammt-

heit angehören werden, jetzt, während wir am Werke sind, in furchtbarem Hader feindlich zusammenstoßen, mit welcher materiellen Macht wollen wir sie bändigen und den Frieden gebieten, da unsre werdende Kraft doch eben ihnen selber erst entwachsen soll?"

So wie er das Verlangen nach geharnischtem Einschreiten in Oesterreich für einen „wahnsinnigen Versuch" gehalten hätte, so wiederhole er hier, das Parlament habe nur eine auf Freiheit, Gerechtigkeit und Mäßigung gegründete moralische Macht.

Ueber die Anwendung derselben sei man verschiedener Meinung. Ein Theil des Hauses habe fortwährend verlangt, man solle sich auf die auflösenden Elemente der Einzelnstaaten stützen, um das Werk der Einheit auszuführen. „Wir haben diesen Weg nicht eingeschlagen, und ich glaube, wir haben recht gehandelt im Sinne dieses Werkes. Ich bezweifle sehr, daß alle diejenigen, welche den Gesetzen der Einzelnstaaten den Krieg erklärt hatten, bereit gewesen wären, dem Gesetze der Gesammtheit sich willig unterzuordnen. Ich meine, wir sollen für das Werk der Einigung Deutschlands alle Kräfte, nicht bloß die des raschen Fortschritts und der heftigen Bewegung, sondern auch die der Ordnung und des Friedens zu gewinnen streben. Bei den Konflikten zwischen Freiheit und Ordnung ist man freilich noch immer daran gewöhnt, die Ordnung als Sache der Regierungen, die Freiheit als die des Volkes aufzufassen. Ich glaube, diese Auffassung ist eben nichts als die Frucht der alten knechtischen Zustände, wo die

Ordnung eine uns von oben abgedrungene, nicht eine aus dem Volke selbst durch das Organ des freien Gesetzes entsprossene war. Diejenigen, welche jenen Standpunkt noch immer nicht aufgeben wollen, scheinen die neue Zeit nicht zu begreifen und in den alten Vorstellungen befangen zu sein."

„Ein andrer Grund des Zwiespaltes in diesem Hause liegt in der verschiednen Art, wie wir die im März dieses Jahres errungene Freiheit auffassen. Ich zähle mich zu denen, die in den Entwickelungen dieses Jahres die Erfüllung langjähriger, innig gehegter Hoffnungen des deutschen Volkes, die in ihnen den Preis der heißen Kämpfe eines Menschenalters erblicken, in denen die Besten und Edelsten unsers Volks uns vorangegangen sind, die aber nicht glauben, daß mit dem März dieses Jahres eine ganz neue Art von Freiheit, ganz neue Bedingungen der gesellschaftlichen Ordnung zur Welt gekommen sind." Er halte die dreißigjährigen Kämpfe nicht, wie im Nachbarlande gesagt worden, für eine dreißigjährige Komödie, und halte die Errungenschaften für das, was sie sein sollten: für Mittel und Gewähr, die Freiheit auf friedlichem und gesetzlichem Wege zu festigen. „Diejenigen aber", ruft er zürnend, „die eben im Augenblicke nach der Erringung dieser Freiheiten, anstatt sie zu benutzen, einen gewaltsamen Weg einschlugen, die haben die errungnen Freiheiten gefährdet und befleckt!"

„Eines freilich kann man uns mit Recht entgegenstellen, und das ist das Mißliche unsrer Lage. Die alte Ordnung ist

in vielen Dingen gebrochen, und wir wollen ſie nicht wieder herſtellen; die neue Ordnung, die aus dem Bewußtſein des Volkes geboren werden ſoll, iſt noch nicht in allen Theilen vorhanden. Darin liegt eine nicht zu verkennende Gefahr. Aber ſollen wir etwa in dieſem Uebergangszuſtande der Unordnung geopfert werden? Nein. — Ob die Fahne der rechtlichen, der geſetzlichen, der gemäßigten Freiheit, die wir erheben, in dieſem Augenblicke ſchon ſiegen wird, ob wir unter dieſer Fahne ſiegreich aus dem Kampfe hervorgehn werden, oder ob erſt nach langen, blutigen Kämpfen unſer Vaterland zu den Grundſätzen, die wir vertreten, zurückkehren wird, ich weiß es nicht, meine Herren; aber das weiß ich, daß, wenn wir auch unterliegen ſollten, unſre glücklicheren Nachfolger einſt daſſelbe Panier auf unſern Gräbern aufpflanzen und unter ihm ſiegen werden. Denn es giebt kein andres, unter dem das Wohl unſers Vaterlandes dauernd gedeihen kann." (Lebhafter Beifall auf der Rechten und im Centrum.)

Dieſe Rede trug weſentlich dazu bei, daß man es aufgab, nicht mehr auf die miniſterielle Frage in Preußen zurückzukommen. Es war ſo innig, es war ſo deutſch durch Rieſſer bevorwortet, daß auch jetzt noch gegen beide Seiten ein Wort geſagt ſein müſſe! Haym und Schwarz nahmen ein Amendement zurück, welches den erneuten Paſſus über das preußiſche Miniſterium geſtrichen hatte. Sie wollten in ſo wichtiger Sache das Reſultat nicht zweifelhaft machen. Und ſo wurde

denn der neue Ausschußantrag angenommen in folgender Fassung:

„Die Reichsversammlung in Verfolg ihrer Beschlüsse vom 14. l. M. und in Berücksichtigung der inzwischen eingetretnen Ereignisse fordert die Centralgewalt auf: durch die in Berlin anwesenden Reichskommissarien hinzuwirken auf Ernennung eines Ministeriums, welches das Vertrauen des Landes besitzt.

Sie erklärt den auf Suspension der Steuererhebung gerichteten, offenbar rechtswidrigen, die Staatsgesellschaft gefährdenden Beschluß der in Berlin zurückgebliebenen Versammlung ausdrücklich für null und nichtig.

Sie erklärt endlich, daß sie die dem preußischen Volke gewährten und verheißenen Rechte und Freiheiten gegen jeden Versuch einer Beeinträchtigung schützen werde.“ —

Der Satz in Betreff der Steuerverweigerung hatte nur die ganze Linke mit Einschluß einer Anzahl Stimmen aus dem Würtemberger Hofe — 150 Stimmen im Ganzen — gegen sich. Er wurde trotz allen Pfui's! auf der Linken mit 125 Stimmen Mehrheit angenommen.

In Preußen begegnete er einer ungeheuren Woge, die hoch aufgerichtet stand wie eine Mauer, und die jeden Augenblick auf den ganzen preußischen Staat zu stürzen drohte. Diese Mauerwoge stürzte nun nicht. Die Wasser zertheilten sich. Wie viel davon dem Beschlusse des Parlaments zuzuschreiben sei, mag unerörtert bleiben. Der Gerettete pflegt

gern ſeiner eignen Kraft die Rettung zuzuſchreiben. Von großem Einfluſſe auf die Rettung war dieſer Beſchluß ſicherlich, und von furchtbar zerſtörender Gewalt wäre es ohne allen Zweifel geweſen, wenn dieſes „null und nichtig" verworfen worden wäre vom deutſchen Parlamente.

Hiermit war zunächſt für die Reichsverſammlung die preußiſche Frage erledigt, die letzte große Hoffnung der Linken verneint und die tiefſte Feindſchaft gegen Centrum und Rechte erregt, von nun an eine unverſöhnliche Feindſchaft. Wie man denn immer dann unverſöhnlich haßt, wenn man gegen den Widerſacher keine genügende Waffe mehr in den Händen hat.

4.

Sowie die Nachricht von Blum's Erſchießung in das erſte Gewehrfeuer der preußiſchen Debatte fiel, ſo erſchien auch Fröbel, Blum's Gefährte in der Wiener Gefangenſchaft, plötzlich in der Reichsverſammlung, während dieſe eben nach Baſſermann's Rückkunft zum zweiten preußiſchen Treffen ſchritt. Man hatte den Kopf und die Hände voll, und ſollte auf einmal wieder die Gedanken nach Wien richten. Dennoch erhob ſich der größte Theil des Hauſes, als Gagern am 18. November fragte, ob dem geſtern Abend von Wien zurückgekehrten Herrn Fröbel das Wort gegeben ſein ſolle.

Er kam wie Roller in Schiller's Räubern „recta vom

Galgen". Der ſchwarzharige ſchöne Kopf ſah auch ganz ſo durchwühlt aus, wie man erwarten mußte. Noth und Tod war da angeſiedelt geweſen. Die Linke und das linke Centrum begrüßten den Erretteten mit lautem Beifall.

Fröbel hatte eine Ausnahmsſtellung im Parlamente. Obwohl er zur äußerſten Linken gehörte, trat ihm weder Centrum noch Rechte mit irgend welcher Ungunſt entgegen. Man hielt ihn für einen ehrlichen, vielfach begabten Schwärmer, für welchen man ſich intereſſirte, wenigſtens inſofern intereſſirte, als man neugierig war, den innern Zuſammenhang ſeiner Gedanken und Abſichten kennen zu lernen. Parteiſtreiche oder irgend eine Gewaltſamkeit für die Verwirklichung ſeiner Ideen glaubte man ganz fern von ihm, und gleichzeitig wußte man, daß er die neuſten ſocialen und republikaniſchen Ideale gewiſſenhaft in ſich gepflegt, talentvoll in Wort und Schrift vertreten hatte. Die Schrift betreffend, erinnerte man ſich namentlich ſeiner Schilderungen aus der Schweiz, welche die Kräfte und Ausſichten der Parteigruppen klar und unbefangen und mit nüchterner Schärfe bezeichnet hatten, und erinnerte ſich eines Schauſpiels, „die Republikaner", welches er hatte aufführen laſſen. Letzteres war nicht ohne ſchöne Gedanken, aber es war völlig leblos geweſen. Iſt es nicht ein Spiegel, fragte man ſich, all der Figuren, Scenen und Akte aus jener politiſchen Welt, welche in ſeinem Hirne arbeitet? Auch in ſeinem Herzen! ſetzte ein Vertheidiger hinzu. Man bezweifelte

das nicht, aber man bezweifelte, daß eine gesunde organische Verbindung statt finde zwischen seinem Hirne und seinem Herzen.

Nähere Bekannte von ihm läugneten denn auch nicht, daß dieser Zweifel berechtigt sei, und daß er sie manchmal anmuthe wie einer, dessen Seelenkräfte nur durch den dünnsten Faden zusammengehalten seien, ja, daß dieser Faden wohl einmal plötzlich reißen könne. Aller Zusammenhang in ihm, und zwischen ihm und der wirklichen Welt, und zwischen ihm und der Linken sei erschreckend abstrakt und apart. Anfänge und Velleitäten ohne Endfolgerungen. Andere machten diese Endfolgerungen für ihn, und sie würden sein Herz, seinen Geist, vielleicht auch seinen Körper tödten, wenn es jemals zur Verwirklichung seiner eigenen Schwärmereien käme. Er sei auch selbst überzeugt, daß er in dieser seiner jetzigen Partei ganz vereinsamt stehe und bei irgend einem Ausbruche von Niemand so gefährdet sei als von seiner Partei.

Er neben Blum im Stabsstockhause zu Wien! welch ein witziges Genrebild unsrer Geschichte. Der wesenlose Geist neben der klugen Materie. Und gegen alles Herkommen war der kluge Materialist zu Fall gekommen, der unkluge Spiritualist aber war entschlüpft, und erzählte uns da eben in schlichter, anspruchsloser, allgemein ansprechender Weise den Hergang.

Die Reise zur Revolutionsschlacht nach Wien war nicht Blum's Wahl gewesen. Solches Aeußerste war seinem Wesen nicht angemessen. Der heroische Entschluß also, in Wien

endlich entweder zu siegen oder unterzugehn, war weder bei der Abreise von Frankfurt, noch bei der Ankunft in Wien, Blum's Gedanke und Beweggrund gewesen. Eine fulminante Rede, auf der Hinreise in Breslau gehalten, hatte darnach gelautet und hatte die allgemeine Vorstellung in diesem Glauben befestigt. Dies war aber Phrase gewesen, tönende Schelle wie so Vieles. Der „deutsche Hof" hatte ihn, der „Donnersberg" hatte Fröbel gewählt, damit sie als Deputation der Frankfurter Linken eine Adresse nach Wien bringen und den dortigen Leitern die Sympathie ausdrücken möchten für die Wiener Revolution. Blum war schwerlich erbaut von dieser Aufgabe. Sie abzulehnen war kaum möglich. Wenigstens war die Gefahr einer Ablehnung so groß und fast noch sichrer als die Gefahr in Wien. Sie reis'ten, und reis'ten in der Absicht, nach Ueberreichung der Adresse zurückzukehren, nicht aber in der Absicht, sich thätig an der Revolution in Wien zu betheiligen. Darüber lassen Fröbels dürre Worte nicht den geringsten Zweifel übrig. Nachdem sie am 17. Oktober in Wien angekommen gewesen und ihre Adresse dem permanenten Ausschusse des Reichstags, dem Oberkommando, dem Gemeinderathe und dem Studentenausschusse mitgetheilt hatten, nachdem am selbigen Tage der Reichstag diese Adresse unter allgemeiner Akklamation entgegengenommen, „waren wir am 20sten", sagte Fröbel, „bereit, Wien wieder zu verlassen."

Blum hat sich zu diesem Zweck beim sächsischen Gesandten

einen Paß geben laſſen. Fröbel iſt ein ſolcher verweigert worden, weil er kein Sachſe ſei. Dadurch iſt die Abreiſe in Verzögerung gerathen. Mit jedem ſpäteren Tage iſt das glückliche Hindurchkommen durch die Cernirungstruppen ſchwieriger erſchienen. „Die Tage vom 20ſten bis zum 26ſten vergingen auf dieſe Weiſe in der Ungewißheit ob es möglich ſei abzureiſen."

Erſt nachdem ſie ſich von der Unmöglichkeit überzeugt, dann erſt haben ſie ſich entſchloſſen, am Kampfe Theil zu nehmen.

Dieſe offene Aeußerung Fröbels leitete ein und gab den Standpunkt für die Beurtheilung. Hiermit war der Heroismus abgelehnt.

Aus Wien ſelbſt wiſſen wir, daß Blum in öffentlichen Reden ſeine früheren Antoniusreden zum erſten Male aufgegeben und ganz und offen kriegeriſche Revolution gepredigt hat. Zum erſten und auch zum letzten Male. Die abgebrochene Rückzugsbrücke nöthigte ihn, aus ſeinem eigentlichen Weſen hinauszutreten. Damit verließ er ſeinen eignen Zauberkreis, und der Zauber verließ ihn — er ging verloren. Dies Schickſal iſt nicht ohne Aehnlichkeit mit dem Schickſale Lichnowsky's. Jeder gerieth unmittelbar an ſeine Todfeinde: Lichnowsky an die handelnde Demokratie, Blum an die handelnde, nicht mehr bloß nippende und verſuchende Revolution. Entſprechend iſt auch die Erfahrung, daß ſein großes Redetalent in Wien kein beſonderes Glück gemacht hat.

Er war eben in fremder Welt, und alle Stützen, welche vom Untergang retten können, verließen ihn. Sein norddeutscher Predigerton paßte weder zu den heißeren Menschen, deren Beredsamkeit rasch auflodert und um sich greift wie die Flamme, noch paßte er zu der Lage der Dinge. Mit dem Aufregen, mit dem „möchte" und „sollte," mit den Verschränkungen, auf welche seine Beredsamkeit eingerichtet war, mit alle dem war es vorbei. Er empfand das auch, und versuchte den Sprung, und nun ging der Sprung zu weit weil er ihm nicht natürlich war, und er sprach von „Latourisiren", was ihm so wenig wie den Wienern ächt und erwünscht sein konnte.

Fröbel erzählte weiter, in welcher Art sie am Kampfe betheiligt worden, und wie dieser Kampf durch Zweideutigkeit in der Leitung ihnen sogleich verleidet worden sei. Am 26. habe ihre Thätigkeit begonnen, am 28. schon seien sie zurückgetreten. Es sei eine Unwahrheit, daß Blum nach der Kapitulation noch Theil genommen. Ganz zurückgezogen hätten sie bis zum 4. November die Zeit in ihrem Gasthause verlebt. Während der Zeit war die Stadt genommen worden und sie hatten an die Militärbehörde geschrieben, daß sie durch die Ereignisse allein gegen ihre Absicht zurückgehalten worden seien und jetzt um einen Geleitschein bäten. Am vierten des Morgens sind sie verhaftet worden trotz eines mündlichen Protestes, der sich auf ihre Eigenschaft als Abgeordnete der deutschen Nationalversammlung berief. Am 8. haben sie diesen Protest schriftlich eingereicht. „Blum's Tod", sagte

Fröbel, „iſt die augenblickliche Antwort auf dieſen Proteſt. Der Proteſt wurde geſchrieben um 4 Uhr, um 6 Uhr wurde Blum zum Verhör gerufen, um 8 Uhr war das Verhör aus, am andern Morgen um 6 Uhr früh wurde ihm das Urtheil verkündigt, und er um 7 Uhr erſchoſſen.“

In Betreff des Proteſtes ſetzte Fröbel hinzu, daß er nicht für die energiſche Faſſung deſſelben geweſen, zu welcher Blum augenſcheinlich durch einen am 8. November erſt zu ihnen gebrachten zweideutigen Gefangenen verhetzt worden ſei. Er ſelbſt, Fröbel, habe bei der Abſchrift noch eine Drohung am Schluſſe dieſes Proteſtes weggelaſſen Blum ſelbſt habe er nach jener Abführung zum Verhöre nur eine halbe Minute wiedergeſehn. Sie ſeien getrennt worden, und auch er habe die Folgen des Proteſtes empfinden müſſen. Bis dahin ſei die Behandlung ganz mild geweſen, jetzt ſei ſie ſtreng geworden. „Sie werden in der Art, wie ich behandelt wurde“, ſagte Fröbel, „eine gewiſſe Raffinerie bemerken, die ich ſo auslege, daß man mit einem Opfer ſchon genug zu haben glaubte, daß man aber mich wenigſtens ſo empfindlich als möglich zu ſtrafen ſuchte. Ich ſehe ſonſt nicht ein, warum Robert Blum mild behandelt wurde bis zum letzten Augenblicke, während ich in die härteſte Gefangenſchaft kam, und vier Tage abſichtlich in der Meinung gelaſſen wurde, daß ich den Tod durch den Strick zu erwarten habe.“ (Bewegung.)

Fröbels Meinung nach war der Proteſt nach Hetzendorf hinaus zum Fürſten Windiſchgrätz geſchickt worden; die Zeit

von zwei Stunden — 4 bis 6 — sei ungefähr das was nothwendig, um den Protest hinaus und einen Befehl herein zu bringen.

Ueber das Ende selbst, welches Blum so jählings ereilte, hatte Fröbel nichts mitzutheilen. Was in öffentlichen Blättern darüber gesagt worden ist, das widerspricht sich vielfach. Schreiber dieses Buches hat sich bald nach der Katastrophe an einen über den Parteien stehenden Mann in Wien gewendet, mit der Bitte um genaue Nachforschung und um Auskunft. Dieser Mann war in der Lage, den Hergang wenigstens so genau erforschen zu können als dies einem unbefangenen, mit Hoch und Niedrig bekannten Privatmanne überhaupt möglich ist. Seine Mittheilung lautete folgendermaaßen:

„Man hört hier" (in Wien) „in den verschiedensten Schichten die mißliebigsten Aeußerungen über Deutschland, welches seine Deputirten als Prediger der Anarchie und der Bluther-schaft in Wien wirken ließ ohne ein Wort des Tadels officiell gegen sie auszusprechen, und jetzt als einen derselben das ganz verdiente Schicksal auf gesetzlichem Wege ereilt hat, maaßlos über Oesterreich schimpft und Todtenfeiern für denselben veranlaßt, wie deren weder Lichnowsky noch Auerswald zu Theil geworden. Daß diese Meinung hier nicht bloß einseitig jene der Schwarzgelben, sondern in allen Schichten verbreitet ist, dafür finden sie den Beweis in dem Nothrufe, welchen die Allgemeine Zeitung, ungeachtet ihrer hinlänglich deutschen Gesinnung, an Deutschland ergehen ließ, daß man

mit der Blumſchen „„Entrüſtung““ vis à vis von Oeſterreich einhalten möge. Ihre hieſigen Correſpondenten mögen ihr wohl geſchrieben haben, wie dies in Oeſterreich böſes Blut mache. — Die Nationalverſammlung in Frankfurt hat in Oeſterreich viele Sympathieen verloren als ſie die Blumſche Todtenfeier mit großer Mehrheit angenommen. Die beſchränkte politiſche Bildung, welche hier von einer Bekanntmachung der Reichsgeſetze nie etwas vernommen, wird durch dieſe Ovation auf die Ueberzeugung geführt, daß die Nationalverſammlung ſich dadurch mit dem Treiben des Deputirten identificiren wolle.“

„Die Fröbelſche Darſtellung hat nicht minder verletzt, und über ſeine zuverſichtliche Behauptung, daß man zu ihm und Blum einen Spion in's Gefängniß geſteckt, hat ſich das, Gott ſei Dank! in der Armee vorhandene ehrenhafte Gefühl revoltirt. Alles verlangte nach Unterſuchung, welche denn alsbald herausſtellte, daß der Mitgefangene ein bekannter und allen Anzeichen nach bezahlter italieniſcher Wühler Matteo Padovani war, welcher ſeither zu 12 Jahren Feſtung verurtheilt worden. Wie dieſer ſelbſt ſich bei Fröbel bedankt, mögen Sie aus der beiliegenden Wiener Zeitung erſehen. Es mag nicht ohne Abſicht geſchehen ſein, daß Fröbel in ſeinem Berichte nichts davon erwähnt, daß der Mitgefangene nur gebrochen deutſch geredet; natürlich! die Fabel von dem öſterreichiſchen Spion wäre dadurch unwahrſcheinlich geworden.“

„Da ich von Blum spreche habe ich Ihre Anfragen zu beantworten. Zunächst ob sich das „Latourisiren" bestätige. Wie die hiesigen Blätter während des Terrorismus über Blum's Rede sich ausgesprochen, wollen Sie aus der beiliegenden „Presse" entnehmen. Nach Einnahme der Stadt wurde das Wort Latourisiren alsbald zur Sprache gebracht, und daß es wirklich in der Aula von Blum gebraucht worden, dafür spricht außer den Wiener Blättern noch das sicherlich unverdächtige Zeugniß des Studenten Köcher aus Budweis in seinem bekannten Briefe, welcher zuerst in den hiesigen Blättern, dann auch in der Allgemeinen Zeitung, Hauptblatt vom 28. November No. 333. erschien."

„Was die Haltung Blums betrifft, so habe ich, da Sie Näheres zu erfahren gewünscht, an der besten Quelle Erkundigungen eingezogen. Als er aus dem Arresthause — dem sogenannten Stabsstockhause nächst dem Neuthore — in den viersitzigen Fiacre gebracht war, in welchem ein Officier und ein Unterofficier ihm gegenüber saßen, fragte er, ob die den Wagen umgebende Jäger-Truppe zur Begleitung bestimmt sei? Der Officier bejahte es. Der Wagen war nur wenige Schritte gefahren, als Blum die Frage stellte, ob dies denn wirklich der Weg in die Brigittenau sei? Diese Frage hat er während des nicht langen Weges noch zwei Mal wiederholt. Der Officier will aus der Frage wegen der Begleitung der Truppe entnehmen, daß Blum zuerst geglaubt, in einen andern Verwahrungsort oder an die Grenze gebracht zu werden,

und daß ihn die Infanterie-Truppe als Begleitung betroffen gemacht habe. Das dreimalige Fragen über die Richtung des Weges will der Officier als Fortsetzung jener Hoffnung gelten lassen, und bemerkt hierzu, daß die Haltung Blum's bei jeder erfolgten Bejahung merklich ungewisser geworden. Als der Wagen, am letzten Hause vorbei, nach kurzem Raume auf die Wiese ausbog, mochte die Hoffnung geschwunden sein, denn Blum fuhr mit der Hand über die Augen und murmelte halblaut von „Frau und Kindern." Daß er nach dem abermals verlesenen Urtheile zu reden verlangt, ist nicht wahr, hätte auch keinen Zweck gehabt, da nur einzelne Leute, und diese ganz entfernt zugegen waren. Der Officier sprach gegen mich subjektiv die Meinung aus, daß er Blum in jenem Augenblicke nicht hinlängliche Fassung zu einer Anrede zugetraut hätte. Mit einem Worte: Blum ist nicht feige, er ist aber auch nicht als Held gestorben; er hatte nicht geglaubt, daß der Urtheilsspruch vollzogen werde, hatte sich daher mit der Idee des Todes nicht vertraut gemacht und war auch nicht mehr an der Zeit sich zu fassen. — Sie haben in der Voraussetzung ganz Recht, daß Messenhauser durch die Art wie er gestorben auch bei dem Militär Mitgefühl gefunden habe; er allein und kein Anderer!" —

Dies der Bericht eines Oesterreichers, welcher allerdings nicht zur Linken gehörte, aber an der deutschen Frage ein lebhaftes Interesse nahm. Seine Aeußerungen am Eingange

des Briefes mögen deshalb auch als Zeugniß der damaligen Stimmung in den höheren Kreisen Wiens dienen.

Ein bekannt gewordener Abschiedsbrief Blum's an die Seinigen scheint der Angabe zu widersprechen, daß er die Vollziehung der Todesstrafe nicht erwartet habe. Er *scheint* es wohl nur. So weit war Blum doch gewohnt, auf Voraussetzungen und Möglichkeiten hin ein kurzes Schreiben aufzusetzen. Und es sind nur einige Zeilen, die er des Morgens nach sechs Uhr, also sogleich nach Anhörung des Urtheils geschrieben haben kann, erschüttert von dem Eindrucke der Verurtheilung. Bald darauf kann doch wieder die zuversichtliche Hoffnung, es werde das Urtheil nicht vollzogen werden, vorherrschend geworden sein. Seine ganze politische Laufbahn berechtigte ihn ja zu solcher schmeichlerischen Hoffnung: immer und überall hatte er am Staate gezerrt und gerüttelt, und niemals hatte ihm der Staat das Antlitz strenger Gesetze, unumstößlicher Formen entgegen gehalten. Nicht einmal ein zum Nachdenken zwingendes Gefängnißleben war ihm widerfahren. Und nun sollte ihm jetzt plötzlich, jetzt zur Zeit allgemein revolutionairen Schwunges und aus dem Staate, welcher offenbar am tiefsten erschüttert war, in welchem seit einem halben Jahre alles Abenteuerliche, ja Fabelhafte straflos aufgetreten war, aus dem übrigens so lebenslustigen, menschenfreundlichen Oesterreich sollte ihm das Aeußerste angethan werden? Eine Hinrichtung! Ihm, einem so namhaften Redner des deutschen Parlaments, welcher nach einem

Reichsgeſetze unverletzlich war bis das Parlament die Erlaubniß zum Verfahren gegen ihn gegeben! Eine Hinrichtung, welche Alles, Alles herausfordern würde?! Nein, nein, ganz gewiß nicht!

So mochte er wohl auch zwiſchen ſechs und ſieben Uhr noch, in ſeiner letzten Lebensſtunde, denken. Auf ſeine parlamentariſche Eigenſchaft hat er ſich erſichtlich ganz beſonders verlaſſen.

Ein Geiſtlicher aus Oeſterreich hat mir übrigens erzählt, daß der Prieſter von den „Schotten", welcher zu ihm in's Gefängniß geſchickt worden, ſich ſehr günſtig über Blum geäußert habe. Blum war Deutſchkatholik. Er war in Leipzig einer der dreiſteſten und wirkſamſten Stifter dieſer Dilettanten-Sekte geweſen, welche eingeſtandenermaaßen den Titel einer Religion nur als Titel einer politiſchen Wendung verwerthen gewollt. Wenigſtens hat einer ihrer Prieſter Namens Dowiat dies öffentlich ausgeſprochen mit einer erſchreckenden Gottverlaſſenheit. Gewiß hat er damit mehr ausgeſprochen, als die meiſten Mitglieder dieſer nüchternen Sekte ſich ſelbſt oder der Welt eingeſtehen möchten. Wie vorherrſchend auch das Nichtbedürfniß einer Gottesverehrung oder gar eines Gottesdienſtes unter ihnen geweſen ſein mag, ſo bewußt und abſichtlich wie Herr Dowiat waren ſicherlich nur Wenige unter ihnen. Blum ſelbſt eigentlich nicht, obwohl er mit einem luſtſpielartigen Leichtſinn an die Errichtung dieſer ſogenannten Kirche gegangen war. Ueber die erſte vorbereitende Ver-

ſammlung zum Beiſpiele, welche in der Buchhändlerbörſe zu Leipzig gleichſam als Vorſpiel einer modernſten Kirchenverſammlung ſtattfand, exiſtiren Data, welche einer Komödie entnommen ſein könnten. Von den ſtiftenden Veranlaſſern durften doch nur geborne Katholiken auftreten und unter dieſen war Blum der Hauptredner. Er war aber ohne irgendwelche kirchen- und dogmengeſchichtliche Kenntniß, und doch war vorauszuſehn, daß auf dieſem Felde eine Polemik ſich erheben werde. Wie war da zu helfen? Ein kleiner Profeſſor, der überall zur Hand iſt wo eine dauernde Unruhe in Gang zu bringen iſt, derſelbe, welcher im erſten Bande dieſes Buchs die Klubbs als den natürlichen und ausreichenden Organismus des Staates empfahl, hatte ſich über Nacht hingeſetzt und alle kanoniſchen Hauptpunkte aus einem Lehrbuche ausgezogen und auf numerirte Papierſtreifen geordnet. Dieſe Papierſtreifen wurden Blum eingehändigt, und der kleine Profeſſor wurde als unſichtbarer Souffleur beim Concilium angebracht. Sobald nun von den Gegnern ein wichtiger Punkt in Rede gebracht wurde ſoufflirte der Profeſſor die Nummer des Papierſtreifens, auf welchem darüber Auskunft zu finden. Blum ſuchte, fand, las, ſtudirte, während ein Phraſeur das „allgemeine Wort“ ergriff und eine Zeitlang redensartlich führte gegen den Angreifer. Unterdeß hatte ſich Blum, der eine ſehr tüchtige Auffaſſungsgabe beſaß, aus dem Papierſtreifen unterrichtet, und bat um's Wort, und erhob ſich und leitete ein über den mißverſtandenen, dem

Volke fremd gebliebenen gelehrten Kram der Pfaffen, der so und so und so und so gewesen sei, und zerschmetterte die Gegner, erhob die Anhänger zu bewunderungsvollem Beifall.

Trotz alle dem war Blum nicht herzlos, also auch nicht ohne Empfänglichkeit für Gott und göttliche Dinge, und ich möchte es an sich nicht bezweifeln, daß jener Schotten-Geistliche Zugang zu seinem Inneren gefunden. Es möge dahin gestellt bleiben, ob Blum sich wirklich und förmlich — wie der österreichische Geistliche mir versicherte — zur katholischen Kirche wieder bekannt und die entsprechenden Tröstungen und Befreiungen hingenommen habe. In diesem förmlichen Punkte ergänzt die priesterliche Erzählung gar leicht. Aber ich bezweifle gar nicht, daß Blum sich weich und hingebend erwiesen. Auch dann, wenn er die Vollstreckung des Todesurtheils nicht erwartet hat. Die ganze Lage brachte denn doch eine sehr bewegte Stimmung mit sich; hartnäckig, oder gar dogmeneigensinnig war Blum in diesem Punkte gewiß nicht, ja es konnte sich seinem spähenden Verstande in solcher Situation gar wohl der Gedanke aufdringen: „ist nicht vielleicht dieser Geistliche entscheidend über Leben und Tod für Dich? Denn der Deutsch-Katholizismus gilt ja eigentlich in Oesterreich für gefährlicher als irgend eine politische Ketzerei —!“

Ueber Alles das sind die Vermuthungen, welche eine Stunde, die letzte Lebensstunde eines begabten und wichtig gewordenen Menschen ausfüllen, so frei gegeben wie unsicher. Es ist die Katastrophe fast unter unsern Augen erfolgt, und

doch kann sie schon von uns nicht mit zuverlässiger Genauigkeit der Geschichte überliefert werden. Die verschiedenartigsten Darstellungen drangen sogleich von allen Seiten herbei, der Parteidrang schmückte aus, die Mythe bildete sich vor uns, unbekümmert um die thatbeständliche Einsprache, und die Bilderläden steigerten die romanhafte Versinnlichung. Deshalb scheint der obige, von Augenzeugen ausgehende Bericht von doppeltem Werthe.

Fröbel selbst konnte darüber nichts beibringen. Er war noch in der Nacht, welche auf Blums Verhör folgte, aus dem Stabsstockhause abgeführt und in ein anderes, strengeres Gefängniß gebracht worden. Dort war er also abgesperrt, während Blums letzte Stunden verrannen. Am 10. erst des Abends kam er in's Verhör. Der Hauptgesichtspunkt ist gewesen: ob er nach dem 23. Oktober, das heißt nachdem Fürst Windischgrätz Wien in Belagerungsstand erklärt, die Waffen noch geführt. Das hatte er. Er hatte sich nur darauf berufen können, daß der Reichstag die Erklärung des Belagerungszustandes für ungesetzlich erklärt habe. Hierauf war ihm geantwortet worden, mit Erklärung des Belagerungszustandes hörten alle Civilautoritäten, auch die des Reichstages auf. Unter solcher Erwiderung habe er auf weitere Vertheidigung verzichten wollen, sei aber human aufgefordert worden, Alles beizubringen, was zu seinen Gunsten sprechen könne. Das hatte er, wie es scheint, auf eine geschickte und milde Weise gethan, während Blum, anderen Berichten nach, entsprechend

seinem Auftreten im Proteste, herausfordernd sich geäußert zu haben scheint im Verhöre. Fröbel war in seiner Vertheidigung auch an eine Broschüre gekommen, „Wien, Deutschland und Europa", welche er herausgegeben und welche den Gedanken durchgeführt, daß die österreichisch-deutsche Frage nicht durch eine Theilung Oesterreichs, sondern durch eine Verbindung des ganzen österreichischen Länderkomplexes gelöst werden müsse. Der Oberstlieutenant hatte dies sehr wichtig befunden, und den ganzen Ideengang der Broschüre zu Protokoll geben lassen. Glücklicherweise war die Broschüre auch unter den Papieren, und Fröbel setzte hinzu, daß Fürst Windischgrätz mit mehreren Generälen sie aufmerksam gelesen, und hierauf die Begnadigung unterschrieben habe.

Fröbel hatte seine ganze Darstellung rasch, natürlich und mit sorgfältiger Vermeidung jeder Parteimeinung gesprochen. Lautlos und mit vollem Interesse hörte die Versammlung zu, und Jedermann, auch die Rechte, applaudirte, als er abtrat. Die Angelegenheit war in dieser Form eine rein menschliche, und obwohl die Versammlung in ihrer großen Mehrheit solche Betheiligung an der Wiener Revolution gemißbilligt hätte, wenn sie aufgefordert worden wäre, sich über die Rechtsfrage zu äußern, so unterschied sie doch fein und streng zwischen Person und Sache. Ein anderes Mitglied der Linken wäre nicht im Stande gewesen, den Thatbestand so objektiv darzustellen, und hätte also auch mit diesem Berichte nicht solche Aufnahme gefunden.

Dies zur Erklärung über die obige Aeußerung des österreichischen Berichterstatters. Die Frage um Blum lag für die Reichsversammlung ganz anders als für den österreichischen Zuschauer, der mit Fug und Recht darüber empört sein mochte, daß Parlamentsmitglieder die für das Parlament legitim bestehende österreichische Regierung mit den Waffen in der Hand bekämpften. Ein Reichsgesetz vom 29. September lag vor, des Inhalts, „daß ein Abgeordneter der Reichsversammlung während der Dauer der Sitzungen weder verhaftet noch in strafrechtliche Untersuchung gezogen werden dürfe, mit Ausnahme der Ergreifung auf frischer That. In diesem letzteren Falle ist der Reichsversammlung von der getroffenen Maaßregel sogleich Kenntniß zu geben, und es steht ihr zu, die Aufhebung der Haft oder Untersuchung bis zum Schlusse der Sitzungen zu verlangen."

Alles Uebrige, Lob oder Tadel, Sympathie oder Antipathie für Blum oder die österreichische Behörde mußte zunächst vor diesem formellen Gesetze zurücktreten, als Ludwig Simon am 14. November in Folge der Todesnachricht einen dringlichen Antrag einbrachte. Die ganze Versammlung mußte dafür aufstehn, denn es galt ihr eignes Gesetz. Zwei Tage darauf kam der Antrag zur Verhandlung. Der aufregende Eindruck jener Erschießung war in Deutschland außerordentlich, der Sinn, welcher darunter lag, abgesehen von jeglicher Formfrage, wurde von Freund und Feind empfunden, und die Reichsversammlung ging in gutem Takte ohne Diskussion

zur Abſtimmung über. Faſt einſtimmig wurde Folgendes angenommen: daß die Nationalverſammlung gegen die mit Außerachtlaſſung des Reichsgeſetzes vollzogene Verhaftung und Tödtung Blums feierlich Verwahrung einlege und das Reichsminiſterium zu Maaßregeln auffordere, die Schuldtragenden zur Verantwortung und Strafe zu ziehn.

Soweit zeichneten die beſtehenden Rechtsformen Alles vor. Wenn die öſterreichiſchen Behörden ein Reichsgeſetz ignoriren zu dürfen glaubten in einer ſolchen Frage um Leben und Tod, ſo war es doch wenigſtens nicht Sache der Reichsverſammlung, dies in der Ordnung zu finden. So wie dieſe Reichsverſammlung beſchaffen war und ſich zu Blum und deſſen Handlungsweiſe einerſeits, und zu den Rechtsanſprüchen eines legitim beſtehenden Staates andererſeits verhielt, ſo war es keinem Zweifel unterworfen, daß die Unterſuchung gegen den nach Frankfurt gehörigen und in Wien aufſtändiſch auf friſcher That ergriffenen Abgeordneten von der Reichsverſammlung bewilligt worden wäre. Es war aber nicht Sache des Parlaments, in erſter Linie zu erwägen und zu entſchuldigen, warum das Geſetz unbeachtet gelaſſen ſei.

Acht Tage ſpäter trugen Raveaux und Venedey, Blums kölniſche Landsleute, auf eine Todtenfeier an für Robert Blum. Daß dies auch mit großer Mehrheit an eine Commiſſion gewieſen wurde giebt dem legalen Oeſterreicher eine ſcheinbar größere Berechtigung des Vorwurfs. Das Parlament reklamirt alſo nicht nur für den Inſurgenten gegen uns,

konnte er rufen, es feiert ihn auch! Die Berechtigung ist aber auch nur scheinbar größer. Es sei nicht von der Stimmung geredet, welche damals Alle, auch die Gegner Blums trieb; es sei nicht auf den Drang und Zwang hingewiesen, welchem sich in den ersten Tagen kaum Jemand entziehen konnte. Die deutsche Nationalversammlung war dem Terrorismus gegenüber nicht schwach; sie würde den bloß demokratisch-revolutionairen Preis Robert Blums trotz allen Lärmens verneint haben, wenn bloß dieser in Rede gewesen wäre. Das war aber nicht der Fall. Es war bei dieser jähen Wendung Alles in Rede, was einem deutschen Parlamente Lebensbedingung war. Glaubt man denn es sei verborgen geblieben, was dies kurz angebundene „Feuer" des österreichischen Feldherrn zu bedeuten hatte? Glaubt man denn es sei nicht bemerkt worden, daß diese Schüsse unmittelbar in die Paulskirche gefeuert wurden gegen den revolutionairen Unfug einer deutschen Einheit, und daß der im Wege stehende Blum, ein notorischer Aufwiegler und Demagog, nur beiläufig und als gelegentliche Warnung von jenen Schüssen mitbeseitigt wurde? Man kann sich versichert halten: Fürst Windischgrätz und seine Umgebung hat nicht so viel Motive gehabt als man ihm unterlegte; seine feinsten wie seine gröbsten sind gewürdigt worden. Und deswegen hatten auch Viele von denen nichts einzuwenden gegen die Ankündigung einer Todtenfeier, auch Viele von denen nicht, welchen die Eroberung Wiens willkommen war, welche Oesterreichs starkes Bestehen, welche

keine nivellirte deutſche Einheit wollten. Auch ſie erklärten, daß ſeine und edle Beziehungen verletzt ſeien, und daß einer Demonſtration des Soldatenthums die Demonſtration eines Parlamentes immerhin entgegengeſtellt werden möge unbekümmert um den Namen des Opfers. Das wußte man ja, daß alles Weitere keine Folge haben werde! Man wußte, daß der Feldherr ſagen werde: was weiß ich von Euren Geſetzen! Mich kümmern in ſolchen Ausnahms-Zeitläufen höchſtens die von meiner Regierung erlaſſenen Geſetze. Was Ihr da von einem Reichsgeſetze ſprecht, das hat nicht in der Wiener Zeitung geſtanden, ich kenn' es nicht!

Man wußte, daß der öſterreichiſche Miniſter die Achſeln zucken und ſagen würde: Ja, am 29. September haben Sie ſolch ein Geſetz beſchloſſen in Frankfurt; das iſt im Laufe des Oktobers erſt nach Wien gekommen; erinnern Sie ſich, wie es im Laufe des Oktobers in Wien ausgeſehn, und ob die Regierung in der Lage geweſen iſt, Parlamentsgeſetze zu publiciren, während die tief ſchwierige Kompetenzfrage in dieſem Betreff noch unentſchieden und durch den permanenten Aufſtand im Lande niedergehalten war.

Kurz, man wußte, daß die Abſendung der Herren Paur und Pötzl ein formeller, reſultatloſer Schritt ſein und bleiben werde. Man wußte aber eben ſo gut, daß den gebietenden Kriegsleuten ſolche formelle Ausnahmsſtellung eines Parlamentsabgeordneten auch ohne Zeitung und Geſetzblatt bekannt geweſen, und daß es von ihnen abſichtlich und mit

gutem Bedacht ignorirt worden sei. Wohlan denn, sagte man, Schein gegen Schein, Mangel an Kenntniß gegen Mangel an Kenntniß, Form gegen Form. Oesterreich hat uns nicht angezeigt, was unser Abgeordneter verbrochen haben soll, wir wissen officiell nichts davon, es ist also kein officieller Grund vorhanden der uns abhalten könnte, das Andenken eines plötzlich getödteten, wichtigen Parlamentsmitgliedes zu feiern.

So weit, aber nicht weiter wollte man gehn. Es sei gern zugegeben, daß ein Anschmiegen an das schreiende Verlangen für Manchen politisch richtig erschien, daß gemüthliche, sentimentale Auffassung bei Manchem vorherrschend war. Das Alles fand bald seine Grenze. Die Linke versäumte es, die Ausführung rasch zu betreiben; sie vergaß, daß die Zeit im Galopp einher ging, nicht bloß mit ihr, nein, auch gegen sie. Fünf Tage ließ sie verstreichen ehe der Bericht der Kommission über die Art der Feier zur Sprache kam, und als dies nun geschah, war die Mehrheit des Hauses bereits gefaßt und wußte genau, was sie nicht wollte. Sie erklärte zunächst, daß die Kommission nur Vorschläge zu machen, nicht aber die Feier ohne neues Votum der Reichsversammlung anzuordnen habe. Ja, von der Rechten wurde nun auf Uebergang zur Tagesordnung über solche Todtenfeier angetragen. Dies wurde zwar noch verworfen, aber das Verlangen der linken Mitglieder in der Kommission: in feierlichem Zuge als Nationalversammlung und unter Zuziehung der städtischen Behörden und

Corporationen nach der Katharinenkirche zu gehn — dies wurde ebenfalls rundweg abgelehnt.

Die linken Mitglieder waren hierüber ergrimmt und ließen sich zum Trotze dahin verleiten: ihren Austritt aus der Kommission anzukündigen. Man nahm den Austritt ruhig an, und — ließ die ganze Angelegenheit versinken.

So kam es, daß überall Todtenfeierlichkeiten für Blum statt fanden, daß aber in der Parlamentsstadt keine erfolgte.

Zweierlei ergab sich aus alle dem. Zunächst veränderte es die Stellung sehr vieler Leute zu Oesterreich. Gemüthliche und kurzsichtige Politiker glaubten sich nun aufgeklärt darüber, daß Oesterreich nicht so deutsch gesinnt sei wie irgend ein anderer Staat.

Zweitens erhöhte diese Blumsche Angelegenheit die gereizte Stimmung gegen die Mehrheit des Parlamentes. Nicht bloß weil sie mit den unpopulären Entscheidungen in der preußischen Frage zusammenfiel, an und für sich erbitterte sie bis zu tödtlichem Grimme gegen solch ein Parlament, welches nicht einmal den gewaltsamen Tod eines populären Mitgliedes feiern ließ. Blum war so recht der pathetische Vertreter des Kleinbürgers, welcher in diesem politischen Kanzelredner seine politische Religion vertreten sah. Die spekulativen Revolutionsmänner legten schon lange keinen Werth mehr auf ihn, auf diesen Halben, Vorsichtigen, Gedankenarmen, wie sie ihn nannten; aber sie fanden es natürlich sehr gelegen, die Veranlassung auszubeuten, welche er jetzt darbot als

todter, auch vom Parlament gemißhandelter Mann, die Veranlassung zu Haß und Rache. Es wurde verhetzt Tag und Nacht. Das Ende des Jahres 48, der Anfang des Jahres 49 sind der Höhepunkt persönlichen Grolls, durstiger, ingrimmiger Feindschaft in Frankfurt von Seiten der Demokratie gegen das Parlament. Bald hier, bald dort erhoben sich verdächtige Anzeichen, daß Ueberfälle, daß einzelne Attentate beabsichtigt würden, kurz daß der gemeine Mord plötzlich irgendwo hervorbrechen könne. Man trug „Wipper-Stöcke", sogenannte Lebensretter, um eine unscheinbare Waffe bei sich zu führen gegen einen brutalen Anfall, und die sorglichsten Freunde zwangen zu wiederholten Malen den immerdar unbesorgten Gagern, nicht hinauszugehn in seine Vorstadt-Wohnung. Unzweideutige Erscheinungen berechtigten und zwangen zu solcher Vorsicht, auf welche freilich Gagern in seiner muthigen Zuversicht immer nicht hören wollte, einmal aber doch hören mußte, als man nächtlings einen bewaffneten Trupp in der Nähe seiner Wohnung überrascht hatte. Gegen seinen Willen wurde er in die Stadt hineinquartirt.

Der blinde Parteigrimm braucht auch ein feindliches Haupt, auf welches er zielen könne. Und Gagern wurde immer wieder dazu auserwählt; auch wenn er zur Zeit nicht ungewöhnlich hervortrat. Ging doch die rohe Presse so weit, ihm gerade die Rächer Blum's auf den Hals zu hetzen.

Man ist immer schlimm daran, wenn man bloß auf Rache angewiesen ist! sagt der Praktiker, und es ist nicht

wahr, ſetzte er damals hinzu, daß der todte Blum ſeiner Partei nützlicher werde als der lebende, es iſt nicht wahr! wie vielfach und lebhaft man es jetzt auch behauptet und wie ſehr auch die Aufregung, ja die Wuth geſtiegen iſt in den unteren Klaſſen durch die Erſchießung Blum's. Das wird verpuffen, und der Todte wird todt ſein, wenn geſchickte Führung der demokratiſchen Geſchäfte am Nöthigſten ſein wird. Nicht zum Märtyrertode war Blum geeignet; dafür war er nicht gläubig, nicht ganz genug. Die Geſchichtſchreiber werden den Charakter herabziehn, und werden nachweiſen daß es kein Opfertod geweſen ſei, ſondern ein verunglückter Streich. Umſonſt wird man ihn darſtellen, wie er in vollſtändiger Proletariertracht gegen die Kroaten kommandirt. Die Gegner werden nachweiſen, daß dies ja doch nur in Ermangelung eines unzweifelhaft gültigen Paſſirſcheins geſchehen ſei. Das Reſultat iſt und bleibt: die demokratiſche Partei hat einen populären, begabten und äußerſt gewandten Führer weniger, und zwar gerade den weniger, welcher praktiſch war, welcher den Kleinbürger wirklich feſſelte, welcher mit ungeheuerlichen ſocialiſtiſchen Plänen nichts zu ſchaffen hatte und deshalb auf den beſſeren Theil der unteren Klaſſen einen dauernden Einfluß behielt.

So ſagten damals ſchon in der Stille die nüchternen Radikalen. Und ſie hatten nicht Unrecht. „Wenn man todt iſt, ſo iſt's für lange Zeit!“ heißt es bei den Franzoſen. Blum ſelbſt verſchwand ja ſchon im widerlichen Streite um

seine Todtenfeier. Sie galt ja schon nicht ihm, sondern dem Parteiausdrucke. Er selbst war nicht dazu gelangt worauf er seine diplomatische Richtung eines Volksmannes angelegt hatte; von seinem Thun blieb also nichts übrig, und er ging unter im Getümmel herzudrängender größerer Verhältnisse. Später sind nun obenein nach dem Badischen Aufstande neue Erschießungen der seinigen zahlreich nachgefolgt; er hat auch die Einsamkeit seines blutigen Platzes verloren.

Wer sein Leben verliert für eine allgemeine Sache, der gewinnt nur dann einen unbestrittenen Nachruhm, wenn er ohne persönlichen Zweck dieser Sache gedient und ohne Rückhalt sein Leben eingesetzt hat für dieselbe. Der Nachruhm läßt nicht mit sich feilschen.

Solch ein Nachruhm ist Blum nur gesichert beim sächsischen Handwerker, welcher das feinere Geflecht der Charakterfrage übersieht und welcher in Blum den Apostel der „kleinen Leute" verehrte. Es war mitten unter dem Geschrei der Parteiwuth, welche in Leipzig ausbrach bei der Nachricht seines Todes, welche in der Nacht die Kirchthüren sprengte und an priesterlicher Stelle Rache predigte für dieses vergossene Blut, es war mitten darunter mancher brave Handwerker, welcher in Blum seinen Schutzpatron verloren zu haben meinte. In der Werkstatt dieses Handwerkers wird sein Bild hängen bleiben, wenn die Geschichte auch beweisen mag, daß sein Verdienst um Freiheit und Einheit des Vaterlandes ein sehr zweifelhaftes gewesen.

5.

Die Zeit kam nun übrigens gegen Ende des Jahres herbei, daß Gagern das Heft in die Hand nehmen mußte, wenn das Werk der Reichsverſammlung That werden ſollte.

Wie ſehr man ſich geſcheut hatte vor ſeinem entſchloſſenen Gedankengange in Betreff Oeſterreichs, von Woche zu Woche überzeugte man ſich deutlicher, daß eine andere Entwickelung nicht möglich ſei, falls man nicht die erſehnte Form eines Bundesſtaates mit Volks- und Staatenhaus und mit einheitlicher deutſcher Politik nach außen aufgeben wolle. Das Programm von Kremſier erſchien endlich, und überzeugte auch die Schwankenden, daß die öſterreichiſche Regierung eine Centraliſirung der öſterreichiſchen Länder vorhabe, eine Centraliſirung, welche die Einordnung Deutſchöſterreichs in einen deutſchen Bundesſtaat unmöglich machte. Der Reichstag ſelbſt zu Kremſier ging auf dieſe Bildung eines eng geſchloſſenen Oeſterreich ein, und Volksvertretung alſo wie Regierung des Kaiſerſtaates entfernten ſich gleichmäßig von dem beabſichtigten deutſchen Bundesreiche. Fürſt Schwarzenberg und Graf Stadion, die neuen Leiter des Kaiſerſtaates, entwickelten einen Organiſationsplan für das wieder erſtehende Oeſterreich wie er allerdings gebilligt werden konnte von denjenigen, welche ein ſtarkes Oeſterreich hervorgehn ſehen wollten aus der unklaren Kriſis, wie er aber unvereinbar war mit den

Formen eines deutschen Bundesstaates. Im Reichstage wie in der Presse Oesterreichs war gleichzeitig von irgend einer Rücksichtnahme auf die entstehende Konstitution Deutschlands nicht die Rede.

Kummervoll sahen diejenigen drein im deutschen Parlamente, welchen die gleiche Betheiligung Oesterreichs am deutschen Staate unerläßlich schien. Kummervoll, aber ohne irgend einen vorbauenden schöpferischen Gedanken. Abschnitt auf Abschnitt der deutschen Verfassung wurde in den Monaten Oktober, November und December debattirt und votirt; auf „Reich und Reichsgewalt" folgte das „Reichsgericht", folgte der „Reichstag", folgte die angekündigte zweite Lesung der Grundrechte und die bedrohliche sofortige Einführung derselben durch ein Einführungsgesetz. Man rückte mit dem letzten Monate des Jahres unmittelbar vor zum entscheidenden Abschnitte, zum Abschnitte über das „Reichsoberhaupt." Hier wollte man sich zwar aus allen Kräften dem heran nahenden monarchischen Oberhaupte, dem drohenden Kaiserthume widersetzen, welches unter den vorliegenden Umständen an die preußischen Hohenzollern fallen und voraussichtlich Oesterreich dauernd aus dem engeren Staatskreise Deutschlands ausschließen werde. Aber man hatte nichts vorbereitet als den Widerspruch. Ein wirklicher Ersatz hätte auf die ganze Verfassung zurückgehen, hätte die ganze Verfassung ändern müssen. Nur ein ganz andrer Verfassungsplan konnte organisch

den Abſchnitt vom Reichsoberhaupte anders und erſetzend geſtalten.

Davon verlautete nichts. Abſchnitt auf Abſchnitt wurde ohne weſentliche Aenderung votirt.

Eine unſcheinbare Gelegenheit zu tief greifender Aenderung des ganzen Plans oder wenigſtens der Grundlage deſſelben bot ſich bei den erſten Paragraphen des Abſchnittes vom „Reichstage." Hier drängte ſich die Mediatiſirungsfrage auf, und es iſt der Verſammlung von vielen Seiten der gewichtige Vorwurf gemacht worden, in dieſe Frage nicht energiſch eingetreten zu ſein. Der Vorwurf wäre ſehr berechtigt, wenn man gleichzeitig die Verfaſſung und etwas ganz Anderes hätte wollen können. Eins hob das Andere auf. Gelang die Verfaſſung, ſo bedurfte es nicht einer weiteren Mediatiſirung als bereits in der Militairordnung vorgeſchrieben war. Darnach wurden die Gebiete bis zur Einwohnerzahl von einer halben Million zuſammengelegt, und man konnte verſichert ſein, daß ſie von ſelbſt zuſammenwachſen und die lebensunfähigen Beſonderheiten abſtoßen würden. Unorganiſch, bloß dekretirend konnte man ohnedies nicht verfahren, ohne den Grundſatz der annoch zu Recht beſtehenden Einzelnſtaaten, der kleinen wie der großen, umzuſtoßen, einen Grundſatz, den man überall anerkannt hatte und nur verleugnen konnte indem man der Linken ein ſchrankenloſes Recht der Revolution einräumte. Wollte man dies plötzlich mitten in der Verfaſſung einräumen, ſo gab man all ſeinen

Boden auf, und gewann in dieſem Zuſammenhange ſicherlich auch nicht die geringſte Frucht für die Einheit. In ſolchem Sinne ging am 5. December nur ein Antrag des Augsburger Hofes durch, welcher dahin lautete:

„Es iſt die Centralgewalt aufzufordern, daß ſie die Vereinigung kleinerer Staaten unter ſich oder mit größeren Staaten, da wo die Wünſche der Bevölkerung ſich deutlich dafür ausſprechen, auf dem Wege der Uebereinkunft zwiſchen den betreffenden Regierungen und Volksvertretungen vermittle."

Die ſtrengen Anhänger des Bundesſtaates hatten, da man einmal bis auf dieſen Punkt der Konſtituirung gelangt war, keine Befugniß und keinen Grund, die Mediatiſirung energiſcher zu betreiben. Die kleinen Staaten zeigten ſich nirgends hinderlich für das Zuſtandekommen der Einheit, wohl aber die größeren und die großen. Die Widerſacher alſo des Bundesſtaates wie er nahe am Abſchluſſe war, diejenigen alſo, welche eine gründliche Aenderung des ganzen Planes wünſchten, ſie hätten ſich auf dieſen Punkt ſtürzen können. Sie thaten es nicht. Sie tappten durchaus im Dämmer; ſie wußten nicht wohinaus. Später, viel ſpäter als die Verfaſſung längſt in zweiter Leſung beendigt war, da iſt aus Oeſterreich der ganz richtige ſpekulative Wink gekommen, die deutſchen Staaten auf fünf bis ſieben Staaten zuſammenzuziehn. Wäre das vollbracht, ſo wäre man vom Bundesſtaate mit einem Volkshauſe auf immer entfernt, und

die ſtete Dauer des bloßen Staatenbundes wäre unvermeidlich.

Es wäre alſo eine ganz falſche Politik der Bundesſtaatsmänner geweſen, die Mediatiſirungsfrage ſolchergeſtalt zu betonen. Die Gegner einer ſtaatlichen Einheit Deutſchlands werden nicht ermangeln, auf ſolche Siebenherrſchaft in Deutſchland zurückzukommen, und das Ausland wird ſie darin unterſtützen, denn das Intereſſe des Auslandes geht hierin Hand in Hand mit den dynaſtiſchen Intereſſen der deutſchen Mittelſtaaten. Verſtärken ſich dieſe letzteren, dann iſt dem Auslande ja der ſpaltende Einfluß auf Deutſchland wieder geſichert.

Die Bundesſtaatsmänner dagegen drangen darauf: jetzt nach dem Programme von Kremſier, jetzt beim Eintritte in die Oberhauptsfrage, dem letzten Hauptabſchnitte der Verfaſſung, jetzt beim Abſchluſſe der Verfaſſung müſſe entſcheidend gehandelt, Gagern an die Spitze des Reichsminiſteriums gehoben werden.

Gagern ſtellte ſich und ſeine Kraft zur Verfügung Ihn gelüſtete es nicht nach einer ſo ſchwierigen Gewalt, aber er war bereit ſich der ſchwierigen Aufgabe zu unterziehn. „Ueberlegt es reiflich, ob es an der Zeit iſt, ob ich der richtige Mann bin!“ ſagte er. „An der Zeit iſt es nach meiner Meinung durchgreifend aufzutreten, entſcheidet Ihr, ob es durch mich geſchehen ſoll, oder durch einen Andern; ich werde mich Eurer Willensmeinung fügen.“

Man war außer Zweifel, daß es Gagern ſein müſſe.

Dazu war er aufgespart worden. Seine edle Ehrlichkeit, seine grunddeutsche liebevolle Tüchtigkeit, sein erhebender, lebensmuthiger, heitrer Ernst, seine religiöse Hingebung an die Schaffung eines nationalen deutschen Staates hatte ihm das Vertrauen aller deutschen Patrioten unerschüttert erhalten, wie sehr auch Parteitrieb und Verleumdung daran gerüttelt und genagt hatte.

Zu dem Ende mußte Raum gemacht werden in dem bisherigen Ministerium. Natürlich fiel der Blick auf Schmerling als den Oesterreicher. Wenn Oesterreich nicht in den Bundesstaat eintreten kann, sagte man, so ist es ja doch verkehrt, österreichische Staatsmänner in einem Ministerium zu behalten, welches diese Auseinandersetzung zu Wege bringen soll. Das hieße ja, fügte man hinzu, den Bock zum Gärtner setzen.

Diesen Angriff gegen Schmerling führten namentlich die beiden Beseler. Der jüngere im Casino, der ältere im Augsburger Hofe. Sie fanden gegen Erwartung zähen Widerstand, und zwar nicht blos von österreichisch Gesinnten. Der ganze Kern konservativer Gesinnung im Centrum erklärte sich bei Beginn dieses Angriffes für Schmerling. Es mischten sich natürlich Freiheitsmotive in den Angriff und man sprach von der Unpopularität Schmerlings. Dies war aber nicht der Boden, auf welchem er verurtheilt werden konnte vor dem Casino und dem Augsburger Hofe. Die Mehrzahl nannte dies Undankbarkeit, und eine Gesandtschaft des Augsburger

Hofes erklärte eines Abends im Caſinoſaale: Dieſe Unpopularität Herrn von Schmerlings iſt unſre eigene! — Schmerling war ſelbſt zugegen und hörte, nachläſſig an die Wand gelehnt, dieſen Parteiverhandlungen über ſeine Abſetzung zu.

Dieſer erſte Angriff führte zu keinem Reſultate. Gegen den Sinn der Leiter war er auf das Feld der Freiheitsgedanken getrieben worden durch einige Mitglieder des Landsberges. Man ließ die Sache fallen, um ſie eine Woche ſpäter mit erhöhter Kraft wieder aufzunehmen. Das Bedürfniß nach energiſchem Verfahren wuchs von Tage zu Tage, und an Anzeichen fehlte es allerdings nicht, daß Schmerling jenes öſterreichiſche Syſtem in der deutſchen Verfaſſungsfrage, das Syſtem des Hinhaltens, unterſtütze, den Schritt und Gang des Reichsminiſteriums alſo innerlichſt aufhalte.

Das iſt nicht der Fall! entgegneten nun ſelbſt Mitglieder des Reichsminiſteriums, deren völlige Hingebung an das Intereſſe des Bundesſtaates gar nicht in Zweifel zu ziehen war. Baſſermann ſchüttelte ſinnend den Kopf zu dieſer Austreibung Schmerlings und war zweifelhaft, ob der Zeitpunkt dafür ſchon gekommen ſei. Mathy war ganz und gar dagegen. Als weit ſehender Politiker ging er überhaupt ſehr ſchwer und ſehr vorſichtig an die ſcharfe Abſonderung Oeſterreichs. In Süddeutſchland zu Hauſe wußte er nur zu gut, wie viel das zu bedeuten habe, welche endloſen Schwierigkeiten das bereiten werde. Seinen Fähigkeiten gemäß hätte er dies lieber fein und unſcheinbar in's Werk ſetzen mögen, und im vor-

liegenden Falle nannte er es absolut unpolitisch: offenen Krieg zu beginnen und den Gegnern einen gewiegten Anführer gefliſſentlich zuzutreiben. In unſerm Lager, meinte er, wird Schmerling wenig oder gar nicht ſchaden, ganz gewiß nicht halb ſo viel ſchaden können, als wenn er zu unſern Gegnern hinüber geſprengt, von uns ſelbſt zu unſerm Feinde erklärt wird.

Dieſer Meinung iſt Mathy hartnäckig verblieben. Beckerath neigte zur entgegengeſetzten; Gagern verhielt ſich neutral.

Die Beſeler mit norddeutſchen Schaaren wiederholten aber nun den Angriff mit allem Nachdruck und aller Nachhaltigkeit frieſiſcher Naturen. Wilhelm Beſeler, ſonſt wohl ſchweigſam, ſprach jetzt im Augsburger Hofe halbe Stunden lang unerſchöpflich in großen und kleinen Gründen für ganze Maaßregeln, für energiſche Schritte; und auch in der reformirten Kirche ſprach er nun einmal von der Tribüne als wieder erwählter Vicepräſident in derſelben Richtung für ganze Maaßregeln, für energiſche Schritte.

Es wurde durchgeſetzt. Schmerling trat zurück. Mit ihm ſein Unterſtaatsſekretair von Würth; es war kein Oeſterreicher mehr im Reichsminiſterium.

Es iſt dies wahrſcheinlich ein Fehler geweſen. Schmerling konnte nicht viel ſchaden in einem Miniſterium Gagern, und hätte wohl auch nicht ſchaden gewollt, wenn er im Amte geblieben wäre. Wie man auch von ihm denken mag — und ſeine eigentlich deutſche Laufbahn in Frankfurt iſt für un-

ſern Ariſtophanes ein Thema, welches nur einfach kopirt zu werden braucht für die ſchlagendſte politiſche Komödie — einen ſtarken Esprit de Corps hatte er immer, und den würde er nicht verleugnet haben für ſeine Collegen, wenn er im Miniſterium geblieben wäre. In einem Miniſterium mit ſo ausgeſprochner Tendenz und mit ſo klaren Männern wie Gagern, Beckerath, Mathy, Baſſermann, Robert Mohl, Widenmann war ſein Verbleiben keine andre Gefahr als eine theoretiſche, will ſagen eine eingebildete. Der gefährlichſte Feind wurde durch Freundſchaft, wenn auch nicht entwaffnet, doch gelähmt. Vor allen Dingen wurde er genöthigt, den einmal ſeit faſt einem Jahre geſegelten deutſchen Strich leidlich weiter zu ſegeln. Man mußte aber verſichert ſein, denn man kannte Schmerling's ſchneidige Natur, daß er ſchaden können und ganz und gar wollen werde, ſobald er verdrängt würde. — Das Alles würde nicht zutreffen, wenn es ſich um ein Miniſterium in einem regelrechten Staate handelte. Aber ein ſolcher war gar nicht vorhanden, und nur in einer die Verwaltung kaum berührenden Frage, nur in der öſterreichiſch-deutſchen Verfaſſungsfrage war Schmerling gegenüber Mißtrauen geboten. Was hatte ſie mit der ſpeciellen Verwaltung ſeines Miniſteriums zu thun? Was hatte ſie unter einem ohnedies vollkommen aufrichtigen, vor den Augen aller Welt regierenden Miniſter wie Gagern zu befahren? Nichts. — Noch mehr! Es hat ſich als Täuſchung erwieſen, daß man durch Führung von Unterhandlungen mit Oeſterreich etwas erreichen

könne. Was hat man denn erreicht? Das was durch das eigne Programm zu erreichen war: klaren Ausdruck des Möglichen und des Unmöglichen. Sonst nicht das Mindeste. Jenen Ausdruck konnte aber doch Schmerling nicht verhindern. — Dadurch, daß man ihn aus dem Ministerium sprengte, machte man ihn zum entschlossenen Feinde, gab man das Signal zur Bildung einer verfassungsfeindlichen Parteiung, gab man dieser Parteiung den erfahrnen Führer. Principiell die Oesterreicher aus dem Ministerium weisen hatte nur einen politischen Sinn, wenn man gleichzeitig die Oesterreicher aus der Paulskirche weisen konnte. Da man dies kaum wollte und jedenfalls nicht konnte, so mußte man auch Jenes zu vermeiden suchen und gewiß nicht auffallend in's Werk setzen.

Es ist müßig, von Wahrscheinlichkeiten zu sprechen, aber es ist mehr als wahrscheinlich, daß eine Koalisirung von Parteien die entgegengesetzter Principien waren und die sich um das Oesterreicherthum vereinigten — nie in solchem Maaße eingetreten wäre, wenn man die Oesterreicher nicht aus dem Ministerium ausgeschieden hätte.

Am 16. December verkündigte Gagern von der Rednerbühne in der reformirten Kirche, daß er das Präsidium der Versammlung, welches er beinahe acht Monate geführt, niederlegen müsse, daß er die Leitung des Reichsministeriums übernommen habe.

Obwohl dies mit stürmischem Beifalle aufgenommen wurde, fühlte man doch, daß jetzt die letzte große und die gefährlichste

Scheidung eintrete innerhalb dieſer Verſammlung, welche im Frühlinge deſſelben Jahres faſt einſtimmig hatte erſcheinen können.

Je beſtimmter man wirken will, deſto kleiner wird die Zahl der Genoſſen um uns. Zu unbeſtimmtem Ziele geht Alles zu Hauf und jubelnd; zu feſt vorgezeichnetem Ziele vereinigt ſich ſtets nur eine geringe Anzahl, und ſie ſchreitet um ſo ſchweigſamer darauf zu, je deutlicher ſie den Weg, und alſo auch die Schwierigkeiten des Weges vor ſich ſieht. Der Jubel und die Fülle verliert ſich, wenn der Zug ſich dem Gipfel des Berges nähert, und der Ernſt wie die Einſamkeit wächſt.

Um dieſe Zeit im Winter hatte der Reichsverweſer regelmäßig an einem Tage der Woche ſeine gaſtlichen Räume des Abends geöffnet für die Mitglieder des Parlaments und für die Notabilitäten der Diplomatie, der Stadt und der fremden Beſucher. Dieſe großen Geſellſchaften hatten nun eine eigne Färbung dadurch, daß ſie gerade inmitten des letzten großen Scheideprozeſſes und doch gleichſam auf öſterreichiſchem Boden ſtattfanden. Die Heerlager, welche ſich draußen in zwei großen Maſſen ſammelten zu Welfen und Ghibellinen, hier miſchten ſie ſich wie unter einem Waffenſtillſtande und verſuchten geſellig über Dinge zu ſprechen, welche ſie gar nicht intereſſirten. Es kamen wohl auch Einige hin von der eigentlichen Linken, und die kriegeriſche Tracht der Revolution war hier verſchwunden, der Frack war wieder hervorgeſucht, der verſtaubte, mitunter ſelbſt die weiße Halsbinde, und doch war

der gefährlichſte Krieg, der eigentlich deutſche, ſchlimmer heraufbeſchworen als jemals. Leute gingen ſich grollend aus dem Wege, die in ſo wilder Zeit über ein halbes Jahr lang Hand in Hand miteinander gegangen waren. — Die Gemahlin des Erzherzogs ließ ſich Abgeordnete aus allen Theilen des großen Vaterlandes vorſtellen, und man ſprach über das Leben in den Alpen, nach denen ſich die Familie des Erzherzogs herzlich zurückſehnte. Der Erzherzog ſelbſt ging langſam durch die Säle und ſprach mit den verſchiedenartigſten Parteileuten, überall einen neutralen Punkt herausſuchend und findend. Das kocht und gährt, das wird ſich auch wieder legen! meinte er. Mit großer Kunſt einer geläuterten Regentenbildung vermied er jedes abſprechende, jedes entſcheidende Wort. — Damals fehlte es übrigens noch nicht an Oeſterreichern in wichtiger Stellung, welche dort in den Zimmern des Reichsverweſers offen erklärten, daß Gagern's Vorſchlag der richtige ſei, daß ein großes deutſches Reich zweifach gegliedert werden müſſe in einen Bundesſtaat mit Preußen an der Spitze und in einen Staatenbund mit Oeſterreich an der Spitze. Sie billigten nicht, daß man dagegen wirke. Oeſterreich hatte noch ſo ungeheure Aufgaben zu löſen, daß es ihnen unpolitiſch erſchien, wenn man ſich auch noch den Ausweg aus den deutſchen Schwierigkeiten verſchließen wolle. Indem man ſich ihn verſchließe, verſage man ſich auch den natürlichen Bundesgenoſſen, deſſen man bald bedürfen könne, wenn auch nicht gegen Italien, ſo doch wahrſcheinlich gegen Ungarn.

Hätten ſolche Aeußerungen Einfluß gewonnen und Stich gehalten, dann wäre freilich die Löſung des Knotens einfacher und leichter geworden.

Damals wurden dieſe Worte mit Freuden angehört. Man hielt ſie für ein Symptom und durfte ſie dafür halten, denn die Noten des Wiener Miniſteriums lauteten immer noch einfach und logiſch im Sinne des Kremſierer Programms, welches die Konſtituirung des deutſchen Staates ebenſo unbehindert laſſen wollte, wie es unbehindert die Konſtituirung Oeſterreichs in's Werk ſetzen wolle.

Nur wenige Wochen hielten jene Worte Stich. Schmerling reiſte nach Wien, und die nächſte Wiener Note verließ jene Logik von Kremſier, begann eine ganz andre Sprache.

Im Parlamente ſelbſt enthüllte ſich die neu ausgebrochne Gährung der Parteien in der Wahl eines Präſidenten. Die immer große Mehrheit für Gagern war nun nicht mehr vorhanden für ſeinen Nachfolger. In der neuen Wahl zählten ſich die neuen Heerlager. Das öſterreichiſche vereinigte ſich mit dem linken im — Nein. 461 Stimmen wurden abgegeben, Simſon erhielt 233 Stimmen, alſo nur zwei Stimmen über die abſolute Majorität.

Dies Widerſtreben galt durchaus nicht der Fähigkeit und Tüchtigkeit Simſon's, welche er bereits als Vicepräſident an den Tag gelegt, es galt dem Preußen. Man wußte bereits hinlänglich, daß er vortrefflich präſidire, ja daß er an logiſcher Schärfe in Fragſtellungen und in all den feinen Son-

derungen, welche von einem Vorſitzenden ſtündlich gefordert werden, Gagern überlegen ſei.

Eduard Simſon von Königsberg iſt ein feiner Mann in all ſeinen Eigenſchaften, ein feiner Kunde, wie der Volksausdruck vielſinnig zu ſagen pflegt. Fein an Verſtand, fein an Bildung, fein in der Erſcheinung und Aeußerung. Man ſollte glauben, dies ſei nicht eben angemeſſen für eine ſo große ſtürmiſche Verſammlung. Er war es aber doch; denn es kommt nicht auf die Dicke des Taues an, welches ein gepeitſchtes Schiff am Anker erhalten ſoll, es kommt auf die Zähigkeit und Haltbarkeit des Fadens an. Der Simſonſche Faden beſtand jede Probe, die ihn zu zerreißen ſuchte. Das war freilich nur in einer ſolchen Verſammlung möglich, welche trotz allen lärmenden Streites doch eine ſo ungemeine Fülle von Bildung in ſich vereinigte. Wie arg getobt werden mochte, die zarteſten Nerven von Kultur waren doch außerordentlich zahlreich in ihr vorhanden, und wer dieſe Nerven leiſe zu berühren verſtand, dem fiel die Herrſchaft anheim durch ſolche leiſe Berührung. Simſon verſtand das. Er iſt nicht nur dialektiſch durch und durch gebildet, er hat auch dieſe und andre Hilfsmittel der Bildung zu jener Harmonie und Grazie in ſich verbunden, welche man nach dem römiſchen Ausdrucke „Urbanität" zu nennen pflegt, weil ein umfaſſender deutſcher Ausdruck in unſrer Sprache fehlt. Klaſſiſche Kenntniß wird durch dieſen Ausdruck vorausgeſetzt im Gegenſatze zu blos moderner, mehr oder minder äußerlich angelernter Wiſſen-

ſchaftlichkeit und Uebung. Daher kam es, daß Simſon ohne die moraliſche Gewalt Gagern's, ohne den unterjochenden Einfluß einer großen ſittlichen Natur dennoch eine tief aufgeregte, mehr und mehr zu grimmigen Ausbrüchen der Parteiung geneigte Verſammlung leiten, ſänftigen, zuſammenhalten konnte. Den klaſſiſch geformten Geiſt hielt er ihr ſcharf entgegen, wenn nichts verfangen wollte, und weil dieſe Form ein zwar betäubtes, aber doch völlig verſtandenes Anerkenntniß fand in der Verſammlung, ſo ſiegte er immer über den rohen Drang zum Streite.

Zum Erſatz der etwa nicht hinreichenden moraliſchen Gewalt that er ein Uebriges. Er verfuhr ſyſtematiſch nach einem Princip, welches in weniger geſchickten Händen lebensgefährlich werden konnte: er war nicht bloß auf ſtrenge Unparteilichkeit bedacht, er war darauf bedacht, dieſe täglich und ſtündlich zu zeigen und — auf Koſten der Seinigen zu zeigen. Er behandelte die Seinigen, wie man ſie in guter Geſellſchaft zu behandeln pflegt: er ſtellte ſie in zweite Linie, ſo lange es ſich nicht geradezu um Lebensfragen handelte. Dadurch gewann er beſonders bei den Linken ein verhältnißmäßiges Zutrauen, und da er ſich in das Materielle der Fragen gar nicht miſchte, ſo erwarb er ſich wirklich bald die ganze Kraft einer neutralen Stellung, die Kraft eines ſcheinbar gänzlich unintereſſirten Obmanns.

Dazu alle äußeren Mittel eines Achtung gebietenden „Gentlemans“. Ein immer ſchwarz gekleidetes ſauberes Aeu-

ßere, ein sehr ernsthaftes, dunkel beschattetes, blasses Antlitz mit großem, klarem, treffendem Auge, ein sehr einfaches, in der Form weiches, im Inhalte festes Benehmen und ein wohlthuendes, mildes, überall hin deutlich verstandnes Organ, welches accentlos das reinste Schrift-Deutsch redete, kurz Alles was zu „nobler Repräsentation" für nöthig erachtet wird. Nicht die geringste, nicht die wichtigste Veranlassung fand ihn unvorbereitet, fand ihn unzulänglich. Des fließenden Wortes und doch vorsichtigen Ausdrucks war er allezeit mächtig, und die treffende Erwiderung versagte ihm niemals. Immer ruhig parirte er wie der geschickteste Fechter die von entgegengesetzten Seiten hageldicht fallenden Streiche, und galt bald für unnahbar, ja bald für ein gefährliches „Rühr' mich nicht an!" Denn inmitten geschloßner, ruhiger Abwehr wußte er scharfe, augenblicklich kaum sichtbare Stöße beizubringen, deren man sich erst erinnerte, wenn er schon längst Stellung gewechselt und mit überlegner Geschäftsführung auf unbestrittnen Boden der Tagesordnung übergegangen war.

Kann es verwundern, daß ein Mann mit solchen Eigenschaften die Parteianschauung bald von sich abdrängen konnte? Es kam nie wieder vor, daß er nur als Mann des preußisch-deutschen Bundesstaats bei der Präsidentenwahl angesehn und nur mit zwei Stimmen Mehrheit erwählt wurde.

Simson gehörte zum Casino und hatte nur einmal, noch in der Sommerzeit und bei nicht erheblicher Veranlassung, gesprochen. Man hatte es kaum bemerkt, daß er meisterhaft,

daß er mit klaſſiſcher Grazie ſprach. Der Reichthum des Parlaments war damals noch ungezählt, und wie viele ſeiner Goldſtücke ſind auch ſpäter, ſind auch bis an's Ende nicht in Umlauf gekommen. — Simſon blieb ſchweigſam im Hintergrunde. Er hielt die Aufgabe des Parlaments für ſehr ſchwer, ja für kaum lösbar. Man nannte dies damals „ſchwarz ſehn". Nur zu gut wußte er, als noch die große Mehrzahl mit vollen Hoffnungsſegeln dahin ſtrich, nur zu gut wußte er dies Mißtrauen mit ſeinem klaren Verſtande zu begründen im Privatgeſpräche! Den Principien nach gehörte er zur ſtrengſten Doktrin des rechten Centrums. Maaß und Form verlangte er überall, politiſche Umſicht wollte er nirgends verleugnet ſehn. Aus dem Stegreife dichte ſich nichts Haltbares, das politiſche Wagniß ſei das gefährlichſte, und vom guten Genius oder gutem Glücke dürfe man nichts erwarten. —

Derjenige alſo, welcher im letzten Drittheile des Parlaments den Sitz Gagern's einnahm, hatte ſie nicht, die unerſchütterliche Zuverſicht Gagern's; aber er legte bei jeder Gelegenheit ungemeſſene Achtung für Gagern an den Tag. Ungemeſſene. Wie er denn durchgehends da, wo er Lob ausdrückte, ſeine ſtreng abgegrenzten Bahnen des Urtheils verließ, und die Uebertreibung nicht fürchtete. Vielleicht weil er ſehr wenig Hoffnung hegte für das Gelingen des Ganzen, vielleicht weil er für ſeinen eng gezogenen formellen Kreis Entſchädigung bieten zu müſſen glaubte, legte er einen überſchwenglichen Ausdruck in das, was er anempfehlen und loben

konnte. Er ſchmeichelte. Dieſer Zug in ihm, ein Zug ſeiner Lebenskunſt, verbreitete ſich weithin, und iſt durchgehends in ihm ausgebildet. Alſo auch zu diplomatiſchen Aufgaben wäre Simſon ſicherlich eines unſrer größten parlamentariſchen Talente, vortrefflich ausgerüſtet. Als Profeſſor und einem Gerichtshofe in Königsberg beigegeben lebt er in ganz unabhängiger wohlhabender Stellung, und hat nur über Kränklichkeit des Körpers zu klagen. Sie überfiel ihn auch gegen Ende des Parlaments und hat ihn über die peinliche Ankündigung ſeines Austrittes hinweggebracht. Selbſt jetzt bei dieſer beſtrittenen erſten Wahl am 18. December war er nicht zugegen und erſchien erſt mit dem neuen Jahre in ſeinem neuen Amte.

Heinrich von Gagern dagegen beeilte ſich, an dieſem 18. December ſein Miniſterprogramm ſo ausführlich, offenherzig und vorgreifend der Verſammlung hinzubreiten, als ſei die Diplomatie noch gar nicht erfunden, oder als befinde er ſich unter lauter herzensguten Freunden, welche auch das Unwillkommne mit einem Händedrucke aufnehmen würden. In der That gehörte es zu Gagern's Eigenthümlichkeit, daß er die deutſche Reichsfrage auch darin wie eine Sache des Herzens behandelte: daß niemals und Niemandem vom Stande dieſer Frage etwas verſchwiegen werden dürfe. Jedes Familienglied ſollte immer genau wiſſen was bevorſtünde, und ſollte nur in Vorkenntniß aller möglichen Konſequenzen ſeine Stimme abgeben. So ſprach er denn an dieſem 18. December

das gefährlichſte Wort „man müſſe jetzt auf *geſandtſchaftlichem* Wege mit Oeſterreich unterhandeln“ nackt und ehrlich aus, und ohne eigentliche Noth. Was ſeinem Sinne gemäß zu thun war das konnte geſchehn, ſo weit es überhaupt damals möglich war, ohne ſo ſpecifiſche Ankündigung der Form. Sein empfindliches deutſches Gewiſſen geſtattete ihm aber in deutſcher Verfaſſungsfrage auch nicht einmal *den* Hinterhalt, welcher nur von den Gegnern als Hinterhalt hätte bezeichnet werden können.

So wiederholt er denn das Programm des öſterreichiſchen Miniſteriums von 27. November, das Programm von Kremſier:

1) Alle öſterreichiſchen Lande ſollen in ſtaatlicher Einheit verbunden bleiben;

2) Die Beziehungen Oeſterreichs zu Deutſchland können dann erſt ſtaatlich geordnet werden, wenn beide Staatenkomplexe zu neuen und feſten Formen gelangt ſein, das heißt ihre innere Geſtaltung vollendet haben werden; —

und ſetzt hinzu, daß dies Programm vom Reichstage in Kremſier beifällig aufgenommen worden ſei und auch den Wünſchen und Anſichten der großen Mehrheit in den deutſch-öſterreichiſchen Landen zu entſprechen ſcheine. Dies alſo ſei die Antwort auf die Frage, welche in den Paragraphen Zwei und Drei ausgeſprochen worden. Das Reichsminiſterium glaube nun in Beurtheilung der Stellung der Centralgewalt zu Oeſterreich von folgenden Sätzen ausgehn zu müſſen:

1) „Bei der Natur der Verbindung Oeſterreichs mit unſern deutſchen Ländern beſchränkt ſich für jetzt und während des Proviſoriums die Pflicht der Reichsgewalt darauf, das beſtehende Bundesverhältniß Oeſterreichs zu Deutſchland im Allgemeinen zu erhalten. Es iſt aber das Sonderverhältniß Oeſterreichs anzuerkennen, wornach es anſpricht in den zu errichtenden deutſchen Bundesſtaat unter Bedingungen, welche die ſtaatliche Verbindung der deutſchen mit den nichtdeutſchen öſterreichiſchen Landestheilen alteriren, nicht einzutreten." (Bewegung in der Verſammlung.)

2) „Oeſterreich wird alſo nach den bis jetzt durch die Nationalverſammlung gefaßten Beſchlüſſen, wodurch die Natur des Bundesſtaates beſtimmt worden iſt, als in den zu errichtenden deutſchen Bundesſtaat nicht eintretend zu betrachten ſein."

3) „Oeſterreichs Unionsverhältniß zu Deutſchland mittelſt einer Unionsakte zu ordnen, und darin alle die verwandtſchaftlichen, geiſtigen, politiſchen und materiellen Bedürfniſſe nach Möglichkeit zu befriedigen, welche Deutſchland und Oeſterreich von jeher verbunden haben und in geſteigertem Maaße verbinden können, bleibt der nächſten Zukunft vorbehalten." (Bewegung; Aeußerungen der Mißbilligung auf der Linken.)

4) „Da Oeſterreich zu dem von der proviſoriſchen Centralgewalt repräſentirten Deutſchland zwar in einem unauflöslichen Bunde ſteht, in den Bundesſtaat aber nicht eintritt, ſo iſt die Verſtändigung über alle gegenſeitigen, ſowohl bereits

bestehenden als künftigen Bundespflichten und Rechte auf gesandtschaftlichem Wege einzuleiten und zu unterhalten."

5) „Die Verfassung des deutschen Bundesstaates, deren schleunige Beendigung zwar in beiderseitigem Interesse liegt, kann jedoch nicht Gegenstand der Unterhandlungen mit Oesterreich sein."

Nachdem er das Programm verlesen, suchte er noch ausdrücklich um Ermächtigung nach für den mißlichsten Punkt, für die „gesandtschaftliche" Verbindung mit Oesterreich, und bat, die Vorlage zu schleuniger Begutachtung an einen Ausschuß zu verweisen.

Hieran erprobte sich auf der Stelle der Wirrwarr, in welchen die Reichsversammlung gerathen war mit dieser Frage: es konnte sich keine Mehrheit bilden für einen der bestehenden Ausschüsse. Die Abtheilungen mußten also zusammentreten, um einen neuen Ausschuß zu wählen.

Sie wählten vorzugsweis Linke. Recht ein Zeichen, daß man Opposition gegen das Programm wollte ohne doch einen positiven Inhalt zu wissen für diese Opposition.

Ueber den unfruchtbaren Berathungen dieses Ausschusses verstrichen die letzten Tage des Jahres 1848. Am 11. Januar 1849 kehrte die Versammlung wieder in die Paulskirche zurück, und an demselbem Tage begann auch die große Debatte, ob dem Ministerium Gagern das geforderte Vertrauensvotum zu einer sogenannten „Trennung" Deutschlands gegeben werden solle. Jedem andern Ministerium wäre es für

einen ſolchen, immer noch die größere Anzahl beunruhigenden Zweck nicht gegeben werden. Nur das war Manchem zweifelhaft, ob man ein Miniſterium Gagern im Entſtehen beſeitigen dürfe, ein Miniſterium desjenigen Mannes, auf welchen das Vaterland wirklich ſeine ſicherſten Hoffnungen geſetzt.

Es war nicht abzuſehn, was für eine Mehrheit, was für ein Zuſtand aus dieſer Debatte hervorgehn werde. Der große Haltpunkt bisheriger Majorität, das Caſino, ſchien in Auflöſung begriffen zu ſein, ſo abweichend, ſo widerſprechend erklärten ſich dort zahlreiche Mitglieder, und nicht bloß Oeſterreicher.

Das Majoritätsgutachten des Ausſchuſſes, welches zwei Redner der Linken, Venedey aus Weſtendhall, Giskra aus dem Würtemberger Hofe, vertreten ſollten, ſchlug folgende Beſchlüſſe vor:

1) Die vom Reichsminiſterium in deſſen Erklärung vom 5. Januar c. ausgeſprochene Zurückweiſung eines Vereinbarungsprincips für die deutſche Reichsverfaſſung im vollſten Maaße anzuerkennen.

2) Die Centralgewalt zu beauftragen, über das Verhältniß der zum früheren deutſchen Bunde nicht gehörigen Länder Oeſterreichs zu dem deutſchen Bundesſtaate zur geeigneten Zeit und in geeigneter Weiſe mit der öſterreichiſchen Regierung in Unterhandlung zu treten.

Dieſer zweite Punkt rührte wahrſcheinlich von Somaruga, Giskra und einem oder dem anderen Oeſterreicher im Aus-

ſchuſſe her. Er ging völlig ab von dem bisherigen Organismus, inſofern er das ganze Oeſterreich herbeizog. Man wußte ſich keinen Rath mit Deutſch-Oeſterreich, und ſtatt dafür einen Rath vorzuſchlagen, brachte man in unbeſtimmteſter Weiſe ganz Oeſterreich in Rede, deſſen Beſchaffenheit wahrſcheinlich den deutſchen Bundesſtaat mit Volksvertretung dadurch erleichtern ſollte, daß es eine nichtdeutſche Mehrheit herzubeſchwor. Deshalb kurſirte auch damals nach Verleſung dieſes Vorſchlags die ſpaßhafte Bezeichnung ſolchen Gutachtens in der Paulskirche: Sprechen Sie franzöſiſch? — Nein, aber mein Bruder bläſ't die Flöte.

Was war nun mit einem ſolchen unbeſtimmten Vorſchlage gegenüber der eingeleiteten Frage anzufangen? Gar nichts. Das Gagernſche Miniſterium konnte damit nicht beſtehn, irgend ein andres aber auch nicht. Denn die Verleugnung des deutſchen Bundesſtaates hatte unter allen Umſtänden eine Majorität in der Paulskirche nicht zu erwarten. Wenn dieſer zweite Punkt aber eine Bedeutung haben ſollte, ſo hatte er die, daß er einen deutſchen Bundesſtaat mit Volksvertretung in's Reich der Fabel verwies.

Der erſte Punkt, die Vereinbarungsfrage anlangend, bezog ſich auf eine Mittheilung, welche das Reichsminiſterium am 5. Januar dem Ausſchuſſe hatte zugehn laſſen. Dieſer Mittheilung waren zwei einander widerſprechende öſterreichiſche Aktenſtücke beigefügt geweſen. Zuerſt die Anzeige des bisherigen öſterreichiſchen Bevollmächtigten bei der Centralge-

walt, des Freiherrn von Menßhengen, daß er vom 11. December ein Schreiben des kaiserlichen Ministers im auswärtigen Amte zu Wien erhalten habe, welches alle amtlichen Beziehungen zwischen Wien und Frankfurt auf den diplomatischen Weg von einem auswärtigen Amte zum anderen verweise. Also ein direktes Eingehn auf den vorgeschlagenen Weg Gagerns, auf den Weg gesandtschaftlicher Unterhandlung. — Zweitens aber ein Schreiben des auswärtigen Amtes in Wien vom 28. December, welches ganz entgegengesetzt lautete. Herr von Schmerling, welcher unterdeß in Wien gewesen und welcher an Baron Menßhengens Stelle als österreichischer Bevollmächtigter nach Frankfurt zurückgekehrt war, hatte dies zweite Schreiben mitgebracht und unter'm 4. Januar dem Reichsministerium zugesendet. Mit diesem Schreiben verließ das österreichische Kabinet seine Stellung, welche es mit dem Programm von Kremsier Deutschland gegenüber eingenommen hatte. Es besagte dieses Schreiben, daß Oesterreich durchaus nicht ausgesprochen habe, nicht in den zu errichtenden deutschen Bundesstaat einzutreten. Oesterreich werde in dem neuen deutschen Staatskörper, wenn ein solcher zu Stande käme, seine Stelle zu behaupten wissen, und die „gesandtschaftliche und diplomatische Verbindung" weise es zurück. Eine gedeihliche Lösung der Frage werde nur auf dem Wege der Verständigung mit den Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnehme, zu erreichen sein.

In Bezug hierauf hatte denn Gagern in der Mittheilung

an den Ausschuß sein Programm noch einmal in neuer Fassung folgendermaaßen dargestellt:

„Es ist vom Reichsministerium nicht in Zweifel gezogen worden, daß Oesterreich eine deutsche Bundesmacht und berechtigt sei, im Bundesverhältnisse zu verbleiben.

„Das deutsche Volk in seiner Mehrheit will unbestreitbar die frühere Bundesverfassung so umgestaltet wissen, daß die Gesammtinteressen der Nation durch eine Gesammtregierung mit Volksvertretung, unter Aufrechthaltung der Selbständigkeit der Einzelnstaaten, insoweit sie damit verträglich ist, souverain verwaltet werden.

„Der Charakter dieses Bundesstaates ist deutlich in den bisher angenommenen Abschnitten der Verfassung vorgezeichnet, und es ist nicht wahrscheinlich, daß die zweite Lesung diesen Charakter wesentlich ändern werde.

„Kein rein deutscher Staat wird diesem Bundesstaate beizutreten verweigern können. Oesterreich wird bei der Natur seiner Zusammensetzung mit außerdeutschen Ländern eine Sonderstellung einnehmen, es wird sie einnehmen müssen.

„Das Verhalten Oesterreichs gegenüber den Anordnungen der Centralgewalt und Nationalversammlung, sowie das Programm von Kremsier haben dies auch unzweideutig ausgedrückt. Dieses Programm sagte ja: Oesterreichs Fortbestand in staatlicher Einheit ist ein deutsches wie ein europäisches Bedürfniß.

„Die Fortdauer einer staatlichen Einheit der österreichischen Monarchie ist unvereinbar mit der Unterordnung eines

Theils *) unter einen, von der Gesammtmonarchie unabhängigen, starken, einheitlich regierten, kurz, dem Willen der Nation entsprechenden deutschen Bundesstaat.

„Was die Verständigung mit den Regierungen anlangt, so wird sie nicht zu vernachlässigen sein, wo sie zum Ziele führen kann. Das allgemeine Vereinbarungsprincip aber wird von der Nationalversammlung zurückgewiesen.

„Die Hoffnung, den starken Bundesstaat mit einheitlicher oberster Gewalt in der Geburt zu ersticken und durch ein Surrogat zu ersetzen, welches dem alten Bundestage mehr oder weniger ähnelt, diese Hoffnnng wird zu Schanden werden.

„Aber auch abgesehen von dem Verfassungswerke, der Note vom 28. December, und den Erläuterungen des neuen österreichischen Bevollmächtigten bleibt eine Verhandlung mit der österreichischen Regierung nöthig. Sowohl um das Inslebenführen der deutschen Verfassung dadurch zu beschleunigen, daß eine gegenseitige Erklärung über das Verhältniß des nichtdeutschen Oesterreichs zu dem Gesammtdeutschlande oder eventuell eine Union des Gesammtösterreichs zu dem übrigen Deutschland vorbereitet werde; als auch zur Erreichung der unmittelbaren Regierungszwecke der Centralgewalt und zur Erfüllung ihrer Pflicht, welche einen Bevollmächtigten an dem Orte nothwendig macht, wo die Neugestaltung eines Reiches sich entscheidet, welches zu einem großen Theile zu

*) Deshalb schlugen die Linken schnell ganz Oesterreich vor mit Italienern, Polen, Ungarn und Kroaten.

Deutſchland gehört, und wo große europäiſche Intereſſen ihren Mittelpunkt finden.

„In welcher Form die Verhandlung geführt wird iſt an ſich Nebenſache. Indem das Reichsminiſterium die Ermächtigung nachſuchte, die geſandtſchaftliche Verbindung mit dem öſterreichiſchen Kaiſerthume anknüpfen zu dürfen, geſchah dies aus dem Grunde, weil die Sendung von Reichskommiſſarien von Seiten der Centralgewalt den Anſpruch auf eine exekutive Gewalt begründet, welche ihr in Oeſterreich geradezu abgeſprochen worden iſt.

„Das Reichsminiſterium wiederholt daher ſeinen in der Propoſition vom 18. v. M. begründeten Antrag dahin: daß es autoriſirt werde, zu geeigneter Zeit und in geeigneter Weiſe mit der Regierung des öſterreichiſchen Kaiſerreichs Namens der Centralgewalt über das Verhältniß Oeſterreichs zu Deutſchland in Verhandlung zu treten.“

Solcherweiſe neu begründet und gemildert lag die Frage vor am 11. Januar, und die Minorität des Ausſchuſſes, für welche Rüder Bericht erſtattete, trug darauf an: die erbetene Ermächtigung dem Reichsminiſterium zu ertheilen.

Venedey begann die Verhandlung mit ſentimentalen Phraſen, welche zur Löſung der ſchwierigen und allerdings ſchmerzlichen Frage nicht das Mindeſte beitragen konnten. Ihm folgte ſofort Heinrich von Gagern. Er ſprach gleich zu Anfange den Grundgedanken der Centren aus, welches eben nicht der Grundgedanke der Linken war: das Bedürfniß einer ſtarken

Einheit habe die deutsche Revolution zu einer Nationalversammlung in der Paulskirche geführt. Das niederdrückende Gefühl, dem deutschen Volke die ihm gebührende Rolle in Europa vorenthalten zu sehn, habe die Revolution hervorgebracht. Die Aufgabe der Paulskirche also, welche das wahre Bedürfniß Deutschlands erfüllen solle, gehe dahin: eine Verfassung zu finden, welche der Nation die gebührende Stelle in der europäischen Völkerfamilie sichert.

Dies Bedürfniß sei in Oesterreich, welches bereits ein Großstaat, am Schwächsten empfunden.

Man habe den beabsichtigten Bundesstaat einen Schulbegriff genannt. „Nenne man die künftige Verfassung Deutschlands wie man wolle, das Bedürfniß von Deutschland ist: daß eine Gesammtregierung, welche durch die Vertretung der Nation berathen und überwacht ist, die Geschicke der Nation leite und die nationalen, nothwendig einheitlichen Interessen verwalte.“ Eine solche Verfassung zu schaffen sei und bleibe deutsches Bedürfniß.

Die zu bringenden Opfer würden nicht mit einem Male gebracht werden, darüber mache er sich keine Illusionen.

Oesterreich habe eine erkennbare Aufgabe für sein Sonderleben. Es habe am Wiener Kongresse abgewiesen, die große Rolle in Deutschland, welche früher seinem Herrscherhause beschieden gewesen, wieder aufzunehmen. — Es habe seine deutschen Vorlande aufgegeben; es habe nur seinen Einfluß in Deutschland zu erhalten gesucht, seine Zwecke und

Bestrebungen aber nach dem Osten und wesentlich nach Italien gerichtet, wo es Ersatz gesucht. (Bewegung,) Das sei die neuere Geschichte Oesterreichs. Preußen dagegen sei streng auf Deutschland, Deutschland auf Preußen angewiesen. Auch die große Mehrheit einsichtsvoller Preußen sehe ein, wie Preußen nur im innigsten Zusammenhange mit und in Deutschland bestehn und darin seine Zukunft suchen müsse. (Beifall.)

Wisse man einen andern zum Ziele eines deutschen Bundesstaates führenden Weg vorzuschlagen, so sei er auf der Stelle bereit den seinigen zu verlassen. Er sei himmelweit entfernt von der Behauptung: Oesterreich dürfe nicht eintreten; er behaupte nur: Oesterrerch könne nicht, werde nicht eintreten. Und gerade, weil Dem so sei und weil er eine Trennung nicht wolle dringe er darauf, den allein möglichen Zusammenhang mit Oesterreich, den Zusammenhang im Staatenbunde bei Zeiten festzuhalten, bei Zeiten darin weiter auszubilden, worin er ausbildungsfähig sei.

In Betreff der Vereinbarungstheorie sagte er bei dieser Gelegenheit folgende wichtige Worte:

„Ich habe es stets als die Bedingung der Macht und des Einflusses der Nationalversammlung erachtet, daß nicht Machtsprüche rücksichtslos erlassen werden, sondern daß die Beschlüsse der Nationalversammlung solche seien, die der unzweifelhaften Unterstützung der öffentlichen Meinung sich zu erfreuen haben. Haben die Beschlüsse der Nationalversammlung sich dieser Zustimmung der öffentlichen Meinung zu er-

Einheit habe die deutsche Revolution zu einer Nationalversammlung in der Paulskirche geführt. Das niederdrückende Gefühl, dem deutschen Volke die ihm gebührende Rolle in Europa vorenthalten zu sehn, habe die Revolution hervorgebracht. Die Aufgabe der Paulskirche also, welche das wahre Bedürfniß Deutschlands erfüllen solle, gehe dahin: eine Verfassung zu finden, welche der Nation die gebührende Stelle in der europäischen Völkerfamilie sichert.

Dies Bedürfniß sei in Oesterreich, welches bereits ein Großstaat, am Schwächsten empfunden.

Man habe den beabsichtigten Bundesstaat einen Schulbegriff genannt. „Nenne man die künftige Verfassung Deutschlands wie man wolle, das Bedürfniß von Deutschland ist: daß eine Gesammtregierung, welche durch die Vertretung der Nation berathen und überwacht ist, die Geschicke der Nation leite und die nationalen, nothwendig einheitlichen Interessen verwalte.“ Eine solche Verfassung zu schaffen sei und bleibe deutsches Bedürfniß.

Die zu bringenden Opfer würden nicht mit einem Male gebracht werden, darüber mache er sich keine Illusionen.

Oesterreich habe eine erkennbare Aufgabe für sein Sonderleben. Es habe am Wiener Kongresse abgewiesen, die große Rolle in Deutschland, welche früher seinem Herrscherhause beschieden gewesen, wieder aufzunehmen. — Es habe seine deutschen Vorlande aufgegeben; es habe nur seinen Einfluß in Deutschland zu erhalten gesucht, seine Zwecke und

Bestrebungen aber nach dem Osten und wesentlich nach Italien gerichtet, wo es Ersatz gesucht. (Bewegung,) Das sei die neuere Geschichte Oesterreichs. Preußen dagegen sei streng auf Deutschland, Deutschland auf Preußen angewiesen. Auch die große Mehrheit einsichtsvoller Preußen sehe ein, wie Preußen nur im innigsten Zusammenhange mit und in Deutschland bestehn und darin seine Zukunft suchen müsse. (Beifall.)

Wisse man einen andern zum Ziele eines deutschen Bundesstaates führenden Weg vorzuschlagen, so sei er auf der Stelle bereit den seinigen zu verlassen. Er sei himmelweit entfernt von der Behauptung: Oesterreich dürfe nicht eintreten; er behaupte nur: Oesterrerch könne nicht, werde nicht eintreten. Und gerade, weil Dem so sei und weil er eine Trennung nicht wolle dringe er darauf, den allein möglichen Zusammenhang mit Oesterreich, den Zusammenhang im Staatenbunde bei Zeiten festzuhalten, bei Zeiten darin weiter auszubilden, worin er ausbildungsfähig sei.

In Betreff der Vereinbarungstheorie sagte er bei dieser Gelegenheit folgende wichtige Worte:

„Ich habe es stets als die Bedingung der Macht und des Einflusses der Nationalversammlung erachtet, daß nicht Machtsprüche rücksichtslos erlassen werden, sondern daß die Beschlüsse der Nationalversammlung solche seien, die der unzweifelhaften Unterstützung der öffentlichen Meinung sich zu erfreuen haben. Haben die Beschlüsse der Nationalversammlung sich dieser Zustimmung der öffentlichen Meinung zu er-

freuen, dann zweifeln Sie nicht, die Nation beſitzt die Energie, dieſen Beſchlüſſen ihre Wirkſamkeit zu ſichern. Es iſt keine Drohung, was ich ausſpreche, es iſt meine Anſicht vom natürlichen Verlauf der Dinge in der Zeit und unter den Verhältniſſen, in denen wir leben. Wenn auch Hinderniſſe beſtehn die wir nicht gerade zur Seite ſtoßen können, ſondern mit Schonung und Ueberlegung würdigen müſſen, um das größere Uebel durch das kleinere zu vermeiden, ſo iſt das ein Weg der Vereinbarung, den ich mir gefallen laſſe. Dabei nehme ich nichts zurück von dem, was ich über den Beruf dieſer Verſammlung und über die Macht der Nation geſagt habe." (Beifall aus dem Centrum.) „Was wir Souverainetät nennen iſt für mich nicht bloß ein Rechtsbegriff, ſondern auch ein Machtbegriff; und gerade weil häufig die Macht bei dem Rechtsbegriffe fehlte, hat dann die Souverainetät den Inhaber gewechſelt, und iſt übergegangen an die Macht der Nation, die unwiderſtehlich in dem Bewußtſein des Rechts gerechtem Wollen Geltung ſchließlich verſchaffen wird." (Beifall.) „Aber wenn das der wahre Sinn der Souverainetät iſt, ſo heißt das nicht, daß wir hier rückſichtslos beſchließen dürfen, ſondern daß wir denjenigen Anforderungen Rechnung tragen müſſen, die den Zweck nicht vereiteln, ſondern die Erfüllung leichtern und ſichern. Es giebt Schwierigkeiten die man freilich zu löſen ſuchen muß, ſo lange irgend Hoffnung zur Löſung bleibt und ehe man zum Aeußerſten greift. Bürgerkrieg wollen wir nicht. Haben wir uns mit den mächtigſten aller

deutſchen Staaten verſtändigt, dann werden die minder mächtigen geneigter ſein ſich zu fügen. Oeſterreich muß alſo gefragt werden über das Verhältniß, in welches es zu Deutſchland treten will. Ich kann nicht vorausſetzen, daß es Jemand in den Sinn kommen könnte, Oeſterreich müſſe gegen ſeinen Willen in ein beſtimmtes Verhältniß zu Deutſchland gezwungen werden!"

Dies war aber der Sinn der Linken, welche jetzt mit den Oeſterreichern gegen ein „weiteres" Bundesverhältniß Oeſterreichs ſtimmten. Die verſchiedenartigſte Meinung vereinigte ſich immer in der öſterreichiſchen Frage zu gleichem Votum gegen die Bundesſtaatlichen, und dies war von vornherein jener lügenhafte Keim, welcher die Konſtituirung Deutſchlands vergiftete.

Unmittelbar nach Gagern ſprachen zwei Oeſterreicher von entgegengeſetzten Standpunkten gegen Gagern. Arneth, welcher die Verfaſſung ſo erweitert ſehn wollte, daß Oeſterreich darin Platz habe; Camillo Wagner aus Steyr in Oberöſterreich, der auch jetzt noch die Paragraphen Zwei und Drei für anwendbar hielt auf Oeſterreich der die Theorie unbekümmert um den nächſten Erfolg durchgeführt ſehen wollte. Er gehörte zu den gebildetſten und talentvollſten Oeſterreichern, und empfahl ſeinen Stamm durch alle die liebenswürdigen Eigenſchaften der Beſcheidenheit, Innigkeit und Herzlichkeit, an welchen man in der Parteiwuth ſo leicht irre werden konnte. Ach, es war ein tragiſches Schauſpiel, ſolche gründ-

lich deutſch geſinnte Männer hoffnungslos ringen zu ſehn gegen das Unvermeidliche! Volksſtämme wie in Tirol, Salzburg, Ober- wie Nieder-Oeſterreich und Deutſchböhmen aus der engen Gemeinſchaft gewieſen zu ſehn, weil ihr Staat ein Großſtaat geworden und ſo große Anſprüche zu erheben, ſo viel weitere Aufgaben zu erfüllen hatte. All dieſe öſterreichiſchen Debatten waren eine endloſe Pein.

An dieſem Tage und an dieſem Thema kam auch ein Redner zu Falle, welcher die Hinderniſſe hart, faſt grauſam anzufaſſen pflegte, Wilhelm Jordan. Er hatte ſeinen Vortrag zu weit angelegt in Bildlichkeit und begegnete in dieſer Schwäche einer längſt angelegten ſtarken Unſitte der Linken, welche unwillkommene Redner durch ſyſtematiſche Unruhe zu vernichten ſuchte. Dies gelang ihr heute gegen den gefürchteten Renegaten vollſtändig, weil in ſeiner breiten Rede dem Centrum keine Gelegenheit geboten war, Aufmerkſamkeit für dieſelbe zu erzwingen. Schmerling dagegen erzwang ſie für ſich ſchon dadurch allein, daß er in ſolchem Augenblicke ſeiner Rückkehr und ſolcher Rückkehr auf der Rednerbühne erſchien. Nie hatte es dazu einer dreiſteren Stirn bedurft, nie war die öffentliche Meinung aufgeregter gegen ihn. Denn auch das Centrum und ein großer Theil der Rechten, ja ſelbſt die Ariſtokratie von Frankfurt, eigentlich Oeſterreich zugeneigt, war jetzt entrüſtet gegen ihn. Er hatte vor ſeinen Wählern in Wien eine Rede gehalten, in welcher er nach dem damaligen Eindrucke ſtocköſterreichiſch geſprochen und den ganzen deut-

ſchen Standpunkte, welchen er ſogar officiell drei Vierteljahre vertreten, wie ein Spiel verleugnet hatte. Das war auch den öſterreichiſchen Frankfurtern zu Viel! Abſeit von ihm waren ſie getreten in den Geſellſchaften, und gereizt von der allgemeinen Mißhandlung, welche ihm widerfuhr, hatte er, der ſo eben noch Reichsminiſter im vollen Sinne des Bundesſtaates geweſen, er hatte ingrimmig geäußert: Euer Bundesſtaat kommt ja doch nicht zu Stande.

Dies in den erſten Januartagen des Jahres 1849 war eine unerhörte Ketzerei, und war von ſolchem Manne ausgehend, welchem man die jähe Wendung des öſterreichiſchen Kabinets abſeit vom Kremſierer Programme lediglich zuſchrieb, eine perſönliche Herausforderung ohne Gleichen. Gerächt hat er ſich, ſchrie man, gegen die Vertreibung aus dem Miniſterium, gerächt hat er ſich perſönlich — an der deutſchen Zukunft. Es gehörte das ganze kalte Blut dieſes politiſchen Kriegsmannes dazu, um ſolcher Stimmung auf der Tribune entgegen zu treten. Er leiſtete noch mehr. Er trat ihr auch mit der Abſicht entgegen, in nichts nachzugeben, nichts zuzugeben und — doch nichts zu ſagen. Und das brachte er wirklich zu Wege. Er ſprach, ſprach viel länger als gewöhnlich, beſprach alle die wunden Stellen, verletzte ſie ſogar auf's Neue, indem er ſagte „es giebt gar keine deutſche Geſchichte!“ und — ſagte doch nichts. Indem er „unumwunden“ und „umfaſſend“ Alles zu erledigen verſprach umwand und umwickelte er Alles ſo lange bis man von der urſprünglichen

Frage nichts mehr ſah; ja er „faßte“ die urſprüngliche Frage ſo lange „um“, daß ſie am Ende gar nicht mehr zu erkennen war. Und nach dieſer bemerkenswerthen diplomatiſchen Leiſtung im Vortrage ging er wie ein weichmüthiger, edelſinniger Sieger ſogar an ſuperlative Verſprechungen, pries ſeinen „hochachtbaren“ Freund Gagern, welchem er den Weg „anbahnen“ helfen wolle mit allen Kräften, und ſtieg unter lebhaftem Beifalle lächelnd herunter.

Woher der Beifall? Die Bedürftigen hatten den neuen Führer erkannt. Unter ſolcher klugen, jetzt von miniſteriellen Banden freien Leitung konnten all die verſchiedenartigſten Oppoſitionselemente gegen den beabſichtigten Bundesſtaat „coaliſirt“ werden. Der Inſtinkt einer „Coalition“ äußerte ſich zum erſten Male in dieſem Beifall. Von dieſem Inſtinkte geleitet ziſchten diesmal die Linken nicht, und aus dem Centrum, wo man gern objektiv äſthetiſch war, applaudirte Mancher mit, um die Kunſtfertigkeit Schmerlings anzuerkennen.

So ſchloß der erſte Tag dieſer Programm-Debatte mit einem furchtbaren Fingerzeige für die Zukunft. Um die Fahne „Oeſterreich“ wird ſich das bunteſte Kriegsvolk wie im dreißigjährigen Kriege, wird ſich Alles ſammeln, was den Bundesſtaat des Centrums nicht aufkommen laſſen will.

Unter ſolchen Umſtänden war es innerlich ganz unwirkſam, daß Ludwig Simon am folgenden Tage alle ſeine Streiche gegen Schmerling richtete. Ja, es machte nur einen

geringen Eindruck als Beckerath in seiner Wendung, welche moralisch verpflichten sollte, der Versammlung mittheilte: daß Herr von Schmerling als Minister noch kurz vor dem Eintritte Gagerns demselben Programm beigestimmt habe, daß es also gar nicht überraschend sei, wenn er jetzt feierlich erkläre, die Verfassung des Bundesstaates nicht nur nicht hemmen, sondern fördern zu wollen. Für solche Feinheit der Moral waren die Herzen schon viel zu sehr verhärtet. Was Moral! den Vortheil gilt's. Ultraistisch mit dem Ideale hatte man begonnen Anno 48, ultraistisch für die hausbackene Realität schlossen Anno 49 alle diejenigen, denen die deutsche Sache ein aufzublasender Schlauch gewesen war mit eigennützigem Athem und weiter nichts.

Die bedeutendste Rede am zweiten Tage ging vom Herrn von Wydenbrugk aus. Er übertraf darin weit den „kleinen Staatsmann", welchen er bis dahin stets in unerfreulicher Opposition gezeigt hatte. Auch heute war er Opposition, aber in größerem Stile und mit so viel gutem Verstande, daß man darauf achten und seine klugen Folgerungen anerkennen mußte. Darin bestand der nicht geringe Werth seines Vortrags, daß er die wahrscheinlichen gefährlichen Folgen solch einer Absonderung Oesterreichs überzeugend auseinandersetzte. Er hatte darin ganz Recht, auch für Viele Recht, welche den großen Schritt mit Gagern zu thun entschlossen waren. Hätte er nur auch so gut vorzuschlagen gewußt, wie er zu kritisiren wußte! In dem aber was er vorschlug war nicht die

mindeſte Hilfe. Was war denn, abgeſehen von Oberhaupts-frage und Volkshaus, in welchen beiden Punkten die öſter-reichiſche Schwierigkeit ſich verpuppte, was war denn das Kapital-Hinderniß? Ein Theil Oeſterreichs ſollte von Wien und Frankfurt regiert werden, ſollte zwei gleichberechtigten Herren angehören, ſollte zweien Herren dienen und zwar zweien gleichberechtigten. „Jeder organiſche Körperbau kann nur einen Schwerpunkt haben; es iſt nicht denkbar, daß die deutſch-öſterreichiſchen Länder zugleich nach dem Central-punkte der deutſchen Regierung gravitiren.“ So hatte es Beckerath bezeichnet. „Eine Geſammtregierung ſoll über den Bundesſtaat herrſchen“ hatte bündig Gagern den Grundge-danken ausgedrückt. Wie ſollte denn das möglich ſein, wenn Oeſterreich ſeine deutſchen Provinzen nicht abzweigen ließ?! Dieſe Provinzen konnten doch nimmermehr zugleich zwei Sou-verainetäten unterworfen ſein! Es war ja eben mit ihnen ganz anders als mit den Provinzen andrer Staaten. Alle andern Staaten ſollten ſich ganz einordnen unter die deutſche Souverainetät. Sie hatten zu ihrer Einzelnregierung ein klares, einfaches Verhältniß, welches abgemeſſen war nach den Souverainetätsrechten des deutſchen Reichs. Die deutſch-öſterreichiſchen Provinzen aber, ſtaatlich ganz und gar ver-bunden bleibend mit dem ſouverainen öſterreichiſchen Kaiſer-thume, bekamen wirklich zwei Souveraine, den Kaiſer von Oeſterreich und das deutſche Reichsoberhaupt, und zwar den Kaiſer von Oeſterreich als Herrn außerdeutſcher und deutſcher

Länder völlig unabhängig vom deutſchen Reichsoberhaupte. Das war doch in alle Wege ein Doppelleben, welches nicht nur die Verwirrung und den ewigen Streit, ſondern den Tod in ſich trug. Entweder der öſterreichiſche Befehl oder der deutſche Befehl mußte gelten, und damit dies möglich wäre mußte man von der naiven Vorausſetzung ausgehn, ſie würden einander immer gleich lauten.

Ueber dieß Kapitalhinderniß, durch welches eben Alles bedingt wurde, war Herr von Wydenbrugk hinweggeſchlüpft. Was half alſo alle Weisheit der Oppoſition? Sie entwickelte uns die großen Schwierigkeiten des von Gagern vorgeſchlagenen Ausweges, aber ſie täuſchte über die Möglichkeit eines andern Ausweges entweder gefliſſentlich oder leichtſinnig. In Wahrheit hatte ſie keinen.

Dieſes Rippen und Naſchen, Tadeln und Kritteln, dieſes Halbwiſſen und Halbwollen, welches in jeder geſetzgeberiſchen Verſammlung vom Uebel, in einer konſtituirenden aber von dreifachem Uebel iſt, dies ſchlimmdeutſche Möchte und Könnte nahm Vincke am dritten Tage der Debatte vor und ſchüttelte es unbarmherzig. Von Wydenbrugk erlebte dabei eine ſchlimme Stunde. Er hatte ſie verdient, um ſo mehr verdient, je deutlicher er in dieſer öſterreichiſchen Frage an den Tag gelegt, daß er ein ſcharfer politiſcher Verſtand und ganz wohl ausgerüſtet ſei, den Lebensnerv der Dinge herauszufinden, daß er aber den Parteiwendungen die Wahrheit unterordne.

Vincke's Stellung war in dieſer Frage eine ſehr vortheilhafte. Er hatte die konſervativen Oeſterreicher bei allen kritiſchen Fragen unterſtützt, und konnte nun mit gutem Fuge ſagen: jetzt bleibt bei der Stange! Ich habe, ſagte er, dagegen geſprochen und ich und meine Freunde haben dagegen geſtimmt, daß Oeſterreich zu einer entſcheidenden Antwort genöthigt werde „zu einer Zeit als Oeſterreich ſelbſt kaum wußte, wo ſeine Regierung ſich befand. Wir haben es gethan, um der Regierung in Wien" (der revolutionairen im Oktober) „welche gern eine teutoniſche Maske anlegen wollte keinen Vorſchub zu leiſten, wir haben es gethan um Oeſterreich das geeignete Wort zu laſſen wenn es an der Zeit wäre, endlich auch entſchieden aus dem deutſchen Geſichtspunkte um für den Fall, daß in Folge der Bewegung in Wien denn doch ein Auseinanderfallen Oeſterreichs ſtatthaben möchte, die deutſchen Provinzen für den Bundesſtaat retten zu können. Darum haben wir früher ſo geſtimmt. Wodurch ſind wir nun genöthigt, in entſchiedenerem Sinne uns auszuſprechen, wodurch anders als durch Oeſterreich ſelbſt? Das verehrte Mitglied für Weimar hat uns geſagt: wir wenigſtens ſollten den Schnitt nicht thun. So ſagte uns auch damals der Referent des Ausſchuſſes: Wir ſollten nur eine Frage richten an Oeſterreich. Nun wohl. Wer hat die Antwort gegeben, wer anders als das Programm von Kremſier? Wenn Angeſichts von Europa uns eine ſolche Antwort in's Geſicht geſchleudert wird, was ſollen wir thun? Sollen wir dazu in die Hände

klatſchen, oder dabei weinen wie die Kinder, oder ſollen wir uns einfach fragen wie es beſonnenen Männern ziemt: welche Bedeutung hat das Programm für Deutſchland?"

„Wir ſind berufen, eine Verfaſſung Deutſchlands zu machen, nicht eine einförmige, ſondern eine ſolche, welche dem Intereſſe des Geſammtvaterlandes entſpricht, und wenn wir der Anſicht ſind, daß Oeſterreich nicht in den Bundesſtaat eintreten kann, ſondern in einem andern Verhältniſſe mit uns innig und feſt verbunden ſein wird, wollen Sie dann die öſterreichiſchen Deputirten ausſchließen, an dieſem gemeinſamen Werke mitzuarbeiten? Wollen Sie den Inſinuationen des verehrten Mitgliedes für Gießen" (Vogt) „denn Stoff geben, daß die ganze Frage nichts weiter heiße als die Oberhauptsfrage, die öſterreichiſchen Deputirten hinauszuärgern im Intereſſe von Preußen? Die Meinung iſt von mir fern und wie ich überzeugt bin von allen meinen Landsleuten." (Stimmen auf der Linken: Ja, ſo iſt es! Bravo auf der Rechten und im Centrum.)

Uebrigens hatte er, wie vor ihm Georg Beſeler in ſeiner kräftigſten Rede, geſagt, daß einen Theil des Centralſtaates Oeſterreichs in den Bundesſtaat aufnehmen, das Unmögliche unternehmen, und daß die Aufnahme des ganzen Oeſterreich eine monſtröſe Mißgeburt verſuchen heiße. Einen deutſchen Staat wenigſtens könne man dies niemals nennen, und einen deutſchen Staat zu ſchaffen ſei ja doch die Nationalverſammlung berufen. Kurz, er erklärte

ſich mit ſeiner ganzen Kraft und Entſchiedenheit für das Gagernſche Programm, für den engeren und weiteren Bund.

Trotz dem war nicht abzuſehen, wohin ſich die Waagſchale ſenken werde. Von der Rechten gingen in ſolcher Frage keineswegs Alle mit Vincke. Aus dem rechten Centrum trennten ſich viele von ihren bisherigen Genoſſen. Auf dem linken Centrum hatte man durch Wydenbrugk eine Oppoſition aus dem Würtemberger Hofe ankündigen hören. So nahe am eigentlichen Centrum alſo ſchon begann die Oppoſition. Weiter links war gar nichts zu erwarten. Und dazu kam die jetzt immer deutlicher hervorbrechende Stammeseiferſucht, welche während der Debatte mancherlei giftige Nahrung erhalten hatte. Würth aus Wien, nächſt Somaruga und Beda Weber zu den leidenſchaftlichſten Parteigängern Oeſterreichs gehörig, hatte ſich verleiten laſſen, von ſeinen beſonderen Kenntniſſen aus dem Unterſtaatsſekretariat Gebrauch zu machen auf der Rednerbühne, um zu belegen, daß Preußen ebenſo wenig wie Oeſterreich der Centralgewalt zu Willen geweſen, und hatte damit eine garſtige Scene herbeigeführt. Vincke hatte mit Leichtigkeit nachgewieſen, welch ein Unterſchied darin zu Gunſten Preußens vorliege vor Aller Augen, er hatte ſich aber ſeinem Naturel gemäß mit dem faktiſchen Nachweiſe nicht begnügt, ſondern die Abwehr ausgedehnt auf den perſönlichen Unterſtaatsſekretair, welcher, eben aus dem Amte geſchieden, ſeine Amtskenntniß zu ſolchen Verdächtigungen auf der Tribune benütze. Das ſei gegen alle deutſche An-

ſicht von Amtstreue, und jetzt fände er es auch begreiflich, warum man keinen Oeſterreicher mehr im Miniſterium wolle. Dieſe Verallgemeinerung eines allerdings bedenklichen Schrittes, welchen ſich der Einzelne erlaubt hatte, erregte nicht nur Tumult, ſondern war freilich geeignet, die gegenſeitig gereizte Stimmung zu erhöhen. Vogt, welcher ſchadenfroh mit der Linken jubelte, daß man ohne gründliche Revolution nichts zu Stande bringen könne, warf mit gutem Bedacht dieſe öſterreichiſche Debatte auf die Oberhauptsfrage, und ſtachelte Manchen auf, welcher bis dahin unbefangen geblieben war. Wenn Oeſterreich aus dem engeren Bunde hinaus iſt, rief er, dann iſt die Oberhauptsfrage für Preußen entſchieden, und dies iſt der Kern unter der miniſteriellen Schale!

Unter ſolchem Eindrucke tief aufgeregter Eiferſucht ſchloß man am dritten Tage gegen zwei Uhr ohne das Ende erreicht zu haben, ohne des Ausganges nach der einen oder der andern Seite ſicher ſein zu können. Eine Nachmittags- und Abendſitzung ſollte nach Verlauf einer Stunde folgen. Gagern wollte noch einmal ſprechen vor den Berichterſtattern.

Die Gasflammen waren angezündet, als er zu dieſem Ende auf der Rednerbühne erſchien, groß und ernſt, weich und mild, eine Zeitlang auch gegen die Linke, bis dieſe ihr zum Stil gewordenes Dreinſprechen und Schreien auch gegen ihn verſuchte, und mit einigen zornigen Zurechtweiſungen von ſeiner Seite büßte. Er war nie gewaltiger als im Zorne, weil auch der Feind nie einen Augenblick bezweifeln konnte,

daß Alles was er wollte, sagte und that auf sittlicher Grundlage ruhte, auf ehrlicher patriotischer Absicht. Wie der Jupiter wendete sich dann seine mächtige Gestalt in voller Bewegung gegen den Feind, und unter den starken zusammengezogenen Brauen hervor warf das Auge seine Blitze.

Wer hätte einst geglaubt, daß ein Ministerium Gagern jeden Fußbreit Bodens werde erkämpfen müssen zu seinem Eintritte! Es war aber jetzt so, weil Gagern erst eintrat, als die gefährlichste Arbeit zu thun übrig war.

Er begann gegen diese heraufbeschworenen Dämonen der Stammes-Eifersucht. Er wollte den Standpunkt festzuhalten suchen, der ihm „während seines ganzen Lebens der natürliche" gewesen, „nicht irgend einem deutschen Volksstamme zu Liebe oder zu Leide" wollte er reden, „das ganze Volk, das Vaterland wollte er im Auge behalten."

„Wir sind noch weit von der Einheit", rief er, „wenn solche Stimmungen sich wiederholen sollten. Sympathieen und Antipathieen müssen niedergekämpft werden, sonst ist die Lösung der Frage die uns vorliegt unmöglich."

Dann zeichnete er deutlich die zwei Wege, welche vorgelegen für das Errichten einer deutschen Einheit: die tabula rasa der Linken, welche er nicht gewollt und nicht wolle, und die Verständigung auf dem Boden der Thatsachen, welche allerdings schwer sei. „Ich mache nicht Anspruch darauf Prophet zu sein", fuhr er fort, „und weiß nicht, wie diese Frage endlich gelöst werden wird. Das aber halte ich für meine

und unſere Pflicht, und dieſe Pflicht werde ich erfüllen; daß ich vor der Nation ausſpreche, was ich als die Bedingungen erachte, unter denen bei den gegebenen Verhältniſſen die Einheit, der ſtarke Bundesſtaat hergeſtellt werden kann. Wird er ſo nicht hergeſtellt, nun denn, ſo ſind wir für die Verwirklichung noch nicht reif; die allein praktiſche Idee wird ſich in der öffentlichen Meinung weiter Bahn brechen, und nach uns, vielleicht nach abermaligen ſtarken Erſchütterungen wird es dann Andere geben, welche die Aufgabe zu löſen nochmals verſuchen werden."

„Kann Oeſterreich in den Bundesſtaat treten"? fragte er mit vollem Nachdruck. „Das iſt die Frage die zunächſt gelöſ't werden muß. Ich habe mich verpflichtet — und dies war die Erweiterung, für Viele die Abſchwächung ſeines Programmes — „dem Beweiſe der Möglichkeit mich nicht zu verſchließen. Wenn der offene und entſchiedene Wille Oeſterreichs dargethan wird, mit ſeinen deutſchen Provinzen in den Verfaſſungsſtaat einzutreten, den wir mit den Eigenſchaften des Bundesſtaates zu bilden im Begriff ſtehn, dann würde ich eben ſo offen dazu die Hand bieten, und ich würde es für die beſte That meines Lebens betrachten, wenn ich auch nur ein Geringes dazu beizutragen vermocht?" (Lebhaftes Bravo im Centrum und auf der Rechten. Unruhe auf der Linken.) „Was mir aber", ſetzte er mit ſchwächerer Stimme hinzu, „die Schwierigkeit, die Unwahrſcheinlichkeit recht verdeutlicht, welche dem Eintreten Oeſterreichs in den Bundesſtaat ſich

entgegen ſtellen, das iſt auch der Umſtand, daß ſelbſt unter den Mitgliedern dieſer Verſammlung, die ſich über dieſe Frage nicht etwa ſeit Tagen, ſondern ſeit Monaten zu verſtändigen ſuchen, daß dennoch ſelbſt in dieſer Verſammlung nicht drei Oeſterreicher ſind, die übereinſtimmend darüber denken: wie es ermöglicht werden ſoll." (Hört!)

Und nun unterſuchte er nochmals die beiden Formen ſogenannter Möglichkeit. Entweder Oeſterreich mit den deutſchen Provinzen, oder Oeſterreich als Ganzes. Jenes, „die früher viel verbreitete Idee, haben wohl die Meiſten aufgegeben. Wenige beharren noch dabei. Ich glaube nicht daran." Es handle ſich nicht bloß um Paragraph Zwei und Drei, zwanzig andere ſtünden entgegen. Dieſes, der Eintritt ganz Oeſterreichs, werde doch nur von Wenigen geglaubt und noch Wenigere wünſchten es. „Ich achte alle Meinungen, auch die, welche ſich in kriegeriſchem Ruhme gefällt, der an die Idee einer großen weltgebietenden Macht ſich anſchließt. Dem Ehrgeiz, einer ſo großen Nation anzugehören, bin ich nicht verſchloſſen. Aber die vorwaltende Idee unſrer Zeit, von der wir uns ungeſtraft nicht entfernen dürfen, iſt die Entwickelung der Freiheit auf nationaler Grundlage. Mit dieſer Bedingung unſerer Entwickelung iſt die Bildung eines ſolchen Geſammtſtaates nicht vereinbar. Mit den Forderungen der Nationalität iſt es nicht vereinbar, daß wir ein Dutzend fremder Nationen hier mit uns tagen laſſen, deren Stimmenverhältniß wir kaum kennen. Mit den Bedingungen der Freiheit iſt es

aber noch weit weniger vereinbar, und das ſcheinen doch diejenigen, welche jener Anſicht das Wort reden als eine nothwendige Folge derſelben zugeben zu müſſen, daß dann gar keine wahre Volksvertretung beſtehe, indem Deutſchland alsdann ſich als Föderativſtaat im weiteren Sinne konſtituiren und darauf ſich beſchränken müßte, etwa durch Deputirte der Provinzialſtände der verſchiedenen föderirten Nationen die gemeinſchaftlichen Intereſſen vertreten zu laſſen. Das, meine Herren, bietet nicht die Erfüllung der Aufgabe, für deren Löſung wir hier zuſammengetreten ſind, die Freiheit auf der Grundlage nationaler Einheit zu begründen." (Bravo im Centrum und auf der Rechten. Unruhe auf der Linken.) „Wenn aber Oeſterreich nicht mit ſeiner Geſammtmonarchie eintreten könnte, wenn es auch nicht bloß mit ſeinen deutſchen Provinzen eintreten kann ohne, was es nicht will, die Geſammtmonarchie zu zerreißen — wie dann? Dann ſehe ich keine andere Löſung, als daß es Oeſterreichs Beſtreben ſein müßte, die Bildung des Bundesſtaates zu verhindern zu ſuchen, oder nur unter ſo laxen Formen zuzulaſſen, daß er keinem Intereſſe genügt, und die Hoffnung unſrer nationalen Entwickelung vereitelt wird."

Bis daher gingen nun wohl Manche noch mit ihm, die ſich vor der Entſcheidung all dieſer Fragen fürchteten, und die eigentlich der Meinung waren, Waſſer und Feuer ließen ſich vorſichtig an einander gebracht doch verſöhnen: in warmem Waſſer. Gegen Gagern zu ſtimmen wurde ihnen doch

gar zu ſchwer. Aber wie erſchracken ſie, als er ihnen den ſchützenden Nebel der Zukunft ſchonungslos hinwegriß, als er die Oberhauptsfrage, dies ſtachliche Ungethüm, reſolut in die Hand nahm und blankhin ſagte: er ſei und bleibe für ein einheitliches, ja, wenn man es denn jetzt ſchon wiſſen wolle, für ein erbliches Oberhaupt. Stürmiſcher Jubel des Centrums und der Rechten überſchüttete dieſe, wie Manche ſeufzten, unnöthige Aufrichtigkeit, aber dieſer Jubel bedeckte nicht die Wunde, welche nun auf einmal wieder weit aufgeriſſen war. Ein klein wenig Balſam träufelte nur Gagerns Verſicherung, daß er hiermit nicht die Miniſter-Meinung, ſondern daß er nur ſeine perſönliche Meinung ausſpreche.

Er ſetzte hinzu, daß er nie anders gedacht; daß er es für einen inneren Widerſpruch halte, die Monarchie in den Zweigen und die Republik im Gipfel haben zu wollen, „wo es gerade erſt recht der einheitlichen Führung bedürfe". Wolle man dem republikaniſchen Gipfel leidlich ausweichen, ſo komme man auf nichts anderes als den alten Bundestag. „Von der Vernichtung dieſes Zuſtandes aber ſind wir ausgegangen, etwas Beſſeres an die Stelle treten zu laſſen, ein Princip der einheitlichen Regierung, das betrachteten wir als die Aufgabe. Als zuerſt die Idee der Vertretung der Nation am Bundestage angeregt wurde von meinem verehrten Freunde Baſſermann" — (Gelächter auf der Linken, welche dieſem verhaßteſten weil gefährlichſten Gegner ſolch einen Titel verleiden wollte) „Ja wohl, meine Herren", rief Gagern, indem er ſich mit lang

vorgestrecktem Arme und furchtbar anschwellender Stimme gegen die Linke wendete, „ja wohl, von meinem verehrten Freunde Bassermann“ (Stürmischer Beifall des Centrums und der Rechten) „und es ist Keiner zu gut, der nicht durch seine Freundschaft geehrt würde“. — „Als zuerst die Frage“ (daß Welcker sie früher, Behr, Görres sie am Frühesten angeregt gab er verbindlich zu) „mir entgegentrat, da kam ich zu dem Resultate, daß eine Vertretung der Nation am Bundestage — da hier eine einheitliche, verantwortliche Regierung nicht bestehe, noch seiner Natur nach bestehen könne — nicht thunlich sei. So sehr ich von der Idee ergriffen war, so setzte ich doch die größten Zweifel in die Möglichkeit ihrer Verwirklichung. Es mußte das Vaterland in neue Phasen eintreten, um diese Idee in praktischer Weise zu verwirklichen; man mußte eine Regierung schaffen, die selbständig durch verantwortliche Minister der Volksvertretung gegenübersteht. Eine solche Regierung ist nicht möglich bei der republikanischen Spitze, welche von dem Auftrage der Staaten abhängt; sie ist zum Heile der Nation nur möglich, wenn ein einheitliches Oberhaupt an der Spitze steht.“

Alle Schwierigkeiten gab er bereitwillig zu, darauf zurückkommend, daß sie zu lösen seien, wenn man sich mit Oesterreich verständigen könne. „Glaubt man denn übrigens“ setzte er noch hinzu, „die Schwierigkeiten würden geringer sein, und es würden dann nicht die Mächte einander gegenüberstehn, wenn nicht aus der preußischen, sondern aus der österreichi-

schen Familie das Oberhaupt erwählt würde?! O nein! rief das Centrum.

Nachdem er noch das Direktorium als die Verewigung des Opfers, des Streites und der Intrigue bezeichnet hatte, ging er denn schließlich auf den „weiteren Bund" ein, welchen mit Oesterreich vorzubereiten er bevollmächtigt sein wolle.

Die Anhaltspunkte für eine solche Union böten sich sehr natürlich dar, und er müsse geradezu in Abrede stellen, daß nur von einem völkerrechtlichen Bündnisse wie mit jeder andern Macht die Rede sein könne. Ist das, fragte er, „ein bloß völkerrechtliches Bündniß, wenn wir eine gemeinschaftliche Handelspolitik und Zollgesetzgebung, wenn wir eine Schiffahrtsakte gemeinsam haben? Wäre das bloß ein völkerrechtliches Verhältniß, wenn in der Weise wie bisher zwischen den Zollvereinsstaaten die Kassen gemeinschaftlich sind? Ist das nicht ein Verhältniß, wobei die volle Selbständigkeit des betheiligten Einzelnstaates für die Wahl seiner politischen Richtung zum Voraus aufgegeben und ein Unterpfand geleistet ist, für ein Zusammenhalten bei politischen Eventualitäten? Es gibt eine Reihe von Interessen, sowohl materielle als politische, welche bei einer Union als gemeinschaftliche erklärt und geregelt werden können und welche geeignet sind, die nationalen Unionsbande zwischen den beiden Staatenkomplexen enger zu verknüpfen."

Er sah voraus, daß man nach der neusten Note Oesterreichs vom 28. December, welche Herr von Schmerling

gebracht, kein Eingehn Oesterreichs auf solche Unionsverhältnisse, oder doch wenigstens große Schwierigkeiten in den Einzelnpunkten voraussetzen müsse. Er zog also ein Aktenstück des österreichischen Handelsministeriums hervor, welches klar und überzeugend darthat, daß eine gleichmäßige Theilung der Konsulargeschäfte zwischen Oesterreich und Deutschland leicht und förderſam sei. Oesterreich werde gegen Osten und Süden als Verfechter des deutschen Handels, Deutschland solle gegen Westen als Beschützer des österreichischen Verkehrs auftreten. Beides werde in solcher Solidarität mit mehr Nachdruck und Wirkung geschehen können als den beiden Mächten jeder für sich erreichbar sein würde.

Dies mit lebhaftem Beifalle vom Centrum und der Rechten aufgenommene Aktenstück war vom — 26. Decbr. datirt.

Hiermit schloß Gagern, nachdem er noch in wenig Worten begründet hatte, warum eine solche Lebensfrage deutscher Verfassung, deren sofortige Betreibung dem Ministerium unerläßlich scheine, zur Kabinetsfrage gemacht worden sei und gemacht werden müsse. Unter anhaltendem stürmischen Beifalle trat er ab.

Der Berichterstatter der Minorität, Rüder, verzichtete nach solcher erschöpfenden Rede auf das Wort, und nur der Berichterstatter der Majorität, Giskra, sprach noch eine Stunde lang mit all der Behendigkeit seines Talentes, welche Richtiges und Mißliches zu Steigerungen aufzuhäufen und den Beifall des Augenblicks zu erringen weiß. Irgend eine

Stimme konnte solch ein Parteigänger nicht ab- und nicht zuwenden.

Es war Abend geworden und die Abstimmung erfolgte. Das Ministerium und die Minorität des Ausschusses hatten sich auf ein Amendement vereinigt, welches von der Rechten und namentlich von den Baiern Wulffen, Gombart und Genossen eingebracht worden war. Sie klammerten sich an die Zusage, daß die Unterhandlung mit Oesterreich nicht den möglichen Zutritt Oesterreichs ausschließen solle, sie klammerten sich als vermittelnde Männer daran, um nicht gegen Gagern stimmen zu müssen. Das Amendement lautete:

„Die Nationalversammlung wolle dem Reichsministerium die in der Vorlage vom 18. December 1848 — modificirt durch das Schreiben vom 5. Januar 1849 und erläutert durch die Erklärung des Ministerpräsidenten in der Sitzung vom 11. desselben Monats — erbetene Ermächtigung ertheilen."

Kurz vor der Abstimmung schloß sich noch Reh von Darmstadt mit einigen Freunden an dieses Amendement, und somit waren doch einige Stimmen aus Westendhall gesichert. Die Aussicht stieg, daß eine kleine Mehrheit, eine kleine! für das Ministerium Gagern entstehn könne. Die Abstimmung war maaßgebend für den ganzen noch übrigen Haupttheil der Verfassung, und wenn hier schon, wo noch Manches in der Schwebe blieb und wo es sich persönlich für oder gegen den Hauptmann der Paulskirche handelte, wenn hier schon eine

kleine Mehrheit zweifelhaft war, wie ſollte es werden in der Oberhauptsfrage?!

Mit Spannung folgte man jedem Namen. Der Buchſtabe A brachte ebenſoviel Nein als Ja, und als der alte Arndt ſein Ja mit tapferer Stimme rief, da machte ſich die künſtliche Erbitterung Luft, und von der Linken ſchrie man dem alten Sänger ſpöttiſch den Endreim ſeines Liedes entgegen: „Das ganze Deutſchland ſoll es ſein!“

Die Zeitungen verfehlten nicht zu erzählen, der Greis ſei erſchöpft und erſchrocken über dieſe Verleugnung, dies Opfer und dieſe herbe Erinnerung hinten über geſunken. Es iſt kein Wort davon wahr. Ernſt Moritz Arndt iſt ein ſo geſunder alter Knabe, daß er ſich von Stichworten nicht beſtechen und nicht einſchüchtern läßt. Der engere und weitere Bund, ſagte er Jedem der es hören wollte, iſt die einzige Möglichkeit: Deutſchland aus ſeiner politiſchen Nichtigkeit zum politiſchen Staatsweſen zu erheben. Dieſer engere Bund allein, ſetzte er hinzu, ſchafft aus dem literariſchen Deutſchland den Anfang eines politiſchen Deutſchlands. Der engere und weitere Bund trenne Oeſterreich nicht nur nicht, ſondern er ziehe es näher heran als es je geweſen, während die Gegner des engeren und weiteren Bundes mit unklarer Phantaſie nichts weiter zu Wege bringen würden in ihrer Feindſchaft gegen organiſchen Anfang, nichts weiter als Verewigung des bisherigen deutſchen Breies, welcher ſtets durch die Finger gleite, ſobald

man dies Deutſchland zu anderem Zwecke als zu dem eines Liedes anfaſſen wolle.

Mit ſolcher Geſinnung war er weit entfernt davon, von jenem höhnenden Zurufe peinlich berührt zu werden. Im Gegentheil machte das weiße Haupt und der immer noch rüſtige Körper im blauen deutſchen Rocke eine halb abſchmeckende, halb zornige Bewegung gegen die Schreier, als wollte er ſagen: Ihr verſteht's nicht beſſer, und Ihr am wenigſten werdet mir mein Lied deuten! Bald darauf aber lachte er in ſeiner gutmüthigen Weiſe, welche die Meinungsverſchiedenheit als zum Menſchenweſen gehörig hinnimmt. Dieſe Milde hat ihn während der Parlamentszeit nie gehindert, ſehr feſte Meinungen zu haben und ſehr feſt zu vertreten. Er ging bei den verfänglichſten Fragen unbekümmert um Unpopularität auf die Tribüne und redete gegen den franzöſiſchen Nivellirungskram hinein, daß die Fetzen flogen. Es war überall ein ſicherer Verlaß auf ihn wie auf einen viel erprobten Wanders- und Kriegsmann, der Alles wohl erwogen hat und weder nach links noch nach rechts ein Blatt vor den Mund nimmt. Ein Kernmann! Der Splint mag von den Jahren ſchadhaft werden, und auch dieſer bleibt ihm, dem täglichen Fußgeher, welchem man immer auf den Spazierwegen Frankfurts begegnete, auch dieſer Splint des Leibes bleibt dem ſiebzigjährigen Greiſe wunderbar feſt; der Kern aber iſt nur ſtärker geworden ſeit der Oppoſition gegen Napoleon und gegen polizeiliche Reſtauration. Er war mit ſeiner lauten Stimme in den Geſell-

ſchaften ein Schrecken für alle zarten Gewebe, die nichts brauchen konnten von einem durchgreifenden Entſchluſſe; er war bis zum letzten Athemzuge des Parlaments einer der Entſchloſſenſten für den parlamentariſchen deutſchen Bundesſtaat in erſter, die Union mit Oeſterreich in zweiter Linie.

Ueberhaupt erwieſen ſich die alten Herren der Märtyrerzeit tapfer und feſt. Sylveſter Jordan, der Tiroler, ſtimmte auch an dieſem Tage wie immer mit dem Centrum, ſtimmte trotz des Tiroler Herzens für Gagern. Er wußte zu gut, daß ſeine geliebte Heimath dadurch nicht von Deutſchland getrennt, daß ſie aber Deutſchland gefährlich würde, wenn ſie zur Verneinung des Bundesſtaates beitrage.

Jakob Grimm war nicht mehr da. Der ſchöne alte Kopf mit krauſem ergrautem Haare und den ſchönſten blauen Augen war verſchwunden vorn aus dem Mittelgange, dicht an der Rednerbühne, wo er ſo beredt zuzuhören wußte, beredt durch Aufmerkſamkeit auch für den mittelmäßigſten Redner. Ganz wie ein Literarhiſtoriker, welchem jedes Buch von Wichtigkeit. Mochte er ſich auch in der Periode der Grundrechte, wo er zuweilen über allgemeine Freiheitsfragen liebevoll phantaſirend ſprach, mochte er ſich da auch mitunter gar zu hingebend an abſtrakte Wünſche erwieſen haben, in den letzten Fragen um deutſche Eintheilung erwies er ſich doch ſehr bündig. „Wo drei Deutſche über Deutſchland ſprechen, da gibt es vier verſchiedene Meinungen!“ Das vergaß er nicht, und in

Gotha erſchien Jakob Grimm wieder auf der Bühne als ein zum Gagernſchen Programm gehöriger Mann.

Das überhaupt kann man nicht leugnen, daß zu dieſer Fahne die große Mehrzahl jener Notablen in Deutſchland getreten iſt, welche im öffentlichen Leben Uebung, Ruf und Achtung voraus hatten. In wie hohem Grade dies der Fall war, dafür ſprach das Aufſehn, welches die Abweſenheit Welcker's erregte. Welcker faſt allein ſtand von den Männern ſtaatskundigen und patriotiſchen Rufes nicht bei dieſer Fahne. Er ſtimmte auch heute gegen ſie. Noch ſechs Wochen lang focht er gegen den engeren Bundesſtaat, dann erſt ergriff er die Gelegenheit der öſterreichiſchen Verfaſſung, welche ein Centralreich verkündete, und wurde aus dem Saulus gegen den Bundesſtaat ein Paulus für denſelben.

Gegen acht Uhr des Abends am 13. Januar ergab die Abſtimmung für das oben erwähnte Amendement, alſo für das Miniſterium Gagern, 261 Stimmen. Dagegen 224.

Mit einer Mehrheit alſo von 37 Stimmen nur — und unter dieſen 37 war wiederum die Mehrheit damals noch nur dem Charakter Gagern's anhängig, nicht aber ſeiner Politik in der öſterreichiſchen Frage — wurde dem Miniſterium Gagern die beſtrittene wie gefürchtete Aufgabe anvertraut.

Man konnte ahnen, daß unter ſolchen Umſtänden das Werk ſchwerlich vom erſten Parlamente vollendet werden könne. Dieſe Frage, die größte deutſche Frage, war erſichtlich noch nicht reif. Man ſchritt aus der Kirche in die Dunkelheit des

Abends hinaus, und behielt von all den Gedanken nur einen vor der Seele. Dieſer eine wich und wankte nicht und hat uns nicht mehr verlaſſen: Es mußte endlich, wenn je ein deutſcher Staat entſtehen ſoll, in den romantiſchen Wirrwarr politiſcher Vorſtellungen Deutſchlands ſcharf eingeſchnitten ſein, damit ein organiſcher Gedankengang geweckt werde. Auf ſolchem Gange allein kann ein Volk zur Nation werden. In dem alten unorganiſchen Reichthume fortträumend verzettelt es ſeinen Reichthum immer mehr zu Reichthümern, welche wie Schweiz, Elſaß, Lothringen, Burgund, Schleswig, Kurland im Säckel fremder Herren liegen. Nie hat ſich das deutſche Reich ſcharf abgliedern mögen, und darum iſt es ſtets vermindert worden. Jetzt iſt's bereits ſo weit, daß eigentliches Deutſchland nur noch der geringere Theil genannt wird. Die abgegrenzten Staaten Oeſterreich und Preußen haben es bereits überholt. Entſchließt es ſich auch jetzt noch nicht zu klarer, feſter Form, indem es ſich mit einem ſeiner Großſtaaten völlig vereinigt, ſo geht ſein Name und urſprünglicher Charakter rettungslos zur Neige. Diejenigen, die Alles halten wollen in einem ſchlotternden Brande — verlieren Alles. — Was aber in ſolchem öffentlichen Ringen der Geiſter einmal als Reſultat herausgebildet worden iſt vor einem zuhörenden Volke, das iſt nicht mehr zu verlieren. Dies Parlament kann untergehn wegen dieſer Löſung des Räthſels; die Löſung wird nie wieder vergeſſen. Die Mutter ſtirbt, das Kind wird aufwachſen.

Schmerzlich genug für uns, die wir in den Vollgenuß eines nationalen Staates und Lebens mit beiden Füßen einzutreten dachten, und die wir uns auf die langſame, vielleicht unſer perſönliches Leben überdauernde Erziehung eines Kindes angewieſen ſehn.

6.

Nun ſchritt man ſchon in der nächſten Sitzung, am 15. Januar, zur Oberhauptsfrage.

Jetzt galt es zum letzten Male, ſich klar zu machen: was ſein könne, was man wollen könne. Ungefähr in folgender Weiſe argumentirte die immer enger zuſammenſchmelzende Mehrheit des Parlaments, die aber doch immer noch Mehrheit war:

Es ſind zwei Großmächte in Deutſchland vorhanden, eine Mittelmacht Baiern, eine mittlere Macht Hannover, zwei Königreiche, zwei Großherzogthümer und ein Kurfürſtenthum, welche geſchichtlich und faktiſch den Anſpruch mittlerer Mächte erheben. Außerdem kleinere, kleine und kleinſte Staaten. Allen zu genügen ſcheint nur dadurch möglich, daß ein Kollegium an die Spitze geſtellt werde, ein Direktorium.

Wer Allen genügen, Allen gefallen will, der pflegt charakterlos werden zu müſſen und gefällt dann Niemand recht oder höchſtens denjenigen, welche die geringſten Anſprüche zu machen haben.

Ein Kollegium an der Spitze wird eine neue Auflage des Bundestags, man mag sich anstellen wie man will. Eine verbesserte Auflage vielleicht dadurch, daß man das Kollegium an Zahl verringert und auf sieben, oder fünf, oder drei vereinfacht. In der Sache selbst wird nichts verbessert: es wird wie beim Bundestage nach Instruktionen regiert, man mag die Instruktionen ausschließen oder nicht. Die Direktoren haben und üben ein von den Kronen übertragenes Recht und müssen und werden zusehn, daß sie dies übertragene Recht im Sinne ihrer Verleiher ausüben. Dies wird also nun und nimmer eine selbständige Bundesregierung; es wird eine vielfach und dauernd abhängige, welche schon deshalb Mangel an Energie, schleppendes Wesen, Raum zu Intriguen mit sich bringt. Der Partikularismus ist dadurch sanktionirt und zur Intrigue herausgefordert. Des parlamentarischen Regimentes gar nicht zu gedenken, welches mit seinen verantwortlichen Ministern einer solchen zusammengesetzten, unselbständigen Spitze gegenüber entweder gelähmt oder zu republikanisch-despotischen Uebergriffen genöthigt würde. Solch ein Direktorium ist mit einem Worte eine republikanische Form ohne republikanische Konsequenz, ein Zwitter.

Wäre dies aber auch besser als es sein kann, was wird es denn im deutschen Bundesstaate für einen Erfolg haben müssen? Den Tod des parlamentarischen Bundesstaates. Ist man wirklich so naiv zu glauben, es werde sich die Großmacht Oesterreich, es werde sich die Großmacht Preußen von einem

deutſchen Parlamente die Politik vorſchreiben laſſen, wenn jede dieſer Großmächte keinen weitern Einfluß, keinen weitern Vortheil als das Mitſtimmen ſeiner übrigens unabhängigen Abgeordneten, als das Mitſtimmen ſeines Direktors hätte?! Auf Diskretion will man einen ſo künſtlich zuſammengeſetzten Staat bauen! — Laſſen wir einmal bei Seite, daß die eiferſüchtigen Spaltungen zwiſchen Oeſterreichern und Preußen, um welche ſich der Norden und Süden gruppirte, permanent würden, wie wir ſie in der erſten Reichsverſammlung geſehn haben. Dieſer nur zu tief begründete Streit würde nie ruhn, denn er iſt nicht nur auf Stammesunterſchiede, er iſt auf Mächte gegründet, welche hiſtoriſch gegen einander Mächte geworden ſind. Er kann nie zum Aufgehn des einen Ganzen in das andre Ganze, er kann nur zur Zerſtörung des einen oder andern Ganzen führen. Laſſen wir dieſen Streit, welcher das Zuſammenſein Oeſterreichs und Preußens in einem geſetzgeberiſchen Staatsorganismus unmöglich macht, bei Seite. Es iſt nur zu viel Anderes übrig, welches die Abhängigkeit Oeſterreichs und Preußens von einem geſetzgeberiſchen deutſchen Parlamente zur Chimäre macht. Jede dieſer Großmächte für ſich iſt ſtärker als das übrige Deutſchland. Jede würde ausdrücklich oder thatſächlich Nein ſagen, wenn ein Beſchluß des Parlaments ihr unerwünſcht wäre. Denn im täglichen politiſchen Leben iſt das ſchöne großdeutſche Wort ein leerer Schall; der Vortheil und das Machtverhältniß entſcheidet. Was dann? Dann ſoll wohl das vielberufene Gleich-

gewicht zur Wirksamkeit kommen und die eine Großmacht mit dem übrigen Deutschland soll die rebellische andre Großmacht zum Gehorsam zwingen? Dieses Mittel zur Herstellung des Gleichgewichtes ist eine andere Chimäre. Es hilft nur allenfalls, um ein unwillkommnes Drittes abzutödten durch gegenseitiges Zögern und Hinhalten, es hilft nur zum Gleichgewichte des Bundestages, das heißt dahin: daß nichts geschehe. Es hilft aber nimmermehr dazu, daß ein unwillkommnes Drittes, ein Beschluß des deutschen Parlaments lebendig gemacht werde. Oder glaubt man, Oesterreich werde gegen Preußen, Preußen werde gegen Oesterreich die Exekution des Parlamentsbeschlusses übernehmen und nöthigenfalls mit den Waffen in der Hand durchführen? Aber Oesterreich, welches heute diese Exekution übernähme gegen Preußen, weiß sehr gut, daß es morgen in dem Falle sein kann, einen andern Parlamentsbeschluß bei sich nicht einzuführen, und daß also morgen Preußen das Exekutionsheer gegen Oesterreich marschiren ließe. Glaubt man wirklich, die beiden Großmächte würden in einen solchen immerwährenden Kriegsstand eintreten zum Besten eines schwächeren Dritten?

Summa: das deutsche Parlament geht zu Grunde oder wird ein verächtliches Schattenbild unter einem solchen Direktorium. Denn keine Großmacht hat ein Interesse, es zu respektiren.

Oesterreich hatte damals noch nicht ausgesprochen, daß es kein Volkshaus wolle. Jedem Unbefangenen war es aber

längſt klar, daß es keins wollen könne. Wenn es den Worten nach etwas zulaſſe, was es der That nach nicht zulaſſen kann, ſo heiße dies nur: den Kindern ihren Willen thun, um langſam abzutödten was man nicht ſchnell beſeitigen will.

Wie verhielt ſich denn nun aber das Direktorium, wenn Oeſterreich nicht in den engeren Bundesſtaat gehörte, und die Großmacht Preußen allein darin blieb? Nicht viel beſſer. Der Mangel einer ſelbſtändigen Regierung bleibt derſelbe, und die Unterwerfung Preußens unter die Parlamentsbeſchlüſſe bleibt eben auch für Preußen eine Sache der Diskretion. Als europäiſche Großmacht, die allein ſtärker iſt als das aus dreißig Theilen zuſammengezogene übrige Deutſchland, ſoll es ſich dieſem Konglomerate von kleinen Staaten ganz gleich ſtellen laſſen? Das iſt eine ideale Forderung, welcher die Praxis eben nicht entſprechen wird. Seine auswärtige Vertretung als preußiſcher Großſtaat wird es eben nicht aufgeben ohne Entſchädigung, und wenn man ihm dieſe Entſchädigung in der deutſchen Oberhauptsfrage nicht gewährt, ſo wird es ſein großſtaatliches Preußenthum eben nicht aufgeben, das deutſche Parlament mag ſagen was es will. Den Schaden wird wieder nur das deutſche Parlament haben, deſſen Beſchlüſſe von Preußen nicht befolgt werden, ſobald ſie ihm nicht gefallen. Wenn die gegenſeitigen Intereſſen nicht ausgeglichen werden, ſo kommt keine Wahrheit in ſolch einen Bundesſtaat. Abgeſehen von allen Uebelſtänden welche eine übertragene vielköpfige Exekutivgewalt an ſich hat iſt ein

Direktorium überhaupt nur lebensfähig unter vereinigten Staaten, wenn dieſe Staaten keinen ſo unverhältnißmäßigen Unterſchied an Macht beſitzen. Sobald ein Staat, welcher alle anderen beſiegen kann, hineingezogen werden ſoll, dann iſt die abſolute Gleichheit der Anſprüche und Befugniſſe eine thörichte, weil unhaltbare Forderung.

Dies ſahen nun wohl diejenigen ein, welche von der Praxis der Dinge etwas verſtanden, und ihr Studium trachtete nach einem anderen Auswege. Die fatale Perſpektive auf einen neuen Bundestag, welche mit dem Direktorium ſo deutlich eröffnet war, wollten ſie gern vermeiden. Beſonders Welcker flüchtete alſo zum ſogenannten Turnus. Nach dieſem Auskunftsmittel ſollten Oeſterreich und Preußen abwechſelnd auf eine Reihe von Jahren, am Liebſten auf ſechs Jahre, an die Spitze geſtellt werden. So ſei eine ſelbſtändige Bundesregierung gewonnen, und das Unvermeidliche ſei gewährt: es ſei den beiden Großmächten Rechnung getragen. Dies Auskunftsmittel konnte ſich aber noch weniger Gunſt erwerben, ſelbſt nicht bei den Gegnern des eng geſchloſſenen Bundesſtaates. Von den Bundesſtaatlichen wurde es geradezu verſpottet. Dies wäre, riefen dieſe, das immerwährende Proviſorium, das „fortgeſetzte Reichsvikariat“, innerhalb deſſen nie ein Reich, viel weniger ein Staat entſtehen kann. Dies heißt Deutſchland den Großmächten wie eine Domaine überliefern ohne irgend einen organiſchen Keim der Geſtaltung. Die beſte Ausſicht dieſes Auskunftsmittels iſt noch die üble

Aussicht, daß Deutschland mit der Zeit wirklich getheilt werde zwischen Oesterreich und Preußen. Wie wird sich denn zunächst Oesterreich verhalten während der sechs Jahre preußischer Herrschaft? Um nichts besser, wahrscheinlich um etwas schlechter als unter der provisorischen Centralgewalt, welche nicht den geringsten Einfluß ausübte in Oesterreich, obwohl ihr Inhaber ein österreichischer Erzherzog war. Nun soll gar der König von Preußen die Beschlüsse eines deutschen Parlamentes in Wien durchsetzen! Wer glaubt daran! Und während der sechs Jahre österreichischer Herrschaft soll Preußen aufhören, ein europäischer Staat zu sein und vom Kaiser von Oesterreich befehligt werden! Wer hält das für möglich?!

Soll eine deutsche Regierung entstehn, fuhr man fort, so muß eine Großmacht allein an die Spitze gestellt werden, und sie muß ihr Interesse darin finden, im deutschen Staate aufzugehn. Oesterreich ist an sich ein großes Reich, welches nur in zweiter Linie Deutschlands bedarf. Es braucht also auch nur im weiteren Bunde mit Deutschland vereinigt zu sein. Preußen aber ist auf Deutschland angewiesen; es steht und fällt mit Deutschland. Preußen nur kann, nachdem der kleine polnische Antheil abgezweigt ist, in Deutschland aufgehn, denn es ist nur deutsch und hat nur deutsche Interessen.

Nun wohl, sagten Diejenigen, welche nicht chimärisch großdeutsch sein wollten, stellt Preußen auf sechs Jahre, auf zwölf Jahre oder auf die Lebenszeit des jetzt regierenden Kö-

nigs an die Spitze. Dann wollen wir zustimmen, weil wir Eure Gründe richtig finden, und weil wir durch eine solche Oberherrschaft auf Zeit nicht die Zukunft vergeben für Oesterreich!

Das können wir nicht, riefen die Bundesstaatlichen, weil mit einer Oberherrschaft auf Zeit der Dualismus wie ein Schwert über Deutschland hängen bleibt, weil unter dieser Drohung kein Bestand gewonnen wird, weil mit so bedrohter Oberherrschaft Preußen sich nicht hingeben kann an Deutschland. Letzteres muß geschehen, weil ein deutscher Staat entstehen soll, und es kann nur geschehen wenn Preußen seine ganze Zukunft rückhaltlos mit der deutschen vereinigen kann. Bei einer Oberherrschaft auf Zeit wird Preußen seine Aufgabe wie eine Pachtung behandeln. Es wird Deutschland auszubeuten suchen, und wird sich für das Ende seiner Herrschaft sicher stellen. Auch darin sicher stellen, daß es sein preußisches Parlament in leidlicher Kraft zu erhalten trachtet neben dem deutschen Parlamente, um gegen Ablauf des Termins einen Widerpart zu haben gegen dies deutsche Parlament. Es wird wie zur Wahlzeit der deutschen Kaiser naturgemäß seine Hausmacht pflegen und im Auge behalten, und der deutsche Staat wird zu keiner Wahrheit gedeihen. Um dies zu vermeiden soll es erblich an die Spitze gebracht werden. Dann erst kann es naturgemäß und nicht redensartlich in Deutschland aufgehn; denn alsdann ist wie durch Eigenthum und Familie sein Interesse ein deutsches.

So nur, setzten sie hinzu, durch engeren, preußisch erbkaiserlich abgeschlossenen Bund einerseits, und durch weiteren, in organischen Formen sich entwickelnden weiteren Bund mit Oesterreich werden die Großmächte, auf welche am letzten Ende doch Alles ankommt, der Art zu Deutschland gestellt, daß ein deutscher Staat und ein deutscher Bund möglich wird.

In Betreff des weiteren Bundes mit Oesterreich war übrigens unter den Erbkaiserlichen eine Verschiedenheit vorhanden, die nicht laut zur Sprache gekommen ist, weil in erster Lesung die Opposition gegen das Erbkaiserthum siegte. Dieses Sieges wegen ließen die näher um Gagern Gruppirten zunächst die Rücksichten für Oesterreich fallen, welche aus dem entworfenen „weiteren Bunde" entnommen werden sollten. Beim dritten Paragraphen des Abschnittes vom „Reichsoberhaupte" wird diese unbekannt gebliebene Schattirung in Rede kommen.

Die Debatte über den ersten Paragraphen „die Würde des Reichs-Oberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen" dauerte vier Tage, den 15. 16. 18. und 19. Januar. Sie wurde eröffnet durch den republikanisch gesinnten Professor Schüler aus Jena, von dessen Beweisführung zwei Sätze einen Eindruck machten. Er meinte, die Einführung der republikanischen Spitze leide „höchstens an einer äußeren Unmöglichkeit", und da ihm dies geringfügig erschien, und da er Preußen gerade darum nicht an die

Spitze wollte. „weil ihm eine große materielle Macht zur Seite ſtehe“, ſo empfahl er ein „leichtes, bewegliches Laubdach.“ Jeder Deutſche ſollte wählbar ſein, und der Erwählte ſollte ſechs Jahre lang das bewegliche Laubdach vorſtellen. Dies wurde ein gefährliches Stichwort, beſonders da ja in unſerm Klima die Hälfte des Jahres hindurch das Laub fehlt.

Von dieſer Seite, von dem Standpunkte deſſen was „höchſtens“ unmöglich ſei ſprachen die Linken in ihrer Oppoſition gegen den Paragraphen. Noch dazu Schwätzer auf Schwätzer in dieſer für ſie hoffnungsloſen Frage. Nur Eiſenſtuck aus Chemnitz fand hie und da im Centrum Gehör, weil er von allem Erſinnlichen und noch einigem Anderen zu ſprechen pflegte. Man war nicht ohne Wohlwollen für ihn, weil er ſelbſt in den Ausſchüſſen für wohlwollend und für ſo gewiß „koulant“ gehalten wurde, auf der Rednerbühne auch eine nicht geringe Flüſſigkeit und Wortfülle hatte, welche Manchen über die Schwammigkeit des Inhalts täuſchte. Seine politiſche Wiſſenſchaft ging aus von Kattun und Schutzzöllen und Radikalismus, und kam hinaus auf konfuſe Radikalveränderung, auf höchſte Schutzzölle und theuren Kattun. Davon mußte er denn auch bei Gelegenheit des entſtehenden Kaiſers ein Langes und Breites ſprechen, weil der Kaiſer nicht hinlänglich eingenommen ſein würde für Kattun. Immerhin war aber dieſer Chemnitzer Induſtrielle beobachtenswerth mit den Talenten und der beneidenswerthen Sicherheit einer halben Bildung, mit dem warmen und ehrlichen

Ausdrucke der Bürgerliebe und mit dem hitzigen Haſſe gegen Tyrannei. Er iſt ein Typus für eine lehrreiche und bekehrungsfähige Mittelgattung des induſtriellen Radikalismus. Sein Zorn gegen das alte Regiment war ſo ächt, daß ſein rothes Geſicht beim Vorparlamente blau geworden und man in Beſorgniß vor einem Schlagfluſſe geweſen war, als er durch innerlichſten Ausdruck ſeiner Wuth die vielen Vorredner überbieten zu müſſen geglaubt hatte. Das vergaß man nicht, wie unangenehm auch der Eindruck geweſen. Zorn und Wuth eines ſonſt milden Bürgers nimmt man gern hin für ein Zeugniß redlichen Glaubens. Der ehrliche Ausdruck und der redliche Glaube hielt ihn aber doch nicht ab, ſpäter eine Miſſion Gagerns nach der aufſtändiſchen Pfalz anzunehmen, welche ſeinen Anſichten nicht entſprach und welche er denn auch ſeinen Anſichten gemäß, nicht aber ſeinem Auftrage gemäß ausführte. Dieſer moraliſche Widerſpruch, oder um es deutlicher zu ſagen dies unmoraliſche Facit guter Einzelnpoſten iſt nicht unwichtig in einer Zeit, welche der talentvollen, aber halben Bildung ſo viel Einfluß gewährt hat.

Bei allem Schreien und Pochen fehlt dieſer Gattung des induſtriellen Radikalismus denn doch auch die ächte Energie. Als Herr Eiſenſtuck jetzt bei der letzten Frage der Verfaſſung wiederum Stunden lang in den Vermuthungen hoher Schutzzölle herumfuhr, gerieth man im müßigen Spiel der Gedanken auf die Frage: ob mit dieſer ſtreng materiellen Richtung nicht dennoch etwas Großes anzufangen geweſen wäre für die

deutſche Einheit? So wie ſie verfuhren dieſe Zollkämpen, dieſe Herren Eiſenſtuck, Moritz Mohl, und oft auch von Reden und Genoſſen, ſo ſchöpften ſie in ein Sieb wenn ſie mitten in den Verfaſſungsfragen immer und immer wieder die beiläufige Erledigung der Handelsfragen vorſuchten. Das ging nun doch einmal nicht ſo beiher und ehe man die Form eines Reiches hatte. Wie aber, fragte man ſich, um die Zeit der müßigen Rede auszufüllen, wenn ſie gleich zu Anfange des Parlamentes die Frage der Zolleinigung als eine präjudicielle erhoben und die Beantwortung derſelben durchgeſetzt hätten? Wäre das nicht eine ächte, wäre das vielleicht eine fruchtbare Energie geweſen? Der Beginn des ganzen Werkes mit einer ſolchen ganzen Maaßregel hatte wohl etwas Scheinbares. Wenn man bei Eröffnung des erſten Parlamentes die Zolleinheit über alles deutſche Land ausgeſprochen, ſo war dies allerdings eine ganze, eine ungeheure Maaßregel für die Einheit Deutſchlands. Ein Jahr lang wären die Deutſchen materiell verbunden geweſen bis es zur Entſcheidung über die Einheits-Verfaſſung kam, und es wäre nicht ſo leicht geweſen ſie wieder zu trennen! Während ohne ſolch ein Band, ohne ſolch ein materielles, für Jedermann fühlbares Band die Rückkehr zum Alten unſern Landsleuten nur vorkommen mag wie das Ende eines Traumes!

Aber welch ein Wagniß! Man hätte ſich nur darauf einlaſſen können, wenn man der redlichſten Vaterlandsliebe und der gewiegteſten Bildung ſicher ſein durfte. Zunächſt hätte

die Einigung über das Princip der Zolleinheit nicht viel weniger Zeit in Anſpruch genommen als die Debatte über Grundrechte, und dieſe Debatte über Grundrechte wäre nicht erſpart, wäre nur noch radikaler geworden. Wie ſehr ferner wäre Wildheit, Wüſtheit, Rand- und Bandloſigkeit geſteigert, wie ſehr wären die auflöſenden Elemente gefördert worden bei einer ſo plötzlichen allgemeinen Entfeſſelung auf einem Gebiete, wo Beſitz und Vermögen von Millionen in die Lüfte geſchleudert wurden wie man eine Hand umkehrt!

Es war ein mittelbarer, aber ein unfehlbarer Weg zu voller Revolution, und zu welch einer Revolution! da die Lenkſeile des Volks in den Händen von Demokraten unbedachteſter Art, von ſocialiſtiſchen Träumern und wohl gar von Kommuniſten waren.

So ſtößt man bei jeder Spekulation um ganze Maaßregeln für die Einheit Deutſchlands immer wieder auf daſſelbe Hinderniß, auf dieſelbe Gefahr: auf die unreife Uebertreibung der Linken, welcher nichts anvertraut, nichts überlaſſen werden konnte.

Nebenher zur Charakteriſtik ſei hierbei erwähnt, daß jener ſächſiſche Redner im Vorparlamente, welcher ſich ſo abſchmeckend gegen die Oeſterreicher verhielt und ihre zahlreichere Zuziehung in den Funfziger Ausſchuß aus den nichtigſten Formgründen abwies, derſelbe Herr Eiſenſtuck war, der jetzt äußerſt großdeutſch gar nicht begreifen konnte, wie es einen deutſchen Staat ohne Oeſterreich geben könne. Wie iſt der

Begriff Oeſterreich zu unvereinbaren Parteizwecken und Vorwänden ausgebeutet worden! Heute für die nivellirenden Linken, morgen für die partikulariſtiſchen Rechten, übermorgen für jeden gedankenloſen, zukunftloſen Stammesneid, der die großdeutſche Maske vornimmt um ſein neidiſches Antlitz zu verbergen und unerkannt gegen jede mögliche Einheit des Vaterlandes ſtimmen zu können. Kuranda hatte ganz Recht, als er um jene Zeit zu Wien ſelbſt in ſeiner Oſtdeutſchen Poſt rief: Es iſt wahr, Oeſterreich iſt der böſe Genius deutſcher Einheit.

Niemand konnte Welcker ſolcher parteiiſchen Schwenkungen zeihn. Er wurde alſo der moraliſche Mittelpunkt einer öſterreichiſchen Oppoſition in der Oberhauptsfrage, als er gegen den erſten Paragraphen in einer Stunden langen leidenſchaftlichen Rede auftrat. Man mußte ſich erinnern, daß er ſtets den Vorverſammlungen bei Gagern fern geblieben, man mußte ſich eingeſtehn, daß er guten Glaubens, redlichen Willens und mit manchem guten Grunde eiferte gegen dies ganze Syſtem eines engeren und weiteren Bundes. Er eiferte heftiger, ausgiebiger denn je. Aus allen Winkeln politiſcher Geſchichte Deutſchlands holte er in ſeiner unerſchöpflichen Improviſation Beweisſtücke gegen ſeine Gegner. Aber dennoch wirkte dieſe wichtigſte Oppoſitionsrede auf ſeine Gegner gar nicht. Er beging den Fehler, zu Viel beweiſen zu wollen. Wenn er geſagt hätte: Ja, es iſt wahr, der Bundesſtaat iſt kaum in Ganz zu ſetzen mit Einordnung Oeſterreichs, welches

ſich nicht einordnen laſſen kann, aber dieſer Uebelſtand iſt geringer als der Ausſchluß Oeſterreichs — wenn er ſo geſprochen hätte, ſo wäre das Nachdenken von Neuem geweckt, ſo wäre ein Eingehn auf ſeine tieferen Gründe möglich geweſen. So ſprach er aber nicht, ſondern er bewies tobend, daß Oeſterreich eigentlich in gar keiner andern Lage ſei als irgend ein anderer Staat, daß es ſich überall einordnen könne in den Bundesſtaat, daß nur ein gemachtes, abſichtlich aufgebautes Vorurtheil behaupte, Oeſterreich könne in ſolche Formen eines Bundesſtaates nicht eintreten.

Das war nicht wahr, und die Verſammlung war nicht von der Beſchaffenheit, ſich etwas Unrichtiges einreden zu laſſen. Er machte den Eindruck eines Streitenden, der ſeine Beweiſe dadurch zu verſtärken ſucht, daß er ſie ſchreit und daß er dem Gegner die Ohren betäubt. Der Verſtand eines Unſicheren oder Furchtſamen mag dadurch mit betäubt werden, der Verſtand einer großen politiſchen Partei, welche dieſe Sachen zehnmal reiflich erwogen hatte, blieb davon unberührt. Gerade weil er Unrichtiges beweiſen wollte gewann er auch diejenigen nicht, welche immer noch geneigt waren, einem Auskunftsmittel für Oeſterreich zuzuſtimmen. Und, wunderlich genug! weil er ganz ehrlich und patriotiſch und nur über die Richtigkeit des Weges andrer Meinung war, blieb er in dieſer hochwichtigen Frage trotz ſeiner mächtigen Perſönlichkeit, trotz ſeiner aufregenden Reden jetzt und ſpäter ganz allein. Jetzt wie ſpäter als er zu den Erbkaiſerlichen überging. Einſam und allein blieb

er hier wie dort ohne Proſelyten, weil es nur ein Prozeß ſeines Kopfes und weil es nicht der Prozeß einer größeren organiſchen Vorſtellung war. Jetzt rief er unter ſtürmiſchem Jubel, er werde eventuell jedem Amendement zuſtimmen, welches nur den preußiſchen Erbkaiſer abwenden könne, und er ſetzte in demſelben Athem hinzu: „Wenn aber Oeſterreich ausſcheidet oder zuſtimmt, dann ſage ich mit vollem Herzen: Es lebe der preußiſche Kaiſer hoch!“ Dieſe Wendung fand nicht ein Bravo, ſie machte nur Senſation. Sie verrieth, daß er zu keiner Partei gehöre, und daß ihm Niemand nachgehe, ſie verrieth, daß er patriotiſcher Partiſan, aber kein Führer ſei. Für ſeinen Charakter, welcher beim ſpäteren jähen Uebertritt zu den Erbkaiſerlichen in Frage kam, für ſeine perſönliche Berechtigung zu ſolchem Uebertritt iſt dieſe Aeußerung allerdings wichtig. So wie ſie ihn jetzt wirkungslos machte und ein Symptom ſeiner Wirkungsloſigkeit war, ſo bewies ſie ſpäter, daß er zur totalen Aenderung ſeines Rathes innerlich berechtigt war.

Es war freilich auch noch ein andres Symptom, daß dieſe Aeußerung kein Echo fand. Wie Viele ſagten nicht, daß ſie bloß wegen Oeſterreichs kein Kaiſerthum wollten, und jetzt ſchwiegen ſie doch, als Welcker rief: Es lebe der preußiſche Kaiſer, wenn Oeſterreich zuſtimmt! Durften ſie ſchweigen, wenn Oeſterreich ihr wahrer Grund war? Nein. Ihr Schweigen verrieth alſo, daß Oeſterreich ihnen zum Vorwand diente.

Reichensperger, ebenfalls Oppoſition gegen ein einheit-

liches Oberhaupt, sagte denn auch mit eigenthümlicher Offenherzigkeit, daß ein protestantischer Kaiser nicht zu wünschen sei, und daß man der österreichischen Katholiken nicht entbehren könne zur Erhaltung des Gleichgewichts zwischen den Konfessionen. Es wurde dies Heraufbeschwören traurigen Angedenkens, diese Geringschätzung der eben erst beschlossenen Grundrechte, in welchen also ohne Dank dem katholischen Priesterthume die bedenkliche Unabhängigkeit vom Staate uneingeschränkt gewahrt worden war, es wurde dies merkwürdige Wort wenig bemerkt, weil Reichenspergers fein gefädelter Vortrag leicht für langweilig gehalten wurde und keine besondere Aufmerksamkeit fand. Auf diejenigen aber, welche dieser Rede folgten machte es einen tief niederschlagenden Eindruck. Weiter also waren wir in Deutschland noch nicht! Jetzt noch konnte von einem fein gebildeten Manne der Religionsunterschied auf der ersten Rednerbühne des Vaterlandes so betont werden, daß er ein Hinderniß sei für ein einheitliches Oberhaupt!.

Von Seite der Erbkaiserlichen war man bedacht gewesen, nichtpreußische Redner aufzustellen. Der Augsburger Hof also schickte die zahlreichsten Redner in's Treffen. Biedermann, Stahl, Barth, Falck, Wernher und im gleich darauf folgenden Erblichkeitsparagraphen Rümelin den Schwaben. Unter ihnen war nur Falck ein Preuße. Von ihm, der einst zu Westendhall gehört, die Empfehlung des Erbkaiserthums einleiten zu hören schien den Linken unerträglich zu sein. Sie versuch-

ten es, ihn durch Unruhe zu „dämpfen", wie ſie's kürzlich mit gutem Erfolge an Wilhelm Jordan gethan. Falck aber holte nicht weit aus mit ſeinen Reden, und konnte deshalb raſcher abtrumpfen. Das Reden war überhaupt unter ſolchen Umſtänden ein Kunſtſtück geworden. Wie bei verwirrtem Treibjagen man Schuß und Treffer geſchickt anbringen muß, ſo in der Paulskirche eine Rede, falls man nicht zur Linken gehörte. Die Linken wurden höflicher behandelt und wurden von einem unübertrefflichen Korpsgeiſte geſtützt. Alles was aus ihrer Mitte kam wurde applaudirt und auf jede erſinnliche Weiſe gefördert. Selbſt der albernſte Antrag blieb, des Korpsgeiſtes wegen, nie ohne Unterſtützung.

Mit beſondrer Theilnahme hörte man in dieſer wichtigſten Frage die Baiern Stahl und Barth. Es war männiglich bekannt, daß ein deutſches Kaiſerthum dem ſtärkſten Widerwillen begegnen werde an der Iſar. Nicht bloß ein Kaiſerthum der Hohenzollern, wenn man auch ſo betonte. Ein Kaiſerthum der Habsburger nicht minder, wenn man auch zunächſt nicht ſo ſagt, weil es nicht in Rede ſteht. Eine ſolche Mittelmacht iſt übel daran. Uebel für ſich, übel für das Ganze. Jenes ſogenannte Gleichgewichthalten beſteht darin, daß auseinander gehalten, nicht aber darin, daß unter abwägender Vermittelung zuſammengebracht wird. Zertheilen wohl, nicht aber vereinigen. Solche negative Aufgabe mitten in einer Nation iſt ein herbes Loos. Das konnte man recht erkennen, wenn man die Aeußerungen über Baiern anhörte.. Nicht

bloß im Centrum, nein. links und rechts. Ueberall wurde das Bitterſte über Baiern geäußert, weil Baiern jeder gedeihlichen Kombination im Wege zu ſtehen ſchien. Heftig entrollte man die deutſche Geſchichte und wies nach, daß es ſtets ein Zuſammengehn Deutſchlands gehindert und vorzugsweiſe den Reichsfeind herbeigerufen habe, um ſeine ſchwache, auf's Zertheilen angewieſene Stellung zu ſtärken. Solche heftige Gegner ſchalten denn auch lebhaft, daß man, offenbar nur Baierns halber, einen Reichsrath an die Oberhauptsfrage geklebt, ein fünftes Rad an den Wagen. „Baiern wollt Ihr dadurch verſöhnen mit dem Kaiſerthume", riefen ſie, „und täuſcht Euch völlig. Es thut nur was es muß. Jede Ausgleichung iſt ihm zuwider, denn jede iſt ihm zu gering. Es ſucht ſeinen Vortheil lediglich darin, daß nichts Mächtiges entſtehe, damit es ſelbſt verhältnißmäßig mächtig erſcheine. Das iſt Tradition, das iſt ſeine Lage. Wie mögt Ihr ihm beikommen wollen dadurch, daß Ihr guten Willen zeigt, daß Ihr einem Rechenexempel gegenüber ſentimental werdet!"

So ſteht's in unſerm Vaterlande. An dem einen Staate haßt man die Macht, an dem andern den Neid, an dem dritten die Schwäche. Die Leute hatten wohl Recht, welche von vornherein behaupteten, es müſſe ein Wunder geſchehn, wenn Deutſchland mit einem Male einig werden ſollte. Nun, ſagte man im Centrum darauf, deshalb verſuchen wir's auch nicht ſogleich in ein und derſelben Form mit vierzig Millionen, ſondern zunächſt nur mit dreißig.

Stahl ſprach ſich überraſchend dahin aus, daß auch das Volkshaus ſtets partikulariſtiſch ſein werde. Die nächſten Wochen, welche aus partikulariſtiſchen Entſtehungsgründen eine Coalition in der Paulskirche zeigten, gaben ihm überraſchend ſchnell Recht. Da nun das Staatenhaus principiell den Partikularismus darſtelle, ſo müſſe ein ſtrenges Einheitsorgan an die Spitze geſtellt werden. Wenn auch Oeſterreich fehle, der Süden Deutſchlands ſei deshalb nicht zu ſchwach gegen den Norden. Baiern, Würtemberg und Baden zuſammen hätten allein ſchon nach dem neuen Vorſchlage des Verfaſſungsausſchuſſes ſo viel Stimmen im Staatenhauſe als Preußen. — Er glaubt nicht nur nicht daß Baiern unterdrückt werden könne in dieſer neuen Stellung, er glaubt vielmehr, daß es eine Stelle einnehmen werde, die es noch nicht gehabt. Baiern ſei bisher nichts geweſen in deutſcher Politik; es habe Oeſterreich und Preußen nachgehn müſſen. Jetzt werde es der Sammelpunkt für alle kleineren Staaten werden, die unter ſeiner Führung oppoſitionell gegen Preußen politiſchen Einfluß ausüben würden.

Die immer vorgehaltenen materiellen Intereſſen, welche in Süddeutſchland bedroht ſein ſollten durch einen preußiſchen Kaiſer, brächten ihn dahin, eine Erbmonarchie zu wünſchen. Nichts ſei Nordamerika ſo nachtheilig als der alle vier Jahr drohende Wechſel im Handelsprincip. Damit laſſe ſich nichts Gründliches erfahren, darauf laſſe ſich kein ſolides Geſchäftsleben gründen. Man möge die Schutzzölle ſo hoch nehmen

wie man wolle, damit ſchaffe man in einem wandelbaren Reiche keine Induſtrie. Und das ſüddeutſche Schutzzollgeſchrei gegen Preußen ſei ein ganz unklares. In Preußen ſei ja das Fabrikleben größer als in Süddeutſchland, und ſei überwiegend. Bei dem Kongreſſe in Berlin 1845 haben ſich die dort verſammelten Preußen entſchieden für das Schutzzollſyſtem erklärt. Man ſolle doch abwarten, wie ſich das geſtalte im nun erſt begonnenen parlamentariſchen Wege. Ein Gegenſatz zwiſchen Preußen und Süddeutſchland beſtehe darin gar nicht. Sogar in Sachen der „Gewerbfreiheit", womit man in Baiern ſo gefliſſentlich die Unvereinbarkeit mit dem Bundesſtaate und Preußen zu beweiſen ſuche, übertreibe man ohne Kenntniß der Dinge. Gerade in Preußen gehe die neu entworfene proviſoriſche Gewerbeordnung jetzt von engerem Principe aus als in Baiern, und was die Ausſicht auf materielle Verbindung mit Oeſterreich betreffe, von der man neuerdings rede, ſo wies er nach, daß dies eine Fata morgana ſei „Baiern war nächſt Würtemberg", ſchloß er, „der Staat, welcher ſich zuletzt dem deutſchen Bunde mit Widerſtreben anſchloß." Und doch ſei dadurch allein ſeine Exiſtenz geſichert worden. Es werde eben ſo zum Bundesſtaate treten müſſen.

Barth von Kaufbeuern erinnerte an Eliſabeth, welche den ihr unangenehmen Stuart zu ihrem Nachfolger eingeſetzt, damit das Reich zuſammengehalten werde, und ſetzte hinzu: der Mächtigſte ſei Kaiſer! „Um der Nation die Freiheit zu ſichern, müſſen wir ſie umgeben mit Macht." Macht ſei aber nicht jene

ideale Einheit, welche sich als loses Band um eine große Ländermasse schlingt, sondern eine organische, eine wahre, eine praktische Einheit allein sei Macht.

Nichts war den Gegnern des Kaiserthums lästiger als diese erbkaiserlichen Baiern, deren lautere Gesinnung und gute Einsicht nicht anzuzweifeln war. Es fehlte zum Leidwesen nur noch, daß ein künstlicher Baier *gegen* das Kaiserthum sprach, und das that Herr Phillips, ein aus Preußen in München eingewanderter ultramontaner Politikus.

Den Paragraphen des Verfassungsausschusses vertraten im Allgemeinen und ohne näheren Bezug auf Landsmannschaften ausführlich Biedermann und wie immer eindringlich Bassermann. Ob sich aber wirklich eine Mehrheit dafür ergeben werde, wußte man nicht mit Sicherheit vorher, wenigstens durfte man nur auf eine geringe Mehrheit hoffen. Die Anhänger des Direktoriums und des Turnus namentlich waren nicht genau zu berechnen. Darüber war kein Zweifel, daß jedes kollegiale Oberhaupt in sehr tiefem Mißkredit stand und den Anforderungen deutscher Nation an einen parlamentarischen Staat nicht entspreche da es den Charakter desselben untergrabe und gefährde. Aber trotzdem mußte man gewärtigen, es werde aus partikularistischen Gründen oder aus Besorgniß vor aufreizender Hegemonie Preußens Mancher für ein Direktorium stimmen, welcher diese Oberhauptsform für schlecht halte.

Die Spannung war also groß, als diese Form bei der Abstimmung zuerst an die Reihe kam. In Gestalt eines Amen-

dements des Herrn von Rotenhan kam das Direktorium zur namentlichen Abstimmung, und es fand — nur 98 Stimmen. 360 stimmten dagegen. Unter jenen 98 Stimmen waren 90 nur aus Baiern, Oesterreichern und Ultramontanen zusammengesetzt.

Darauf folgte Welckers Turnus. Nur des Anstandes halber, damit er nicht mit einer lächerlichen Minorität abfalle, stimmten Manche dafür, da er doch nicht die geringste Aussicht auf Annahme hatte. So sammelten sich 80 Stimmen für ihn von 457.

„Wählbar ist jeder Deutsche", dies republikanische Minoritätserachten des „Laubdaches", erhielt 122 Stimmen von 461.

Der Antrag des Verfassungsausschusses: „Die Würde des Reichsoberhauptes wird einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen" kam zuletzt daran, und wurde mit 258 gegen 221 Stimmen angenommen. (Stürmischer, anhaltender Beifall auf der Rechten und im Centrum. Zischen auf der Linken.) In der nächsten Sitzung gab es von den Gegnern dieses Beschlusses Zahleneinwendungen gegen das Protokoll, und es wurde behauptet, der Paragraph sei nur mit 252 gegen 214 angenommen. Item er war angenommen und die monarchische Form hiermit festgestellt.

Alles drängte nun zur näheren Bezeichnung dieser monarchischen Oberhauptswürde. Erblich oder nicht? Diese Frage war so bestritten, daß selbst im Verfassungsausschusse keine Mehrheit zu erreichen gewesen war für einen Vorschlag.

Waitz zum Beispiele war gegen alles Erwarten für einen zwölfjährigen Kaiser. Mittermaier war für einen lebenslänglichen, und der sechsjährige hatte zahlreiche Gnade gefunden, als Auskunftsmittel sogar bei Herrn Detmold und Wigard, welche sich hiefür zum ersten und letzten Male die Hand reichten. Solche Allianz war wohl geeignet, die Ragout-Qualität eines sechsjährigen Kaisers zu empfehlen. Der Vorschlag der Erblichkeit mußte als Minoritätserachten §. 1a eingebracht werden. Später für die zweite Lesung fand er auch im Verfassungsausschusse die Majorität. Jetzt war er von zehn Männern unterschrieben: von Dahlmann, Beseler, von Soiron, Droysen, Briegleb, Deiters, Max von Gagern, Hergenhahn, Tellkampf, Scheller.

Montag den 22. Januar kam die Erblichkeitsfrage, welche schon seit Monaten allen Wendungen zum Grunde gelegen, direkt zur Debatte. Man widmete ihr zwei Tage, und unter den Gegnern that sich hervor Edel von Würzburg, Uhland, Beda Weber und Fröbel. Unter den Vertheidigern, Dahlmann, Vincke, Grumbrecht, Rümelin, machte dieser letztere durch einfachen und wahrhaftigen Vortrag den tiefsten Eindruck.

Daß ein Schwabe so sprach für das erbliche Kaiserthum und ersichtlich seinem innersten Gewissen nach so sprechen zu müssen glaubte, das war von unabweisbarer Gewalt.

Rümelin sagte: „Ich bekenne mich offen zu denjenigen, welche den Eintritt Oesterreichs in den deutschen Bundesstaat

wie wir ihn nöthig haben für unmöglich, welche die Lösung unsrer Aufgabe nur in der Gründung von zwei selbständig neben einander stehenden, durch Sympathieen, Interessen und unauflösliche Verträge an einander gebundenen Bundesstaaten für erreichbar halten. Ich will in dem engeren deutschen Bundesstaate den wir hier zu gründen berufen sind den König von Preußen als erblichen König der Deutschen." — „Ich habe in dieser Frage nur das Wort erbeten, weil ich einer der wenigen Süddeutschen bin, welche entschieden auf dieser Seite stehn, und weil ich wünsche, daß auch aus meinem engeren Vaterlande ein Zeugniß dafür abgelegt würde, daß es auch dort an solchen nicht fehlt, die sich in das Unvermeidliche fügen, die bereit sind mancherlei Sympathieen und Interessen um den Preis eines großen Vaterlandes hinzugeben. (Bravo.) Ich bedaure, daß es einem andern Manne aus meinem Vaterlande nicht gegönnt ist dieses Zeugniß hier abzulegen, daß Paul Pfizer verhindert ist, in diesen Tagen auf dieser Tribüne zu stehen (Hört! hört!) und für eine Idee zu sprechen, welche er ein Recht hat sein Eigenthum zu nennen, und worin er schon vor Jahren mit staatsmännischer Voraussicht die künftige Form der deutschen Einigung gefunden hat. (Bravo.) Allein so sehr wir ihn alle hier vermissen, so wünschte ich doch nicht, daß gar keine Stimme aus meiner Heimath in diesem Sinne sich vernehmen ließe."

„Es ist gegenüber einer bestimmten, so schwierigen Frage wie die über das Oberhaupt schwer von einer öffentlichen

Meinung zu ſprechen, zumal in einem Lande wo das politiſche Urtheil ſich ſelbſt noch erſt aus einer trüben und verworrenen Gährung herauszuarbeiten hat. Ich weiß ſehr wohl, daß auch bei uns die demokratiſchen Vereine gegen jede monarchiſche Spitze ſind. Ich weiß und begreife es vollkommen, daß diejenigen Theile von Würtemberg, welche in den letzten Kriegsjahren mit uns verbunden wurden und bis heute noch nicht zu einem rechten Ganzen zuſammengewachſen ſind, theils im Hinblick auf geſchichtliche Erinnerungen, theils aus konfeſſionellen Rückſichten nicht für ein preußiſches Kaiſerthum ſein können, ich muthe es ihnen auch nicht im allermindeſten zu. Ich gebe ferner zu, daß, wenn es uns gelingen ſollte dieſen Plan durchzuführen, er bei uns nicht mit Jubel begrüßt werden dürfte, daß das Volk lange Zeit dazu brauchen würde, ehe es ſich hineinfinden könnte. Ich muß aber auch die Ueberzeugung ausſprechen, daß dieſe Idee in unſerm Lande bei ihrer Ausführung wenigſtens nicht auf weſentliche und unüberſteigliche Hinderniſſe ſtoßen, und daß das Urtheil des Volks vorzüglich von der Stellung abhängen wird, welche die Regierung gegenüber dieſer Frage einnehmen wird."

„Meine Herren! Wir Bewohner des ſüdweſtlichen Deutſchland befinden uns dieſer Oberhauptsfrage gegenüber in einer eigenthümlichen und peinlichen Stellung. Es hat Niemand, kein deutſcher Stamm ein größeres Intereſſe an der deutſchen Einheit als wir, aber keiner hat auch das ſo ſchwer zu empfinden wenn Deutſchland entweder nicht einig oder kein

Ganzes werden wird. Wir Schwaben haben den Fluch der Zerstückelung und Schwäche Deutschlands schwerer getragen als irgend ein anderes Volk —" „das können Sie also glauben, uns ist es Ernst damit, daß es ein starkes Deutschland gebe. Wir sind zu jedem Opfer bereit. Wir treten nicht mit Ansprüchen auf eine selbständige Stellung wie unsre östlichen Nachbarn auf; wir stehen zurück; wir sind die Flehenden, die Hilfe Heischenden bei den mächtigen Freunden. Allein es ist wahr, wenn man nun den Süddeutschen sagt, die deutsche Einheit sei ein preußisches Erbkaiserthum, so ist das eine harte Lehre. Wer mag sie hören!"

Was also die Sympathieen betreffe, so lasse sich nicht leugnen, daß diese nicht dafür seien. Was die materiellen Interessen betreffe, so werde übertrieben. Er stehe ganz auf süddeutschem Standpunkte und wünsche eine „kurze, vorübergehende, mäßige Nachhilfe, damit dem verarmenden Volke neue Erwerbszweige geschaffen werden", allein darin liege kein Hinderniß für die Gründung eines starken Deutschlands. Er glaubt mit Stahl, daß hierin Süddeutschland gar nicht in der Minorität sein werde, und daß es sich überhaupt hierbei nicht um einen Gegensatz zwischen Norden und Süden handle. Er verlange auch nicht, daß zwischen Schutzzöllen und Freihandel ein Extrem siege. Eine Verständigung solle und werde erreicht werden, sobald einmal alle Interessen sich hören lassen können. Die Frage über Zoll und Handelseinigung mit Oesterreich, die er sehnlich wünsche, bleibe doch

jedenfalls eine Sache für ſich, und hänge von Unterhandlungen ab, es möge mit der deutſchen Verfaſſung werden wie es wolle. Nicht die heutige Abſtimmung, ſondern was die Intereſſen beider Länder gebieten ſei hierin beſtimmend. Denn dieſe Intereſſen ſeien mächtiger als alle politiſchen Rückſichten des Augenblicks. Werde denn auch eine Zollunion verzögert durch die Entſcheidung in der Oberhauptsfrage, ſo könne man von einer ſolchen Verzögerung doch niemals die „Auferſtehung eines ſtarken Deutſchlands abhängig machen."

Dann berührte er in beſcheidner Aeußerung den militairiſchen Geſichtspunkt. Er will nicht daran erinnern, wie denn in der Kriegsgeſchichte Süddeutſchland immer beſchützt worden ſei durch Oeſterreich. So, daß es immer der Tummelplatz der Feinde geworden. Auch nicht, wie neuerdings durch die Anlage von Ulm, welches ja hinter Würtemberg liege, und eine bairiſche oder öſterreichiſche Feſtung ſei. Würtemberg ſei dadurch wiederum zum Voraus dem Feinde als Beute bezeichnet und überlaſſen. „Wir können", fuhr er fort, „nur recht geſchützt werden dadurch, daß wir mit einem ſtarken Norddeutſchland verbunden ſind, daß am mittleren Rheine Norddeutſchland eine eben ſo ſtarke und drohende Stellung an der ſchwachen Seite Frankreichs hat, wie Frankreich am Oberrheine gegen die ſchwachen Seiten Deutſchlands. Der Schutz Oeſterreichs bleibe ja ſicher, da dies nicht einen neuen Rheinbund an ſeinen Grenzen entſtehen laſſen könne, und wenn der Kriegsſchauplatz zwiſchen dem mittleren Rheine und

der Maas ſei, dann werde „ein Krieg zwiſchen Oeſterreich und Frankreich entweder in Deutſchland gar nicht geführt werden können, oder es wird zugleich ein Krieg gegen Deutſchland ſein. Dieſer Bund macht nicht nur uns ſicher, ſondern er ſchützt und ſtärkt zugleich Oeſterreich. Oeſterreich iſt um Vieles ſtärker, wenn es dieſe Vorlande nicht mehr zu ſchützen hat, wenn ein ſtarkes Deutſchland zwiſchen ihm und Frankreich ſteht. Es kann dann um ſo viel ſtärker nach andern Richtungen hin wirken, in welchen es ſeine geſchichtliche Aufgabe hat, und in denen es bisher ſo wenig gethan hat."

Wäre aber auch dies Alles falſch, er wolle lieber auf einem verlaſſenen, preisgegebenen Vorpoſten eines deutſchen Reiches ſtehn, er und die Seinen wollten „lieber die Stiefſöhne eines deutſchen Vaterlandes ſein, als gar kein Vaterland haben." (Bravo.)

So werde es aber mit allen anderen Anträgen in der Oberhauptsfrage. Sie ſeien, wie Dahlmann einmal geſagt, alle gleich viel werth, ſie ſeien alle gar nichts werth.

„Es handelt ſich bei Allem darum, ob Sie einen Bundesſtaat mit zwei Großmächten haben wollen, von denen die eine noch eine Stellung außerhalb Deutſchlands hat. Wenn Sie zwei Großmächte haben, ſo haben Sie auch 30 kleine Staaten, das hängt auf's Innigſte zuſammen. (Sehr gut!) Die beiden Großmächte werden entweder mit einander gehn und auf die Kleinen drücken, und ſie werden dies beſonders dann thun, wenn es ſich darum handelt, die politiſche Ent-

wickelung zu retardiren, oder sie werden nicht zusammengehn — und das wird in allen großen politischen Fragen sein — dann werden sie sich gegenseitig neutralisiren und gegeneinander intriguiren, und die Folge wird sein, daß es weder vor unserm Volke noch in den Augen des Auslandes ein großes Deutschland geben wird." (Lebhafter Beifall vom Centrum und der Rechten.) „Dem können Sie nicht entgehn, mag Herr Welcker sagen was er will — es sind alle die großen Gebrechen des alten Bundestages!" (Sehr richtig.)

Einleuchtend wies er nach, daß kein Parlament dabei helfen oder bestehen könne, daß es ein Spielball Preußens und Oesterreichs werden müsse. Was Welcker in Bezug auf abgesonderte auswärtige Vertretung Oesterreichs, auf österreichisches Heer und dergleichen „Kinderei" genannt, das sei „das Wesen der Sache!" (Sehr gut!) „Wenn in Petersburg, London und Paris neben dem deutschen Gesandten ein Gesandter für Ungarn ist, so wird man wohl wissen, daß hinter diesem Gesandten die 600000 österreichische Bajonette stehn. Die Folge würde dann sein, daß Preußen seine europäische Stellung aufgiebt, nur eine Stellung in Deutschland hat und hier seinen gesetzmäßigen Drittelseinfluß ausübt, während Oesterreich innerhalb Deutschland ganz dieselbe Berechtigung mit Preußen, daneben aber seine europäische Stellung beibehält." Dies sei das Direktorium, und wer möge denn glauben, daß sich Preußen dies jemals zumuthen ließe!

„Die Gegner unsrer Ansicht" fuhr er fort mit seiner ruhi-

gen Stimme, welche im Folgenden wahre Rührung athmete, „die Gegner ſind in Einem ſehr ſtark, nämlich darin, uns die Mängel unſers Planes vorzuführen. Sie können das, und machen auch redlichen Gebrauch davon. Sie können Alles das was uns das Herz ſchwer gemacht hat bis wir zu dieſem Entſchluß kamen wieder an uns vorüberführen, ſie können die Wunde jeden Tag wieder aufreißen, und ich meinerſeits geſtehe Ihnen, daß ſo oft ſie mir die Worte zurufen: das ganze Deutſchland ſoll es ſein! wenn ich auch Alles weiß was ſich gegen dieſen Vorwurf einer Theilung ſagen läßt, es mich doch jedesmal wieder trifft. Sie können unſre Sache ſchlecht machen, Eins aber können ſie nicht: ſie ſind nicht im Stande, ihr etwas Größeres, etwas gleich Großes, ja ſie ſind nicht im Stande, ihr nur irgend Etwas entgegenzuſtellen, was dem Auslande und dem Volke gegenüber einen kleinen Grad von Verſtändlichkeit, von Lebensfähigkeit hat." (Lebhaftes Bravo vom Centrum und der Rechten.) „Unſer Gedanke iſt offen und klar, ſeine Mängel liegen zu Tage, Niemand kann ſie verdecken. Aber es iſt ein klarer durchſchneidender Gedanke der Einheit und der Macht, und er iſt allem dem Halben und Verworrenen das Sie ihm gegenüberſtellen weit überlegen. Ich gebe nicht zu, daß man das eine Zerſtückelung, eine Theilung von Deutſchland nennen darf, was gegenüber den früheren Zuſtänden nur eine noch unvollkommene, nicht für Alle gleichmäßige, aber jedenfalls weit größere Einigung von Deutſchland iſt. Allein ſelbſt wenn Sie

Recht hätten, wenn es eine Verstümmelung von Deutschland wäre, so sage ich Ihnen: ich würde mir lieber einen Arm abhauen lassen und einarmig durch die Welt gehn, als zwei gesunde Arme haben, wovon der eine auch noch einer zweiten Person angewachsen ist, welche das gleiche Recht hätte sich desselben zu bedienen wie ich." Es sei keine Theilung, keine Trennung. Es sei zunächst wie mit den griechischen Kolonieen, welche dem Mutterlande eng verbunden blieben. Und hier liege kein Meer dazwischen, und es seien alle Bedingungen vorhanden, die eine innige, dauernde Verbindung möglich machen. (Bravo.) Die Namen Groß- und Kleindeutschland betreffend wüßte er nicht, daß man das kleine Griechenland mit Athen, Sparta, Corinth und Argos jemals herabgesetzt hätte gegen Großgriechenland in Italien. (Bravo.) „Sie reizen nur mit Ihrem großen Deutschland und spiegeln uns einen Traum von einem einheitlichen unermeßlichen Koloß von 70 Millionen vor, der zu gründen sei. Ich muß gegenüber von solchen Unmöglichkeiten sagen, mir ist dies Kleindeutschland von dem Sie so verächtlich reden immer noch lieber als gar keins." (Sehr gut.)

Auf die angezweifelte Union mit Oesterreich übergehend erinnerte er, daß gerade die acht Millionen Süddeutscher im Bundesstaate eine Bürgschaft für Oesterreich seien, daß keine preußische, antiösterreichische Politik im neuen Deutschland gelten werde. „Schon in Preußen selbst hat das eigentliche Preußenthum kaum eine Mehrheit; wie soll es sie haben im

übrigen Deutſchland, wo das Gewicht aller kleinen Staaten dazu kommt, welche zuſammen größer ſind als Preußen! Wenn man ferner ſagt, Oeſterreich werde dann auf Deutſchland keinen Einfluß mehr haben, ſo muß ich Ihnen geſtehn: ich fürchte eher, daß der Einfluß Oeſterreichs zu groß als zu klein ſein wird."

„Was zum Schluß die Erblichkeit betrifft, ſo möchte ich dafür nur einen Grund anführen, der für mich ein entſcheidender iſt. Wir wollen uns ganz hingeben, aber wir verlangen das Gleiche auch von Preußen. Wir verlangen, daß es ſeinen ſtaatlichen Organismus als ein fügſames Glied in die deutſche Verfaſſung einreihe, daß es uns in Berlin nicht ein Parlament als den Doppelgänger eines Reichstags hinſtelle, daß es nicht die Stellung und Gliederung einer Großmacht fortbehalte, daß der Unterſchied unter den deutſchen Staaten kein andrer werde als der zwiſchen mittelbaren und unmittelbaren Reichslanden. Dieſe Forderung können wir aber nur dann ſtellen, wenn die Verbindung keine zeitliche, ſondern eine unauflösliche iſt. Wir können nicht erwarten, daß Preußen, wenn es nach ſechs Jahren wieder abzutreten hat, ſeine geſammte Staatsverfaſſung ſo lange ſuspendire. Es muß bleiben was es iſt, und wir kommen aus dem Gegenſatz von großen und kleinen Staaten nie heraus, denn wenn Preußen ſeine ſelbſtändige Stellung behält, ſo werden es die Andern auch thun. Ein vollkommenes Zuſammenwachſen iſt nur unter dieſer einen Bedingung möglich."

Rümelin ſtieg unter dem lebhafteſten Beifalle des Centrums und der Rechten von der Rednerbühne herab. Er hatte ſchlicht und tüchtig Alles geſagt, was zu ſagen war, und weil er ein Schwabe, ſo wurde dies aus ſeinem Munde das Herzblatt der ganzen Verhandlung. Kein Norddeutſcher, auch nicht Dahlmann, nicht Vincke konnten in dieſer Frage ſo überzeugend ſprechen, wenn auch Vincke die Gegenanträge ſchlagender züchtigen, das „bewegliche Laubdach“ und „den Pickenick“ (Turnus), „die Anarchie nacheinander“ ſchärfer geißeln, das Direktorium aber, „die Anarchie nebeneinander“ witziger bekämpfen konnte. Das erbliche Kaiſerthum blieb am ergreifendſten empfohlen durch den ruhigen Lehrer aus Nürtingen, welcher offen geſtand, daß ihm der Entſchluß ſchwer und ſchmerzlich gereift ſei.

Neben dieſem rührenden, tief erwogenen, gründlich patriotiſchen Ernſte Rümelin's nahm ſich Inhalt und Form Beda Weber's übel aus. Er hielt einen luſtigen Ton für angemeſſen ſolcher Frage und eine luſtige Verleugnung all ſeiner Grundſätze. Er, der zur ſtrengen Rechten gehörte, empfahl heute die Volksſouverainetät, Urwahlen für den Kaiſer, und wenn das nicht möglich, einen Präſidenten. Dahlmann ſelbſt, welcher ſich ſonſt ſo wenig um die Reden andrer Leute bekümmerte, bemerkte zum Eingange, daß ein ſo tief ernſter Gegenſtand nicht mit mannigfaltigen Späßen zu überſchütten ſei. Die Späße mögen dahingeſtellt bleiben, aber derlei unlautere Wendungen entſchlüpfen nie dem öffentlichen Gewiſſen und

fallen wie Mehlthau auf die Sache, welcher sie dienen sollen. Sie hätten hier doch gute Dienste geleistet, meint man? Diese Berufung auf Volkssouverainetät und einen Präsidenten hätte ja die glückliche Coalition mit der Linken so fruchtbar eingeleitet? Ach ja, die Lüge hilft wohl von einem Tage zum andern.

Auch Frater Lassaulx wollte hierbei nicht zurückbleiben und ließ sich sehn mit seinen hölzernen Figuren, ließ sich spüren mit dem Moschusgeruche seiner Ingredienzien. Seine Weisheit hat so etwas von abgestandner Brühe, die vom Abhub aller möglichen Tafeln zusammengegossen worden. Von Epikurs, von des Horazius Flaccus, von des heiligen Augustins, von König Ludwigs Tafel. Der Neuling nennt diesen Brodem pikant, der alte Kunde gebraucht das grobe Wort „ranzig" dafür. Frater Lassaulx servirt heute mit der bekannten Bescheidenheit eines Kellners, der nicht auf Trinkgelder, sondern auf festen Gehalt angewiesen ist. Morgen putzt er seine hölzernen Figuren auf und läßt sie mit den Sprüchen des Gymnasiums aufmarschiren. Rhetorische Heerschau; Sentenz auf Sentenz von der Lebensdauer der Staaten, von Rom und Byzanz, das ganze hundertfach zerknickte, also unter hundertfachem Gesichtspunkte darzustellende Schema der schöngeistigen Aphorismen kam daher und producirte seine Kunststückchen an der deutschen Oberhauptsfrage. Das Herz leitet die Wahl, pflegt man zu sagen. Da dieser Frater sententiosus nun aber für unsre vaterländische Sache kein Herz hat, so widerfuhr

ihm das Unglück, daß er in ein falſches Fach ſeines Figuren- und Sentenzenkaſtens gegriffen und alle Beweiſe für die mächtige Einherrſchaft eines Großreichs hervorgelangt hatte, um — ſchließlich ein Direktorium zu empfehlen.

Wenn man auf nichts weiter geſtellt iſt als auf Klugheit, ſo muß man doch wenigſtens klug ſein. Wie mag man erwarten, daß durch ſolche erſichtliche Spiegelfechterei Jemand getäuſcht werde. Noch klang uns das Mühlfeldtſche Minoritätserachten zu den Paragraphen Zwei und Drei in den Ohren, welches bündig erklärte, daß Oeſterreich nicht in einen deutſchen Bundesſtaat eintreten, ſondern nur ein völkerrechtliches Bündniß mit Deutſchland ſchließen könne. Dies hatte auch Herr von Laſſaulx unterſchrieben, und jetzt empfahl er uns die Direktorialregierung des deutſchen Bundesſtaats und in dieſem Direktorium Oeſterreich. Vor wenig Monaten alſo, als die Meiſten noch im Rauſche auf ein bundesſtaatliches Zuſammengehn mit Oeſterreich hofften, waren ſolche Leute nüchtern genug, die Unmöglichkeit des deutſchen Bundesſtaats mit Oeſterreich einzuſehn, und jetzt ſpielten ſie die Trunkenen, welche den Ernüchterten ſententiös vorwarfen, daß ſie Oeſterreich nicht einreihen wollten in den engen Kreis! — In einer Herzensangelegenheit, wie die Konſtituirung des Vaterlandes iſt, erfüllt uns doch nichts mit größerem Ekel als die Frechheit egoiſtiſcher Willkühr, als das Komödiantenweſen, welches mit unſern theuerſten Intereſſen ernſthaftes Poſſenſpiel treibt. Frater Laſſaulx hier, Bruder Vogt dort.

Darum war es eine rechte Herzstärkung, Dahlmann in dieser Frage auftreten zu sehn und mit ihm wieder sittliche Zuversicht zu gewinnen.

Die Erblichkeit zu vertheidigen komme ihm vor, sagte er unter Oh! Oh! der Linken, als solle er eine Lobrede auf das Einmaleins halten. Dem lasse sich nichts Scharfsinniges oder gar Liebenswürdiges nachsagen, es sei nur einfach richtig und es lasse sich ohne dasselbe nicht auskommen in Haus und Hof. Dennoch habe das System der Erbherrschaft neben seinen Herbigkeiten auch seine zarte und in das innere Wesen der Menschheit dringende Seite. Nachdem es vor allen Dingen den Staat festgestellt, „denn der Staat muß in alle Wege die Hauptsache bleiben", führe es in das Staatswesen die Wärme der Familie ein, indem es die Herrschaft an ein regierendes Haupt knüpfe.

„Ja, meine Herren, nehmen Sie den Völkern, nehmen Sie dem Volksleben seine tieferen Anhänglichkeiten, die sich wohl beobachten aber keineswegs modeln lassen, ich gehe weiter: nehmen Sie selbst den Einzelnen ihre edleren Täuschungen, so nehmen Sie das Leben selbst, Sie tödten das Leben ab. Sie verwandeln damit in eine Wahrheit den melancholischen Ausspruch eines großen Dichters, der in der Wiege des Menschen nur den umgekehrten Sarg erblickt, und selbst Ihr Freiheitsjubel, von solchen Täuschungen — nennen Sie es immer so — nicht getragen, verwandelt sich in eine leere Chimäre."

Nun pries er, daß man ein Haupt beſchloſſen; denn in der Einheit Deutſchlands ſei die Zukunft Deutſchlands enthalten, und ging darauf ein, daß er als Unitarier verſchrieen ſei. Er ſei dies nicht aus Theorieen der Schule geworden, ſondern durch eine Kette bitterer vaterländiſcher Erfahrungen in einem langen Leben. Hierbei ſchilderte er die Hauptzüge ſeines Lebens. In Wismar ſei er geboren und aufgewachſen, als dieſe gute deutſche Stadt ſchwediſch geweſen. Dann ſei er in Kiel Profeſſor geweſen und habe nicht in den Krieg gegen Napoleon gedurft, denn Kiel war däniſch und Dänemark war Napoleon's Verbündeter. Solle er noch Hannovers gedenken? Man möge ja glauben, daß er erfahren, was uns fehle, man möge die rechte Zeit der Heilung ja nicht vorüber laſſen! „Einer einheitlichen Gewalt bedürfen wir, einer Einheit, welcher das Ganze des Vaterlandes Eins und Alles iſt. Alles was ich früher in Deutſchland erblickte, alle jene ſogenannten kleinen Ganzen, die waren nur da, um das große deutſche Ganze gründlich todtzuſchlagen. Uns thut ein Herrſcherhaus noth, welches gänzlich ſich unſerm Deutſchland widmet, gänzlich in Deutſchland lebt und in nichts Anderem. Ein ſolches Herrſcherhaus kann uns Oeſterreich nicht ſein, es kann es nicht, denn es hängen dieſem Oeſterreich, bei all ſeinem verdienten Ruhme, zu viele außerdeutſche Sorgen an. Oeſterreich krankt an ſeiner Stärke ebenſo ſehr wie andere Staaten an ihrer Schwäche. Die ſchwerſten Sorgen Oeſter-

Darum war es eine rechte Herzstärkung, Dahlmann in dieser Frage auftreten zu sehn und mit ihm wieder sittliche Zuversicht zu gewinnen.

Die Erblichkeit zu vertheidigen komme ihm vor, sagte er unter Oh! Oh! der Linken, als solle er eine Lobrede auf das Einmaleins halten. Dem lasse sich nichts Scharfsinniges oder gar Liebenswürdiges nachsagen, es sei nur einfach richtig und es lasse sich ohne dasselbe nicht auskommen in Haus und Hof. Dennoch habe das System der Erbherrschaft neben seinen Herbigkeiten auch seine zarte und in das innere Wesen der Menschheit dringende Seite. Nachdem es vor allen Dingen den Staat festgestellt, „denn der Staat muß in alle Wege die Hauptsache bleiben", führe es in das Staatswesen die Wärme der Familie ein, indem es die Herrschaft an ein regierendes Haupt knüpfe.

„Ja, meine Herren, nehmen Sie den Völkern, nehmen Sie dem Volksleben seine tieferen Anhänglichkeiten, die sich wohl beobachten aber keineswegs modeln lassen, ich gehe weiter: nehmen Sie selbst den Einzelnen ihre edleren Täuschungen, so nehmen Sie das Leben selbst, Sie tödten das Leben ab. Sie verwandeln damit in eine Wahrheit den melancholischen Ausspruch eines großen Dichters, der in der Wiege des Menschen nur den umgekehrten Sarg erblickt, und selbst Ihr Freiheitsjubel, von solchen Täuschungen — nennen Sie es immer so — nicht getragen, verwandelt sich in eine leere Chimäre."

Nun pries er, daß man ein Haupt beſchloſſen; denn in der Einheit Deutſchlands ſei die Zukunft Deutſchlands enthalten, und ging darauf ein, daß er als Unitarier verſchrieen ſei. Er ſei dies nicht aus Theorieen der Schule geworden, ſondern durch eine Kette bitterer vaterländiſcher Erfahrungen in einem langen Leben. Hierbei ſchilderte er die Hauptzüge ſeines Lebens. In Wismar ſei er geboren und aufgewachſen, als dieſe gute deutſche Stadt ſchwediſch geweſen. Dann ſei er in Kiel Profeſſor geweſen und habe nicht in den Krieg gegen Napoleon gedurft, denn Kiel war däniſch und Dänemark war Napoleon's Verbündeter. Solle er noch Hannovers gedenken? Man möge ja glauben, daß er erfahren, was uns fehle, man möge die rechte Zeit der Heilung ja nicht vorüber laſſen! „Einer einheitlichen Gewalt bedürfen wir, einer Einheit, welcher das Ganze des Vaterlandes Eins und Alles iſt. Alles was ich früher in Deutſchland erblickte, alle jene ſogenannten kleinen Ganzen, die waren nur da, um das große deutſche Ganze gründlich todtzuſchlagen. Uns thut ein Herrſcherhaus noth, welches gänzlich ſich unſerm Deutſchland widmet, gänzlich in Deutſchland lebt und in nichts Anderem. Ein ſolches Herrſcherhaus kann uns Oeſterreich nicht ſein, es kann es nicht, denn es hängen dieſem Oeſterreich, bei all ſeinem verdienten Ruhme, zu viele außerdeutſche Sorgen an. Oeſterreich krankt an ſeiner Stärke ebenſo ſehr wie andere Staaten an ihrer Schwäche. Die ſchwerſten Sorgen Oeſter-

reichs werden erſt dann beginnen, wenn es den langen Lauf ſeiner Siege vollendet hat."

Er bezweifelt, daß die Unterhandlung mit Oeſterreich zu einem praktiſchen Ziele führen werde „in einer langen Dauer der Zeiten". — „An den Hohenzollern Preußens *können* wir ein ſolches Herrſcherhaus nicht nur haben, ſondern mit dem ſchlechteſten und dem beſten Willen kann es kein Sterblicher dahin bringen, daß wir es *nicht* hätten. Es iſt gar keine Zukunft für Deutſchland möglich ohne Preußen. Hier kommt es alſo durchaus nicht darauf an, eine Wahl zu treffen, ſondern uns dieſes Hauſes von Anfang an dergeſtalt zu verſichern (Gelächter auf der Linken. Von der Rechten: Ruhe!) daß wir die Gewißheit haben, es widme ſich gänzlich dem deutſchen Vaterlande, alle ſeine Kraft und Sorge, nicht bloß als Nebengeſchäft. Das iſt aber keineswegs ſo leicht, wie Viele unter uns glauben wollen!"

Folgte eine Schilderung des ſpecifiſchen Preußenthums, welches nicht begreife, daß ſeine Stellung mit dem Ende des abſoluten Königthums eine ganz andre geworden. Die Anarchie werde nie mehr gedämpft, wenn nicht durch die Einheit der deutſchen Volkskraft eine Bahn eröffnet ſei, die zur *Macht* führe. „Denn es iſt nicht bloß die Freiheit, es iſt zur größern Hälfte die *Macht*, die ihm bisher verſagte, nach welcher es den Deutſchen gelüſtet. Deutſchland muß als ſolches endlich eintreten in die Reihe der politiſchen Großmächte des Welttheils. Das kann nur durch Preußen geſchehn und weder

Preußen kann ohne Deutſchland noch Deutſchland ohne Preußen geneſen. Und ſo komme ich denn doch am Ende wieder auf das zurück, was ich das Einmaleins nannte. Denn das iſt denn doch wohl ein ganz Einfaches, daß eine Macht wie Preußen nicht auf die Probe berufen werden kann. Man kann einen Theil ſeines Weſens allenfalls hingeben an ein anderes, man kann allenfalls mithelfen zur Herrſchaft, man kann das politiſche Pfuſcherwerk einer Trias oder eines Turnus mit aufputzen helfen; allein ſein ganzes Weſen das gibt man nicht für drei, ſechs oder zwölf Jahre hin, ſein ganzes Weſen gibt man nur hin, um in ein höheres Weſen für alle Dauer der Zeiten überzugehn. (Bravo!) Meine Herren! Ich verdamme Niemands Abſtimmung (Bravo!), allein was mich perſönlich angeht, ich würde glauben gebrochen zu haben mit Allem, was mir vaterländiſch theuer und heilig iſt, gebrochen zu haben mit meinem Vaterlande, wenn ich anders meine Stimme abgäbe als für die Einheit Deutſchlands (Bravo!), für die erbliche Krone meines deutſchen Vaterlandes (Bravo! Ziſchen auf der Linken.). So bin ich geſonnen und werde ſo geſonnen bleiben und bis an mein Ende den Glauben feſthalten, daß eine unbegreifliche Barmherzigkeit des Himmels uns vielgeprüften Deutſchen endlich die Rettungsbahn eröffnet hat, die wir einſchlagen müſſen, wenn wir das Heil des Vaterlandes finden wollen." (Lebhafter Beifall im Centrum und der Rechten. Ziſchen von der Linken.)

Neben dieſem klaren Einſehn und klarem Wollen wie

ſtaubig und trübe nahm ſich Fröbel's Wollen aus! Er meinte es ehrlich und gut und ſanft, er war wirklich ein Demokrat. Aber welche Träumerei! Mückenſchwarm auf Mückenſchwarm, wo Alles ſich begatten und doch Alles ruhelos weiter will. Nicht einmal Zeit und Kraft zur neuen Mückenzeugung. Jeglicher Glaube an irgend eine Autorität ſei dahin und der abſolute Unglaube herrſche. Dies ſei die Hauptbedingung der Demokratie. Die freie Selbſtbeſtimmung müſſe alſo in allen Dingen eintreten, und auch nicht das aus allgemeinem Wahlrechte hervorgegangene Parlament, ſondern das ganze Volk habe das Reichsoberhaupt und zwar auf die kürzeſte Zeit zu wählen. Eine ſolche Oberhaupts-Autorität wie vorgeſchlagen, ſei übrigens auch gegen Paragraph Sieben der Grundrechte, wornach jedes Amt für jeden dazu Befähigten zugänglich und jeder bevorrechtete Stand abgeſchafft ſei. War jetzt Zeit zum Mückenſeihen im deutſchen Vaterlande! Vincke nahm ſich die Mühe darauf zu erwidern, daß nach ſolcher „Gleichheit vor dem Geſetz" Niemand ein Amt annehmen dürfe, weil der Beamte eine andre Stellung habe als derjenige, welcher ihm untergeordnet iſt. Die Gleichheit vor dem Geſetze, die doch nur eine ideale, ſei nur ſo zu verſtehn, daß Jeder Anſpruch auf gleiche Behandlung vor dem Richter, nicht daß er auch dieſelbe Lebensſtellung haben ſolle. Uebrigens benützte er die günſtige Stellung Preußens zu dieſer Frage dahin, daß er ebenfalls idealiſirte, und der Konſequenz wegen noch einmal wie früher verſicherte: er würde für das Haus Oeſterreich

ſprechen, wenn Oeſterreich nicht noch andere Intereſſen zu vertreten hätte als rein deutſche. Das war nicht ohne Künſtlichkeit und Gemachtheit und gewiß nicht von ſo reinem Quellwaſſer wie Dahlmann's Wort. Keinen Zweifel, daß Vincke ſich ſelbſt beim Worte gehalten hätte, wenn über Nacht Oeſterreich ſich aller nicht deutſchen Lande entäußert hätte. Und wie dann? Um ſein Wort zu halten, wäre er gegen ſeinen ganzen politiſchen Kreis von Gedanken und Wünſchen, wäre er gegen ſeine ganze eigene Welt in die Schranken getreten. Die Spitzfindigkeit iſt unter allen Umſtänden eine Gefahr in der Politik. Allerdings verſchaffte ihm ſeine Konſequenz in dieſer Frage glänzende Vortheile auf der Rednerbühne. Nachdem er links und rechts die Gegner niedergeworfen hatte wie ein Herkules, der mit der Fauſt Stiere erſchlägt und dabei noch nebenher mit einem Finger giftige Schlangen erdrückt, welche die Peterskirche in die Paulskirche einſchleppten, konnte er allerdings rufen: Wer iſt denn damals verlacht worden mit den 34 deutſchen Nationen? Ich war's, der unſre Miſere ſo bezeichnete als eine Miſere, welcher ein Ende gemacht werden müſſe. „Jetzt, wo wir nach acht Monaten faſt am Ende unſerer Aufgabe uns befinden, bin ich mir bewußt, treu geblieben zu ſein; ich höre aber jetzt viele Stimmen in dieſem Hauſe, die eben nichts Anderes wollen als die 34 Nationen! (Großer Beifall.) Ich habe hier kein anderes Intereſſe als die Zukunft Deutſchlands. (Allſeitiger lebhafter Beifall.) Wenn die Geſchichte unſre Namen aufzeichnet, woran man

uns hier so oft erinnert hat, so wird man hoffentlich unsere Namen alle auf die Seite Derjenigen stellen, welche ein einiges Deutschland wollten. (Lebhafter Beifall.) Die Namen der Gegner aber wird man in allen Winkeln Deutschlands suchen müssen: da wo man die Republik will und nur jetzt noch nicht ausführen kann, da wo man die katholische Kirche gefährdet glaubt und man für einen erblichen Kaiser nicht stimmt, weil unser König einmal das Unglück hat Protestant zu sein, und da wo man nur deshalb nicht für den Erbkaiser ist, weil es nicht der österreichische ist; zu einer solchen Ansicht werden wir Preußen uns niemals herablassen." (Stürmisches Bravo und anhaltendes Händeklatschen in der ganzen Versammlung — sagt sogar der stenographische Bericht.)

Das heißt die günstige Stellung ausbeuten. Der nächste Redner, Edel von Würzburg, suchte die ungünstige auszubeuten. Er behandelte Nord- und Süddeutschland wie berechtigte staatliche Gegensätze, und diejenige Einheit war ihm ein Unrecht, in welcher Süddeutschland schwächer vertreten sei als Norddeutschland. Er pochte geradezu auf den Partikularismus als so und so großen Komplex, und erklärte diese Oberhauptsfrage für eine Existenzfrage Süddeutschlands. Da war im Drange gar kein idealer Schleier mehr übrig geblieben, und er verlangte ganz zuversichtlich diejenige Form, welche unser Vaterland ruinirt hat, das Wahlkaiserthum! „Damit kein deutscher Stamm", wollte sagen damit nicht Baiern, bleibend „vom Reichsregimente ausgeschlossen" werde.

Ein nordiſcher ſchwarzer Bart folgte dem ſüdlichen ſchwarzen Barte, ein Hannoveraner dem Baier, und Grumbrecht erklärte nach ſolchem Vorgange denn doch auch jetzt am Ende des Werkes noch feierlich, daß er nicht wie Edel im Namen Baierns im Namen Hannovers ſprechen wolle, ſondern als Deutſcher, obwohl den Hannoveranern das partikulare Gefühl ebenſo nahe gelegt ſei wie den Baiern. Ihm und den Seinigen ſei wahrlich das preußiſche Kaiſerthum etwas ſehr Unerwünſchtes, und auch in den materiellen Intereſſen ſtünden ihnen nur Opfer, große Opfer bevor. „Er perſönlich habe gehofft, es würden die Großſtaaten zu Grunde gehn in einer deutſchen Bewegung, und er habe deshalb mit der Linken geſtimmt — aber er könne ſich nicht mehr verhehlen, daß die Mehrheit dieſes Hauſes Deutſchland richtiger beurtheilt habe, und ſo müßten denn, um das Ziel zu erreichen, auch die ſchwerſten Opfer gebracht werden. Er ſtimme mit ſchwerem Herzen, aber er ſtimme für ein erbliches Oberhaupt. Dies nur könne, wie die Lage der Dinge in Deutſchland ſei, Macht nach außen, Freiheit im Innern verbürgen.

Dieſer ehrliche Sinn Grumbrechts mußte nach Herrn Edels Rede einen erhebenden Eindruck machen. Denn die nackte Berufung auf ein ſelbſtändiges Süddeutſchland oder Baiern, dieſe Berufung nach achtmonatlicher principieller Einheit wirkte damals noch empörend. Süddeutſchland hatte ja vorzugsweiſe nach deutſcher Einheit gerufen; Preußen hatte dies nicht gethan. Nun war man am Abſchluſſe, und weil

dieſer Abſchluß Preußens Königshaus an die Spitze brachte nun ſollte auf einmal Süddeutſchland Dies und Das und Das und Dies mit beſonderem Rechte zu fordern haben, nun ſollte am Ende des Turniers Einſatz und Bedingung rundweg geleugnet werden! Und nicht einmal ein Staat mit gewiſſen nachdrucksvollen geſchichtlichen Rechten, nein, eine Gegend die ganz verſchiedenartig begrenzt werden konnte, ſollte Alles für ungültig erklären können. Ein andres Mal rechnete das Rheinland, welches großentheils preußiſch, zu Süddeutſchland; heute war Preußen nur ein Gegenſatz zu Süddeutſchland und Trier unter gleichem Breitengrade wie Darmſtadt, Saarbrück unter gleichem Grade wie Heidelberg waren nicht mehr preußiſche Städte.

Dies war ein übler Ton, den Herr Edel ſo zuverſichtlich anſchlug. Er ſagte nichts weiter als: wir wollen nur eine deutſche Einheit, wenn wir perſönlich dabei unſre Rechnung finden, wenn wir die Rechnung ſo finden wie wir ſie uns gemacht. Daß die Süddeutſchen in ihren Sympathieen betroffen ſein mochten bei ſolchem Ausgange, wer begriff das nicht, wer beklagte das nicht! Wer war nicht bereit auszugleichen, wo es ohne Gefährdung des ganzen Zwecks irgend geſchehen konnte! Aber dieſe grelle Verleugnung des Princips am Schluſſe einer auf ſolches Princip begründeten, begeiſterungsvoll geprieſenen Parlamentsſeſſion, ſie war das Signal zur Zerſtörung des Werkes. Bisher hatten nur die Linken, wie ſie meinten im Intereſſe der Freiheit, den Partikularismus

aufgepflanzt. Jetzt erhob er ſich nicht nur auf der Rechten, nein im rechten Centrum, zu welchem Herr Edel und Genoſſen bisher gehört hatten, im rechten Centrum, wo man ſich zur Einheit ſtreng wie zu einem Dogma bekannte.

Dies erſte Anzeichen eines offenen Abfalls vom Grundprincipe des Parlaments hat ſich in den nächſten Wochen entſetzlich bewährt. Von hier aus hat ſich eine principloſe Oppoſition entwickelt und geſtaltet gegen das Zuſtandekommen eines parlamentariſchen deutſchen Staates, eine Oppoſition welche zuerſt das Parlament in die Nichtigkeit zu ziehen ſuchte, und welche ſpäter alle Trennungsgründe in Deutſchland eifrig wieder belebt hat. Dieſer Signalgeber Edel war nun immer voran, wenn Verzögerung erſtritten werden ſollte, und wie er im Großen das Princip deutſcher Einheit verleugnet hatte, ſo verleugnete er im Kleinen was er bei Gelegenheit eines verlangten Aufſchubs ſo eben zugeſagt hatte. Die vorgeſpiegelte oder thörichte Erwartung, Oeſterreich werde über Nacht ſich zum Eintritte melden, gab in den nächſten Wochen den Vorwand zum Hinhalten, und wenn Herr Edel ſo eben von der Tribüne verſichert hatte: er wünſche nur noch acht Tage Aufſchub, und werde nach Verlauf derſelben mit ſeinen Freunden bereit ſein, dem Beginn der zweiten Leſung zuzuſtimmen — ſo ſtand er in der nächſten Stunde arglos wie ein unkundig Kind für eine Forderung der Linken auf, welche Erledigung des Wahlgeſetzes, eine Aufgabe von Wochen, vor der zweiten Leſung eingeſchoben ſehen wollte. Nichts, nichts hat

das Verhältniß in der Paulskirche, hat Treu und Glauben ſo ſehr vergiftet als ſolch Betragen.

Mit Freude und Zuneigung hörte man daneben einen Süddeutſchen wie Uhland an, obwohl er nichts Beſſeres wollte als ein Wahlreich. Aber er war ächt im Princip, treu in ſeinem Worte. Die Wurzel des neuen deutſchen Staates ſei eine demokratiſche; der Gipfel ſchieße nicht von den Zweigen empor, ſondern von der Wurzel: „das wäre dem natürlichen Wachsthum der neu entſtehenden deutſchen Eiche nicht gemäß, wenn wir in ihrem Gipfel ein Brutneſt erblicher Reichsadler aufpflanzen wollten". Ja als er damit ſchloß: es werde kein Haupt über Deutſchland leuchten, welches nicht mit einem vollen Tropfen demokratiſchen Oels geſalbt ſei, da rief Mancher dem Dichter Beifall zu, Mancher, der gar nicht einverſtanden war mit dem luftigen Gedankenzuge des Schwaben. Es war aber eine deutſche und poetiſche Ganzheit. —

Der Worte ſind genug gewechſelt! hieß es denn am zweiten Tage, am 23. Januar, bekehrt wird Niemand mehr durch Reden, ſtimmen wir ab!

Man durfte nicht ſicher auf einen Sieg der Erblichkeit rechnen. Das Centrum ſelbſt hatte ſtarken Abfall zu erwarten, wie ſich ſchon bei Edel und Genoſſen an den Tag gelegt hatte. Die Rechte ging vorausſichtlich nur in geringer Zahl mit Vincke, denn alle Baiern und Oeſterreicher dort wollten keine Erblichkeit — für den Hohenzollern. Vom Würtemberger Hofe

waren wohl, wie Grumbrechts Rede verheißen, einige Stimmen zu erwarten. Aber Grumbrecht ſelbſt gehörte zur rechten Seite des Würtemberger Hofes und war nur darum nicht zum Augsburger übergegangen, weil er in zweifelhaften Fragen die Meinung des Centrums im Würtemberger Hofe vertreten wollte.

Ein Sieg der Erblichkeit war unwahrſcheinlich, war jedenfalls nur dann möglich, wenn die Frage um Erblichkeit zuletzt an die Reihe kam. Leute wie Waitz, Zachariä und Aehnliche, welche ſich hierin vom Centrum abſonderten, mochten wohl zum Votum für Erblichkeit ſich entſchließen, wenn alle anderen Beſtimmungen keine Majorität erlangten, und mancher Andere war ebenſo entſchloſſen, damit ein Beſchluß zu Stande käme. Aber in erſter Linie wollten Viele nicht für Erblichkeit ſtimmen, die ſich allenfalls dazu entſchließen wollten, wenn keine andre Wahl mehr übrig bliebe.

Das Schickſal der Erblichkeit hing alſo von der Fragſtellung ab, und die Abſtimmung über die Folge der Fragen fiel nicht zu Gunſten der Erblichkeit aus. Vierundzwanzig Stimmen Mehrheit beſtimmten, daß zuerſt über Erblichkeit votirt werden ſolle.

Zu dieſer Mehrheit hatte ſich ziemlich Alles vereinigt, was nicht durchaus für Erblichkeit geſinnt war. Auch diejenigen, welche der partikulariſtiſchen und demokratiſchen Oppoſition keinen Vorwand laſſen, und die Zeit bis zur zweiten Leſung

für Oesterreich frei lassen wollten, welche also deshalb erst bei der zweiten Lesung ihr letztes Wort abgeben wollten.

Das erbkaiserliche Centrum verzichtete also nach diesem Ergebnisse auf einen absoluten Sieg. Es spannte seine Aufmerksamkeit nur dahin, ob die Erblichkeit einen relativen Sieg erringen werde, das heißt, ob sie heute die zahlreichste Minderzahl aufweisen könne. Auf alle andern Formen, das wußte man, vereinigen sich die verschiedenartigsten Elemente, für den sechsjährigen Kaiser namentlich sogar der gemäßigte Theil der Linken; um die Erblichkeit aber schaart sich nur ein geschlossenes Princip.

211 Stimmen vereinigten sich für die Erblichkeit gegen 263. Die Minderheit betrug also nur 52 Stimmen. Von zwanzig Stimmen ungefähr wußte man jetzt schon, daß sie in zweiter Instanz für Erblichkeit stimmen wollten. Es blieb also ein Minus von 12 Stimmen zu gewinnen für die endliche Entscheidung:

Die Wahl des Kaisers auf Lebenszeit erhielt nur 39 Simmen von 452.

Die Wahl des Kaisers auf zwölf Jahre erhielt gar nur 14 Stimmen von 456.

Nun ging es an das sechsjährige Reichsoberhaupt, wofür sich Republikaner, die einen solchen Präsidenten hofften, Süddeutsche, Oesterreicher, Rechte und fast alle Feinde des Erbkaisers vereinigten. Herr von Bothmer neben Vogt, Römer

neben Giskra ſtimmten dafür. Dennoch brachten ſie's nur auf 196 Stimmen gegen 264.

Das Reichsoberhaupt auf drei Jahre erhielt 120, faſt nur linke Stimmen.

So war denn keine Beſtimmung über die Dauer des Reichsoberhauptes durchgegangen. Die Erblichkeit hatte aber eine relative und zwar principiell einige Mehrheit. Die definitive Entſcheidung blieb der zweiten Leſung überlaſſen.

7.

Hiermit war der Gedankenkreis einer neuen deutſchen Verfaſſung erſchöpft. Es blieben in der Oberhauptsfrage nur die gewöhnlichen Konſequenzen der konſtitutionellen Monarchie übrig. Dann war der „Reichsrath", ſicher geſtellt durch das Zugeſtändniß des Centrums, es war ein Abſchnitt „Gewähr der Verfaſſung" zu votiren, und es war endlich ein Wahlgeſetz feſtzuſtellen. Letzteres ſollte nicht integrirender Theil der Verfaſſung werden, und man wollte erſt nach zweiter Leſung der Verfaſſung an die dornige Löſung ſolch einer Aufgabe ſchreiten, welche doch gewiß nur dann paſſend gelöſ't werden konnte, wenn man vollſtändig überſah, für welchen Staat, alſo für welche Vorbedingungen die Wahlen anzuordnen wären.

Dies hoffte man und dies war im Laufe eines Monats, alſo bis gegen die Mitte des Februar, zu erledigen. Unterdeß

konnten die Bemerkungen und Einwendungen der Staaten über und gegen die Verfassung eingegangen und vom Verfassungsausschusse für die Vorlage zur zweiten Lesung berücksichtigt sein. Auf diesem Wege sollte die „Verständigung" zwischen Reichsversammlung und Einzelnstaaten stattfinden. Preußen selbst hatte dies mildere Wort „Verständigung" vorgeschlagen und hatte den technischen Ausdruck „Vereinbarung", welcher so viel Widerstreben fand, absichtlich vermieden. Darauf einzugehn war die Mehrheit der Paulskirche bereit. Die endgültige Entscheidung nur sollte in ihr als der Vertreterin eines deutschen Ganzen gegenüber den deutschen Bestandtheilen beruhn und sich bethätigen.

Die Entwickelung schien also nun doch endlich ihrem Ziele glücklich zu nahen. Bis zur Wiederkehr des Märzes konnte die Konstituirung des Vaterlandes vollendet sein. Ach, „zwischen Lippe und Bechersrand" findet noch alles mögliche Verderben Raum. Bis zur zweiten Lesung sollten diejenigen deutschen Elemente, welche sich über Gebühr benachtheiligt glaubten, den Boden dergestalt aufwühlen, daß kaum ein endlicher Beschluß entstehen, dieser endliche Beschluß aber vergiftet werden könne.

Innerhalb dieses Monats vor dem wiederkehrenden März bildete sich eine Coalition aus, welche nichts weiter gemeinschaftlich hatte als: Hinderung und Zerstörung der deutschen Reichsverfassung.

Ehe dies näher dargestellt wird ist aus dem Abschnitte der

Oberhauptsfrage noch dasjenige zu erwähnen, was früher ſchon angedeutet worden iſt als etwas, was nicht zur Verhandlung gekommen ſei. Es betraf etwas ſcheinbar Aeußerliches, den Titel des Reichsoberhauptes. Der Verfaſſungsausſchuß hatte den Kaiſertitel vorgeſchlagen. Dagegen war von einigen Mitgliedern des Centrums ein Amendement vorbereitet worden, welches den Titel „König der Deutſchen“ vorſchlug. Es ſtützte ſich auf folgende Erwägung:

Der Kaiſertitel erweckt Gedanken, Erinnerungen und Anſprüche, welche gar nicht beabſichtigt werden. Er war der Ausdruck eines ganz andern Reichsverhältniſſes, als das heutige ſein kann und ſein ſoll. Er betraf den Zuſammenhang mit Rom, er war aus dem Süden geholt für ein heilig-römiſch-deutſches Reich. An ſolch einen Zuſammenhang des modernen deutſchen Reiches denkt Niemand. Wozu alſo etwas Lebloſes mit einem Namen heraufbeſchwören, welcher nur Anlaß giebt zu Mißdeutungen? König der Deutſchen war der heimathliche deutſche Titel, für welchen es keines Römerzugs, keiner päbſtlichen Weihe bedurfte. Im eigentlichen Sinne des Wortes war er der nationale Titel.

Oeſterreich ferner wird ſchon um des bloßen Kaiſertitels willen doppelte Schwierigkeiten erheben. Wir Menſchen ſind nun einmal ſo, daß wir an Unweſentlichem mit beſonderer Hartnäckigkeit haften.

Ja, auch eine große Anzahl katholiſcher oder ſüddeutſcher Stimmen, für welche die Tradition des Kaiſerthums noch

eine ganz beſtimmte religiöſe oder poetiſche Bedeutung hat, werden eher mit ihrer Oppoſition verſtummen, wenn der für ſie bedeutungsvolle Titel vermieden wird. Das Neue mit neutralem Namen wird eher eine neutrale Stimmung gewinnen bei ſeinen Widerſachern.

Für den engeren und weiteren Bund endlich iſt ein zwiefacher Titel angemeſſen. Soll und kann eine Architektonik erſtrebt werden, innerhalb welcher der öſterreichiſche Kaiſer dem weiteren Bunde präſidire als mächtiger Herr all ſeiner Lande, dann möge ihm auch allein der Kaiſertitel verbleiben. Jedenfalls wird durch den „König der Deutſchen“ der organiſche Verband mit Oeſterreich im weiteren Bunde erleichtert.

Dagegen ſprach nur, daß ſich das Volk bereits des großen faßlichen Kaiſertitels bemächtigt habe, und daß er beſonders in Norddeutſchland, wenn auch nicht unter dem demokratiſchen Parteibegriffe „Volk“, doch unter Bürgern und Bauern bereits populär ſei. Es ſei nicht gut daran wieder zu rütteln. Das war ein gegründeter Einwand. Er hätte aber doch untergeordnet werden müſſen, wenn wirklich für die Befriedigung des Ganzen durch ſolchen Wechſel des Titels etwas zu erreichen war. Daß Norddeutſchland übrigens, wo ja die Eiferſucht gegen Preußen noch größer iſt als in Süddeutſchland, ſeinen Widerwillen gegen ein preußiſches Kaiſerthum ſo heroiſch niederkämpfte, das hing allerdings zuſammen mit religiöſer und poetiſcher Tradition wie ſie *hier* zu Hauſe. Man mag ſich noch ſo ſehr hüten es auszuſprechen, verleugnen kann man

nirgends ganz, daß der protestantische Sinn, wenn auch den Meisten unbewußt, in all diesen Fragen seinen Einfluß übte. Mochten nun auch hier die norddeutschen Protestanten ihr Opfer bringen zum Gedeihen des Ganzen, indem sie auf einen stolzen Titel verzichteten!

Sie wendeten ein, es werde ja dieser deutsche Königstitel gar so unbequem und verwirrend werden, weil man noch vier kleine Könige behalte. — Die verwirrenden Titel, welche über die Macht täuschen sollen — wurde darauf erwidert — haben diejenigen nicht zu kümmern, welche für entsprechende Macht den Namen zu wählen haben. Es ist von ihnen dafür zu sorgen, daß ein deutsches Königthum entsteht, und daß andrerseits die Einzelnstaaten nicht weiter in ihren Herrlichkeiten verkürzt werden als zum Bestehn eines mächtigen Ganzen nöthig ist. Wie weit den Einzelnstaaten eines vereinigten Reiches der königliche Name und Prunk, zumeist eine Errungenschaft Napoleons in Deutschland, unerläßlich sei, das werde die Sitte von selbst verfügen.

Dieser letztere Gesichtspunkt galt indessen für Nebensache. Die Erleichterung für Oesterreich, die Versinnlichung eines sich abzweigenden engeren und weiteren Bundes war der Grund dieser Titelfrage.

Um den Königstitel gruppirten sich zunächst diejenigen, welche zwar den Bundesstaat in ganzer Konsequenz aber auch die organische Betheiligung Oesterreichs wollten. Die Folge wird lehren, daß in dieser engeren Gruppe, welche sich um

Gagern gebildet hatte, nicht nur warme Theilnahme für Oesterreich, sondern auch klare Erkenntniß der auf friedlichem Wege erreichbaren Formen lebendig war. Heinrich von Gagern erklärte sich für dieses Amendement des Königstitels, und die Mehrzahl des Centrums schien einzuwilligen. Es begann eben die Runde zu machen für Unterschriften — da kam jene Entscheidung gegen die Erblichkeit. Jetzt war es nicht mehr an der Zeit, das Oberhaupt noch weiter abzuschwächen. Man legte das Amendement zurück für die zweite Lesung. Es war nicht vorauszusehn, daß diese zweite Lesung so sturm- und drangvoll vor sich gehn, und daß sie keinen Raum gestatten werde für eine solche feine Abstufung.

Der Kaisertitel selbst war nur mit einer Mehrheit von 9 Stimmen durchgegangen. Viele die so eben für einen sechsjährigen Kaiser gestimmt, ja Manche die später für einen erblichen Kaiser stimmten, hatten jetzt gegen den Titel votirt mit den Linken, den Ultramontanen, den Baiern und den Oesterreichern, welche letzten drei Kategorieen ein römisch-deutsches Kaiserthum votirt hätten, wenn Aussicht vorhanden gewesen wäre, einen Habsburger erwählt zu sehn.

Solche Parteiung gegen dieselben Staatsformen, welche man selber wollte, welche man aber des unwillkommenen Eigenthümers wegen jetzt verleugnete, führte nun nach der ersten Lesung zur berüchtigten Coalition. Nachdem auch die „Gewähr der Verfassung“ und die verschobenen Paragraphen der Grundrechte votirt, nachdem die Einwendungen der

Staaten eingegangen waren und als man nur noch den letzten Berg, die entſcheidende zweite Leſung vor ſich hatte, da vereinigten ſich zu bloß negativem Zwecke Parteien, welche über Form und Inhalt entgegengeſetzter Anſicht waren. Was da Princip! Was da deutſcher Staat und deutſche Einheit klein oder groß! Es ſollte Nichts zu Stande kommen, weil Das nicht zu Stande kam was — ſie wollten? O nein. Wenn ſie noch gewußt hätten was ſie wollten! Wenn ſie nur eine Form hätten bezeichnen können! Sie wußten nur was ſie nicht wollten. Sie konnten alſo nur zerſtören, und deshalb war unter ihnen eine lügenhafte und unmoraliſche Coalition möglich. Lügenhaft und unmoraliſch dadurch, daß ſie einander zu Gefallen, namentlich die Rechten den Linken zu Gefallen, für Sätze ſtimmten, welche ihrem Princip und ſonſtigen Wunſche direkt widerſprachen. Sie wollten dieſe Sätze nicht, ſie ſtimmten nur dafür als für Zerſtörungsmittel.

Dies wurde ſchreiend offenbar beim Wahlgeſetze, welches ſie nun vor der zweiten Leſung herauszutreiben ſuchten. Die Beſſeren thaten dies um noch einige Zeit zu gewinnen bis zu der gefürchteten abſchließenden zweiten Leſung. Die Schlimmeren drängten das Wahlgeſetz dazwiſchen, weil ſie wohl wußten, wie nackt hierbei nochmals die Gegenſätze zwiſchen Rechts und Links hervorſpringen, die Leidenſchaft reizen, die Einigung zu einer Verfaſſung erſchweren müßten. Es war dies vorzeitige Heranbringen des Wahlgeſetzes ſelbſt das erſte Zugeſtändniß, welches ſie den Linken machten. Dieſen lag

nicht das Mindeſte am Fertigwerden ſolcher konſtitutionell-monarchiſchen Verfaſſung; „im Gegentheile!“ hatte der ſchwatzhafte Herr Vogt geſagt; es lag ihnen in dem ganzen, durch Mäßigung einmal doch verpfuſchten Parlamente nur an den Grundrechten und an einem Wahlgeſetze mit unbeſchränktem Wahlrechte. Dieſen Hebel noch wünſchten ſie zu erlangen, dann wollten ſie in Zukunft das Verfaſſungswerk ſchon in die Lüfte ſprengen. Iſt aber erſt die Verfaſſung auch in zweiter Leſung beſchloſſen — berechnete man — dann tritt ein Genügen ein, welches einem weit greifenden Wahlgeſetze ungünſtig iſt, dann will man das Fertiggewordene konſerviren, dann wird alſo auch das Wahlgeſetz konſervativ. Jetzt aber, riefen die Linken, jetzt wo die Ungewißheit noch ſo vortrefflich gährt, jetzt an das Wahlgeſetz! Wollt Ihr Unzufriedenen mit uns zuſammengehn, ſo gebt ein Pfand, und helft uns zum und beim Wahlgeſetze!

Dies geſchah. Es erſchienen ſüdliche Figuren auf der Rednerbühne die man nie geſehn. Lange dunkle Röcke mit hohen Glanzſtiefeln! Singend fanden ſie 's unbegreiflich, daß man mit dem wichtigſten Geſetze zögern könne. Das Volk, das Volk! das ganze Volk lag ihnen, die bisher im Hintergrunde der Rechten ganz verborgen geweſen waren, ſo ſehr am Herzen, das ganze Volk ſei zur Wahl berufen. Wie Herr Beda Weber angekündigt: die Volksſouverainetät war plötzlich unter ſie gefahren.

Ein nicht unwichtiger Bundesgenoſſe für die Malkonten-

ten war seit Kurzem in Frankfurt wieder eingekehrt. Heckscher, welcher zur Vertretung der Centralgewalt nach Italien, nach Turin, gesandt worden war, da er als Mitglied des Ministeriums fernerhin für unmöglich gegolten und man ihm doch eine Aufmerksamkeit erweisen gewollt hatte. Schwer verdrießlich sah dieser ehrgeizige Mann jetzt drein, daß die Entwickelung tiefe, feste Bahnen gewonnen hatte, und seiner nicht bedurfte. Er war der advokatische Mann, dem Gagernschen Wesen nicht bloß die ewige Verneinung, sondern wenigstens scheinbar positive Punkte entgegenzustellen. Anonym ward eine Einladung erlassen zu einer Zusammenkunft in Schröders Hôtel. Er selbst, die beiden Oesterreicher von Würth und Somaruga, Welcker und der weiland Ministerkandidat kurioſen Angedenkens, von Hermann, traten zusammen, und griffen es am richtigen Ende an: es sollte eine andere Verfassung der bisher beschlossenen entgegengestellt werden. Dagegen war gewiß nichts einzuwenden. Wenn es möglich war, die unerläßlichen Grundbedingungen: Volkshaus und Bundesstaat, auf anderem, Oesterreich einschließenden Wege zu erreichen, so konnte diese Gegenverfassung sicher darauf rechnen, die Mehrheit in der Paulskirche, selbst ohne die Linke, zu gewinnen. Denn die jetzigen Bundesstaatlichen, die Kaiserlichen genannt. würden in großer Anzahl bereit gewesen sein sich eines Besseren belehren zu lassen. Es war ihnen gar nicht um den Ausschluß Oesterreichs zu thun, wenn mit Oesterreich das Ziel erreicht werden konnte.

Für dieſes großdeutſche Verfaſſungsprojekt wurde im Hôtel Schröder eine Commiſſion von neun Mitgliedern ernannt, und während ſie innerlich an's Werk ging, ſchritt man äußerlich zur Anknüpfung mit der Linken.

Es wurde eine Coalition ſogar offen und geräuſchvoll in's Werk geſetzt. Auf der Mainluſt war eine Verſammlung verſucht worden, in welcher man ſich öffentlich über Allianz-Bedingungen einigen wollte. Das war aber doch nicht ohne ſkandalöſen Anſtrich abgegangen. Die Frivolität der Linken hatte es nicht laſſen können, ihre Späße zu machen über die großdeutſchen Phariſäer, und man mußte verſuchen, die Looſungsworte in kleineren Zirkeln vorzubereiten. Selbſt manchem gewiſſenhaften Manne von der Linken war der Schacher zuwider, war die Aeußerung Vogts, „er ſei allerdings käuflich für vermehrte Volksrechte" ein Gräuel, und der beſſere Mann von der Linken hielt ſich fern. Poſitiven Vortheil konnten dabei übrigens unter allen Umſtänden nur die Linken haben, da eigentlich von ihnen gar kein artikulirtes Zugeſtändniß gefordert, ſondern nur ein Beharren auf jeweilig vorkommenden, völlig vagen großdeutſchen Sätzen verlangt wurde. Das war ein Verlangen, welches den Linken von ſelbſt entſprach: vage Redensarten mit dem Paukentone eines ganzen großen Deutſchland, damit konnten ſie aufwarten. Und übrigens Oppoſition gegen die verhaßten Bundesſtaats-Centren, Oppoſition in alle Wege, Verzögerung, Vernichtung, heidi! was konnte Leuten wie Vogt Erwünſchteres kommen?!

Die Stifter der Liga mochten wohl wiſſen, daß Dem ſo ſei, und daß für ſie keinerlei poſitives Reſultat dabei erzielt werden könne. Wie vorſichtig und täuſchſam auch die Verfaſſer einer Gegenverfaſſung unter Heckſchers Leitung die Sätze drehen und verdrehen mochten, ſie blieben doch aus Mangel an Schöpfungskraft am Zuſchnitt der bisherigen Verfaſſung haften, und ſchnitten nur hie und da Löcher, welche den Linken gerade nichts weniger als erwünſcht ſein konnten. Die Abſicht einer neuen Verfaſſung alſo, welche ſich langſam und flickweiſe zu bethätigen ſuchte, konnte auch nicht über den lügenhaften Begriff einer aus feindlichen Elementen zuſammen getriebenen Coalition hinaus bringen. Ein poſitives Ergebniß *mit* den Linken noch weniger. Man wollte nur eine Zeitlang zuſammen marſchiren, um ſtärker auszuſehn. Es drängt ſich alſo die Frage auf: warum dann nicht lieber das Aufſehn vermeiden, welches ihnen in der ſittlichen Meinung ſo unauslöſchlichen Schaden brachte? Warum dann nicht einfach geſchehen laſſen was von ſelbſt geſchah wenn man mit den Linken ſtimmte?

Einmal hatte man doch wohl nicht vorausgeſehn, daß die Linken ſo gar prahleriſch und hochmüthig ſein würden, und zweitens bedurfte es doch immerhin einer genauen Verſtändigung, um gegenüber dem kompakten Centrum die Fragen über Tagesordnung und Abſtimmung genau ſo zu ſtellen und zu vereinbaren, daß ein Erfolg möglich war. Wenn irgend möglich, mußten dieſe Fragen doch einen Schimmer

von Entſchuldigung und Berechtigung mit ſich führen, ſonſt ſchämten ſich doch Manche, die gern mitgegangen wären. Und um die Mehrheit zu erlangen, die auch im günſtigſten Falle nur eine ganz geringe werden konnte, mußte die Verabredung ſehr fein gefädelt ſein. Das Wahlgeſetz war dafür unſchätzbar. Da mußte Piepmeyer hie und da erwachen, da war Unerfahrenheit auszubeuten, da war Vereinigung auf beſchränkende Punkte ſo ungemein ſchwer in dem zwanzigfach verſchiedenartigen Deutſchland, und da konnten die zwei oder drei ſoufflirenden Coalitionsführer unbekümmert in's Ungemeſſene laufen laſſen oder auch treiben. Es war ja doch nicht daran zu denken, daß Oeſterreich jemals zu einem ſolchen geſetzgeberiſchen Volkshauſe wählen ließ, am Wenigſten daß es nach einem ſo nivellirenden Geſetze wählen ließ, mochte dies nun ein Quentchen mehr oder ein Quentchen weniger laxativ ſein.

Hierbei wurde es zum erſten Male deutlich und wurde es bitter ausgeſprochen: daß eine ſo große Anzahl Stimmen über Form und Weſen eines Bundesſtaates entſcheiden ſollten, dem ſie doch ſicherlich nicht zugehören würden. Alle übrigen Regierungen hatten zur ſogenannten „Verſtändigung" ihre Noten eingereicht, in welchen das bezeichnet war was ſie in der zweiten Leſung geändert ſehn wollten an der Verfaſſung. Oeſterreich allein hatte vom 4. Februar eine wiederum ganz allgemein gehaltene Note geſendet, in welcher es ſich gegen das Gagernſche Programm erklärte, und übrigens nur

hinzuſetzte: daß ihm ein einiges, mächtiges, Deutſchland „vorſchwebe.“

Dies Wort an ſolcher Stelle ſagte Alles. Selbſt Diejenigen, welche noch allenfalls einen beſtimmten Fingerzeig erwartet, geſtanden jetzt, daß gar nichts von dort zu erwarten ſei für einen deutſchen Bundesſtaat, und zum erſten Male mußte man die bitterſten Ausdrücke hören: daß in dieſer Note immer das dritte Wort Oeſterreich die „erſte deutſche Macht“ nenne, daß es aber die erſte fremde Macht in Deutſchland ſei. Der Aerger und die Animoſität gegen Oeſterreich ſtieg jetzt nach dieſer „hochfahrend“ genannten Note und bei Abſtimmung über das Wahlgeſetz zu beunruhigender Höhe. Als ein übrigens unbekannter Schwarzrock am 13. Februar mit unverkennbarem Dialekte plötzlich zum erſten Male auf der Tribüne erſchien und in gezogenen, ſchleimigen Wendungen zu beweiſen ſuchte, daß die Vornahme des Wahlgeſetzes jetzt, und gerade jetzt an der Zeit und dem Ganzen höchſt förderlich ſei, da erhob ſich eine ſo eigenthümliche Unruhe im Hauſe, daß man einen bisher noch niemals verlauteten Widerwillen erkennen mußte. Die Verſammlung gerieth in ein letztes Stadium der Gereiztheit, welches die ärgſten Ausbrüche befürchten ließ.

An demſelben Tage wurde übrigens, nachdem auch Herr von Hermann aus miniſteriellen Gründen — ſo hartnäckig intereſſirte er ſich für's Miniſterium! — die Vornahme des Wahlgeſetzes bevorwortet hatte, es wurde trotz wirklich mi-

niſteriellen Widerſpruches von Seiten Beckeraths die Diskuſſion des Wahlgeſetzes auf die nächſte Tagesordnung geſetzt. Man wußte nicht, woher die Mehrheit kam; aber hierbei fand man auch rechts hinreichenden „Schimmer von Entſchuldigung und Berechtigung.“ Es war unſcheinbar Verzögerung und ein Zankapfel zu gewinnen.

Die Vorberathungen des Wahlgeſetzes in den Klubbs des Centrums verhießen kein günſtiges Reſultat für diejenigen, welche das unbeſchränkte Wahlrecht für unverträglich hielten mit einem geordneten Staatsleben. Theils war ein Klubb, der Landsberg, nicht dahin zu bringen, daß er ſich ganz oder auch nur in großer Mehrzahl dem Principe einer nothwendigen Beſchränkung angeſchloſſen hätte Es war einer Anzahl dieſer Abgeordneten nicht glaublich zu machen, daß weder eine monarchiſche noch eine republikaniſche Staatsordnung zu irgend einer Stätigkeit gelangen könne, wenn die Entſcheidung aller politiſchen Fragen in die Hände der unberechenbaren, links und rechts verführbaren Maſſe gelegt werde. Theils erkannte man mit Schrecken, wie groß die Verſchiedenheit der Lebensverhältniſſe, der Steuerverhältniſſe, ja der Gemeindeverbände in Deutſchland ſei. Letztere, auf die man ſich ſtützen wollte, fehlen in vielen Landſchaften noch ganz, und erſtere ruhen auf ſo verſchiedenartigen Kriterien, daß es unmöglich ſchien: ſich auf gewiſſe Punkte der Beſchränkung

im weiten deutſchen Reiche zu einigen. Kaum hatte man endlich einen Punkt aufgefunden, welchem eine große Anzahl Landſchaften zuſtimmen konnten, ſo erhob ſich ein Mecklenburger und ſagte: bei uns iſt dieſer Punkt ganz unbekannt! Und ging man davon ab, ſo erhob ſich ein Rheinheſſe, oder ein Baier gegen den neuen Vereinigungspunkt. Der Vorſchlag des Verfaſſungsausſchuſſes bot keine Hilfe. Er wollte Kategorieen ausgeſchloſſen ſehn: Dienſtboten, Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter, Tagelöhner. Das gefiel nicht. Man wollte nicht einen Ausſchuß nach Klaſſen. Man wollte ein allgemeines Kriterium finden.

Gegen das unbeſchränkte Wahlrecht war man einig im Augsburger Hofe, im Caſino, im Café Milani. Im Augsburger Hofe, welcher doch am Weiteſten links ſtand von dieſen Fraktionen war nur etwa ein Mitglied für daſſelbe. Ein anderes ſagte geradezu: das unbeſchränkte allgemeine Wahlrecht iſt im Vergleich zu den galoppirenden kommuniſtiſchen Schriftſtellern der Kommunismus im Schritt. Die große Mehrzahl der Einwohner iſt beſitzlos. Giebt man ihnen den Staat preis, ſo bringt es die Konſequenz und die Natur des Menſchen mit ſich, daß ſie über das ihnen fehlende Eigenthum zu ihren Gunſten verfügen, wenn auch nicht in plötzlichen Maaßregeln.

Hier im Augsburger Hofe vereinigte man ſich allmählig zu der geringen Beſchränkung, daß nur derjenige ausgeſchloſſen ſei, „welcher nicht einen eigenen Hausſtand und nicht ein

volles Jahr lang unmittelbar vor der Wahl zu Gemeindelasten beigetragen oder wo es noch keine Gemeindeverbände gebe irgend eine direkte Steuer entrichtet habe, oder endlich der, welcher nicht ein Einkommen von 350 Gulden (200 Thaler) nachzuweisen vermöge." Dies Amendement trug Biedermanns Namen.

Im Casino vereinigte Georg Beseler eine Anzahl um einen niedrigen Census: Wer nicht mindestens entweder 5 Gulden 15 Kreuzer Rheinisch (3 Thaler pr.) direkte Steuern jährlich an den Staat entrichte oder ein jährliches Einkommen von 350 Gulden (200 Thaler) nachweisen könne, solle nicht wählen dürfen.

Daneben schaarte sich eine Anzahl um einen Vorschlag von Veit, Plathner, Graf Keller und Genossen, welcher den Höchstbesteuerten die Hälfte der Wahlstimmen beilegte.

Dieser Vorschlag entzog dem Beselerschen Stimmen, wie dieser jenem, wenn Mancher auch eventuell für diesen und jenen stimmen wollte. Der einfache Census im Beselerschen schreckte durch seinen nackten Namen manchen Biepmeyer ab, und trieb ihn zu diesem anderen Vorschlage, welcher Reich und Arm zuließ, aber den ganz Reichen grell bevorzugte vor dem Bemittelten, indem letzterer der großen Masse zugeschoben wurde.

Nun war aber auch das Casino schon außerdem geschwächt durch den Austritt der österreichisch Gesinnten, welche im „Pariser Hofe" einen eigenen Klubb gebildet hatten unter Welcker, Jürgens, Reichensperger, Edel. Hier gab es wohl man-

chen ehrenhaften Mann, von dem man nicht fürchten durfte, daß er auf mögliche Zerstörung des Ganzen hin, oder den Linken zu Gefallen ein hochwichtiges Gesetz verstümmeln helfen werde. Aber es war nicht zu hoffen, daß dieser Klubb sich als solcher einer vorgeschlagenen Beschränkung anschließen werde, es war im Gegentheil zu fürchten, daß er die Zersplitterung vermehren, ja daß Dieser und Jener aus ihm dem Coalitionsstile des „Nein und Nein" sich anschließen werde.

Vom Café Milani endlich brachte von Wulffen einen Vorschlag, nach welchem „Jeder auf eignem Heerd oder durch Grundbesitz, Gewerbe oder öffentliches Amt ansässige, unbescholtene" 25jährige Deutsche wahlberechtigt sei. Dies war sehr zerfließend und unbestimmt; einen Sammelpunkt konnte man auch darin nicht vermuthen.

Kurz, man ging ziemlich hoffnungslos in die Debatte eines so tief greifenden Gesetzes. Und doch ahnte man noch nicht, daß die Coalition sich hier am Wohlfeilsten und Sichersten bethätigen könne dadurch, daß der Einzelne eben immer Nein sage zu jeder Beschränkung. Gerade diese oder jene Beschränkung gefiel ihm nun eben nicht. Die ihm zusagende ist ausgeblieben! und daß auf solchem Wege eben gar keine Beschränkung, sondern das allgemeine Wahlrecht der Linken beschlossen werde, ja, das sei ein Schicksal! Deshalb könne Niemand angeklagt werden!

Die Debatte selbst, welche am 15. Februar begann, war an Kraft des Vortrags und Kraft der Gründe eine der mäch-

tigſten, welche das Centrum je geführt hat. Die Reden Baſſermanns, Beckeraths, Wernhers von Niernſtein, Friedrichs von Raumer, Mathys, Gagerns beweiſen dem In- und Auslande, daß man iu Deutſchland von keiner Blendung bethört ſei über Volk und Staat, und daß eine gediegene, reife politiſche Bildung in Deutſchland zu finden ſei. Jene Männer und ihnen zunächſt Scheller als Berichterſtatter, Matthies von Greifswald und Plathner ſprachen ſämmtlich für die unpopuläre Beſchränkung.

Welcher Menſchenfreund hätte nicht für allgemeines Stimmrecht geſchwärmt und nur mit Widerſtreben ſolch ein Ideal aufgegeben! Es war alſo diesmal ein hiſtoriſcher Vortrag über dieſes Thema auch in einer politiſchen Verſammlung von Intereſſe, und Friedrich von Raumer, welcher ſich mit geſchichtlicher Erforſchung politiſcher Formen anhaltend beſchäftigt hat, wurde mit Aufmerkſamkeit angehört. Der politiſche Profeſſor alſo, gerade als ſolcher war einmal allen Parteien willkommen, denn Jedermann mochte eine raſche Ueberſicht der menſchlichen Beſtrebungen in dieſer Grundfrage des Staates hinnehmen von Solon bis Schlöffel.

Der Gedanke Solons ſei geweſen: daß allerdings die Perſon frei werden ſolle, daß aber zu der Perſon ein Beſitz gehöre. „Er theilte ſeine Athener, mit ihrer Zuſtimmung, in vier Klaſſen, und gab den höheren Klaſſen größere Rechte, aber, wohlgemerkt! auch größere Pflichten. Und zwar namentlich in Bezug auf Steuer und Kriegsdienſt.

Nach den Perſerkriegen ließen ſich die niederen Klaſſen dies Syſtem nicht mehr gefallen, und es wurde durch Ariſtides allgemeine gleiche politiſche Berechtigung eingeführt.

Perikles nach Art eines konſtitutionellen Monarchen ſei noch in großem Stile damit zurecht gekommen, bald aber „reihte ſich der Verfall Athens zur Zeit des Gerbers Kleon“ und anderer Demagogen „an dieſes allgemeine Stimmrecht und dieſe unbedingte Gleichſtellung.“ —

Servius Tullius, der wichtigſte politiſche Geſetzgeber in Rom, ſtufte die politiſchen Rechte nach dem Eigenthume ab, nicht nach den Einnahmen. Er verband mit der Eintheilung in Klaſſen noch die Eintheilung in Centurien, „das heißt, er gab den Reicheren außerordentlich viel größere Rechte, und gründete dadurch eine lang dauernde Ariſtokratie, welche die niedrigſte Klaſſe wie von den Rechten ſo auch von den Laſten ausſchloß.“

Dies Bevorzugungsſyſtem brach man durch Einführung der Tribus. „In den Tribus fragte kein Menſch nach dem Gelde; aber es fand deſſenungeachtet keineswegs ein allgemeines Stimmrecht ſtatt, ſo wie es in unſern Tagen verſtanden wird. Jede Tribus — durchſchnittlich 35 — bildete nämlich eine Corporation mit einer Stimme. Es waren aber nicht gleich viel Perſonen in einer Tribus, ſondern der zahlreiche Stadtpöbel Roms ward zuſammengenommen in wenige ſtädtiſche Tribus, und minder viel Perſonen bildeten eine ländliche Tribus.“

Man ſage in Amerika ſei kein Cenſus. Das iſt falſch. In einigen Staaten muß Vermögen nachgewieſen werden, in faſt allen Staaten muß der Wählende Steuern bezahlt haben; und in allen Staaten muß er anſäſſig ſein, womit immer die Pflicht des Steuerzahlens verbunden iſt. „Sie iſt die Bedingung, ohne welche Niemand zur Wahl kommt.“

Jefferſon, der berühmte demokratiſche Präſident in Amerika ſage poſitiv: für die bevölkerten, eingeengten Länder Europas paſſe durchaus nur eine ganz andere Regierung als in den amerikaniſchen Staaten. In dieſen ſei Jeder durch ſein Eigenthum für Aufrechthaltung von Geſetz und Ordnung weſentlich intereſſirt. Solchen Männern ſei Aufſicht über die öffentlichen Angelegenheiten anzuvertrauen, eine Aufſicht und Kontrole, „welche in den Händen des Geſindels der europäiſchen Staaten ſogleich gemißbraucht werden würde zum Niederreißen und Zerſtören aller öffentlichen bürgerlichen Rechte und Güter.“

Robespierre ſogar habe geſagt, es ſei eine Ehre Steuer zu zahlen. In Amerika aber würde man ſich ſchämen zu wählen, wenn man nicht zum allgemeinen Beſten ſeinen Steuerbeitrag entrichtet hätte.

Dies Alles ſprach alſo doch für den Cenſus, oder für die Eintheilungen in Tribus.

Die Uebereinkunft für eine Beſchränkung wurde aber den Centren noch dadurch erſchwert, daß die große Mehrzahl für direkte Wahlen und öffentliche Stimmgebung eingenommen

war. Wollte man ſich zu indirekten Wahlen entſchließen, ſagte Mathy, dann bedürfe es nur geringer oder gar keiner Beſchränkung. Das wollte man aber nicht, und die Erfahrung in Sachſen und Preußen ſprach nicht ſo ſehr für mäßigende Sicherheit in indirekten Wahlen. — Geiſtvoll hatte Gagern als heſſiſcher Miniſter die indirekte Wahl darum vorgezogen, weil ſie freie Erörterung und Verſtändigung möglich mache. Darin beſtehe weſentlich die Freiheit. Er hielt jetzt noch das Syſtem für das verderblichſte, welches unmöglich macht, den wahrhaften Ausdruck der Volksgeſinnung kennen zu lernen. Und das herrſche bei direkten Wahlen, „wobei in einem großen Wahlbezirke, ohne Verſammlung und Verſtändigung der Wähler, in jeder Gemeinde des Wahlbezirkes, ohne daß die eine weiß was die andere thut oder beabſichtigt, von den dort ſtimmfähigen Bürgern ein Abgeordneter gewählt würde.“

Bei indirekter Wahl können ſich die Urwähler, die einen Wahlmann zu wählen haben, verſtändigen, weil ſie eben in mäßiger Zahl und in verwandten Kreiſen zuſammentreten. Die erwählten Wahlmänner können dies ebenfalls unter ſich und mit den Kandidaten. Da kann ſich ein freies Urtheil bilden.

Er will auf die indirekte Wahl verzichten, wenn das Stimmrecht kein allgemeines iſt. Er will einen mäßigen Cenſus. Die Vertheidiger des allgemeinen Stimmrechtes, welche doch ſcheinbar die Mehrheit für ſich hatten, kamen ſelbſt in ihren beſſeren Rednern wie Löwe von Kalbe und Simon von

Trier nicht über die allgemeinen Behauptungen zweifelhaften Werthes hinaus, und machten keinen bestimmenden Eindruck. Was sie von den Ansprüchen der „Arbeiter" und Arbeit überhaupt sagten wurde in seiner grellen Einseitigkeit von Bassermann aufgedeckt und vernichtet. „Was Sie Arbeit nennen" sagte Bassermann, „das ist ja immer nur das gehässige Gegenüberstellen von der rohen Handarbeit der Tagelöhner und Handwerksgehilfen gegen alle edlere geistige Arbeit des Kaufmanns, Fabrikherrn, der Professoren und Staatsbeamten, der sogenannten Bourgeoisie, wie Sie diese Klassen nennen. Das hängt damit zusammen, daß man die Sache nach der untersten Stufe benennt, auf welcher sie erst recht beginnt, und nicht nach der, auf welcher sie sich veredelt hat. Es erinnert mich dies an den widerlichen Gegensatz, welchen die Socialisten unsrer Tage gleicherweise zwischen Volk und Bourgeoisie aufstellen " (Heiterkeit auf der Linken.) „Sonst suchte man den Begriff des Volkes in dessen Kern, gerade in dem Bürgerthume, im Mittelstande, den man jetzt nachäffend Bourgeoisie nennt" — „aber jetzt ist es für diese Herren zweifelhaft, ob sie den Bürger, welcher durch Talent, Fleiß und Mäßigkeit sich ein Besitzthum erworben, dessen Bestreben dahin geht sein Errungenes für seine Kinder, für seine Familie zu erhalteu, ob sie einen solchen Bürger zum Volke rechnen sollen. Daß aber Derjenige, welcher sich nicht anstrengt, welcher verschuldet oder unverschuldet in Ungebildetheit verblieben ist, welcher seine ganze Weisheit aus irgend welcher Phrase,

oder irgend einem Lokalblättchen ſchöpft, zum Volke gerechnet werden müſſe.“ (Auf der Rechten: Bravo! Sehr gut! Auf der Linken Heiterkeit.) „Ich glaube, ſowie wir dieſen herabziehenden Begriff von der Arbeit verwerfen müſſen, wenn wir nicht die niedrigſte Stufe für das eigentliche Weſen halten wollen, ſo müſſen wir auch dieſen Begriff des Volkes verwerfen. Denn was hat der deutſchen Nation von je ihre Zierde und ihren Stolz gegeben? Sind es nicht jene Männer, die nach Ihren Begriffen nicht zu den Arbeitern, die nach Ihren Begriffen nicht zum Volke gehören?“ (Von der Linken: Das iſt nicht wahr!) „Es war doch Herder ein Geiſtlicher, es war doch Goethe ein Miniſter und es war doch Schiller einer der geſchmähten Profeſſoren!“ (Gelächter auf der Linken. Bravo auf der Rechten. Unruhe.)

Und nun fragte Baſſermann mit ſeiner ſo gefürchteten Beweisführung auf den Mann: wer denn die Freiheitskriege gemacht? Ob ſie nicht von den Univerſitäten, von den Profeſſoren, von der gebildeten Klaſſe ausgegangen? Wer denn Fichte geweſen ſei? Wer denn neuerdings ſo lange Breſche geſchoſſen ohne allgemeines Stimmrecht, bis ein Umſchwung von 1848 möglich geworden? Etwa die Arbeiter im Sinne der Linken? „Nein, meine Herren, die Weltordnung wird nicht anders, es wird doch immer verſchiedene Schichten in der menſchlichen Geſellſchaft geben. Und Solche wird es geben müſſen, welche das Banner der Intelligenz vorantragen müſſen und die Führung haben; und es wird immer eine Maſſe

bleiben, welche ſtatt ſelbſt zu führen den Führern zu folgen hat.“ Und deshalb ſei es der größte Frevel an der Zukunft des Vaterlandes, den niederen Ständen zuzurufen, daß die intelligenteren, die höheren ihre natürlichen Feinde ſeien, die ſie auf Tod und Leben bekämpfen müßten ſtatt ihnen zu folgen.

Jeder dieſer Stöße traf und erregte Schrei und Unruhe. Die Vertheidiger des allgemeinen Stimmrechtes hatten nur ein wirkſames Wort für das Centrum, und für das eine war man empfindlich: daß ja die Nationalverſammlung kraft allgemeinen Stimmrechtes entſtanden ſei, und daß ſie jetzt ihren Urſprung verleugnen wolle. Dies veranlaßte auch den gewiſſenhaften Rieſſer zu folgender Aeußerung:

„Ich nehme keinen Anſtand das Bekenntniß abzulegen, daß ich mit Vielen, die ſich für jenen einſtimmigen Beſchluß des Vorparlamentes, welcher jeden Cenſus ausſchloß, erhoben haben, mir darüber nicht klar geweſen bin, daß durch die flüchtige Debatte die jenem Beſchluſſe voranging die Frage über das abſolute allgemeine Wahlrecht für alle Zeiten entſchieden ſei. Vielmehr ſchien es uns ein ſehr verſchiedener Fall zu ſein, ob die politiſche Geſellſchaft in einem Momente des regſten politiſchen Bewußtſeins, um ſich in ihrer Grundlage neu zu konſtituiren, auf den Urquell aller Macht im Staate, auf die Geſammtheit des Volkes zurückkomme, oder ob es ſich darum handle, die bleibende, regelmäßige Gewalt für alle Zeiten zu organiſiren, alſo auch für ſolche Zeiten, in welchen nach der Anſicht Vieler das völlig ſchrankenloſe direkte

Wahlrecht der Freiheit mehr noch als der Ordnung gefährlich werden könnte. Ich nehme keinen Anſtand, dieſes Bekenntniß vor Ihnen, vor dem Vaterlande und vor meinen Wählern abzulegen.“

Es half bei Manchem nicht, daß man ihn aufmerkſam machte: nach ſeiner Theorie wäre es ja nimmer möglich, ein Wahlgeſetz zu ändern. Denn diejenigen, welche ändern, müßten ja immer die Form ihres Urſprungs durch ſolche Aenderung verleugnen. Es war dies bei Furchtſamen und Beſchränkten ein förmlicher Ehrenpunkt geworden, und gerade ſie litten am tiefſten unter Baſſermann's Rede, welche die Gefahren des Vaterlandes ſolch einer pedantiſchen, perſönlichen Befriedigung dergeſtalt gegenüber ſtellte, daß man hinſehn mußte. Dieſe unmittelbare Sprache, dies Freiſein von jeglicher, aber jeglicher! Phraſe, dies wundärztliche Anfaſſen der geſunden und kranken Glieder verlieh Baſſermann die bewunderte und gehaßte Macht des Vortrages. Kein Verſteck, kein Ausweg blieb übrig ihm gegenüber. Man mußte Rede ſtehn und ſich entſcheiden.

Hoffen Sie wirklich, fragte er ſchneidend, daß allgemeines Stimmrecht die politiſchen Probleme löſe? Unbedachtſame nur konnten Ja ſagen, während er ſie an Frankreich erinnerte, während er auseinanderſetzte, daß vor Allem Dauer einem Staatsweſen noththue, am allermeiſten einem Staatsweſen, auf welches die armen arbeitenden, gerade in Frankreich durch Experimente der Art erſt recht unglücklich gemachten Klaſſen

hoffen ſollten. Wo ſolle Dauer herkommen, wenn man den Staat an die ungebildeten Maſſen überantworte. Abſolutismus höchſtens als Hilfe in der Noth komme dann. Auf Napoleon ſchelte man mit Recht als auf den Vernichter der Freiheit, wer habe denn Napoleon zum erblichen Kaiſer geſtempelt? Das allgemeine Stimmrecht. Jetzt habe es den jungen Napoleon berufen als Präſidenten, und wer wiſſe denn, ob es nicht das nächſte Mal Monarchiſten und durch ſie einen Monarchen bringe! „Dann werde ich Sie wieder fragen, ob das Ihr vernünftiger Volkswille iſt.“ (Vogt: Nein, dann iſt er es nicht!) „Sie ſagen, dann iſt er es nicht! Damit geben Sie zu, daß es mit dem Subtrahiren und Addiren der Stimmen noch nicht gethan iſt. Das iſt der einzige Beweispunkt, den ich haben will, und womit ich Ihre ganze Theorie aus den Angeln hebe.“ (Bravo.) „Aber wenn es nun kein Zweifel mehr iſt, daß es zweierlei Volkswillen giebt, und daß man ſich auf den vernünftigen allein ſtützen muß und darf, ſo iſt zu fragen: wie findet man dieſen?“ Und nun berief er ſich auf die freien Länder, auf England, das 10 Pfund Cenſus habe, auf Nordamerika mit ſeinen Wahlſchranken, auf das glückliche Belgien, welches ebenfalls Cenſus habe. (Auf der Linken: Aber in Norwegen?!) Darnach gerade hatte er die Angel geworfen, und da der Fiſch anbiß, ſo war er zur Hand und zog. „In der Norwegiſchen Verfaſſung“, ſagte er lächelnd, „heißt es ſo: Stimmberechtigt ſind nur norwegiſche Bürger, welche 25 Jahre zurückgelegt haben, im Lande fünf

Jahre wohnhaft gewesen sind, sich daselbst aufhalten und entweder 1) Beamte sind oder gewesen sind. 2) Landbesitz haben oder länger als fünf Jahre matrikulirtes Land gebaut haben. 3) Bürger in Handelsstädten sind oder in einer Kauf- oder Landstadt einen Grundbesitz haben, dessen Werth wenigstens 300 Rthlr. beträgt; und dies sind nicht Wähler, sondern erst Urwähler, welche erst Wahlmänner zu wählen haben."

Diese prompten Data waren äußerst unangenehm für die idealistische Unwissenheit. Noch mehr! Gerade weil man das, wofür er stimme, ein konservatives Wahlgesetz nenne, gerade darum sei es empfehlenswerth. Wolle man denn die so eben unter dem Odem der größten Freiheit beschlossene Verfassung nicht konserviren? Die Linken freilich hätten kein Interesse daran, daß die Verfassung erhalten werde (Unterbrechung), „„Im Gegentheile"", sagte ja damals Herr Vogt! Sie sind ganz konsequent, aber alle übrigen Fraktionen sollten daraus die Lehre nehmen, daß sie gerade nicht das allgemeine Wahlrecht adoptiren dürfen."

„Hätte ich den populärsten Namen in Deutschland", schloß er unter stürmischem Beifall, „und wüßte ich, daß ich durch das Votum gegen allgemeines Stimmrecht ihn in Fluch verwandelte, ich würde dennoch so stimmen, um nicht die Zukunft meines Vaterlandes preiszugeben."

„Ich bin ein Bauer", sagte Wernher von Nierstein, „ich ehre das Volk, ich liebe alle Klassen desselben, ich habe mein Leben zum größten Theile mit den untersten Klassen zugebracht

und an deren Seite mit Hand angelegt. Ich habe, als ich hierher kam, die Schwielen noch mitgebracht von der Arbeit, und ich habe in dem Volke eine Maſſe häuslicher Tugenden kennen gelernt — aber zwiſchen der häuslichen Tugend und der politiſchen Einſicht iſt noch ein großer Unterſchied. — Ich behaupte nach meiner getreuen Erfahrung, daß zur Beurtheilung der Bedürfniſſe eines großen Staates die unterſten Klaſſen nicht geeignet ſind."

„Das allgemeine Wahlrecht iſt nur ein Rahmen und noch kein Wahlgeſetz. Es hat keinen Inhalt. Es paßt für den Naturzuſtand der Völker, oder es iſt der Vorbote und Weg zu ihrem politiſchen Tode." — Bei Romulus und Remus in der Kindheit des römiſchen Staates ſei es geweſen und — kurz ehe die Cäſaren mit ihren Prätorianern Herren von Rom geworden.

In Italien ſei es immer Vorbote der Tyrannei geweſen, und als dort in den Republiken das allgemeine Wahlrecht eingeführt worden, da ſeien die Condottieri's gekommen, die de la Scala, die Bentivoglio's, Visconti, Sforza und ſogar die Medizis. So und dort ſei auch der Polizeiſtaat entſtanden.

Es gebe und werde immer geben ein phyſiſches Volk, wozu Alles bis auf den Säugling gehöre, und ein politiſches Volk. Dies hätten früher die Waffenfähigen gebildet, jetzt bilden es die Beſitzenden.

Weil er das Volk liebe, wolle er es nicht gemißbraucht ſehn. Es würde nur gemißbraucht durch Zutheilung eines

Rechtes, das es nicht üben könne. Er wolle es nicht bestochen und verführt sehn von Aristokraten und Demokraten. Letztere werden dem Volke noch den letzten Glauben an die Treue nehmen.

„Lassen wir dies allgemeine Wahlrecht gelten, so handeln wir wie ein Arzt, der bei einem hitzigen Fieber statt besänftigender Mittel noch Spirituosa giebt. Ich mag nicht zu diesen Aerzten gehören, und wenn der Kranke in seinem Delirium selbst nach Spirituosen schreit.“ (Bravo.)

Alles dies ward in den Wind gesprochen! Wir brauchen keine Weisheit! hatte man in der klassischen Demokratenkammer zu Dresden gesagt.

Die Abstimmung über den Beselerschen Vorschlag eines niedrigen Census fand nur 117 Stimmen für sich unter 449. Unter diesen 117 Stimmen war ein einziger Oesterreicher, ein alter, etwas schwerhöriger Jurist aus Kärnthen.

Also ein Census von etwa vier Gulden Conventionsmünze war zu viel für die tief ausgebildeten konstitutionellen Verhältnisse im Staate Oesterreich! Wer zahlt denn nicht vier Gulden Steuern! Oder wer hat denn nicht 300 Gulden Einnahme, dessen Ausschluß vom Wählen wirklich zu beklagen wäre in Oesterreich?

Nicht doch! sagt man vielleicht, den vierzig bis funfzig konservativen Oesterreichern war der Satz zu niedrig! — Ei, es konnte ja Jeder von ihnen einen höheren vorschlagen, wa-

rum thaten sie dies nicht, wenn ihnen an einem brauchbaren Wahlgesetze gelegen war?

Es war ihnen so wenig um das Eine wie um das Andere zu thun, so wenig, daß sich für den nächsten Vorschlag, den Biedermannschen, welcher für noch etwas billiger galt als der Beselersche, doch etwa ein Dutzend entschloß. Unter 204 Stimmen doch eine kleine Anzahl österreichischer.

Auch dieser Antrag fiel gegen 248. Ein dritter, von Hofmann aus Friedberg, der noch etwas billiger war, und nur im Allgemeinsten Grundbesitz oder eignen Haushalt oder Gemeindebürgerrecht verlangte, ja der zur Wahl zuließ, wenn man Staats-, Kirchen- oder Gemeindediener sei, der also, und mit Recht, den Nachtwächter nicht ausschloß, gewann wenigstens einige zwanzig Oesterreicher. Ein Zeichen, daß sie höchstens abwärts mitzugehn geneigt waren. Konservativste Mitglieder unter ihnen stimmten konsequent Nein gegen jede Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts.

Auch dieser Hofmannsche Antrag fiel mit 239 gegen 209. Nur 24 Stimmen mehr für den Biedermannschen, nur 20 mehr für den Hofmannschen und das Wahlgesetz war begrenzt. Diese karge Zahl wurde von konservativen Abgeordneten versagt. Mußte dies nicht aufregen und zu garstigem Nachdenken reizen?

Der Veit-Plathner-Kellersche wich bei solcher Aussicht auf Nichterfolg einem ähnlichen Antrage von Lette, welcher den Censuszahlenden im Beselerschen Satze unmittelbare Wahl,

allen Uebrigen aber mittelbare Wahl beilegte. Je zehn solcher Urwähler sollten einen Wahlmann wählen.

Auch dieser Antrag fiel gegen eine noch viel größere Majorität, welche Nein sagte. Vier Oesterreicher hatten sich dafür entschlossen.

Kurz, das ganze Wahlgesetz wurde durch dies Zusammenstimmen verschiedenartigster Töne, durch solche vollständige Katzenmusik der Prinzipien im Sinne der Linken entschieden. Alle Schranken wurden beseitigt und die direkten Wahlen blieben, die geheime Abstimmung blieb. Die Abstimmung über dies Ganze gab noch eine Mehrheit von 62 Stimmen. Unter diesen Leute des rechten Centrums und der Rechten, wie Edel, Reichensperger und Beda Weber. Auch Herr von Wydenbrugk bekannte sich zu solchem Wahlgesetze, wenn auch nicht zu solchem Machwerke.

Die Bestürzung in der Bundesstaatspartei war sehr groß. Es besteht kein gesellschaftliches Leben ohne Treu und Glauben, es besteht keine politische Versammlung ohne festen Boden von Principien. Weicht und wankt dieser dergestalt, so erschreckt dies wie ein Erdbeben. Nichts ist mehr sicher, am wenigsten irgend eine Bildung. Man flieht in's freie Feld, man flieht dahin, wo Nichts ist. Auf das Nichts wurden die Blicke hingezwungen.

In jenen Tagen mußte die erneute Mittheilung eines Briefes, welchen man früher kaum verstanden hatte, einen krampfhaften Eindruck machen. Der Leser möge sich erinnern,

daß eines Briefes gedacht worden ist, in welchem Schmerling der Dupe Preußens genannt wurde. Das konnte sich auf den Kaiserentwurf der Siebzehner beziehen, welchen Schmerling im damaligen noch so unklaren Werden mit angenommen hatte. Jetzt aber trat eine ganz andre Partie dieses Briefes in gelbes Licht. Man glaubte sich in eine Schicksalstragödie versetzt, deren verhängnißvolles Wort „Coalition" heißt, und jetzt sei dieses Wort jählings zur That geworden.

Jener Brief eines österreichischen Abgeordneten, welcher durch ein unaufgeklärtes Versehn des Briefstellers unter die Akten des Reichsministeriums gerathen war, datirte vom Sommer 1848, und berechnete die Reichsversammlung in denjenigen Kategorieen, welche jenseits aller sonstigen Parteiunterschiede um Oesterreich zu sammeln und für Oesterreich zu verwenden seien gegen Preußen. Solche Berechnung war zu einer Zeit angestellt, da Niemand in deutschen Landen an solch eine Partikular-Taxirung großen Stiles dachte, weil Alles noch im idealen Rausche eines einigen deutschen Ganzen wandelte. Und solche Berechnung — zeigte dieselben Gruppen, welche jetzt coalitionsmäßig stimmten.

Das war eine so bemerkenswerthe Strategik, daß man von ihr die Unbefangenheit eines deutschen Einheitsstrebens gar nicht erwarten konnte. Daneben waren die Bundesstaatlichen bis zum letzten Augenblicke gedankenlose Freiwillige.

Man schrieb selbst jetzt diese Führung der Coalition nicht eigentlich den Oesterreichern zu, wenn man auch einige von

ihnen tief betheiligt glaubte. Man würdigte immer die peinliche Lage so vieler gut und deutsch Gesinnten unter ihnen, die keinen Rath mehr sahen für volle Betheiligung ihres Heimathsstaates am neuen deutschen Staate, und die nun in halber Verzweiflung mitstimmten zu Verzögerung und scheinbarer Aenderung, wie einzelne Landsleute den Ton angaben. Man hatte auch immer noch außer den Zwei oder Drei zu Gagern haltenden einzelne Oesterreicher vor sich, wie Andrian, Arneth, Heyden, welche sich nie zu einem zweideutigen Votum bewegen ließen.

Allerdings aber wurde gegen das Dasein der Oesterreicher die Stimmung von nun an immer entschiedener. Ihre Existenz in der Paulskirche wurde verwünscht, und man war wiederholt auf dem Punkte darauf anzutragen, daß sie ausscheiden sollten. „Nimmermehr", hieß es, „tritt Oesterreich in den Bundesstaat, wie können seine Abgeordneten einen Bundesstaat bestimmen helfen, an welchem sie nicht Theil nehmen werden!" Und wenn dieser Ausschluß nicht durchzusetzen ist, setzte man hinzu, so solle man dieser nur durch Verneinung zusammenhängenden Coalition die Paulskirche überlassen, und solle nach Kassel gehn, um ein Bundesstaatsparlament zu bilden. Es würde sich bald zeigen, daß eine solche Paulskirche das blanke Nichts sei, welches binnen acht Tagen als solches erkannt und der eignen Auflösung verfallen sei.

Die Führer widersprachen standhaft solch einer äußersten,

die Zerſpaltung Deutſchlands faktiſch beginnenden Maaßregel. Werde dennoch, ſagten ſie — und man müſſe die Hoffnung nicht aufgeben — eine Verfaſſung fertig, werde ſie ſelbſt nur mit Mehrheit einer Stimme fertig unter Mitwirkung der Oeſterreicher, dann ſei ſie durch Vertretung aller Staaten des deutſchen Bundes zu Stande gekommen und habe hierdurch einen rechtlichen und moraliſchen Boden, den nichts erſetzen könne, den irgend eine reaktionaire oder kriegeriſche Wendung vielleicht erſchüttern könne, der aber in der zukünftigen deutſchen Geſchichte ein immer wiederkehrender Angelpunkt bleiben werde. Solch eines Angelpunktes, ſolch einer fertigen Form habe Deutſchland bisher immer entbehrt, und deshalb ſeien alle Beſtrebungen ſtaatlicher Reform immer in's Vielfache wirkungslos auseinandergegangen. Nach dieſer fertigen Form müſſe gerungen werden unter Betheiligung aller deutſchen Staaten bis zum letzten Odemzuge. Was jetzt dem Partikulariſten vortheilhaft erſcheine für Zerſtörung eines deutſchen Staates, die Hilfe der verneinenden Oeſterreicher, das werde einſt, wenn dennoch eine Verfaſſung beſchloſſen werde, ein Rechtsboden von unzerſtörbarer Kraft. Darum ſei denn auch der zerſtörende Gedanke einer Coalition ein ſo furchtbarer. Gegen ihn müſſe Stand halten bis auf den letzten Mann, wer ein wirkliches Deutſchland, wer einen deutſchen Staat wolle, und die Oeſterreicher ſelbſt, ſetzte beſonders Gagern in unerſchütterlicher Billigkeit hinzu, ſolle man

am Wenigſten im Zorn die lebensgefährliche Lage des Vaterlandes entgelten laſſen.

Aber die Hetzer, die Geſchäftsträger zur Zerſtörung wurden mit einem nicht verhehlten Haſſe angeſehn. Für ſolche galten die Ultramontanen. Man ſah ihnen zu wie den Leitern eines Intriguenſpiels, und glaubte bewundern zu dürfen, wie geſchickt ſie ſich vertheilten, und nur in Hauptſachen wie die „geheime Abſtimmung“ bei den Wahlen zuſammen trafen. Da erſchienen ſie von Döllinger in allen Abſtufungen herab wie ein Mann, und nur der Widerlichſte von ihnen wollte auch hier über die Solidarität ihrer Anſichten beruhigen und ſonderte ſich ab. Dieſer Herr Buß aus Freiburg, ein Knabengeſicht mit grauen Haaren, genoß von allen Seiten einer Geringſchätzung, welche nur er zu beſtehen wußte mit einem vollſtändigen Sanskulottenthum der Geſinnung. Mancher ehrliche Mann fluchte bei ſeinem Anblicke: er werde an die Dirne erinnert, welche ſich zu Allem herbeilaſſe und dabei doch in gute Geſellſchaft ſich dränge. Hier laſſe ſie wiederum Alles über ſich ergehn, und lächle auch zum Unangenehmſten, aber ſie weiche nicht. Sie wiſſe, daß man in guter Geſellſchaft nicht leicht Jemand aus der Thüre hinauswirft.

Die Stimmung nach dem dritten März wurde von Tage zu Tage ingrimmiger. Es waren die meiſten Erklärungen der Einzelnſtaaten über die vorliegende Verfaſſung eingegangen, es gingen in den nächſten Tagen die noch rückſtändigen ein,

man wollte, wollte zum Abſchluſſe, wollte an die zweite Leſung. Und täglich erhoben die coalitionsmäßig Geſinnten neue Gründe und Mittel zum neuen Aufſchube. Als ſich gar nichts mehr auftreiben ließ zu dieſem Zwecke, da ſollte nun gar dies ſaubere Wahlgeſetz unter ſo günſtigem Winde für daſſelbe in zweiter Leſung durchgetrieben werden, ehe man an zweite Leſung der Verfaſſung ginge. Die Bundesſtaatlichen waren empört über dieſe Zumuthung, welche von Herrn Vogt ausging, und welche Herr Eiſenſtuck wiederholte, aber ſie mußten jeden Tag gewärtig ſein, daß die verfälſchte Majorität ſich dafür erkläre. Mußte man ſich nicht Deſſen verſehn, wenn ein Mann wie Edel ſo eben in ganz achtungswerther Weiſe für einen noch kurzen Aufſchub Oeſterreichs halber geſprochen hatte, und eine Viertelſtunde ſpäter für vorhergehende zweite Leſung des Wahlgeſetzes ſtimmte? Er wollte nur noch „acht oder zehn Tage“ Aufſchub und ſchlug ſelbſt zur Ausfüllung dieſer Zeit die zweite Leſung der noch nicht publicirten Grundrechte vor. Dies wurde, weil er es ſo loyal motivirte, angenommen, und dennoch ſtimmte er augenblicklich nach Eroberung des verlangten Aufſchubs für darauf folgende zweite Leſung des Wahlgeſetzes, welche vorausſichtlich bei dem Stande der Parteien nicht nur verzweiflungsvolle Kämpfe bringen, ſondern auch eben deswegen ſehr viel Zeit in Anſpruch nehmen mußte.

Wie er übrigens damals in Betreff Oeſterreichs ſprach, das verdient zur Erinnerung vermerkt zu werden.

„Ich habe mit vielen meiner Geſinnungsgenoſſen“, ſagte er, „bisher offen und redlich dafür gekämpft, Deutſchland ganz und Oeſterreich bei Deutſchland zu erhalten. In dieſem Sinne werden wir ausharren, ſo lange noch eine Hoffnung des Erfolges möglich iſt. Allein, meine Herren, wir wollen nicht Oeſterreich um jeden Preis, ſondern wir wollen Oeſterreich um den Preis, daß es ſich dem deutſchen Bundesſtaate einordne, und ſich jene Beſtimmungen gefallen läßt, die für das Weſen eines Bundesſtaates unerläßlich ſind.“ (Hört! Hört! Vielſeitiges Bravo.) — „Iſt das äußerſte Maaß von Nachſicht, von billigem Entgegenkommen gegen Oeſterreich erſchöpft, und hat Oeſterreich ſeine Schuldigkeit nicht gethan, dann werden wir dieſelbe Entſchiedenheit auf das kleine Deutſchland koncentriren. (Sehr gut!) Denn wir wollen lieber ein kleines Deutſchland, als keines. (Lebhafte Zuſtimmung von vielen Seiten.)

Er ſagte alſo den Welckerſchen Antrag voraus. Hat er ihm ſpäter zugeſtimmt? O Nein. Oder hat er doch etwas Aehnliches befördert, was obigen Worten irgend entſpräche! O nein! Hat Baiern, für welches er ſich ſo recht mit Nachdruck als wohlbefugter Sprecher erklärte, ihm zugeſtimmt? O nein.

Die tiefer Sehenden ſagten dies wörtlich voraus, ſie nannten dies unwahre Baiern- und Oeſterreicherthum nach Soiron's Worte die „Metternichſche Rechte.“ Es iſt Alles Lug und Trug, riefen ſie in Entrüſtung, was dieſe Leute

vorſpiegeln vom deutſchen Bundesſtaate; ſobald es angeht acceptiren ſie auch einen erneuten Bundestag! Betrachten wir doch genauer, was es mit dieſem verbeſſerten Verfaſſungsplane für eine Bewandtniß hat, welcher jetzt nach Ollmütz gebracht wird!

In der That war dieſer Plan unter der beſcheidenen Form „vorläufige Verbeſſerungsanträge“ in der Paulskirche vertheilt worden, und Heckſcher, Somaruga, von Hermann waren nach Ollmütz abgegangen, um für ſolche Verbeſſerungen Oeſterreichs Zuſtimmung einzuholen.

Für die Linke war darin zunächſt die Verſicherung, daß es keine Civilliſte geben ſolle. Welch ein armſeliger Punkt, da jeder halbwegs Kundige doch nur zu gut wußte, daß die „Wohlfeilheit der deutſchen Kaiſer dem deutſchen Reiche ſehr theuer zu ſtehen gekommen“ war. Ferner die Verſicherung, daß es beim ſuspenſiven Veto bleiben ſolle. Man glaubte ſich dieſes Punktes, welcher bei der erſten Leſung durchgegangen war, nicht ſo recht ſicher auf der Linken. Unter den Kaiſerlichen glaubte man die Zahl derer die ein abſolutes Veto wollten ſehr groß, und in dem Abſchnitte „Gewähr der Verfaſſung“ war denn auch, was ſich von ſelbſt verſtand, für das abſolute Veto in Verfaſſungsfragen eine große Mehrheit erreicht worden.

So viel für die Linke. Für Oeſterreich aber war das Zugeſtändniß eines ſiebenköpfigen Direktoriums, dem ein Reichsſtatthalter vorſitzen ſolle. Ferner ſtatt der verlangten

Perſonalunion der unbeſtimmte Ausdruck: es ſolle die „politiſche Verbindung eines außerdeutſchen mit einem deutſchen Lande“ keinen Eintrag thun in Durchführung der Reichsgeſetzgebung. In Betreff des Heerweſens und der Vertretung nach außen ferner waren die Sätze ſo geſchmeidig als möglich um Oeſterreich Spielraum zu verſchaffen, und es wurde darüber ſtandhaft auf ſpätere Geſetzgebung verwieſen, auf eine Geſetzgebung unter ſiebenköpfigem Direktorium, welche ein aufſchiebendes Veto im partikulariſtiſchen Sinne ſo leicht zu Stande bringen konnte. Dies war das Weſentliche des Flickwerks, welches als etwas Poſitives, als Gegenverfaſſung angekündigt war. Daß damit kein geſchloſſener Bundesſtaat, daß damit ſicherlich kein geſetzgebendes Parlament beſtehen könne nach konſtitutionellem Sinne Deutſchlands, das war ſchon ſo hundertfach dargethan worden! „Noch mehr!“ riefen die Führer der Kaiſerlichen, „auch Oeſterreich kann ſelbſt auf dieſe Form nicht eingehn*). Es ſchweigt ſchon jetzt vom Volkshauſe, es wird damit endigen, daß es ein Volkshaus nicht zugeben kann, und es hat in ſeinem Sinne und Intereſſe ganz Recht darin: es kann nicht einem deutſchen Volkshauſe geſetzgeberiſche Rechte auf Oeſterreich einräumen. Dies ganze neue Flickwerk geht alſo auf nichts hinaus als auf neue Täuſchung und Hinhaltung, und wir werden innen und

*) Dies hat ſich bald beſtätigt. Die Deputation fand kein Gehör und kehrte kleinlaut zurück.

außen durch alle dieſe Schritte nur der Vernichtung eines deutſchen Bundesſtaates immer näher gebracht."

Dies Alles und namentlich die Gefahr in Sachen des Wahlgeſetzes hatte nicht nur den Zorn zur äußerſten Höhe geſteigert, es hatte nun auch die Klubbs der Centren zu einer noch kompakteren Parteibildung getrieben. Als bundesſtaatliche, als kaiſerliche Partei vereinigte ſich nun Alles im Saale des Weidenbuſches, was von der Rechten bis hart an die eigentliche Linke in der Hauptfrage zuſammenging. Die Einheitsfrage in Form des Bundesſtaates mit erblichem Kaiſer war das Panier, welches im Weidenbuſche aufgepflanzt wurde. „Insbeſondere betrachten wir," hieß es im Programm, „die Beſtimmungen der Paragraphen Zwei und Drei vom Reiche, des Paragraphen Eins vom Reichstage" (Staatenhaus und Volkshaus) „und des Paragraphen Eins vom Reichsoberhaupte" (ein regierender deutſcher Fürſt an der Spitze) als ſolche, welche für den deutſchen Bundesſtaat nicht aufgegeben werden dürfen."

Dieſe 221 Männer im Weidenbuſche ſtanden zuſammen von Vincke aus dem Café Milani bis zu Reh aus Weſtendhall. Letzterer ſagte geradezu: Alles was unſere Fraktionen bisher auseinander gegliedert hat, beruht ſeinem Princip nach auf einem ſekundairen Intereſſe. Ueber die Abſtufungen in der Freiheit haben wir uns geſondert, während wir die Freiheit alle wollen. Jetzt kommen wir an die Einheitsfrage, welche an Bedeutung die Freiheitsfrage weit überwiegt. Die

Hauptaufgabe der Nationalverſammlung liegt noch vor uns und ſie ſei es denn, welche fortan die patriotiſch Geſinnten aus den engen Kreiſen bisheriger Parteigeſellung zu einer neuen großen Gemeinde zuſammen führt. — Vincke desgleichen läßt ſeine ſchweren Fußgänger auf der äußerſten Rechten hinter ſich, und mit ihm kommen die noch rüſtigen Männer des Café Milani nach dem Weidenbuſche. Er ſelbſt freilich iſt im Begriffe nach Berlin in die dortige neue Kammer abzugehn, und kann nur ſeinen Beitritt zum Weidenbuſche erklären. Sein tüchtiges Herz für Deutſchland fühlt, daß es jetzt gilt die Unterſcheidungen aufzugeben ſoweit ſie nicht unmittelbar und ſchreiend zur Sprache kommen: er läßt das Vereinbarungsprincip auf ſich beruhn. Vielleicht iſt es ja auch durch Entgegenkommen der Regierungen, vielleicht iſt es durch bloße Verſtändigung zu umgehn. In der preußiſchen Kammer will er deshalb für das deutſche Princip ſprechen. — Er hat es gethan; er hat ſich dem deutſchen Staate oft eigenſinnig und deshalb ſtörſam, oft herbe, aber treu bewährt, treu wie Gold. Dank und Ehre dieſem Ajax von Hagen, Dank und Ehre vom deutſchen Parlamente!

Mit tiefer Wehmuth ſah man ihn ſcheiden. Ein ſo tapferer Führer weniger in ſo bedrängter Lage, ein ſo ehrlicher Mann. Und gegenüber — o, es iſt nicht zu beſchreiben, wie dieſe Stimmung war! Je mehr man ſich zuſammenſchloß mit Aufopferung von trennenden Nüancen, je deutlicher man ſich bewußt wurde, daß man zuſammengehöre, je klarer man

einſah, daß jetzt das ganze Schickſal von Deutſchlands Neugeſtaltung auf der Spitze ſchwebte, deſto grimmiger wurde dieſe Stimmung gegen Widerſacher, welche nichts Gemeinſchaftliches aufzuweiſen hatten — Alles nahm Partei wie zur wildeſten Zeit der Welfen und Ghibellinen; man mußte jeden Tag einer Kataſtrophe in der Paulskirche gewärtig ſein.

8.

Dieſe Kataſtrophe erfolgte. Aber ganz anders als man ſie erwartet hatte.

Eben ſo unerwartet kam der Anſtoß dazu von außen.

Nicht durch die Preſſe, nicht durch die Erklärungen der Staaten, welche damals noch im Zuge waren.

Die Preſſe war bei kritiſchen Perioden zurückgeblieben hinter der Haltung des Parlamentes, oder war hitzig voraus geſprengt, oder war ſonſtwie anderen Weges gegangen. Namentlich während der gefährlichen preußiſchen Kriſis war ſie großentheils mit fortgeriſſen worden in die ſtrudelnde Bewegung, und das Parlament war eine Zeit lang verlaſſen geweſen. Immer indeſſen hatte ſich dieſe Reiterei wieder eingefunden beim großen Heerkörper, und im Ganzen durfte man anerkennen, daß die deutſche Preſſe außerhalb der profeſſionsmäßigen Linken ſtattliche Kraft, Bildung und Haltung entwickelte. Jetzt hielt ſie ſich eng und nachdrücklich zum Parlamente, und je näher die Aufgabe ihrem Ende zugerückt

wurde, desto nachdrücklicher vertrat die Presse das Bedürfniß einer geschlossenen Form. Die wichtigsten Blätter gingen mit dem Centrum, und nur wenige sprangen ab, als Coalition und Weidenbusch einander gegenüber traten. Dasjenige wichtige Blatt freilich, auf welches Deutschland immer stolz zu sein Ursache hatte auch zur Zeit politischer Erniedrigung, dasjenige, welches unsre Nation im weitesten Umkreise vertritt, die Allgemeine Zeitung in Augsburg, wurde schwankend von dem Augenblicke an wo das Gagernsche Programm in den Vordergrund trat. Von seinen drei Redaktoren hielten Mebold und Altenhöfer fest an der Bundesstaatspartei, der dritte aber, welcher speciell den deutschen Theil des Blattes mit feiner Bildung leitet, Gustav Kolb, war mit all seinen Sympathieen eines Schwaben bei Süddeutschland und Oesterreich, und das geforderte Opfer für einen Bundesstaat schien ihm zu groß. Er ging wohl einen Schritt weiter als die Gegner in der Paulskirche, die eben nur wußten was sie nicht wollten. Er bezeichnete richtig den Punkt, auf welchen es für Seinesgleichen ankam: die verfassungsmäßige Union mit Oesterreich, den Organismus eines weiteren Bundes. Umsonst wurde ihm entgegnet, daß nur Eins nach dem Anderen entstehen könne, daß besonders unter der zehnfach sich durchkreuzenden Ansicht in der Paulskirche und bei der hartnäckig unpraktischen Haltung der meisten Oestrreicher absolut nur Eins *nach* dem Anderen, und nicht Eins *neben* dem Anderen entstehen könne. Umsonst wurde ihm entgegnet, daß

Gagern mit einem reiflich erwogenen Plane hervortreten werde, ſobald das Eine, der Bundesſtaat feſtgeſtellt ſei. Als erfahrener Politiker beurtheilte er ganz richtig, daß der entſcheidende Punkt, die Vertretung nach außen, kaum zu löſen ſein werde, und die haſtige Löſung, welche ſpäter eine preußiſche Note nach Wien durch einfache Geſammtvertretung improviſirt hat, iſt ganz geeignet geweſen ihn zu beſtärken in ſeinem ungläubigen Bedenken. Solch eine unbedingt gemeinſame Vertretung des engeren und weiteren Bundes, welche merkwürdigerweiſe von Oeſterreich nicht der Erwägung werth erachtet worden iſt, würde von den ſtreng Bundesſtaatlichen, würde von denen nicht hingenommen werden, welche zuerſt und zuletzt einen nach außen eigenen deutſchen Staat wollen. Die Gagernſche Löſung war nicht ſo rund. Aber die Verwirrung hat gar nicht geſtattet, ſie officiell in Rede zu bringen, und der Bundesſtaat, welchen Kolb mit aufrichtiger Seele wollte und will, hat ſolcherweiſe die einhellige Unterſtützung eines ſo wichtigen Blattes in den Tagen, Wochen und Monaten der Kriſis nicht gefunden. Möge dem patriotiſchen Herzen Kolb's die traurige Erfahrung erſpart werden, daß ein Bundesſtaat überhaupt nur auf dem eingeſchlagenen Wege des Parlamentes zu erringen war.

Auch im weiteren Süden waren die größeren und älteren Blätter dem geſchloſſenen Bundesſtaate nicht feindlich. In den Großherzogthümern Heſſen und Baden zum Theil entſchieden günſtig. Auch im bairiſchen Franken hielt die Sehn-

ſucht nach einem deutſchen Staate der Abneigung gegen einen Erbkaiſer faſt die Wage. Der Nürnberger Korreſpondent brachte Manches zur Unterſtützung gegen die Coalition, und der Schwäbiſche Merkur desgleichen aus Stuttgart. Wie denn dieſe ſchwäbiſche Zeitung überhaupt eine ſehr achtungswerthe Fülle von politiſcher Kraft und von politiſchem Takte entwickelte in verworrener Zeit.

Nordwärts von Frankfurt waren alle größeren Organe für den Weidenbuſch, die einflußreiche Kölner Zeitung an der Spitze. Die Weſerzeitung in Bremen, wirkſam neben ihr an der Nordküſte und in Hannover. Die deutſche Reichszeitung in Braunſchweig war heiß und dringend von Andree geführt für den kaiſerlichen Bundesſtaat, und von Wochenſchriften zeichneten ſich die „Grenzboten", von Freitag und Julian Schmidt geleitet, in der langen wirren Zeit des Interims auf das Rühmlichſte aus durch beſonnene, kräftige, tapfre Haltung gegen all den brauſenden Unverſtand, durch verſtändig begründeten Anſchluß an Centrum und Weidenbuſch bis zur äußerſten Konſequenz.

Die Preſſe der großen Städte, namentlich auch Hamburgs und Berlins, that ſich nicht hervor durch ſichtbaren Einfluß. Es ſchlug da zu Vielerlei gegen einander; ein größeres Prinzip mit vollem Athem für die deutſche Sache kam da nicht zu Einfluß, und wo es in Berlin einmal der Entwicklung nahe ſchien, da wurde es durch irgend eine heimathliche Wendung der zu nahe liegenden Staatspolitik Preußens immer

wieder unterbrochen. Auch eben darum, weil es aus der preußischen Hauptstadt kam, gestattete man ihm nicht unbefangen den Einfluß den es verdienen mochte. Aehnlich war es mit Wien, dessen Organe in Deutschland wenig gesehn blieben, und wohl in der Paulskirche selbst, wo täglich alle Blätter des großen Vaterlandes bei den Abgeordneten zu finden waren, noch am Vollständigsten gelesen wurden. Sie waren alle gegen den Bundesstaat des Centrums, und zum Theil mit so fremdartigen, in Deutschland unerhörten Motiven, daß sie vorzugsweise zur Polemik gegen österreichische Redner benützt wurden. Diese vermieden natürlich gern Gesichtspunkte, welche zum Bilde eines einigen Deutschland nicht paßten; die Blätter aber in Wien, im Mittelpunkte eines Großstaates geschrieben, der noch viel dringendere Interessen hatte als die deutschen, sie nahmen solche Rücksicht nicht auf das Ideal. Sie zeichneten Bedutten, welche in der frei komponirenden Paulskirche äußerst befremden mußten.

In diese Zeit fällt aber der ungemeine Einfluß, welcher die nach Frankfurt selbst verlegte „Deutsche Zeitung" an sich riß. Sie vertrat den erbkaiserlichen engsten Bundesstaat mit der größten Energie. Tag für Tag wurde in ihr dafür gefochten, daß Funken und Fetzen stoben. So unmittelbar in den Kampfesreihen einer Entscheidungsschlacht, so jäh im Gebrauche der Waffen, so begabt in Führung derselben, so ungestüm und reich an Wendungen die alle nach ein und demselben Ziele führten, war nie ein deutsches Blatt gesehen wor-

den seit dem Rheinischen Merkur von Görres. Und dieser blieb weit hinter ihr zurück in enger und einseitiger Anschauung. Hier in der Deutschen Zeitung wurde der deutsche Staat gefordert mit all seinen Konsequenzen und mit vollem Bewußtsein all dieser Konsequenzen. In brennender Sprache, schonungslos nach links und rechts. Besonders schonungslos gegen Oesterreich. Gervinus welcher nicht mehr Redakteur aber Hauptmitarbeiter war von Heidelberg aus, focht hier in täglichen Artikeln „vom Rhein“ wie ein Percy Heißsporn, alle Bildung, allen Muth, alle Thatkraft aushauchend. Nie ist der Gegensatz deutschen Bedürfnisses zu Oesterreichs Geschichte und Oesterreichs Aufgaben furchtbarer dargestellt worden, nie ist eindringlicher, ja wie mit Peitschenhieben empfindlich getrieben worden: rücksichtslos den Bundesstaat, den strengsten Bundesstaat und nur den Bundesstaat ohne Oesterreich durchzusetzen, wenn jemals noch von einer politischen Existenz Deutschlands die Rede sein solle.

Dies Blatt entflammte denn auch zu Thatkraft auf der einen, zu Haß auf der andern Seite. In jenen ersten Märztagen 1849 konnte man wohl glauben, es werde einen Ausbruch der Feindschaft unter den Abgeordneten zur Folge haben, wenn des Morgens das Hauptblatt der Deutschen Zeitung in die Paulskirche kam, und darin täglich die fortdauernde Anwesenheit der Oesterreicher, deren Regierung eigentlich ein deutsches Parlament gar nicht kenne, mit den stärksten Ausdrücken bezeichnet wurde.

Von dieſer Seite kam indeß die Kataſtrophe nicht, wenn auch dies nie ruhende Drängen und Treiben ſie herbeiführen half. In jedem andern Lande wäre ſie hierdurch ſchon unmittelbar entſtanden. Nur Deutſche konnten eine ſolche Spannung ertragen, konnten einen Ausbruch niederhalten unter Berufung auf geſetzliche Formen. Die Ungeſtümſten im Weidenbuſche ließen ſich beſchwichtigen durch den Hinweis auf den deutſchen Bund, welcher die Oeſterreicher immerhin formell berechtige zur Theilnahme. Sie tobten dagegen, ſie behaupteten, der Bund ſei eine Fiktion geworden, ſei in die Centralgewalt übergegangen, und dieſe werde mißachtet von Oeſterreich, Oeſterreich weiſe alle Verpflichtungen die in der Form lägen weit von ſich ab, und nehme doch alle Vortheile derſelben willkührlich in Anſpruch, Oeſterreich verleugne gar nicht mehr, daß es dieſe Verfaſſung niemals beachten werde, und doch hetze es jetzt förmlich die Seinigen, ſie machen und verderben zu helfen — Das müſſe ein Ende nehmen, Dem müſſe, da der moraliſche Trieb nicht verfange, gewaltſam ein Ende gemacht werden. —

So hörte man ſie täglich toben, und Einzelne, wie Kerſt, warfen bereits Bruchſtücke ſolchen Raiſonnements von der Rednerbühne. Das kann nicht mehr länger zuſammenhalten! ſagte in der zweiten Märzwoche ſelbſt der unbefangene Zuſchauer, wenn es noch einen ſolchen gab.

Jetzt wurden auch nach und nach alle die Einwendungen kund, welche von den Staaten ankamen gegen die Verfaſſung.

An jedem Punkte war gerüttelt; — es bleibt kaum etwas Verfaſſungsähnliches übrig, hieß es, wenn jede dieſer Forderungen der 38 Staaten bedacht ſein ſoll!

Man durfte glauben, daß hierbei die Ungeduld, ja die Verzweiflung zum Ausbruch kommen würde.

Gagern war dabei unermüdlich befliſſen, die Vermittelung mit den Einzelnregierungen in weiche Formen zu bringen. Er verſammelte, was ſonſt nie geſchehen war, die Bevollmächtigten kollegialiſch im Taxisſchen Palais auf der Eſchenheimer Gaſſe, dem einſtigen Bundestagshauſe, welches jetzt das Haus des Reichsminiſteriums war. Dort berichtete jeder einzelne Staat über die Anſicht ſeiner Regierung, und ſchon dadurch, daß die Einwendungen ſo unmittelbar, ſo perſönlich neben einander und vor die Oeffentlichkeit traten, wurde unter damaliger Atmoſſphäre die Störſamkeit der Einzelnſtaaterei bis auf einen gewiſſen Grad gedrückt, wenn nicht beſchämt. Es mochte auch nicht außer Berechnung geblieben ſein, daß ſich Schmerling charakteriſtiſch ausnahm, wenn er allein unter allen für ſeinen Staat — gar nichts einzuwenden hatte, weil eben Oeſterreich gar nicht auf die Verfaſſung einging.

Preußen hingegen zeigte, daß es ihm voller Ernſt ſei mit der Verſtändigung, und ſammelte die meiſten der kleineren Staaten um ſich, für ſie und ſich ſelbſt gleichzeitig eine Collektiv-Erklärung abgebend. Die Königreiche kamen ebenfalls herzu. Baiern und Hannover zögernd. Natürlich widerſpra-

chen ſich die Forderungen ganz direkt. Die einen wollten ein Direktorium, die andern wollten ein erbliches Oberhaupt. Den günſtigſten Eindruck hatte Baden gemacht, deſſen Fürſt ſich zu jedem Opfer bereit erklärte, und deſſen Bevollmächtigter Welcker ſchnurſtracks gegen ſeine Anſicht als Abgeordneter zur Ueberreichung der zuſtimmendſten Erklärung genöthigt wurde.

Die Einen waren vollkommen zufrieden mit dem auf drei Seſſionen ſich erſtreckenden Suspenſiv-Veto nach Vorbild des Norwegiſchen, wie es in erſter Leſung angenommen war. Dem Bundesſtaate, hieß es damals von vielen Seiten und nicht ohne eine gewiſſe Berechtigung, entſpricht das Suspenſiv-Veto. Das abſolute Veto gebührt dem monarchiſchen Einheitsſtaate. Mit größerem Rechte hatten die Vertheidiger des abſoluten Veto in lebhafter Diskuſſion geltend gemacht, daß ein abſolutes Veto unzertrennlich ſei von jeder monarchiſchen Form, ſei dieſe Einheits- oder Bundesſtaat. Jede konſtitutionelle Monarchie verliere den moraliſchen Halt, verliere die ideale Grundlage eines Gleichgewichts unter den Staatsgewalten, wenn der Exekutive das abſolute Veto genommen werde. Gerade damit es Jahrhunderte lang ruhen könne, müſſe es abſolut ſein. Wie wunderlich nahm es ſich nun aus, wenn Sachſen und Baiern den bequemſten, weil allgemeinſten Vorwurf Oeſterreichs aufnahmen, und erklärten: das Parlament habe nicht einen Bundesſtaat, ſondern einen Einheitsſtaat votirt, und doch in derſelben Erklärung hinzuſetzten: aber das abſolute Veto fehle! Sie müßten für den neuen

deutſchen Staat durchaus das abſolute Veto verlangen! Für den Bundesſtaat, welchen ſie übrigens ſo locker als möglich wollten!? Ach nein. Beſonders in der bairiſchen Erklärung ſah man recht deutlich, wofür ſie das abſolute Veto wollten. Für Sicherſtellung des abſoluten Veto im bairiſchen Staate. Es hieß alſo eigentlich: Euer Einheitsſtaat iſt nicht Einheitsſtaat genug, um unſerm Partikularſtaate volle Souverainetät zu ſichern; wir können aber nicht zutreten, weil er ein Einheitsſtaat iſt.

Eins hob das Andere auf. Einzugehn in dieſe Vorwürfe und Forderungen war nur im Abſchnitte von der „Reichsgewalt.“ Hier waren viele Punkte, über welche ſich mit gutem Fuge vom Partikularſtandpunkte ſtreiten ließ auch bei gutem Willen für das Zuſtandekommen eines Bundesſtaats. Hier war auch die feine Linie, welche immer zickzack durch's Centrum gegangen war, und hier konnte der Verfaſſungsausſchuß an den Punkten nachgeben, welche nicht die Exekutivkraft des Bundesſtaates gefährlich auf's Spiel ſetzten, welche alſo nicht leicht dahin führten, daß man wiederum ein ſchlotterndes, verſchiedenartigem Einzelnwillen ausgeſetztes deutſches Staatsweſen ſchaffe.

Das that auch der Verfaſſungsausſchuß mit redlichem gutem Willen. Er war immer froh, wenn er bei der Redaktion zur zweiten Leſung der Forderung eines Einzelnſtaates nachgeben konnte ohne das Ganze zu gefährden. Der ſchwierigſte Punkt war und wird immer bleiben: die Geldkraft des Bundesſtaates ſicher zu ſtellen. Sie auf bloße Matrikularbeiträge

anzuweiſen iſt der ſchreienden Erfahrung gemäß lebensgefährlich. Dies wünſchten aber die kleineren Königreiche. Einwand und Sorge von ihrer Seite drängte ſich am Engſten darum zuſammen: daß die Reichsgewalt ſich nicht im voraus durch die Zolleinnahmen ihr Bedürfniß decken dürfe, ſo wie um die Paragraphen 35 bis 37 der „Reichsgewalt.“ Hierbei ſchloß ſich auch Baden aus ſüddeutſcher Zollbeſorgniß an Baiern und Würtemberg. Daß die Reichsgewalt ausſchließlich die Geſetzgebung über das geſammte Zollweſen, ſowie über die gemeinſchaftlichen Produktions- und Verbrauchſteuern haben, daß ſie beſtimmen ſolle, welche Produktions- und Verbrauchsſteuern gemeinſchaftlich ſein ſollten; daß ſie beſtimmen ſolle: auf welche Gegenſtände die einzelnen Staaten ſolche Steuern für Rechnung des Staates oder einzelner Gemeinden legen dürfen und unter welchen Bedingungen und Beſchränkungen — dies wurde als ein zu tiefer Eingriff in die Rechte und in den finanziellen Haushalt der Einzelnſtaaten bezeichnet.

Nach reiflichſter Ueberlegung beharrte der Ausſchuß auf den Paragraphen, und begründete dies wie folgt:

„Bisher erfolgte die Ausgleichung der verſchiedenen Intereſſen der Zollvereinsſtaaten durch Verträge; in Zukunft muß die Geſetzgebung die Ausgleichung bewirken. Eine ſolche Geſetzgebung kann nur auf die ſorgfältige Prüfung der Sachverſtändigen der verſchiedenen Länder gebaut werden. Unverkennbar wirken die Produktionsſteuern ſo tief auf den ganzen Wohlſtand einer Gegend und die Induſtrie ein, daß eine

unvorsichtige Behandlung und Centralisirung des Steuersystems empfindliche Folgen für einzelne Staaten haben und den nothwendigen Schutz der Arbeit empfindlich gefährden könnten. Es läßt sich aber nicht in Abrede stellen, daß eine Ausgleichung der Interessen von Norden und Süden bei der Zolleinigung nothwendig ist, und dann eine Zollgemeinschaft auch eine gewisse Gemeinschaft der Produktionssteuern erfordert. Die Mehrheit des Ausschusses, der nicht unbeachtet lassen darf, daß manche über das Verhältniß des Nordens und Südens geltend gemachten Ansichten auf Mißverständnissen beruhn, fand es aber nicht für nothwendig einen Zusatz deswegen in §. 35 aufzunehmen, weil wir voraussetzen, daß die Gesetzgebung, welche in geeigneten Uebergängen vermittelnd einwirken muß, durch die Vertreter der verschiedenen Staaten genöthigt werden wird, allen Interessen, vorzüglich auch denen des Südens, Rechnung zu tragen" — „und weil ein Zusatz wegen seiner Allgemeinheit und Unbestimmtheit doch keinen erheblichen Werth haben könnte."

„Wenn der Ertrag der Zölle und der gemeinschaftlichen Produktionssteuern folgerichtig nach dem Grundsatze der Zolleinheit als Gegenstand zu betrachten ist, aus welchem die Ausgaben des Reichs bestritten werden sollen, so rechtfertigt es sich auch, wenn die Reichsgewalt sogleich und zunächst an diesen Gegenstand sich hält, das Zahlungsmittel benützt, und nur den Rest an die Einzelnstaaten vertheilt. Wir schlagen jetzt aber vor, das ordentliche Budget, also das auf dem

Reichstag in Beziehung auf die ständigen Ausgaben festgestellte Budget als Grundlage anzunehmen, wobei eine annähernd angenommene Summe in das Budget eingetragen wird, und die Einzelnstaaten nach dem Theilungsmaaßstab ebenso annähernd auf die sie treffenden Summen rechnen können."

Aber nicht nur ein solches Verhältniß wurde bestritten. Auch die Münzeinheit wurde angegriffen, Eisenbahn und Post, welche in eine Hand kommen sollten. Baiern wünschte selbst „die Verpflichtung deutscher Truppen specieller Vereinbarung" vorbehalten, ja sogar die Ertheilung von Patenten, wofür eine Gesammtbehörde von Jedermann als Segen erachtet wird, den Einzelnstaaten belassen zu sehn. Besondere Vertretungen nach Außen, dieser schlimmste Feind der Einheit, wurden unter verschiedenen Vorwänden und Formen angestrebt, und auch die Rechtseinheit, meinte Sachsen, müsse im Civilrechte Partikularformen zulassen.

Nochmals, was wäre wohl übrig geblieben für die Einheit, wenn der Ausschuß — wie er es that bei der zahlreichern Vertretung der süddeutschen Staaten im Staatenhause — an allen Ecken und Enden hätte nachgeben wollen?! Er schloß ganz richtig gegen den Vorwurf eines Einheitsstaates mit folgenden Worten:

„Der Bundesstaat erfordert eine Gesammtregierung, eine einheitliche Vertretung gegen Außen, eine einheitliche Vertretung im Innern in allen Gesammtangelegenheiten der Nation,

Er beſchränkt deshalb die Bundesglieder und muß ſie beſchränken, inſofern dieſe den verfaſſungsmäßigen Beſchlüſſen der Bundesgewalt Gehorſam zu leiſten verpflichtet ſind. So ſahen ſchon die vereinigten Fürſten und freien Städte im Jahre 1815 die Sache an, als ſie auf dem Congreſſe zu Wien erklärten:

„„Die deutſche Verfaſſung würde ihren feſteſten Beſtand erſt alsdann behaupten können, wenn ein gemeinſames Oberhaupt an der Spitze der deutſchen Verbindung dem von den Ständen des Bundes gemeinſam Beſchloſſenen die unverbrüchliche Vollziehung ſichere, die Säumigen und Weigernden ohne Unterſchied mit Nachdruck zur Erfüllung des Bundesvertrages anhalte, der Bundesjuſtiz ſchnelle und vollkommene Folge verſchaffe, die Kriegsmacht des Bundes leite und ſo im Innern und gegen Außen allen Staaten deſſelben, auch dem mächtigſten, als Beſchützer, erſter Repräſentant der deutſchen Nation, der Verfaſſung als kräftigſter Gerant, als deutſcher Freiheit Aegide ſich darſtelle.““

„Man wird nicht behaupten können, daß die Fürſten damals, ſo wenig wie jetzt die meiſten Regierungen, einen unitariſchen Staat angeſtrebt hätten.“

„Unter Zugrundlage unſers Verfaſſungsentwurfes bleibt den Einzelnſtaaten noch ſelbſtändiges Leben genug, um ſehr bald zu erkennen, daß ſich die Verfaſſung unſers Bundesſtaates ſehr weit von der Verfaſſung eines Einheitsſtaates unter-

Reichstag in Beziehung auf die ständigen Ausgaben festgestellte Budget als Grundlage anzunehmen, wobei eine annähernd angenommene Summe in das Budget eingetragen wird, und die Einzelnstaaten nach dem Theilungsmaaßstab ebenso annähernd auf die sie treffenden Summen rechnen können."

Aber nicht nur ein solches Verhältniß wurde bestritten. Auch die Münzeinheit wurde angegriffen, Eisenbahn und Post, welche in eine Hand kommen sollten. Baiern wünschte selbst „die Verpflichtung deutscher Truppen specieller Vereinbarung" vorbehalten, ja sogar die Ertheilung von Patenten, wofür eine Gesammtbehörde von Jedermann als Segen erachtet wird, den Einzelnstaaten belassen zu sehn. Besondere Vertretungen nach Außen, dieser schlimmste Feind der Einheit, wurden unter verschiedenen Vorwänden und Formen angestrebt, und auch die Rechtseinheit, meinte Sachsen, müsse im Civilrechte Partikularformen zulassen.

Nochmals, was wäre wohl übrig geblieben für die Einheit, wenn der Ausschuß — wie er es that bei der zahlreichern Vertretung der süddeutschen Staaten im Staatenhause — an allen Ecken und Enden hätte nachgeben wollen?! Er schloß ganz richtig gegen den Vorwurf eines Einheitsstaates mit folgenden Worten:

„Der Bundesstaat erfordert eine Gesammtregierung, eine einheitliche Vertretung gegen Außen, eine einheitliche Vertretung im Innern in allen Gesammtangelegenheiten der Nation,

Er beschränkt deshalb die Bundesglieder und muß sie beschränken, insofern diese den verfassungsmäßigen Beschlüssen der Bundesgewalt Gehorsam zu leisten verpflichtet sind. So sahen schon die vereinigten Fürsten und freien Städte im Jahre 1815 die Sache an, als sie auf dem Congresse zu Wien erklärten:

„„Die deutsche Verfassung würde ihren festesten Bestand erst alsdann behaupten können, wenn ein gemeinsames Oberhaupt an der Spitze der deutschen Verbindung dem von den Ständen des Bundes gemeinsam Beschlossenen die unverbrüchliche Vollziehung sichere, die Säumigen und Weigernden ohne Unterschied mit Nachdruck zur Erfüllung des Bundesvertrages anhalte, der Bundesjustiz schnelle und vollkommene Folge verschaffe, die Kriegsmacht des Bundes leite und so im Innern und gegen Außen allen Staaten desselben, auch dem mächtigsten, als Beschützer, erster Repräsentant der deutschen Nation, der Verfassung als kräftigster Gerant, als deutscher Freiheit Aegide sich darstelle.““

„Man wird nicht behaupten können, daß die Fürsten damals, so wenig wie jetzt die meisten Regierungen, einen unitarischen Staat angestrebt hätten.“

„Unter Zugrundlage unsers Verfassungsentwurfes bleibt den Einzelnstaaten noch selbständiges Leben genug, um sehr bald zu erkennen, daß sich die Verfassung unsers Bundesstaates sehr weit von der Verfassung eines Einheitsstaates unter-

ſcheidet. Daß ſie aber einen Theil ihrer Hoheitsrechte opfern müſſen, das müſſen die Regierungen anerkennen, wenn es ihnen um die Einheit, Macht und Größe Deutſchlands Ernſt iſt.“

Dieſe geſunde Haltung des Verfaſſungsausſchuſſes mochte den Ausbruch des Grimmes zurückdämmen in der Paulskirche. Man tröſtete ſich: ſolche Vernunft müſſe doch ſiegen. Desgleichen tröſtete und hielt vom Aeußerſten ab die immer deutlicher hervortretende Haltung der Nation. Was hatte die wortführende Demokratie im Frühjahre 48 geſpottet über das Kaiſerthum des Siebzehner-Entwurfs! Wie hatte ſie es als etwas der Nation Wildfremdes nachgewieſen mit Zeugniſſen, die Manches für ſich zu haben ſchienen! Jetzt konnte kaum noch Jemand leugnen, daß ein ſolches Kaiſerthum trotz allen demokratiſchen und partikulariſtiſchen Tobens Boden und Stätte gefunden. Jetzt kam Zeugniß auf Zeugniß, daß ſich das Volk dafür erwärme, daß man's aller Orten im Norden wünſche, ja daß man ſich auch im Süden dafür erkläre. Wer dies bezweifelt, der ſehe das Verzeichniß der Petitionen und Adreſſen an, welches vom Abgeordneten Tafel zuſammengeſtellt iſt und zu großer Ueberraſchung aus Baiern die verhältnißmäßig größte Anzahl Unterſchriften nachweiſt für die endlich beſchloſſene Reichsverfaſſung*). Man ſpürte an Luft und

*) 426 Eingaben aus Baiern neben 369 aus Preußen. 14014 Unterſchriften aus Berlin, 12000 aus München.

Boden, daß die Zeit erfüllt, daß ein Abſchluß allgemeines Bedürfniß, daß ſolchem Drange nicht mehr zu widerſtehn ſei. Das Wort wollte Fleiſch werden. Aber wie? Wann? Wo? In der Paulskirche?

In der Paulskirche, wo ſich die Parteiſchaaren in faſt gleicher Anzahl mit gezückten Schwertern gegenüber ſtanden? Wo die uralte Eiferſucht der deutſchen Stämme gegeneinander ärger denn je, ja bis zum brutalen Drange nach gegenſeitiger Vernichtung aufgewühlt war? Wo der Freund den Freund nicht mehr kannte, wo eine Majorität nicht mehr zu finden war für etwas Poſitives? In dieſer als Tempel des einigen Vaterlandes vor einem Jahre begrüßten und jetzt zum geöffneten Janustempel verwandelten, mit Zorn und Fluch erfüllten Paulskirche konnte doch das Wort nicht mehr Fleiſch werden! Hier war ja jedes einſt theure Wort in Hader und Streit verkehrt. Und wenn nicht hier, wo ſonſt?

Hier in derſelben Paulskirche, wo keine Majorität mehr zu finden war, ereignete ſich am Morgen des 12. März die unvermeidliche Kataſtrophe dahin: daß für die Dringlichkeit eines Antrags über drei Viertheile des Parlamentes ſich erhoben, eines Antrags, welcher nicht mehr und nicht weniger wollte als: — Annahme der Verfaſſung in Bauſch und Bogen und Uebertragung der erblichen Kaiſerwürde an den regierenden König von Preußen.

Schreiber Dieſes kam an jenem Tage gegen 10 Uhr in die Kirche, ſah Welcker auf der Tribüne, ſah, daß eine unge-

wöhnlich gewordne Aufmerkſamkeit und Spannung im ganzen Hauſe herrſchte, und fragte den Nächſten, an dem er vorüber kam: was iſt? — Welcker ſpricht für den preußiſchen Kaiſer! erwiderte dieſer unter erzwungenem Lachen. Ich war an einen Ultramontanen gerathen.

So war es. Unter dieſen eigenthümlichen Umſtänden erſchien der Welckerſche Antrag, welcher durch ganz Deutſchland eine beiſpielloſe Aufregung und Spannung und — Theilnahme hervorrief. Er betäubte; auch die Gegner.

Am Tage zuvor, am 11. März, war die Kunde nach Frankfurt gekommen: der Reichstag zu Kremſier iſt aufgelöſt und eine Verfaſſung oktroyirt für die öſterreichiſche Geſammtmonarchie! Für die Geſammtmonarchie, für einen centraliſirten Staat Oeſterreich, für eine „freie, ſelbſtändige, untheilbare und unauflösbare konſtitutionelle öſterreichiſche Erbmonarchie!“

Da war alſo das Programm von Kremſier in vollem Maaße erfüllt, die Hoffnung der deutſch-öſterreichiſch Geſinnten auf einen Föderativſtaat, welcher ſeine deutſchen Bundeslande in irgend einer beſondern Verbindung mit Deutſchland erhalten könne, war mit einem Streiche zu Boden geſchlagen, ja ſogar eine Grundbedingung der Bundesakte, auf welche man ſich eben noch berufen hatte, verletzt durch ſolche unterſchiedsloſe Vereinigung der deutſchen Erblande mit den übrigen Provinzen.

Der Schlag traf dergeſtalt in Frankfurt, daß ſelbſt

Schmerling, der kaltblütige Diplomat, an demſelben Tage ſeine Entlaſſung einreichte als öſterreichiſcher Bevollmächtigter. Man erwartete den Austritt der öſterreichiſchen Abgeordneten. Im „Pariſer Hofe“ war die Beſtürzung ſo groß, daß man ſich nun erſt recht verſtecken zu müſſen behauptete und jeden dringlichen Antrag abweiſen wollte, wie Vogel Strauß den Feind nicht ſehn will und deshalb erwartet, der Feind werde auch ihn nicht ſehn. Welcker allein in dieſer Geſellſchaft, wo nur Prediger Jürgens, ein Braunſchweiger von edler Bildung und hypochondriſcher Furcht vor jedem energiſchen Plane, ihm nicht eigentlich fremd war, Welcker allein war tief und aufrichtig betroffen. Es iſt nichts, rief er ſich zu, es iſt blinder Zeitungslärm, und ich will gegen die Kaiſerlichen ſprechen morgen, wenn ſie dies Ereigniß benützen ſollten.

Die Verfaſſung ſelbſt aber ſtand in den Zeitungen; ſo viel pflegen ſie doch nicht zu erfinden. Auf dem Heimwege vom Klubb ſoll Welcker darauf aufmerkſam gemacht worden und dann mit tiefem Athemzuge in die Worte ausgebrochen ſein: Dann iſt Oeſterreichs Ausſchluß fertig, dann muß jeder Patriot in der Uebertragung der erblichen Kaiſerwürde an die Krone Preußen die Rettung des Vaterlandes ſuchen.

Daheim habe er Zeitungen mit dem öſterreichiſchen Verfaſſungstexte gefunden und in der Nacht ſeinen Antrag aufgeſetzt. Er lautete ganz ſo wie Welcker's ſtoßweiſe erfolgende Rede. Simſon las ihn:

„Die deutſche verfaſſunggebende Nationalverſammlung,

in Erwägung der dringlichen Lage der vaterländiſchen Verhältniſſe, beſchließt:

1) Angeſichts der wiederholten öffentlichen Nachrichten von fremder Einſprache gegen die von der deutſchen Nation zu beſchließende Verfaſſung, gegen ſolche Eingriffe Auswärtiger*) in das heiligſte Urrecht freier Völker ihre Entrüſtung, gegen jeden Deutſchen aber, ſei er Fürſt oder Bürger, welcher landesverrätheriſch ſolche Eingriffe hervorrufen möchte, den tiefſten Abſcheu und zugleich die feſte Erwartung auszuſprechen, daß die deutſche Nation wie ein Mann ihre Ehre vertheidigen und deren Verletzung zurückweiſen werde.

2) Die geſammte deutſche Reichsverfaſſung, ſowie ſie jetzt nach der erſten Leſung mit Berückſichtigung der Wünſche der Regierungen von dem Verfaſſungsausſchuſſe redigirt vorliegt, wird durch einen einzigen Geſammtbeſchluß der Nationalverſammlung angenommen und jede etwa heilſame Verbeſſerung den nächſten verfaſſungsmäßigen Reichstagen vorbehalten.

3) Die in der Verfaſſung feſtgeſtellte erbliche**) Kaiſerwürde wird Sr. Majeſtät dem Könige von Preußen übertragen.

4) Die ſämmtlichen deutſchen Fürſten werden eingeladen,

---

*) Sie lagen, außer dem herkömmlichen Gerüchte über eine ruſſiſche Note, gar nicht vor; es war nur der gewaltſame Verſuch zu einem einleitenden Uebergange.

**) Sie hatte jetzt, wie ſchon erwähnt, die Mehrheit erhalten im Verfaſſungsausſchuſſe.

großherzig und patriotiſch mit dieſem Beſchluſſe übereinzuſtimmen und ſeine Verwirklichung nach Kräften zu fördern.

5) Es wird eine große Deputation der Nationalverſammlung abgeſendet, um Sr. Majeſtät dem Könige von Preußen die Wahl zum deutſchen Erbkaiſer anzuzeigen.

6) Se. Majeſtät der Kaiſer von Oeſterreich als Fürſt der deutſch-öſterreichiſchen Lande und die ſämmtlichen Bruderſtämme in dieſen Landen, einzeln und vereint, ſind zum Eintritt in den deutſchen Bundesſtaat und ſeiner Verfaſſung jetzt und zu aller Zeit eingeladen und aufgefordert.

7) Die deutſche Nationalverſammlung legt gegen ein etwa von der Regierung der deutſch-öſterreichiſchen Lande oder von dieſem Lande ſelbſt beanſpruchtes Recht, von dem deutſchen Vaterlande und aus der von ſeinem Geſammtwillen beſchloſſenen Verfaſſung auszuſcheiden, für alle Zeiten feierlichen Proteſt ein.

8) Sie iſt aber bereit, ſo lange einer definitiven Verwirklichung des völligen Eintritts der deutſch-öſterreichiſchen Lande in die deutſche Reichsverfaſſung noch Schwierigkeiten im Wege ſtehn ſollten, die beſtehenden nationalen brüderlichen Verhältniſſe, jedoch unbeſchadet der Selbſtändigkeit der deutſchen Reichsverfaſſung, zu erhalten."

Dies zu vertheidigen war der kleine gedrungene Mann auf der Rednerbühne erſchienen. Sein geröthetes Antlitz mit dem kurzen grauen Haar ſah aus dem lichtblauen Auge auf die unbeſchreiblich erſtaunte Verſammlung herab, ohne von

der eigentlichen Seelenſtimmung etwas zu verrathen. Dafür ſind ihm in ewigen Kämpfen die Züge erſtarrt, und der leicht geöffnete Mund mit engliſcher Kiefer- und Zahnbildung verkündigt Nichts, bis er die Worte, auf einen harten Satz zuſammengekeilt, hervorgeſtoßen hat.

„Meine Abneigung gegen das Erbkaiſerthum", rief er jetzt — denn er „rief" Dergleichen immer — „ging weder von einer Abneigung gegen Preußen, noch von einer Vorliebe für Oeſterreich aus". — „Ich habe entſchieden abwarten wollen, bis ich nicht nach ſubjektiven Wahrſcheinlichkeitsgründen, ſondern nach objektiven Gründen die Ueberzeugung hätte, daß Oeſterreich jetzt nicht eintreten wolle in den Bundesſtaat". — „Jetzt glaube ich, die Mittel ſind erſchöpft" — „jetzt glaube ich, daß die Zeit drängt, das übrige Deutſchland deſto feſter, deſto ſtärker, deſto inniger zu vereinigen". (Lebhaftes Bravo im Centrum und der Rechten.)

„Wenn ich hier hinblicke auf meine alten Freunde, ſo werde ich vielleicht einem kleinen Triumphe in ihrem Herzen, wenn auch nicht in ihren Mienen begegnen, daß ſie ſchon vor Wochen und Monaten und ich erſt ſo ſpät das Richtige erkannt hätte. Seien Sie ſtolz darauf, wenn Sie wollen, aber vergeben Sie mir, auch ich bin — obwohl jetzt mit traurigem Herzen — ſtolz darauf, daß ich, ſoviel wie möglich war, nach allen Kräften eine Verzögerung der Trennung bewirkte." Die Schuld treffe nun allein das öſterreichiſche Kabinet. — Nun denn, jetzt gelte es, als ein einziger gemeinſchaftlicher,

wohlgerüsteter Körper dazustehn. „Die Gelüste in den Kabinetten wachsen, die Einheit wird täglich mehr gefährdet". — „Lassen Sie keine Verfassung oktroyiren; wir wollen die Verfassung selbst machen mit Anerkennung der Rechte von Jedermann. Ich sage Ihnen, das Vaterland ist in Gefahr. Wir können nicht mehr mit Oesterreich unterhandeln. Es wird die Aufgabe des Königs von Preußen sein, durch ein Ultimatum seinen Beschluß zu bedingen. — Ist es möglich, daß Oesterreich eintritt, so ist dann nichts verloren. Ist es nicht möglich, so wollen wir gerüstet sein gegen die Gefahren, welche dieser Bruch herbeiführen wird." „Ich sage nichts weiter als: das Vaterland ist in Gefahr! Retten Sie das Vaterland!" (Stürmischer Beifall vom Centrum und der Rechten.)

Die Aufregung war ungeheuer. Welcker selbst hatte keine ungewöhnliche Eile verlangt für die Erledigung seines Antrags, er hatte von acht Tagen gesprochen. Mehrere der Bundesstaatlichen meinten, es müsse sofort, wenigstens so schnell als irgend möglich daran gegangen werden, sonst verrauche das endlich entzündete Feuer wieder, oder werde erstickt durch die Partikularisten. Sie eilten nach den vordersten Bänken zu Bassermann, zu Mathy, zu Gagern und forderten diese auf, irgend ein beschleunigtes Verfahren von der Rednerbühne vorzuschlagen. Aber es gab keine Form dafür. Solch ein Antrag, welcher die ganze Verfassung betraf, mußte an den Verfassungsausschuß, und was nicht heute, spätestens binnen vierundzwanzig Stunden geschah, verfiel eben der Zeit. Es

war kein verwegner Feldherr vorhanden. Die Führer alle waren ſo gewiſſenhaft, daß ſie keine Ueberrumpelung der Nation wollten mit dem Grundgeſetze der Nation.

So viel iſt wahrſcheinlich: konnte am 12. März über den Welckerſchen Antrag abgeſtimmt werden, ſo wurde er angenommen.

Die Ungeduld war ſo groß, daß man ſich nicht mit der Tagesordnung, Verhandlung über das Reichsgericht, beſchäftigen konnte, ſondern daß man ſchon vor elf Uhr die Sitzung ſchloß.

Die beſtürzten Parteiungen fanden Zeit, ſich wieder zu faſſen und zu ſchaaren. Nur etwa dieſen Tag lang war die Meinung allgemein, das Parlament ſei am Ziele. Dieſe Meinung ging hinaus in alle Lande und erregte die Nation von einem Ende bis zum andern. Ueberall ſtieg die Zuſtimmung ſiegreich auf, der Widerſpruch ſchwieg. Von allen Gegenden ſtrömten Patrioten nach Frankfurt, um dieſem großen Abſchluſſe beizuwohnen.

An jenem Abende erſchien auch Radowitz zum erſten Male im Weidenbuſche. Auch er alſo hielt das nun für reif, was er bisher immer nur ſehr bedingungsweiſe anerkannt hatte. Er war jetzt für den vorgeſchlagenen Abſchluß und wollte nur die definitive Ernennung des Königs von Preußen nicht eingeſchloſſen ſehn.

Die natürlich vorliegende Frage war das Wahlgeſetz. Welcker hatte es nicht erwähnt, und doch war es nöthig, wenn

die ganze Verfaſſungsfrage mit einer Abſtimmung erledigt ſein ſollte. Wenn es auch kein integrirender Theil der Verfaſſung war, ſo war es doch die unmittelbare Zukunft derſelben, der Schlüſſel zum nächſten Reichstage.

Die Hinnehmung dieſes Wahlgeſetzes und des ſuspenſiven Veto's in der Geſetzgebung von Seiten der Weidenbuſchpartei hat man gern in Parallele bringen wollen mit der Kuppelei entgegengeſetzter Principien innerhalb der Coalition. Sehr mit Unrecht. Dies Wahlgeſetz und jenes Veto waren ja nicht nur vorliegende Beſchlüſſe der Reichsverſammlung, die als ſolche gegründeten Anſpruch auf erneute Annahme hatten, wenn die Annahme der Vorlage in Bauſch und Bogen einen einfachen Sinn haben, wenn ſie nicht zum Kriegsmittel für eine Minorität in dieſen Fragen gemacht werden ſollte. Dies Wahlgeſetz und jenes Veto hatten ja auch zahlreiche Stimmen im Weidenbuſche ſelbſt. Sie bildeten ja einen integrirenden Theil der Anſichten, welche ſich zur Kaiſerpartei vereinigt hatten. Das Wahlgeſetz hatte aus dem Landsberge zahlreiche Stimmen erhalten, und wenn nun ein Theil des Würtemberger Hofes, ja einige Mitglieder der Weſtendhalle (Neuweſtendhalle) zum Weidenbuſche getreten waren im Intereſſe der Einheit, ſo erklärten ſich dieſelben doch nicht bereit, dieſe Fragen der Freiheit ohne Noth opfern zu wollen. Sie ſelbſt, Zell an der Spitze, verlangten jetzt zuerſt innerhalb des Weidenbuſches, daß bei einer Abſtimmung in Bauſch und Bogen dieſen einmal angenommenen Freiheitsbeſtim-

mungen Rechnung getragen werde. Der erſte Andrang darnach kam nicht von außen, und am Wenigſten von einer principiell entgegenſtehenden Partei, ſondern aus dem Schooße des Weidenbuſches. Dabei iſt alſo eine verſuchte Parallele mit dem Treiben der Coalition unberechtigt und unwahr. Denn auch die Veto-Frage in der Geſetzgebung — nicht zu verwechſeln mit der in Verfaſſungsfragen, welche ſpäter wirklich der Coalition verfiel — war ja auf einen Antrag des Centrums, war auf den Fallatiſchen Antrag im Sinne des Norwegiſchen Veto's beſchloſſen worden.

Zell verlangte ſchon am Abende des zwölften März, daß man ſich für Hinzunahme des Wahlgeſetzes erklären ſolle. Dies fand ſtrengen Widerſpruch namentlich von Seiten Baſſermann's und Soiron's, und die Mehrheit des Weidenbuſches ſchien dagegen zu ſein. Am nächſten Tage erſt errang dies Verlangen eine ſehr wichtige und wie immer entſcheidende Zuſtimmung; der Verfaſſungsausſchuß erklärte ſich dafür. Er beſtand nur auf der „öffentlichen" Abſtimmung bei den Wahlen. Mit vierzehn Stimmen gegen ſechs hatte ſich dieſer konſervative Körper dafür erklärt. Paris lohnt eine Meſſe! hatte Heinrich der Vierte gerufen. Das Zuſtandekommen des Ganzen lohnt ein Opfer! hatten konſervative Männer gerufen, denn die Verfaſſung und das Vaterland ſei wirklich in Gefahr.

An dieſem dreizehnten März war wirklich eine öſterreichiſche Note vom neunten eingetroffen, in welcher zum er-

sten Male das längst Befürchtete klar ausgesprochen war: Oesterreich wolle kein Volkshaus, sondern nur ein Staatenhaus. Zu diesem Ende wolle es mit seiner Gesammtmonarchie eintreten.

Einer der verunglückten Missionaire, welche mit Heckscher nach Ollmütz gegangen waren, ergänzte diesen Antrag dahin, daß auf jede Million eine Stimme, für Oesterreich also 38 Stimmen gefordert würden neben den 31 Stimmen des übrigen Deutschland.

Dies erhöhte den Drang für den Welckerschen Antrag. Man nannte dies einen Hohn auf deutsche Einheit, in welcher Deutschland gegen nichtdeutsche Völkerschaften in der Minderheit und österreichisch wäre. Wäre noch in der Nacht vom Dreizehnten zum Vierzehnten abgestimmt worden, so wäre an einer Majorität für den Welckerschen Antrag nicht zu zweifeln gewesen. Aber erst am Siebzehnten begann die Diskussion, und den 21. März erst erfolgte die Abstimmung, also am neunten Tage erst, am entscheidenden erst in allen Krankheitskrisen, erfolgte die Abstimmung.

Welcker begann auch die Diskussion. Ob er selbst gestiegen oder gefallen sei im Ansehn durch die jähe Wendung? Weder das Eine noch das Andere. An seinem uneigennützigen, redlichen Willen hatten auch seine Gegner nie gezweifelt. Steif, schwerfällig, eigensinnig hatte man ihn genannt. Man nannte es auch jetzt wohl faselhaft, daß er sich über die Natur der Dinge so habe verblenden können, daß er ein seit

dem Programme von Kremſier ſo deutlich angekündigtes Edikt habe erleben und wirklich betaſten müſſen, um daran zu glauben. Ein ſtaatsmänniſcher Kopf, ſagte man, kann nicht dergeſtalt vom Faktiſchen überraſcht werden, wenn die tiefere Nothwendigkeit längſt, ja immer erſichtlich geweſen. Daher auch der Unterſchied, daß die alten Bundesſtaatlichen nie ſo ſcheltſam und heftig gegen Oeſterreich aufgetreten ſind als Welcker jetzt in ſeiner Rede auftrat. Sie hatten eben nie verkannt und daher ſtammten ihre Folgerungen: daß Oeſterreich noch ganz andere Intereſſen habe als der deutſche Bundesſtaat und den deutſchen Bundesſtaat. Sie beklagten und tadelten wohl auch, daß die öſterreichiſchen Staatsmänner ſich nicht zu der Anſchauung erheben konnten: es diene ihnen wie Deutſchland, im deutſchen Bundesſtaate den natürlichen Bundesgenoſſen anzuerkennen, und ſich ihn um ſo ſtärker zu verpflichten und zu verbinden, je aufrichtiger man ihn fördere, je aufrichtiger man die möglichen Verbindungspunkte hervorhebe ſtatt der täuſchenden Redensarten über unmögliche, welche nur hinhalten ſollten. Sie bezweifelten niemals, daß Letzteres nur geſchehe um bei günſtigeren Zeitumſtänden den hegemoniſchen Einfluß Oeſterreichs über Deutſchland wieder zu gewinnen; ſie bezweifelten aber daß dies politiſche Trachten, welches Deutſchlands Verfaſſung zerſtöre und Deutſchlands Feindſchaft herausfordere, im höheren Sinne politiſch ſei. Oeſterreichs Entwickelung hänge eng zuſammen mit der deutſchen. Dieſe letztere neuen Stürmen

ausſetzen, heiße Oeſterreich ausſetzen, und verweiſe Oeſterreich im Falle der Noth auf Allianzen, welche größere politiſche Opfer koſten würden als das Opfer einer Hegemonie in Deutſchland. Soweit dieſe Hegemonie ſchöpferiſch ſein könne, werde ſie nie und nirgends durch einen „weiteren Bund“ behindert werden. Man hindere nicht eine Macht von 38 Millionen durch aufgeſchriebene Sätze. Eine ſolche Macht wirke ſchon durch ihre Schwere allein. Soweit jene Hegemonie aber auch fernerhin nur durch Hemmen und Verneinen ſich bethätigen wolle, werde ſie Oeſterreich nicht minder ſchaden als Deutſchland, denn ſie werde Oeſterreich ſchwächen in ungetheilter Entwickelung ſeiner Kräfte. Die Freiheitsgefahren würden nur durch Deutſchland ſelbſt beſeitigt, indem man ſeinen Einheitstrieb befriedige. Aus dieſer Befriedigung nur wüchſe konſervativer Sinn, und dieſer ſei in Deutſchland viel reichlicher vorhanden als in Oeſterreich, wo es erſt aller ungetheilten Kräfte für Entfaltung der Vortheile im Geſammtſtaate bedürfen werde, um ſo viel einleuchtende Vortheile eines Geſammtſtaates darzuſtellen, daß ein konſervativer Sinn allgemein entſtehen könne.

Man ſieht, dies Raiſonnement war ſo bedingt, daß ein ſo greller Angriff auf Oeſterreich, wie er jetzt von Welcker ausging gar nicht damit verträglich war. Welcker aber ſchalt ſo, weil er ſich für getäuſcht ausgab oder auch wirklich getäuſcht war, wenigſtens ſich ſelbſt wirklich getäuſcht hatte.

Ja, rief er um dieſes Oeſterreichs willen habe ich bisher

dem Programme von Kremſier ſo deutlich angekündigtes Edikt habe erleben und wirklich betaſten müſſen, um daran zu glauben. Ein ſtaatsmänniſcher Kopf, ſagte man, kann nicht dergeſtalt vom Faktiſchen überraſcht werden, wenn die tiefere Nothwendigkeit längſt, ja immer erſichtlich geweſen. Daher auch der Unterſchied, daß die alten Bundesſtaatlichen nie ſo ſcheltſam und heftig gegen Oeſterreich aufgetreten ſind als Welcker jetzt in ſeiner Rede auftrat. Sie hatten eben nie verkannt und daher ſtammten ihre Folgerungen: daß Oeſterreich noch ganz andere Intereſſen habe als der deutſche Bundesſtaat und den deutſchen Bundesſtaat. Sie beklagten und tadelten wohl auch, daß die öſterreichiſchen Staatsmänner ſich nicht zu der Anſchauung erheben konnten: es diene ihnen wie Deutſchland, im deutſchen Bundesſtaate den natürlichen Bundesgenoſſen anzuerkennen, und ſich ihn um ſo ſtärker zu verpflichten und zu verbinden, je aufrichtiger man ihn fördere, je aufrichtiger man die möglichen Verbindungspunkte hervorhebe ſtatt der täuſchenden Redensarten über unmögliche, welche nur hinhalten ſollten. Sie bezweifelten niemals, daß Letzteres nur geſchehe um bei günſtigeren Zeitumſtänden den hegemoniſchen Einfluß Oeſterreichs über Deutſchland wieder zu gewinnen; ſie bezweifelten aber daß dies politiſche Trachten, welches Deutſchlands Verfaſſung zerſtöre und Deutſchlands Feindſchaft herausfordere, im höheren Sinne politiſch ſei. Oeſterreichs Entwickelung hänge eng zuſammen mit der deutſchen. Dieſe letztere neuen Stürmen

ausſetzen, heiße Oeſterreich ausſetzen, und verweiſe Oeſterreich im Falle der Noth auf Allianzen, welche größere politiſche Opfer koſten würden als das Opfer einer Hegemonie in Deutſchland. Soweit dieſe Hegemonie ſchöpferiſch ſein könne, werde ſie nie und nirgends durch einen „weiteren Bund“ behindert werden. Man hindere nicht eine Macht von 38 Millionen durch aufgeſchriebene Sätze. Eine ſolche Macht wirke ſchon durch ihre Schwere allein. Soweit jene Hegemonie aber auch fernerhin nur durch Hemmen und Verneinen ſich bethätigen wolle, werde ſie Oeſterreich nicht minder ſchaden als Deutſchland, denn ſie werde Oeſterreich ſchwächen in ungetheilter Entwickelung ſeiner Kräfte. Die Freiheitsgefahren würden nur durch Deutſchland ſelbſt beſeitigt, indem man ſeinen Einheitstrieb befriedige. Aus dieſer Befriedigung nur wüchſe konſervativer Sinn, und dieſer ſei in Deutſchland viel reichlicher vorhanden als in Oeſterreich, wo es erſt aller ungetheilten Kräfte für Entfaltung der Vortheile im Geſammtſtaate bedürfen werde, um ſo viel einleuchtende Vortheile eines Geſammtſtaates darzuſtellen, daß ein konſervativer Sinn allgemein entſtehen könne.

Man ſieht, dies Raiſonnement war ſo bedingt, daß ein ſo greller Angriff auf Oeſterreich, wie er jetzt von Welcker ausging gar nicht damit verträglich war. Welcker aber ſchalt ſo, weil er ſich für getäuſcht ausgab oder auch wirklich getäuſcht war, wenigſtens ſich ſelbſt wirklich getäuſcht hatte.

Ja, rief er um dieſes Oeſterreichs willen habe ich bisher

meinen eigenen Lieblingsgedanken verleugnet. Anno 1814 ſchon habe ich den Staatsmännern eine Rede übergeben, welche eine nationale Repräſentation, welche einen deutſchen Kaiſer wollte, welche damit ſchlöß:

„Es ende nach langem verderblichen Streit
Die kaiſerloſe, die ſchreckliche Zeit!“

„Ich habe dieſen Gedanken als den herrlichſten für die deutſche Verfaſſung nie aufgegeben.“ Nur um Oeſterreichs willen habe ich „für die ſchlechteſte Form, ich geſtehe es, für das Direktorium geſtimmt.“

Jetzt höre das auf, denn es ſei nunmehr klar und entſchieden, daß Oeſterreich nicht zu gewinnen ſei für den Bundesſtaat. „Sind wir Männer oder ſind wir Träumer? Iſt für Männer deutlich geſchrieben die öſterreichiſche Verfaſſung und die damit übereinſtimmende letzte Note Oeſterreichs und, ich ſetze hinzu, der damit übereinſtimmende Bericht unſrer Abgeſandten nach Wien? Klar und entſchieden wie der Tag liegt vor, daß Oeſterreich nicht eintreten will in den Bundesſtaat, nein, daß es gar nicht mehr kann! Des Kaiſers Wort ſteht im Wege, eine von ihm feierlich verkündete, großentheils angenommene Verfaſſung ſteht im Wege. Meine Herren! Spielen die Kaiſer und die Regierungen Vexierſpiele wie man uns zumuthet zu glauben? Dürfen wir glauben, daß in einigen Tagen ſie das zurücknehmen werden und andre neue Erklärungen geben werden als das neue kaiſerliche Wort, vor ſeinem Volke und in Europa verkündet?“

Kein Bundesstaat, kein Volkshaus mit Oesterreich mehr, aber Kroaten, Magyaren, Italiener, Galizier — „wo finde ich denn nun den Mann in diesen Räumen der unsre Versammlung und die deutsche Nation bankbrüchig erklären will? Wie, Sie wollen das heilige Mandat des Volkes ein deutsches Parlament zu schaffen wegwerfen? Sie wollen es zu Füßen legen diesen Kabinetsbeschlüssen, wenn Sie noch daran denken, mit Oesterreich in Verbindung zu sein im Bundesstaat?!"

Und nun donnerte er gegen diese Anerbietung des ganzen Oesterreich, welches „Schamröthe und Empörung" erregen. Achtunddreißig Millionen Oesterreicher, die zu fünf Sechstheilen aus Feinden der Deutschen zusammengesetzt seien, sollten Deutschland regieren! Ja, „uns übrigen Deutschen soll es verwehrt sein uns ebenso zu einigen wie die 38 Millionen Oesterreicher geeinigt sind? (Hört! Hört!) Sie sind einig durch einen Erbkaiser, und uns will man ihn nicht gönnen? Sie sind geeinigt durch ein Volkshaus und wir sollen es nicht haben?" Dort verschiedenartige Völker geeinigt, hier lauter Deutsche, die sich soweit nicht einigen dürften! „Ist das ein ehrenwerther Antrag an eine ehrenwerthe Nation oder ist es nicht vielmehr eine Löwengesellschaft?" (Große Bewegung in der Versammlung.)

Nein, darauf sei nicht einzugehn. In Oesterreich seien nicht Knaben, sondern Männer am Ruder und ein Fürst, die

ihr Wort halten. Jetzt müsse man auch hier seines eigenen Weges gehn.

Oesterreich, indem es unser Recht zum Bundesstaat ohne Oesterreich bestreitet, berufe sich auf die Bundesgesetzgebung. Wie? „Wer ist es denn, der diesen alten Bund völlig gebrochen? Oesterreich durch seine definitive Verfassung. Die deutschen Länder in der großen Minderheit den andern außerdeutschen Nationen untergeordnet im Reichsparlamente", wie könne da von den deutschen Bundesbeschlüssen noch die Rede sein? „Die österreichische Verfassung steht mit dürren Buchstaben entgegen. Mit keinem Sterbenswort ist der deutschen Bundesgrundgesetze gedacht; der Bund ist ganz aufgelöst! Ich will nicht mehr davon sprechen, ich könnte Verletzungen auf Verletzungen häufen. — Aber noch Eines! Ein Gesammtbeschluß war nöthig, um in den deutschen Bund neue Glieder aufzunehmen. Oesterreich mit seiner Verschmelzung ladet uns zugleich die Gemeinschaft mit seinen außerdeutschen Ländern, die Garantie für Ungarn und Italien und ihre mit den deutschen Provinzen gemeinschaftlichen Kriegsbeschlüsse auf. Und dann ruft es die europäischen Mächte für diese von ihm verletzten Verträge von 1815 auf! So also ist das Verhalten von Oesterreich! Verlassen Sie die Paulskirche, werfen Sie ihre Verfassung zu Boden, geben Sie Ihr Mandat in die Hände des betrogenen Volkes zurück, oder sagen Sie sich los von dem unseligen Gedanken in ein Bundesstaats-

verhältniß mit Oeſterreich trotz ſeiner neuen Verfaſſung einzutreten."

Dann wendete er ſich, nachdem er die Nothwendigkeit der Eile dargethan, an die Republikaner. Er bewies ihnen, daß ſie dafür ſorgen helfen müßten, aus der Paulskirche eine Verfaſſung hervorgehn zu ſehn. Gelänge dies nicht, dann wären alle Parlamente, auch die, welche einſt Republik wollen könnten, entwerthet und unmöglich. Es könne eine Zeit kommen, wo er und Seinesgleichen die Republik wollen könne, wenn man des Vaterlandes ehren- und kraftvolle Geſtaltung ferner verhindere. Keiner Form und keinem Fürſten auf Erden habe er ſeine Ueberzeugung verſchrieben. Der ſtarken Form des Vaterlandes werde er, wenn es nicht mehr anders ginge, jede Form unterordnen. Jetzt hätten die Republikaner auf die Zuſtimmung der Nation nicht zu rechnen. Die Nation ſtehe zum Königthum. Trotz dem aber könne es zur Republik kommen, wenn das Königthum ſich in der deutſchen Frage vernichte, wenn die Zeiten wiederkehrten von denen Hinkmar von Rheims geſchrieben „„die Oberen des Reichs fangen an ſich um die Ehren zu zanken"" — „wenn die deutſchen Fürſten ſelbſt das Vaterland Preis geben, wenn ſie nicht zuſammenſtimmen in dem was dem Vaterlande Noth thut, wenn kein Glaube mehr iſt an die deutſchen Fürſten, wenn auf dieſe Weiſe Männer, die bisher nicht auf der linken Seite ſaßen, ſagen werden: „„Es iſt keine Rettung mehr

als durch die Republik!“ dann wird ſie ſiegen in Deutſchland“ —

Endlich richtete er ſich an die Oeſterreicher, und berief ſich darauf, wie treu er zu ihnen gehalten, ſo lange noch Ausſicht vorhanden geweſen. „Sie ſind in der fürchterlichſten Lage, in welche Menſchen geſetzt werden können. Sie wünſchen mit Deutſchland zuſammen zu ſein, und vielleicht beſtimmt ſie dieſer Wunſch zu thun was Sie vor Gott und dem Vaterlande nicht verantworten können. (Linke: Oho!) Sie ſind jetzt in Oeſterreich geeinigt, 38 Millionen unter einem einzigen fürſtlichen Hauſe. Sie haben ein Volkshaus, und uns will man es verſagen?! Wollen Sie uns verderben?! Wollen Sie uns entgegentreten und uns hindern das zu erringen was Sie haben?! Wollen Sie uns tröſten mit armſeligen, jämmerlichen Hoffnungen, die nur Kinder täuſchen können?! Wollen Sie uns entgegentreten in einem Augenblicke, wo wir das Vaterland retten wollen, daſſelbe Vaterland das noch Ihr Vaterland iſt und es, will es Gott, bleiben ſoll bei einer neuen Entwickelung der Verhältniſſe?! Wollen Sie dieſem Vaterlande verwehren ſich zu retten auf dem einzigen Wege, auf dem die jetzige Mehrheit, wenn Sie abgeſondert ſind, überzeugt iſt, daß ſie die Rettung des Vaterlandes finden wird? Stehen Sie gegen uns?! — Aber Das ſage ich Ihnen: Sie knüpfen damit kein Band zwiſchen dieſen Ländern! — Das innerſte Gefühl der Entrüſtung über dieſe Miſſethat wird in Deutſchland herrſchen und re-

gieren“ — „wir ſtehen vor Gott, dem Vaterlande und der Geſchichte; ſie wird die Namen aufzeichnen, die Namen derer, welche das Vaterland retteten, und derer, welche es verdarben!“ (Stürmiſcher, anhaltender Beifall bis in die Linke hinein. Ziſchen von mehreren Seiten auf der Linken)

Zwei Oeſterreicher zeigten am folgenden Tage in Berufung auf die öſterreichiſche Reichsverfaſſung ihren Austritt an; von Würth und Arneth. „Meine Hoffnung und mein Wunſch“, hieß es in der Austrittserklärung, „liegt darin, daß die künftigen Beziehungen zwiſchen Oeſterreich und dem übrigen Deutſchland ſo innig als irgend möglich geregelt werden mögen. Dafür in Oeſterreich zu wirken ſoll mir ſtets eine heilige Pflicht ſein.“

Dies wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Man erwartete zuverſichtlich, daß dieſer Schritt zahlreiche Nachfolge finden werde. Er fand ſie nicht. So wie man bei Welckers Uebertritt geſagt hatte: es iſt nur eine Stimme weniger! ſo ſagte man jetzt: nun ſind drei Stimmen weniger. Keine Rede verfing mehr.

Auf Welcker folgte von Radowitz. Er rieth zur Annahme des Welckerſchen Antrages. Das verjüngte Oeſterreich ſtehe da; man ſolle ihm ein verjüngtes Deutſchland an die Seite ſtellen. Sogar für Einſchluß des Wahlgeſetzes nach Vorſchlag des Verfaſſungsausſchuſſes hatte ſich dieſe Rechte des Weidenbuſches mit Radowitz an der Spitze entſchloſſen. Das war außerordentlich und machte großen Eindruck. Nur die na-

als durch die Republik!“ dann wird ſie ſiegen in Deutſchland“ —

Endlich richtete er ſich an die Oeſterreicher, und berief ſich darauf, wie treu er zu ihnen gehalten, ſo lange noch Ausſicht vorhanden geweſen. „Sie ſind in der fürchterlichſten Lage, in welche Menſchen geſetzt werden können. Sie wünſchen mit Deutſchland zuſammen zu ſein, und vielleicht beſtimmt ſie dieſer Wunſch zu thun was Sie vor Gott und dem Vaterlande nicht verantworten können. (Linke: Oho!) Sie ſind jetzt in Oeſterreich geeinigt, 38 Millionen unter einem einzigen fürſtlichen Hauſe. Sie haben ein Volkshaus, und uns will man es verſagen?! Wollen Sie uns verderben?! Wollen Sie uns entgegentreten und uns hindern das zu erringen was Sie haben?! Wollen Sie uns tröſten mit armſeligen, jämmerlichen Hoffnungen, die nur Kinder täuſchen können?! Wollen Sie uns entgegentreten in einem Augenblicke, wo wir das Vaterland retten wollen, daſſelbe Vaterland das noch Ihr Vaterland iſt und es, will es Gott, bleiben ſoll bei einer neuen Entwickelung der Verhältniſſe?! Wollen Sie dieſem Vaterlande verwehren ſich zu retten auf dem einzigen Wege, auf dem die jetzige Mehrheit, wenn Sie abgeſondert ſind, überzeugt iſt, daß ſie die Rettung des Vaterlandes finden wird? Stehen Sie gegen uns?! — Aber Das ſage ich Ihnen: Sie knüpfen damit kein Band zwiſchen dieſen Ländern! — Das innerſte Gefühl der Entrüſtung über dieſe Miſſethat wird in Deutſchland herrſchen und re-

gieren" — „wir ſtehen vor Gott, dem Vaterlande und der Geſchichte; ſie wird die Namen aufzeichnen, die Namen derer, welche das Vaterland retteten, und derer, welche es verdarben!" (Stürmiſcher, anhaltender Beifall bis in die Linke hinein. Ziſchen von mehreren Seiten auf der Linken)

Zwei Oeſterreicher zeigten am folgenden Tage in Berufung auf die öſterreichiſche Reichsverfaſſung ihren Austritt an; von Würth und Arneth. „Meine Hoffnung und mein Wunſch", hieß es in der Austrittserklärung, „liegt darin, daß die künftigen Beziehungen zwiſchen Oeſterreich und dem übrigen Deutſchland ſo innig als irgend möglich geregelt werden mögen. Dafür in Oeſterreich zu wirken ſoll mir ſtets eine heilige Pflicht ſein."

Dies wurde mit außerordentlichem Beifall aufgenommen. Man erwartete zuverſichtlich, daß dieſer Schritt zahlreiche Nachfolge finden werde. Er fand ſie nicht. So wie man bei Welckers Uebertritt geſagt hatte: es iſt nur eine Stimme weniger! ſo ſagte man jetzt: nun ſind drei Stimmen weniger. Keine Rede verfing mehr.

Auf Welcker folgte von Radowitz. Er rieth zur Annahme des Welckerſchen Antrages. Das verjüngte Oeſterreich ſtehe da; man ſolle ihm ein verjüngtes Deutſchland an die Seite ſtellen. Sogar für Einſchluß des Wahlgeſetzes nach Vorſchlag des Verfaſſungsausſchuſſes hatte ſich dieſe Rechte des Weidenbuſches mit Radowitz an der Spitze entſchloſſen. Das war außerordentlich und machte großen Eindruck. Nur die na-

mentliche Beſtimmung des Kaiſers wollte dieſe Partei nicht eingeſchloſſen haben. „Nach eingegangener Erklärung", beſagte ihr Amendement, „ſämmtlicher Regierungen über ihren Beitritt wird die Wahl des Reichsoberhauptes erfolgen."

„Wir müſſen erſt zu größerer Uebereinſtimmnng unter uns ſelbſt gelangen", ſagte er in Bezug hierauf, „ehe wir auf eine zweifelhafte Ziffer geſtützt einen Namen hinausgeben in das deutſche Volk, und dieſen Namen jetzt in die verderblichſte und peinlichſte Alternative drängen. Ich glaube, daß, wenn nicht Alles täuſcht, eine ſolche Friſt die Wege nicht erſchweren, ſondern ebnen wird, was man auch dagegen ſagen möge. Wenn die öſterreichiſche Monarchie dem engeren Bunde nicht beizutreten vermag, ſo werden deren Abgeordnete aus dieſer Verſammlung ſcheiden wollen, wenn auch zum unvergänglichen Schmerze aller Theile." (Bewegung. Beiſtimmung.) „Die mittlern Staaten, wenn ſie die Grundlage des Bundesſtaates angenommen haben, werden ihre Anſichten über die Mittel, welche zum vorgeſteckten Ziele führen, ändern müſſen. Während Preußen jetzt daſteht, gerufen von den Einen und zurückgewieſen von den Anderen, welches das Eine nicht geſucht, das Andere nicht verdient hat, (Beifall) ſo wird es dann ſeine natürliche Stellung da finden, wohin es durch eine ſchwankende Majorität dieſes Hauſes allein nicht gewieſen werden kann."

Solcher Vorſchlag konnte dem Könige von Preußen die Stellung weſentlich erleichtern, und wäre deshalb Manchem

auch im Centrum erwünſcht geweſen. Für die Reichsverſammlung war er nicht mehr annehmbar. Ganz abgeſehn von der einmal angenommenen und ſtandhaft behaupteten Poſition in Sachen der deutſchen Souverainetät, eine Poſition, die in der zwölften Stunde nicht ohne Lebensgefahr von der Verſammlung gewechſelt werden konnte, worauf ſtützte ſich die Ausſicht auf Erfolg in dem Radowitzſchen Vorſchlage? Auf den Austritt der Oeſterreicher, auf die Zuſtimmung Oeſterreichs zum Bundesſtaate. Jenes erwies ſich nachgerade als ſehr unwahrſcheinlich; dieſes ſtand nach allen Vorgängen nicht zu erwarten. Traten aber die Oeſterreicher nicht aus, ſo änderte ſich das Stimmenverhältniß nicht, und das Parlament laſtete ſich die unlösbare Verwickelung auf: mit einer unentſchiedenen Mehrheit durch unabſehbare diplomatiſche Verhandlungen noch wer weiß wie lange zu laviren, und in vereinzelten Schiffbrüchen ſich jämmerlich ohne irgend einen abſchließenden Akt zu Grunde zu richten. Während es jetzt wenigſtens einen abſchließenden Akt gewinnen konnte. Was iſt er werth?! rufen ſpöttiſch die Gegner. Unermeßlich Viel! heißt hierauf die Antwort. Dieſe Gegner haben ihn noch lange nicht ermeſſen, wenn ſie ihn auch Jahre lang mit faktiſchem Erfolge leugnen können.

Uebrigens muß Radowitz zur Ehre nachgeſagt werden, daß er ſich nicht nur mit fein abgemeſſenen logiſchen Schritten dieſem der Majorität ſo nahen Ausgangspunkte genähert, und ſich alſo in die Lage gebracht hatte ein Mögliches zu unter-

ſtützen, ſondern daß er auch, einmal auf dieſen Punkt gelangt, dies Mögliche von nun an ſtandhaft, fein, ruhig vertreten, und in den gefährlichſten Augenblicken gerettet hat — bis jetzt *). Die Zukunft wird lehren, ob der deutſche Bundesſtaat ihm großen Dank ſchuldig iſt.

Ich muß das Zeugniß ablegen, daß er früher ſchon, ehe noch die allein mögliche Form ſo klar herausgearbeitet war, dieſen abweichenden Punkt, auf welchem er jetzt beim Welckerſchen Antrage beharrte, im Privatgeſpräche unerſchütterlich betonte. Während einer der erwähnten Soiréen beim Reichsverweſer, wo er in ordensfeindlicher Zeit ſtolz mit ſeinem ſtrahlenden Ordensſterne zu erſcheinen pflegte, gab er ſich die Mühe, mir mit einer an ihm ungewöhnlichen Lebhaftigkeit auseinander zu ſetzen: daß der König von Preußen niemals auf einen ſolchen einfachen Beſchluß der Paulskirche eintreten könne und werde. „Das würde ich Verwegenheit von Seiten der Paulskirche nennen", ſagte er damals wie heute, und er ſetzte ſogar heute öffentlich hinzu: „um kein anderes Wort zu gebrauchen."

Was er außerdem in jener letzten Rede — es waren die letzten beachteten Reden! — ausſprach, das verdient feſtgehalten zu werden: „Der Verfaſſungsentwurf iſt auf geſetzlichem Wege zu Stande gekommen, er hat in den weſentlichſten Theilen vielſeitige Zuſtimmung gefunden, er kann nie

*) Herbſt 1849.

direkt oder indirekt beseitigt, oder durch Machtsprüche ersetzt werden. Wer für den Ausgang unsrer Wirren einen solchen Gedanken hegte, dessen Vermessenheit könnte nicht tief genug beklagt werden." —

Was war denn nun solchen Rednern, an die sich Waitz, Beseler von Schleswig, jetzt in letzter Stunde auch Herr von Wydenbrugk und von noch weiter links Reh von Darmstadt anschlossen, an die sich ferner Bauer von Bamberg in wohlthuender Einfachheit, Zittel aus Baden mit dem körnigen, tief wahrhaftigen Ausdrucke der Ueberzeugung und Nothwendigkeit anreihten, für welche zuletzt noch Gagern und Riesser mit der ganzen Hingebung ihrer edlen Naturen eintraten, was war ihnen denn entgegen zu halten? So wenig, daß man sich immer und immer verwundern muß, wie auf solche Motivirung hin Jemand Nein sagen konnte, Die Motivirung that es eben nicht mehr. Es war gleichgültig was Herr Vogt, Eisenmann, Raveaux, Moritz Mohl schwatzten. Sie schwatzten Alle nach allen Richtungen, da die scharf gestellte Frage ihnen unbequem war. Sogar Ludwig Simon erging sich nur in Rekriminationen, die zu gar nichts helfen konnten, und Herr Berger versicherte zum hundertsten Male: es sei ja absolut gleichgültig was die österreichische Regierung sage oder thue. Er und die Seinigen seien Oesterreich. Herr von Hermann nur, welcher so eben glorreich von Wien zurückgekommen war, blieb konsequent im Unglaublichen und behauptete wie bei Malmoe: ei, es geht auch so! Und nun entwickelte

er zum Troſt derer, welche frühſtücken gehn wollten, die Zolleinheit mit Oeſterreich. Damit nichts fehle ſprach auch Herr Buß gegen den Welckerſchen Antrag.

Die Unwirkſamkeit dieſer Reden, die durchgreifende, fortreißende, um und um ſiegreiche Wirkung dagegen aller derer, welche für den Welckerſchen Antrag ſprachen, war ſchlagend. Ich glaube, ſie wurde auch von den Gegnern des Welckerſchen Antrags nicht bezweifelt. Natürlich war es alſo, daß man ſich mit der Sage trug: die von Gagern oft angekündigte allgemeine Erhebung der Verſammlung zu einem der Einmüthigkeit nahe kommenden Entſchluſſe werde hierbei noch zu Stande kommen, wie es einſt annähernd bei der Abſtimmung über die proviſoriſche Centralgewalt geſchehen; die Linke namentlich werde ſich in ihren beſſeren Elementen dazu ermannen, und ein großer Theil der Oeſterreicher werde ſich der Abſtimmung enthalten. Das war eine Illuſion. Die Sorge für das Ganze war in den Parteileidenſchaften zu tief untergegangen. Die Bundesſtaatlichen waren in ſolchen Erwartungen zu ſanguiniſch, weil in ihnen der Drang nach einer geſchloſſenen Einheit am Stärkſten, ihnen alſo auch der Gedanke am Nächſten lag: daß man für irgend eine geſchloſſene Einheit die größten Opfer, auch das Opfer des Lieblingsgedankens bringen könne. In dieſem Sinne wurde unter ihnen im kleineren Kreiſe mehrmals während gefährlicher Zeitpunkte, während der Zeitpunkte, wo für Nichts eine Mehrheit erreichbar ſchien, ſorgenvoll erörtert: ob es nicht Pflicht ſei,

die Gegner nur zu irgend einem feſten Vorſchlage zu veranlaſſen und dann dieſem Vorſchlage beizutreten. In ſolcher Folgerung blieb der Gedanke immer ein müßiger, weil er ein bloß ſentimentaler war, weil er ein Verrath an Dem war, was man für richtig hielt, und was ja eben ein ganz poſitiver Plan war, nicht bloß eine Verneinung. Ganz gewiß wäre es ein Verrath geweſen ſo lange eben nicht der Fall eintrat, daß der poſitive Plan zur abſoluten Unmöglichkeit geworden. Das Sentimentale hierin aber iſt ein Fingerzeig: daß der Drang nach Einheit in dieſer Partei über Alles ſtark, edel und uneigennützig war, und daß die Mehrheit dieſer Partei ſich unzweifelhaft für Oeſterreich erklärt hätte, wenn Oeſterreich in der Lage Preußens geweſen wäre eine geſchloſſene Einheit für Deutſchland zu ermöglichen, und wenn ein Welckerſcher Antrag unter den vorliegenden Umſtänden für die Berufung Oeſterreichs zur deutſchen Kaiſerkrone eingebracht worden wäre.

Himmelweit entfernt von dieſem Standpunkte waren die zuſammen gewürfelten Gegner. Der Weidenbuſch hoffte zum Beiſpiele, es werde ein Führer der Weſtendhalle, Heinrich Simon, in dieſem entſcheidenden Augenblicke ſich der einzigen Möglichkeit eines Abſchluſſes anſchließen mit ſeinen Genoſſen. Nicht weil er ein Preuße war, nein, das war man gewohnt, daß eine Anzahl Preußen hartnäckig gegen das preußiſche Kaiſerthum ſtand. Aber weil er doch von Hauſe aus zu dem liberalen Gedankenkreiſe der Bundesſtaatlichen gehört hatte,

und nur im Parlamente, wahrſcheinlich um eine Führerſchaft im kleineren Zirkel zu gewinnen, weiter links gegangen war. Er ſtürzte auch eiligſt herbei von Berlin, wo er bei Einbringung des Welckerſchen Antrags geweſen, er ſtürzte herbei — um ſich wichtig zu machen, um zu feilſchen und zu ſchachern bei ſolcher Gelegenheit, welche er wie einen Ausverkauf anſah. Eiligſt und vollſtändig ſetzte er zu, was er etwa noch zuzuſetzen hatte an Reputation eines beachtenswerthen politiſchen Charakters. Mit Ekel wird die Geſchichte des erſten deutſchen Parlamentes hinweiſen auf ſolches Schacherweſen in großartig mahnender Stunde des Vaterlandes. Er hatte die Dreiſtigkeit, mit zehn Stimmen hinter ſich, der Weidenbuſchpartei am 19. März des Abends ſchriftlich folgende Transaktion anzuſinnen: 150 Mitglieder des Weidenbuſches ſollten ſchriftlich erklären, das Anerbieten der deutſchen Krone an Preußen ſei als ein definitives zu betrachten, als ein unabänderliches. Wenigſtens dürfte von Modifikationen oder Zugeſtändniſſen, die etwa ſpäter noch verlangt würden, ohne ſie, das heißt ohne Zuſtimmung dieſer Simoniſchen Zehnmänner, nicht die Rede ſein. Paragraph Eins ferner ſollte hergeſtellt werden, wie er in erſter Leſung beſtimmt worden, ſo daß Deutſchlands Recht auf die deutſch-öſterreichiſchen Provinzen ausgeſprochen bleibe. Das abſolute Veto ferner, welches der Verfaſſungsausſchuß für dieſe zweite Leſung wiederum vorgeſchlagen hatte, ſollte wiederum wie bei der erſten Leſung in's ſuspenſive verwandelt werden. — Statt der öffentlichen Abſtimmung endlich bei

den Wahlen ſollte die geheime Stimmabgebung, wie in erſter Leſung des Wahlgeſetzes beſtimmt worden ſei, wiederhergeſtellt werden. (Hierfür hatte ſich auch Welcker auf der Tribune erklärt.)

Es brach nach dieſer Mittheilung im Weidenbuſchſaale lebhafte Entrüſtung aus, und man ging über dieſe Vorſchläge einer Transaktion ohne Diskuſſion zur Tagesordnung über.

Die Stimmen dieſer venetianiſchen Zehnmänner verblieben ſomit den zehnerlei Fraktionen der Verneinung. Es ſollte ihnen der Ruhm bleiben, auch nicht die dürrſte Abſtraktion der ſo unerhört ſchweren Lebendigwerdung eines deutſchen Bundesſtaates geopfert zu haben.

Stand es ſo mit dem dürren Holze der Linken, was durfte vom grünen erwartet werden! Man hat es beklagt, daß Gagern gerade bei dieſer letzten großen Rede ſo grimmige Keulenſchläge gegen die Linke gerichtet, und dadurch vielleicht Stimmen abgewendet habe. Das iſt ſchwächlich gedacht und irrig vorausgeſetzt. Wenn auch die Freieren unter den Linken wie Löwe von Kalbe ſich lebhaft beklagten nach der Gagernſchen Rede, ſie hätten auch nach einer ſanften Rede nicht anders geſtimmt. Sie waren völlig unzugängliche Doktrinairs geworden mit rieſengroßen Scheuledern an beiden Augen. Das Vaterland lag gar nicht mehr in ihrem Geſichtskreiſe. Gagern hatte gar keinen weiteren Einfluß mehr auf ſie als den der Züchtigung. Dieſe verdienten ſie überhaupt, denn ſie hatten in erſter Linie das erwartete Werk des Parlamentes unter-

graben. Dieſe verdienten ſie in dieſem Augenblicke durch freches Betragen, welches auch die Feierlichkeit des wichtigſten vaterländiſchen Momentes nicht mehr verſchonen konnte. Es war von größerer ſittlicher Wirkung, daß dieſer rohe Unpatriotismus im feierlichen letzten Augenblicke noch mit Schlägen der Entrüſtung zur Seite und in den Winkel geworfen wurde wohin er gehörte, als daß ihm geſchmeichelt worden wäre. Das ſtärkt die Seele, auch in der Niederlage.

Gagern rechnete ab mit den Linken und mit den Partikulariſten, indem er auf die Zeiten vor dem Vorparlamente zurückging. Wie habe es denn da gelautet in Süddeutſchland, als die „Wühlereien" noch nicht eingetreten waren? Wie habe es gelautet zu Heppenheim und zu Heidelberg? Es hätten ſich allerdings abweichende Anſichten geltend gemacht. „Es waren darunter Solche, die ſich damals ſchon zur Staatsform der Republik offen bekannten. Andere, welche die Monarchie und zwar das Erbkaiſerthum wollten, und damals ſchon das Bedürfniß der Löſung" (Preußen an der Spitze) vorausſahen, wie es jetzt vorliegt. Man vereinigte ſich; und Diejenigen, die ihrer Ueberzeugung nach die republikaniſche Form für die vorzüglichere hielten, in jener Verſammlung kamen ſie damals mit den Anderen überein: daß ſie dieſe ihre Ueberzeugung dem von ihnen als überwiegend anerkannten entgegenſtehenden Willen der Mehrheit des Volkes unterzuordnen hätten" — „Jenes Wort iſt nicht gehalten worden!" (Unruhe auf der

Linken: Von wem nicht?) „Von allen denen nicht, die ſeitdem offen für die Republik wirken!“

Die Linke gerieth außer ſich, und wollte Namen hören. Der Name Heckers wurde ihr ſogleich gewährt.

Damals, fuhr Gagern fort, habe die ſpäter erſt gemachte Antipathie gegen ein preußiſches Kaiſerthum nicht beſtanden, und wenn man ſich immer auf die Märzbewegung berufe, ſo ſolle man ſich ſein hieran erinnern laſſen. Er las nun das Programm vor, welches damals ſein Bruder Max den ſüddeutſchen Regierungen vorgelegt, und welches deren Zuſtimmung erhalten. Auch die der würtembergiſchen und des Königs von Würtemberg. Auch der König von Würtemberg habe dem Könige von Preußen die oberſte Leitung zu übergeben ſich entſchloſſen, vorausgeſetzt, daß Preußen eine konſtitutionelle Verfaſſung wie die ſüddeutſchen Staaten erhalte.

Warum es jetzt ſo anders klinge? Er wies alle vorgeſchützten Erklärungsgründe in ihrer Blöße nach, und in Betreff der konfeſſionellen ſagte er unter donnerndem Beifalle des Hauſes: „Ich achte den religiöſen Sinn in jedem Volke; ich bin aber durchdrungen davon, daß die große Maſſe des Volkes in Deutſchland, deſſen vorzügliche Tugend in Toleranz beſteht, von keinerlei religiöſer Antipathie beſeelt iſt, und daß, wenn ſolche Antipathieen aufgeſtachelt werden, es gewiß mehr das Produkt der Thätigkeit Gebildeter iſt, welche ſich damit abgeben und abmühen“. Aus dem rauſchenden Beifall drang der Ruf hervor: Wo iſt denn Herr Buß?

Nein, ſagte Gagern, es iſt der Partikularismus, welcher ſich jetzt auflehne gegen den Bundesſtaat mit erblichem Oberhaupte. Wie ſei es denn auf dem Wiener Kongreſſe geweſen? Alle kleineren Staaten hätten wie jetzt das erbliche Kaiſerthum gefordert. Die Mittelreiche und Oeſterreich, obwohl es ſelbſt damals zur Oberhauptswürde berufen worden, hätten widerſtrebt und abgelehnt. Diejenigen Mittelreiche — nicht Preußen! — haben widerſtrebt, welche auch heute widerſtreben unter Vorſchützung aller möglichen Gründe, die mittleren Reiche, deren heutige Größe und Bedeutung aus der Auflöſung des deutſchen Kaiſerreichs hervorgegangen iſt.

Ach, was half der Nachweis, was halfen Beweiſe auf Beweiſe, wo man überführt werden konnte und doch nicht nachgeben wollte. Wie ſprach Rieſſer zum Schluß als Berichterſtatter des Ausſchuſſes! Unerſchöpflich, ſtundenlang, jeden Widerſpruch erörternd und auflöſend, jeden Widerſpruch verſöhnend! So war gar noch nicht geſprochen worden als in dieſer Rede, welche denn auch die letzte Rede des Parlamentes ſein ſollte. Die Thränen ſtürzten uns aus den Augen, als er an den Schluß kam zu ſeiner urchriſtlichen, hinreißenden Entſagung, welche den Barbaren beſchämen mußte, als er mit ſeiner rührenden Stimme zu den Oeſterreichern ſprach: ſie möchten uns den deutſchen Staat nicht zerſtören, unſertwegen und ihretwegen nicht zerſtören! als er fragte: was denn zu thun ſei, wenn wiederum das Nein ſiege, wenn wiederum dem deutſchen Patrioten die letzte Hoffnung verneint

würde? Was zu thun sei? Und als er sich fassend ruhig antwortete: Nicht verzweifeln! „Die Behaglichkeit mit der jetzt manchmal Buben am Geschicke des Vaterlandes verzweifeln gehört zu den widrigsten Erscheinungen der Gegenwart. — Nein, wir wollen nicht ermüden, wie sehr auch unsere Hoffnungen gesunken sein mögen, Paragraph für Paragraph mit treuer Arbeit wie Sandkorn auf Sandkorn nach dem Worte des Dichters zu dem Bau der Ewigkeiten zu tragen. Wir werden, wenn der Stein, den wir dem Gipfel nahe glaubten, sich abermals herabwälzt, und mit „Donnergepolter" zu unsern Füßen niederfällt, wir werden ihn immer von Neuem heben und emporzuwälzen suchen und in duldender Arbeit beharren bis der erwachende Genius des Vaterlandes die Fessel bricht, und uns von der Qual vergeblicher Arbeit erlöst". Es war ein Sturm von Beifall, der unter Thränen hervorbrach. Wie Viele weinten heiße Thränen! Wie Viele und darunter die besten Männer eilten dem herabsteigenden Riesser entgegen und stürzten ihm in die Arme, und herzten und drückten ihn.

Alles wirkungslos auf die Gegner. Auf der Linken war man so roh, so herzlos für die Sache, daß man auch diese Rede, diese Rede Riessers durch Schlußrufen unterbrach und zu schwächen suchte. Es war keine Gemeinschaftlichkeit, kein gemeinschaftliches Ziel möglich mit dieser entseelten Parteiung.

Dennoch herrschte der allgemeine Glaube, auch bei den Gegnern, die Abstimmung müsse für den Welckerschen Antrag ausfallen. So groß war der moralische Eindruck, daß

Niemand mehr an dem Siege des Bundesstaates zu zweifeln wagte. Auch Radowitz erklärte, daß er auf sein Amendement verzichten und für den Ausschußantrag stimmen werde.

Welch ein Schlag, als der Antrag der Gegner auf Uebergang zur Tagesordnung nur mit fünf Stimmen abgelehnt wurde. Dies Resultat brachte die überfüllte, bis dahin todtenstille Kirche in fiebernde Bewegung auf welche wieder plötzliche Stille folgte. Diese fünf Stimmen waren ein furchtbares Anzeichen. Fünfhundertneununddreißig Abgeordnete! Welch eine Zahl! Wie viel Vergessene waren da aus vergessenen Winkeln herzugekommen! Und wenn so viele für das Aergste, für Uebergang zur Tagesordnung bei einem solchen Antrage stimmen konnten, da mußte alle Hoffnung sinken.

Eine Stunde später war jede Hoffnung vernichtet. 252 hatten für den Antrag, 283 gegen ihn gestimmt. Er war mit 31 Stimmen Mehrheit verworfen.

Dies geschah in der dritten Stunde Nachmittags Mittwoch den 21. März.

9.

Jener große Saal im Weidenbusche, welcher die Bundesstaatlichen zu versammeln pflegte, wie er zur Zeit des Vorparlamentes die erste allgemeine Zusammenkunft und dann vorzugsweise die Zusammenkunft der Nichtrepublikanischen

geſehen hatte, er ſah an jenem Mittwoch-Abende die traurigſte Geſellſchaft. Sie glich einem geſchlagenen Heere, welches eine Niederlage nicht erwartet hat und nicht dulden will. Ohnedies war dieſer weite leere Raum, ungenügend beleuchtet und nur mit den dürftigſten Mitteln für eine parlamentariſche Geſellſchaft verſehen, ziemlich wüſt und unbehaglich.

An jenem Abende gruppirte man ſich im verſchiedenartigſten Sinne, wie es bei drohendem Eintritte einer Auflöſung zu geſchehen pflegt. Die Verzweiflung wollten zwar nur Wenige eingeſtehn und doch ſaß ſie am Herzen einer Partei, welche nur das Verlangen eines ſtarken Bundesſtaates gemeinſchaftlich hatte, über die Mittel zur Herbeiführung aber und über die Beſtandtheile deſſelben von verſchiedenartiger Anſchauung geleitet war. Das gemeinſchaftliche Ziel ſchien der Coalition gegenüber unmöglich, was ſollte, was konnte nun geſchehn? Wozu die Verhandlung fortſetzen in einem Parlamente, riefen Einige, welches kein poſitives Ergebniß haben kann! Von mehr denn hundert Oeſterreichern wird doch zur Lüge gemacht, es mag beſchloſſen werden was da will. Denn wem darüber noch ein Zweifel beſtanden hat, ob Oeſterreich ſich unſern Verfaſſungsparagraphen bequemen könne, dem iſt er ja doch jetzt ſeit Verleihung der öſterreichiſchen Centralverfaſſung benommen worden. Wozu alſo ſolch eine auf Nichts hinauslaufende Votirung fortſetzen!

Beſonders Henkel von Kaſſel drang darauf, jetzt müſſe die Trennung durchgeſetzt werden. Er hatte ſchon in der Kam-

mer des Kurfürſtenthums Heſſen auf Entfernung der Oeſterreicher aus der deutſchen Reichsverſammlung gedrungen. Jetzt wies er unter vielfacher Zuſtimmung nach, wie Recht er gehabt und wie unerläßlich dieſer Schritt geworden.

Unterdeß war auch die Nachricht gekommen, daß das Miniſterium Gagern ſeine Entlaſſung eingereicht habe, und man ſetzte hinzu, der Erzherzog Reichsverweſer werde ſie als öſterreichiſcher Prinz bereitwillig annehmen und ein dem deutſch-kaiſerlichen Bundesſtaate feindliches Miniſterium einſetzen. Wozu, rief der kleine, ſtrenge Scheller, das Mitglied des Verfaſſungsausſchuſſes, wozu weiter berathen, weiter verhandeln!? Die, welche ein Poſitives wollen, werden immer und immer wieder überſtimmt werden, und wir werden obenein auf der Miniſterbank ein öſterreichiſches Miniſterium haben. Machen wir ein Ende! Ich ſehe nur noch Heil in der Gründung eines norddeutſchen Bundesſtaates unter Preußens Aegide.

Bravo! Bravo! riefen Einige; Nein! Nein! riefen Andere.

Ich weiß ja, fuhr Scheller fort, was ſich dagegen ſagen läßt! Mir ſelbſt blutet das Herz, wenn ich an die Nothwendigkeit ſolch einer Trennung denke Aber für jetzt und unter ſolchen Umſtänden müſſen wir die Süddeutſchen gehen laſſen. Sie werden ſich, ſo Gott will, wieder zu uns finden. Jetzt und zuerſt muß das Sichere und das Mögliche ergriffen werden. Ein ganzes einiges Deutſchland iſt jetzt unmöglich. So

möge denn ſtatt deſſen ein ſtarkes Preußen den Kern eines norddeutſchen Bundesſtaates bilden!

Da war alſo das gefürchtete Wort zum erſten Male von erhöhtem Orte bei voller Verſammlung ausgeſprochen in grimmiger Stunde der Noth, als das Ideal der That nach längſt ſchon beſudelt und zerriſſen war.

Die Aufregung ſchlug nun ein Wort gegen das andere, wie die Welle gegen die Welle, als ob Ebbe uud Fluth gleichzeitig eingetreten wäre. Rede auf Rede zerſchellte gegen ſolchen Vorſchlag, welcher die ſofortige Möglichkeit eines deutſchen Staates allerdings für ſich hatte. Da erſchien Gagern auf dem erhöhten Rednerplatze und ſprach dagegen.

Allerdings habe das Miniſterium ſeine Entlaſſung eingereicht. Es ſei nöthig geweſen, da ſich bei dem partikulariſtiſchen Egoismus der meiſten mittleren Staaten die Centralgewalt faſt ausſchließlich auf Preußen habe ſtützen müſſen, Preußen aber nach dem heutigen Beſchluſſe ſchwerlich geneigt bleiben werde, die Centralgewalt fernerhin zu halten. Ein neues Miniſterium möge zuſehn, ob es etwa mit öſterreichiſcher oder bairiſcher Hilfe regieren könne. Das bisherige Miniſterium könne nach dem heutigen Beſchluſſe ſein Programm nicht inne halten, und habe auch deswegen zurücktreten müſſen.

Das Wichtigſte von alle dem aber iſt, fuhr er fort, daß wir unſer Werk, die Einheit Deutſchlands zu ſchaffen, dennoch nicht aufgeben. Dies wäre ein unermeßliches Unglück für die Nation. Man irre ſich auch in der Vorausſetzung: es

könne Preußen in Zukunft für ſich und ohne Deutſchland fortbeſtehn. Wir Alle ſind ſchwach, wenn wir nicht zuſammenhalten. Ich beſchwöre Sie, wenden Sie Ihren ganzen Einfluß auf, daß Keiner ſeinen Platz verlaſſe. Laſſen Sie uns zuſammenhalten bis unwiderleglich die Ueberzeugung eintritt, daß nichts mehr zu erreichen iſt.

Noch ſei es nicht ſo weit, und die Nation werde jetzt treiben. Man ſolle auch dem unwillkommenen Miniſterium den Gehorſam nicht verſagen, man ſolle es unterſtützen, ſo weit es die Regierung im wahren Intereſſe des Vaterlandes führen könne und wolle. Man muß nicht verzweifeln, ſchloß er, bei augenblicklichen Unglücksfällen! Das wäre nicht politiſch, nicht patriotiſch. Halten wir feſt, halten wir geſchloſſener zuſammen als je!

Ebenſo mahnte Welcker, ebenſo Beſeler, der eine vorgeſchlagene Anſprache an die Nation bekämpfte. Dieſe weiß, rief er, was vorgeht. Nicht Worte erwartet ſie, ſondern Handlung. Bleiben wir, handeln wir nach Kräften.

So faßte man ſich, und kam auf Rieſſers Wort zurück, unverdroſſen Paragraph auf Paragraph, Sandkorn auf Sandkorn wiederum zum Bau der Ewigkeiten zu tragen. Unter den Gegenanträgen zum Welckerſchen Antrage, welche noch zur Abſtimmung vorlagen, waren in der jetzigen Lage zwei von Bedeutung.

Einer von Heckſcher mit dem ſiebenköpfigen Direktorium bildete während dieſer Scenen im Weidenbuſche bei der Coa-

litionspartei die Aussicht auf morgen. Auf diesen Vorschlag suchte man sich dort zu einigen. Man machte also in derselben Bahn wie vor einigen Wochen den Versuch ein Positives zu gewinnen, obwohl man bereits genau wußte, daß auch Dies von Oesterreich abgelehnt würde. Natürlich riß sogleich das Coalitionsband, und einige Mitglieder der Linken traten sofort zurück. Es war aber doch nicht unmöglich, daß man eine Majorität zusammenbrächte, um nur endlich einmal den schweren Vorwurf bloßer Verneinungsfähigkeit los zu werden.

Diesen Plan erfuhr man im Weidenbusche, und hier vereinigte man sich auf einen ganz formellen Gegenantrag, welchen die Linke unter dem Namen Eisenstucks dem Welckerschen Antrage entgegen gestellt hatte. Er enthielt nur ein sehr wirksames Abkürzungsverfahren für die zweite Lesung. Eigentlich mußte ja doch die Linke morgen für ihn stimmen, und wenn der ganze Weidenbusch dazu trat mit seinen 250 Stimmen, so war ihm die Mehrheit sicher, und es war alsdann wenigstens die so lange bestrittene zweite Lesung und zwar in abgekürztester Form errungen trotz der Niederlage des Welckerschen Antrages. Das Ganze war nicht gewonnen, aber ein kurzer Weg zum Ganzen. Man wäre alsdann doch im Verhältniß zur Lage *vor* dem Welckerschen Antrage ungemein vorwärts gekommen.

So standen die Dinge, als die Sitzung am 22. Mdrz begann. Die Stimmung wird am Deutlichsten bezeichnet durch

eine Erklärung, welche an dieſem Tage der Abgeordnete Wiethaus einreichte. Sie lautete folgendermaaßen:

„Abgeſehn von allen ausdrücklich gegebenen, wie ſtillſchweigends mit Pulver und Blei vollzogenen, die Neugeſtaltung Deutſchlands gänzlich desavouirenden früheren Erklärungen der öſterreichiſchen Regierung, hat dieſelbe den geſammten öſterreichiſchen Landen nunmehr eine einheitliche Verfaſſung in der Art gegeben, daß dadurch die deutſch-öſterreichiſchen Lande von aller Theilnahme an der Neugeſtaltung Deutſchlands ausgeſchloſſen ſind. — So lange dieſe Verfaſſung beſteht, ſo lange ſie namentlich von dem Volke der deutſch-öſterreichiſchen Lande ausdrücklich oder ſtillſchweigends anerkannt bleibt, ſo lange iſt und bleibt auch das von dem Volke der deutſch-öſterreichiſchen Lande zur deutſchen Reichsverſammlung unter andern Umſtänden und unter andern Vorausſetzungen ertheilte Mandat ſtillſchweigends erloſchen.

„In Erwägung nun, daß die öſterreichiſche Verfaſſung von dem öſterreichiſchen Volke bis jetzt ſtillſchweigends anerkannt iſt, die Oeſterreicher, Herr von Schmerling und deſſen Conſorten aber bei ebenſo ſtillſchweigend als ſelbſtredend erloſchenem Mandate des Volks dennoch und wider Erwarten an der Abſtimmung über den Welckerſchen Antrag Theil genommen haben;

„In Erwägung, daß dieß unlegitimirt rechtswidrig geſchehen iſt;

„In Erwägung, daß nach Abzug der rechtswidrig abge-

gebenen 102 österreichischrn Stimmen dem Hause Hohenzollern die deutsche Kaiserwürde mit 252 gegen 181 Stimmen, also mit einer absoluten Majorität von 71 Stimmen erblich bereits wirklich übertragen ist;

„In Erwägung, daß dieser Beschluß alle und jede weitere Abstimmung über eventuelle Anträge ausschließt;

„In Erwägung, daß die hohe Versammlung aber dennoch zu solcher überzugehn beschlossen und dadurch die Abänderung jenes Beschlusses in die Hände der mit von Schmerling und dessen Consorten verbundenen Minorität gelegt hat:

„protestirt der Unterzeichnete seinerseits gegen alle weitere Abstimmung über die gedachten eventuellen Anträge, und erklärt, daß er sich aller und jeder Theilnahme an denjenigen Verhandlungen enthalten wird, die nicht auf die Ausführung des Beschlusses gerichtet sind, der dem Hause Hohenzollern die erbliche Kaiserwürde übertragen hat, und daß er endlich zu diesem Behufe und so lange sein Mandat niederlegt."

Andere, zum Beispiele Kerst, waren mit ähnlichen Erklärungen unterwegs und nahmen sie nur in Folge des gestrigen Beschlusses im Weidenbusche zurück. Die Ironie der Verhältnisse wurde hierbei dadurch recht offenbar, daß die Bundesstaatlichen solchergestalt noch eine Stimme verloren, weil Wiethaus für die nun eintretende weitere Verhandlung sein Mandat niedergelegt.

Damit denn auch über die stillschweigende und selbstredende Anerkennung der österreichischen Verfassung kein Zwei-

fel übrig bleibe wurde in dieſer Sitzung noch eine Abſtimmung vollzogen, ob dieſe Verfaſſung unverbindlich ſei für die deutſch-öſterreichiſchen Lande und deren Verhältniß zum deutſchen Reiche. An funfzig Oeſterreicher ſtimmten mit Nein, erklärten alſo: die öſterreichiſche Verfaſſung iſt verbindlich für uns — und dennoch wollt Ihr, rief man jetzt mit erneuter Heftigkeit, über einen deutſchen Bundesſtaat beſtimmen, von welchem Ihr Euch ſelbſt hiermit für ausgeſchloſſen erklärt?! Wollt beſtimmen, ſetzten die Heftigſten hinzu, über Neugeſtaltung deutſcher Bundesverhältniſſe überhaupt, während Ihr einräumt, daß ſelbſt die alte Bundesakte keine Bedeutung für Euch habe. Denn dieſe alte Bundesakte ſogar iſt ja aufgelöſ't durch Eure neue heimathliche Verfaſſung, welche Ihr ſo eben anerkannt habt. Aber in welcher nicht bloß moraliſchen, in welcher rechtlichen Stellung ſeid denn wenigſtens Ihr Fünfzig noch hier?!

All das war erſchöpft; die Nerven dafür waren abgeſtumpft, da doch ein Beſchluß in dieſer Frage nicht herausgefordert werden konnte. Die coaliſirten Parteien würden hierbei die Mehrheit behauptet und die Oeſterreicher gehalten haben, weil ſie ſelbſt ohne dieſelben in grelle Minderheit geſunken wären

Die lebendige Frage des Augenblicks war der Heckſcherſche Antrag und der Eiſenſtuckſche. — Letzteren ließ der Antragſteller fallen, um jenem behilflich zu ſein. Heckſcher ſelbſt, der ſo lang Verſchollene, verſuchte wieder einmal von der

Rednerbühne unter advokatiſchen Quergängen ſeinen Antrag an die Reihe zu bringen, fand aber in der viel größeren dialektiſchen Kraft Simſons einen furchtbaren Gegner, der ihn ſo ſchneidend und ſchlagend beſeitigte, daß kein weiterer Widerſpruch aufzutauchen wagte. Der verdrießliche Exminiſter war nur von Neuem aufgetreten, um Augenblicks von Neuem unter einem kläglichen Fiasko zu verſchwinden. Der, von der Weidenbuſchpartei wieder aufgenommene, Abkürzungsantrag des Herrn Eiſenſtuck erhielt eine Majorität von 36 Stimmen, und ſo war man über Leichen und Trümmer hinweg dennoch ſo weit gelangt, daß auf die Tagesordnung geſetzt wurde: Zweite Leſung der Verfaſſung!

Man hatte dafür Sitzung an jedem Tage, doppelte Sitzung an jedem Tage, und ein ſo ſummariſches Abkürzungsverfahren gewonnen, daß man binnen einer Woche am letzten Paragraphen anlangen zu können hoffen durfte. Im Vergleich zu früher hatte man alſo dennoch außerordentlich gewonnen durch den Welckerſchen Antrag, denn nur in deſſen drängendem Gefolge waren all ſolche Zugeſtändniſſe auf beſchleunigten Abſchluß erobert worden.

Noch mehr war gewonnen. Die Nation war aufgeweckt worden von Neuem für die Paulskirche. Die endlich nahe gebrachte Vollendung des langen, ermüdenden Werkes hatte tauſend ſchweigſam Gewordene wieder zum Reden gebracht. Von allerwärts her kam Zuruf und Ermunterung. Die Niederlage war nun plötzlich wieder ein gemeinſchaftliches Un-

glück. Die Standhaftigkeit des Weidenbuſches flößte erneutes Vertrauen ein auf dieſe ſo feſt geſchloſſene Phalanx für einen deutſchen Staat, ja in Frankfurt ſelbſt, in der ſüddeutſchen Stadt, wo doch die ſüddeutſchen Gäſte immer in Mehrzahl einkehrten, ging die öffentliche Stimme ganz mit den Bundesſtaatlichen, und die Zuhörerräume waren jetzt vorzugsweiſe von Solchen eingenommen, welche zu den Neu-Kaiſerlichen hielten. Das große Kontingent der Linken auch der oberen Galerie war gelichtet und unſicher, und die verneinende Coalition als ſolche fand nirgends Sympathie.

Im Einzelnen wieder gewinnen was im Ganzen nicht hat erreicht werden können! wurde die Looſung. Zu 252 ſicheren Stimmen iſt die Partei angewachſen. Langſam aber ſicher iſt ſie fortwährend gewachſen. Nur ſechzehn Stimmen fehlen ihr noch zur Mehrheit, und die Reſte von Weſtendhalle, welche ihren Genoſſen bis jetzt nicht hatten folgen mögen in den Weidenbuſch, ſie ſtanden ja doch principiell in der Einheitsfrage auf demſelben Boden wie der Weidenbuſch. Sie wollten ebenfalls kein Fürſtendirektorium, wollten ebenfalls ein poſitives Reſultat der Reichsverſammlung. Sie konnten ja die Mehrheit ſchaffen! Mehrere von der vereinigten Linken waren bei jener momentanen Vereinigung auf Heckſchers Direktorium ganz zurückgetreten von der Coalition, und waren jetzt in den „Braunfels“ gekommen, wo ſich die Reſte der Weſtendhalle verſammelten. Dieſe neuſte kleine Fraktion hatte den Ausſchlag in Händen, und ſie bekundete

jetzt den beſten Willen, in der Hauptſache mit dem Weidenbuſche zu gehn. Der Weidenbuſch ſelbſt war nur in der Einheitsfrage eine geſchloſſene Partei. Das war ja doch klar genug geworden, als ſelbſt die ſtarren Rechten unter herzlichem Beifall erklärt hatten, das Wahlgeſetz bei dem Welckerſchen Antrage mit in den Kauf zu nehmen; das machte man endlich zum Programme, welches nur ein erbliches, einheitliches Oberhaupt als unerſchütterliche Parteifrage feſtſtellte, welches aber in allem Uebrigen freie Bahn ließ. Für dieſe Partei war es ja doch eigentlich leicht, die fehlenden Stimmen zu erlangen. Wenn man ihr von der Gegnerſchaft zuletzt auch „Transaktion“ nachgeſagt, um in dieſem Vorwurfe eine kleine Entſchädigung zu haben für den Vorwurf unmoraliſcher Coalition, ſo iſt dieſe Nachrede doch gar ſehr auf das richtige Maaß zurückzudrängen. Uebergang unter verwandten Parteien, Ausgleichung unter denen, welche ein gemeinſchaftliches Ziel haben iſt ja der unerläßliche Hergang in allen Parlamenten, welche durchſchnittlich ohne ſolche Ausgleichung zu gar keinen poſitiven Mehrheitsbeſchlüſſen kämen. Hier im vorliegenden Falle war es aber nicht einmal eine Ausgleichung unter Parteien. Als Einheits-Partei durfte der Weidenbuſch die Leute im Braunfels zu ſich rechnen; ſie gehörten in der Einheitsfrage zu ſeinem Programm. Nur in Freiheitsfragen, namentlich das Veto und Wahlgeſetz betreffend, ſtimmten ſie mit vielen Männern des Weidenbuſches nicht überein. Mit vielen andern Männern des Weidenbuſches

glück. Die Standhaftigkeit des Weidenbusches flößte erneutes Vertrauen ein auf diese so fest geschlossene Phalanx für einen deutschen Staat, ja in Frankfurt selbst, in der süddeutschen Stadt, wo doch die süddeutschen Gäste immer in Mehrzahl einkehrten, ging die öffentliche Stimme ganz mit den Bundesstaatlichen, und die Zuhörerräume waren jetzt vorzugsweise von Solchen eingenommen, welche zu den Neu-Kaiserlichen hielten. Das große Kontingent der Linken auch der oberen Galerie war gelichtet und unsicher, und die verneinende Coalition als solche fand nirgends Sympathie.

Im Einzelnen wieder gewinnen was im Ganzen nicht hat erreicht werden können! wurde die Loosung. Zu 252 sicheren Stimmen ist die Partei angewachsen. Langsam aber sicher ist sie fortwährend gewachsen. Nur sechzehn Stimmen fehlen ihr noch zur Mehrheit, und die Reste von Westendhalle, welche ihren Genossen bis jetzt nicht hatten folgen mögen in den Weidenbusch, sie standen ja doch principiell in der Einheitsfrage auf demselben Boden wie der Weidenbusch. Sie wollten ebenfalls kein Fürstendirektorium, wollten ebenfalls ein positives Resultat der Reichsversammlung. Sie konnten ja die Mehrheit schaffen! Mehrere von der vereinigten Linken waren bei jener momentanen Vereinigung auf Heckschers Direktorium ganz zurückgetreten von der Coalition, und waren jetzt in den „Braunfels“ gekommen, wo sich die Reste der Westendhalle versammelten. Diese neuste kleine Fraktion hatte den Ausschlag in Händen, und sie bekundete

jetzt den beſten Willen, in der Hauptſache mit dem Weidenbuſche zu gehn. Der Weidenbuſch ſelbſt war nur in der Einheitsfrage eine geſchloſſene Partei. Das war ja doch klar genug geworden, als ſelbſt die ſtarren Rechten unter herzlichem Beifall erklärt hatten, das Wahlgeſetz bei dem Welckerſchen Antrage mit in den Kauf zu nehmen; das machte man endlich zum Programme, welches nur ein erbliches, einheitliches Oberhaupt als unerſchütterliche Parteifrage feſtſtellte, welches aber in allem Uebrigen freie Bahn ließ. Für dieſe Partei war es ja doch eigentlich leicht, die fehlenden Stimmen zu erlangen. Wenn man ihr von der Gegnerſchaft zuletzt auch „Transaktion“ nachgeſagt, um in dieſem Vorwurfe eine kleine Entſchädigung zu haben für den Vorwurf unmoraliſcher Coalition, ſo iſt dieſe Nachrede doch gar ſehr auf das richtige Maaß zurückzudrängen. Uebergang unter verwandten Parteien, Ausgleichung unter denen, welche ein gemeinſchaftliches Ziel haben iſt ja der unerläßliche Hergang in allen Parlamenten, welche durchſchnittlich ohne ſolche Ausgleichung zu gar keinen poſitiven Mehrheitsbeſchlüſſen kämen. Hier im vorliegenden Falle war es aber nicht einmal eine Ausgleichung unter Parteien. Als Einheits-Partei durfte der Weidenbuſch die Leute im Braunfels zu ſich rechnen; ſie gehörten in der Einheitsfrage zu ſeinem Programm. Nur in Freiheitsfragen, namentlich das Veto und Wahlgeſetz betreffend, ſtimmten ſie mit vielen Männern des Weidenbuſches nicht überein. Mit vielen andern Männern des Weidenbuſches

ſtimmten ſie aber gerade in der Veto- und Wahlgeſetzfrage überein, und dieſe letzteren waren durch nichts verpflichtet, mit den Konſervativen des Weidenbuſches zu votiren. Sie waren ungebunden. Bei dieſer Lage der Dinge — nicht bloß nach dem Vorgange der Rechten mit Annahme des Wahlgeſetzes zum Welckerſchen Antrage — war es nie zweifelhaft: daß ſuspenſives Veto in der Geſetzgebung und daß das vorliegende Wahlgeſetz die Mehrheit bei der zweiten Leſung finden werde, und es iſt eine Tücke der Gegner, dies Reſultat Transaktionen des Weidenbuſches zuzuſchreiben. Dies Reſultat entſtand von ſelbſt, weil beide Fragen von Hauſe aus zahlreiche Stimmen im Weidenbuſche hatten. Hätte der Weidenbuſch darin konſervativere Beſtimmungen vorſchreiben wollen, ſo hätte er ſich ſelbſt ſprengen müſſen.

So ging es denn erneuten Muthes am 23. März an die zweite Leſung. Das Gagernſche Miniſterium mußte interimiſtiſch beſtehen bleiben, da ſich für den endlich und mühſam verſuchten poſitiven Satz, für das Heckſcherſche Amendement, keine Mehrheit hatte bilden laſſen, ſich alſo auch kein Miniſterium bilden ließ.

Gleich an dieſem erſten Vormittage aber erleiden die Bundesſtaatlichen eine ſolche Niederlage, daß ſie beſtürzt vor der Frage ſtehn: iſt es denn überhaupt unter ſolchen Umſtänden, iſt es bei einer gründlich verſtümmelten Verfaſſung noch ein Vortheil, eine Verfaſſung votirt zu ſehn? In den erſten Paragraphen wollten ſie nach dem Hauptſatze: „Das deutſche

Reich beſteht aus dem Gebiete des bisherigen deutſchen Bundes“ die Worte aufgenommen haben: „Die Theilnahme der öſterreichiſchen Bundeslande an den verfaſſungsmäßigen Rechten und Pflichten bleibt vorbehalten“, und — wurden mit funfzig Stimmen überſtimmt. Dies der Eingang. Sie konnten die Lücke allenfalls verſchmerzen. Nun kam aber mit Paragraph Zwei und Drei die Grundlage ihres ganzen Bundesſtaatsſyſtems. Man erinnert ſich, mit welcher außerordentlichen Majorität dieſe Paragraphen als unerläßliche Grundſteine bei der erſten Leſung votirt worden waren. Damals gab es nur 76 Stimmen gegen die Paragraphen, und unter dieſen noch ſolche, welche wie Mühlfeld unumwunden zugeſtanden, die Paragraphen ſeien einem Bundesſtaate unentbehrlich. Heute wuchſen dieſe 76 zu 266. Für Paragraph Zwei gab es nur noch 265. Alſo eine Stimme Mehrheit g e g e n dieſen Paragraphen!

Dieſe winzige Mehrheit ward gebildet durch drei Abgeordnete aus Welſch-Tirol, welche eine Stunde vorher öffentlich und feierlich erklärt hatten, daß Welſch-Tirol nicht zum deutſchen Reiche gehöre und daß ſie die Rechte Welſch-Tirols verwahren müßten gegen Paragraph Eins. Nichts deſtoweniger hatten ſie tapfer gegen Paragraph Zwei geſtimmt, der ſie doch eher noch um einen Schritt entfernte von der Verpflichtung an's neue deutſche Reich.

Solchen Stimmen erliegen zu ſollen, welche ſich eben feierlich vom Reiche losgeſagt, das ging über menſchliche Ge-

duld, und Reh eilte auf die Tribüne, um gegen die Gültigkeit des ganzen Votums Proteſt einzulegen, da dieſe drei Abgeordneten nicht mehr befugt ſeien ihre Stimmen abzugeben. Dieſer Proteſt erfolgte unter donnerndem Zurufe der Bundesſtaatlichen, unter heftiger Oppoſition der Oeſterreicher, Linken, Ultramontanen und Partikulariſten. Die Aufregung war ſo furchtbar, daß Simſon die Mittagsſtunde zum Vorwande nahm, die Sitzung auf der Stelle zu ſchließen. Simſon ſelbſt, ſonſt ſo kühl und gefaßt in Entſcheidung formell rechtlicher Fragen, war von dem Eindrucke des moraliſchen Unrechts in ſolch einer Abſtimmung dergeſtalt betroffen, daß er Reh's Proteſt nicht zurückwies, und das Reſultat der Abſtimmung von dem Entſcheide abhängig erklärte, welchen die Verſammlung über dieſe Präjudicialfrage fällen werde.

Unter tobendem Lärmen trennte man ſich, und hier auf dem Heimwege ſetzte Simſon bereits ſeinen Begleitern auseinander, daß, ſowie dieſe formellen Rechtsfragen einmal lägen in der Paulskirche, der Reh'ſche Proteſt keinen Einfluß üben könne, die Verwerfung des Paragraphen für gültig erklärt werden müſſe.

Die Bundesſtaatlichen eilen in den Weidenbuſch, um dieſelbe Frage zu erörtern. Auch hier beweiſen die Führer unter ſichtlichem Schmerze, aber mit voller Ueberwindung ihrer Wünſche, daß formellen Rechtes die Abſtimmung jener Welſch-Tiroler nicht umzuſtoßen, der wichtige Paragraph alſo gültig beſeitigt ſei.

Unter ſolcher Entſagung von Seiten des Weidenbuſches beginnt um vier Uhr die Nachmittagsſitzung. Reh erklärt von der Tribüne, daß er eingeſtehen müſſe, die Welſch-Tiroler wären eben in derſelben Lage wie alle Oeſterreicher. Der Widerſtreit ihrer Pflichten, welche ſie für ihr ſpecielles Vaterland hätten, mit der Pflicht gegen das gemeinſame deutſche Vaterland müſſe ihrem Gewiſſen überlaſſen bleiben. Er erkennt an, daß ſein Proteſt auf einem Irrthum beruhe; „aber", ſetzt er hinzu, „ich ſchäme mich des Gefühls nicht, das ihn hervorgerufen. Es war das Gefühl tiefſten Schmerzes um mein Vaterland."

Man ging an Paragraph Drei. Auch dieſer fiel gegen eine Mehrheit von 18 Stimmen.

Ich erinnere mich nicht, eine ſo herzzerſchneidende Trauer unter den Patrioten in der Paulskirche geſehen zu haben. Die bravſten Männer ſprachen mit Niemand mehr. Sie hatten entweder den Kopf in die Hände auf dem Pulte gedrückt, oder waren hinten hinauf gegangen auf die dünn beſetzten Bänke des Berges am rechten Centrum. Mancher bekämpfte mühſam die hervorquellende Thräne. Dort hinten hinauf war auch Gagern gegangen. Die Qual duldete ihn nicht mehr vorn auf der Miniſterbank. Den Kopf tief rückwärts an eine Säule lehnend ſtarrte ſein Auge ohne Blick in's Leere. „O es iſt zum Sterben!" ſagte ein langſam vorüberſchleichender Freund. „„Ich bin ſchon geſtorben,"" erwiderte

Gagern mit tiefer tonloſer Stimme, ohne das troſtlos irrende Auge zu wenden.

Man ſah dieſen Anfang der zweiten Leſung an, und man mußte ihn anſehn: für die hereinbrechende Vernichtung des ganzen Werkes. Auf irgend ein Princip konnte man bei dieſen willkührlich gemiſchten Gegnern nirgends rechnen. Die ganze Verfaſſung würde alſo, das ſah man vor ſich, ein unlogiſcher Haufe von Paragraphen, eine verſtümmelte Lebensunfähigkeit werden.

Inmitten dieſer Pein begann, faſt unbeachtet, die Abſtimmung über ein Minoritätserachten zu den verworfenen Paragraphen, welches die Perſonal-Union in deutſcher Umſchreibung gab. Es konnte nach ſolchem Vorgange keine Ausſicht auf Annahme haben, und dennoch hörte man hier und dort von unerwarteter Stelle Ja! und Ja!

Man wachte auf aus der Erſtarrung. Man fragte wieder; es kam wieder Leben in dies gebeugte Centrum, und ehe man ſich zurecht gefunden, verkündigte der Präſident, daß dies Minoritätserachten mit 50 Stimmen Mehrheit angenommen ſei.

So war mit einem Schlage Alles geändert; das bereits verlorene Verfaſſungsprincip war gerettet.

Unter ſolchen drohenden Wechſelfällen ging nun Tag für Tag, immer ſieben bis acht Stunden lang die Abſtimmung weiter, dem Ende immer näher. Raſtlos, oft lautlos, mochte hier ein erwünſchter Paragraph fallen, dort gegen Erwarten

ſtehen bleiben. Man war wie auf gefährlicher Reiſe und durfte es nicht genau nehmen, wenn auf der oder jener Station ein kleines Eigenthum vermißt wurde.

So ging es bis zum 27. März, einem Dienſtage, welcher die Oberhauptsfrage, die gefürchtete, an die Reihe bringen ſollte. Man war im bundesſtaatlichen Lager guten Muthes geblieben, denn es waren bis daher faſt alle Punkte wie in der erſten Leſung errungen worden. Zwar auch die Vetofrage nach der Norwegiſchen Faſſung als aufſchiebend durch drei Seſſionen. Aber das war nicht anders erwartet worden. Die halben Freunde aus dem Braunfels, mit denen ja doch eine große Anzahl im Weidenbuſche hierüber gleicher Anſicht waren, hatten nun auch für die Erblichkeit zu ſtimmen verſprochen. Man war guten Muthes, denn auch von außen kamen ermunternde Zuſchriften. Sogar aus Schwaben, aus Stuttgart ſelbſt kam eine ſolche in den Weidenbuſch. Getroſt ging man Dienſtag Vormittags an die letzten Paragraphen, welche noch der Oberhauptsfrage in dem Abſchnitte „Gewähr der Verfaſſung" vorausgehen ſollten. Da brach unerwartet eine principielle Niederlage tief in die Verfaſſung ein. Das Veto in Verfaſſungs-Fragen kam zur namentlichen Abſtimmung. Niemand im Weidenbuſche hatte je dies Veto, welches eine Aenderung in der Verfaſſung abzuwehren hat, mit dem Veto in der Geſetzgebung verwechſelt, Niemand im Weidenbuſche war je zweifelhaft geweſen, daß daran nicht gerüttelt

werden dürfe, denn man wollte ja doch die Verfaſſung nicht mit unſichrer, bedrohter Lebensdauer der Nation überliefern. Niemand hatte geahnt, daß konſervative Männer aus Oeſterreich, Baiern, ja aus Hannover den unſaubern Streich im Schilde führen könnten, in ſolcher kapitalen Principfrage gemeinſchaftliche Sache mit den Republikanern zu machen. Die Republikaner mochten wünſchen, die monarchiſche Form mit dem Krankheitsſtoffe zu behaften, daß ſie durch ein dreimaliges Veto des Reichstages todt gemacht werden könne, aber was konnte konſervative Monarchiſten von der Rechten zu ſolchem Verrath an ihrem Principe treiben?! Der gemeinſte Neid, die unwürdigſte Mißgunſt. Sie ſahen mit ſteigendem Aerger, daß trotz allen Intriguirens dagegen doch eine Verfaſſung zu Stande kam, jetzt wollten ſie, recht ſtaatsmänniſch! ihr hinterrücks eine eiternde Wunde verſetzen, daß ſie vielleicht um dieſer Eiterſtelle wegen nicht angenommen werden könne von dem verhaßten Kaiſer. Sie wollten, wie der Franzoſe ſagt, den Widerſachern wenigſtens in die Suppe ſpucken, um ſie den Eſſenden zu verderben.

Dieſe Handlungsweiſe iſt ein ewiger Schandfleck in unſrer Geſchichte. Jede Oppoſition mag ihre Berechtigung haben, nur die nicht, welche ſich in ihrer Schwäche am Vaterlande zu rächen ſucht.

Zu allgemeinem Erſtaunen vernahm man bei der namentlichen Abſtimmung, daß der Bevollmächtigte des Königreichs

Hannover Herr von Bothmer in dieſer Handlungsweiſe den Baiern und Oeſterreichern von der Rechten vorausging. Er that, was er nicht laſſen konnte. Ich vermag nicht zu beſchreiben, welch einen peinlichen Eindruck der Unſittlichkeit dies machte, in welchen Abgrund unſers Vaterlandes voll giftigen Stammes- und Staatenneides dies den Blick nöthigte. Ihm folgten einige Baiern von der Rechten, unter ihnen Herr Edel; bei Herrn von Laſſaulx verſtand ſich's wohl von ſelbſt. Die Ultramontanen mochten bei ſo was nicht fehlen; ſogar Herr Reichensperger konnte ſich's nicht verſagen. Mit Freude indeſſen nahm man wahr, daß die Baiern in geringer Zahl ſich dazu herbeiließen. Heckſcher freilich durfte nicht ausbleiben, er hatte eine ſyſtematiſch klingende Formel dafür zugeſtutzt, und von Schmerling mit faſt allen Oeſterreichern warf die Entſcheidung in die Wagſchale. Was da Princip! Princip iſt ein Ding wie ein andres. Man kann's nicht alle Tage brauchen. Wir ſagen Nein, weil dieſe uns mißfällige Verfaſſung vergiftet werden ſoll. Das iſt auch ein Princip, wenigſtens eine Waffe. Wir wären Narren, ſie nicht zu brauchen.

Während und nach dieſer Abſtimmung — ſie warf mit 29 Stimmen das abſolute Veto zu Boden — ſtieg die Erbitterung in der Paulskirche zur äußerſten Höhe. Nicht der Art, daß ein allgemeiner Zornesausbruch zu fürchten geweſen wäre, nein, über den Zorn war man weit hinaus. Es war viel ſchlimmer. Zahlreiche, mit gewöhnlicher Stimme mitten

unter den Gegnern hingeworfene Aeußerungen bekundeten, daß die nothwendigſte perſönliche Achtung nicht mehr eingeräumt wurde.

Deshalb auch nur, um ſolchen inneren moraliſchen Grundes willen nur, war nach dieſer Vormittagsſitzung die Troſtloſigkeit im Weidenbuſche ſo erſchreckend und verzweiflungsvoll, wie man ſie nie geſehn. In der That war die Niederlage mit dieſem Veto, wenn auch ein Schandfleck für die Verfaſſung, doch nicht von ſo unmittelbarer Bedeutung, daß man deshalb hätte verzweifeln müſſen. Der nächſte Reichstag brauchte nur halbwegs beſonnen zu ſein, ſo brachte er nicht nur die nöthige Zweidrittel-Majorität, um dieſen Makel auszulöſchen, welcher ja doch nur ein theoretiſcher war, er brachte eine Dreiviertheil-Majorität. Denn welches geſunde Volk wird ſich denn in ſeiner Verfaſſung bloß für heut und morgen einrichten wie ein lüderlicher Miethsmann! Es war alſo eigentlich nicht die Sache, welche zur Verzweiflung ſtimmte, es war das Kennzeichen, welches ſo grenzenlos beſtürzte. Man glaubte ſich jeder Tücke und Unehrlichkeit ausgeſetzt, man hielt es jetzt eigentlich dicht am Ziele zum erſten Male für ganz unmöglich, mit dieſer Verſammlung an ein gedeihliches Ende zu kommen. Noch für dieſen Nachmittag ſtand die Oberhauptsfrage an der Tagesordnung, und man meinte, ſie ſei nun nicht mehr zu löſen. Das Unerhörteſte glaubte man befahren zu müſſen. Es waren dieſe Mittagſtunden im Weidenbuſch-

ſaale unwiderſprechlich die traurigſten Stunden, welche von dieſen dritthalbhundert Mitgliedern des Parlaments während des verfloſſenen Jahres erlebt worden waren. Die Ehre iſt dahin, Alles dahin! rief der Eine. Ich reiſe ab, hier duldet's mich nicht mehr! rief der Zweite. Wir ſtimmen nicht mehr mit einer Partei, die ſich ſolche Felonie gefallen läßt! rief ein Dritter, Vierter und Fünfter. Wirklich ſchien die Partei auseinanderzugehn. Man ſammelte ſich in Trupps und beredete Einzeln-Maaßregeln, Austrittserklärungen, Proteſte. Proteſt! Um dies Wort ſammelten ſich allmählig größere und größere Gruppen. Der Proteſt gegen die Oeſterreicher gewann die Oberhand. Er wurde aufgeſetzt, er wurde verleſen, es wurde zur allgemeinen Unterſchrift aufgefordert. Dies allein ſei noch übrig! Die Paulskirche befreien oder ſelber gehn.

In dieſem Augenblicke einer entſetzlich drohenden Auflöſung erſcheint Georg Beſeler auf dem Rednerplatze und bittet um Gehör. — Man ſchwieg; man hörte ihn.

Er leugnete nicht, daß Grund vorhanden ſei zu tiefſter Trauer um das Vaterland. Aber — muthlos ſolle nie eine Schaar von dritthalbhundert deutſchen Männern ſein! Der endliche Sieg ſei nicht unmöglich. Der Flecken von heute Morgen werde auch Manchen außerhalb des Weidenbuſches dahin bringen, daß er nun für die Erblichkeit ſtimme. Durch einen Proteſt, der doch nicht formell begründet werden könne, ſei nichts zu erreichen. Er brächte nichts zu Wege als den

Austritt des Weidenbuſches und Alles laſſe man in den Händen der Gegner. Nein, ſchloß er, wenn die Erblichkeit fällt, ſo laſſen Sie uns für Lebenslänglichkeit, ja für Zwölfjährigkeit ſtimmen, damit die Nation ſieht: nicht wir ſind Schuld an Vereitlung jeder Hoffnung!

Dies wirkte günſtig. Man hörte, Gagern ſei da und habe ſich zum Wort gemeldet. Gagern! Gagern! rief man von allen Seiten. Er trat hinauf und ſchloß ſich an die Worte Beſeler's an. Proteſt und Austritt ſei nur der Ausdruck einer freilich gerechten Indignation über ſolch Verhalten — hier brauchte auch er zum erſten und letzten Male ein bittres und ſchweres Wort gegen das Verhalten der Oeſterreicher, denn auch ſein Herz floß über von ſittlicher Entrüſtung — eine rechtliche Folge würde weder Proteſt noch Austritt haben. Letzterer könne aber die deutſche Nationalverſammlung zerſtören und eine zweite werde ſchwerlich ſo bald wieder zuſammenkommen. „Der Austritt iſt eine neue Revolution, und wir ſind doch berufen, die Revolution zu ſchließen. Wir ſind berufen, bis zur letzten Möglichkeit feſtzuhalten an der Verſammlung, von welcher die deutſche Nation ihre Einigung erwartet. Wir dürfen uns auch nicht ſelbſt untreu werden!“

Auch der immer wieder erregten Hoffnung auf ein von Preußen allein ſelbſtändig ausgehendes Staatsleben, welchem man ſich anſchließen könne, gedachte er nochmals, und nochmals in warnendem Sinne. Man möge ſich und Preußen

darüber nicht verblenden. Dieſes dort verjüngte Staatsleben könne nur in inniger Verſchmelzung mit Deutſchland gedeihn.

Durch dieſe Männer und dieſe Reden wurde dicht vor der letzten Schanze eine Auflöſung abgewendet, die ſchlimmer geweſen wäre denn Alles. Nur wenig Hände erhoben ſich noch für den Proteſt von Seiten derjenigen, welche nicht mit Unrecht ſagten: Was iſt dann ein Proteſt und was ſind wir dann, nachdem wir in den nächſten Stunden in der Oberhauptsfrage überſtimmt ſind?! — Dieſe blieben vereinzelt, und auch ſie fügten ſich dem Beſchluſſe der Mehrheit. Es ſchlug Vier Uhr, und in langem Zuge ging die ganze bundesſtaatliche Schaar zur letzten entſcheidenden Sitzung nach der Katharinenpforte zu in die Paulskirche.

Dicht vor der letzten Schanze hatten Einige den Rücken wenden wollen. Dieſe Nachmittagſitzung überlieferte ihnen die Feſtung.

Die Uebertragung der Oberhauptswürde an einen deutſchen Fürſten erhielt die Mehrheit, und das Direktorium, auf welches ſich die Gegner zu vereinigen drohten, war ſomit erdrückt. Allerdings war es nur eine Mehrheit von 24 Stimmen — auf die Hälfte alſo zuſammengeſchmolzen ſeit der erſten Leſung — und es war anzunehmen, daß hierbei noch Mancher ſein dürfte, der einen lebenslänglichen, einen zwölfjährigen oder ſechsjährigen Kaiſer wollte. Zwölf ſolcher brauchten in dieſer Mehrheit zu ſein, und die nun zur Ent-

ſcheidung kommende Erblichkeit war nicht erreichbar! Was wurde damals gerechnet Tag für Tag von den ſtatiſtiſchen Talenten? Und nie war mit Gewißheit etwas vorauszuſagen, weil man immer nicht unerwartete Ankömmlinge einrechnen konnte und der Anweſenheitsſtand täglich wechſelte. Um zwölf Stimmen im glücklichſten Falle ſchätzte man die Kaiſerlichen vermehrt ſeit dem Votum über den Welckerſchen Antrag, alſo 264 Stimmen hoch. Die Gegner, und bei dieſer Frage war Jeder Gegner, der nicht entſchloſſener Freund war, mußte man ungefähr ebenſo ſchätzen. Ein oder zwei Stimmen alſo mußten den Ausſchlag geben, mit ihrem Plus oder Minus hierhin oder dorthin eine Mehrheit von zwei oder vier Stimmen bildend. Kein Menſch konnte es vorausſagen. Nach Alba's Worten griff man wie in einen Loostopf unter dem tiefſten Schweigen der überfüllten Kirche.

Simſom verkündigte endlich, daß 263 gegen, 267 für den erblichen Kaiſer geſtimmt. Das Ziel der Bundesſtaatlichen war erreicht, und eine ungeheure Bewegung wie eine haushohe Meereswelle wogte durch die Verſammlung.

Zwei Deutſche aus dem nördlichen Böhmen, Makowiczka und Rößler, ſagte man, hatten durch ihr Ja die Mehrheit erzielt. So einfach war es nun wohl nicht. Neun von der gemäßigten Linken, welche alle principmäßig Nein geſagt haben würden, hatten ſich der Abſtimmung enthalten, um nicht dennoch am letzten Ende die Oberhauptsfrage dem Fürſten-

direktorium überliefert zu ſehn. Dies war ja doch eigentlich allen Linken noch viel mehr zuwider als ein erblicher Kaiſer, und es war demnach geradezu unbegreiflich, daß ſie den Direktorialen ſo lange zu Willen geweſen waren. Sie waren auch ſichtbar wie von einem Alpdruck befreit nach dieſem Votum, und alle Beſſern und Gemäßigten ſtrömten in's Centrum zu den Kaiſerlichen herüber, um dieſen auszudrücken, daß ihnen der Sieg des Centrums denn doch noch lieber ſei als ein Sieg ihrer unnatürlichen Bundesgenoſſen.

Sie hatten nun aber auch Unterſtützung zu ſuchen bei den Centren für die noch bevorſtehende Durchſetzung ihres Wahlgeſetzes. Hier im linken Centrum ſaßen ja diejenigen, welche principiell immer mit ihnen gegangen waren in dieſer Frage, und auf welche ſie doch im Grunde viel mehr Vertrauen ſetzten als auf ihre coaliſirten Baiern, Ultramontanen und Oeſterreicher von der Rechten.

Bei den Kaiſerlichen war dies offene Frage, und in der Freude über den großen Sieg machte hier Niemand Schwierigkeit, daß auch das Wahlgeſetz noch an dieſem Abende erledigt werden ſolle. Alle weitern Beſtimmungen des Oberhaupts, Kaiſertitel zum Beiſpiel und Civilliſte, wurden ohne Aufenthalt durch Aufſtehn und Sitzenbleiben votirt. Nur der „Reichsrath" ſtieß plötzlich auf das Verlangen namentlicher Abſtimmung und — blieb gleich in ſeiner erſten Beſtimmung in der Minorität. Unerwartet, wie des Morgens für das ſuspenſive

Veto in Verfassungsfragen, hatten hier die ärgsten Partikularisten, wiederum Herr von Bothmer und Herr Edel vorauf, gegen ein Institut gestimmt, welches gerade eine tröstliche Ausgleichung für den Partikularsinn sein sollte. Wiederum um das Ganze unannehmlich zu machen für die mittlern Staaten — eine wahrlich nicht beneidenswerthe Rolle im Streben nach deutscher Einheit.

Eine Mehrheit von 24 Stimmen beseitigte den ganzen Reichsrath, und wie über eine Leiche schritt man unverweilt zur Abstimmung über das Wahlgesetz, so wie es aus erster Lesung hervorgegangen war. Die große Mehrzahl der Versammlung erhob sich dafür; es war angenommen, und nur die Kaiserwahl und die Bekanntmachung der Verfassung blieben übrig.

Es wurde dem Verfassungsausschusse aufgetragen, darüber morgenden Tages Vorlage zu machen. Hiermit schloß die folgenschwere Sitzung des 27. März Abends gegen acht Uhr.

Gagern hatte einen Augenblick Bedenken gezeigt, ob nicht die Verfassung durch die Centralgewalt bekannt gemacht werden müsse. Er beharrte aber nicht darauf, und auch der Verfassungsausschuß schlug am folgenden Morgen, Mittwoch den 28. März, einfach vor:

„Die Verfassung wird von dem Bureau und den Mitgliedern unterzeichnet. — Sie wird von der Nationalver-

sammlung verkündigt und zwar in folgender Form: Die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung hat beschlossen und verkündigt als Reichsverfassung: Verfassung des deutschen Reichs u. s. w. Der Schluß soll lauten: Zur Beurkundung. (Ort.) (Zeit.)

Dies wurde mit großer Mehrheit angenommen. Eine kleine Anzahl Stimmen nur von der Rechten, darunter Radowitz, Raumann, von Selchow, von Rotenhan, verlangte, daß die Verfassungsurkunde den Regierungsbevollmächtigten zugestellt werde mit dem Ersuchen, dieselbe ihren Regierungen behufs deren Zustimmung vorzulegen.

Die Wahl des Kaisers betreffend, schlug der Verfassungsausschuß vor, sie sofort zu vollziehn und zwar durch absolute Stimmenmehrheit. Jeder namentlich aufgerufene Abgeordnete habe den Fürsten zu nennen, welchen er zum Kaiser erklärt sehn wolle. Die erfolgte Wahl solle sofort Namens der Nationalversammlung durch den Präsidenten derselben öffentlich verkündet werden. Der erwählte Kaiser solle durch eine Deputation der Nationalversammlung eingeladen werden, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Reichsverfassung anzunehmen. Endlich schloß die Vorlage mit dem Satze aus dem Welckerschen Antrage:

„Die Nationalversammlung spricht das feste Vertrauen aus, daß die Fürsten und Volksstämme Deutschlands großherzig und patriotisch in Uebereinstimmung mit der National-

verſammlung die Verwirklichung der von ihr gefaßten Beſchlüſſe fördern werden."

Dies Alles wurde ohne Einwand rund beſchloſſen, und der Nämensaufruf zur Wahl begann. 248 Abgeordnete, Oeſterreicher, Baiern, Ultramontane, Linke, riefen: Ich wähle nicht! Oder auch: Ich wähle keinen Fürſten; ich wähle keinen erblichen Kaiſer; oder auch wie Trützſchler: Ich wähle kein Oberhaupt; oder auch wie ein anderer Linker zu noch lauterer Heiterkeit der Verſammlung ſtecken bleibend nur zu Gehör brachte: Ich wähle kein Erbliches —. Einige Wenige ſagten: Ich enthalte mich der Wahl. Einer rief: Ich habe kein Mandat, einen erblichen Kaiſer zu wählen. Ein ſchwäbiſcher Fürſt, welcher, Orleans-Egalité widrigen Andenkens kopirend, abſolut zur äußerſten Linken gehören wollte, that ſich durch den Witz hervor: Ich bin kein Kurfürſt! was man freilich auch ohne ſeine Verſicherung wußte.

290 antworteten: Friedrich Wilhelm, König von Preußen, oder nur König von Preußen, oder auch „den regierenden König von Preußen".

Der Akt wurde in würdiger Haltung vollzogen, und Präſident Simſon ſchloß ihn mit folgenden Worten:

„Die 290 abgegebenen Stimmen haben ſich ſämmtlich auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., vereinigt. 248 Mitglieder haben ſich der Wahl enthalten. — Die verfaſſunggebende deutſche Reichsverſammlung hat alſo

in ihrer 196ſten öffentlichen Sitzung, Mittwoch den 28. März des Jahres 1849, auf den Grund der von ihr beſchloſſenen, angenommenen und verkündigten Reichsverfaſſung die in derſelben begründete erbliche Kaiſerwürde auf den König von Preußen, Friedrich Wilhelm IV., übertragen. — Möge der deutſche Fürſt, der wiederholt und öffentlich in unvergeſſenen Worten den warmen Herzſchlag für die deutſche Sache ſein koſtbares mütterliches Erbe genannt hat, ſich nun als Schutz und Schirm der Einheit, der Freiheit, der Größe unſers Vaterlandes bewähren, nachdem eine Verſammlung, aus dem Geſammtwillen der Nation hervorgegangen, wie keine, die je auf deutſchem Boden tagte, ihn an deren Spitze gerufen hat."

„An unſerm edlen Volke aber möge, wenn es auf die Erhebung des Jahres 1848 und auf ihr nun erreichtes Ziel zurückblickt, der Ausſpruch des Dichters zur Wahrheit werden, deſſen Wiege vor jetzt faſt einem Jahrhundert in dieſer alten Kaiſerſtadt geſtanden hat:

„Nicht den Deutſchen geziemt es, die fürchterliche Bewegung
Ziellos fortzuleiten, zu ſchwanken hierhin und dorthin.
Dies iſt unſer; ſo laßt uns ſprechen und feſt es behalten."

Gott ſei mit Deutſchland und ſeinem neugewählten Kaiſer!"

In der Paulskirche erhob ſich nach dieſen Worten ein dreimaliges ſtürmiſches Hoch; auf ihrem Thurme und nach

ihm von allen übrigen Thürmen Frankfurt's läuteten die Glocken, und die Kanonen donnerten in den Glockenklang.

So war denn der deutſche Staat, es war eine großartige geſchichtliche Aufgabe in die Hand des Königs von Preußen gelegt. Wird er dieſer Aufgabe entſprechen?

IV.

Das Reſt- und Rumpfparlament.

Das deutsche Parlament war jetzt am Ziele Dessen was es vermochte. Versagte das Ziel den Haltpunkt, welchen man von ihm erwarten durfte und mußte, dann war das erste deutsche Parlament faktisch am Ende seiner Wirksamkeit. So wie es zusammengesetzt war mit Einschluß der österreichischen Abgeordneten, so wie es sich — nur zu herkömmlich und natürlich unter Deutschen! — in Parteien gruppirt hatte, so war es unfähig noch einen wirksamen Schritt zu thun, sobald der König von Preußen nicht mit der Kraft seines Reiches eintrat in die Aufgabe, welche ihm dargeboten wurde.

Das wußten die Führer der Kaiserlichen, das wußten alle Kaiserlichen, das mußte man in Preußen wissen.

In diesem Betracht hat man lebhafte Vorwürfe dagegen erhoben, daß am 26., also am Tage vor der entscheidenden Abstimmung, die Weidenbuschpartei der Fraktion im Braunfels das schriftliche Versprechen ausgestellt habe: „für irgend wesentliche Abänderungen der Verfassung nicht stimmen zu wollen" nach Annahme der Verfassung von Seiten der Reichs-

verſammlung. Dies Verſprechen iſt zunächſt nicht von der Weidenbuſchpartei ausgeſtellt worden. Dieſe iſt als ſolche ein für allemal über die Transaktions-Anträge der Herren Heinreich Simon und Genoſſen zur Tagesordnung übergegangen. Den einzelnen Mitgliedern war hierin aber dem Programm gemäß volle Freiheit gelaſſen, und ſo hatten achtzig Mitglieder, unter ihnen Gagern, für ihre Perſon eine Zuſage geleiſtet, welche ihrer Anſicht vom allein möglichen Zuſtandekommen einer Verfaſſung entſprach. Sie wußten eben, daß mit der Paulskirche, wie ſie einmal war jeder Verſuch einer Vereinbarung ſcheitern müſſe, und zwar in gefährlichſter Art ſcheitern müſſe. Sie verſprachen alſo nur etwas, was ſich für ſie von ſelbſt verſtand. Gagern ſagte öffentlich darüber: er habe es nicht gethan, weil alle Beſtimmungen der Verfaſſung ſeiner politiſchen Ueberzeugung zuſagten, ſondern weil in der damaligen Lage des Verfaſſungswerkes Jeder Opfer ſeiner Ueberzeugung bringen gemußt, wenn etwas von dieſer Nationalverſammlung geſchaffen werden ſollte. Mit ſolcher Zuſage die letzten nöthigen Stimmen für das monarchiſche erbliche Oberhaupt zu gewinnen ſei überwiegend wichtig geweſen, und übrigens bleibe er nach wie vor der Ueberzeugung, daß in der verkündigten Reichsverfaſſung nichts Weſentliches anders verändert werden könne als auf dem Wege, welchen die Verfaſſung ſelbſt zeige.

Man kann den Vorgang mit ungünſtigem Auge anſehn, man kann es patriotiſch aber unpolitiſch finden, wenn für das

Zuſtandekommen einer Verfaſſung die nächſte Zukunft ganz verpfändet wird, man kann daneben jenen immer wiederkehrenden Schachertrieb der Herren Simon und Genoſſen widerwärtig, garſtig und unwürdig finden — in der Lage der Dinge machte jene Zuſage nach verkündigter Verfaſſung keinen Unterſchied. Auch nicht die Weidenbuſchpartei, welche ja in höchſter Steigerung um einige Stimmen unter der Mehrheit in der Verſammlung blieb, auch ſie hielt nicht 24 Stunden zuſammen, ſobald eine Vereinbarung mit den Regierungen verſucht worden, ſobald von weſentlicher Aenderung der Verfaſſung die Frage geweſen wäre. Die Verſammlung mußte alsdann in unzuſammenhängende Fraktionen zerſtieben, denen kein Mehrheitsbeſchluß erreichbar geweſen wäre; oder ſie mußte den Alles verneinenden Elementen verfallen. Dieſe konnten vielleicht Alles wieder auftrennen und auflöſen und das erſte deutſche Parlament dem Spott und Hohne von Mit- und Nachwelt überliefern. Das allein war noch möglich, wenn man jetzt noch, nachdem die letzte Stunde wirklich geſchlagen, zur Vereinbarung übergehn wollte.

Betrachte man doch auch die Regierungen, die ſich Anno 49 zu vereinbaren Anſtalt zu treffen ſchienen! Zeigen ſie ſich geeignet, ſoll nur heißen geeinigt zur Vereinbarung? Sind ſie nicht um einen ſtarken Grad geſpaltener als die Paulskirche war? Von welch himmliſcher Geduld und Nichtigkeit müßte das Parlament ſein, welches mit ſolchem Gegenüber eine deutſche Verfaſſung zu Stande brächte! Und dieſe Ge-

duld und Nichtigkeit hätte man von jener National- und Reichsverſammlung, welche wir als erſtes deutſches Parlament kennen gelernt, erwarten dürfen, auch nur annähernd erwarten dürfen?!

Nein, unter allen Umſtänden war dies Parlament mit Ende März 1849 am Ziele Deſſen was es vermochte. Die Krone Preußen mußte vollenden. Hatte ſie nicht den Willen oder nicht die Einſicht oder nicht die Energie dazu, dann war das Werk nicht zu vollenden.

Unter ſolchen Gedanken ſah man die vom Bureau erwählte Kaiſerdeputation am 30. März von Frankfurt abreiſen. Den Rhein hinab, durch Weſtphalen, Hannover, Braunſchweig ging ihr Weg nach Berlin, Sie beſtand außer ihrem Führer, dem Präſidenten Simſon, aus 33 Abgeordneten, welche allen Stämmen und Zweigen Deutſchlands entnommen waren. Für den Süden namentlich Rümelin, Barth, Bauer, Krafft, Federer (ein ſehr geſchätzter milder Mann aus Stuttgart), Reh, Soiron. Unter den aus dem Norden Erwählten war der alte Arndt, Dahlmann, Rieſſer, Biedermann, Briegleb, Löwe von Calbe, Rüder, Zell, Zachariä.

Es iſt Mode geworden zu fragen: ob man ſich denn des Erfolgs einigermaaßen verſichert gehabt habe. Die Leute können nicht los von dem Herkommen, daß Alles in politiſcher Welt diplomatiſch „gemacht" ſein müſſe. Auch das was von innerer Nothwendigkeit gefordert wird. Dieſe Nothwendigkeit war ſo ſtark, daß der König von Preußen an die Spitze des

deutſchen Bundesſtaates mit Volkshaus und einheitlicher Geſammtregierung gerufen werden mußte, auch wenn man gewußt hätte, daß er perſönlich dieſe Berufung abweiſen wolle. Nicht dem eben regierenden, dem Könige von Preußen überhaupt galt es. Wie die Concilien von einem Nein ſagenden Pabſte ſich auf den „beſſer zu unterrichtenden" Pabſt beriefen, ſo mußte man ſich hier auf das Königthum in Preußen berufen.

Das Verhältniß zu dem preußiſchen Bevollmächtigten in Frankfurt war immer ein kühles geweſen. Vielleicht nicht bloß weil der Niederrheinländer Camphauſen ein kühles, an den Holländer gemahnendes Weſen hatte. Der Hauch der Zeit brachte ja überhaupt keine Innigkeit mit ſich für die Vertreter der Einzelnſtaaten. Idealismus und Uneigennützigkeit trieben auch noch dazu, ſelbſt den Schein einer Annäherung zu vermeiden. Geſchmeidigkeit und Entgegenkommen ſind auf der andern Seite wohl nicht vorherrſchende Eigenſchaften preußiſcher Staatsmänner. Es ging ſo weit, daß die Zeitungen in Frankfurt, welche für die ſogenannte preußiſche Partei Tag für Tag arbeiteten, auch nicht die dürftigſten officiellen Nachrichten oder Notizen von den preußiſchen Beamten in Frankfurt erhalten konnten. Die Redaktoren waren oft außer ſich über ſolche Steifheit.

Trotz alle dem war man in der letzten Zeit ziemlich ſicher geſtellt, daß Preußen in den Beruf, welcher ihm zufallen mußte, eintreten werde. Nur die letzte Woche, welche durch

die coalisirten Gegner garstige Makel in die Verfassung gebracht, wirkte ganz so störend wie die Coalition beabsichtigt hatte. Camphausen zeigte sich sehr verdrießlich, und wollte für nichts mehr stehn. Was den König persönlich betraf, so meinte Jedermann zu wissen, daß darüber gar nichts vorauszusagen sei.

Natürlich wurde in jenen Tagen zu Frankfurt, dessen Paulskirche auf acht Tage geschlossen war, nur dies Thema „Annehmen oder Ablehnen" erörtert. Die große Mehrzahl der Kaiserlichen erwartete weder eine unbedingte Annahme, noch eine unbedingte Ablehnung. So durchdrungen sie von der Nothwendigkeit war, daß, wenn je eine volle Verfassung für Deutschland gewonnen werden solle, dies nur durch endgültigen Beschluß der Nationalversammlung geschehen könne, so überzeugt war sie auch, daß die Partikularsouverainetät eine formelle Genugthuung beanspruchen werde, und insoweit erhalten könne als das Zustandekommen des Ganzen davon ungefährdet bleibe. Man erwartete also eigentlich in der Antwort des Königs eine solche formelle Wendung, welche den Vereinbarungs-Grundsatz berühren werde ohne das faktische Gelingen des Bundesstaates Preis zu geben. Man erwartete den von Preußen bereits glücklich gefundenen Ausdruck „Verständigung" wiederholt, und nun auch mit den Regierungen praktisch in Anwendung gebracht zu sehn. Solch ein Satz wurde wohl zehnfach damals in Frankfurt redigirt, und es war für den Bedürftigen die interessanteste Auswahl vorhanden.

Wenig Glauben fanden Diejenigen, welche Ablehnung gerade darum fürchteten: weil die Verfaſſung vom ſogenannten Volke komme, und weil ſie Suspenſiv-Veto's und ein ſolches Wahlgeſetz mit ſich bringe.

Sie deshalb abzulehnen, weil ſie vom ganzen Volke komme, das wäre ja doch — ſagte man — eine klägliche Manierirtheit. Man könne darüber ſtreiten, wie der abſtrakte Machtbegriff eines Staates ſchulmäßig zu beſtimmen und einzutheilen ſei. Wer aber, der nicht krankhaft verbildet, könne leugnen, daß das Ganze denn doch immer und ewig mehr ſei als ein Theil, wenn auch dieſer Theil nach irgend einem Schulbegriffe das Ganze darſtellen ſolle. Weil das Ganze nicht immer ſprechen könne, ſo verleihe es allerdings in dieſer und jener Form ſeinen Machtbegriff. So der Prieſter im alten Teſtamente, welcher einen König wählen laſſe. Das Verhältniß alſo zwiſchen dem urſprünglichen und dem übertragenen Machtbegriffe werde immer, je nach dem Geiſte der Zeit, wechſelvoll und ſtreitig ſein. Die Volksſouverainetät werde der Maſſe empfohlen werden durch rohe Deutung, und der Monarchismus im Gegenſatze davon habe die Erſchlaffung der Volks- und Staatsorgane zum heilig geſprochenen Abſolutismus benützt. Aber was ſei all dieſer Dogmenſtreit in dem Augenblicke, wo ein Volk bei großer Kriſis wirklich in ſeiner Ganzheit, wirklich durch Urwahlen aller erwachſenen Bewohner einen Ausdruck von ſich als Ganzem neu geſchaffen habe; wo man über alle bisherigen Dogmen hinweg einmal

zum Urſprunge aller Herrſchberechtigung zurückgegangen ſei?! Was bedeute es, den Beſchluß einer ganzen Nationalvertretung gerade darum abzuweiſen, weil er Beſchluß der ganzen Vertretung ſei? Einen erkünſtelten Sektengeiſt bedeute es.

Davor ſind wir nicht ſicher! rief man. Nun denn, antwortete man, vor Krankheit iſt kein Menſch ſicher. Es werde ſich wohl ein Arzt finden. Die intereſſanteſte Berufung jenes Sektengeiſtes beſtehe in der Berufung auf göttliches Recht. Dies benütze der Tyrann und dies verwirre den Frommen. Letzterer werde doch dem Votum einer ganzen Nation gegenüber den Quell aller Offenbarung prüfen. Die Berufung auf göttliches Recht könne gerade dadurch irreligiös gemacht werden, daß ſie ſich unter allen Umſtänden für religiös ausgebe. Sie nehme eine unmittelbare Offenbarung in Anſpruch. Was ſei denn eine unmittelbare Offenbarung, wenn ſie nicht geglaubt werde? Sie ſei keine Offenbarung. Sie habe wiederum nur den Werth eines Sektengeiſtes. Bedürfe es einer Frage, ob der Geiſt jetziger deutſcher Nation für ſolches Dogma unmittelbar geoffenbarten göttlichen Königsrechtes ſei? Oder ob er als Geiſt für konſtitutionelles Königthum ſpreche? Nun alſo! Sei denn nicht der Geiſt einer Nation der zunächſt erkennbare Gottestrieb einer Nation? Was heiße es denn alſo, dieſen Geiſt leugnen? Heiße dies nicht Sektiren? Heiße es nicht dem erkennbaren religiöſen Momente eines Volkes Gewalt anthun, indem man ihm ein überlebtes, nicht

mehr geglaubtes Dogma aufdrängen wolle? Das gelingt entweder, und dann entſtehe ſtatt Religion Heuchelei, oder es gelingt nicht, und dann gerathe die nothwendige höchſte Auctorität des Staates in immerwährenden Streit mit allen übrigen Organen des Staates, ſich und den Staat und den wahrhaftigen Zuſammenhang zwiſchen beiden unaufhörlich beſchädigend. Manierirtheit ſei alſo das gelindeſte Wort dafür, wenn eine Verfaſſung darum abgelehnt würde, weil ſie aus dem ganzen Volke entſprungen ſei.

Wird die Verfaſſung, ſetzte man hinzu, aus ſolchem Grunde abgelehnt, dann iſt die fernere Verfaſſungsloſigkeit Deutſchlands vielleicht noch ein geringeres Unglück, als wenn der erſte Kaiſer ſie unter ſolchen Gründen der Ablehnung annehmen wollte. Zweierlei Sinn in Haupt und Gliedern bringt unfehlbar Verderben. Furchtbar verhängnißvoll wäre es freilich, verhängnißvoll für Deutſchland wie für den monarchiſchen Gedanken, wenn die endlich errungene Bildung eines deutſchen Staates daran ſcheitern ſollte, daß der einzig mögliche Monarch nicht möglich wäre.

Nie iſt Friedrich der Große eifriger heraufbeſchworen worden! Wo gab's einen Zweifel, wenn die Kaiſerdeputation zu ihm nach Sansſouci gekommen wäre! Welch eine heitere Scene, wenn ihm ein Schriftgelehrter zugeflüſtert: Majeſtät, es geht doch wohl nicht, weil — !

Was die Suspenſiv-Veto's und das Wahlgeſetz betraf, ſo war die konſervative Partei der Kaiſerlichen keineswegs erbaut

von dieſer „Knochenzulage zum Fleiſche“, aber ſie hätte es für unbeſchreiblich kleinlich und verzagt gehalten, deshalb eine deutſche Verfaſſung und Krone abzuweiſen. Ueber das Schickſal der Wahlen hatte man ſo deutliche Lehren vor ſich! Am letzten Ende giebt bei Wahlen immer die vorherrſchende Stimmung den Ausſchlag. Ein unzufriedenes Volk wird Oppoſitionsmänner wählen, man mag noch ſo viel Beſchränkungen der Wahlfähigkeit und Wählbarkeit häufen. Ein befriedigtes Volk wird mäßige Leute wählen, wenn auch alle Welt mitſtimmt bei der Wahl. Von Tag zu Tag breitete ſich die Befriedigung weiter aus in Deutſchland, daß man endlich eine große feſte Form für das Vaterland errungen; es gab bald nichts Populäreres als die deutſche Reichsverfaſſung, und ſogar die Linken mußten gute Miene machen zum unerwünſchten Ausgange. Sie verloren ſonſt allen Boden. Die Reichsverfaſſung hatte ihnen nie gefallen, ſie gefiel ihnen auch jetzt nicht, und ſie wären bei den neuen Wahlen gefährlich bedroht geweſen. Die Verfaſſung war ja *gegen* ſie zu Stande gekommen, der nächſte und natürlichſte Gedanke der befriedigten Nation wäre ja geweſen, die Verfaſſer des Grundgeſetzes, die große Centrumpartei wieder zu erwählen. Das Ausmerzen jenes Veto's, die Feſtſtellung eines dauerhaften Wahlgeſetzes wäre von einem unter ſolcher Stimmung erwählten Reichstage mit Leichtigkeit bewerkſtelligt worden. Man verwechſ'le nur nicht, daß der Ruf für die Reichsverfaſſung einen ganz andern Sinn erſt dann erhielt, als ſie nicht angenommen werden

ſollte. Dann erſt, als die Fürſten ſich gegen ſie erklärten, wurde ſie Schlachtpanier für die verſchiedenartigſten Parteien, und in Ermangelung eines anderen auch für die ultrademokratiſche Partei. Dieſe Partei haßte die Verfaſſung trotz Wahlgeſetz und Veto, haßte ſie ſo lange als ſie der Einführung nahe war. Sie jubelte, als von Köln die Nachricht kam: der Pöbel, oder nach ihrem Ausdrucke das Volk, habe die Deputation mit einer Katzenmuſik verſehn. Sie ſpottete, als aus Weſtphalen, aus Hannover, aus Braunſchweig Botſchaft an Botſchaft ſich drängte: die Deputation werde mit Enthuſiasmus aufgenommen. Sie erhob ſich erſt für die Verfaſſung, und dann auch ſogleich nicht mehr für die ganze Verfaſſung, als die Deputation in Berlin die für alle Anhänger der Verfaſſung erſchreckende Antwort des Königs erhalten hatte. Dies war die Theilnahme der Demokraten für die Verfaſſung! Und dieſe Theilnahme erſchreckte die in Preußen bis zur Krankhaftigkeit geſtiegene Furcht vor Demokratie!

Die Deputation war am 2. April des Abends nach Berlin gekommen. An demſelben Tage hatte der preußiſche Miniſterpräſident Graf Brandenburg in der erſten Kammer erklärt; „die Regierung erkennt in dieſem Beſchluſſe“ (welchen die Deputation zu überbringen hatte) „einen weſentlichen Fortſchritt auf der Bahn der Entwickelung der deutſchen Verhältniſſe. Sie wird Alles aufbieten, daß das erſtrebte, jetzt nahe gerückte Ziel bald ganz erreicht werde. Aber ſie hat des-

halb ihren früheren Standpunkt nicht aufgegeben. (Dies war der einer Verständigung.) Sie hält also dafür, daß dieser Beschluß nur für diejenigen deutschen Regierungen gültig und verbindlich ist, welche demselben aus freier Entschließung beistimmen, und die Regierung wird ihrerseits nichts unversucht lassen, ein Einverständniß darüber zu fördern."

Das war für Jeden der hören konnte im Wesentlichen: Annahme. Solchen Sinnes äußerte sich Graf Brandenburg gegen die Deputationsmitglieder Beseler und Riesser, welche ihn noch am Abende ihrer Ankunft officiell sprachen, und solchen Sinnes verhieß er die Antwort des Königs. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Antwort des Königs am folgenden Tage wesentlich anders lautete als das Ministerium erwarten mußte. Hierbei wird nebenher auch die vielfach erhobene Meinung berichtigt: der König sei immer entschlossen gewesen, abzulehnen. Er ist nach allen officiellen Zeugnissen bis zum Tage vor der Entscheidung Willens gewesen, unter obiger Form anzunehmen.

Was ihn zuletzt noch umgestimmt hat das haben verschiedenartige Sagen zu erklären versucht. Unter ihnen auch die: daß die specifisch-preußische und fromme Partei noch am zweiten April dem österreichischen Gesandten Prokesch von Osten eine Unterredung mit dem Könige bewerkstelligt habe. Dies sind eben Sagen, die durch Einfluß von außen etwas zu erklären suchen, was seinen hauptsächlichen Grund doch nur in dem Charakter des Königs selber hat. In Bezug auf

die hier in Rede kommenden Fragen iſt dieſer Charakter immer dogmatiſch geweſen. Nicht wie die Dinge ſind, fragen zuerſt dogmatiſche Charaktere, ſondern wie ſie ihrer Anſicht nach ſein ſollen.

Den dritten April Mittags um zwölf Uhr fand der Empfang der Deputation ſtatt im Ritterſaale des königlichen Schloſſes. Präſident Simſon ſprach Folgendes:

„Die verfaſſunggebende deutſche Reichsverſammlung, im Frühling des vergangenen Jahres durch den übereinſtimmenden Willen der Fürſten und Volksſtämme Deutſchlands berufen, das Werk der deutſchen Verfaſſung zu Stande zu bringen, hat am Mittwoch den 28 März 1849, nach Verkündigung der in zweimaliger Leſung beſchloſſenen deutſchen Reichsverfaſſung, die in derſelben begründete erbliche Kaiſerwürde auf Seine königliche Majeſtät von Preußen übertragen. — Sie hat dabei das feſte Vertrauen ausgeſprochen, daß die Fürſten und Volksſtämme Deutſchlands großherzig und patriotiſch in Uebereinſtimmung mit der Nationalverſammlung die Verwirklichung dieſer von ihr gefaßten Beſchlüſſe mit aller Kraft fördern werden. Sie hat endlich den Beſchluß gefaßt, den erwählten Kaiſer durch eine Deputation aus ihrer Mitte ehrfurchtsvoll einzuladen, die auf ihn gefallene Wahl auf Grundlage der Verfaſſung anzunehmen. — In der Vollziehung dieſes Auftrags ſtehen vor Eurer königlichen Majeſtät der Präſident der Reichsverſammlung und zwei und dreißig ihrer Mitglieder in der ehrfurchtsvollen Zuverſicht, daß Eure

Majeſtät geruhen werden, die begeiſterten Erwartungen des Vaterlandes, welches Eure Majeſtät als den Schirm und Schutz ſeiner Einheit, Freiheit und Macht zum Oberhaupte des Reichs erkoren hat, durch einen geſegneten Entſchluß zu glücklicher Erfüllung zu führen."

Der König antwortete:

„Meine Herren! Die Botſchaft, als deren Träger Sie zu mir gekommen ſind, hat mich tief ergriffen. Sie hat meinen Blick auf den König der Könige gelenkt und auf die heiligen und unantaſtbaren Pflichten, welche mir als dem Könige meines Volks und als einem der mächtigſten deutſchen Fürſten obliegen. Solch ein Blick, meine Herren, macht das Auge klar und das Herz gewiß."

„In dem Beſchluß der deutſchen Nationalverſammlung, welchen Sie, meine Herren, mir überbringen, erkenne ich die Stimme der Vertreter des deutſchen Volks. Dieſer Ruf giebt mir ein Anrecht, deſſen Werth ich zu ſchätzen weiß; er fordert wenn ich ihm folge unermeßliche Opfer von mir; er legt mir die ſchwerſten Pflichten auf.

„Die deutſche Nationalverſammlung hat auf mich vor Allen gezählt wo es gilt Deutſchlands Einheit und Kraft zu gründen. Ich ehre ihr Vertrauen, ſprechen Sie ihr meinen Dank dafür aus. Ich bin bereit durch die That zu beweiſen, daß die Männer ſich nicht geirrt haben, welche ihre Zuverſicht auf meine Hingebung, auf meine Treue, auf meine Liebe zum gemeinſamen deutſchen Vaterlande ſtützen.

„Aber, meine Herren, ich würde Ihr Vertrauen nicht rechtfertigen, ich würde dem Sinne des deutſchen Volkes nicht entſprechen, ich würde Deutſchlands Einheit nicht aufrichten, wollte ich mit Verletzung heiliger Rechte und meiner früheren ausdrücklichen und feierlichen Verſicherung ohne das freie Einverſtändniß der gekrönten Häupter, der Fürſten und der freien Städte Deutſchlands eine Entſchließung faſſen, welche für ſie und die von ihnen regierten deutſchen Stämme die entſchiedenſten Folgen haben muß.

„An den Regierungen der einzelnen deutſchen Staaten wird es daher jetzt ſein, in gemeinſamer Berathung zu prüfen, ob die Verfaſſung dem Einzelnen wie dem Ganzen frommt; ob die mir zugedachten Rechte mich in den Stand ſetzen würden, mit ſtarker Hand, wie ein ſolcher Beruf es fordert, die Geſchicke des großen deutſchen Vaterlandes zu leiten, und die Hoffnungen ſeiner Völker zu erfüllen.

„Deſſen aber möge Deutſchland gewiß ſein, und Das, meine Herren, verkündigen Sie in allen deutſchen Gauen: bedarf es des preußiſchen Schildes und Schwertes gegen äußere und innere Feinde, ſo werde ich auch ohne Ruf nicht fehlen; ich werde dann getroſt den Weg meines Hauſes und meines Volks gehn, den Weg der deutſchen Ehre und Treue.“

Nach dieſen Worten war das ſo unendlich mühſame, mit ſo ſchweren Opfern bis zum Schlußſteine gefügte Werk geſprengt und zerſtört. Die Geſchichte wird darüber richten.

So ſchroff war in dieſe Antwort die Vereinbarung hineingetragen, daß die Reichsverfaſſung nur noch ein Entwurf blieb. Die Hoffnung deutſcher Patrioten, daß der in deutſcher Geſchichte endlich einmal vorhandene Moment bei der fliegenden Locke ergriffen werde — ſie war dahin.

Als dieſe Antwort in der zweiten preußiſchen Kammer verleſen wurde — beide Kammern hatten ſich bereits für Annahme erklärt — da fuhr Vincke jählings von ſeinem Sitze auf, als ob ihn ein Schuß getroffen. Sie war nicht die Antwort des Miniſteriums.

Trat dies nun ab? Nein. Es hat vom Könige, wird verſichert, ſeine Entlaſſung verlangt als der Zwieſpalt zu Tage getreten iſt. Der König hat ſie verweigert, und hinzugeſetzt, daß *er* abdanken wolle, wenn er ſeinen Weg nicht gehen könne. Ein Abgeordneter hat ſpäter Herrn von Manteuffel gefragt: warum er dieſem patriotiſchen Opfer in den Weg getreten ſei? Es war allerdings die Meinung verbreitet: der Prinz von Preußen werde den Beruf erhalten, die neue, große Aufgabe Preußens mit Entſchloſſenheit durchzuführen. Dieſe Sage ſtützte ſich auch auf die Erblichkeit der dargebrachten Kaiſerkrone. Weil ſie erblich, betreffe ſie das ganze Haus der Hohenzollern. Man erinnerte ſich an das bekannt gewordene Wort, welches ausgerufen worden war als der König die drohende Märzbewegung nicht verhindern gewollt durch Proklamirung einer konſtitutionellen Verfaſſung. „Er hat ja keine Kinder!“ hatte das Wort gelautet. Nun denn,

ſagten die Sanguiniſchen, jetzt kommen ja die Erben des preußiſchen Thrones unmittelbar in Rede: es wird ja auch für ſie die deutſche Krone angenommen oder abgelehnt. Dieſe Sanguiniker vergaßen, oder wußten nicht: daß im Hauſe Hohenzollern der regierende Herr traditionell unbeſtritten über Alles verfügt, und daß die Familie in ſich ſelbſt einen ſtrengen Monarchismus immer dargeſtellt hatte, und auch jetzt widerſpruchslos und in voller Familieneinheit darſtellte. — Die Deputation, die verzweiflungsvolle Sorge um das Vaterland im Herzen, hatte jetzt noch einer Einladung zur Tafel nach Charlottenburg zu folgen. Auch was hier in einzelner Unterredung ſich entwickelte war nicht geeignet, den ſchmerzlichen Eindruck himmelweit verſchiedener Anſchauungsweiſe zu verwiſchen. Selbſt Männer aus der Umgebung des Throns, welche ſichtlich voll Wohlwollen waren für die Botſchaft und die Boten, legten durch ihre Auffaſſung der königlichen Antwort an den Tag: daß ſie von den Schwierigkeiten und Gefahren, daß ſie von den feinen Fäden und Nerven des deutſchen Organismus keine Vorſtellung hatten. Sie wunderten ſich naiv, daß die Deputation nicht zufrieden ſchiene mit der Antwort.

Dienſtag Abends und Mittwoch Morgens vereinigte ſich die Deputation über die Erklärung, welche ſolche Antwort von ihrer Seite erforderte. Dahlmann, Rieſſer und Biedermann hatten daran gedacht, durch eine vorſichtige Aeußerung Zeit zu gewinnen und zu geben für eine günſtigere Wendung.

Nur Wenige traten ihnen bei. Die große Mehrzahl war für ſofortige kategoriſche Erklärung von Seiten der Deputation. Es war natürlich, daß dieſe Erklärung einer Verwahrung gleichkommen mußte. Der ſonſt ſo vorſichtige und diplomatiſche Simſon ging rein juriſtiſchen Schrittes noch weiter als manchem Mitgliede der Deputation angemeſſen ſchien: er trat ausführlich in den Inhalt der Frage ein und ſetzte auseinander, wie nicht von einem Theile der Verfaſſung die Rede ſein könne, wenn die ganze Verfaſſung als bloßer Entwurf bezeichnet werde; er erklärte, daß der König abgelehnt habe. Solcherweiſe fiel die Erklärung aus.

Dies war mehr als der Deputation zuſtand, und dies hätte ſchaden können, wenn hierbei überhaupt noch auf weitere Auseinanderſetzung zu hoffen war. In der Paulskirche wurde auch dieſer Gang nur von der Linken und dem linken Centrum mit Beifall aufgenommen Die große Mehrheit der Kaiſerlichen billigte ihn nicht, und verſagte auch ſpäter einer ausdrücklichen Gutheißung dieſes Schrittes ihre Stimmen, ſo daß eine ſolche ausdrückliche Gutheißung bei förmlicher Abſtimmung darüber die Mehrheit in der Paulskirche nicht fand.

Ohne Zögern hatte übrigens die Deputation Berlin verlaſſen und war nach Frankfurt zurückgekehrt. Das einzig Tröſtliche was ſie zu erzählen wußte, betraf das Haus des Prinzen von Preußen. Dort war Sinn und Wärme für den deutſchen Bundesſtaat der Reichsverſammlung zu finden ge-

weſen. Der einfache, offene Ton des Prinzen, hatte Jedermann wohl gethan, und die Prinzeſſin hatte Aller Herzen eingenommen durch geiſtvolle und wahrhaftige Theilnahme für die Sache des Vaterlandes.

Uebrigens herrſchte von nun an in Frankfurt unſägliche Traurigkeit. Zweierlei wußte man nur zu gewiß. Erſtens, daß auch mit den Regierungen kein voller Bundesſtaat Deutſchlands von Berlin aus vereinbart werden könne. Man wußte, daß die Hoffnung hierauf nichts weiter ſei als die irrige Vorausſetzung des irrigen Dogmas; man wußte daß Preußen ſeinen diplomatiſchen Einfluß ebenſo überſchätzte wie es ſeinen kriegeriſchen Einfluß, ſeine wirkliche Macht in Deutſchland unterſchätzt.

Zweitens wußte man, daß dem Parlamente jetzt nur noch eine ſchmerzliche Agonie bevorſtehe, wenn es nicht die Nation aufrufen wolle zur Revolution gegen die Einzelnſtaaten.

Letzteres lag nicht im Charakter der bundesſtaatlichen Partei. Nicht auf dem Wege der Gewalt und des Bürgerkrieges erhoffte ſie den deutſchen Staat. Sie mußte alſo ohne Vertheidigung ſterben wie Cäſar, welcher ſich ſchweigend in ſeine Toga hüllte.

Unmittelbar nach Abſchluß der Verfaſſung hatte die öſterreichiſche Regierung am 5. April die Deputirten Oeſterreichs abgerufen aus der Paulskirche. Eiliger als ihr ſelbſt ſpäter erwünſcht ſein mochte. Dieſer Abberufung leiſtete am 13.

April eine große Anzahl Oesterreicher Folge, und diese Anzahl wuchs von Tage zu Tage. Nur ein Theil der österreichischen Linken erklärte durch Giskra: „vom österreichischen Ministerium sei ihnen das Mandat zur Nationalversammlung nicht gegeben worden, sondern von ihren Wählern — das Ministerium könne ihnen daher auch rechtlich das Mandat nicht nehmen."

Jetzt also vielleicht, nachdem eine so große Zahl Widersacher des engeren Bundesstaates ausgeschieden, jetzt vielleicht', mögen Manche meinen, sei die Gagernsche Zusage doch zum wirklichen Unheil geworden, denn jetzt sei doch wohl eine Mehrheit erreichbar gewesen für wesentliche Zugeständnisse an die Regierungen. — Keineswegs. Zahlreiche Mitglieder des Weidenbusches waren ohne alle Rücksicht auf irgend eine Zusage gegen jedes wesentliche Zugeständniß, und selbst die große Mehrzahl Derer, welche von Herzen gern eine Verständigung ermöglicht hätten, mußten zugestehn: daß die Schritte Preußens jegliche Verständigung unmöglich machten. Preußen hatte nicht nur in Folge des Widerspruchs in der deutschen Frage seine vereinbarende Kammer zum zweiten Male aufgelöst, es erklärte auch am 28. April in einem Schreiben an Camphausen: daß der König wirklich abgelehnt habe und ablehne. Dasselbe Ministerium, welches die „Verständigung" vorgeschlagen und welches noch am 2. April darin die Erreichung des Zieles gesehn, behauptete jetzt, stets die Verein-

barung gefordert zu haben, und forderte ſie jetzt in ausgedehnter ſtrenger Form.

Abgeſehn alſo von aller Parteiung, welche irgend ein weſentliches Zugeſtändniß möglich oder unmöglich mache in der Paulskirche, erklärten nun auch konſervative, durch keinerlei Zuſage gebundene Mitglieder: daß auf dieſem Wege die deutſche Einheit im Bundesſtaate nicht zu erreichen ſei. Beſonders Welcker, der immer ſtandhaft an der Vertragstheorie gehalten, erhob ſich mit ſtärkſten Worten gegen ſolche Anwendung des Vertragsrechtes. „Die große Mehrheit der deutſchen Regierungen und alle Ständeverſammlungen, ſo weit ſie ſprechen konnten, haben ſich für dieſe Verfaſſung erklärt," rief er, die Mehrheit der Einzelnſtaaten ſei ermittelt wie die Mehrheit der Nationalvertretung. Was verlange man nun? Die Einſtimmigkeit aller einzelnen deutſchen Fürſten, die Zuſtimmung auch des letzten, ſelbſt zur Oberhauptsfrage. Der Geſammtwille einer ganzen geſitteten, freien Nation ſolle ſich beugen dem Veto eines einzigen Fürſten — das ſei Anarchie, ſei das anarchiſche liberum veto des polniſchen Reichstages. Und wie betreibe man ſolche unmögliche Vereinbarung? Man ſchicke die Stände nach Hauſe; die fürſtlichen Regierungen allein wollten ſprechen. Das ſei ein Rückfall in das ſogenannte göttliche Staatsrecht, das ſei hier, wo es ſich um einen Vertrag zwiſchen Stämmen und Staaten und nicht bloß zwiſchen Fürſten handle, der Bruch jedes möglichen Vertrags.

So ſprachen diejenigen, welche Recht und Nothwendig-

keit einer Vereinbarung nie geleugnet hatten, wie war da an irgend eine Ausgleichung noch zu denken?!

Der Verſammlung, welche nur eine ideale Centralgewalt für ſich hatte, blieb nichts übrig, als zu appelliren an die Nation. Dies iſt ein weiter, vieldeutiger Ausdruck. Das ehemalige Centrum verſtand darunter: einhellige und maaßvolle Anwendung aller geſetzlichen Mittel zur Durchführung der Reichsverfaſſung. Die Linke verſtand darunter: Aufruf zur Revolution. Es war vorauszuſehn, daß das gröbere Mittel das feinere beſeitigen werde. War das deutſche Volk etwa geübt und geſchult, die geſetzlichen Mittel taktvoll abzuwägen? Nein. Vor der Erhebung des Jahres 48 war ihm der Antheil an der Regierung verſagt oder doch verkümmert worden. Nach der Erhebung war dieſer Antheil ausgeweitet worden zu abſoluter Maſſenherrſchaft. Der geſetzliche Sinn war entſetzlich verwirrt. Alle Wahrſcheinlichkeit war vorhanden, daß jetzt die Demagogen die Aufgabe der Nation an ſich reißen und verderben würden. In der Paulskirche konnte man die Zukunft verkündigt ſehn in dem Wiederaufwachen der Linken, welche nun zum zweiten Male ihre Zeit gekommen glaubte. Die Raveaux, Vogt, Ludwig Simon wurden die Vorſprecher des Tages. Im Frühjahre 48 war dieſe Sorte unreifer Moſt geweſen, im Frühjahre 49 war ſie verdorbener Eſſig. Von ſolcher Nahrung konnte nimmermehr Lebenskraft für eine Nation kommen, welche eine Verfaſſung vermittelſt geſetzlichen Widerſtandes durchſetzen ſollte. Deſſen

lachten sie auch, die Linken! Einmal in Bewegung gesetzt, wollten sie schon mit dieser Verfassung abfahren wie der Sturmwind mit dürren Blättern. Erst Bürgerkrieg und dann findet sich das Weitere! Als Gagern gegen diese frechen Gedanken ausrief: wenn die Waffen gezogen würden zwischen Bruderstämmen, so würde er sich im letzten Augenblicke noch dazwischen werfen — da lachten sie auf der Linken hell auf. „Buben lachen darüber!“ schrie Gagern außer sich über solche Frechheit des Unpatriotismus, und ließ den Ordnungsruf über sich ergehen. Er bat den Präsidenten und das Haus um Verzeihung für den Ausdruck, aber es sei doch gar zu empfindlich: „wenn man sich bewußt ist sein Vaterland zu lieben, und für diese Liebe und Hingebung noch verhöhnt wird.“

Die Einsichtigen wußten alle, daß mit solchen Elementen ein Gelingen kaum möglich sei. Mancher von ihnen schied jetzt schon aus, um nicht das unvermeidliche Todesringen des Parlamentes in all seinen peinlichen Stadien persönlich erleben zu müssen. Man hatte daran gedacht eine Vertagung des Parlamentes durchzusetzen, um in dem bevorstehenden Gewirr diesen nationalen Körper unbeschädigt zu erhalten. Das schien nicht erreichbar. Ein Dreißiger-Ausschuß war eingesetzt worden, um den Wolkenbruch von dringlichen Anträgen zur Durchführung der Verfassung zu zertheilen und zu bewältigen, und dieser Ausschuß brachte denn folgenden wichtigen Punkt zur Annahme:

„Die Nationalverſammlung fordert die Regierungen, die geſetzgebenden Körper, die Gemeinden der Einzelnſtaaten, das geſammte deutſche Volk auf, die Verfaſſung des deutſchen Reiches vom 28. März d. J. zur Anerkennung und Geltung zu bringen.“

Sie beſtimmt den 15. Juli zum Beginn der Wahlen, den 22. Auguſt zum Beginn des erſten Reichstages.

Mit zwei Stimmen Mehrheit war dieſer kritiſche Beſchluß am 5. Mai gefaßt worden gegen die der Reichsverfaſſung widerſtrebenden Autoritäten. Das unerſetzliche und deshalb immer noch beſtehende Miniſterium Gagerns wollte es auch jetzt noch verſuchen, die ſchmale Linie ſolcher Durchführung zu finden und einzuhalten. Beckerath war der Erſte, welcher ſich eingeſtand, daß auf ſolcher ſchmalen Linie nicht zu gehen, die Revolution nicht zu vermeidem ſei. Er war der erſte wichtige Mann, welcher austrat. Die Linken beſtritten dem Miniſterium die Möglichkeit ſolcher Durchführung, und — der Reichsverweſer ebenfalls. Nach Abſchluß der Verfaſſung hatte dieſer ſchon zurücktreten wollen, und es war kaum zu erwarten, daß er ſolch ein neues Programm des Miniſteriums zur Durchführung einer ihm unerwünſchten Verfaſſung billigen werde.

Unterdeß hatten ſich die Thatſachen drohend angehäuft. Die Rheinpfalz hatte ſich erhoben für die Verfaſſung, der Aufſtand in Dresden war ausgebrochen und hatte ebenfalls die Fahne der Reichsverfaſſung ausgeſteckt, obwohl es den

Führern dort um ganz andere Dinge als die Reichsverfaſſung zu thun war. Nach der Pfalz hatte Gagern auf dringendes Verlangen der Pfälzer einen Abgeordneten der Linken, Eiſenſtuck, als Reichskommiſſarius geſendet, und dieſer hatte denn auch richtig das Gegentheil von dem gethan, was ihm ſeine Inſtruktion vorſchrieb. Statt den geſetzlichen Weg der Erhebung herzuſtellen, hatte er den revolutionairen legaliſirt; ja die Truppen, welche der Reichskriegsminiſter der ſchwer bedrängten Reichsfeſtung Landau, einer Grenzfeſtung! zugeſchickt, waren vom Reichskommiſſar mit kurzer, volksthümlicher Hand zurückgeſchickt worden. So nahe am Ausfluſſe der Reichsgewalt, war der geſetzliche Weg nicht inne zu halten geweſen, und durch den Aufſtand in Dresden wurde die Verwirrung der Begriffe noch ärger geſteigert. Dort entwickelte ſich's gleich nach den erſten Tagen des Ausbruchs ſchreiend, daß die Reichsverfaſſung nur äußerlicher Vorwand war für völlige Revolution, bei welcher Ausländer äußerſter Gattung wie Bakunin das Wort und den Befehl führten. Dort brachte das Einrücken der Preußen ein neues gefährliches Moment in die Rechtsfrage der Paulskirche. Ganz unabhängig von der Centralgewalt, unter Berufung auf einen Satz der Bundesakte waren die Preußen eingerückt. Das Miniſterium mußte erklären, daß hierdurch die rechtliche Befugniß der Centralgewalt verletzt ſei.

Ehe noch die Paulskirche hierüber einen Beſchluß faſſen konnte, kam die amtliche Anzeige, daß der Reichsverweſer

das Programm des Miniſteriums nicht gebilligt, und das Miniſterium Gagern entlaſſen habe. Eine Stunde ſpäter, am 11. Mai, ging ein dringlicher Antrag durch, welcher das Einrücken der Preußen in Sachſen für einen „ſchweren Bruch des Reichsfriedens“ erklärte. 188 hatten für, 147 gegen dieſen Antrag geſtimmt. Das bisherige Centrum, oder auch die ſpätere Weidenbuſchpartei war geſpalten. Diejenigen, welche immer noch auf geſetzlichem Wege eine Durchführung der Verfaſſung möglich glaubten und von der Paulskirche aus leiten wollten, zweigten ſich ab von den früheren Genoſſen, und ſuchten im „Nürnberger Hofe“ eine Vermittelungspartei darzuſtellen zwiſchen der überdrängenden Linken und der zurückhaltenden alten Centrumspartei. Rieſſer und Biedermann waren die Leiter dieſer neuen Fraktion, und ſie hatten auch für obigen Antrag gegen Preußen geſtimmt. Diejenigen aber, welche dagegen votirt, waren überhaupt mehr oder minder zweifelhaft, ob dem Parlamente jetzt noch etwas Gedeihliches gelingen könne, und ſie hielten es jedenfalls für einen Fehler, durch eilige Entſcheidung dieſer Frage Preußen noch weiter zu treiben in der Oppoſition gegen Frankfurt.

Das Unvermeidliche rückte näher und näher. Ohne Preußen war Parlament und Verfaſſung nicht zu halten. Nach obigem Beſchluſſe traten konſervative preußiſche Abgeordnete immer zahlreicher aus, und die Hoffnung Anderer auf das preußiſche Rheinland und beſonders auf Weſtphalen, wo ſich eine Erhebung für die Reichsverfaſſung entwickelte,

dieſe Hoffnung war nicht ſtark genug. Sie beruhte überhaupt nur darin, daß die preußiſche Regierung zu anderer Bahn ſich entſchließen werde, wenn ſie namentlich Weſtphalen, ein ſonſt ſo ruhiges und konſervatives Land, aufſtehen ſähe. Aber, ſagte man ſich ſelbſt, muß nicht Preußen jetzt durchſchreiten es koſte was es wolle, um ſeine Autorität aufrecht zu erhalten?! Und wird es das nicht? Freilich! ſeufzten ſie, wir ſelbſt müſſen es ja übrigens wünſchen, um nicht Geſetz und Ordnung auch im Hauptſtaate dem unberechenbaren revolutionairen Treiben überliefert zu ſehn.

In dieſem Zwieſpalt der eigenen Wünſche enthüllt ſich nackt die ganze Unmöglichkeit, welche das Parlament noch durchſetzen ſollte. Alle die Leute, welche ſo ſprachen und ſeufzten, wünſchten von Herzen die Durchführung der Reichsverfaſſung, aber ſie mußten ſich eingeſtehn, daß man nicht laufen könne ohne Beine. Entweder Revolution oder Reſignation. Ein Drittes war nicht mehr möglich ſowie die Dinge einmal lagen.

Damit kein Zweifel übrig bliebe, kamen von rechts und von links die deutlichſten Ereigniſſe. Von rechts die Einſetzung eines unparlamentariſchen und geradezu lächerlichen Reichsminiſteriums, welches nicht über drei Stimmen in der Paulskirche zu verfügen hatte. Es klang wie ein übel angebrachter Scherz, als der alte Grävell, der einſiedleriſche Antragſteller und Redner der Paulskirche, zum Miniſterpräſidenten, und der Kobold des Hauſes, Detmold, zum Juſtizminiſter

ernannt ſein ſollten. Als es ernſthaft angezeigt wurde, und Grävell naiv erklärt hatte, „er empfehle ſich dem Wohlwollen der Verſammlung“, da erklärte dieſe ganze Verſammlung gegen nur zwölf, meiſt ultramontane Stimmen, daß ſolch ein Miniſterium als Hohn und Beleidigung für das Parlament angeſehn werden müſſe. — Es war auch die Aufforderung von Rechts zur Revolution. Die Centralgewalt verſpottete das Geſetz, durch welches ſie ſelbſt eingeſetzt und an die Zuſtimmung der Nationalverſammlung gebunden war. Das ſogenannte „kleine Laſter“, wie Herr Detmold in leichtſinnigen Kreiſen Hannovers genannt wird, war nun nicht mehr der konſervativ armſelige aber witzige Satirikus, es war ärger revolutionair als ein Mitglied des Donnersberges und wurde unverhohlen boshaft geheißen. Nicht ohne Intereſſe hatte bisher Mancher ſeinen Kapricen zugeſehn; jetzt wurde er Allen verhaßt.

Dieſe ganze miniſterielle Wendung, welche die Stirn hatte, gegen die Verachtung des faſt einſtimmigen Parlaments Miniſterium zu bleiben, iſt nackter Verrath an der deutſchen Entwickelung genannt worden. Das ſatiriſche Miniſterium ſelbſt hat ſich zu ſeiner Entſchuldigung darauf berufen, daß es die Einheit Deutſchlands habe darſtellen müſſen zur Zeit, da Alles auseinandergefallen ſei. Man wird ihm dieſe Entſchuldigung ſchwerlich zugeſtehn. Nicht nur weil ſein Auftreten das Auseinanderfallen erſt recht bewerkſtelligte, ſondern auch darum, weil eine Gewalt, die auch nicht einmal formell

als ſolche anerkannt wird, doch unmöglich die Einheit Deutſchlands auch nur formell darſtellen könne. Die ſogenannten großdeutſchen Staaten, und auch die nicht alle, ſtellten ſich anerkennend, um mit ſolcher Puppe Demonſtrationen zu machen, und Preußen verweigerte die Anerkennung einer proviſoriſchen Centralgewalt, welche nur als einſtweilige Exekutivbehörde eines deutſchen Parlaments belehnt worden, mit dem Verluſte des Parlamentes aber ſeiner Grundbedingung verluſtig gegangen ſei. Hierin kann doch nur die Satire eine Darſtellung deutſcher Einheit finden

Die deutliche Erklärung von links, daß der deutſchen Sache keine geſetzliche Entwickelung mehr übrig bleibe, kam aus Baden. Dort war die deutſche Reichsverfaſſung anerkannt, und dort brach unter dem frechen Vorwande, die Anerkennung deutſcher Reichsverfaſſung durchſetzen zu wollen, die frivolſte und vollſtändigſte Revolution aus unter Meuterei des Heeres und unter Herbeiziehung ausländiſcher Elemente.

In ſolche drangvolle Enge eingekeilt, bedurften die Männer des Centrums kaum noch neuer Veranlaſſungen zu ihrem Austritte. Schon war ihre Zahl ſo geſchwächt, daß gegen ſie der Antrag durchgegangen war: die bewaffnete deutſche Macht auf die Reichsverfaſſung zu verpflichten.

Sie waren zum großen Theile nur darum noch geblieben, weil die Abberufung der preußiſchen Abgeordneten von Seiten der preußiſchen Regierung drohte und am 14. Mai auch von Charlottenburg ausging. Solche Maaßregel erklärten

ſie noch für unverbindlich, und nur zwei Preußen ſchloſſen ſich am 17. Mai dieſem Proteſte nicht an. — Am 19. Mai ging mit zehn Stimmen Mehrheit ein Antrag Biedermann's, Welcker's, Kierulf's, Wurm's und Eckert's durch, einen Reichsſtatthalter als proviſoriſches Oberhaupt — man dachte damals an Baiern — einzuſetzen, und am 20. Mai unterſchrieben die Führer des rechten Centrums ihre Austrittserklärung. Am 21. wurde ſie verleſen. Es waren 65 Namen, unter ihnen Heinrich von Gagern, Dahlmann, Mathy, Simſon (der früher ſchon Unwohlſeins halber vom Präſidium, welches an Reh überging, abgetreten war), Beſeler, Arndt, Waitz, Duncker, Stedtmann. Hiermit war die moraliſche Kraft des Parlaments gebrochen; es war nur noch ein Reſtparlament vorhanden. Die Austrittserklärung war von Dahlmann. Wilhelm Jordan hatte einige Tage vorher in wenig Worten das Pathos der Lage zuſammengefaßt: „Erleidung des Unrechts berechtigt nicht zu Gegenunrecht; und es iſt kein unehrenhafter Tod, an getäuſchtem Vertrauen zu ſterben.“

Wenige Tage noch wehrten ſich die alten Mitglieder des Augsburger Hofes. Sie verſuchten es jetzt noch, eine Vertagung durchzuſetzen, um die Continuität der Verſammlung zu retten. Sie drangen nicht durch, und als am 24. die beſchlußfähige Anzahl auf Hundert herabgeſetzt war, ſchieden auch ſie, Widenmann, Fallati, Rümelin, Hans von Raumer, Wernher, Zerzog, Barth, Stahl, Francke an der Spitze. Es blieben nur noch Rieſſer, Biedermann und Genoſſen, und Welcker

that alles Mögliche, um den Schatten von Parlament zu erhalten. Er hatte auch am stärksten gegen jenes Ministerium des Spottes und Hohnes gesprochen, „welches die Angelegenheiten Deutschlands nach seinem Ermessen und ohne Rücksicht auf die Nationalversammlung" leiten, welches „ein schmachvoller Absolutismus, eine schmachvollere Rechtsunterdrückung" sei „als die, gegen welche die Revolution entstand, für deren Organ wir die Centralgewalt erschufen."

Aber auch sie erkannten binnen wenig Tagen, daß jede fernere Aussicht eine Täuschung sei, daß die Linken einen Konvent, und zwar einen unpatriotischen erstrebten. Zu einer Proklamation, würdig abgefaßt von Uhland, verlangten jene Männer einen Zusatz, welcher „Treue gegen die Reichsverfassung" und eine Verwahrung enthielt: daß den Fremden irgend eine Einmischung in deutsche Angelegenheit gestattet werde. Dieser Zusatz, dem auch Uhland sich anschloß, wurde von den Linken verworfen, und nun traten auch jene Männer aus.

Die Versammlung war jetzt auf 130 Mitglieder geschmolzen. Das Verhängniß ließ sie nicht ruhen; sie wollten durchaus ihr Conventschicksal erfüllen. Sie wollten weiter nach Süden verlegt sein, um die dort in's Werk gesetzte Revolution unmittelbar in die Hand nehmen zu können. Keine Warnung half, sie hielten nun endlich ihre Zeit für gekommen, und beschlossen am vorletzten Mai die Uebersiedlung des Parlaments nach Stuttgart. Diese letzte Sitzung in der Paulskirche schloß

damit, daß der letzte Präſident der Paulskirche, Reh von Darmſtadt, auf die fernere Ehre verzichtete und ebenfalls austrat. Der zeitige Vicepräſident Löwe von Calbe übernahm die Leitung eines Parlaments, welches von nun an allerwärts Rumpfparlament genannt wurde.

Mit Schmerz und Trauer ward bis daher eine Entwickelung hingenommen, welche nach der Ablehnung von Seiten Preußens unabwendbar ſchien. Nicht ſelten hörte man von Neukaiſerlichen den Ausruf: „O wäre Oeſterreich zu Deutſchland geſtellt wie Preußen und hätte man ihm die Krone anbieten können, nie wäre ſo was erlebt worden! Denn dort iſt noch große Politik vorhanden und großer Muth, dort werden politiſche Fragen nicht nach dem Katechismus entſchieden!" — Vorwurfsvoll wurde damals und ſpäter, beſonders von Süddeutſchland, darauf beharrt: man hätte durchaus nicht austreten ſollen. Die Bedingungen der Exiſtenz waren verloren, man verlangte aber doch die Fortdauer der Exiſtenz. Dies hat was von der Rede der Kinder, welche erzählen: ihr Vater ſei heute geſtorben und werde erſt morgen mit ihnen weiter ſpielen. — Bei alle dem war Schmerz und Trauer allgemein; die Hoffnung der Patrioten war entſetzlich zertrümmert; der Eindruck war ein tragiſcher.

Aber nicht alſo betrachtete man das Gebahren eines Rumpfparlaments. Dies galt für eine Farce, und man brachte es kaum in Zuſammenhang mit dem deutſchen Parlamente.

Trotzdem daß die oft verkündigte neue Revolution in vollem Gange war, hatte doch kein beſonnener Menſch den Eindruck, es könnten jene Konventſpieler in Stuttgart Deutſchland bedeuten. Man dachte an Shakeſpeare's Heinrich IV., und erinnerte ſich nur der Scenen, in welchen Falſtaff mit ſeinen Geſinnungsgenoſſen Würde und Macht, Tugend und Anſtand ſpielt. „Zum Henker alle feigen Memmen" — „Land iſt nun ſo wohlfeil zu kaufen wie ſtinkende Makrelen" — „Gebt mir ein Glas Sekt, damit meine Augen roth ausſehn; man muß denken, daß ich geweint habe, denn ich muß es mit bewegtem Gemüthe ſprechen, und ich will es in des Königs Kambyſes Weiſe thun — und ſo halte ich meine Rede! Tretet beiſeit, ihr Großen!"

„Ich finde keinen Anſtand", ſprach mit Würde Reichsregent Vogt zu Stuttgart, „Namens der Regentſchaft dieſe dringliche Interpellation ſogleich zu beantworten", obwohl es noch an „officiellen Mittheilungen" von Seiten der Würtembergiſchen Regierung fehle. Und mit eben ſo heitrer Sicherheit ſetzte er im Fritzeſchen Reithauſe hinzu, daß er nun, nachdem das eine große Mittel politiſcher Wirkſamkeit beſchafft ſei, das Kriegsheer, daß er nun das zweite in Vorſchlag bringe. „Ich will die Finanzfrage nur kurz anzeigen". Ein Kredit von lumpigen fünf Millionen für die ſchönen Sommermonate Juni und Juli. Wie Prinz Heinz, nur etwas verdrießlicher, hörte Miniſter Römer zu, und beſchloß: auch die beſten Grundſätze müſſen bei ſolcher Gelegenheit eine Grenze finden.

Glaubten die Mitglieder des Rumpfparlamentes denn wirklich an ihre oft gebrauchte Phraſe, daß das deutſche Volk hinter ihnen ſtehe und nun kommen werde auf unzweideutigen Ruf? Schwerlich. Nur die kindlichſten Politiker unter ihnen mochten ſich Dergleichen zutrauen. Die Kundigeren waren theils von den Folgerungen ihrer eignen Worte gehetzt und meinten der Logik Wort halten zu müſſen; theils war die Gelegenheit für ſie doch des Verſuches werth. Rheinpfalz und Baden brannte ſchon. Würtemberg ſchien hinreichend erhitzt, um nur noch des Kommando's „Feuer!“ zu bedürfen. In wirklich impoſanter Demonſtration war der König genöthigt worden, die Reichsverfaſſung wenigſtens anzuerkennen. Der weitere Schritt, meinten ſie, werde hier nicht ſchwer fallen, und der Brand ſich dann fortwälzen laſſen durch ſchwäbiſch und fränkiſch Baiern nach Thüringen.

Ganz wohl war freilich ſo Manchem bei alle dem nicht zu Muthe. Mancher hatte in Frankfurt eingeſtanden, es ſei keine nachhaltige Einwirkung von ihnen zu erwarten, wenn das Centrum nicht mitgehe. Mancher war unter Klage und Herzeleid von Frankfurt geſchieden und war nur mitgegangen, um der Partei treu zu bleiben. Mancher unter den 103 im Saale des Reithauſes war abſolut unbegreiflich. Wahrſcheinlich auch für ſich ſelbſt unbegreiflich, ein Opfer des erſten Schrittes und des Eigenſinnes. So Fallmerayer, der Fragmentiſt, welcher ſchon in der Paulskirche durch Dick und Dünn mit der Linken geſtimmt hatte, und denn auch hier in ſeiner

kleinen ſaubern Figur und den friſcheſten Vatermördern mitten unter denen ſaß, welche Reichsregentſchaft und Aufbietung des deutſchen Kriegsheeres votirten. Vor Kurzem noch hatte er in ſeiner Vorrede zu den „Fragmenten des Orients“ drucken laſſen: „Wir können uns für die hohlen Träume unpraktiſcher Schwärmer und Glückſeligkeits-Demiurgen nicht mehr leicht erwärmen. Oder iſt denn nicht alles Extreme ſeiner Natur nach hoffnungslos, und iſt Sichſelbſtmaaßgeben nicht das große Geſetz, die unerläßliche Bedingung für jeden Beſtand?“ — Das reimt ſich kurios mit ſeinen Abſtimmungen. Keinen Zweifel, daß er Gründe der erforderlichen Genialität zuſammenſuchen wird, „Gründe ſo viel wie Heidelbeeren, nur mit Gewalt keinen einzigen!“ Für dergleichen erkünſtelte Größe war aber doch die deutſche Sache zu groß und für das Apartthun war Fallmerayer nicht groß genug. — Der Rechtfertigung ſolcher Männer vor der Nation konnten allerdings nur die Regierungen zu Hilfe kommen, indem ſie ſpäter wegen der Theilnahme am Rumpfparlamente Kriminalunterſuchungen einleiteten. Nachdem ſie durch Zugeſtändniß und Zurücknahme, durch Seitenwege nach vorwärts und Seitenwege nach rückwärts die Rechtsbegriffe in deutſcher Nation ſo verwirrt hatten, wie es kaum in einem civiliſirten Reiche der Welt vorgekommen ſein mag, ſetzten ſie ſich zu Gericht darüber: daß nur in Frankfurt, nicht aber in Stuttgart zu tagen erlaubt geweſen ſei. Wir haben im Vorparlamente geſehn, von wannen dieſe beiläufige Ortsbeſtimmung ſtammte. Die feinſte Rechts-

fiktion könnte hierbei höchstens bei der Centralgewalt ankommen, bei einer Centralgewalt, welche so eben ihre eigene gesetzliche Lebensbedingung gebrochen hatte, welche so eben in ihrer Rechtsbeständigkeit von deutschen Regierungen geleugnet worden war — und nach alle dem und trotz alle dem sollten wir erleben, daß wegen Ortsverlegung des Parlaments Hochverrath begangen worden sei! Wahrlich, die Regierungen haben Ursache mehr als gut ist: Rekriminationen nie und nirgends zu erwecken. Sie motiviren dadurch nur das Stuttgarter Rumpfparlament in deutscher Geschichte. Sie motiviren es schlagender als die Worte jener zu großem Theile leichtsinnigen Führer nach Stuttgart es zu motiviren vermocht haben.

Selbst Herr Römer erwarte von uns, die wir entschiedene Gegner des Rumpfparlaments sind, keine Bewunderung seiner Grundsätze. Heute am 6. Juni wird von diesem Parlamente eine Regentschaft ernannt — Raveaux, Vogt, Heinrich Simon, Schüler von Zweibrücken, Becher (ein ultrademokratisches Mitglied der würtembergischen Kammer) — und Herr Römer stimmt mit. Er stimmt dagegen, aber er stimmt mit. Die Versammlung ist ihm das deutsche Parlament, welchem er, als solchem! souveraine Gewalt über Deutschland zuerkannt hat. Nun erst tritt er aus. Also nicht, weil es nicht mehr die souveraine Versammlung wäre, sondern weil ihm der Beschluß nicht gefällt. Ganz mit Recht gefallen ihm auch die weiteren Beschlüsse nicht, Absetzung der in Frankfurt verbliebenen Centralgewalt, Aufbietung des Heeres, Vorlage

wegen der Finanzen, und am 18. Juni Nachmittags läßt er Truppen vor dem Reithauſe aufſtellen, um die Zuſammenkunft des Parlaments zu verhindern. Sie wird verhindert; das Rumpfparlament iſt geſprengt. Er alſo endigt ein gefährliches Spiel mit den heiligſten Dingen des Vaterlandes, und das iſt ihm von vielen guten Patrioten herzlich gedankt worden. Wie er aber mit ſeinen eignen Grundſätzen hierbei und in der ganzen Parlamentsgeſchichte beſtanden, das iſt eine andere Frage. — Er hat uns in ſeiner Zeitung zu Anfange Septembers 1849 Material dazu an die Hand gegeben. Er enthält ſich, ſagt er, des Urtheils über die — Kühnheit, die Verfaſſung als Geſetz zu promulgiren. Wie? Derſelbe Römer links am linken Centrum, welcher im Prinzip immer ſolcher Meinung geweſen? Ja. „Denn", ſetzt er hinzu, „was im September 48 geſchehen konnte, das konnte im März 49 nicht mehr geſchehn!" So, ſo! Er und ſein Miniſterium hätten die Nationalverſammlung für ſouverain anerkannt, weil — das Würtembergiſche Volk ſo war wie es war, (alſo Nationalſouverainetät aus partikulariſtiſchen Gründen!) weil ferner die Haltung der Nationalverſammlung war wie ſie war, das heißt ſo, daß keine extravaganten Beſchlüſſe von ihr zu befahren waren. So, ſo! Unglücklicherweiſe gehörte er ſelbſt nicht einmal zu dieſer Nationalverſammlung wie ſie war, das heißt wie ſie beſchloß, er gehörte zur Oppoſition — dann freilich war's recht hübſch von ihm, doch Oppoſition zu machen, Mediatiſirung in großem Stile zu fordern, munter, immer munter mit der Linken zu ſtimmen!

Was ist das? Dieser Prinz Heinz ist ein gelegentlicher Schalk in Sachen des Prinzips. Ein Partisan, weiter nichts, ein recht tapferer Partisan, aber — kann man jedes staatsmännische Prinzip naiver verleugnen? Wenn er nicht zufällig Minister gewesen wäre, so hätte er wohl allenfalls zum Rumpfparlamente gepaßt.

Ist dies nicht die volle Ironie, daß von solch einem eigentlichen Gesinnungsgenossen dem linken Rumpfe ein Ende gemacht wurde? — Ist es nicht auch ein nachträglicher Beweis, daß die zwischen der Linken und dem linken Centrum umher „Fistulirenden" nur angethan waren, den Bankerott der Linken einzuregistriren in's große Schuldbuch?

Armes Vaterland, aus wie viel Gründen konnte Deine Errungenschaft von Anno 48 kein deutscher Staat sein? Pedanterie hier und Faselei dort, sie konnten Deinen schönen Kern beseitigen. Beschädigen konnten sie ihn nicht. Das galt uns damals für die Moral des ersten deutschen Parlamentes, welches nun bis auf das letzte Blatt in alle vier Winde verweht war. Wie groß das Unglück sei, das unausbleibliche zweite Parlament — meinten wir — werde der Welt beweisen: daß der deutsche Kern doch nicht beschädigt worden und doch fähig sei: zwischen den Ultra's partikularistischen Eigennutzes und den Ultra's französischer Demokratie hindurch die neue deutsche Frucht emporzutreiben.

Wir übersahn den Umfang deutschen Unglückes noch nicht.

V.

Das Nachparlament.

Die kleineren Staaten alle hatten die Reichsverfassung anerkannt gehabt. Drei Königreiche nur hatten zuerst Nein gesagt, und am Ende das erwählte Preußen mit ihnen. Durch diesen Widerspruch war die Rechtsverwirrung im Vaterlande chaotisch geworden. Hier galt für Hochverrath, was dort Gesetz sein sollte, und der revolutionaire Zustand war in schlimmster Weise erneuert. Durch Waffengewalt — und hierin bewährte sich Preußens ungeschwächte Kraft — konnten die akuten Ausbrüche niedergehalten werden, die chronische Krankheit konnte dadurch nicht gehoben werden, und sie hatte auch die edelsten Theile ergriffen. Sie ist nimmermehr zu bannen, so lange eine bundesstaatliche Reichsverfassung fehlt.

Diese Noth und Gefahr trieb dazu, daß sich wenigstens drei Staaten über eine Reichsverfassung vereinigten. Das Dreikönigsbündniß bildete sich unter schöpferischer Führung Preußens. Ehe noch die Linken in Stuttgart ihr Grab gruben, hackte und grub Herr von Radowitz in Berlin Tag und Nacht, um einen neuen Verfassungsbaum pflanzen zu können.

Es war der Frankfurter Baum; nur die wilden Schößlinge ſchnitt er ab; nur in der Krone des Baumes verkürzte er den Hauptzweig, den Kaiſerzweig zum „Reichsvorſtande“. Die Nachbarzweige aber verflocht er zu einem „Fürſtenkollegium“, und die Zuflüſſe zur Wurzel verringerte er, indem er ſie bloß auf „Matrikularbeiträge“ anwies. Noch ſaßen die eigentlichen Todtengräber des Parlamentes in der Paulskirche, da erſchien vom 26. Mai die Ankündigung des Dreikönigsbündniſſes. Gleich darauf vom 28. Mai die Verfaſſung zu freier Vereinbarung zwiſchen den Fürſten und einem neuen Reichstage.

Jetzt zeigt, daß Ihr Patrioten ſeid! erging von Mund zu Mund der Ruf an die Abgeordneten der Paulskirche. Verleugnet Eure Autoreneitelkeit! Da iſt eine Verfaſſung, zu welcher bereits an die 20 Millionen Deutſche und Euer auserwählter Großſtaat gehören. Empfehlt ſie, verſchafft ſie der Nation. Oft genug habt Ihr Euch gerühmt, es ſei Euch in letzter Inſtanz nur darum zu thun, daß etwas zu Stande komme, daß eine Einheit entſtehe, daß nur irgend eine bundesſtaatliche Verfaſſung eingeführt werde. Bewährt es jetzt. Verſchmerzt die Aenderungen um den Preis des Ganzen! Bürgerkrieg habt Ihr nicht gewollt um Durchführung des Werks aus der Paulskirche, Revolution habt Ihr verſchmäht, worauf hofft Ihr? Auf das Manna vom Himmel? Der Verſtand muß Euch lehren, daß die unveränderte Verfaſſung der Paulskirche unmöglich geworden. Ihr habt die Reſignation

damals erwählt, ſo bewährt ſie jetzt. Erweiſ't Euch denn als das, was Ihr vor Allem ſein wollt, als Patrioten!

Pfui über Euch! riefen die Demokraten, wenn Ihr Euer eignes Werk verlaßt!

Das alte Centrum war nicht im Zweifel über ſeine Pflicht. Schwer und ſchmerzlich war der Entſchluß, aber raſch wurde er gefaßt. Die verwirrte Nation brauchte einen Wegweiſer. Daß dieſer immer gefehlt in dem deutſchen Labyrinthe von Anſprüchen war ſtets der ſchwerſte deutſche Mangel geweſen, und war es jetzt erſt recht, wo die verſchiedenartigſten Stimmen zum Schreien aufgeſtachelt waren. Dieſer Wegweiſer zu ſein war das Centrum verpflichtet, wie ſchwer es ihm ankommen mochte. Es war doch wahrlich leicht daheim zu bleiben; der Ruhm der Konſequenz war ſo wohlfeil! Man brauchte nur zu ſchweigen. Aus dem Vaterlande, aus der Einheit, aus dem Bundesſtaate mochte werden, was da wollte, man hatte ja das Seinige gethan als Abgeordneter. Jetzt war man nicht mehr Abgeordneter, war Privatperſon. Die Regierungen, welche unſre Verfaſſung zerſtört, mögen doch zuſehn, was ſie zu Stande bringen. Sie haben ſich ja als unſre Feinde erwieſen. Jetzt mögen ſie baſteln und leimen und kitten ein haltloſes Blockhaus. Der Tag der Vergeltung wird kommen von ſelbſt. Sie haben das Herz der Nation verrathen, am Tage des nächſten Gerichtes ſtößt es ſie alle aus. Diejenigen ſind in's Antlitz geſchlagen worden, welche für ſie in die Schranken getreten ſind gegen die Revolution,

nun denn, rief man, Rache iſt ſüß! Weiſ't den Kompromiß mit Verachtung zurück!

Und das Vaterland?! antwortete man. Rache und Peſſimismus mag ein perſönliches Genüge ſein, unſre Perſonen aber müſſen zurücktreten vor dem Bedürfniſſe des Vaterlandes.

Max von Gagern veranlaßte eine öffentliche Zuſammenkunft der Bundesſtaatlichen. Sein Bruder Heinrich, Dahlmann, Mathy, Hergenhahn, Soiron und andere Führer ſtimmten bei. Es wurde eine Einladung erlaſſen nach Gotha an die Genoſſen, welche jetzt zerſtreut waren über ganz Deutſchland von der Schweizer bis an die kuriſche Grenze. Nur öſterreichiſche Abgeordnete wurden nicht geladen.

Von allen Seiten kamen die Bundesſtaatlichen bereitwillig zum 26. Juni nach Gotha, über 130 an der Zahl. Sie machten keinen Anſpruch darauf, ein officielles Nachparlament zu ſein. Ihr Votum ſollte nur ſo viel gelten als es wiege.

Ein kühler Sommer wehte durch die hochgelegene freundliche Stadt, welche nordwärts in die thüringiſche Ebene, ſüdwärts auf das nahe Gebirg, den Thüringer Wald blickt. An freier Promenade ſteht ein ſchönes Schauſpielhaus, und deſſen Rotunde mit einem lichten Saale war der Sammelpunkt, wo man ſich wiederſah nach ſo ſchwerem Leide, inmitten ſo ſchweren Leides. Draußen am Bahnhofe erwartete man die von fern Kommenden und ſchloß ſich in die Arme. Keins der

geachteten oder geliebten Häupter fehlte, ja längst Ausgeschiedene hatten sich wieder eingefunden, wie Compes, wie Jakob Grimm. Becker aus Gotha, einer unsrer besten Männer, hatte Alles trefflich vorbereitet in der wohlwollenden, herzlich entgegen kommenden Stadt. Er übernahm auch zunächst den Vorsitz, und die Debatte blühte auf, schöner denn je. Die Kräfte und Talente waren alle frisch erhalten trotz der Kümmerniß, und da es keine grelle Meinungsverschiedenheit gab unter Männern die alle ein bestimmtes Ziel hatten, so floß die Rede feiner und reizender als man es je in der Paulskirche gehört hatte. Nie war ein Tag von solchem parlamentarischen Glanze erlebt worden als da am 27. Juni in jener Rotunde zu Gotha Gagern, Beckerath, Simson, Waitz, Stahl, Vincke, Bassermann, Soiron hintereinander sprachen. Um nicht officiell zu erscheinen hatte man keine Zuhörer-Galerie geöffnet, kein Redner war also auf breite oder grobe Wirkung bedacht, jeder konnte sich in den feinsten Beziehungen ergehn, und der Witz, die Satire wie die stechendste Klage hatten das freieste Feld, fanden volles Verständniß.

Man einigte sich leicht. Das Wahlgesetz nur machte Schwierigkeiten, und eine Anzahl von Hannoveranern hielt das für wichtig genug, um das Ganze dafür auf's Spiel zu setzen. Dennoch fanden sich 130 und durch späteren Zutritt von solchen, welche nicht nach Gotha reisen gekonnt, eine noch größere Anzahl Unterschriften für folgende Erklärung:

„Die schweren Bedrängnisse des Vaterlandes, die Gefah-

ren eines Zustandes, welcher keine Bürgschaften des Friedens im Innern, der Stärke nach Außen bietet, haben es den Unterzeichneten zum Bedürfniß gemacht, ihr Urtheil über die gegenwärtige Lage der Dinge gemeinsam festzustellen und sich über den Weg zu verständigen, auf welchem jeder Einzelne von ihnen in Erfüllung seiner Pflichten gegen das Vaterland dazu mitwirken kann, daß ein der Nation Einheit und Freiheit gewährender Rechtszustand hergestellt werde. — Das Ergebniß der darüber in Gotha vom 26. 27. und 28. Juni d. J. gehaltenen Besprechungen fassen sie in folgenden Sätzen zusammen:

I. Innig überzeugt, daß die deutsche Nationalversammlung, als sie am 28. März d. J. die deutsche Reichsverfassung verkündigte, derjenigen Stellung gemäß gehandelt hat, welche die Lage der deutschen Dinge ihr anwies *), dürfen die Unterzeichneten doch die Augen vor der Thatsache nicht verschließen, daß die Durchführung der Reichsverfassung ohne Abänderung zur Unmöglichkeit geworden ist. Da hingegen ist in der Verfassungsaufstellung, welche die Berliner Conferenz bietet, neuerdings ein Weg eröffnet, auf welchem sich der verlorene Einigungspunkt möglicherweise wieder finden läßt. Das Betreten dieses Weges nicht zu verschmähen mahnt uns

*) Um dieses Satzes willen nur, welcher seinem Vereinbarungsprinzipe widersprach, unterzeichnete Vincke nicht, obwohl er sich zu allen übrigen Sätzen bekannte.

das von innern und äußern Feinden ſchwer bedrohte und vom Bürgerkriege zerfleiſchte Vaterland, eben ſo dringend aber der Inhalt jenes Entwurfs, der, wie entſchieden man auch einzelne ſeiner Beſtimmungen verwerfen möge, dennoch die unerläßlichen Grundlagen des deutſchen Bundesſtaates, namentlich ein erbliches Reichsoberhaupt in der Perſon des mächtigſten rein deutſchen Staates, ein Staatenhaus und ein Volkshaus — und ſomit den Kern der Reichsverfaſſung in ſich aufgenommen hat.

II. Den Unterzeichneten ſtehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfaſſung vom 28. März erreicht werden ſollten, höher als das ſtarre Feſthalten an der Form, unter der man dieſes Ziel anſtrebte. Sie betrachten die von den drei Königreichen dargebotene Verfaſſung als eine der Nation ertheilte unverbrüchliche Zuſage, und erkennen an, daß der von denſelben eingeſchlagene Weg zum Ziele führen kann, unter der Vorausſetzung:

daß alle deutſche Regierungen, welche zur Berufung eines Reichstages auf obiger Grundlage mitwirken, dem Reichstage in einer jede einzelne Regierung bindenden Form gegenübertreten, und

daß die dem Reichstage vorbehaltene Reviſion ſich nur auf ſolche Veſaſſungsbeſtimmungen erſtreckt, welche in der Reichsverfaſſung vom 18. März und dem Entwurfe vom 28. Mai nicht wörtlich oder weſentlich übereinſtimmen.

III. Erscheint es daher als politisch nothwendig, daß die andern deutschen Staaten — abgesehn von dem den deutschen Bundesstaat verneinenden Oesterreich — sich an jene Verfassungsvorlage in bindender Weise baldigst anschließen und die schleunige Berufung eines Reichstags möglichst befördern, so erwächst auch für die Einzelnen die Verpflichtung, in ihren Kreisen und nach ihren Kräften zur Vollendung des großen vaterländischen Werkes beizutragen.

IV. In diesem Sinne wird es von den Unterzeichneten als die hauptsächlichste Aufgabe betrachtet, für das Zustandekommen eines Reichstages, also auch für die Betheiligung bei den Wahlen zu wirken. Was die Wahlen zum Volkshause betrifft, so sind dem in Frankfurt beschlossenen, die unmittelbare Durchführung voraussetzenden Wahlgesetze nicht zu beseitigende Hindernisse entgegen getreten, und daher erfordert es das Wohl des Vaterlandes, daß für die Wahlen eine andre gesetzliche Norm maaßgebend werde. In dieser Rücksicht erkennen die Unterzeichneten es als das Angemessenste an, wenn in jedem einzelnen Staate auf landesverfassungsmäßigem Wege das Wahlgesetz für den nächsten Reichstag festgestellt wird. Wenn dies aber unter den obwaltenden Umständen nicht erreichbar sein sollte, so würde doch (wie dies schon in der Berliner Denkschrift in Aussicht gestellt ist) den Einzelnstaaten überlassen bleiben müssen, bei Ausführung des mit dem Verfassungsentwurfe vorgelegten Wahlgesetzes die durch ihre abweichenden Verhältnisse gebotenen Modifika-

tionen anzuordnen, und jedenfalls glauben die Unterzeichneten nicht verantworten zu können, wenn sie durch ihre Haltung dazu beitragen sollten, das Zustandekommen des ganzen Werkes an den Bedenken gegen ein Wahlgesetz scheitern zu lassen.

Demnach halten die Unterzeichneten, in Erwägung der schwer bedrohten Lage des Vaterlandes, dessen Existenz ohne Betreten dieses Weges gegenwärtig auf's Höchste gefährdet ist, sich für verpflichtet, unter den angeführten Voraussetzungen:

I. so viel an ihnen ist, auf den Anschluß der noch nicht beigetretenen Staaten an den von der Berliner Conferenz vorgelegten Entwurf hinzuwirken, und

II. an den Wahlen zum nächsten Reichstage sich zu betheiligen.

Gotha den 28. Juni 1849.

Albert aus Quedlinburg. Anz aus Marienwerder. Bandelow aus Kranz. Barth, Dr., aus Kaufbeuern. Bassermann aus Mannheim. Becker aus Gotha. von Beckerath aus Crefeld. Behncke aus Hannover. Bernhardi aus Cassel. Beseler aus Greifswald. Bonardy aus Greiz. Biedermann aus Leipzig. Böcking aus Trarbach. Böcler aus Schwerin. Brackebusch aus Hannover. von Breuning aus Aachen. Breusing aus Osnabrück. Briegleb aus Coburg. Brons aus Emden. Bürgers aus Cöln. von Buttel aus Oldenburg. Cetto aus Trier. Compes aus Cöln. Dahlmann aus Bonn. Dam-

mers aus Nienburg. Deeke aus Lübeck. Degenkolb aus Eilenburg. Dröge aus Bremen. Duckwitz aus Bremen. Dunker aus Halle. Ebmeier aus Paderborn. Eckert aus Bromberg. Emmerling aus Darmstadt. Esmarch aus Schleswig. Falk aus Ottolangendorf in Schlesien. Fallati aus Tübingen. Fischer aus Jena. Franke aus Schleswig. H. von Gagern aus Darmstadt. M. von Gagern aus Wiesbaden. Gevekoht aus Bremen. Giech, Graf, aus Thurnau. Gier aus Mühlhausen. Göden aus Krotoszyn. Jakob Grimm aus Berlin. Groß aus Leer. Hallbauer aus Meißen. Hausmann aus Brandenburg. Haym aus Halle. Henkel aus Cassel. Hergenhahn aus Wiesbaden. Höfken aus Hattingen. Hofmann aus Friedberg. Jakobi aus Hersfeld. Jahn aus Freiburg an der Unstrutt. Johannes aus Meiningen. Jordan (Wilhelm) aus Berlin. Jordan aus Gollnow. Jucho aus Frankfurt a. M. Keller, Graf, aus Erfurt. Kerst aus Meseritz. Kierulff aus Rostock. Koch aus Leipzig. Krafft aus Nürnberg. Kratz aus Wintershagen. Lang aus Verden. Laube, Dr., aus Leipzig*). Leverkus aus Oldenburg. Liebmann aus Meiningen. Loew aus Magdeburg. Loew aus Posen. Mann aus Rostock. Marcus aus Bartenstein. Martens aus Danzig. Mathy aus Carlsruhe. Matthies aus Greifswald. Maukisch aus Dippol-

*) Nicht als Erabgeordneter für einen österreichischen Bezirk, sondern als Ersatzmann des ausgetretenen Grävell für einen preußischen Bezirk.

diswalde. H. H. Meier aus Bremen. Mevissen aus Cöln. Michelsen aus Jena. Robert Mohl aus Heidelberg. von Mylius aus Jülich. Nerreter aus Frauſtadt. Oberg aus Hildesheim. Oſtendorf aus Soeſt. Overweg aus Haus Ruhr. Pinder aus Woinowitz. Plaß aus Stade. Plathner aus Halberſtadt. Rahm aus Stettin. Rättig aus Potsdam. Friedrich von Raumer aus Berlin. Hans von Raumer aus Dinkelsbühl. Reh aus Darmſtadt. Rieſſer, Dr., aus Hamburg. Röben aus Dornum. Rümelin aus Nürtingen. von Sänger aus Grabow. Schick aus Weißenſee. Schierenberg aus Detmold. Schneer aus Breslau. Scholten, Dr., aus Wardt. Scholtz aus Neiße. Schrader aus Brandenburg. Schreiber aus Bielefeld. Schwarz aus Halle. Siemens aus Hannover. Simſon aus Königsberg. von Soiron aus Mannheim. Sprengel, Dr., aus Waren in Mecklenburg. Stahl aus Erlangen. von Stavenhagen aus Berlin. Stedmann aus Haus Beſſelich. Steindorf aus Schleswig. von Thielau aus Braunſchweig. Veit aus Berlin. Verſen aus Nieheim. Wachsmuth aus Hannover. Waitz aus Göttingen. Wichmann aus Stendal. Widenmann aus Düſſeldorf. Wiethaus aus Wipperfürth. Wurm aus Hamburg. von Wydenbrugk aus Weimar. Zachariä aus Bernburg. Zachariä aus Göttingen. Ziegert aus Pr. Minden. Zöllner aus Chemnitz.

Durch Zuſchrift aus der Heimath erklärten noch ihren Beitritt: E. M. Arndt aus Bonn. Braun aus Cöslin.

J. G. Droyſen aus Kiel. O. von Keudell aus Berlin. Lette aus Berlin. Marcks aus Duisburg. Nizze aus Stralſund. Fr. Röder aus Neuſtettin. von Selaſinsky aus Berlin. Thöl aus Roſtock. Wagner aus Jaſtrow.

So war das Opfer gebracht. Man verſtändigte ſich über ferneren Zuſammenhang als Partei, welche in Frankfurt ihren Mittelpunkt, in der „Deutſchen Zeitung" ihr Organ haben ſollte. Dieſer Zuſammenhang wurde ſehr loſe angelegt; Parteitreiben war vielleicht zu wenig im Geſchmack dieſer Männer. Man reichte ſich die Hand, und ſchied. Unter ſchwacher Hoffnung, unter kummervoller Sorge. Selbſt Heinrich von Gagern glaubte kaum noch an nahe Erfüllung, wenn er auch an der endlichen Erfüllung nicht zweifelte. Sein eignes Leben belehrte ihn nur zu klar, wie langſam Stamm und Zweige eines Reiches wachſen. Bei Bellealliance ſchon hatte der ſechzehnjährige *) Heinrich eine Naſſauſche Compagnie in's Feuer geführt für Deutſchlands Befreiung, und — der Wiener Kongreß, der Bundestag war gefolgt. Burſchenſchaften hatte er ſtiften geholfen in Heidelberg, Jena und Göttingen zur Erringung deutſcher Einheit, und — die Karlsbader Beſchlüſſe waren gefolgt. Für konſtitutionelle Regierung hatte er ſo viele Jahre lang in Heſſen-Darmſtadt gerungen, und — immer hatte der Bundestag den Gegnern zum Siege geholf-

*) 1799 am 20. Auguſt iſt er im Schloſſe zu Baireuth geboren. Zum Soldaten ward er in München erzogen.

ſen. Immer wieder, immer wieder hatte ihn das Volk gewählt, und als es endlich zur Erfüllung gekommen war, Anno 48, da ſtimmten die neuen Volksfreunde gegen ihn, und warfen das nahezu fertige Werk wiederum in die Hände der Gegner, wieder in's Chaos zurück.

Und doch ſind wir vorwärts gekommen, ſagte er in ſeinem heiteren Muthe auch beim Scheiden von Gotha, doch ſind wir dem Ziele nahe, doch werden wir das Ziel erreichen! Der großen moraliſchen Kraft unſrer Nation dürfen wir vertrauen. Thue Jeder von uns das Seine, mag es auch ausſehn, als ob wir wieder von vorn beginnen müßten. Der Genius unſrer Nation wird uns zum Siege führen.

An dieſen Genius glaubte er noch unerſchütterlich. Was auch geſchehen war um den Unglauben in die Höhe zu bringen, Gagern war deutſch-gläubig geblieben. Wer ihn nicht wiedergeſehn ſeit dem Vorparlamente, der geſtand wohl bekümmert ein beim erſten Anblicke: daß der hohe, ſtattliche Führer gealtert ſei in der drangvollen Noth verzehrender Kämpfe. Das kurze Haar zeigte jetzt grauen Anflug, um das große blaue Auge hatten ſich feine Furchen eingenagt, um den Mund war ein ſchmerzlicher Zug gelagert ſo lange er ſchwieg. Ja die Seele war ihm ſchwer gepeinigt worden, aber geſund war ſie verblieben fort und fort. Die Kunſt des Hoffens, die Spannkraft des Muthes war unverletzt. So wird er ſein bis zum letzten Athemzuge. Er iſt das, was Goethe „eine Natur“ nennt, eine Natur für unſer Vaterland. Nirgends an den

Augenblick und auch nicht an ein Syſtem gebunden überdauert er jeglichen Wechſel; ſein Leben kommt nicht von irgend einem Syſteme, es iſt ein eigenes Leben. Vielleicht nur von Deutſchland abhängig, und eben deshalb vielleicht dann in den Tod verſinkend, wenn die letzte Hoffnung für den deutſchen Staat am Horizonte verſänke, wenn ſie wirklich verſänke ein verdunkelter Sonnenball unter den grauen Nebeln des Neides und Eigennutzes deutſcher Stämme und Staaten. Dann müßte Gagern ſterben; keine künſtliche Kur diplomatiſcher Aerzte könnte ihn am Leben erhalten. Aber auch dann noch, wenn ich den gewaltigen Leib dieſes unſers Siegfrieds ſtarr im Graſe liegen ſähe, ſtarr und entſeelt, auch dann noch würde ich glauben: die Seele ſchwebe noch über ihm nahe an der Erde, irgend eines Lichtblitzes gewärtig, und mit ſolchem Lichtblitze werde ſie wieder abwärts ſchießen in dieſe breite Bruſt, und werde den langen Körper wieder aufrichten. Iſt's nicht die Sonne, ſo thut's der Mond. Es giebt eine Sage, daß der Mondesſtrahl einen Gefeiten wieder zum Leben erweckt. Und wär's dann nur für eine Nacht, und wär's dann nur für ein Bankett jenes poetiſchen Deutſchlands unter all den Burſchenſchaften vom Reformationsfeſte 1817 bis zum Märzen 1848, dieſe eine Nacht, erfüllt von unſern alten Liedern „Wir woll'n das Wort nicht brechen, Und Buben werden gleich, Woll'n predigen und ſprechen, Vom Kaiſer und vom Reich!", dieſes einzige Geiſterbankett, welchem Heinrich von Gagern präſidirte, ſie wären im Stande die

Räuber und Mörder Deutſchlands in Verzweiflung und Wahnſinn zu treiben, ſie wären im Stande eine verwilderte Jugend wiederum um die eine, einzig geweihte Fahne zu ſammeln, um die ſchwarzrothgoldne Kaiſerfahne unſers Vaterlandes.

Mögen ſie lächeln unſre Gegner, daß an nichts weiter zu appelliren wäre als an Poeſie. Eines noch nicht verſtorbenen Volkes Poeſie iſt am letzten Ende doch unwiderſtehlich. Sie iſt die Familienreligion eines Volkes. Einunddreißig Jahre, vom Jahre 1817 an habt Ihr gelächelt über die Poeſie der Burſchenſchaft bis Euch plötzlich das Lächeln unter Entſetzen erſtarrte, als die deutſche Fahne von allen Zinnen wehte, man wußte nicht woher ſie kam, und es war keine andre Verſchwörung vorhanden geweſen, als die Verſchwörung deutſcher Poeſie. Ihr ſchöpftet wieder Athem als man uns die vaterländiſche Fahne entweihte durch freche Unbill die für Freiheit ausgegeben wurde. Das ſtärkte Euch allerdings, denn wir konnten für unſre eignen Farben nicht ſtreiten, wir konnten nicht einen hohlen franzöſiſchen Staat wollen in Deutſchland, wir mußten in erſter Linie einſtehn für ein organiſch gegliedertes Staatsleben, welches in deutſcher Sitte und deutſchem Geſetz beruht. So konntet ihr uns die Verfaſſung entwenden. Uns! Nun wird ſie Poeſie des Volkes. Sehet fein zu, daß Ihr Wirklichkeit und Bedürfniß nicht einander gegenüber laßt als Todfeinde, ſonſt kommt einſt mit dem nächſten Märzen unausbleiblich wie das Schickſal die

ganze Verfaſſung des erſten deutſchen Parlamentes über Euch unter Gottes Donner. Denn alſo geſchieht's mit der ſpöttiſch angeſehenen Poeſie eines Volkes. Daß jene Frankfurter Verfaſſung fertig geworden mit vier Stimmen Mehrheit, das habt Ihr belächelt, und darin ſeid Ihr kurzſichtig geweſen. Das Fertiggewordene iſt ewig. Nach Euren dogmatiſchen Proteſten fragt der Augenblick, nicht aber die Geſchichte. Wo ſind die Stuarts mit ihrem Dogma? In den Archiven und Grüften.

Ja, wir geben es gern zu, es iſt etwas von Romantik, es iſt etwas von Poeſie was in der Politik nicht gelten ſoll, um Heinrich von Gagern. Gerade das macht ihn uns theuer, gerade das macht ihn mächtig. Er vertrat für uns und vertritt für uns gegen die Feinde innen und außen die deutſche Seele.

Die Diplomaten des Partikularismus ſahen mit Genugthuung im Herzen zu, als der geſchlagene Reichsminiſter von Gotha zu Fuß auf den Thüringer Wald hinaufſtieg, und uns auf die Zukunft verweiſen mußte. Auf der Wartburg und im Hörſelberge ſollte er getroſt das verloren gegangene Reich deutſcher Phantaſie ſuchen. Habe er es ja doch eben ſelbſt in Gotha aufgegeben. Gerade daß er kein Phantaſt iſt bei allem Glauben an das Höhere in einem Volke, gerade daß er das zunächſt Mögliche mit feſter Hand ergreift, das macht den Gegnern ſo viel zu ſchaffen. Bei Philippi ſehen wir uns

wieder, rief des ermordeten Cäsars Geist seinen Mördern zu. Die Gegner werden Gagern wiedersehn.

Und die da auf der andern Seite hinausfuhren aus Gotha, und die für die nächste Zukunft des deutschen Bundesstaates redlich gesorgt zu haben glaubten, sind sie etwa nur Poeten? Der eherne Bürger des konsequenten Gedankens, der Cato des Parlamentes, Dahlmann? Oder der unerbittliche Held des Rechtsbodens Vincke, welcher seine eigenen Wünsche erschlägt, wenn sie nur poetisch sein wollen? Oder jener magere, peinlich gewissenhafte Beckerath, welcher zuerst das herbe Wort: „Wir müssen scheiden!“ in die Paulskirche warf, als die Poesie sich nicht entschließen konnte den Bürgerkrieg Bürgerkrieg, die Revolution Revolution zu nennen! Oder Mathy, der fein erwägende und abwägende? Oder Bassermann der gefürchtete Praktiker, welcher die Leichen zu wittern pflegt, auch wenn sie noch in prahlender Lebenskraft wandeln? Oder Simson, der diplomatische Jurist, Beseler, welcher die Staatsfugen erforscht bis in die unscheinbarsten Spalten? Oder Duckwitz, der Kaufherrn-Senator? Oder Soiron, der Lebemann mit kerngesundem Blick? Oder Stedmann, Compes, Widenmann die kräftigen Rechtsmänner vom Rheine? Sollen diese Führer und Stützen der Bundesstaatlichen etwa nur für Poeten und Professoren gelten? Ach nein, diese Schelt- und Stichworte haben wenig oder nichts zu bedeuten. Die Ungeduld oder der Aerger finden überall ein Scheltwort und müßte es aus dem besten

Beſtandtheile des Gegners herausgeſchnitten werden. Der Janhagel ſpricht es gelehrig nach, und das Geſchwätz von Profeſſoren-Politik und Profeſſoren-Verfaſſung wird abgegriffene Münze des Tages, mit welcher die Gedankenloſigkeit ihre kleinen Ausgaben der Unterhaltung beſtreitet. Im Jahre 1813 war es ebenfalls in hohen Kreiſen, ſelbſt in Preußen, gangbare Münze, daß das allgemeine Aufgebot gegen den Reichsfeind Napoleon Poetentreiben und Profeſſorentreiben genannt wurde — es iſt dieſe kleine Münze abhanden gekommen in den Freiheitskriegen. Sie wird jetzt abhanden kommen in Erkämpfung des Bundesſtaates. Albern genug iſt es, noch im Herbſte 49 damit zu klimpern, nachdem ſich praktiſch erwieſen hat, daß alle politiſche und diplomatiſche Praktik nicht eine Spanne weit von den grundſätzlichen Bedingungen jenes Profeſſoren-Parlamentes hat abkommen können, ohne in's Leere wirkungslos verloren zu gehn. Eiligſt und fluchend hat all dieſe Praktik immer wieder zurück gemußt zu den trennenden oder verbindenden Felswänden, welche die Paulskirche aufgeführt wie aus Granit. Hier iſt der Fels, hier ſpringe! heißt es in allen ſpäteren Staatskonferenzen, und wird es heißen bis man ſich entſchloſſen hat. Nein, da hilft kein Fluchen und kein Beten! das Nothwendige iſt richtig vorgezeichnet worden vom erſten deutſchen Parlamente; das Geſetz iſt gefunden, und die Männer vom Centrum, vom Weidenbuſche und von Gotha haben konſequent gethan, was die Einführung dieſes Geſetzes in friedlicher Verſtändigung

möglich machen konnte. Auch das Opfer haben ſie nicht geſcheut, um ſtatt des Beſten wenigſtens das Gute zu ermöglichen.

Aber nicht nur die natürlichen Gegner, nicht nur die Partikulariſten von Amt und Beſitz, auch die natürlichen Freunde haben das Unglück geſteigert. Nicht das erſte Scheitern der Verfaſſung — auf welches man gefaßt ſein konnte, denn ſo Großes wird ohne Gewaltſamkeit mit einem Schritte nicht erreicht — nicht das Frühjahr 49 war unſer eigentliches Unglück. Im Herbſte 49 erſt war's offenbar, daß uns die Augen ſchmerzten wie das Herz. Da ward es in den Staaten und Stämmen offenbar das wirkliche Unglück: wie weit wir noch entfernt ſind von politiſchem Verſtande und vom Lebensdrange einer Nation. Die Miſere der kleinen Nationen in Deutſchland ſchoß noch einmal auf in geile, giftige Blüthe.

Was den Souverainetäten von Napoleons Gnaden in Deutſchland zuzutrauen war für Deutſchlands wirkliche Einheit, das wußten wir vorher. Sie haben genau Wort gehalten und haben gründlich motivirt: warum das erſte deutſche Parlament die formelle Vereinbarung abgewieſen. Der bairiſche Premier hat ſo lange gearbeitet, durch Auseinanderdrängen die deutſche Einheit in Geſtalt bairiſcher Souverainetät herzuſtellen, bis dieſer kleine Stil auch Oeſterreich zu lange dauerte, bis ſelbſt dicke Schädel in Baiern inne wurden: dies ſei wohl nicht der rechte Weg.

Dies hat kaum Einen überraſcht, der dem Gange des Parlamentes unbefangene Aufmerkſamkeit zugewendet.

Ueberraſchender war ſchon die Offenbarung Hannovers und Sachſens, der Mitbegründer des Dreikönigsbündniſſes, welche in Geſtalt eines Vorbehaltes zu Tage kam. Im Augenblicke äußerſter Gefahr und Noth waren ſie mit einem Bündniſſe hervorgetreten, welches die Aufregung beſchwichtigen konnte, weil es den geraden Weg einſchlug zu dieſer Befriedigung. Und der Vorbehalt, welcher erſt ſpäter bekannt wurde? Der Vorbehalt knüpfte das Zuſtandekommen dieſes in voller Verfaſſung vorgelegten Bundesſtaates an Bedingungen, nun, an welche Bedingungen? An diejenigen Bedingungen, welche wir eben erlebt hatten, welche — das Zuſtandekommen eines Bundesſtaates unmöglich machten. Die Befriedigung Oeſterreichs müſſe ſtatt gefunden haben, und alle, alle übrigen Staaten müßten dem Bündniſſe beigetreten ſein, ehe von der Vereinbarung der Verfaſſung mit einem zweiten Parlamente die Rede ſein könne. Wenn *ein* Staat, ſei es Homburg! nein ſage, ſo ſei man ſeiner Zuſage entbunden. Die römiſchen Patrizier haben bekanntlich unter ganz ähnlicher Form das Volkstribunat einſt zugelaſſen. Das einzige Veto eines einzigen Tribuns konnte Alles rückgängig machen, und die Patrizier hätten ſich geſchämt, ſelbſt gegen einen Vorſchlag der Gracchen einen Volkstribun und deſſen Veto für ſich *nicht* gewinnen zu können.

Dies iſt geſchehn zur Befriedigung deutſchen Einheits-

dranges Ausgang Mai's 1849. Dies iſt geſchehn von Miniſtern, welche einige Wochen vorher durch Preußen von einer badiſchen Kataſtrophe errettet worden waren; iſt geſchehn von einem Manne wie Stüve, deſſen eigenſinnige Anſicht von juriſtiſcher Partikularberechtigung wir beklagen, aber immerhin bis auf einen gewiſſen Grad reſpektiren konnten. Kein Diplomat des alten Bundestages zur Zeit der Karlsbader Beſchlüſſe kann ihm und dieſem Vorbehalte die Anerkennung eines advokatenmäßigen Auskunftsmittel verſagen.

Aber ſelbſt dies war noch nicht das Ueberraſchendſte. Selbſt hierbei überſahen wir noch nicht den Umfang deutſchen Unglücks. In unſerm Volke ſelbſt ſollte er ſich enthüllen.

Nun jenes Land Sachſen war ja in Frankfurt und daheim ultraiſtiſch für Nationalſouverainetät und wenigſtens für die Reichsverfaſſung; dieſes Land Hannover hatte ſich beſonnen aber energiſch in der großen Mehrzahl ſeiner Abgeordneten, und offenbar auch in der Mehrzahl ſeiner Bewohner für die Reichsverfaſſung erklärt. Solche Länder werden ja ſolchen Vorbehalt überfluthen mit dem entrüſteten Ausbruche der öffentlichen Meinung, wenn nicht Alles, was ſie kurz zuvor noch geſagt, gewollt und vertreten, eitel Hohlheit und Phraſe geweſen ſein ſoll! Werden ſie? — Sie haben es nicht gethan. Sie haben ſich nicht bloß verwirren laſſen, ſie haben ſich recht abſichtlich ſelbſt verwirrt, um den Grundgedanken, den Gedanken deutſcher Einheit, den Gedanken eines deutſchen Staates zu Grunde zu richten. Der Hergang in Hannover

war zu entſchuldigen. Dort war die eigentlich partikulariſtiſche Tendenz geringer. Dort ſteifte ſich die unpolitiſche Unluſt gegen den allein noch möglichen Weg in einen Bundesſtaat, gegen das Dreikönigsbündniß, ſie ſteifte ſich auf die Verfaſſung des Parlamentes. Man war nur unpolitiſch, nicht unehrlich gegen den deutſchen Gedanken. So wie die Entwickelung einmal gegangen iſt, konnte im Jahre 49 die Verfaſſung des Parlamentes in ihrer Urſprünglichkeit nicht mehr organiſch durchgeführt werden. Sie war in den Bereich des Ideals verwieſen. Sie wird aus dieſem Bereiche erſt dann wieder in der Wirklichkeit erſcheinen, dann aber gewiß! wenn das Bedürfniß eines deutſchen Staates auch nicht annähernd befriedigt wird. So lange dieſe Befriedigung auf verfaſſungsmäßigem Wege von den Regierungen gefördert wird, ſo lange iſt das ausſchließliche Fordern der Parlamentsverfaſſung ein eben ſo unfruchtbarer Dogmatismus wie der Dogmatismus des göttlichen Rechtes auf Seiten des Monarchismus, ſo lange iſt dies ausſchließliche Fordern nur angethan, die deutſchen Patrioten zu ſpalten und dadurch die Gegner zu ſtärken. Es ſündigt dies ausſchließliche Fordern gegen den Geiſt und Wunſch des Gelingens, es iſt rechthaberiſch aber nicht politiſch. Die Lage Süddeutſchlands mit ſolcher unpolitiſchen Rechthaberei, mit dem Steifen auf Oeſterreich iſt zeitig genug beim Bankerott ſolcher Politik angekommen, um den Norden zu belehren. Dort in Süddeutſchland ſchlagen nun im Herbſte 49 ſelbſt die Wortführer ihre Hände über

dem Kopfe zuſammen und rufen: So lange haben wir dem engeren Bundesſtaate widerſtrebt, bis wir vom Bundesſtaate überhaupt ausgeſchloſſen, und der Hegemonie Oeſterreichs überantwortet bleiben! Oeſterreichs, eines Staates, der ja ſeiner Zuſammenſetzung nach nun und nimmer die Ausbildung unſrer demokratiſchen Ideale dulden kann! — Einem ähnlichen Bankerotte gehen diejenigen Norddeutſchen entgegen, welche ſich vom neuen Sammelpunkte abſondern, auch wenn ſie dies aus den ehrenwertheſten Gründen thun. Das Gelingen einer politiſchen Entwickelung verlangt eben auch politiſchen Verſtand.

Und doch, was will dieſer Vorwurf beſagen gegen die Haltung, welche wir während der Uebergangsperiode zur Dreikönigsverfaſſung in der ſächſiſchen Preſſe, ja in Sachſen überhaupt erlebt haben! Jener Vorbehalt der Regierung, welcher die Unmöglichkeit einer deutſchen Einigung in ſich ſchloß, wurde acceptirt, und die deutſche Frage, die deutſche Frage! wurde als unzeitgemäß zurückgeſtellt, wurde der Zukunft, irgend einer Zukunft anheim gegeben! Bei den Wahlen zum Landtage ſchämte man ſich nicht, die deutſche Frage als eine offene Frage zu behandeln. Nur wer ſie als eine ſolche, jeder neuen Wendung preisgegebene Frage anſähe ſollte gewählt werden! In dieſem Punkte verneinender Ablehnung war Demokrat und Partikulariſt ideell coaliſirt wie in Frankfurt, und ſie ſtellten die Mehrheit des Landes dar. Daſſelbe Land alſo, welches faſt nur Linke nach Frank-

furt geſendet und dort ein gedeihliches Reſultat ſo erſchwert, welches in ſeinem Maiaufſtande die Bewegung für die Verfaſſung ſo ſchwer kompromittirt hatte, daſſelbe Land ließ jetzt den ganzen deutſchen Gedanken wie etwas Läſtiges fallen! — Und zwar ein Land mitten in Deutſchland, abhängiger denn irgend eins vom Zuſtandekommen einer deutſchen Ganzheit! Es iſt kaum je ein ſo trauriger Anblick erlebt worden in deutſcher Geſchichte. Erſt wird das Bedürfniß der Freiheit und des Vaterlandes übertrieben bis zum Thörichten, und dann wird das Bedürfniß des Vaterlandes verleugnet wie eine überlebte Laune.

Dieſe Erfahrung iſt ganz entſetzlich. Ueber Freiheit, wenigſtens über das Maaß von Freiheit läßt ſich ſtreiten. Soll man auch über das Bedürfniß des Vaterlandes ſtreiten und feilſchen müſſen, dann muß der Patriot freilich verzweifeln. Und doch iſt aus dieſer niederſchlagenden Erfahrung nicht wegzuleugnen: daß in vielen Theilen Deutſchlands weit mehr das Bedürfniß nach Freiheit und zwar nach unklarer, den Staat auflöſender Freiheit unſre Landsleute in den Enthuſiasmus getrieben hat Anno 48, weit mehr als das Bedürfniß nach einem einheitlichen Vaterlande, nach einem deutſchen Staate. Dies größte ſittliche Moment eines Volkes, ſich als ein Ganzes, ſich als ein ſolidariſches, zu Freud und Leid geeintes Ganzes darzuſtellen, ſich darzuſtellen und zu bethätigen als eine Geſammtheit die bis zur Perſönlichkeit ausgebildet, die zur Nation erwachſen iſt — dies Moment hat die

Beſſeren und Edleren getrieben und begeiſtert zur Idee des deutſchen Parlaments, zur Durchführung, nicht nur eines erſten, ſondern eines immer wiederkehrenden deutſchen Parlamentes. Wer das vergeſſen und verleugnen kann, der hat keinen vollen Antheil an deutſcher Erhebung, der iſt unſer Feind und iſt zu züchtigen, er ſtehe hoch oder niedrig. Ja, jene bittre Erfahrung vom Sommer und Herbſte 49 hat uns belehrt, daß wir nicht nur im Egoismus der Einzelnfürſten die Widerſacher deutſcher Einheit zu ſuchen haben. Kaum wich der Zauberbann der Aufregung, ſo wich auch die Spannkraft des deutſchen Gedankens aus Staaten und Stämmen, welche ſich gerade gefliſſentlich hervorgethan hatten durch große Worte, es wich der patriotiſche Gedanke des Opfers, ohne welches nun und nimmer eine deutſche Einheit entſtehen kann. — Iſt dieſer Gedanke des Opfers nicht lebendig zu erhalten, dann ſind wir der Einheit nicht werth, und werden ſie niemals auf dem Wege friedlicher Vereinbarung erreichen. So iſt es und ſo war es: in erſter Linie fehlte der mächtige Monarch im mächtigen Einzelnſtaate um das Werk des Parlamentes in's Leben zu führen, wenn's Noth that in's Leben zu fechten; in zweiter Linie fehlte das durchgebildete, zur Reife der Einheit durchgebildete Volk. Natürlich ſchalt man hinterher auf's Parlament! Das hätte nicht nur eine Verfaſſung, ſondern auch ein perſönlich mächtiges Oberhaupt und ein politiſch kundiges, ein patriotiſch hingebendes Volk machen ſollen.

Ihr werdet, Gott wird es uns gewähren, noch manches Parlament sehn, Ihr werdet nie etwas damit ausrichten, so lange Ihr selbst nicht besser werdet.

Jene Wendung im Sommer und Herbste 49, dieser furchtbare Rückfall in den kläglichsten Partikularismus innerhalb der mittlern Staaten, führt von selbst unsre Gedanken zurück auf Anfang, Mitte und Ende des ersten Parlaments und auf die Grundübel seiner Hindernisse. Die Schlange hat ersichtlich ihr dürftiges Ziel erreicht, sie beißt sich in den eignen Schwanz. Ihr habt nicht hören wollen, daß ein Dualismus bestehe von zwei Großstaaten in Deutschland, und daß ihm zuerst und zuletzt Rechnung getragen werden müsse, wenn aus Deutschland etwas werden solle. Die wirklichen Machtverhältnisse meintet Ihr verspotten zu können, und die Abgeordneten aus den kleinen Staaten waren die ärgsten Schreier, die Abgeordneten aus den mittlern Staaten waren die zähesten und treulosesten Gegner des engern und weitern Bundes, des einzig möglichen, einzig hoffnungsvollen Planes. Um dieser Schreier und Gegner willen kam der Plan mit Noth und nicht ohne Beschädigung zum Abschlusse im Parlamente. Was zu weiterer Beschädigung später noch geschehen konnte, hat der kurzsichtige Eigennutz partikularistischer Minister und Beamten, kurzsichtiger Konservativen, übersichtiger sogenannter Volksmänner in den mittlern Staaten eifrigst ausgeführt in der bösen Hoffnung, der dauernde Widerspruch

zwiſchen den beiden Großmächten werde die Mittelſtaaten in dauernder Macht der Verhinderung erhalten.

Da kam zu Anfang Oktobers das Interim und mit ihm die erſte Andeutung, die beiden Großmächte könnten ſich verſtändigen und in höchſter Inſtanz die mittlern Staaten mediatiſiren. Da war der ſo trotzig geleugnete oder ungetreu gegen Deutſchland ausgebeutete Dualismus in Form gefaßt, und zwar ſtand er plötzlich in gebietender Form vor Aller Augen. Geht es in dieſer Richtung organiſch weiter, ſo wird auf einem kurzen Umwege der Grundgedanke des erſten deutſchen Parlaments erfüllt, und es entſtehn dennoch die „Vereinigten Staaten von Deutſchland und Oeſterreich", der engere und der weitere Bund.

Es fragt ſich nur, ob Oeſterreich konſequent auf ſolche poſitive deutſche Politik eingehn will. Der Freund Oeſterreichs wie der Freund Deutſchlands muß dies von Herzen wünſchen. Oeſterreich hat mit rieſenhafter Anſtrengung die furchtbarſte Kriſis überwunden, es hat eine unermeßliche Zukunft vor ſich — wenn es ſich mit voller Sicherheit und mit ganzem Nachdrucke auf Deutſchland ſtützen kann. Dies kann es nur, dies kann es aber ganz, wenn es Deutſchland konſtituiren, wenn es den deutſchen Bundesſtaat errichten hilft. Als deutſcher Bundesſtaat wird das jetzt tief untergrabene Deutſchland ein konſervativer, zuverläſſiger Staat, ſeinen unirten Stammes-

brüdern in Oesterreich zu Schutz und Trutz bereit gegen die ganze Welt.

Kann Oesterreich von der wirklich veralteten Traditionspolitik, in Deutschland hemmen und hindern zu müssen, nicht loskommen, dann ist Deutschland, und Oesterreich nicht minder, unabsehbar gefährdet. Beider Vortheil und Nachtheil ist solidarisch. Neben einem revolutionairen Deutschland kann Oesterreich nicht bestehn, und Deutschland bleibt revolutionair bis es zu einem Staate geeinigt ist. Wird dies nicht der Bundesstaat, wie jeder Einsichtige wünschen muß in Kenntniß der tiefen Quellen und Vorzüge unsrer Mannigfaltigkeit — dann wird es der Einheitsstaat. Unter Krampf und Kampf furchtbarer Uebergänge hofft man auf diesen Fall im Süden deutsche Eroberungen für Oesterreich, und zögert man deshalb von überlebter Politik zu lassen, so könnte man sich bitter verrechnen. Die für Freiheitsformen bereits überschäumenden süddeutschen Länder können nur mit einem reindeutschen Staate „befriedigt" werden in voller Bedeutung dieses Wortes. Für Oesterreich, welches ein ganz anderes Durchschnittsmaaß für Freiheit braucht, wären sie ein Pfahl im Fleische. Jene Hoffnung auf süddeutsche Eroberung für Oesterreich ist aber deshalb doppelt thöricht, weil jener Krampf und Kampf für einen deutschen Einheitsstaat unfehlbar den eben gestillten Krampf und Kampf im österreichischen Kaiserstaate erneuen und alle Kräfte Oesterreichs zur Selbsterhaltung in

Anſpruch nehmen würde. Das iſt nicht mehr zu hindern, daß jeder Pulsſchlag Deutſchlands in Oeſterreich mitempfunden wird und zu ähnlichem Gebahren treibt. Darum muß es Oeſterreichs erſte und letzte Sorge ſein, Deutſchland zu befriedigen, Deutſchland konſervativ zu machen. Das iſt möglich, das iſt leicht jetzt, da ein erſtes deutſches Parlament die richtigen Grundlinien vorgezeichnet. Kein Menſch kann wiſſen, welche Wendung bevorſteht, wenn dieſe Grundlinien verachtet werden, kein Menſch kann's wiſſen, ſo lange in Frankreich noch eine Republik beſteht, deren Entwickelung oder Aenderung unter dichten Schleiern ruht, wie genau auch der dreiſte Blick durch dieſe Schleier hindurchzuſehn meint. Oeſterreichs Eroberungen ſind naturgemäß vorgezeichnet: das Donauland bis in's ſchwarze Meer muß und wird ſein Land werden.

Als vereinigte Staaten im engern und weitern Bunde beherrſchen wir den Kontinent, als einander hindernde Staaten gehen wir beide zu Grunde.

Dieſe Löſung des Wirrwarrs in der deutſchen Frage war mit vollem Fuge das Alpha und Omega in der Paulskirche, dieſe Löſung hat das erſte deutſche Parlament herausgearbeitet aus dem Wuſte der Phantaſterei und der Intrigue. Leugnet die Richtigkeit ſo viel Ihr wollt, macht ſie zur Unrichtigkeit durch Euer Zuthun ſo lange Ihr könnt, das Nothwendige wird doch hindurchbrechen durch alle künſtlichen Dämme und

Deiche, und weder wahre Ruhe, noch Recht, noch Sicherheit wird entſtehn von Bremen bis Wien, von Memel bis Botzen, bis Ihr dieſen Spruch Eures Parlaments vollzogen.

Wir ſtreiten nicht um Souverainetät, wir ſtreiten um Wahrheit. Die Geſchichte ſoll und wird ſagen: Das erſte deutſche Parlament hat unter unerhörten Hinderniſſen und Schwierigkeiten die politiſche Wahrheit für Deutſchland geſucht und gefunden. Ihr werdet niemals ſeines Gleichen ſehn.

Regiſter über das ganze Werk.

A.

Abberufung der öſterreich. Deputirten. III. 419.
— — preußiſchen. III. 429.
Ahrens II. 53.
Andlaw, Freiherr v., I. 95.
v. Andrian II. 14. III. 73.
Angriff auf die Paulskirche II. 270 ff.
Arndt I. 250. III. 227 ff.
Arneth III. 19. 64. 207. 355.
Arnim, Graf, v. Boitzenburg I. 226.
Arnim, Freiherr v., I. 226. II. 233.
Auerswald I. 243. II. 276. Ermordung 299 ff.
Austritt des Centrums III. 430.

B.

v. Bally II. 102.
Barth III. 26. 252.
Baſſermann I. 94. 284 ff. II. 204. III. 50. 51. 114. 134 ff. 302. 305.
Becher in Wien I. 156.
Becker in Gotha III. 445.
Beckerath I. 209. 297. II. 76. III. 132. 211.
v. Beisler I. 300. II. 140. III. 6.
Berger aus Wien III. 68.
Berlin, Stimmung im April 1848 I. 133.
Beſeler, Georg, II. 33. 63. III. 389.
Beſeler, Wilhelm, III. 31. 184.
Biedermann I. 106. 113. III. 33. 133.
v. Biegeleben II. 81.
Blömer II. 236.
Blum I. 46. 99. 202. 242. 290. II. 57. 96. 160. 247. Seine Erſchießung III. 151 ff.
Bock aus Minden III. 17.
v. Boddien II. 95.
v. Bothmer III. 387. 394.
Brandenburg = Manteuffel'ſches Miniſterium III. 115 ff.
Braun von Cöslin I. 289.
Brentano II. 102.
Buhl I. 316.
Bundestag. Beſchluß des Vorparlaments I. 93 ff. Aufhebung der Ausnahmsbeſchlüſſe 102.
Bürgerverein in Frankf. II. 263.
Buß aus Freiburg III. 315.

C.

Camphauſen III. 405 ff.
Cenſus beim Wahlgeſetz III. 309.
Centralgewalt I. 240. Geſetz darüber II. 10.

Clemens II. 174.
Compes I. 221. II. 257.

D.

Dahlmann I. 64. 277 ff. II. 1 ff. 32. 190 ff. 212. III. 49. 265. 268.
v. Deetz II. 285. 289.
Detmold II. 42 ff. 64. III. 7. Miniſter III. 427.
Deutſche Vereine I. 127.
Deym, Graf, III. 78 ff.
Directorium III. 254.
Döllinger II. 140.
Dreikönigsbündniß III. 441.
Droyſen II. 35.
Duckwitz II. 74.
Duncker I. 287. III. 15.

E.

Edel I. 308. 312. III. 274. 316. 394.
Eiſenmann I. 52. II. 96. III. 6.
Eiſenſtuck III. 241.
Endlicher in Wien I. 180.
Epistol. obscuror. vir. II. 101.
Erblichkeit des Reichsoberhauptes III. 255. 392.

F.

Falk III. 31. 248.
Fallati II. 80. 200.
Fallmerayer III. 434 ff.
Federer III. 404.
Flir II. 152.
Förſter aus Hünfeld III. 6.
Francke aus Schleswig II. 14. 224.
Freudentheil II. 119.
Fröbel III. 151 ff. 272.
Funfziger-Ausſchuß I. 91. 123.

G.

Gagern, Heinr. v., I. 57 ff. 90. Präſident der Nat.-Verſ. 191. 325 ff. III. 53 ff. 87 ff. 181. Miniſterpräſident III. 186. 194. 203. 217. 363. 371. 390. 423. 452 ff.
Gagern, Max v., II. 81. 250. III. 444.
Gagern, der Vater, III. 57.
Gervinus im Vorparlam. I. 46.
Gfrörer II. 274.
Giskra in Wien I. 164. II. 176. 236. III. 65.
Göden aus Poſen II. 157.
Gothaer Verſammlung III. 444.
Grävell II. 120. Miniſter III. 427.
Grimm, J., I. 11. III. 229.
Großdeutſches Projekt III. 290.
Grumbrecht III. 275.
Grundrechte. Im Vorparlament I. 105 ff. In der Nationalverſ. II. 27 ff. 63 ff.

H.

Haubenſchmied III. 16.
Hecker I. 23 ff. 83. 103. 114.
Heckſcher I. 87. 207. 282. II. 9. 72. 222. 250 ff. III. 289. 376. 387.
Held in Berlin I. 185.
Henkel III. 369.
Hergenhahn I. 196.
v. Hermann aus München. II. 216 ff. 227. 359.
Hofmann aus Friedberg III. 310.

J.

Jakoby aus Königsberg I. 89.
Janiszewski II. 157. 173. 181.
Jaup I. 57. 108.

Jelineck I. 155.
Johann, Erzherzog Reichsverweser, II. 17 ff. 213. III. 187.
Jordan aus Berlin II. 163. 237. III. 105. 208.
Jordan, Sylvester, III. 14. 229.
Italienische Frage II. 149.
Itzstein I. 96. 104.
Jürgens III. 339.

K.

Kaiserdeputation III. 404. In Berlin 411 ff.
Kaisertitel III. 283.
Kaiserwahl III. 395 ff. Ablehnung III. 414 ff.
Kapp aus Heidelberg I. 95.
Karrikaturen II. 95 ff.
Keller, Graf, III. 17.
Kerst II. 104. 174.
Klubbs III. 9 ff. 320.
Koch III. 34 ff.
Kölner Domfeier II. 93. 116.

L.

Langerfeldt III. 15.
Lassaulx I. 301. II. 44. 266. III. 387.
Leiningen, Fürst, II. 83.
Lempferdt aus Dithmarschen I. 67.
Lichnowsky I. 203. II. 104. 248. 278. Ermordung 299 ff.
Limburger Frage II. 143.
v. Linde II. 147.
v. Lindenau II. 221.
Löw aus Posen II. 175.
Löwe von Kalbe II. 247. 432.

M.

Makowiczka III. 19.
Malmöer Waffenstillst. II. 189.
Mathy I. 320 ff. III. 183.
v. Meyern II. 149.
Messenhauser I. 153.
Metternich, Germain, I. 72.
Metternichsche Rechte III. 317.
Mevissen II. 81. 210.
Michelsen II. 147.
Mittermaier I. 37. 40. 77. II. 48.
Mohl, Moritz, I. 73. II. 96.
— Robert, II. 78.
Mühlfeld II. 42. III. 69 ff.

N.

Nationalversammlung I. 120. 191. Debatte über die Rauferei in Mainz 193 ff. Nationalsouverainetät 240. Debatte über ein provisor. Bundesdirectorium 277 ff. Schaffung der Centralgewalt II. 10. Debatte über die Grundrechte II. 27 ff.
Nauwerck I. 210. II. 99.
Nürnberger Hof III. 426.

O.

Oberhauptsfrage III. 232 ff. 385 ff.
Oberländer I. 140.
Oesterreichische Frage III. 46 ff. 64. 194 ff.

P.

Partikularismus der Linken in Preußen und Sachsen. III. 99 ff.
Paur III. 26.
Pecht's Aetzbilder II. 106.
Peucker II. 70.
v. d. Pfordten III. 459.
Philipps I. 302.
Piepmeyer. Sein Ursprung II. 52. 107.

Pittſchaft I. 110.
Plathner III. 17.
Polniſche Frage. Im Vorparlament I. 70. In der Nationalverſ. II. 155.
Pötzl III. 26.
a Prato II. 151.
Proff I. 117.

R.

Radowitz I. 253 ff. II. 77. 154. 205. III. 58. 344. 355.
Raumer, Friedrich v., II. 72. III. 298.
Raumer, Hans v., III. 24.
Raveaux I. 14. 98. Sein Antrag 220. 313. III. 136.
v. Reden III. 7.
Regentſchaft in Stuttgart III. 436.
Reh von Darmſtadt I. 289. II. 56. III. 382. 432.
Reichenbach, Graf, I. 144.
Reichensperger I. 315. III. 51. 247. 387.
Reichsminiſterium II. 69.
Reichsverſammlung III. 1 ff.
Reichsverweſer. Ernennung deſſelben II. 13. Eintritt in die Nat.-Verſ. 66.
Reſt- und Rumpfparlament III. 399 ff.
Rieſſer III. 36 ff. 136. 145 ff. 304. 366 ff.
Rochau I. 97.
Römer II. 47. III. 436 ff.
Ronge I. 31 ff.
Roquette aus Bromberg I. 116.
Rösler aus Oels II. 95.
Rößler aus Oeſterreich III. 19.
Rotenhan II. 14. 42.
Rüder aus Oldenburg I. 86.
Ruge I. 247 ff. II. 150. 175.
Rümelin III. 29. 255.

S.

Sächſ. Particularism. III. 463.
v. Sänger II. 175.
v. Saucken-Tarputſchen I. 310.
Schaffrath I. 43. 222. 243. III. 101 ff.
Scheller II. 40. III. 370.
Schleiden aus Schleswig-Holſtein I. 67.
Schleſien I. 142 ff.
Schleswig-Holſtein im Vorparlament I. 68. In der Nationalverſ. II. 185 ff. Reichsverſamml. III. 1 ff.
Schlöffel I. 144. II. 96.
Schmerling I. 199. II. 17. 69. 209. 230. III. 51. 182 ff. Oeſterr. Bevollmächtigt. 200. 208. 339. 387.
Schmidt v. Löwenberg II. 174.
Schneer aus Breslau III. 8.
Schoder, ſein Antrag I. 299. II. 90.
Schubert aus Königsb. II. 199.
Schüler aus Jena I. 7. II. 60. III. 240.
Schulz aus Darmſtadt I. 65.
Schütte in Wien I. 152.
Schwarzer in Wien I. 154.
Schwerin, Graf, III. 59.
Schwetſchke II. 101.
Senff aus Poſen II. 160.
Sepp III. 16.
September-Unruhen in Frankf. II. 275 ff.
Siebner-Commiſſion v. Heidelberg I. 20. Debatte über ihr Programm 42 ff.
Simon, Heinrich, II. 53. III. 121. 361.
Simon, Ludwig, v. Trier, I. 291 ff. II. 249. III. 143.
Simſon III. 189 ff. 413 ff.
Soiron I. 107. II. 40. 106.

Stahl III. 26. 251.
Stedmann I. 19. 315. II. 220. 255.
Stenzel aus Breslau II. 156.
Stever aus Mecklenburg I. 19.
Struve I. 21. 41. 97.
Stüve III. 461.

T.

Tausenau in Wien I. 157.
Tellkampf II. 53.
Thöl III. 32.
Transaction, angebl., III. 379. 402.
v. Trützschler I. 295 ff.
Turnus im Reichsoberhaupt III. 254.

U.

Uhland III. 75 ff. 278.

V.

Venedey I. 87. II. 177. III. 136.
Verfassungsausschuß II. 31 ff.
Viebig aus Posen II. 180.
v. Vincke I. 219. 232 ff. 300. II. 104. 243. III. 42. 52. 121. 124 ff. 143. 213 ff. 273. 321.
Vogt aus Gießen I. 62. 76. II. 96. 151. 241. III. 7. 8. 217. Reichsregent 433.
Volksversamml. auf d. Pfingstweide II. 261 ff.
Vorparlament I. 1 ff. 36 ff. Schluß 119.

W.

Wächter aus Stuttgart I. 61.
Wagner aus Steyr III. 207.
Wahlgesetz III. 294 ff.
Wahlmodus zum Parlamente I. 75 ff.
Waitz I. 311. II. 37. 232.
Waldburg-Zeil, Fürst, III. 396.
Watzdorf aus Sachsen I. 8.
Weber, Beda, III. 74. 265.
Weidenbusch-Partei III. 320 ff. 368. 401.
Welcker I. 12. 44. 80. 207. 298. III. 99. 122. 230. 245. 330. 337. Sein Antrag 339. 421.
Werner aus Coblenz, s. Antrag I. 221.
Wernher von Nierstein I. 316. III. 30. 307.
Wesendonck I. 98. 222. II. 214.
Widenmann I. 221. 308. II. 80.
Wien im April 1848 I. 151. Sturmpetition 161. Revolution 166 ff.
Wiesner von Prag und Wien I. 66. 283. II. 99. 175.
Wiethaus III. 374.
Wigard I. 198. 212 ff. II. 61.
Wippermann I. 309.
Wurm I. 13. II. 207. III. 33.
Würth, Joseph von, II. 69. III. 65. 216. 355.
Wydenbrugk I. 208. 302. III. 132. 211.

Z.

Zacharia aus Göttingen II. 148. III. 118.
Zeitungen. Ihre Stellung zur Verfassungsfrage III. 322 ff.
Zell III. 345 ff.
Zerzog III. 20.
Zimmermann von Stuttgart I. 304.
Zitz I. 93. 193. 304.

Druck von Breitkopf und Härtel in Leipzig.

THE BORROWER WILL BE CHARGED AN OVERDUE FEE IF THIS BOOK IS NOT RETURNED TO THE LIBRARY ON OR BEFORE THE LAST DATE STAMPED BELOW. NON-RECEIPT OF OVERDUE NOTICES DOES NOT EXEMPT THE BORROWER FROM OVERDUE FEES.

CANCELLED

MAY 12 1981

WITHDRAWN
BOOK DUE
JUL 11 1981

7138798

3 2044 098 673 171